C 21734 D

China kürzt Hilfe für Vietnam S.45



Arbeiterkampf

Jg. 8 Nr. 132 26. Juni 78
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
2 DM

Atomunfälle an der Elbe



Radioaktive Wolken über Norddeutschland: Hunderte oder Tausende strahlenverseuchter Menschen, die einen qualvollen Tod sterben, Abertausende von Krebskranken, erbgeschädigte Kinder, die als Krüppel zur Welt kommen – diese Schrekkensvision eines schweren Atomunfalls ist durch den Unfall im AkW Brunsbüttel am 19.6. in furchtbare Nähe gerückt. Als im AKW Brunsbüttel ein Metallstutzen abriß, wurde nicht der Reaktor abgeschaltet, sondern der Reaktor abgeschaltet, sondern das Sicherheitssystem, das Alarmsignale gab.

Drei Stunden lang strömten über 7.000 Tonnen radioaktiver Dampf ungefiltert ins Freie. Erst ein weiterer Störfall – das Ausfallen einer Turbine – führte nach drei Stunden mehr zufällig zur automatischen Schnellabschaltung des Reaktors.

Nicht auszudenken, wenn statt des Metallstutzens eine der Frischdampfleitungen gerissen wäre, die 300 mal so groß sind – dies hätte für die Verseuchung des gesamten norddeutschen Raumes ausgereicht!!

In letzter Zeit häufen sich die Atomunfälle, gerade in der Hamburger Umgebung. Drei Tage nach dem Austreten des radioaktiven Dampfs in Brunsbüttel, wurde bei Ausbaggerungsarbeiten das Abwasserrohr eines Versuchsreaktors in Geesthacht zerstört und radioaktives Wasser versickerte im Boden. Erst kürzlich wurde bekannt, daß eine Studie existiert, die eine wachsende radioaktive Verseuchung der Elbe nachweist; der Hamburger Senat hält sie jedoch zwecks „Überarbeitung" (?!) zurück. Was sich im AKW Stade abgespielt hat oder möglicherweise immer noch abspielt, wird gleichfalls vor der Öffentlichkeit geheim gehalten: Vor fast drei Monaten drangen Informationen heraus, wonach der Reaktordruckbehälter Risse aufweist!

Es ist ein Wunder, daß die Menschen in Hamburg und Umgebung bislang überhaupt noch mit der „nur" unsichtbar ansteigenden radioaktiven Verseuchung ihrer Umwelt „davongekommen" sind, und noch kein größerer Unfall passiert ist – zumal der letzte Brunsbüttler Unfall in erschreckender Weise bloßgelegt hat, daß die hochgepriesenen Sicherheitssysteme von den AKW-Betreibern willkürlich und völlig gesetzwidrig außer Funktion gesetzt werden können.

Das Schichtpersonal der Atomkraftwerke wird darauf getrimmt, die Reaktorahlagen möglichst wenig abzuschalten, da die Rentabilität durch häufiges An- und Abschalten gemindert wird. Bei der HEW wird jedem mit Entlassung gedroht, der für die HEW „zu früh" eine Schnellabschaltung auslöst. Offenbar war auch in Brunsbüttel die Anweisung gegeben worden, trotz Leck den Reaktor weiterlaufen zu lassen und eine automatische Schnellabschaltung zu verhindern.

Skandalös ist auch die „Infor- Skandalös ist auch die „Infor- mationsarbeit" der AKW-Betreiber: Der Brunsbütteler Unfall wurde der Öffentlichkeit zwei Tage lang verschwiegen! Die Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) und die Norddeutschen Kraftwerke (NWK), die das AKW Brunsbüttel gemeinsam betreiben, bequemten sich erst zu Mitteilungen, nachdem ein anonymer Anrufer die Deutsche Presseagentur auf diesen Unfall hingewiesen hatte. HEW-Sprecher Heinz Mika entschuldigte sich daraufhin scheinheilig, daß der anonyme Anrufer der HEW nur *„um eine Nasenlänge zuvorgekommen"* sei. Gefragt werden aber muß, wieviele Unfälle es bislang schon gegeben hat, von der die Öffentlichkeit g a r n i c h t s erfahren hat, weil k e i n anonymer Anrufer der HEW „zuvorgekommen" ist.

Das zuständige Kieler Sozialministerium und die HEW beteuern nun, daß *„keine Gefahr"* bestünde. Wann hätte man auch schon jemals was anderes von offizieller Seite gehört?! Und welcher Patient, der später z.B. an Schilddrüsenkrebs stirbt, kann den AKW-Betreibern auch schon nachweisen, daß dies von radioaktiv verseuchter Milch herrührt, die von Kühen produziert wird, die radioaktiv verseuchtes Gras gefressen haben?!

Der menschenverachtende Zynismus der AKW-Betreiber und der Regierungen, mit dem sie uns „keine Gefahr" vorlügen, ist kaum mehr zu überbieten. Welch perverse Wünsche in den Hirnen dieser Leute grassieren, macht das Zitat eines Atom-Managers in Springers „Welt" (23.6.) deutlich: *„Manchmal wünschen wir uns sogar, daß der Fall eines Gau* (größter anzunehmender Unfall; Anm. AK-Red.) *einmal eintritt. Denn dann kann der Öffentlichkeit bewiesen werden, daß ein Kernkraftwerk absolut keine Gefahr für die Umwelt bedeutet. Denn der Gau wird durch die sicherheitstechnischen Einrichtungen der Anlage selbst bewältigt."*

Keine Gefahr für Mensch und Umwelt gibt es erst, wenn der Wahnsinn des Atomprogramms von der demokratischen Bewegung gestoppt ist! Es gibt nur eine einzige Sicherheit: Das AKW Brunsbüttel, das jetzt aus „Reparaturgründen" bis September stillgelegt ist, darf n i e wieder angeschaltet werden!

Stillegung sämtlicher AKWs!
Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo!

Eine rechte "vierte Partei" im grünen Kostüm formiert sich

In der niedersächsischen GLU, die als einzige ernstzunehmende Alternativliste bei den Landtagswahlen angetreten war, hat es vielfach ein Nebeneinander von fortschrittlichen und rechten Vorstellungen gegeben. Trotz der formell gefaßten Unvereinbarkeitsbeschlüsse hat es vor allem in großstädtischen Bereichen einen Wahlkampf der GLU-Kandidaten gemeinsam mit radikaldemokratischen und antikapitalistisch orientierten Initiativen gegeben. Dort konnte die GLU auch mit die höchsten Ergebnisse erreichen.

Die Fäden der GLU hielt allerdings die Beddermann-Gruppe in der Hand. In Niedersachsen erklärte noch Beddermann jedem, der es hören wollte, die Parteigründung sei eine „Notlösung", weil nach dem niedersächsischen Wahlgesetz nur Parteien kandidieren könnten. Doch gleichzeitig zog Beddermann in Hamburg eine rechte bis braune Spalter-GLU auf. Bei den jetzigen GLU-Gründungen in anderen Bundesländern wird ähnlich wie in Hamburg versucht, allein rechte Kräfte in den Sattel zu hieven.

NRW

Im Düsseldorfer Bahnhofsrestaurant wurde am 19.6. ein GLU-Landesverband aus der Taufe gehoben. Unter Federführung des Beddermann-Spezi Wegener, Mitglied des LBU (Landesverband des BBU) war nur ein „ausgewähltes" Spektrum aus LBU-Initiativen eingeladen worden. Als dort auch Mitglieder anderer BIs erschienen, verweigerte Wegener ihnen mit Hilfe der Bahnhofspolizei den Zutritt. Doch das wurde selbst von Wegeners ausgewähltem Kreis verurteilt: Die BI-Mitglieder konnten dann an der Sitzung teilnehmen.

Wegener erklärte anschließend für's Fernsehen, es habe sich um *„Störtrupps"* der Bunten Liste gehandelt, Kommunisten wolle man in der GLU nicht haben. In der Presse erklärte Wegener dazu: *„Sie sind nicht eingeladen worden, weil wir wissen, daß sie die Führung an sich reißen wollen"* („Welt", 20.6.78).

Verhindert werden sollte damit jede Diskussion um die GLU-Gründung; von vornherein wurde gefordert, die Satzung und die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der GLU-Niedersachsen zu übernehmen. Doch selbst vor den Fernsehkameras sprachen sich andere GLU-Vorstandsmitglieder dagegen aus.

Eine Minderheit des LBU-Vorstands NRW hatte sich gegen die GLU-Gründung als verfrüht und derzeit schädlich gewandt.

Hessen

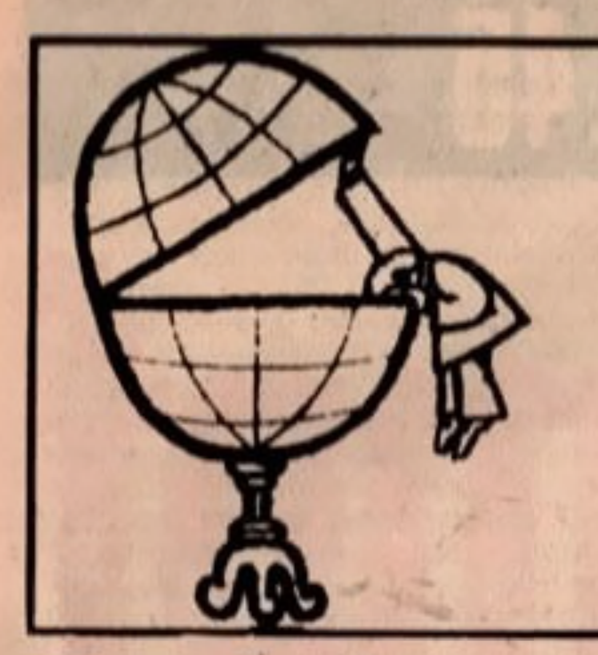
In Hessen hat sich eine Grüne Liste Wählergemeinschaft (GLW) gebildet (vgl. AK 131), wo alle Initiativen aufgerufen sind, mitzumachen. Die hessische Mini-GLU mit ihren 40 Mitgliedern war aufgrund des Drucks der übrigen Kräfte anfangs bereit, die

Fortsetzung auf Seite 8



Frankfurt: 10.000 verhindern NPD-Treffen

Seit mehreren Jahren führt die NPD in Frankfurt ein zentrales „Deutschlandtreffen" am 17. Juni durch. Dabei hatte die berüchtigte Frankfurter Polizei jedesmal für den Schutz der Nazis und ihrer Hetzkundgebung in der Stadtmitte gesorgt. Diesmal jedoch sollte es anders kommen. 10.000 Antifaschisten fanden sich ein, um den Nazi-Aufmarsch zu verhindern. Mit einer so großen Stärke des Protests hatte auch die Polizei nicht gerechnet. Überraschend konnte der Römerberg schon in den Mittagsstunden besetzt werden. Zwar konnte die Polizei mit einem unbeschreiblich brutalen Einsatz den Platz wieder räumen. Es gelang ihr aber nicht, der Situation in der Innenstadt Herr zu werden. Daraufhin wurde die Kundgebung der NPD, die das Frankfurter Verwaltungsgericht – wie von bundesdeutscher Rechtsprechung nicht anders zu erwarten – genehmigt hatte, wieder verboten. Der Demonstrationszug der Faschisten mußte zum Ausgangspunkt zurückkehren, noch bevor er die Innenstadt erreicht hatte. Man habe „wie eine Hammelherde" durch menschenleere Viertel marschieren müssen, schimpfte die NPD. „Nazis verpißt euch – keiner vermißt euch", war die Antwort der Antifaschisten, die an diesem Tag einen großen Erfolg errungen hatten (ausführliche Berichte auf den Seiten 4 und 5).



Blick in die Welt

Sonderkommando der westdeutschen Polizei in Bulgarien

Dies ist der zweite Fall seit den Ereignissen in Zagreb/Jugoslawien, bei welchem das Operationsfeld deutscher Fahndungstätigkeit auf RGW-Länder ausgeweitet worden ist: Nach Aussagen des Bundesinnenministers Baum und des BKA-Chefs Herold wurden die gesuchten Till Meyer, Gabriele Rollnick, Gudrun Stürmer und Angelika Goder nach „zielstrebiger Fahndungsarbeit", bei der sich das „Zielfahndungskonzept erneut bewährt habe", und durch „hervorragende Zusammenarbeit" zwischen einem BKA-Zielfahndungskommando und der bulgarischen Polizei an der bulgarischen Schwarzmeerküste bei Varna festgenommen. Einzelheiten dieser ominösen „Zusammenarbeit" wurden von dieser Seite „aus Rücksicht der Kollegialität gegenüber bulgarischen Polizisten" nicht bekanntgegeben („FR", 23.6.). Das Schweigen hierüber erfolgte wahrscheinlich auch aus gutem Grund!

Während bei der Terroristenjagd in Jugoslawien die jugoslawische Polizei noch auf Initiative des BKA tätig wurde, erhärtet sich nämlich nach den bisherigen Informationen der Verdacht, daß diesmal ein polizeiliches Sonderkommando die Verfolgung und die Festnahme mit stillschweigender Duldung der bulgarischen Behörden – Proteste sind bisher nicht laut geworden – völlig allein durchführten.

Nach Aussagen des Rechtsanwaltes von Till Meyer, sollen am Nachmittag des 21.6. die vier in einem Strandcafe bei Varna gesessen haben, als plötzlich mehrere schwerbewaffnete Beamte eines MEK oder des GSG 9 mit vier Leihwagen vorfuhren, aus den Fahrzeugen sprangen und dann über sie herfielen. Bulgarische Polizeibeamte wären bei diesem Überfall nicht zu sehen gewesen. Die vier sind dann in einen Urlauberbungalow gebracht worden und hätten dort mehrere Stunden auf dem Boden liegend bis zu ihrem Abtransport nach Mitternacht (!) warten müssen. Sie sollen dann in einem VW-Bus mit deutscher Zollnummer (!) ohne Einschaltung irgendwelcher bulgarischer Behörden direkt zum nächsten Flughafen transportiert und dort in eine startbereite Lufthansamaschine umgeladen worden sein, in der etwa 30 (!) weitere deutsche Polizeibeamte sie in Empfang nahmen („FR", 24.6., „HA", 24.6.).

Dieser erneute Fall zeigt, daß die RGW-Länder mehr und mehr Bereitschaft zeigen, das BKA und seine polizeiliche Exekutive bei Fahndungen zu unterstützen. Vermutlich erhofft sich die Bundesregierung außerdem, die jetzt mit jugoslawischen Behörden bestehenden Auslieferungsprobleme aufgrund des „vorbildlichen" Verhaltens der bulgarischen Behörden besser in den Griff zu kriegen. Die deutsche Polizeiaktion hat jedenfalls solche Probleme mit Bulgarien gar nicht erst entstehen lassen, denn zwischen der BRD und Bulgarien gibt es kein Auslieferungsabkommen!...

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Vor 25 Jahren: Hinrichtung der Rosenbergs

mittag des 21.6. die vier in einem Strandcafe bei Varna gesessen haben,

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Vor 25 Jahren: Hinrichtung der Rosenbergs



Vor 25 Jahren, in der Nacht vom 19. auf den 20. Juni 1953, wurde in New York das jüdisch-amerikanische Ehepaar Ethel und Julius Rosenberg auf dem 'Elektrischen Stuhl' hingerichtet. Ein weltweiter Protest hatte diesen Justizmord nicht verhindern können. Heute sind die Söhne der Rosenbergs dabei, die volle Rehabilitierung ihrer Eltern zu betreiben.

Der Hintergrund: Die USA hatten Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre schneller als von ihnen selbst erwartet das Atom-Monopol verloren. Die Sowjetunion zog mit der Entwicklung eigener Atomwaffen nach. Da die antikommunistische Propaganda natürlich von der totalen Rückständigkeit der Sowjetunion ausging, mußten Schuldige gefunden werden: Es wurde die Legende fabriziert, die Sowjetunion sei nur mit Hilfe von Agenten und Spionen in der Lage gewesen, den amerikanischen Vorsprung einzuholen. Es gab eine Reihe von Verhaftungen und zahlreiche "Verhöre". Die Rosenbergs wurden im August 1950 verhaftet, im März 1951 begann der Prozess gegen sie.

Der Prozeß fiel zudem in die Zeit der McCarthy-Ära, wo der berüchtigte "Ausschuß gegen unamerikanische Umtriebe" sein Schreckensregiment ausübte. Zehntausende Amerikaner wurden vors Tribunal gezerrt und der Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei oder der Sympathie für die Sowjetunion verdächtigt. Viele verloren ihre berufliche Existenz oder mußten öffentlich ihre politische Überzeugung verleugnen. In diesem Klima war der Ausgang des Prozesses gegen die Rosenbergs vorgezeichnet. Obwohl ihnen Spionage nicht nachzuweisen war und obwohl sich auch die verantwortlichen Stellen darüber klar waren, wurde das Todesurteil ausgesprochen. Die Rosenbergs hatten es abgelehnt, im Austausch gegen ein milderes Urteil oder eine Begnadigung angebliche "Komplizen" und "Auftraggeber" zu verraten. Daß d i e s der Grund war, sie schließlich hinzurichten, ist inzwischen von FBI-Inspektor Robert Lamphere, der damals die "Ermittlungen" gegen die Rosenbergs leitete, öffentlich eingestanden worden.

Unser Bild zeigt die Rosenbergs beim letzten Abschied vor der Hinrichtung.

Fischereikonflikt in der Ostsee

Am 4. Juni ist der Heikendorfer Fischer „Capella" 80 km nördlich der polnischen Küste von einem polnischen Zivilboot aufgebracht und in den Hafen von Kolberg geleitet worden. Nach einem fünftägigen Zwangsaufenthalt konnte die dreiköpfige Besatzung mit ihrem Kutter den Hafen wieder verlassen und in die BRD zurückkehren. Zuvor mußte die westdeutsche Regierung eine Kaution in Höhe von 51.600 DM stellen. Ausserdem wurde der Fang der Heikendorfer Fischer, 300 Zentner Dorsch (das sind z.Zt. ca. 20.000 DM) einbehalten. Die beiden Kuttereigner erwartet darüberhinaus noch eine Gerichtsverhandlung, die in etwa vier Wochen in Kolberg stattfinden soll.

Nach dem Fall des Heikendorfer Fischer Fritz Draasch, der im April elf Tage in Gdingen festgesetzt wurde, ist dies der zweite westdeutsche Kutter, der von den polnischen Behörden unter dem Vorwurf des *„illgalen Fischens in polnischen Gewässern"* aufgebracht wurde. Beide Kutter hatten in der sog. Grauzone bei Bornholm gefischt, ein Gebiet, welches zwischen Dänemark und der VR Polen umstritten ist. Eine Tatsache, aus der die BRD-Regierung frecherweise das Recht ableitet, die westdeutschen Fischer zu ermuntern, solange dort zu fischen, bis sich Polen und Dänemark geeinigt haben (so Landwirtschaftsminister Ertl nach „Spiegel", 2/78).

Hierzu schreibt das polnische Parteiorgan „Trybuna Ludu" in seiner Ausgabe vom 10.Juni: *„Das ist jedoch eine Frage, die nur Polen und Dänemark betrifft, deren Regierungen nach einer Regelung streben, die den Interessen der Fischer beider Seiten entspricht. Die Bundesrepublik als dritter Staat ist nicht berechtigt, und kann sich nicht in die Angelegenheit einmischen, die ausschließlich die Jurisdiktion Polens und Dänemarks betreffen. Sie unternimmt aber mit Hilfe westdeutscher Kutter weit von ihrer Küste entfernt ständig solche Versuche..."* (zitiert nach „Kieler Nachrichten", 12.6.78).

Provokatorischer Vorstoß der CDU/CSU-Opposition: Westdeutsche Kanonenboote in umstrittene Gewässer

Anders kann man, angesichts des oben aufgezeigten Sachverhalts, die CDU/CSU-Forderung nach Entsendung von westdeutschen Fischereischutzbooten in das von Polen und Dänemark beanspruchte Gebiet wohl kaum bezeichnen.

Zwar ließ die SPD/FDP-Regierung hierzu erklären: *„Ebensowenig wie die Dänen Polizeikräfte in die Bundesrepublik Deutschland schicken, um hier ihre Landsleute zu schützen, ebensowenig schicken wir natürlich Fischereischutzboote in dänische Gewässer"* (KN, 7.6.).

Wer jedoch um die Politik dieser SPD/FDP-Regierung, speziell ihre Art der „Respektierung" ausländischer Hoheitsrechte, weiß, der wird die folgende Notiz aus den „Kieler Nachrichten" (nur einen Tag später!) für weitaus ehrlicher halten: *„Aus Bonner Regierungskreisen verlautete erneut, es sei noch nicht daran gedacht, eigene Schutzboote in die Ostsee zu entsenden. Grundsätzlich stehe die Bundesregierung jedoch auf dem Standpunkt, daß auch Fischereizonen ‚hohe See' seien und der Einsatz von Fischereischutzbooten daher erlaubt sei."*

BRD proklamiert seine eigene Fischereizone in der Ostsee

„Die Bundesrepublik hat mit Wirkung vom 15. Juni 1978 ihre Fischereizone in der Ostsee erheblich ausgeweitet ... In der Proklamation behält sich die Bundesregierung vor, 'geignete Maßnahmen zu treffen', wenn nicht der Europäischen Gemeinschaft (EG) angehörende Fischereiboote in dieser Zone ohne besondere Genehmigung fischen" (FR, 13.6.).

Der genaue Verlauf der Fischereizone muß allerdings noch festgelegt werden, insbesondere in Verhandlungen mit der Regierung der DDR.

Der praktische Nutzwert dieser Proklamation ist indes gleich Null. Die bundesdeutschen Gewässer sind relativ fischarm, und als Verhandlungsgegenstand mit den übrigen Anrainerstaaten kann diese Zone von daher auch keine Rolle spielen.

So reduziert sich dann wohl auch der Sinn und Zweck dieser Maßnahme darauf, den Ostseefischern mit ihrer Forderung, daß die Regierung endlich etwas zu ihrer Existenzsicherung tun soll, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die beharren jedoch nach wie vor darauf, daß endlich Fangverträge mit Schweden, Polen und der DDR abgeschlossen werden. Daß ist jedoch eine Sache, an die die BRD-Regierung aus „Solidarität" mit ihren EG-Partnern nicht alleine ran will.

Ein Genosse des KB/Gruppe Kiel

...Und wann wird »zurückgeschossen«?

Wie wenig Tarnung sich manche Propagandisten des deutschen Imperialismus heute noch auferlegen, zeigt dieser Hetzkommentar der BILD vom 9.6.78. Daß BRD-Staatsbürger, die im Ausland gegen Gesetze verstoßen, dafür dort zur Rechenschaft gezogen werden, scheint der BILD offensichtlich schon ungeheuerlich. Da werden also jetzt die Polen als "Piraten" beschimpft. Bei den Arabern hieß es damals in der BILD "Wüstenräuber", als der Ölpreis heraufgesetzt wurde. Es ist der Ton des "Völkischen Beobachters", mit dem wieder einmal Stimmung für kommende Raubkriege gegen die "Piraten", "Wüstenräuber" und jeden, der dem deutschen Imperialismus sonst noch im Weg stehen mag, gemacht werden soll.

D i e s m a l ruft der BILD-Kommentator nur zur wirtschaftlichen Erpressung gegen die "Piraten" auf. Als nächstes wird er wohl den Einsatz der GSG 9 in Polen fordern, um endlich unsere von "Piraten" festgehaltenen Landsleute zu befreien. Und das meinen wir n i c h t als ironische Übertreibung!

BILD-Kommentar

Gänse von Piraten

Sind wir eine Bananen-Republik, mit der jeder machen kann, was er will?
Ein deutscher Fischkutter-Kapitän wird in Polen wie ein Dieb verurteilt, ein zweiter festgehalten — staatliche Piraterie!
Was tut Bonn?
Wir sind einer der wichtigsten Handelspartner Polens. Vielleicht setzt die Regierung da mal den Hebel an.
Unsere polnische Weihnachtsgans können wir vielleicht in diesem Jahr woanders kaufen.
Bericht auf Seite 6

Aus „Bild" vom 9.6.78

staatliche Piraterie!
Was tut Bonn?
Wir sind einer der wichtigsten Handelspartner Polens. Vielleicht setzt die Regierung da mal den Hebel an.
Unsere polnische Weihnachtsgans können wir vielleicht in diesem Jahr woanders kaufen.
Bericht auf Seite 6
Aus „Bild" vom 9.6.78

Protest gegen die Beschlagnahmung von »Russell-Buch Nr. 5«

Als erste Reaktion auf die Beschlagnahme des Buchs *„Nach Schleyer: Sonderkommandos in der BRD – Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo"* („Antifaschistische Russell-Reihe Nr. 5") erreichte uns folgendes Protestschreiben des niederländischen „Internationale Kommunistenbond" (Trotzkisten) an das zuständige Gericht:

„Heute erfuhren wir, daß Sie folgendes Buch beschlagnahmt haben: ‚Antifaschistische Russell-Reihe Nr. 5. Nach Schleyer: ‚Sonderkommandos' in der BRD – Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo. J. Reents Verlag, Hamburg.

Wir empfinden diesen Gerichtsentscheid als einen Skandal.

Erneut wird damit in der Bundesrepublik Deutschland eine Zensur gegen Linke praktiziert.

Wir können Ihre Beschlagnahmeverfügung nur sehen als Teil eines schrittweisen Abbaus demokratischer Rechte. Wir fordern die sofortige Rückgabe des beschlagnahmten Materials."



Internationale Kommunistenbond
Nederlandse sektie van de Vierde Internationale
Central adres: Sint Jacobsstraat 10-20, 1012 NC Amsterdam.
telefoon: 020-259272.
IKB

Amtsgericht Hamburg
Postfach 30 01 21
2000 Hamburg 36



Internationale Kommunistenbond
Nederlandse sektie van de Vierde Internationale
Central adres: Sint Jacobsstraat 10-20, 1012 NC Amsterdam.
telefoon: 020-259272.
IKB

Amtsgericht Hamburg
Postfach 30 01 21
2000 Hamburg 36

Amsterdam,
2. juni 1978

LS,
Heute erfuhren wir, dass sie folgendes Buch beschlagnahmt heben:
'Antifaschistische Russell-Reihe Nr. 5
Nach Schleyer 'Sonderkommandos' in der BRD
Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo.
J. Reents Verlag, Hamburg.
Wir empfinden diesen Gerichtsentscheid als einen Skandal.
Erneut wird damit in der Bundesrepublik Deutschland eine Zensur gegen Linke praktiziert.
Wir können ihre Beschlagnahmeverfügung nur sehen als Teil eines schrittweisen Abbaus demokratischer Rechte.
Wir fordern die sofortige Rückgabe des beschlagnahmten Materials.

Internationale Kommunisten Bond
niederländische Sektion der IV. Internationale.

»Ermittlungen« gegen DGB-Jugendzeitung „ran" — wegen Nazi-Propaganda!

Man glaubt es kaum: Gegen die DGB-Jugendzeitung „ran" hat die Staatsanwaltschaft Düsseldorf ein Verfahren wegen Verwendung nazistischer Kennzeichen eingeleitet.

Was war geschehen: Ein Fotograf der Zeitschrift hatte einige Schüler gebeten, sich mit abgewandten Gesichtern für ein Foto zur Verfügung zu stellen. Auf den Aktentaschen der Schüler sollten Hakenkreuze gemalt sein. Wie bei „ran" üblich, sollte das Foto als gestellt im Text ausgewiesen werden.

Während die Polizei das Verfahren wegen Geringfügigkeit einstellen wollte, legte sich die staatsanwaltschaft quer und „ermittelt".

„ran"-Chefredakteur Dieter Schmidt fand die Sache ungeheuerlich. Er fragte an, ob die Staatsanwaltschaft auch gegen den massenweise zum Verkauf angebotenen Nazi-Plunder und gegen Nachdrucke von Nazi-Zeitungen vorgehen würde. Er selbst — so teilte Schmidt im selben Brief der Staatsanweltschaft mit — habe im Auftrag des WDR schließlich auch eine Blaskapelle für Fernsehaufnahmen mit SA-Uniformen ausstaffiert.

Promt leitete die Staatsanwaltschaft jetzt auch gegen Schmidt ein Ermittlungsverfahren ein („FR", 13.6.).

Moral: Wenn Antifaschisten dokumentieren, dann ist's Propaganda; wenn Faschisten Propaganda machen, ist's Dokumentation!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Jetzt läuft Schwalbach Amok: »Jusos und KB gegen Gewerkschaften!«

Der Amoklauf des schleswig-holsteinischen ÖTV-Führers und SPD-Landtagsabgeordneten Schwalbach gegen kritische Gewerkschafter und linke Sozialdemokraten hat einen neuen Höhepunkt erreicht: „rechtzeitig" zum Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein inszenierte er eine Pressekampagne gegen die Jusos und Gliederungen der SPD wegen „Zusammenarbeit mit dem KB". Anlaß war die Solidarisierung der Reinbeker und Lübecker Jusos sowie des Stormarner Parteitags mit der von Ausschluß bedrohten Lübecker Betriebsrätin Brigitte Schultek (s. AK 131).

Schlagzeilen in der schleswig-holsteinischen Presse!

„Flensburger Tageblatt"(16.6.78): *„Scharfe Kontroverse zwischen ÖTV und SPD!"*, „Kieler Nachrichten" (15.6.78): *„Teile der Jusos arbeiten mit KB gegen Gewerkschaften."*, „Lübecker Nachrichten" (15.6.78): *„ÖTV protestiert gegen Vorgehen der Jusos – Krach um ein Gewerkschaftsausschlußverfahren gegen Lübecker Betriebsrätin!"*, „Flensburger *warnt vor geistigen Helfershelfern der Neuen Linken!"*, „Holsteinischer Courier Neumünster" (10./11.6.78): *„Unsichtbare Fronten!"*

Diese Pressekampagne sowie Erklärungen im NDR am 14.6. sind vorläufig der Gipfel der Versuche



Schwalbachs, das Lübecker Bündnis „Demokratische Grundrechte in Gefahr – wir wehren uns!" zu zerschlagen. Dieses Bündnis von Demokraten, Kommunisten und Sozialisten hatte sich Anfang des Jahres gebildet und eine Veranstaltung mit dem Schriftsteller Erich Fried und dem sozialdemokratischen Juraprofessor Norman Paech durchgeführt. Am Tage dieser Veranstaltung war bereits in den „Lübecker Nachrichten" eine Erklärung der CDU (!) gegen solche „Volksfrontpraktiken" veröffentlich worden. Damit war von der CDU das Stichwort gegeben worden. Erster Schlag Schwalbachs gegen dieses Bündnis war das Ausschlußverfahren gegen Brigitte Schultek. Heute sind über 10 Ausschlußverfahren aus der Lübecker ÖTV in Vorbereitung!

Mit der Pressekampagne ging Schwalbach jetzt in die offene Konfrontation mit den linken Sozialdemokraten und forderte die schleswig-holsteinische SPD auf, sich von den Jusos und linken Parteimitgliedern zu distanzieren.

„Bei der SPD beschwert hat sich der Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Bezirk Nord-West, Hans Schwalbach wegen der Einmischung von Jungsozialisten in gewerkschaftliche Ausschlußverfahren gegen linksgerichtete ‚Chaoten'. Er fordert die SPD auf, sich unverzüglich von den Praktiken einiger Teile ihrer Nachwuchsorganisation zu distanzieren" („Kieler Nachrichten", 15.6.). Die Einmischung der Jusos hatte darin bestanden,eine Erklärung von Erich Fried gegen das Ausschlußverfahren gegen B. Schultek in ihrem Mitglieder-Info abzudrucken. Wenige Tage vorher hatten ca. 90 Lübecker mit demselben Fried-Text zu einer Solidaritätsveranstaltung aufgerufen. Aus diesem Bündnis und der Veranstaltung machte Schwalbach in seiner Pressekampagne eine *„vom KB gesteuerte Initiative"*. Witzigerweise führte er dafür als „Beleg" den von Lübecker Jusos nachgedruckten Fried-Text an, der *„den Originalstil des KB-Zentralorgans Arbeiterkampf und anderer KB-Druckwerke deutlich erkennen lasse"* („Flensburger Tageblatt", 16.6.78). Schwalbach wußte auch zu berichten, daß die Reinbeker Jusos und der Stormarner Parteitag der SPD, die ebenfalls gegen das Ausschlußverfahren gegen B. Schultek protestiert hatten, ganz *„bewußt in das gleiche Boot mit dem KB stiegen"* („Lübecker Nachrichten", 15.6.).

Vor dieser „Wühlarbeit" der Jusos und linken Sozialdemokraten in der SPD Schleswig-Holstein hatte Schwalbach zum Auftakt des Landesparteitags am 10./11. in Neumünster bereits gewarnt. In einem berühmten Aufsatz im Neumünsteraner „Holsteinischen Courier", (von Insidern auch als die FAZ der Geest geschätzt) zeigte sich Schwalbach als Stratege von Format: Er entdeckte die eigentlichen Feinde, die *„unzähligen geistigen und tatsächlichen Helfershelfer. Hier gibt es links und rechts keine Parteigrenzen. Sie leben ungeniert überall mit und ohne Rang und Namen. Sie geben Unterschriften als Harmlose, schreiben als ‚Unabhängige', reden als freie Bürger und bagatellisieren, beschönigen und rechtfertigen alles, wenn es um die ‚Freiheit' geht, um bewußt oder unbewußt Weimar zu wiederholen."* Hans Schwalbach fordert *„eine geschlossene, starke, sozialdemokratische Partei ..., die in der Bundesrepublik willens ist, allen Aufweichungstendenzen von ultralinks entgegenzutreten."* Schwalbachs Konsequenz aus dieser Einschätzung: *„Die Politiker von heute und morgen sollten mehr Mut aufbringen, diese unsichtbaren Fronten auszumachen und dann Bekennermut zeigen."* Bekanntlich hat Hans Schwalbach in der Vergangenheit seine „Spürnase" für diese „unsichtbaren Fronten" mehrmals bewiesen, zuletzt im Falle der Entlassung des Kieler ÖTV-Sekretärs Manfred Schwanbek, auf den er den Verfassungsschutz ansetzte. Er besitzt den „Bekennermut", unverfroren im Stile des berüchtigten Kommunistenjägers McCarthy hinter demokratischen Zusammenschlüssen nur „gefährliche Hinterleute", „KB-Aktivisten", „KB-Funktionäre" zu wittern, aufzuspüren und rauszuschmeißen. Die „Drahtzieher" sind aber auch überall, und jegliche Kritik ist von ihnen gesteuert, aber Hans Schwalbach kennt ihre Methoden: *„So gelang es im Februar, den ÖTV-Nachwuchssekretär Manfred Schwanbek zu entlarven, der als SPD-Mitglied zur ÖTV gefunden hatte, dort jedoch aufflog, als er mit selbstgefertigten Materialien gegen die SPD und die Gewerkschaftsbewegung erwischt wurde, die für eine Chaotenzeitung bestimmt waren ... . Dieses und andere ÖTV-Ausschlußverfahren gegen KB-Aktivisten führten zu KB-Aktivitäen beim Russell-Tribunal. Dort beschwerten sich KB-Funktionäre darüber, daß sie ausgeschlossen worden seien."*

Massenausschlüsse aus der ÖTV?

Hans Schwalbach hat im Verlaufe seiner Angriffe gegen das Lübecker Bündnis seine Taktik geändert. Brigitte Schultek wurde damals der Ausschluß aus der ÖTV – kurz vor der ersten Sitzung des Russell-Tribunals – wegen Unterstützung der Veranstaltung mit Erich Fried und Norman Paech (ein Jura-Professor und SPD-Mitglied) angedroht. Schwalbach hatte damals – in einem Telefongespräch mit Brigitte Schultek (Mitschrift s. Russell-Info Nr. 5) die Unterstützung des Lübecker Bündnisses durch die örtliche Russell-Initiative sowie das Russell-Tribunal selbst als gewerkschaftsschädigend diffamiert.

In dem Ausschlußschreiben an B.Schultek (s. AK 131) war vom Russell-Tribunal und der internen Anweisung Schwalbachs in einem ÖTV-Rundschreiben – „Ausschlußverfahren sind einzuleiten" – nicht mehr die Rede. Alle Ausschlußgründe bezogen sich auf KB-Veröffentlichungen zu dieser Frage, die Brigitte Schultek lanciert haben soll. Mit dieser Taktik bezweckt Schwalbach, den eigentlichen Hintergrund seiner wütenden Kampagne zu verwischen und alles auf die Zusammenarbeit von linken Sozialdemokraten mit den „Chaoten" zuzuspitzen, wogegen die SPD Schleswig-Holstein endlich ein klares Wort sprechen müsse. Auf dieser Linie – wer Kritik übt, ist ein „Chaot" oder zumindest „Helfershelfer" – drohte Schwalbach inzwischen 10 Lübecker ÖTV-Mitgliedern den Ausschluß an. Der einzige „Vorwurf" bezieht sich auf die Unterstützung der zweiten Lübecker Veranstaltung, zu der mit dem Fried-Text aufgerufen worden war: „ ... *Durch ihre Unterschrift, mit der sie ebenfalls zu dieser Veranstaltung aufriefen, haben sie die Ziele des Kommunistischen Bundes, wenn auch versteckt und hinter der These „Demokratische Grundrechte in Gefahr – wir wehren uns!", unterstützt. Wir gehen davon aus, daß Sie sich dessen bewußt sind, daß dieses ein Verstoß gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB und der ÖTV ist"* (aus einem Schreiben an einen Unterzeichner der Veranstatung). Und über Erich Fried heißt es: *„Anscheinend zählt Herr Fried es zu einem Grundrecht bzw. zu einer Grundfreiheit, auch Gegner der freiheitlich-demokratischen Grundordnung mit ihren gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten in den Gewerkschaften zuzulassen!"*

Von wem distanziert sich die SPD Schleswig-Holstein?

Die SPD Schleswig-Holstein ist von ihrem Rechtsaußen Schwalbach jetzt aufgefordert, Stellung zu beziehen: *„Jetzt erwartet die ÖTV eine klare Distanzierung der SPD-Spitze des Landes vom Treiben ihrer Untergliederungen"* („Flensburger Tageblatt", 16.6.). Man kann auf eine Antwort des Landesvorstands, der bis jetzt nichts von sich hören ließ, gespannt sein. Denn die bisherigen Worte (!) der schleswig-holsteinischen SPD-Spitze stehen in krassem Gegensatz zu den Forderungen Schwalbachs. Demnach müßten auch *„die Freiheitsrechte der Kommunisten verteidigt"* werden (Landesvorsitzender Jansen, nach „Kieler Nachrichten" vom 29.5.) und *„politisches Engagement, vor allem junger Leute"* wieder *„ohne Verdächtigung und persöhnliches Risko möglich"* werden. *„Die politische Gesinnung von Bürgern – und als Indiz ihre Lektüre oder die bloße Teilnahme an Veranstaltungen – dürfen nicht zum Beobachtungsobjekt der Geheimdienste werden"* (Brief des Landesparteitags an Innenminister Baum, nach „Kieler Nachrichten" vom 16.6.). Es wäre jedoch neu, wenn die schleswig-hoisteinische Parteispitze in offene Konfrontation zur DGB-Mafia gehen und sich hinter die SPD-Linken stellen würde.

KB-Landesleitung Schleswig-Holstein

NATO raus aus Afrika!

„Diese Männer haben mit Truppen normalen Typs nichts gemein. Das sind Horden, Männer von sehr niedrigem Niveau, voller Haß und wie Wilde, die sich an den Ausländern austoben". Schreckensgemälde dieser Art, wie sie der französische Botschafter in Kinshasa über die Befreiungskämpfer der FLNC an die Wand malte, waren Begleitmusik und Rechtfertigung für eine der größten militärischen Operationen des „freien Westens" in Afrika: der zweiten militärischen Niederschlagung des Volksaufstands in der zairischen Provinz Shaba. Von blutigen Massakern der Befreiungskämpfer war die Rede, von denen sich später herausstellte, daß sie von den zairischen Regierungs-Truppen verübt worden waren, um den NATO-Staaten Vorwände für ein Eingreifen zu liefern. Wie die „humanitäre Hilfe" insbesondere der französischen Fremdenlegionäre wirklich aussah, berichteten Augenzeugen später: „Sie haben gar nicht erst lange gefragt, ob jemand Rebell oder Unbeteiligter war. Sie schossen auf alles, was sich bewegte" („Zeit", 26.5.). Der Volksaufstand gegen eine der verhaßtesten Diktaturen Afrikas endete in einem Blutbad. Heute, mehrere Wochen nach der Evakuierung der Europäer, befinden sich immer noch insgesamt 500 belgische und französische Soldaten in Zaire als „militärisches Korsett" der neu gebildeten afrikanischen Interventionstruppe. Diese 2 500 Soldaten aus reaktionären afrikanischen Diktaturen sollen gemeinsam mit ihren weißen „Partnern" das morsche Mobutu-Regime stützen: Imperialismus und afrikanische Reaktion haben sich auf eine langfristige Besetzung der Provinz Shaba eingerichtet.

An der Planung und Koordinierung der generalstabsmäßig durchgeführten Aktion waren die wichtigsten NATO-Staaten wie USA, Frankreich, Belgien, England und die BRD (!) beteiligt. Treffen dieser Staaten fanden u.a. in Stuttgart und Heidelberg statt. In der westlichen Presse machte man keinen Hehl daraus, daß der „freie Westen" berechtigt sei, eine solche Kanonenbootpolitik zu betreiben: „Nichteinmischung in afrikanische Angelegenheiten gibt es nicht ... Aus eigenen Angelegenheiten kann sich nicht heraushalten, wer sich nicht selbst aufgeben will", tönt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (7.6.) in wilhelminischer Manier. Es scheint, wir sollen an diese neue Form westeuropäischer Großmachtpolitik in Afrika beizeiten gewöhnt werden.

Denn Shaba ist kein Einzelfall: Im Tschad kämpfen weit über 2 000 französische Fremdenlegionäre, unterstützt von Jagdbombern, gegen die in jüngster Zeit sehr erfolgreiche Befreiungsbewegung FROLINAT. Es geht um Uran und Ölvorkommen bisher unbekannten Ausmaßes. Ebenfalls mit Napalm haben französische Militärflugzeuge Flüchtlingslager der FRENTE POLISARIO bombardiert, die in der Westsahara für ihr Selbstbestimmungsrecht und um das Überleben kämpft. Und vor knapp drei Wochen haben französische Söldner zur Sicherung eines französischen Stützpunktes einen Putsch auf den Komoren (Indischer Ozean) inszeniert. Es ist offensichtlich, daß sich in Afrika der Imperialismus in einer neuen Offensive befindet und daß die Märchen von der roten Unterwanderung" Afrikas durch die Sowjetunion und Cuba Zweckpropaganda sind, um das eigene Eingreifen zu rechtfertigen. Selbst in den USA ist die CIA-Story von der „Cubanisch-Sowjetischen Invasion" Zaires bei führenden Politikern aus Carters eigener Partei (Mc Govern, Church u.a.) auf offenen Zweifel gestoßen.

Riesiger BRD-Stützpunkt in Zaire

Die BRD steht heute bei dieser Offensive gegen die Völker Afrikas in der ersten Reihe. Der Shaba-Überfall wurde mit einem 60 Mill. DM Kredit mitfinanziert und Genscher erklärte sich bereit, zukünftig sogar „logistische Hilfe" bei ähnlichen Abenteuern zu leisten: Bereits heute unterhält die BRD über die Firma OTRAG den größten NATO-Stützpunkt in Afrika: im Nordosten Shabas. Um ihn zu sichern, wurde u.a. die so aufwendige wie brutale Militärintervention unternommen. Die OTRAG übt über ein Gebiet von der Größe der DDR die vollständige Oberhoheit aus. Das geht laut Pachtvertrag bis hin zum Recht auf Zwangsevakuierung der schwarzen Bevölkerung und erstreckt sich auch auf die „disziplinäre Gewalt": OTRAG bestimmt, was Recht und was Unrecht ist. Die Behauptung, daß dort die „Cruise-Missile" (unbemannter Lenkflugkörper), die möglicherweise tödlichste Waffe des Nuklearzeitalters, von der BRD getestet wird, stammt von Ted Szulc, einem bekannten Enthüllungsjournalisten der „New York Times". Die politische und militärische Bedeutung dieser BRD-Kolonie im Herzen Afrikas ist gar nicht zu überschätzen. Dieser Stützpunkt ist eine ständige Bedrohung antiimperialistischer Staaten wie Angola und Mosambik und der Befreiungskämpfer im südlichen Afrika, die gegen Rassismus und Faschismus zur Waffe gegriffen haben. Doch die Reichweite der mit Atomköpfen bestückbaren Raketen bedroht tendenziell j e d e fortschrittliche afrikanische Massenbewegung. Das gleiche gilt für das mit Atomtechnologie ausgerüstete faschistische Südafrika (RSA), das das südliche Afrika im Kriegsfall in ein radioaktives Inferno verwandeln kann. Die nukleare und militärische Zusammenarbeit zwischen BRD und RSA (u.a. Lieferung von Technologie zur Urananreicherung: Trenndüsenverfahren) ist inzwischen so detailliert nachgewiesen, daß dieses Material trotz bundesdeutscher Dementis mehrfach für eine Verurteilung der BRD durch die UNO ausgereicht hat.

Veranstaltungsreihe mit Vertretern der zairischen Opposition (FLNC)

3.7.	Hamburg
4.7.	Westberlin
5.7.	Bochum
6.7.	Freiburg
7.7.	Nürnberg
10.7.	Göttingen
11.7.	Kiel
12.7.	Flensburg

Trotz Polizeiterror: Antifaschisten verhindern NPD-»Deutschlandtreffen«

Erstmals seit 1974 gelang es in Fankfurt, den alljährlich stattfindenden zentralen Nazi-Aufmarsch zum 17. Juni in dieser Stadt zu verhindern. Nachdem die Frankfurter Kommunalverwaltung, Justiz und vor allem Polizei in den Vorjahren das „Deutschlandtreffen", die zentrale Veranstaltung der NPD im ganzen Bundesgebiet, ermöglicht hatten, sahen sie sich diesmal dem energischen Protest von rund 10 000 Antifaschisten gegenüber. Zu einem Zeitpunkt, wo die NPD sich noch am Rande Frankfurts sammelte, war der Römerberg bereits besetzt. Vergeblich versuchte die Polizei, von dieser Stärke der Antifaschisten völlig überrascht, mit brutalen Prügelorgien die Innenstadt für die geplante Nazi-Kundgebung zu räumen. Eine Straßenschlacht, wie sie Frankfurt seit APO-Zeiten nicht mehr erlebt hatte, war die Folge. Obwohl die Polizei wild eindrosch auf alles, was sich ihr irgendwie in den Weg stellte, konnte sie den Widerstand der Antifaschisten diesmal nicht brechen. Erst als klar wurde, daß die Situation für die Staatsgewalt nicht unter Kontrolle zu bringen war, verfügte die Polizeiführung schließlich doch ein Verbot der NPD-Kundgebung auf dem Römerberg. Die rund 3000 Nazis wurden nach einem Marsch durch menschenleere Außenbezirke zu ihrem Ausgangspunkt zurückgeleitet, wo sie unter wütendem Protest wieder ihre Busse bestiegen und abzogen. Tatsächlich kann sich die NPD jedoch bei der Polizei bedanken, vor einem direkten Zusammenstoß mit den Antifaschisten bewahrt worden zu sein. Dies wäre den Faschisten schlecht bekommen!

Der unter Verantwortung eines FDP-Innenministers, eines CDU-Oberbürgermeisters und eines SPD-Polizeipräsidenten an diesem Tag zugunsten der NPD praktizierte Polizeiterror gegen eine nach Tausenden zählende Menschenmenge demonstriert eine neue Qualität im profaschistischen Charakter dieses Staats und seiner tragenden Parteien. Die NPD und ihre Freunde und Helfer in Uniform hatten freilich nicht mit der enormen Verbreiterung des antifaschistischen Widerstands gerechnet, dem sie sich schließlich beugen mußten. Dieser Erfolg ermutigt dazu, der NPD auch bei zukünftigen Versuchen, ihr „Deutschlandtreffen" in Frankfurt oder anderswo abzuhalten, gründlich die Suppe zu versalzen.

Bereits am späten Vormittag des 17. Juni strömten Antifaschisten nicht nur aus Frankfurt, sondern auch aus Offenbach, Darmstadt, Wiesbaden usw. in die Innenstadt, während NPD-Ordner unter Polizeischutz die Bühne für ihre Kundgebung aufbauten, die gegen 16 Uhr stattfinden sollte. Bereits zu diesem Zeitpunkt versuchte die Polizei, eine antifaschistische Demonstration zu behindern, die vom Frankfurter AStA, KB, SAG, Frauengruppen, Schülern u. a. getragen war. Von dem Vorhaben, die Demonstranten, die zum Teil in zweckmäßiger Ausrüstung gekommen waren, bereits beim Sammeln zu filzen, sah man aber ab, da die Teilnehmerzahl von einigen hundert rasch auf 2000 bis 3000 anwuchs. Diese Demonstration, zu der sich noch 200 KBW'ler mit dem unvermeidlichen Spielmannszug gesellten, sollte eigentlich zunächst zur Paulskirche führen, wo VVN, DKP, Jusos, SB und andere eine Kundgebung angesetzt hatten, da sie – bis auf das SB – zu einer gemeinsamen Aktion mit den Linken wie üblich nicht bereit waren. Da die Demonstration zu diesem Zeitpunkt von Minute zu Minute mehr Zulauf erhielt, wurde diese Station jedoch gar nicht erst eingelegt – vorbei an den nach eigenen Angaben „überrumpelten" Polizisten ging es direkt auf den Römerberg.

Ein erster heftiger Prügeleinsatz auf einem Teil des Platzes konnte nichts an der Tatsache ändern, daß sich rund 4000 Antifaschisten dort versammelten. Weitere Tausende fanden sich im Hintergrund des Römerbergs und an den Zugängen ein – insgesamt waren es deutlich mehr Menschen als auf der DGB-Kundgebung am 1. Mai! Diesmal sollte es anders als im Jahr zuvor laufen, als die Faschisten, umgeben von einem dichten Polizei-Kordon, mit dreifacher Übermacht die Antifaschisten in die Rolle ohnmächtigen Protests gedrängt hatten.

Während sich bei den Antifaschisten das Bewußtsein der eigenen Stärke und ein neues Selbstvertrauen einstellte, das es in der Frankfurter Linken schon lange nicht mehr gegeben hatte, war den NPD-Ordnern an ihrem soeben errichteten Podium das Unbehagen deutlich von den Gesichtern zu lesen. Absperrgitter und Polizeischutz halfen ihnen wenig – vor allem, da sie mit einem kontinuierlichen Hagel von Farb- und Jauchebeuteln eingedeckt wurde. *„Diese stanken wie die Pest"*, berichtete Polizeipräsident Knut Müller später treffend der Presse.

Die Frankfurter Polizei freilich wäre nicht die Frankfurter Polizei, hätte sie auch nur einmal demokratischen Protest respektiert. Unbeeindruckt von der gewaltigen Menschenmenge wie auch von den zahlreichen Beobachtern aus dem In- und Ausland, wurde fieberhaft Verstärkung herangezogen. Unter empörten Pfiffen und Buh-Rufen wurde per Lautsprecher zur Räumung des Platzes aufgefordert. Unmittelbar danach – hätte man abziehen wollen, wäre dies gar nicht mehr möglich gewesen – räumten mindestens fünf Hundertschaften, verstärkt durch Wasserwerfer, in einem unbeschreiblichen Knüppeleinsatz das Areal. *„Der Polizeieinsatz lief in denkbar größter Schnelligkeit ab"*, stellte die „FAZ" (19.6.) bewundernd fest. Mit schweinischer Brutalität wurden mehrere tausend Menschen durch den schmalen Ausgang in Richtung Paulskirche regelrecht hindurchgeprügelt. Am Boden liegende Verletzte wurden weiter getreten und geschlagen. Offenbar hatten die Polizisten Anweisung, gezielt auf die Köpfe zu schlagen; jedenfalls gab es überall Verletzte mit blutenden Kopfwunden. Da die Antifaschisten auf einen dermaßen wilden Angriff weder gefaßt noch entsprechend ausgerüstet waren, gab es hier die meisten Opfer; nach Angaben der „FR" (19.6.) mußten 49 Demonstranten in den Krankenhäusern behandelt werden.

Aber die Polizei hatte sich im Widerstandswillen der Antifaschisten geirrt. Kurz nach der Räumung des Römerbergs formierten sich überall in der Innenstadt Gruppen mit hundert und mehr Leuten, die der Polizei erbitterte Straßenkämpfe lieferten. In mehreren Straßen wurden Barrikaden errichtet, Autos auf die Straße geschoben und Bauwagen umgestürzt, um den Vormarsch der Polizei aufzuhalten. Angriffe der Polizei wurden mit massiven Steinwürfen beantwortet. Übereifrige Polizisten, die sich zu weit vorgewagt hatten, sahen sich unverrichteter Dinge entwaffnet und erhielten die Quittung für ihre zuvor geübte Brutalität. Hier gab es auch Verletzte auf Seiten der Polizei, allerdings mußten nur 4 davon im Krankenhaus behandelt werden. Obwohl die Polizei einzelne Demonstrantengruppen kilometerweit verfolgte, gelang es ihr nicht, den antifaschistischen Protest aufzulösen.

Als es klar wurde, daß man die Situation in der Innenstadt nicht soweit in den Griff bekommen würde, um den Ablauf der NPD-Kundgebung zu gewährleisten, wurde diese von der Polizeiführung zur *„Abwendung unmittelbarer Gefahren"* verboten. Die NPD mußte ihre Aufbauten auf dem Römer zur großen Freude der Antifaschisten entfernen; bald darauf zog sich die Polizei zurück, und der Platz wurde wieder freigegeben. Die Innenstadt glich streckenweise einem Schlachtfeld – bis spät in die Nacht hinein war die Feuerwehr mit Aufräumarbeiten beschäftigt.

Im Vergleich zu dem, was die Polizei dann inszenierte, können diese Auseinandersetzungen jedoch getrost als ‚harmloses Geplänkel' bezeichnet werden. Im übrigen: Was erwartet die Polizei eigentlich, nachdem sie über Jahre Seite an Seite mit Nazi-Schlägern antifaschistische Proteste zusammengedroschen hat?! Daß man ihr Blümchen schenkt? Nach der erneuten hemmungslosen Polizeibrutalität zugunsten der NPD, nach der geschlossenen Billigung dieses Vorgehens durch die bürgerlichen Parteien, von den Antifaschisten auch noch strikte Gewaltlosigkeit zu fordern, ist eine Verhöhnung aller derjenigen, die – in friedlicher Absicht gekommen – ihre mangelhafte Ausrüstung mit blutigen Köpfen bezahlen mußten.

Polizei, Presse und Parteien hetzen im Chor

Hatten Rundfunk und Fernsehen (Tagesschau) im Laufe des Tages noch relativ sachlich über die Vorgänge berichtet, wobei der Polizeieinsatz wiederholt kritisiert wurde, so änderte sich das schlagartig, nachdem Stadtverwaltung und Polizeiführung die Medien entsprechend bearbeitet hatten. Die gesamte Frankfurter Presse, mit Abstrichen auch die „FR", übernahm die verlogenen Darstellungen der Polizei. Für die Antifaschisten sei das NPD-Treffen nur ein willkommener *„Anlaß"* („Abendpost-Nachtausgabe", 19.6.) gewesen, um der Polizei eine *„Straßenschlacht"* zu liefern. *„Unmotiviert"* (!) seien die Polizisten angegriffen worden (s.o.). Die „Frankfurter Neue Presse" behauptete, *„linksradikale Gewalttäter"* hätten *„Schaufenster eingeschlagen und Auslagen geplündert"* und *„an einer Barrikade ‚Wegezoll' von Autofahrern verlangt"* (Ausgabe vom 19.6.). Am schlimmsten trieb es die „FAZ": *„Mit einer Blindwütigkeit, als gelte es, sich irgendeine Art von ‚Blutorden' zu erwerben,"* hätten *„militante Linksextremisten"* die Polizei angegriffen. *„Die Ausschreitungen hatten weder Sinn noch Ziel – es waren pure Provokationshandlungen, bei denen die Täter auf das Schlimmste hofften"*. Die „Bild" kam auf die geniale Idee, die Polizisten hätten **„wieder mal die Prügelknaben der Nation"** abgeben und **„ihre Haut zu Markte tragen"** müssen!!

Dies alles angesichts der Tatsache, daß sich Millionen von Fernsehzuschauern anhand der wenigen in den Nachrichtensendungen gezeigten Szenen selbst von der Polizeibrutalität hatten überzeugen können! Knut Müller besaß denn auch die Unverfrorenheit *„harte Kritik"* an der ARD-Berichterstattung zu üben. Die Polizeiführung redete sich darauf hinaus, daß die „Ausschreitungen" bereits v o r der gewaltsamen Räumung des Römerberges erfolgt seien. Alles andere seien *„Behauptungen der extremen Linken und ihrer Gesinnungsfreunde"* („FNP", 20.6.).

In der Tat haben auch die Polizisten, die die NPD-Aufbauten auf dem Römer verteidigten, ihren Anteil an Jauche, Farbe u.ä. abbekommen.



Den NPD-Ordnern flogen Jauchebeutel um die Ohren.
Foto: Moskito

Es ist bezeichnend für die Hetze Müllers gegen die Antifaschisten mit den vorsichtig-gemäßigten Äußerungen zur NPD zu vergleichen. Die NPD zeige zwar *„latente Gewalt"*. Diese habe sich jedoch *„nicht entladen"*. Vielmehr habe sie *„den Anschein der Friedfertigkeit"* (!) erweckt. Deshalb werde *„die richterliche Entscheidung* (den Nazi-Aufmarsch zu genehmigen; Anm. AK) *1979 wahrscheinlich genauso lauten wie in diesem Jahr"* („FAZ", 20.6.).

Dies kann nur als Tip von berufener Seite an die Gerichte verstanden werden, bei ihrer bisherigen nazifreundlichen Praxis zu bleiben.

Oberbürgermeister Wallmann (CDU) erklärte unumwunden, der Römer hätte für die NPD freigemacht werden müssen und verzichtete gleich auf irgendwelche anderen „Begründungen". Den Antifaschisten warf er *„vorsätzliche Sachbeschädigung, Freiheitsberaubung, Bildung bewaffneter Banden und räuberische Erpressung"* vor. Da steht offenbar eine Prozeßlawine gegen Antifaschisten bevor! Jetzt müsse als Konsequenz das Demonstrationsrecht eingeschränkt werden. Die FDP nahm ebnfalls die Polizei kritiklos in Schutz. Die SPD sprach von einer *„unbesonnenen Reaktion"* der Poli-



Ein Faschistentrupp, darunter vor allem Jugendliche, auf dem Ratsweg (Sammelplatz der NPD, zu dem diese alsbald wieder zurückkehren mußte). Unter den NPD'lern konnten NSDAP-Nazis einwandfrei identifiziert werden. Die NPD hatte außer ihren 200 Ordnern eine „Eingreifreserve" von 150 Schlägern aufgestellt, die sich auf die „Schlacht des Jahrhunderts" mit den Linken eingerichtet hatten.
Tatsächlich hatten sich vorübergehend 30 militante Faschisten („FAZ", 19.6.) in der Innenstadt gesammelt, die sich jedoch bald wieder zerstreuten, als sie sich vom kräfteverhältnis überzeugt hatten.
Einige wenige Faschisten, die sich unter die Demonstranten gewagt hatten und erkannt worden waren, kamen nicht ohne eine Tracht Prügel davon. Reaktion der Presse: „Unbeteiligte" seien „terrorisiert" worden .... Foto: Moskito

Fortsetzung von Seite 4

zei auf *„kleine Gruppen ‚gewalttätiger Provokateure'* ". Statt das Demonstrationsrecht einzuschränken, schlägt man von dieser Seite jedoch vor, das Vorgehen der Polizei zu effektivieren, um die „Gewalttäter" besser herausgreifen zu können, ohne die „friedlichen Demonstranten" in Mitleidenschaft zu ziehen. Müller würde es am liebsten sehen, künftig im Verhältnis 1 Polizist auf 2 Demonstranten vorzugehen.

Scheinheilig schieben jetzt alle Parteien die Verantwortung auf das Verwaltungsgericht, das ein von den Behörden ausgesprochenes Verbot des NPD-„Deutschlandtreffens" erwartungsgemäß wieder aufgehoben hatte. So skandalös diese richterliche Entscheidung tatsächlich ist, so wenig sollte es den bürgerlichen Parteien gelingen, sich auf diese Weise reinzuwaschen. Tatsächlich war das Verbot von keiner einzigen dieser Parteien ernsthaft betrieben worden (auch vom DGB nicht, der jede konkrete antifaschistische Aktivität von Anfang an verweigerte!) und hatte lediglich Alibifunktion. Dementgegen dieser Politiker eine Erklärung, die NPD und ihre Aktivitäten müßten wegen ihres faschistischen Inhalts verboten werden. Das zeigt was die in letzter Zeit vielzitierten „Warnungen vor dem Rechtsextremismus" in Wirklichkeit wert sind: Man braucht und wünscht die NPD auch weiterhin! Und man ist auch in Zukunft bereit, dies unter Einsatz aller staatlichen Mittel bis zum offenen Polizeiterror gegen den antifaschistischen Widerstand durchzusetzen.

Verbreiterung der antifaschistischen Front

Der augenfälligste Fortschritt im Vergleich zur Situation von 1977 in Frankfurt ist das erhebliche Anwachsen eines antifaschistischen Bewußtseins. Herrschte noch vor einem Jahr innerhalb der Mehrheit der Linken fast durchgängig die Meinung vor, der Neofaschismus sei nicht ernst zu nehmen, und Widerstandsaktionen würden ihn nur »aufwerten«, so ist diese Einstellung mittlerweile einer gestiegenen Wachsamkeit gewichen. Der 17. Juni war mindestens sechs Wochen zuvor bereits »im Gespräch« und wurde mit zahlreichen Aktivitäten und relativ breiter Informationsarbeit von unterschiedlichster Seite vorbereitet.

Selbst das Frankfurter SB, das sich bisher mit fast völliger Abstinenz zu dieser Frage, unrühmlich hervorgetan hatte, nahm diesmal Stellung und rief zum Protest auf (wenn auch mit den falschen Partnern - s.u.).

Unter Spontis, KB, SAG, BI's usw. bis zu einzelnen Falkengruppen entwickelten sich ausnahmsweise sehr solidarische und konstruktive Formen der Zusammenarbeit. Außerordentlich breit waren auch die Proteste gegen den Polizeiterror - vor allem aus dem gewerkschaftlichen Lager (ÖTV und
den Polizeiterror - vor allem aus dem
DPG). Inzwischen hat in Offenbach bereits eine Demonstration (200 Teilnehmer) gegen das Vorgehen der Polizei stattgefunden; in Frankfurt wird dazu ebenfalls (am 1. Juli) demonstriert werden.

Lediglich DKP/ VVN blieb es erwartungsgemäß überlassen, den Versuch der Spaltung zu unternehmen, wobei sie von den Jusos energisch unterstütz wurden. KB und SAG wurden auf Initiative der Revisionisten von deren »antifaschistischem Bündnis«, das wieder einmal vor allem durch die Zahl der darunter stehenden Organisationen »glänzte«, ausgeschlossen.

Das SB, das gegen diese Unvereinbarkeitspolitik zwar protestierte, mochte dennoch Konsequenzen nicht ziehen, sondern verblieb im Bündnis. Ergebnis: Während Tausende den Römerberg besetzten, darunter Gewerkschaftler ebenso wie antifaschistische Sozialdemokraten und 'einfache Bürger', fanden sich kaum DKP/ VVN und Jusos auf einige hundert bis tausend Zuhörer. Die Masse der Demonstranten hatte es gemeinerweise vorgezogen, mit den »Provokateuren« und »Sektierern« gemeinsame Sache zu machen.

Auf eine ganz miese und schäbige Tour versucht nun die DKP-Lügenpresse (»UZ, 19.6. und »DVZ«, 22.6.), den Erfolg für sich zu verbuchen.

15000 Frankfurter hätten sich an der Aktion beteiligt, zu der das DKP-Bündnis aufgerufen habe. Daß es a n d e r e waren, die den Römerberg besetzten, und die von Anfang an den Beschimpfungen und Verleumdungen der Revisionisten ausgesetzt gewesen waren, wird mit keinem Wort erwähnt. Umso verlogener ist es, daß in beiden Artikeln (»UZ« und »DVZ«) in geradezu penetranter Weise Einheitsphrasen gedroschen werden. Mögen diese Leute sich weiterhin in Lobhudeleien über ihre »Einheit« mit sich selbst und einigen wenigen Opportunisten ergehen - die Praxis beweist, daß sie sich mit ihrer Politik längst ins Abseits gestellt haben.

KB/ Gruppe Frankfurt



Demonstranten versuchen, die Absperrgitter vor den NPD-Aufbauten wegzuziehen.



„Wir haben den Römer mit Nachdruck geräumt" (Polizeipräsident Müller, SPD). Foto: Moskito

„Wir haben den Römer mit Nachdruck geräumt" (Polizeipräsident Müller, SPD). Foto: Moskito

Nach der Räumung des Römerbergs: anderthalbstündige Straßenschlacht in Frankfurt

»Großdeutscher Aufmarsch« in Wien verboten

Einige (!) für den 17. Juni in Wien geplanten Kundgebungen sind von der Bundespolizei verboten worden, darunter auch eine Veranstaltung der „Aktion Neue Rechte". Die Neonazis hatten u.a. Landkarten verteilt, auf denen Österreich als Teil eines wiedererstandenen ‚großdeutschen Reiches" eingezeichnet war und wollten während der Kundgebungen den Anschluß Österreichs an „Deutschland" propagieren. In der Verbotsbegründung hieß es, daß diese Kundgebungen gegen den Staatsvertrag aus dem Jahr 1955 verstoßen und gegen die Integrität des neutralen Staates gerichtet seien.

So geht's also auch – nur im Ausland?

Frauen gegen Nazi-Aufmarsch

Eine Woche vor dem 17. Juni trafen sich im Bockenheimer Frauenzentrum ca. 40 Frauen. Die Diskussion entzündete sich vor allem an den Fragen: Was hat der Faschismus für die Frauen bedeutet; warum gelingt es den Faschisten heute, so viele Jugendliche zu rekrutieren; vor welchem Hintergrund agieren sie (Unterstützung durch den Staatsapparat), und wie macht sich die Rechtsentwicklung insgesamt heute für die Frauen bemerkbar (Tendenz: Zurück an Heim und Herd). Verabredet wurde, in der Woche Informationsstände in der Innenstadt zu machen, ein eigenes Flugblatt zu verteilen, die Ausstellung „Frauen und Faschismus" von Göttinger Frauen zu zeigen und schließlich gemeinsam im Frauenblock zur Protestdemonstration am 17.6. zu kommen. 150 Frauen versammelten sich dort, unter einem lila Transparent „Frauen seid wachsam – einmal Faschismus war schon zuviel". Durch den Polizeieinsatz wurde der Frauenblock völlig zersprengt. Von Ärzten war nachher zu erfahren, daß unverhältnismäßig viele Frauen mit Verletzungen behandelt werden mußten. Noch am selben Abend trafen sich die Frauen wieder, um die gemachten Erfahrungen zu diskutieren. Eine Presseerklärung wurde herausgegeben, die immerhin
diskutieren. Eine Presseerklärung wurde herausgegeben, die immerhin
(etwas verspätet) in der „FR" erwähnt wurde. Von diesem Frauentermin stammt auch der Vorschlag zu einer Protestdemonstration gegen den Polizeiterror. Am Wochenende vorher wird wieder eine Aktion in der Stadt stattfinden, wo ein „Denkmal der unbekannten Hausfrau" enthüllt werden soll und mit Wandzeitungen und Fotos über den wahren Ablauf des 17.6. informiert wird.

Eine Frankfurter Genossin

In Kürze

Zahlreiche gewerkschaftliche Gruppen nahmen an den antifaschistischen Aktivitäten teil, darunter z.B. die Amtsgruppe der DPG vom Fernmeldeamt 1 oder eine Gruppe von Rundschau-Kollegen, die mit eigenem Transparent unter lautstarkem Beifall auf den besetzten Römer zogen. ÖTV und DPG protestierten danach energisch gegen den Polizeieinsatz, wofür sie der GdP-Vorsitzende prompt auf die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB hinwies, die eine Solidarisierung mit „Linksextremisten" untersagten!
Strafanzeige gegen die Verantwortigen des Polizeieinsatzes stellten Mitglieder der Juso-Hochschulgruppe. Das „Gebot der Verhältnismäßigkeit" sei mißachtet worden.

Galinski warf der Justiz *„Blindheit wie in der Weimarer Republik"* vor, und erklärte, es könne nicht Aufgabe der Polizei sein, Nazi-Aufmärsche zu schützen.

OB Wallmann: *„Es ist nicht Aufgabe der Beamten, eine Gerichtsentscheidung zu werten, sondern ihr Beachtung zu verschaffen"*.

Die Polizeiführung, darauf hingewiesen, daß Polizisten mit Holzlatten auf Demonstranten eingeprügelt hatten, behauptete zunächst, von den Demonstranten entwaffnete Beamte hätten daraufhin *„in Notwehr zu dem gegriffen, was andere liegengelassen hatten"*. Wenig später mußte das Innenministerium zugeben, daß es sich um Polizeischlagstöcke aus Holz handelte, die zur Ausrüstunggehören! („FR", 21.6.).

Ein Offenbacher Pfarrer schrieb in einem Leserbrief an die „FR" (21.6.), er habe während der Prügelszene Polizisten darum gebeten, mit dem Einsatzleiter zu sprechen, um zu „vermitteln". Nach einigem Bemühen habe er mit einem höheren Offizier sprechen können. *„Ich stellte mich vor und brachte in höflichem Ton mein Anliegen vor. Er hörte kaum zu und schrie mich an: ‚Du Saukerl, hau ab, ich laß dich verhaften!' Man bedrohte mich mit Schlagstöcken, zwei Polizeibeamte stießen mir ihre Schilde ins Gesicht und stießen mich weg"*.

Den „Arbeiterbund"/München hatte es auf seiner Jubiläumsrundreise durch die BRD auch nach Frankfurt verschlagen, wo er ein Flugblatt verteilte. Darin warnt der AB vor Alleingängen ohne die DKP. Sonst könnte man nämlich nur *„schwache Versuche"* zur Verhinderung der Nazi-Provokation unternehmen. Daß die Demonstranten auf den AB nicht hörten und trotzdem ohne DKP/VVN den Römerberg besetzten, erklärt wahrscheinlich, warum die Besetzung scheiterte.

Zuguterletzt: Ein KBW-Agitator meinte lautstark nach der Polizeiaktion, der Einsatz habe **„ganz klar dem Spielmannszug des KBW gegolten"**. Der KBW wurde übrigens von der „FAZ" als ganz besonders gefährlich eingeschätzt.

Filbinger-Prozeß: Akten verschwinden und der Kronzeuge ist selbst Nazi

13.6.78, Prozeßtag in der Sache Filbinger gegen Hochhuth. Hochhuths Anwalt Jauch erklärt zu Beginn, Hochhuth werde künftig die Vermutung nicht mehr aussprechen, Filbinger sei nur auf freiem Fuß dank des Schweigens derer, die ihn kannten. Die Vorwürfe gegen Filbinger hält er natürlich aufrecht.

Filbingers Anwälte waren zufrieden; für sie sei der umstrittene Satz damit insgesamt zurückgenommen.

Erst auf Drängen des Gerichts (das u.a. schon StrauSS in einer Beleidigungsklage gegen Engelmann zu seinem „Recht" verhalf) stellten die Anwälte einen Hilfsantrag, in dem das Verbot der bisher erlaubten Hochhuth-Äußerungen gefordert wird.

In seinem Plädoyer brachte Filbingers Anwalt Sedelmeier vor: Die 6-Monate-Strafe für Petzold (der sich nach dem Krieg seine Nazi-Streifen von der Uniform gerissen hatte) wäre milde ausgefallen. Die von Filbinger in der Urteilsbegründung verwendeten Begriffe „Manneszucht" und „Gesinnungsverfall" hätten schon vor dem „3. Reich" existiert, seien also keine Nazi-Begriffe. Bei dem von Filbinger zum Tode verurteilten Gröger hätte Filbinger nichts mehr machen können, ohne aufzufallen und „seine sonstige Widerstandsarbeit" zu gefährden...

Hochhuths Anwalt Jauch: Von Milde könne keine Rede sein. Für Gehorsamsverweigerung war eine Mindeststrafe von 14 Tagen Arrest vorgesehen. Daß Filbinger trotzdem 6 Monate (!) verhängte, könne er sich nur so erklären, daß Filbinger über den ehemaligen HJ-Führer Petzold, der so kurz nach dem Krieg gegen die Nazis Stellung bezog, enttäuscht war. Das zeige den Geist dieses Urteils.

Das Verfahren gegen Gröger war von Filbingers Vorgänger, Marinerichter Stelling, ein Jahr bewußt verschleppt worden. *„Im Januar 1945 sei dann Filbinger mit dem Fall betraut worden: 'Nun ging es anders, nun wehte ein scharfer Wind'..."* („Stuttgarter Zeitung", 14.6.). Filbinger hatte sich dann auch für die schnelle Vollstreckung des Todesurteils eingesetzt. Jauch beantragte, Akten des Bundesarchivs von 41 Gerichtsfällen, bei denen Filbinger den Vorsitz geführt hatte, heranzuziehen. **Das wird noch spannend, denn Hochhuth enthüllte inzwischen, daß in Westberlin** *„vor sehr kurzer Zeit aus einem Archiv die Marine-Personalakte Filbingers amtlich* (!) *'eingefordert' worden und seither unauffindbar* (ist) *!"* (Spiegel, 19.6.).



Filbinger: Immer noch am Drücker. Wie lange noch?

Während Filbinger bemüht ist, vor seine nationalsozialistische Gesinnung ein „anti-" zu setzen, hat sein Verteidiger, Josef Augstein, vor Gericht Flagge gezeigt und damit Aufschlußreiches über seine eigene Gesinnung zum Besten gegeben: Nach Stalingrad habe es überall gebröckelt. Jeder mit Verstand habe gewußt, daß der Krieg verloren war. Viele wollten weg. Um das zu verhindern, wurden die Strafen härter. Und auf Fahnenflucht stand Tod. Keiner, der gefaßt wurde, lebt mehr. Da habe auch Filbinger nichts machen können. Im übrigen sei es falsch, daß Gröger von der Verteidigung als sensibler Mensch dargestellt werde, den die Armee zerbrochen habe. Gröger sei vielmehr an sich selbst gescheitert. Das Todesurteil habe er deshalb sich selbst zuzuschreiben (!!), nicht dem Richter Filbinger!

Wen wundert es da noch, daß Augstein die sofortige Vollstreckung des Urteils auf Betreiben von Filbinger als *„gütiges Schicksal"* bezeichnete – es sei doch „unmenschlich" (!), einen zum Tode Verurteilten warten zu lassen.

Augstein, Filbinger und wie sie alle heißen, rechtfertigen damit hier und heute Hitlers „totalen Krieg": „Und wenn wir alle sterben müssen, Deutschland wird nicht untergehen". Was der Krieg nicht besorgte, besorgten Nazi-Richter wie Filbinger.

Das Urteil oder eine Entscheidung über das weitere Vorgehen wird am 13. Juli bekanntgegeben. Wie die „tat" vom 23.6. feststellte, ist Filbinger's Studienfreund Armbruster, *„der sich als Kronzeuge für dessen angebliche 'Antinazihaltung' anbietet"*, selbst ein Nazi gewesen. *„Der heutige Mainzer Professor lehnte in seiner 1939 erschienenen Dissertation ‚Die Wandlung des Reichshaushaltsrechts' demokratische Verfassungsformen und -normen ab."* Zu Recht schreibt „die tat": *„Wer einen solchen Verteidiger nationalsozialistischer Rechtsverwilderung als Zeugen für den eigenen 'Widerstand' aufbietet, der belastet sich im Grunde selbst."*

Wahrscheinlich wegen seiner „Verdienste um die rechtsstaatliche Ordnung" bekommt Filbinger die Prozeßkosten (bisher ca. 4.000 Mark) aus der baden-württembergischen Staatskasse bezahlt.

Ballade vom toten Matrosen

1.
Der war jung, grad siebzehn Jahre,
Und zog freiwillig in den Krieg;
Im Ohr die Nazi-Fanfare,
Vor Augen der glänzende Sieg.

Aus Schlesien und Schlossergeselle
Und bald schon heimweh-krank,
Denn der Krieg kam nicht von der Stelle,
Und die blutige Zeit wurde lang.

Drei Jahre weit weg von Schlesien,
Drei Jahre in Kaserne und Schlacht –
Da träumte der Junge von Schlesien
Jede Stahlgewitter-Nacht.

2.
Als der Krieg dann im fünften Winter
Nach den Übriggebliebenen griff,
Schickte irgend ein Menschenschinder
Den Matrosen nach Oslo auf's Schiff.

Doch der fand dort ein heimliches Zimmer,
Eine Freundin und einen Plan,
Denn da war noch ein Hoffnungs-Schimmer,
Der von Schweden herüber kam.

Das ging so ganze drei Wochen,
Dann wurde er denunziert.
Ja, der hatte das Schlimmste verbrochen:
War vom Töten desertiert.

3.
Der Richter nahm ihm acht Jahre
Und der Freundin aus Oslo zwei.
So war dann die Zeit mit der Knarre
Für den Hitler-Soldaten vorbei.

Doch der Admiral wollte Blut sehn
Und sagte: 'Zuchthaus ist schlecht.
Warum solls dem Matrosen so gut gehn?
Davon wird der Krieg geschwächt!'

Und er fand auch leicht zwei Komplizen
Ein Richter und ein Staatsanwalt.
Mensch, war hatten die gutes Gewissen!
Und Gesetze, und Gewalt.

4.
Der Krieg lag schon lang in letzten Zügen
Und in Trümmern die halbe Welt,
Trotzdem wurde die Sache betrieben
Und das Todesurteil gefällt.

Den heimwehkranken Matrosen
Traf zehnmal die Kugel aus Blei;
In sauber gebügelten Hosen
Stand Herr Filbinger aufrecht dabei.

Wonach sich der Junge gesehnt hat,
Sein Schlesien sah er da nicht,
Das letzte, was der gesehn hat,
Das war Filbingers Gesicht.

5.
So wurde da einer abgeknallt
Der zu menschlich war für den Krieg.
Und Hitlers gehorsamer Staatsanwalt
Überlebte die Zeit, und stieg

Und stieg auf der Leiter der Politik
Wo er hinwollte, nämlich zur Macht.
Den hat allenfalls mal ein Hundeblick
Um den Schlaf des Gerechten gebracht.

Das Fernsehn zeigt eine Leiche in Rom
Und ich hör am Ende vom Lied
Eine Salve aus Oslo, eine Exekution.
Und ich seh keinen Unterschied.

Walter Mossmann

Filbinger bekommt Kontra



Eine Mahnwache für Walter Gröger hielten Jungsozialisten vor dem Haus Filbingers in Freiburg am 16.6. ab. Die Straße, in der das Haus liegt, wurde symbolisch in „Walter-Gröger-Straße" umbenannt. Die Jusos wollten demonstrieren, daß sie Filbinger als Ministerpräsidenten für „untragbar" halten (nach „Badische Zeitung", 19.6.).

Kürzlich sprach Filbinger auf einer CDU-Veranstaltung in Eisenbach (Schwarzwald). Verschiedene linke Gruppen aus der Umgebung und insbesondere aus Freiburg nutzten die Gelegenheit zu einer Protestkundgebung (Jusos und Judos konnten sich zu einer Beteiligung leider nicht aufraffen).

Zum „Schutz" der Veranstaltung wurden mindestens zwei Hundertschaften Bereitschaftspolizei sowie die örtliche Feuerwehr aufgeboten. Damit kamen bei der Kundgebung mehr als zwei Bullen auf einen Demonstranten.

Nach der Kundgebung und erfolgter Taschenkontrolle am Eingang machten die Linken aber dann doch etwa ein Drittel von Filbingers Publikum aus. Auf die symbolische Begrüßung durch die Linken mit „deutschem Gruß" reagierte er mit freundlichem Lächeln und Zuwinken...

Das ursprünglich geplante Thema der Veranstaltung „Strukturprobleme des Hochschwarzwalds" wurde im weiteren Verlauf nur gestreift, vor allem mußte Filbinger Stellung nehmen zu seiner Nazi-Vergangenheit und zu den Anklagen. Dabei kamen einige interessante Tatsachen ans Licht: So begründete Filbinger seine Mitgliedschaft im SA-Studentensturm, die er hier erstmals öffentlich zugab, damit, daß er als „Widerstandskämpfer" (!) vor Repressionen stand und sich deshalb besonders gut tarnen mußte – so gut, daß er Druck auf seine Kommilitonen ausübte, ebenfalls der SA beizutreten. Die „Tarnung" ist ihm offenbar perfekt gelungen!

Im übrigen verblüffte er durch die Behauptung, daß er vor dem Nazi-Regime zuerst nach München (das wär vielleicht ein Tip für weitere Recherchen!) und dann 1938 nach Frankreich geflüchtet sei, wo er „endlich wieder freie Luft" habe atmen können.

Jedenfalls – aus all seinen „furchtbaren" Erfahrungen aus der Nazi-Zeit habe er gelernt, daß er alles gegen extremistische Gruppen von links und rechts tun müsse – vor allem von links. Deshalb sei er auch gegen eine Aufnahme von politischen Flüchtlingen aus Chile in Baden-Württemberg: „schließlich haben wir unser Quantum erfüllt, und außerdem brauchen wir uns nicht die Radikalen selbst ins Nest zu setzen". Erwünscht sind offensichtlich nur „Widerstandskämpfer" seiner Couleur.

KB/Gruppe Freiburg

Filbinger muß zurücktreten

Baden-Württemberg galt bisher als Stammland des Liberalismus und ist zu Recht stolz auf seine demokratischen Traditionen. Ministerpräsident Filbinger hat in den Jahren, in denen er die politische Verantwortung in unserem Land trägt, dem guten Ruf unseres Landes geschadet.

Er trägt die Verantwortung dafür, daß
- 1976 und 1977 der Streik der Metallarbeiter und Drucker bespitzelt wurde,
- Polizei gegen die Bauern am Kaiserstuhl eingesetzt wurde,
- die verfassungswidrige Praxis der Berufsverbote besonders extensiv betrieben wird,
- die gewählten Studentenvertretungen verboten wurden,
- Demokraten als Sympathisanten des Terrors beschimpft wurden.

Die neuesten Enthüllungen über seine Vergangenheit als Marinerichter zeigen erneut, daß dieser Mann eine Belastung für das Amt des Ministerpräsidenten ist und daß er dem Ansehen unseres Landes schweren Schaden zufügt.

Deshalb erheben wir die Forderung:

Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger muß zurücktreten

Dieser Text erschien als Anzeige, von ca. 250 Bürgern namentlich unterzeichnet, am 3.6. in der „Badischen Zeitung".

„Nach wie vor ist etwas faul"

... solange Figuren vom Schlage eines Filbinger Ministerpräsident bleiben könnten, schrieb die Stockholmer Zeitung „Aftonbladet" in einem Leitartikel über die Situation in der Bundesrepublik. In der Tat. Der CSU-Bundestagsabgeordnete Graf Stauffenberg stellte sich in einer fünfseitigen Erklärung hinter Filbinger als *„einen entschiedenen Verteidiger der neugeschaffenen rechtsstaatlichen Ordnung"* in der Bundesrepublik („FR", 23.6.). *„Im Ziel der Kampagne stehe nicht der Marinerichter von damals, sondern der Ministerpräsident von heute und sein Amt. Die Operation füge sich ein in eine Kampagne der Verdächtigungen, Unterstellungen und Unwahrheiten, die das Vertrauen in die Stabilität der Demokratie untergraben sollen"* (ebenda). – Das „Vertrauen in die Demokratie" ist erst wiederhergestellt, wenn Nazi-Richter wie Filbinger rehabilitiert sind?! Diese Ehrenerklärung ist u.a. unterschrieben von Wissmann (Vorsitzender der Jungen Union), den Bundestagsabgeordneten Blüm, Langguth, Kunz, Sauer, dem bayerischen Kultusminister Maier, dem rheinland-pfälzischen Sozialminister Gölter und, es muß wohl in der Familie liegen, von Hans Eberhard Schleyer.

Der ehemalige Präsident des Landesarbeitsgerichts Baden-Württemberg, Otto Rappenecker, erklärte in einem Brief an Filbinger, *„das von den Wehrmachtsrichtern heute gezeichnete Bild sei 'verzerrt und falsch'. Die sogenannten ‚Blutrichter' seien nur eine Minderheit gewesen.."* („FR", 22.6.). Er selbst habe seine Tätigkeit als Militärrichter nach der Kapitulation einstellen wollen, sei aber von den Engländern zum Weitermachen „gezwungen" worden. *„Wenn also behauptet werde, er, Rappenecker, habe nach der Kapitulation noch Nazigesetze angewendet, wie dies auch Filbinger vorgeworfen wird, dann sei dies nur ‚eine halbe Wahrheit'..."* („FR", 22.6.). Man braucht die Leute heutzutage nicht einmal mehr aufzuspüren, sie fühlen sich so sicher, daß sie sich selbst bekennen!! Es geht allerdings im Falle Filbinger auch darum, daß Filbinger selbst im Rahmen der Nazi-Gesetze völlig unnötig hohe Strafmaße verhängt und sich somit als „Blutrichter" gezeigt hat. Aber solche „feinen Unterschiede" hindern Rappenecker nicht an der Ehrenerklärung für Filbinger.

Und was sagt Rappenecker zu den beiden Nazirichtern, durch die 14 weitere Matrosen den Tod fanden? Aus welcher Gesinnung heraus diese beiden die Todesurteile verhängten, machen ihre heutigen Äußerungen deutlich:

Hugo Pahl, heute Steinbruch-Besitzer in Heidelberg, bezeichnete die Todesurteile als notwendig, denn *„mit diesen Urteilen wollten wir ein Exempel statuieren," „wir rechneten ja damit, daß der Kampf gegen die Russen fortgesetzt würde. Seite an Seite mit den Westalliierten."*

Und **Rudolf Petersen**, zusammen mit Pahl für 11 Todesurteile verantwortlich, meint heute: *„Es war Fahnenflucht... Wir waren ein Teil, der nicht kriegsmüde war; wir hätten den Kampf gegen die Russen gern fortgesetzt"* (nach „FR").

Eine feine Gesellschaft. Der Sumpf, den wir trockenlegen müssen, ist groß.

Korrekturen zu AK 131

1) S.4: Das endgültige Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahlen verzeichnet für die Bunte Liste 77 Stimmen mehr als zunächst angegeben, also nunmehr 33.279 Stimmen. Insbesondere ändert sich dadurch das Ergebnis im Ortsteil Altona-Nord, wo die Bunte Liste auf 5,2% gekommen ist (und nicht, wie zunächst amtlich angegeben, auf 4,9%).

2) S. 30 unten: In der Überschrift muß es heißen: „Convegno gay" (statt „Conengno gay").

3) S. 34: Im Artikel zum Brüsewitz-Zentrum muß es heißen „Haus der Begegnung" (statt „Haus der Begegnungen").

Rückt der NDR nach rechts?

Am 8. Juni kündigte Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Stoltenberg (CDU) den Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk (NDR) mit Wirkung zum 31.12.1980. Die Kündigung ist ein weiterer Schritt der von CDU/CSU seit langem geführten systematischen Kampagne zur Schaffung eines stramm antidemokratischen bis rechtsradikal ausgerichteten Rundfunk- und Fernsehnetzes unter Kontrolle der Strauß, Stoltenberg, Dregger und Co. Zur Durchsetzung dieses Ziels gehört auch der (wieder) zunehmende Druck zur Einführung des uneingeschränkten Kapitalistenrundfunks – und Fernsehens (Kabelfernsehen).

Nachdem die CDU/CSU neben dem Bayerischen Rundfunk und dem ZDF noch den Saarländischen Rundfunk (SR), den Süddeutschen Rundfunk (Stuttgart) und Südwestfunk (Baden-Baden) beherrscht, konzentrieren sich die Angriffe auf die größten Sender im ARD-Verbund. Beim WDR ist es der CDU gelungen, den Posten des Programmdirektros (Hans Werner Hübner) und weitere Entscheidungspositionen zu besetzen, was schon einen entsprechenden Rechtsruck im Programm nach sich zog. Die Dreiländeranstalt NDR ist im Kalkül der CDU/CSU offensichtlich „reif", nachdem in zwei der drei Auftragsländer des NDR die CDU regiert und somit Entscheidungsmehrheiten in den Gremien des NDR stellt.

Die jetzt ausgesprochene Kündigung des Staatsvertrages ist der nächste Schritt der Kampagne, die (getragen von der CDU und der Springer-Presse) ihren schon lang gesuchten Anlaß in der Brokdorf-Berichterstattung des NDR im Oktober 1976 fand und dann im Juli letzten Jahres ihren vorläufigen Höhepunkt in der Ankündigung Stoltenbergs hatte, den Staatsvertrag aufkündigen zu wollen. Schon damals erklärte er unverblümt:

„Wir können uns auch nicht weiter an einer Anstalt beteiligen, deren Spitze die Verpflichtung zur Ausgewogenheit und Unparteilichkeit in einigen wichtigen Programmbereichen ständig außer Acht läßt. Schließlich muß auch im Sendebereich des NDR die Beteiligung vor allem der Zeitungsverleger am Kabelfernsehen rechtlich und tatsächlich gewährleistet werden" (Pressekonferenz, 14.7.77).

Es ist für die CDU/CSU gar keine Frage den bundesweit gleichgeschalteten „Rechts"-Funk durchzusetzen. Es ist auch keine Frage mehr, o b das Kapitalistenfernsehen eingeführt wird, sondern nur noch w a n n.

Die CDU will folgende Festlegungen in einem neuen Staatsvertrag verankert haben:

1) Umgestaltung des Rundfunkrates entsprechend dem Modell des ZDF. Die Mitgliederzahl soll von bisher 24 auf 51 aufgestockt werden, von denen 38 aus ständischen Gruppen, und 10 aus den Parteien nach dem Kräfteverhältnis der Landtags-Wahl und drei direkt von den Regierungen kommen.

Allein durch die CDU-Mehrheiten in Niedersachsen und Schleswig-Holstein wird eben die CDU festlegen, welche „gesellschaftlich relevanten Gruppen" in welcher Zahl im Rundfunkrat vertreten sein sollen. Beim ZDF konnte die CDU z.B. durchsetzen, daß der CDU-nahe Beamtenbund und der DGB gleichgewichtig mit einer Stimme im Fernsehrat vertreten sind, obwohl der DGB neunmal so viele Mitglieder hat.

Durch Hineinnahme der Vertriebenenverbände, der Kapitalistenverbände, der Handwerker- und Bauernverbände etc. sicherte sich die CDU deutliche Mehrheiten in den Entscheidungsgremien des ZDF.

Entsprechend startete die CSU die Machtübernahme beim Bayerischen Rundfunk.

2) Festschreibung stramm rechter, antidemokratischer, der CDU/CSU-genehmer Propaganda-Richtlinien *„von den Wertvorstellungen des Grundgesetzes geprägt"*. Die „Wertvorstellungen" werden selbstverständlich von der CDU „interpretiert". Liberale, demokratische, letztendlich alle Journalisten, die nicht nach der Pfeife der CDU/CSU tanzen, dürfen vom Intendanten *„bei schwerwiegenden Verstößen"* entlassen werden. Auch bedeutet das, daß solche Journalisten, die beim NDR arbeiten wollen, durch die CDU-Mafia gar nicht erst eingestellt werden.

Um die letzten Ansätze liberaler politischer Beiträge zu liquidieren, will die CDU *„bei kritisch-analytischen Sendungen" ... „den von Kritik Betroffenen wenn möglich in derselben Sendung oder in engem zeitlichen Zusammenhang und zu gleichwertiger Sendezeit die Möglichkeit einer angemessenen Entgegnung oder Rechtfertigung"* einräumen („Kieler Nachrichten", 10.6.78). Daß hier nur an „Rechtfertigungen" von rechts gedacht ist, versteht sich von selbst und wird von den Gremienmehrheiten der CDU auch garantiert.

Die Redakteure sollen veranlaßt werden, eben erst gar nicht Berichte zu produzieren, die der CDU aufstoßen könnten, wenn sie Eingaben, Proteste, Gegendarstellungen von rechts vermeiden wollten.

Neben der hier von der CDU verordneten Selbstzensur, soll in einem neuen Staatsvertrag auch eine offizielle Vorzensur eingeführt werden:

„Er (Stoltenberg) besteht darauf, je einen Programmausschuß für Hörfunk und Fernsehen als ‚ständige Ausschüsse mit weitgehenden Kontrollrechten' zu etablieren... (Auf Befragen) räumte er ein, daß sich diese Ausschüsse in ‚Einzelfällen' auch mit noch nicht ausgestrahlten Sendungen befassen sollen. Bisher übten die Gremien fast ausschließlich ‚Nachkontrolle' aus" („Welt", 10.6.78).

Was die CDU hier im NDR durchgesetzt wissen will ist das rechtsradikale Medienkonzept, daß eindeutig die Handschrift der CSU und Strauß trägt. Die Grundzüge dieser Strategie hat die CSU schon 1969 nach der für die Unions-Parteien verlorenen Bundestagswahl entwickelt, als Strauß am 29.11.69 gemeinsam mit der CDU-Führung und den Spitzenvertretern der westeuropäischen Industrie, darunter BMW-Großaktionär Quandt und Friedrich Flick, auf einer rundfunkpolitischen Tagung zusammentraf.

Ende 1971 zählte Strauß dann die fünf Hauptgegner seiner Partei auf: Als ersten nannte er *„mit starken, ihre Aufgabe ins Gegenteil verkehrenden Teilen der Publizistik ... von Presse, Rundfunk und Fernsehen"* („Bayern-Kurier", 23.10.71).

Angesichts der konsequenten und bisher erfolgreichen Rundfunkstrategie der CDU/CSU sind die Reaktionen der NDR-Verantwortlichen oder der SPD eher verharmlosend, ja sogar ablenkend:

In einer ersten Stellungnahme erklärte der stellvertretende Intendant des NDR, Schwarzkopf:

„Es wird eine sehr schwierige Periode der Verhandlungen geben. Bei diesen Verhandlungen ist ja der NDR nicht Partner sondern Gegenstand. Er muß sehr darauf achten, daß er auch seine Vorstellungen artikuliert und zusieht, mit ihnen zu Worte zu kommen." Zu den inhaltlichen Vorschlägen der CDU äußerte sich Schwarzkopf sehr zurückhaltend und wies darauf hin, daß das ZDF bei den Überlegungen wohl Pate gestanden habe. Tatsächlich gilt die abstruse Regelung, daß der NDR mit seinen 3.500 Angestellten als Betroffener nicht an den Verhandlungen teilnehmen kann, sondern diese von den Landesregierungen (zweimal CDU, einmal rechte SPD) geführt werden.

Ensprechend sehen auch die jeweiligen Stellungnahmen aus:

Die niedersächsische Landesregierung stellte sich voll hinter Stoltenberg. Hamburgs SPD-Bürgermeister Klose meinte lediglich: *„Er bedaure diesen Schritt, weil Stoltenberg vorher kein Gespräch über neue NDR-Lösungen gesucht habe. Hamburg trete für die Erhaltung der Dreiländeranstalt ein."* („Hamburger Abendblatt", 10.6.78).

Aus dieser Ecke ist Widerstand gegen die Rechtsentwicklung des NDR nicht zu erwarten. Im Gegenteil! Selbst der linke Vorsitzende der SPD in Schleswig-Holstein, G. Jansen wiegelt ab und reduziert den Angriff der CDU auf den Nebenaspekt, daß die CDU ihren Einfluß in Schleswig-Holstein vergrößern wolle.

Medienkommission

Kritik

„In dem Artikel ‚Westberlin: Russell-Koordinationsausschuß lehnt Mitarbeit des KB ab' im AK Nr. 131 auf der Seite 14 sind Positionen des FHSS-Komitees gegen Berufsverbote falsch wiedergegeben. Von daher bitten wir, diese Stellungnahme unverkürzt im nächsten AK unter der Rubrik ‚Russell-Tribunal' abzudrucken.

Es ist richtig, daß sich das FHSS-Komitee als einzige Gruppe dafür ausgesprochen hat, den KB in den Russell-Koordinationsausschuß aufzunehmen. Auch stimmt es, daß wir den KB am Punkt ‚Anerkennung des Sekretariats' kritisiert haben. Als Hauptpunkt unserer Kritik haben wir jedoch mehrmals den Punkt ‚Finanzen' vorgetragen. Dieser Punkt bezog sich darauf, daß der KB während der gesamten Vorbereitung der ersten Sitzungsperiode an keiner Stelle zu einer finanziellen Unterstützung des Tribunals aufgerufen hat, obwohl allseits bekannt war, daß die Durchführung des Tribunals eine immense Geldsumme kostet, die finanzielle Absicherung eine der Grundvoraussetzungen für die Durchführung des Tribunals war und immer noch ist. Warum hat man im ‚Arbeiterkampf' an keiner Stelle, er hat immerhin durchschnittlich 60 Seiten, einen Spendenaufruf gefunden oder auch nur einen Artikel über die finanzielle Problematik des Tribunals, die mehrmals in den Rundbriefen des Sekretariats ausführlich dargelegt war?

Selbst bei Differenzen zu dem Sekretariat hätte der KB ja ein eigenes Russell-Spendenkonto einrichten und die dort eingegangenen Beträge gesammelt an das Tribunal überweisen können. Nichts dergleichen ist passiert.

Diese Frage ist für uns eine zentrale, da das Russell-Tribunal ja nicht alleine vom guten Willen oder schlauen Sprüchen in die Tat umgesetzt wurde.

Gerade bei der finanziellen Unterstützung hat der Westberliner Koordinationsausschuß, bei mancher Kritik auch unsererseits, eine erfolgreiche Arbeit geleistet.

Die Aufnahme des KB in diesen Ausschuß haben wir nur unter der Bedingung befürwortet, daß der KB diese Kritik aufnimmt und seine Finanz-Politik gegenüber dem Tribunal sichtbar ändert. Stattdessen müssen wir jetzt feststellen, daß im genannten AK-Artikel dieser Punkt, der den Schreibern des Artikels nicht unbekannt ist, einfach weggelassen wird.

Um Euch jedoch bei einer Änderung Eurer Finanz-Politik behilflich zu sein, hier noch einmal die Spenden-Konten des Russell-Tribunals:

1.) Bankkonto: Nr. 02 54 58 53 00, Thomas Dieckmann – Sonderkonto Russell-Tribunal, bei der BERLINER BANK, Bankleitzahl 100 200 00

2.) Postscheckkonto: Nr. 41 59 09 – 100, Thomas Dieckmann – Sonderkonto R, beim Postscheckamt Berlin-West, Bankleitzahl 100 100 10

Wir bitten Euch nochmals, diesen Brief u n g e k ü r z t im nächsten AK abzudrucken und verbleiben mit solidarischen Grüßen

Komitee an der FHSS gegen Berufsverbote
und politische Disziplinierungen,
Goltzstr, 43/44, 1000 Westberlin 30

P.S. Wir wissen übrigens, daß der KB kurz vor der 1. Sitzungsperiode dem Tribunal 10.000 DM überwiesen hat und würdigen das auch. Jedoch meinen wir, daß bei Euren Möglichkeiten (nationale Zeitung, Organisation etc.) eine mehrfache Summe dieses Betrages hätte zustande kommen können.

Wir behaupten das nicht einfach so, sondern stützen uns auf unsere eigene Erfahrungen. Ohne überheblich sein zu wollen: Wir als kleines lokales Komitee haben fast ebensoviel zusammengebracht."

Antwort der AK-Redaktion

Wenn auch der Stil, in dem die Genossen uns schreiben, irgendwo unerfreulich ist [man braucht uns nicht zehnmal mit erhobenem Zeigefinger auffordern, etwas ungekürzt wiederzugeben, wenn es sich um Argumente und nicht um Demagogie handelt], ist es uns eigentlich ganz gelegen, zu dieser Sache einige Klarstellungen vorzunehmen. Denn hier sind seit langem ungerechtfertigte Vorwürfe gegen den KB im Umlauf. Zunächst muß gesagt werden, daß der betreffende Artikel unserer Westberliner Genossen im letzten AK insgesamt viel zu „breit" war und sehr stark gekürzt werden mußte. Dabei fiel der Punkt „Finanzen" dem Rotstift zum Opfer — ohne daß der ‚schuldige' Redakteur freilich wußte, daß dieser Punkt für die FHSS-Genossen von so zentraler Bedeutung ist. Der AK ist leider noch nicht s o perfekt, um solche Sachen hundertprozentig auszuschließen. Wir stellen derartige Pannen aber auch gern richtig [dazu braucht man nicht mal in der Anwaltssprache mit uns zu verkehren]. Jetzt zur Sache:

— 10.000 Mark sind für uns leider

— 10.000 Mark sind für uns leider
k e i n Pappenstiel. Wir haben schon bei ähnlichen Anlässen zu erklären versucht, daß der KB keineswegs der „Geldsack aus dem Norden" ist, als der er manchem gilt. Man lasse sich durch die hin und wieder im AK veröffentlichten Spendenlisten nicht täuschen: Die dort aufgeführten Gelder für Befreiungsbewegungen sind über J a h r e hinweg gesammelt worden und stammen auch nicht ausschließlich von Mitgliedern unserer Organisation.

— Insgesamt dürfte von den KB-Gruppen nocheinmal weit mehr als diese Summe zugunsten des Tribunals aufgewandt worden sein [Werbung für das Tribunal, Veranstaltungen, Publikationen und z.B. auch Telefonrechnungen — dies alles ist zum größten Teil nicht mal unter „KB-Flagge", sondern im Rahmen der Arbeit der Unterstützungskomitees gelaufen]. Die Genossen werden kaum abstreiten, daß dies wesentliche Beiträge für das Zustandekommen des Tribunals waren.

— Es stimmt keineswegs, daß im AK nicht auf die finanzielle Problematik hingewiesen worden sei. Vielmehr haben wir ausdrücklich Artikel zu d i e s e m Thema veröffentlicht. Die Genossen haben offenbar übersehen, daß wir ein eigenes „Russell-Konto" — verbunden mit einem Aufruf zur Sicherstellung des Stattfindens des ersten Sitzungsperiode — eingerichtet hatten.

— Daß das Ergebnis dieses Aufrufs ausgesprochen m a g e r ausfiel, führen wir wohl mit Recht darauf zurück, daß die gerade zum damaligen Zeitpunkt gehäuften KB-feindlichen Ausfälle und Mauscheleien der das Sekretariat tragenden Gruppen nicht gerade zur „Spendenfreudigkeit" der KB-Genossen beigetragen haben. Wir haben daraufhin vereinbart, im Rahmen der Russell-Initiativen Spendenkampagnen durchzuführen, was sich an den Publikationen der Komitees nachprüfen läßt.

— Schon im Oktober 76 hatte der Vertreter der Russell-Foundation auf den sogenannten Pariser Vorgesprächen auf die finanzielle Problematik hingewiesen. Damals wurde eine

matik hingewiesen. Damals wurde eine
öffentliche Spendenkampagne auch in den anderen westeuropäischen Ländern verabredet. Der KB schlug damals vor, daß die Organisationen „einspringen" sollten, falls es durch die Sammlung tatsächlich nicht gelingen sollte, die notwendigen Beträge vollständig aufzubringen. Dazu stehen wir — im Rahmen unserer Möglichkeiten — auch heute noch.

Vielleicht ist es ein Fehler gewesen, zu den gegen uns verbreiteten Vorwürfen in dieser Sache nicht schon früher Stellung genommen zu haben [wir haben nicht einmal die Überweisung der 10.000 Mark im AK bekannt gegeben]. Wahrscheinlich liegt das daran, daß für uns die Finanzierung des Tribunals nun doch nicht eine s o „zentrale Frage" ist [wie für die Genossen des FHSS-Komitees], daß wir daran schwerpunktmäßig politische Auseinandersetzungen hochziehen würden.

Hamburg: »Graue Wölfe«-Veranstaltung im Haus der Jugend

Am 10.6. rief die Hamburger Ortsgruppe der türkischen Faschisten „Graue Wölfe" zu einer Veranstaltung im Haus der Jugend „Stintfang" bei den Landungsbrücken in Hamburg–St. Pauli auf. Die Räumlichkeiten für diese Veranstaltung wurden anstandslos von der Stadt zur Verfügung gestellt. Die Verantaltung wurde von den türkischen Faschisten streng überwacht, d.h. Posten, die als Angehörige der „Grauen Wölfe" erkennbar waren (runde Pappscheibe mit der Aufschrift „Türk Ocagi") bewachten den Anmarsch der Interessenten zur Veranstaltung. Vor dem Versammlungsraum war ein Wachposten mit Walkie-Talkie-Funkgeräten postiert. Obwohl es nicht zu Handgreiflichkeiten kam, muß aufgrund dieser Vorbereitung der türkischen Faschisten davon ausgegangen werden, daß sie jederzeit ihnen bekannte linke Gesichter in der „geeigneten Weise" von einem Besuch der Veranstaltung abgehalten hätten. Weil die Prügelmethoden bis hin zum Totschlag seitens der „Grauen Wölfe" bekannt sind, hatten sich auch einige uns bekannte fortschrittliche Türken gar nicht getraut, auf dieser Veranstaltung zu erscheinen.

Obwohl der Eintrittspreis (=10,– DM) säuisch teuer war, waren immerhin ca. 500 Türken gekommen (z.T. mit Frau und Kindern). Die paar Angehörigen der westdeutschen Presse wurden beim Einlaß mit besonderer Sorgfalt vom faschistischen Saalschutz untersucht (Fototaschen öffnen, etc.). Auf der Veranstaltung sprach u.a. ein Mitglied der Leitung der Hamburger Ortsgruppe der MHP (Partei der türkischen Faschisten) und ein Mitglied des Bundesvorstandes derselben MHP.

Die Reden waren abgestellt auf eine patriotische großtürkische Stimmungsmache gegen die „Verräterregierung" von Ecevit in der Türkei. Die MHP-Faschisten ernteten häufig frenetischen Applaus.

Diese Veranstaltung ist ein erneutes Beispiel für die zunehmenden Aktivitäten der „Grauen Wölfe" in Hamburg, die in der Hansestadt einen ähnlichen Schutz vor den Antifaschisten genießen wie die westdeutschen Nazis.

Ausländerkommission
(aufgrund eines Berichts einer Besucherin der Veranstaltung)

Aktionen gegen HEW-Kundenzentren

In der Nacht vom 21. auf den 22. Juni haben AKW-Gegner in Hamburg aufgrund des skandalösen Unfalls in Brunsbüttel die Schaufenster der HEW-Kundenzentren in Barmbek, Bergedorf und Eimsbüttel eingeschmissen und Jauche hinterhergekippt.

In einer Erklärung dazu heißt es, *„Die Beschädigung der HEW-Zentren ist unser Ausdruck des Widerstandes und der Empörung"*.

Wie am Freitag im Rundfunk gemeldet wurde, tauchte in Hamburg ferner ein Flugblatt auf, in dem Innensenator Staak vor dem Verzehr von Obst warnt, das durch den Unfall in Brunsbüttel radioaktiv verseucht worden sei. Natürlich dementierte die Pressestelle des Senats sofort.

Demonstration in Brunsbüttel

Zur Demonstration zum AKW Brundsbüttel fanden sich am Samstagnachmittag ca. 1.5oo AKW-Gegner ein. Die Demonstration, zu der praktisch alle Marschen BI's der BUU aufgerufen hatten, bewegte sich vom Brunsbütteler Marktplatz zum AKW, wobei zwei Zwischenkundgebungen abgehalten wurden. In den Reden wurde noch einmal die Forderung nach der sofortigen Stillegung des AKW-Brunsbüttel und aller anderen AKW's unterstrichen. Nur der KBW meinte damit glänzen zu müssen, zu fordern, daß die AKW's „sichererer" (?) werden müssen, aber man doch nicht grundsätzlich gegen Atomkraftwerke kämpfen solle. Daß der KBW sich ausgerechnet nach dem Skandal in Brunsbüttel solch eine Provokation leistete, deutet daraufhin, daß er offenbar der „KPD" bei ihrem Rückzug aus der Anti-AKW-Bewegung stracks folgen will. Schade ist es nicht.

Dokumentation der Marburger Russell-Initiative

Zur Absicht der Broschüre ein Zitat aus dem Vorwort:

„Diese Broschüre ist entstanden aus Anlaß des 3. Internationalen Russell-Tribunals ...

Dennoch geht sie bewußt über die auf dem Tribunal behandelten Anklagepunkte hinaus.

Dafür waren folgende Überlegungen ausschlaggebend: Um Ausmaß und Komplexität der Repression hier in Marburg umfassend darzustellen, wollten wir auf jegliche Zensur verzichten, da auch ein Einschränken auf bestimmte Themenbereiche letztlich Zensur bedeutet. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, haben wir unabhängig von politischen Differenzen – die natürlich auch innerhalb der Redaktion bestehen – Repressionsfälle, Dokumente und Analysen abgedruckt."

Aus dem Inhalt:
Berufsverbote,
§§ 88a, 111, 129, 129a, 130...,
Zensur an der Uni und anderswo,
Hausdurchsuchungen,
Hysterie, Denunziationen etc. nach Schleyer,
§ 218 etc.
Bestellungen an: Buchladen Roter Stern, Am Grün 28, 355 Marburg

Grün, Rot, Bunt ... oder Schwarz?

Seit den Wahlen in Hamburg und Niedersachsen sind - vor allem mit Blick auf die Bundestagswahlen 1980 - verschiedene Projekte einer neuen Wahlpartei im Gespräch. Immer klarer zeichnet sich dabei eine verhängnisvolle Entwicklung ab, die die positiven Ansätze, die in den Wahlen von Hamburg und Niedersachsen sichtbar geworden sind, in ihr Gegenteil verkehren könnten:

- Unter maßgeblichem Einfluß des niedersächsischen GLU-Chefs Beddermann wird derzeit sehr hastig die Gründung von GLU-Landesverbänden in Hessen, Nordrheinwestfalen und Bayern vollzogen. Die Kräfte um Beddermann wollen diese Landesverbände auf eine Linie einschwören, die nicht nur die Zusammenarbeit mit Kommunisten ablehnt, sondern die sich auch über Bürgerinitiativen und ähnliche aktive Gruppen hinwegsetzt.
- Ähnlich basisfern und antikommunistisch soll anscheinend die „Steuerpartei" ausgerichtet sein, von deren Gründung ein Herr Fredersdorf seit einigen Wochen spricht. Er hat inzwischen bekannt gegeben, daß er mit der Beddermann-GLU über einen Zusammenschluß verhandelt.
- Der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl, seit Jahren durch Aktivitäten in der Umweltschutz-Bewegung bekannt, hat angekündigt, daß er mit dem Gedanken spielt, aus der CDU auszutreten und sich einer „grünen" Partei anzuschließen. Schon gibt es Überlegungen, daß Gruhl den Vorsitz einer bundesweiten GLU übernehmen könnte.

Was sich hier abspielt, kann von allen, die wirklich die bestehenden gesellschaftlichen Zustände ändern wollen und die ihre Stimme auch in die Parlamente hineintragen wollen, nur mit Sorge beobachtet werden.

Zumindest wird diese Entwicklung dazu führen, daß sich die „grünen" und „bunten" Kräfte zersplittern, sodaß am Ende womöglich keine Liste die 5%-Klausel überwinden wird. Für die Bundestagswahlen 1980 könnte das bedeuten, daß die FDP aus dem Bundestag herausfällt, daß andererseits keine alternative Liste hineinkommt, und daß schließlich die CDU/CSU als stärkste Partei die Regierung übernehmen kann.

Die Kräfte um Beddermann haben deutlich genug gemacht, daß sie diese Zersplitterung der „grünen" und „bunten" Kräfte um jeden Preis wollen. Die Gründung einer nur auf Spaltung und Verwirrung angelegten GLU gegen die Bunte Liste in Hamburg war die erste Probe aufs Exempel.

Indessen könnte das politische Manöver, das hier eingeleitet worden ist, sogar noch negativere Folgen haben: **Eine Beddermann-Fredersdorf-Gruhl-Liste, würde sie 1980 in den Bundestag hineinkommen, könnte sich durchaus in wesentlichen Fragen als Koalitionspartner der CDU/CSU erweisen und dann als „Umfaller-Partei" eine ähnliche Rolle spielen, wie sie die mittlerweile recht verschlissene FDP jahrelang gespielt hat.**

Gruhl beispielsweise hat in der CDU/CSU niemals besondere demokratische Ambitionen erkennen lassen, was etwa die Frage der „Anti-Terror"-Gesetze oder der „Ostpolitik" angeht. Selbst wenn man annimmt (was noch nicht einmal sicher ist), daß ein „grüner" Abgeordneter Gruhl sich konsequent für Umweltschutz-Interessen einsetzen würde, so bliebe immer noch seine Haltung zu den verschiedensten sonstigen Fragen offen. Auch Beddermann hat nichts erkennen lassen, was den Verdacht ausräumen könnte, daß er im Bundestag als Steigbügelhalter einer CDU/CSU-Regierung agieren würde.

Schon jetzt ist zudem erkennbar, daß in diesen Kreisen reaktionäre, fortschrittsfeindliche und antigewerkschaftliche Stimmungen stark vertreten sind: An wirtschaftlichen Schwierigkeiten seien die Gewerkschaften mit ihren überhöhten Lohnforderungen schuld, mit der „Wohlstands"- und „Wachstums-Gesellschaft" müsse Schluß sein usw. usf.

Im allerbesten Fall könnte man sagen, daß die Haltung derartiger „grüner" Abgeordneter im Parlament zu den verschiedensten Fragen ein reines Lotterie-Spiel wäre. Irgendeine Basis-Kontrolle gibt es natürlich von vornherein nicht. **Eine solche „grüne" Fraktion in den Bundestag zu hieven, wäre aus der Sicht aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte der totale Wahnwitz.**

Es deutet sich an, daß die Kapitalistenklasse in einer solchen „Grünen" Liste die ideale Möglichkeit sieht, das besonders bei den Wahlen in Hamburg und Niedersachsen zum Ausdruck gekommene „Unbehagen" innerhalb der Bevölkerung nicht bloß voll aufzufangen, sondern es sogar noch auszunutzen für eine Rechts-wende bürgerlicher Politik. Es ist klar, daß dann eine solche „Grüne" Liste sich der vollen Unterstützung der bürgerlichen Medien gewiß sein könnte.

Lächerlich ist allerdings die Prahlerei der sektiererischen Gruppen, daß die Kapitalistenklasse so handeln würde, weil sie Angst vor einer Hinwendung der Massen zur DKP oder „KPD/ML" hat. Die Wahlen in Hamburg und Niedersachsen haben bestätigt, was ohnehin jedem realistisch Denkenden klar war: daß das heute nicht die Sorge der bürgerlichen Herrschenden ist. Die Sorge der Herrschenden gilt derzeit vielmehr dem Erstarken und Sich-Ausbreiten demokratischer Wahlbündnisse, die einerseits reale Aussichten haben, Abgeordnete in die Parlamente zu schicken, und die andererseits nicht so leicht ins bürgerliche System zu integrieren oder gar für einen verschärften reaktionären Kurs ausnutzbar sind.

Aus dieser Einschätzung der Situation ergeben sich die Schlußfolgerungen für die Politik der Kommunisten: Es kann jetzt nicht unsere Aufgabe sein, räsonierend abseits zu stehen, wie es die sektiererischen Gruppen tun. Sondern notwendig ist es, daß die Kommunisten aktiv eingreifen in den Prozeß der Lösung von den bürgerlichen Parteien, und zwar dort, wo sich dieser Prozeß real abspielt, und nicht im Reich irgendwelcher Dogmen und Phantastereien. Das heißt konkret: **Überall, wo heute über das Konzept „grüner" und „bunter" Listen, einer neuen Wahl-Partei diskutiert wird, müssen Kommunisten dabei sein und mitsprechen. Wir setzen uns im Wesentlichen für das in Hamburg erprobte „bunte" Konzept ein: Einbeziehung der verschiedensten Bereiche, Basis-Nähe, keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse (außer gegen Faschisten), eindeutige demokratische Programmatik.** Auch das Wort „Steuerpartei" sollte uns nicht schrecken und uns nicht dazu verleiten, die real vorhandene Steuer-Problematik reaktionären Kräften zu überlassen.

Wir suchen auch das Gespräch mit denjenigen, die heute den Kreisen um Beddermann oder Fredersdorf nahestehen. Kommunisten werden keinen Platz freiwillig räumen. Wir setzen uns überall dafür ein, daß eine Zersplitterung, soweit überhaupt möglich, vermieden oder gering gehalten wird.

Eine weitere wichtige Frage ist, wann und wie sich auch im Umkreis von SPD und FDP Kräfte herausbilden werden, die zu den „Grünen" und „Bunten" stoßen. Daraus könnten sich auch ganz neue Konstellationen ergeben. Für die Kommunisten kommt es darauf an, auch diese Entwicklungen aufmerksam zu verfolgen und flexibel zu bleiben.

Fortsetzung von Seite 1

Fortsetzung von Seite 1

Eine rechte „Vierte Partei" im grünen Kostüm formiert sich

GLW-Plattform zu akzeptieren. GLU-Wegener vertraute der „Welt" (20.6.) dazu an: „... **Das sei von der niedersächsischen GLU aber beanstandet worden**".

Beliebtestes Argument der Spalter war und ist die Beteiligung von „K-Gruppen". Die „Frankfurter Rundschau" wußte dazu zu vermelden: „*Faust* (GLU-Vorsitzender in Hessen) *mag in seiner kompromißlosen Haltung auch durch den Besuch des niedersächsischen GLU-Wahlkämpfers Beddermann zwei Tage vor der Offenbacher Zusammenkunft bestärkt worden sein*" („FR", 20.6.78). Beddermann halte – so die „FR" weiter – eine „unzureichende" Abgrenzung gegenüber „K-Gruppen" für „*tödlich*" und behaupte, daß seine Partei nur deshalb an der 5 %-Hürde gescheitert sei, weil die bürgerlichen Parteien Aufrufe des KB, in Niedersachsen GLU zu wählen bzw. darin mitzuarbeiten, gegen die GLU eingesetzt hätten.

Tatsächlich hatte die FDP in Anzeigen oder Genscher auf Wahlversammlungen mit dem ARBEITERKAMPF rumgewedelt und vor den kommunistischen „Hintermännern" bei der GLU gewarnt. Ebenso wurde jedoch z.B. in Lüchow-Dannenberg gehetzt, wo die Forderung der GLU auf Berufswahl „ohne politische Diskriminierung" von der CDU als Eintreten für die Kommunisten angegriffen wurde.

Der GLU wurde sogar Eintreten für „Terroristen" vorgeworfen, nur weil sie sich gegen die polizeistaatlichen Vorbereitungen von Albrecht bei Gorleben gewendet hatte. Die von Beddermann propagierten antikommunistischen Unvereinbarkeitsbeschlüsse haben auch den Zweck, linke Kritiker innerhalb der GLU einzuschüchtern. So ist in GLU-Kreisen bekannt, daß Beddermann einer GLU-Spitzenkandidatin in Stade mit Rausschmiß drohte, weil sie die Spalterkandidatur der GLU-Hamburg kritisiert hatte. Ebenso müssen die „K-Gruppen" herhalten, wenn es darum geht, daß die GLU ihren Kurs nicht gemeinsam mit BIs und selbst traditionellen Umweltschutzvereinen diskutieren will. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse dienen der GLU in Hessen dazu, eine Spaltung zu ermöglichen. Gleichzeitig wird eine fieberhafte Wühlarbeit entfaltet, um diese oder jene Zwischenkräfte mit Angeboten auf die Seite der GLU rüberzuziehen. Offenbacher GLW-Mitgliedern bot man in der GLU sogar Vorstandsposten an. In Hessen ist das spalterische Treiben der GLU besonders schädlich, weil dort, falls wegen der Spaltung die 5 %-Hürde nicht übersprungen werden kann, dies direkt Dregger zugute kommen könnte, der bei einem Rausschmiß der FDP die absolute Mehrheit im Landtag erreichen könnte.

GLU-Bayern: „Wir sind keine Atomgegner"!

Obwohl Beddermann noch Anfang Juni erklärt hatte, die Gründung einer GLU in Bayern sei nicht vorgesehen, hat sich Mitte Juni auch hier – unter Ausschluß der Initiativenbewegung und der demokratischen Öffentlichkeit – eine „Grüne Liste Umwelt- und Naturschutz Bayern" gegründet. Bei einem Treffen in Wettstetten bei Ingolstadt einigten sich die „Aktionsgemeinschaft Demokratische Gebietsreform", der „Landesverband der freien Wähler" und die „Grünen Listen Natur- und Umweltschutz" auf eine gemeinsame Listenverbindung bei der bayerischen Landtagswahl. Da sich in dieser Liste auch die Gegner der Gebietsreform und die freien Wählerschaften versammeln, habe man – so ein Sprecher am 21.6. – die Hoffnung, die 5%-Hürde zu überspringen. Mit den „Grünen Listen" von Niedersachsen und Hamburg stehe man in enger Verbindung („FAZ", 22.6.).

Als Hauptanliegen wurde die „Verteidigung von Bürgerrechten gegen bürokratische und willkürliche Maßnahmen" genannt. Im Programm für den Wahlkampf werden als Schwerpunkte die Erhaltung und Anlage von Grünzonen, Wäldern und Erholungsflächen in Städten und deren Umgebung, die Verhinderung neuer Ballungszentren und Trabantenstädte sowie die Sanierung von Altbauten genannt. Statt des Baus neuer Autobahnen sollten die bestehenden Fernstraßen erweitert und um Städte und Gemeinden herumgeführt werden. An den Flüssen sei der Bau von Wasserkraftwerken zu stoppen und unmoderne Anlagen wie an der Isar aufzulassen. Kapazitätserweiterungen in der Elektrizitätswirtschaft solle der nachgewiesene Bedarf zugrunde gelegt werden. Hochspannungsleitungen müßten in landschaftlich bevorzugten Gebieten verkabelt werden. Weiter werden im Programm aufgeführt: Erhaltung gewachsener Ortsbilder, Förderung denkmalgeschützter Gebäude durch den Staat, die Gründung einer „Deutschen Nationalstiftung für Natur- und Denkmalschutz" nach britischem Vorbild und mehr staatliche Gelder zum Kauf gefährdeter Landschaften. („SZ", 21.6.).

Die „Welt" (23.6.78) weiß zu berichten: Die „*Kernorganisation*" der bayerischen GLU „*hatte allerdings bisher mit Umweltschutz wenig im Sinn*". Es handelt sich um Leute, die bisher in der Gebietsreformfrage bzw. lokaler Interessenpolitik tätig waren, vergleichbar mit den rechten CDU-Kritikern und offenen Strauß-Sympathisanten in Niedersachsen, die sich in Soltau zur Partei „Freie Union" (FU) zusammengetan haben. Auch die FU hatte vor den Wahlen noch schnell den Umweltschutz für sich „entdeckt". Bei der bayerischen GLU ist inzwischen schon von zumindest zwei prominenteren Mitgliedern bekannt, daß sie aus der CSU kommen: Peter Ofer, Bürgermeister von Türkenfeld und Vorsitzender der „Aktionsgemeinschaft demokratischer Gebietsreform" und Ludwig Dinkel, Obmann der Fürstenfeldbrucker Landwirte.

Von Anfang an hat sich die „Grüne Liste" schärfstens nach links abgegrenzt. Sogar die AUD soll wegen ihrer vermuteten „linken Unterwanderung" nicht in den „Grünen Kreis" aufgenommen werden! („Welt", 23.6.).

Zur Programmatik erklärte Sprecher Ofer: Besondere Angriffspunkte seien die Verwaltungskonzentration und Umweltprobleme. Allerdings schränkte er ein: „**Wir sind keine Atomgegner!**" („Augsburger Zeitung", 24.6.).

Hauptzweck der Kandidatur scheint demnach der Rauswurf der FDP aus dem bayerischen Landtag, womit möglicherweise die verfassungsgebende 2/3-Mehrheit der CSU gesichert wäre! Schon heute kann man die sogenannte „Grüne Liste Bayern" getrost als getarnten CSU-Wahlverein bezeichnen.

Dieser CSU-Verein setzt darauf, mit dem „Erstgeburtsrecht" und den Medien im Rücken die Schwäche der bayerischen BI- und Initiativenbewegung ausnutzen zu können. Bisher brachte die GLU-Bayern ganze 28 Mitglieder auf die Beine und kündigt bereits für den 10.6. ihre konstituierende Sitzung an (im übrigen zur gleichen Zeit, zu der sich die bayerischen Basisinitiativen zu ihrem ersten Wahlkongreß treffen). Doch selbst in den traditionellen Umweltschutzvereinen muß die GLU mit Schwierigkeiten rechnen. Einige haben sich bereits von der GLU distanziert, wie z.B. der „Landesverband der Freien und Unabhängigen Wählergemeinschaft FW Bayern („SZ", 23.6.). Peter Ofer ist inzwischen als Vorsitzender der GLU Bayern zurückgetreten.

Auch der bayerische „Bund Naturschutz", der größte traditionelle Umweltschutzverband, will offiziell „*die parteipolitische Neutralität ... wahren*". Allerdings wird im Verband heftigst unter der Oberfläche gemauschelt. Bisher war die Verbandsspitze eng mit der AUD verflochten, die ihre Mini-Eigenkandidatur vorbereitet (Erst für jeden 5. Wahlkreis kann die AUD bisher einen Kandidaten finden). Die AUD selbst bietet sich völlig hoffnungslos als „Rahmenorganisation" für eine „organisatorische Zusammenfassung aller grünen politischen Kräfte" an („NN", 24.6.78), d.h. man „darf" auf ihrer Liste mitkandidieren.

Andererseits bereiten Teile des „Bund Naturschutz" unter dem Landesvorsitzenden Steiniger ihren Einstieg in das GLU-Unternehmen vor.

Parallel zur Gründung der GLU-Bayern fand ein Treffen von führenden Persönlichkeiten aus dem „Bund Naturschutz" mit anderen rechten Persönlichkeiten, einer sog. „Gruppe Ökologie", statt. Steiniger schloß dort nicht aus, daß Führungskräfte des Naturschutzbundes Funktionen in der GLU Bayern übernehmen könnten. Mitglieder der „Gruppe Ökologie" sind u.a.: der faschistische Verhaltensforscher Lorenz, Todesstrafen-Befürworter Grzimek, der Publizist Horst Stern und Gruhl (CDU-Bundestagsabgeordneter).

Steigt Gruhl ein?

Termingerecht zum Wahlausgang in Niedersachsen begann der CDU-Bundestagsabgeordnete Gruhl „öffentlich" über seine Beteiligung an einer „Grünen Liste" nachzudenken. Gruhl hofft für die Hessenwahl, „*daß sich in Hessen genügend Persönlichkeiten und gutgesinnte Kräfte, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, zusammenzufinden, um eine attraktive Liste aufzustellen*" („stern", 22.6.78). Beddermann sekundierte in der gleichen „stern"-Ausgabe: „*Wir brauchen eine Figur, die bundesweit bekannt ist*", und der „stern" fügt hinzu: „**Daß er dabei an Gruhl denkt, gibt er gern zu. Beide haben sich schon beschnuppert**". Gruhl meint wiederum zur GLU: „*Eine gewisse Gefahr der Unterwanderung (durch Kommunisten) ist selbstverständlich vorhanden. Diese Gefahr wird allerdings um so geringer werden, je stärker sich diese neue Bewegung organisatorisch einrichten und abgrenzen kann*" (ebenda).

Gruhl bringt als Mitstreiter Fredersdorf (SPD) ins Spiel, der nach den Wahlen eine Steuerpartei angekündigt hatte, mit der er spätestens bei der Bundestagswahl 1980 „voll antreten" wolle. Nachdem man sich in der Presse gegenseitig öffentlich bekundet hatte, man „könne" miteinander, sind nun beide bereit, schon in den Hessenwahlkampf (und wohl auch in Bayern) einzusteigen. Beide reden davon, daß in den Sommerferien die Entscheidung fallen soll. Offensichtlich will man noch vorher mit den etablierten bürgerlichen Parteien verhandeln. Das erklärte der inzwischen Dritte im Bunde, Schuhmacher vom BBU-Vorstand: Bis nach der Sommerpause „*hätten die Parteien die Chance, aus der neuen Lage Konsequenzen zu ziehen*" („RN", 21.6.78). Dies erklärte Schuhmacher nach einem Gespräch mit Gruhl in Bonn, nachdem er Gruhl als möglichen „*Parteichef*" einer bundesweiten „Grünen Liste" anpries. Nach Anfang Juni hatte Schuhmacher vor einer „*übereilten Parteigründung*" gewarnt! („FAZ", 7.6.78).

Im Stil seines Vorgängers Wüstenhagen – im totalen Alleingang – brachte er dabei wiederum die 950 BIs des BBU mit angeblich 300.000 Mitgliedern ins Spiel („Mainpost", 21.6.78).

Offen erklärte Gruhl das Ziel der GLU: „... *an die Stelle der FDP zu treten. Ich bin ... der Ansicht, daß die etablierten Parteien es begrüßen sollten, wenn die ökologische Bewegung nicht im außerparlamentarischen Bereich verharrt, weil das zu Frustration, Mißerfolg und Gewalttätigkeit führen kann*". Sie sollten froh sein, wenn eine solche Partei bereit sei, „*auf dem Boden des Grundgesetzes mitzuarbeiten*" („SZ", 23.6.78). So ist es kein Wunder, daß bereits jetzt zwischen SPD und CDU das Tauziehen begonnen hat, wer sich diese „neue" Partei unter den Nagel reißen wird. Ärgerlich wies die SPD die Behauptung des CDU-Abgeordneten Marx zurück, die SPD wolle sich mit Fredersdorfs Steuerpartei „*einen neuen Koalitionspartner für den Fall aufbauen, daß die FDP 1980 mangels Masse nicht mehr zur Verfügung stehe*". Zugleich hat die CSU Fredersdorf für ihren bevorstehenden „Steuerkongreß" eingeladen – und Fredersdorf hat zugesagt! Gewinner dieser Art von „Grünen" Listen sind auf jeden Fall schon die etablierten Parteien.

Letzte Meldung: GLU-Hessen macht Spaltung perfekt

Am 24.6. trafen in Göttingen Vertreter des Vorstandes der GLU Niedersachsen und Hessen mit Vertretern des Vorstands der hessischen GLW (Grüne Liste – Wählerinitiative für Umweltschutz und Demokratie) zusammen. Für die GLU war ihr niedersächsischer Vorsitzender Beddermann Wortführer. Treu ihm zur Seite: der hessische GLU-„Vorsitzende" Faust.

Während die GLW-Vertreter für eine Zusammenarbeit verschiedenster Kräfte in einer Wählergemeinschaft eintraten, ließ Beddermann die Hose runter. Beddermanns Bedingungen: es gibt zu den Hessenwahlen nur eine grüne Liste, und die heißt GLU. Die GLW-Verbindungen sollen gefälligst der bereits gegründeten rechten GLU beitreten. Eine Zusammenarbeit in einer Wählergemeinschaft werde es seitens der GLU nicht geben. Eine Bereitschaft zum gemeinsamen Vorgehen wurde an keiner Stelle dieses Gesprächs erkennbar.

Das Treffen machte auch dem letzten Zweifler klar, daß die von Beddermann, Faust & Co. so in den Vordergrund geschobene Abgrenzung von den „K-Gruppen" nur deshalb gemacht worden ist, um mit Hilfe des Antikommunismus darüber hinwegzutäuschen, daß es ihnen allein darum geht, ihren Alleinvertretungsanspruch durchzusetzen und die rechte Linie der GLU gegenüber fortschrittlichen Kräften abzusichern.

Das Beddermann-Vorgehen stieß auf Empörung und Widerspruch nicht nur der anwesenden GLW-Vertreter, sondern auch bei Vorstandsmitgliedern der niedersächsischen GLU. Diese erklärten, daß Beddermann die längste Zeit Vorsitzender der GLU gewesen sei, wenn er vom Vorstand eine Alleinkandidatur der GLU in Hessen weiterhin betreiben würde. Die GLW Hessen erklärte, sie werde unbeirrt an dem bei ihrer letzten Konferenz aufgestellten Zeitplan festhalten und sich um eine breite Alterhativkandidatur der BI-Bewegung bemühen. Bürgerliche Machtpolitiker à la Beddermann werden daran nicht vorbeikommen.

AUD kontra Beddermann

Wir drucken hier Teile aus einem Mitgliederrundschreiben der AUD ab.

In diesem Rundbrief nimmt die AUD zu ihren Verhandlungen mit der niedersächsischen GLU Stellung. In dem „Mitarbeiter-Brief" wird ausgeführt, daß es GLU-Chef Beddermann von vorneherein um eine Spaltung gegangen sei und daß dies direkt der CDU/CSU zugute komme.



AUD Mitarbeiter-Brief

8 München 2, am 12.6.1978
Postfach 20 01 03

Liebe Freunde!

Nach den Landtagswahlen des 4. Juni 1978 in Niedersachsen und in Hamburg dürfen wir Sie über die entscheidenden Vorgänge informieren, die dazu geführt haben, daß es nicht zu einer ökologischen Einheitsliste in beiden Ländern kam. Wir müssen auch die Umstände darlegen, die uns veranlaßten, daß die AUD und insbesondere unsere Zeitung „Die Unabhängigen" keinen aggressiven Wahlkampf in beiden Ländern führten. Wir fühlten uns so sehr für die Einheit und für einen Erfolg der ökologischen Bewegung verantwortlich, daß „Die Unabhängigen" nicht zur Wahl der AUD mit Nachdruck aufriefen und daß die AUD zu allen gegen sie gerichteten Angriffen schwieg. Jetzt aber müssen wir unsere Mitarbeiter informieren, damit es nicht zu einer Wiederholung der gleichen Vorgänge kommen kann.

Wir stellen fest: Die Führungsgruppe der „Grünen Liste Umweltschutz" GLU um den Oberregierungsrat Beddermann in Hannover tat alles, was in ihren Kräften stand, um eine ökologische Einheitsliste zu verhindern. Beddermann hielt nicht nur die AUD Niedersachsen mit Verhandlungen, die er dann selbst torpedierte, bis zum Augenblick der Listeneinreichung hin; er spaltete auch die „Bunte Liste - Wehrt Euch!" gezielt in Hamburg. ... Nicht nur bei uns, nicht nur bei der „Bunten Liste", sondern auch bei Anhängern der GLU selbst entstand dadurch der Eindruck, daß Oberregierungsrat Beddermann absichtlich ein Überschreiten der Fünfprozentklausel durch die Umweltschutzbewegung verhindern wollte. Beddermann unterstrich diesen Eindruck selbst noch am Wahlabend, indem er vor dem Fernsehen erklärte, sein Hauptziel sei gewesen, die FDP aus dem niedersächsischen Landtag „hinauszukatapultieren". Schon am darauffolgenden Montag hat Franz Josef Strauß dieses Ergebnis der GLU positiv kommentiert und gemeint, darüber müsse man nachdenken. Gleichzeitig wich er der Frage aus, ob er noch eine eigene vierte Partei für notwendig halte. Das Ergebnis der Beddermann-Taktik besteht darin, daß jetzt die CDU in Hannover die absolute Mehrheit trotz des

dig halte. Das Ergebnis der Beddermann-Taktik besteht darin, daß jetzt die CDU in Hannover die absolute Mehrheit trotz des

gegenüber 1974 etwas geringeren Wahlergebnisses (48,7%) haushoch erreicht hat. Den gleichen Dienst würde Beddermann der CDU/CSU leisten, wenn er mit dieser Taktik (Spaltung der ökologischen Bewegung und Verzicht auf ein echtes ökologisches Programm) fortfahren könnte.

Um dies Ziel zu erreichen, hat die Gruppe um den Oberregierungsrat Beddermann folgendes getan:

1. Unter Fälschung des Programms der AUD sowohl als kommunistisch wie als faschistisch dargestellt. Der Diffamierungsfeldzug wurde von dem Rechtsanwalt Bringmann, 2863 Ritterhude, Beekstr. 2, entworfen und von Beddermann übernommen. Besonders interessant scheint uns, daß die Angriffe auf die AUD sofort mit der Gründung der GLU begannen. Wer steckte wohl dahinter? Der Vorschlag der AUD, eine demokratische Instanz zur Entwicklung einer ökologischen Volkswirtschaft in Gestalt eines „Wirtschafts- und Sozialrates" zu schaffen (ähnliches fordert auch der DGB), wurde als Bekenntnis zu einem „faschistischen Ständestaat" dargestellt, wobei mit groben Lügen über die Zusammensetzung dieser Zweiten demokratischen Kammer gearbeitet wurde. Mit erkennbaren Denunziationen wurden Beamte vor einem Eintritt in die AUD gewarnt. Am Schlusse wurde dann festgestellt, daß eine Einigung der GLU mit der AUD dazu führen müsse, daß die GLU nach ihrem Eintritt ins Parlament keine Koalition mit einer der alten Parteien eingehen könne. Diesen Fehler korrigierte die GLU später unter dem Druck ihrer Basis. Oberregierungsrat Beddermann hatte seine späteren Pläne zu früh ausgesprochen.
2. Ein ehemaliges AUD-Mitglied, Goedeke aus Braunschweig, hatte einen Informationsstand beantragt. Da Unklarheiten in diesem Antrag standen, hatte eine Polizeistelle - hilfreich - diese Unklarheiten beseitigen wollen. Daraus machte Beddermann dann, der Verfassungsschutz sei bei diesem Mitglied gewesen. Mit solchen Unwahrheiten wurde gegen die AUD gearbeitet.
3. Bei den Verhandlungen mit der AUD, die von der AUD trotz aller GLU-Hetze geführt wurden, verhinderte die Gruppe um Beddermann jede Einigung mit Methoden, deren Unredlichkeit die GLU-Kandidaten von Oldenburg veranlaßten, zur AUD überzutreten. Gleichzeitig löste sich der GLU-Kreisverband Oldenburg demonstrativ aufgrund des Vorgehens Beddermanns auf. Die AUD hatte in einer Verhandlung mit dem dafür beauftragten Vertreter der GLU, Dombrowsky, am 6.4.78 unter Verzicht auf ihren Namen

Verhandlung mit dem dafür beauftragten Vertreter der GLU, Dombrowsky, am 6.4.78 unter Verzicht auf ihren Namen

und mit der Minimalforderung, unter den ersten zehn Listenkandidaten müsse ein AUD-Mitglied und ein unabhängiger Sprecher der Bürgerinitiativen sein, ein Abkommen ausgehandelt, dem auch der bevollmächtigte Unterhändler der GLU zugestimmt hatte. Wie es weiterging, berichtet der frühere stellvertretende Vorsitzende der Bürgerinitiative „Schutz der Umwelt Cloppenburg", Manfred Meinsen, der dann für die AUD kandidierte, folgendermaßen: „Nach Berichten von Oldenburger GLU-Delegierten wurde von Herrn Dombrowsky (auf dem GLU-Parteitag) in Penningsbüttel nicht der (von AUD und GLU ausgehandelte) vorbereitete Antrag zur Abstimmung gestellt, sondern ein vom GLU-Vorstand modifizierter Text, der eine Ablehnung quasi vorwegnahm. Außerdem wurde die Ablehnung den GLU-Delegierten mit dem Argument nahegelegt, die AUD träte im Falle einer Ablehnung ohnehin nicht zur Wahl an." Grundsätzlich kommt der umsichtige und objektive Vertreter der Bürgerinitiativenbewegung, Manfred Meinsen, zu folgendem Gesamturteil: „Abgesehen vom Inhalt halte ich die Diffamierungskampagne der GLU (gegen die AUD) deshalb für besonders infam, weil sie den Streit in unbeteiligte Gruppen und Bürgerintiativen hineingetragen hat, und es deshalb bewußt darauf anlegt, nützliche Aktivitäten durch parteipolitisches Gezänk zu lähmen".

Aus Verantwortung für die ganze ökologische Bewegung hat die AUD zu dieser Diffamierungskampagne bis zum Wahltag geschwiegen, obwohl auch die Presse Beddermanns Verleumdungen gelegentlich übernahm.

Die AUD zieht folgende Schlußfolgerungen:

1. Mit Schwerpunkt müsse jetzt die eigene Organisation ausgeweitet werden, um dann ein ernstgenommener Partner in einem Verbund werden zu können.
2. Eine Steuerpartei sei ebenso eine „Mode"-Strömung wie eine „unabhängige Linke". Die „ökologische Alternative" der AUD hingegen gelte für eine Generation, man müsse die *„Tabus der bürgerlichen Gesellschaft"* angreifen und nicht wie die GLU ein Programm schreiben, das die CDU unterschreiben könne und das in Sachen Umweltschutz nicht mal an die SPD heranreiche.

Bei den letzten Landtagswahlen habe die AUD mit ihrer Kandidatur sich ausweiten können. Daß es zu

habe die AUD mit ihrer Kandidatur sich ausweiten können. Daß es zu

keinem gemeinsamen Auftreten der gesamten ökologischen Bewegung gekommen sei, sei nicht Schuld der AUD. Daß das so nicht ganz stimmt, zeigt das Hamburger Beispiel, wo die AUD völlig sektiererisch und blind ihre eigene, aussichtslose Kandidatur gegen die Bunte Liste betrieben hat. Aber: *„Es ist gar kein Zweifel möglich, daß Faktoren, die wir noch nicht kennen, dabei mitwirkten. Umso systematischer müssen wir verhindern, daß unter dem Deckmantel des Umweltschutzes die Ziele von Franz Josef Strauß, Dregger und Filbinger realisiert werden, an die absolute Macht zu kommen. Heute kann sich CDU-Albrecht bei Beddermann bedanken: Er hat einerseits die FDP aus dem Parlament herausgeworfen und andererseits durch seine Spalterfunktion verhindert, daß eine ökologische Gruppe ins Parlament kam. Das haben die Idealisten unter den Wählern der GLU nicht gewollt und nicht verdient."*

Erklärung des Arbeitskreis Umwelt Münster zur Gründung der »Grünen Liste Umweltschutz« in Nordrhein-Westfalen

Am 18. Juni fand in Düsseldorf eine Versammlung zur Gründung der „Grünen Liste Umweltschutz" (GLU) Landesverband Nordrhein-Westfalen (NRW) statt. Die Initiative hierzu ging aus von Teilen des Landesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) in NRW, insbesondere von Friedhelm Wegener, seines Zeichens stellvertretender Vorsitzender des LBU.

Wie sicherlich viele andere aktive Umweltschützer in NRW auch sind wir über diesen Vorstoß überrascht und verunsichert, steckt doch die Diskussion um die Wahlbeteiligung in NRW noch in den Anfängen. Diese Diskussion muß von allen Teilen der Umweltschutz- und Anti-Atomkraftbewegung und vielen fortschrittlichen Initiativen und Gruppen gemeinsam geführt werden.

In krassem Gegensatz dazu steht, daß viele Bürgerinitiativen und Umweltschützer von der beabsichtigten Gründung der GLU in NRW nur zufällig und erst kurz vor dem angesetzten Termin aus Rundfunk und Presse erfahren mußten, und dies, obwohl die Bürgerinitiativen, u.a. auch der Arbeitskreis Umwelt Münster, durchaus im Verteiler des LBU erfaßt sind. Eine solche Einladungspolitik legt den Verdacht nahe, daß die Initiatoren die Zusammenarbeit mit bestimmten Teilen der Bewegung von vornherein ausschließen wollen, und wird von uns entschieden abgelehnt und verurteilt.

Unsere Bedenken hinsichtlich der unlauteren Absichten einiger Gründungsmitglieder werden bestätigt durch das Geschehen auf der Versammlung selbst. Es ist uns unverständlich, wenn Bürgerinitiativen bei dieser Versammlung das volle Stimmrecht abgesprochen wurde, und wir finden es unverschämt, wenn gefordert wurde: „die GLU muß die politische Führung der Bürgerinitiativen sein."

Demgegenüber meinen wir, daß eine Grüne oder Bunte Liste den Interessen des gesamten Spektrums der Unterstützerbewegung verpflichtet sein muß. Das heißt auch, daß wir Abgrenzungsbeschlüsse gegen „extremistische Kräfte", wie sie von Wegener mehrfach eingebracht wurden und die in den weitaus meisten Anti-Atomkraft-Initiativen absolut keine gängige Praxis sind, ablehnen. Insbesondere verurteilen wir die Äußerungen Wegeners auf der anschließenden Pressekonferenz, wo er die Landeskonferenz der nordrhein-westfälischen Bürgerinitiativen als kommunistisch gesteuert diffamierte und so eine Konkretisierung seines Begriffs „extremistische Kräfte" vornahm. Damit setzte er sich arrogant über einen zuvor gefaßten Beschluß der Gründungsversammlung hinweg, der eine derartige Abgrenzung ausdrücklich ausschloß. Wir freuen uns in diesem Zusammenhang über die Reaktionen des GLU-Pressesprechers Dr. Knabe und des stellvertretenden GLU-Vorsitzenden Mann, die sich in ihren Beiträgen von Wegeners Äußerungen distanzierten und erklärten, die GLU solle sich nicht in Abgrenzung profilieren bzw. Abgrenzung und Abgrenzungswille könne nicht Aufgabe der GLU sein.

Um die Diskussion um die Wahlbeteiligung in NRW richtig in Gang zu bringen, schlagen wir insbesondere den Teilen des LBU und der GLU, die an einer breiten Diskussion interessiert sind, vor, in Zusammenarbeit mit der Landeskonferenz der nordrhein-westfälischen Bürgerinitiativen und anderen Teilen der NRW-Umweltschutzbewegung einen Wahl-Kongreß für den Herbst vorzubereiten. So kann für alle interessierten und fortschrittlichen Kräfte eine Gelegenheit geschaffen werden, um gemeinsam über die wichtigen Fragen einer Kandidatur zu beraten.

Münster, den 22. Juni 1978 — Arbeitskreis Umwelt Münster

„Grün" a la Gruhl: Gürtel enger schnallen!

Was von einer „Grünen" Partei des bisherigen CDU-Bundestagsabgeordneten Gruhl zu erwarten wäre, deutete Gruhl in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung" (23.6.78) an: *„Der neue Weg besteht ja hauptsächlich darin, daß der Politiker nicht immer noch weitere Steigerung des materiellen Besitzstandes verspricht, sondern daß ein neuer Lebensstil um sich greift. Die Menschen müssen aus ökologischen Gründen und wegen der begrenzten Vorräte dieser Erde darauf vorbereitet werden, eine andere Haltung zum Leben einzunehmen. Diese Einsicht muß noch weit vorangetrieben werden..."*. Und noch klarer: -*„Die Parteien haben schon viel von Lebensqualität gesprochen. Sie haben aber den Eindruck erweckt, als wäre unter dieser Lebensqualität eben auch ein Mehr an materiellen Gütern zu verstehen."* Gruhl hingegen möchte durchsetzen, **„daß der einzelne Bürger nicht ständig Jahr für Jahr ein höheres Einkommen zum eigenen Verbrauch erhält. Man muß klarmachen, daß er einen Teil seines Einkommens zur Verbesserung seiner Umwelt verwenden lassen muß".**

Nicht an die kapitalistischen Profite also will Gruhl heran, nicht an den riesigen Rüstungs-Etat, nicht an die Ausgaben für den Polizei-Staat, sondern ans Geld des „kleinen Mannes". An dieser Idee ist absolut nichts Neues zu entdecken. Sie wird uns ja von den Kapitalisten und ihren Medien jeden Tag gepredigt!

Deutsches Umwelttreffen 1978 in Troisdorf

Am 24./25.6.78 fand in Troisdorf bei Bonn ein bundesweites Treffen westdeutscher Umweltschutzorganisationen mit dem Ziel der Koordinierung der Aktivitäten statt. Wesentlich vertreten waren die AUD, WSL, BUND, einzelne Vertreter des BBU und der neugegründeten GLU Nordrhein-Westfalen sowie einige Mitglieder von Bürgerinitiativen aus Nordrhein-Westfalen. Veranstalter war der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz NRW. Als einer der Hauptredner war H. Gruhl (CDU) eingeladen worden.

In den einleitenden Referaten wurde u.a. ein Umweltparlament gefördert, in dem Ökologen aller Parteien mitarbeiten können und das als Ergänzung zu den Staatsinstitutionen wirken kann.

Die vielfältigen ökologischen Probleme wurden in verschiedenen Arbeitskreisen diskutiert. Ein Arbeitskreis wurde gebildet zur Frage der Wahlbeteiligung von Umweltschützern. Nach einer lebhaften Diskussion wurde mit 25 gegen eine Stimme eine Resolution zum Aufbau alternativer Wahllisten verabschiedet und anschließend auf das Abschlußplenum eingebracht, wo die Resolution ebenfalls auf Zustimmung stieß. Hier der Wortlaut der Resolution: *„Nach den Wahlen in Niedersachsen und Hamburg gibt es auch in anderen Bundesländern Bestrebungen von Umweltschützern u.a., sich zur Wahl zu stellen. In kurzer Folge wurden in NRW, Hessen und Bayern GLU-Landesverbände gegründet. Diese Parteigründungen, offensichtlich mit dem Ziel, die GLU bundesweit zu etablieren, laufen hauptsächlich unabhängig von einer breiten Diskussion in den Bürgerinitiativen. Dabei wird offensichtlich auch das Risiko der Spaltung in Kauf genommen. So in Hamburg, wo der niedersächsische GLU-Vorsitzende Beddermann trotz Bestehen der Bunten Liste und ohne Diskussionsbereitschaft eine 'GLU-Hamburg' gründete, die letztlich zur Folge hatte, daß der möglich gewesene Einzug ins Hamburger Rathaus verhindert wurde.*

Wir wollen die Gemeinsamkeit. Die unterschiedlichen Positionen müssen in allen Initiativen diskutiert werden, um über Zielsetzung und organisatorischen Aufbau von oppositionellen Listen Einigkeit zu erreichen.

Neue Parteigründungen, die unkontrollierbar und getrennt von den Bürgerinitiativen arbeiten, schaden letztlich der Umweltschutz- und Bürgerinitiativbewegung.

Demgegenüber meinen wir, daß eine Grüne oder Bunte Liste den Interessen des gesamten Spektrums der Unterstützungsbewegung verpflichtet sein muß. Wir fordern die GLU auf, keine weiteren spalterischen Landesverbände zu gründen, sondern sich an der offenen Diskussion um die Wahl zu beteiligen.

Wir rufen die Bürger- und Basisinitiativen in allen Bundesländern auf, Oppositionslisten zu verwirklichen, die von ihnen selbst politisch bestimmt und organisatorisch getragen werden, die keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse akzeptieren. Wir distanzieren uns von undemokratischen Kräften. Was demokratisch ist, muß sich dabei in der praktischen Zusammenarbeit beweisen. Alternative Listen sollen das authentische Sprachrohr sowohl der AKW-Gegner und Umweltschützer als auch anderer demokratischer Initiativen und Gruppierungen in unserem Land sein."

Bunte Liste verurteilt GLU-Neugründungen

Der Wahlausschuß der Hamburger Bunten Liste hat am 22. Juni in einer Erklärung zu den GLU-Neugründungen in Nordrhein-Westfalen und Bayern Stellung genommen. Die Bunte Liste verurteilt darin die Politik der Beddermann-Führungsgruppe, *„die GLU als bundesweite Partei zu etablieren, ohne die Diskussion in den Bürgerinitiativen über die Zielsetzung und den organisatorischen Aufbau von Oppositionslisten zu berücksichtigen"*. Dabei wird auch noch mal auf die spalterische Kandidatur der GLU/Hamburg verwiesen sowie auf die immer noch bestehende Gefahr einer ähnlichen Spaltung durch die GLU/Hessen. Die Erklärung schließt mit den Sätzen: **„Der Wahlausschuß der Bunten Liste richtet an die GLU** die ernste Aufforderung, keine weiteren Landesverbände zu gründen und die spalterischen Neugründungen einschließlich der Hamburger GLU wieder aufzulösen. Wir wenden uns an die Bürger- und Basisinitiativen in allen Bundesländern, sich durch diese GLU-Gründung nicht zur Abkehr von ihren Zielen und Arbeitsprinzipien **erpressen zu lassen. Wir brauchen keine ‚Umweltpartei', die sich selbstherrlich zum Fürsprecher der Bürgerinitiativen macht, und deren politische Einflußnahme gleichzeitig ausschaltet. Wir lehnen eine ‚Umweltpartei' ab, die sich mit ihren politischen Positionen und ihren Vorgehensweisen weitgehend in das Spektrum der etablierten Parteien einfügt und antikommunistische Verteufelungen der Herrschenden übernimmt.**

Wir rufen die Bürger- und Basisinitiativen in allen Bundesländern auf, Oppositionslisten zu verwirklichen, die von ihnen selbst politisch bestimmt und organisatorisch getragen werden; die keine antidemokratischen Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen linke Gruppen und ebensowenig eine Kumpanei mit neonazistischen Kräften akzeptieren; die das authentische Sprachrohr sowohl der AKW-Gegner und Umweltschützer als auch anderer demokratischer Initiativen und Gruppierungen in unserem Land sind. Die Bunte Liste/Hamburg wird dies bundesweit unterstützen."

Wahldiskussion in Westberlin

Im März 1979 finden in Westberlin Wahlen zum Abgeordnetenhaus sowie zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) statt. Besonders in den letzten Wochen – dem Zeitpunkt der Wahlen in Hamburg und Niedersachsen – wird in den Westberliner Bürgerinitiativen, demokratischen und linken Organisationen und unter demokratischen Persönlichkeiten die Frage einer alternativen Wahlbeteiligung diskutiert. Zu diesem Zweck haben sich inzwischen verschiedene „Wählerkreise" gebildet, die von ihrer Zusammensetzung her überaus „bunt" sind – das Spektrum reicht von BIs über SB-nahe Kreise bis hin zum KB und „KPD".

Im folgenden soll ein Überblick über die wesentlichen „Wählerkreise" gegeben werden.

1. Schon vor einigen Monaten trafen sich überwiegend verschiedene BIs aus dem Umweltschutz- und Mieterbereich, sowie demokratische Organisationen wie die SJD-Falken, die Humanistische Union, Personen um das SB herum, „KPD" und KB. Hier wurde die Frage einer bezirklichen Wahlbeteiligung erörtert und vor allem Vorschläge hinsichtlich einer engeren Zusammenarbeit der BIs auf Bezirksebene unterbreitet. Insbesondere von einigen BIs herrschte noch eine gewisse Skepsis vor, da sie kräftemäßig nicht in der Lage seien, sich an der Wahl zu beteiligen. Von anderen wurde auch der Vorschlag eines breiten Zusammenschlusses an der Basis gemacht, der auf eine „Bunte Liste" für Westberlin hinauslaufen könnte.

In den Bürgerinitiativen wird diese Frage allgemein noch offen gelassen und abgewartet. Unvereinbarkeitsbeschlüsse spielten in diesem Kreise erfreulicherweise fast keine Rolle. Eigentlich nur ein Vertreter einer „Wählerinitiative" im Bezirk Steglitz plädierte dafür, die „Linken" insgesamt herauszuhalten, diese Position wurde jedoch breit zurückgewiesen.

2. Auch die Westberliner Ortsgruppe der „KPD" initiierte verschiedene Wahltreffen, an denen überwiegend Betriebsräte und Betriebsgruppen, letztere vor allem aus dem Gesundheitsbereich, verschiedene Rechtsanwälte, Ärzte sowie auch Gruppen wie das Georg von Rauch-Haus, die Humanistische Union, der KB, ein Vertreter des AK/FU, die GIM und einige wenige BIs teilnahmen. Insbesondere die „KPD" bzw. „KPD"-nahe Kreise sprachen sich für die Bildung einer „Bunten Liste" aus. Es wurden Vorschläge gemacht, daß sich die verschiedenen Gruppen in ihren jeweiligen Bereichen (Mieterinitiativen, Umweltschutzgruppen, fortschrittliche Betriebsgruppen usw.) zusammenschließen, um dort gemeinsam spezifische „Programmatiken" zu erarbeiten.

3. Klar ist bereits, daß die „Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger" (WUB) wieder zu den BVV kandidieren werden. Die WUB ist eine bezirkliche Bürgerinitiative, die sich ursprünglich gegen einen Tunnelbau aussprach und bereits vor drei Jahren zu den BVV-Wahlen „bahnbrechende" 12,9% (= über 8.000 Stimmen) in zwei Wahlkreisen des Bezirks Zehlendorf erreichte. Sie stellt dort auch eine Gesundheits-Stadträtin. Die Vertreterin der WUB erklärte, daß sie die Bürgerinitiativen in ihren Wahlbeteiligungsdiskussionen unterstützen werde und zu einer Zusammenarbeit mit ihnen bereit ist.

4. Bereits vor einigen Monaten fand sich ein Kreis um die beiden Rechtsanwälte Schily und Ströbele zusammen, an dem auch andere Persönlichkeiten, Professoren, das SB, die „Humanistische Union" und der „Lange Marsch" (linke Sozialdemokratie) teilnahmen. In diesen Diskussionen kristallisierte sich sehr schnell der Wille heraus, zu den Abgeordnetenhauswahlen zu kandidieren. Die Vorstellungen gehen auch hier in Richtung „Bunte Liste", Programmvorstellungen wurden dazu auch schon geäußert. Unstimmigkeiten gab es in der Frage, wie die demokratischen Persönlichkeiten sich diese „Bunte Liste" vorstellen. Einige erklärten, daß sie sozusagen „eingebettet" innerhalb der Basisbewegung eine Kandidatur anstreben, während der „Lange Marsch" eine „reine" Kandidatur von bekannten demokratischen Persönlichkeiten befürwortet, da eine Wahlbeteiligung der BIs diese spalten würde.

Festzustellen ist, daß diese Persönlichkeiten sich mit großem Engagement in die laufende Wahldiskussion „einmischen" und praktisch auf sämtlichen Wählerinitiativen vertreten sind. Diese Runde hat bereits ein „Wahlbüro" zwecks Koordination der verschiedenen Aktivitäten eingerichtet. Umstritten ist ebenso die Frage der Mitarbeit der „extremen Linken" – insbesondere der „KPD". Während einige die Zusammenarbeit von vornherein ausschließen – so Manfred Scharrer vom „Langen Marsch" auf einer Wahl-Informationsveranstaltung in Westberlin – treten andere dafür ein, daß Kommunisten dort, wo sie in der Basisbewegung mitarbeiten, dies auch weiterhin unbehindert tun sollten. Einigkeit herrscht darüber, daß die Kommunisten „nicht als solche" mit ihrem Namen in der Öffentlichkeit erscheinen sollten.

5. Ein Kreis, der sich aufgrund von drei Kleinanzeigen im „Tagesspiegel" zusammenfand, scheint sich Gedanken um die Gründung einer Westberliner Umweltschutzpartei zu machen. Dieser Kreis ist sehr winzig und relativ unbedeutend.

6. Im Mai trafen sich dann fünf Westberliner Alternativ- und Umweltschutzzeitungen, und zwar die „Radikal", die „Dicke Luft" (Westberliner Umweltschutz-Zeitung), „bbu-aktuell", die Zeitschrift „kritik" sowie die Stadtzeitung „Zitty". Mit von der Partie war hier auch Roland Vogt, Mitglied im Bundesvorstand des BBU. Dieses Forum versteht sich in erster Linie als „Katalysator" und Meinungsmultiplikator und berichtet in den Publikationen recht ausführlich und „pluralistisch" über die Wahldebatten. Ausdruck der gemeinsamen Arbeit war bisher eine gut besuchte Wahl-Informationsveranstaltung am 9.6.78 in Westberlin mit Vertretern der „Bunten Liste" Hamburg, der GLU-Niedersachsen (Martin Mombauer), der WGA (Heide Bernsdorff), der Gesundheitsstadträtin Frau Müller-Hofstede von der WUB sowie einem Westberliner Vertreter der „Gewaltfreien", der den „Wahlboykott" propagierte.

7. Eine einzige Bürgerinitiative, die BI Energieplanung und Umweltschutz, tritt offen für den Wahlboykott mit den bekannten „Argumenten" ein. Diese Strömung ist aber relativ isoliert und findet nur noch einigen Anklang bei einigen „Spontis" um das „Info" herum, die lieber ihre Alternative „keine Macht für Niemand" propagieren und ihre Interessen auf keinen Fall „delegieren" lassen wollen.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann bereits festgestellt werden, daß die Wahldiskussion in Westberlin „auf vollen Touren" läuft und sowohl die gesamte Bürgerinitiativbewegung als auch die gesamte Linke erfaßt hat. Noch etwas „zögernd" sind die Reaktionen aus der Frauenbewegung und dem Schüler- und Jugendbereich. Bemerkenswert ist auch eine Initiative vom Westberliner Ausländerkomitee, das das Wahlrecht für ausländische Arbeiter(innen) fordert und u.a. damit begründet, daß in manchen Schulen und Bezirken überwiegend ausländische Kinder, Frauen und Männer lernen, wohnen und leben müssen.

Insgesamt zeichnet sich ein leichter Trend in Richtung „Bunter Liste" (sowohl „programmatisch" als auch „organisatorisch") und in diesem Zusammenhang ein großer Wille nach einem breitestmöglichen, einheitlichen Vorgehen ab. So haben die verschiedenen benannten Initiativen ihr Interesse bekundet, an einem ersten größeren gemeinsamen Treffen Ende Juni teilzunehmen. Gemeinsamer Konsens besteht auch darin, unter allen Umständen eine Spaltung – wie in Hamburg geschehen – zu verhindern. Allgemein wird die Gründung einer „Partei" abgelehnt; das Bündnis müsse sich auf die arbeitenden außerparlamentarischen Initiativen stützen. Auch die Frage der Mitarbeit von Kommunisten in Bürgerinitiativen war eine Randerscheinung.

Alles in allem gesehen kann vom jetzigen Stand der Dinge wohl mit Recht behauptet werden, daß die Befürchtungen der Westberliner FDP-Vorsitzenden Lüder hinsichtlich eines „Partnertauschs" 1979 durchaus realistisch erscheinen ...

Ein Westberliner Genosse

Bunte Liste - Initiativen in Bonn gegründet

Am 16.6. wurde in Bonn die „Initiative zur Gründung BUNTE LISTE / WEHRT EUCH-NRW" gegründet. Die Initiative basiert auf der Plattform der Hamburger 'Bunten Liste'. Auf einem ersten Treffen der 'Bunten Liste' erschienen 20 Leute, Mitglieder aus der Bonner BI, aus der GLU, die auch an einer bunten Liste interessiert sind und auch Frauen aus einer Frauenhausinitiative, die in ihrer Initiative die Wahlbeteiligung noch nicht diskutiert hatten.

Man will sich weiterhin treffen, um über den Aufbau der Initiative zu beraten.

Kontaktadresse:
J. Grützmacher
Hausdorffstr. 88
5300 Bonn
Tel.: 02221/234225

Zur Wahldiskussion in Bayern: Nicht nur den Nürnbergern stinkt's !!

Während der Bayernkurier der CSU immer noch davon ausgeht, daß *„Grüne und Bunte in Bayern kein Problem"* seien, da *„in Bayern der Umweltschutz, wie selbst die FDP zähneknirschend zugeben muß, bei der CSU in besten Händen"* sei („Bayernkurier", 17.6.), hat sich innerhalb der linken Basisbewegung eine muntere Debatte über eine eventuelle Wahlbeteiligung eines Initiativenbündnisses entwickelt. Wir wollen hier exemplarisch zwei sehr unterschiedliche Stellungnahmen dokumentieren, die ungefähr das diskutierte Spektrum der Standpunkte umfassen.

Als erste linke Organisation hat sich die GIM zu dem Vorschlag verschiedener Bürger- und Basisinitiativen geäußert, einen Wahlkongreß durchzuführen und dem bevorstehenden Machtantritt von Strauß als Ministerpräsident mit einer bunten Anti-Strauß-Kampagne entgegenzutreten.

Zunächst einmal schiebt sie die ganze Initiative nach altbewährten Hamburger Strickmuster dem KB in die Schuhe: *„Der KB hat zu den Landtagswahlen in Bayern in einem Flugblatt 'Uns Nürnbergers stinkt's' Stellung genommen und schlägt eine gemeinsame Diskussion aller, 'die sich nicht mit allem abgefunden haben' vor."* (GIM-Papier zu den Wahlen, alle folgenden Zitate sind diesem Papier entnommen). Obwohl die GIM dann zugesteht: *„Wenn zur kommenden Landtagswahl die Linke in Bayern erstmals eine gemeinsame Diskussion über die Stellung zu den Parlamentswahlen führen würde, wäre das ein großer Fortschritt."* Doch gibt es eben für die GIM immer noch etwas zu mäkeln: *„Leider verengt der Diskussionsvorschlag des KB aber den Blickwinkel völlig auf den Spitzenkandidaten der CSU, Franz-Josef Strauß, und gibt auf die Frage, wie die Linke in Bayern und der BRD anläßlich von Wahlen das gesellschaftliche Kräfteverhältnis wirksam verändern kann, keine Antwort."*

Sie möchte während der Wahlzeit für ihre „sozialistische Alternative" 1980 in der Basisbewegung werben. Damit wird sich die GIM dann im Kreis all derer Kräfte befinden, die angesichts der schwach entwickelten demokratischen Bewegung in Bayern resignieren.

Doch nicht einmal diesen Kräften wird die GIM-„Alternative" Trost spenden; denn im Hintergrund steht die Schreckensvision, daß sich in Bayern der reaktionärste Vertreter der Pläne des BRD-Imperialismus anschickt, die 2/3-Mehrheit zu überspringen, die selbst für verfassungsändernde Gesetzgebungen ausreicht. Seine erklärte Absicht ist auch, die BRD von Bayern aus „aufzurollen".

Sehr wohltuend hebt sich demgegenüber die jetzt begonnene Wahldebatte in der Münchener Stadtzeitung BLATT ab, die mit einem Artikel von Peter Schult begonnen wurde, der sich für eine „Bunte Liste" ausspricht. In einem weiteren Diskussionsbeitrag wird treffend festgestellt, dieser Artikel stelle *„ja eigentlich eine ganz neue Linie, wenn nicht gar eine Kehrtwende in unser manchmal etwas diffusen, im großen und ganzen aber von der APO her bestimmten Politik dar."*

Peter Schult geht zunächst von den Erfolgen der „Grünen" und „Bunten" in Hamburg und Niedersachsen aus: *„Ein Erdrutsch hat die politische Landschaft in der BRD verändert. Grüne und Bunte versetzen den etablierten Parteien einen Schock ... Sogar die alternative Presse vom Pflasterstrand bis zum BUG-INFO (einschließlich 'BLATT) studiert neuerdings eifrig die Wahlanalyse des Instituts für angewandte Sozialwissenschaften und stellt sich angesichts der kommenden Landtagswahlen in Hessen und Bayern die Frage: Was tun? Wahl oder Nichtwahl, das ist hier die Frage!"*

Nach einer genaueren Darstellung der verschiedenen bunten, grünen, Steuer- usw. Alternativen kommt P. Schult dann zu seiner Antwort:

„Nun rückt der 15. Oktober, Termin für die nächsten Landtagswahlen in Bayern, immer näher und damit – nach den Wahlerfolgen der Bunten und Grünen im Norden – auch die immer häufiger gestellte Frage, was in Bayern geschehen soll. Dabei scheinen die etablierten Parteien immer noch nicht gemerkt zu haben, daß es längst nicht mehr allein um den Umweltschutz geht, sondern, wie es Holger Strohm in Hamburg formulierte: ,Nicht nur physischer, sondern auch psychischer Umweltschutz tut jetzt not'."

Einigkeit, so stellt P. Schult fest, bestehe nur in der Frage der Ablehnung einer Partei. Aber auch das Konzept einer Bunten Liste sei innerhalb der Linken umstritten, obwohl sie *„im Grunde das Spektrum der Spontilinken von den Frauen über die Alternativ-Freaks und Ökologen bis zu den Schwulen abdeckt". „Den einen war der Einfluß des KB innerhalb der Bunten zu groß, sie sahen im Hintergrund die Kader einer kommunistischen Partei, den anderen ist die Beteiligung an einer Wahl von Grund auf ein Greuel, sie plädieren nach wie vor für Nichtwählen als Ausdruck des Protests. Ähnlich hatten wir es im BLATT sowohl bei den Bundestagswahlen wie auch bei den Gemeinderatswahlen formuliert, allerdings gab es damals keinerlei Alternativen zu den etablierten Parteien, auch die AUD war für uns keine.*

Vielleicht sollte man sich aber einmal die Frage stellen, ob Nichtwählen nicht eigentlich eine Entscheidung für das größere Übel ist. Bei unserem Wahlsystem würden selbst bei einer Stimmenthaltung von 80% in den Parlamenten dieselbe Anzahl von Abgeordneten der etablierten Parteien sitzen und dieselben Gesetze verabschieden wie heute, während schon 6% für eine Bunte Liste eine Opposition darstellen würde, die in bestimmten Fällen und bei der richtigen Konstellation manches Gesetz zu Fall bringen könnte. Selbst wenn das auch zu optimistisch sein sollte, eines steht auf jeden Fall fest: Mit einer Opposition der Bunten oder Grünen in den Parlamenten könnte es auf keinen Fall schlechter werden als heute.

Ich halte deshalb die eindeutige Entscheidung für eine Nichtbeteiligung an den Wahlen, wie sie z.B. das BUG-Info fordert, für eine Entscheidung zugunsten des größeren Übels, wie es bei uns häufiger vorkommt und sehe darin eine Art Berührungsangst als markantes Merkmal von Ghetto-Bewohnern. Natürlich wären bei der Aufstellung von grünen/bunten Listen einige Voraussetzungen zu erfüllen, wie zum Teil im letzten Pflasterstrand angedeutet wurden."

Es folgen eine Reihe konkreter Forderungen, die Schult zusammenfaßt:

„Sie darf nichts weiter sein, als ein Zweckbündnis verschiedener autonomer Gruppen, von den Frauen bis zu den Schwulen, von den Ökologen bis zu den Bürgerinitiativen, von den Knastgruppen bis zu den alternativen Projekten!"

Nach diesen sehr erfreulichen und begrüßenswerten Ausführungen geht Peter Schult noch auf die – gerade in der Sponti-Linken – weit verbreiteten Ängste vor der ,Majorisierung durch den KB' ein: In Bezugnahme auf einen Artikel im Pflasterstrand, den er für die weitere Wahldebatte in Bayern als Lektüre empfiehlt, schreibt er: „.... *obwohl ich nicht immer dem oft widersprüchlichen Skeptizismus der Frankfurter folgen kann, vor allem auch deshalb nicht, weil die Übergewichtigkeit des KB im süddeutschen Raum nicht besteht. (Und das hat in Hamburg sicher die Freaks, SBler und linken Sozialdemokraten davon abgehalten, die Bunten zu wählen: der aufdringliche KB-Geruch. Eine Sponti-Genossin aus Hamburg auf die Frage, warum die Bunten die 5% nicht geschafft haben: ,KB in den Landtag? Ich glaub', mein Muli hustet!', Pflasterstrand) Meiner hustet eben auch, wenn CDU/FDP/SPD-Abgeordnete in den Landtag einziehen!*

Aber auch im Falle Hamburg halte ich die Entscheidung zum Nichtwählen für eine Entscheidung für das größere Übel. Sollte die Sponti-Szene ähnlich denken wie die CDU/CSU der 60er Jahre, die mit dem Slogan ,Keine Experimente' in den Wahlkampf zog??"

Wer nichts wagt, der nichts gewinnt!

KB/Nürnberg

Betrifft: TREFFEN ZU DEN LANDTAGSWAHLEN IN BAYERN

EINLADUNG

An alle Anti-Atomkraft-Bürgerinitiativen und Umweltschutzgruppen, an alle Bürger- und Basisinitiativen von Frauen, Schülern, Gewerkschaftern, Zivildienstleistenden, an antifaschistische Aktionseinheiten und Anti-Strauß-Komitees, an alle Alternativ-Zeitungen und -Projekte, an alle Gruppen und Personen, die sich noch nicht resigniert mit einem StrauSS als Ministerpräsident abgefunden haben und denen der blau-weiße Wahl-"Kampf" der SPD nicht ausreicht !

Wir laden euch ein zu einem bayernweiten Treffen zur Diskussion über die bevorstehenden Landtagswahlen und was man dazu machen könnte. Stattfinden soll das ganze am 8./9. Juli (Wochenende). Den Ablauf haben wir uns folgendermaßen vorgestellt:

Samstag, 8. Juli, 19^{00} : PODIUMSDISKUSSION mit anschließender offener Diskussion, eingeladen sind: Vertreter von Grüne Liste Umweltschutz Niedersachsen (GLU), Bunte Liste - Wehrt Euch (Hamburg), Grüne Liste Erlangen, Bund Naturschutz, AUD, Jungsozialisten, Jungdemokraten,

Sonntag, 9. Juli, 11^{00} : ausführliche Diskussion über die verschiedenen Vorschläge zur Landtagswahl, evtl. Arbeitsgruppen zwischendurch, Möglichkeiten weiterer Zusammenarbeit,

Ort: Nürnberg, CVJM-Saal, Kornmarkt 6
Kontaktadresse: Klaus Meyer, Keßlerplatz 15, 85 Nürnberg
Telefonnummer: 0911/ 558361

Nürnberger Initiative gegen Atomkraftwerke

Endgültiges Wahlergebnis der Bunten Liste

Mittlerweile ist das „endgültige amtliche Endergebnis" der Hamburger Bürgerschaftswahl bekannt gegeben worden. Durch Korrekturen von Auszählungsfehlern ist die Stimmenzahl der Bunten Liste dabei um 77 Stimmen auf 33.279 „hochgerutscht" – der Prozentanteil von 3,5 % ändert sich dadurch nicht. Bei der Bunten Liste waren im „vorläufigen amtlichen Endergebnis" verhältnismäßig mehr Stimmen nicht mitgezählt worden als bei den anderen Parteien.

Endgültiger Abpfiff für die FDP?

Das Scheitern der FDP an der 5%-Hürde in Niedersachsen und in Hamburg hat bei den bürgerlichen Politikern und in der Presse zu angestrengten Grübeleien über die weitere Existenz dieser Partei und im Zusammenhang mit den ,,Achtungserfolgen'' der Grünen und Bunten Listen zu lebhaften Diskussionen über die ,,Parteienlandschaft'' überhaupt geführt. Die FDP hat traditionell die Rolle des Mehrheitsbeschaffers entweder für eine CDU/CSU- oder für eine SPD-Regierung eingenommen. Ihr charakteristischer Beitrag zur bisherigen Stabilität des herrschenden Parteiensystems lag zu keiner Zeit in einer angeblich ,,eigenständigen liberalen Politik'', die nach außen hin von der FDP immer angepriesen wurde, sondern in der Funktion, ständig als Vehikel für einen Regierungsaustausch zur Verfügung zu stehen, wenn die ,,Zeichen der Zeit'' es geboten.

In der Adenauer-Ära regierte die CDU/CSU die meiste Zeit mithilfe der FDP. Die sich in den 60er Jahren formierende Oppositionshaltung auch unter bürgerlichen Wählern gegen die reaktionäre Politik der Adenauer-Regierung fing die FDP durch die Forderung nach einem Kanzlerwechsel auf, ohne daß freilich die Politik unter der Erhardt-Regierung selbst gewechselt wurde. Als sich im Gefolge der ersten großen Nachkriegskrise 1966 auch eine politische Krise entwickelte, machte die FDP durch ihren Regierungsaustritt den Weg für den Regierungseintritt der SPD in der ,,Großen Koalition'' mit der CDU/CSU frei, um nach dreijähriger ,,liberaler Regeneration'' auf der Oppositionsbank den von der Bourgeoisie seinerzeit gewünschten Übergang zu einer ,,sozialliberalen'' Koalition zu finden, die die außerparlamentarische Oppositionsbewegung aufhalten und ein größeres Vertrauen in den Staat wiederherstellen sollte. Nicht nur auf Bundesebene, sondern auch in den einzelnen Bundesländern, wurden, wo keine Partei die absolute Mehrheit innehatte, SPD/FDP-Koalitionen installiert.

Ungefähr seit zwei Jahren steuert die FDP nun den von Genscher als ,,Auflockerungspolitik'' bezeichneten Kurs, der in Niedersachsen (bis zur letzten Wahl) und im Saarland zu Koalitionen mit der CDU führte, und auch in Bonn das Ziel verfolgte, über kurz oder lang die CDU wieder in die Regierung zu bringen. SPD/FDP-Koalitionen gibt es nach dem parlamentarischen Aus für die Hamburger FDP derweil noch in Hessen (Wahlen am 8.10.78), Nordrhein-Westfalen (Wahlen 1980) und Westberlin (Wahlen am 18.3.79).

Die parlamentarische Existenz der FDP hat für die Bourgeoisie den Vorteil, j e d e r z e i t Regierungen zu variieren, wenn nicht gerade eine Partei die absolute Mehrheit hat. Wenn die FDP in weiteren Parlamenten das Zeitliche segnet, wäre die Regierungsbeauftragung a l l e i n vom Wahlergebnis abhängig, nämlich durch die jeweilige Mehrheitspartei (und unter der Voraussetzung, daß keine anderen Oppositionslisten in Parlamente einziehen, über die die Bourgeoisie Einfluß ausüben kann). Daß dies die Flexibilität der Regierungspolitik einschränken und auf längere Sicht die Opposition gegen die etablierten Parteien insgesamt nur noch mehr verstärken kann, liegt auf der Hand. Nicht nur die FDP selbst macht sich daher Gedanken, wie sie in den kommenden Wahlen ihre politische und parlamentarische Existenz retten kann; Sorgen ums Überleben der FDP machen sich gleichermaßen SPD und CDU und mit ihnen ein ganzer Troß von Journalisten und Ideologen. In Hessen kann ein Absinken der FDP unter die 5%-Hürde nämlich gleichfalls als wahrscheinlich angenommen werden; und in Bayern, wo die Landtagswahl ebenfalls am 8. Oktober stattfindet, muß man diesbezüglich beinahe schon von einer Gewißheit sprechen: dort hat die FDP eh nur noch 5,2% Stimmenanteil.

Auftrieb der rechten Kräfte

Verwirrung ist in den Kommentaren der bürgerlichen Presse spürbar, weil mit dem Desaster der FDP in Hamburg und Niedersachsen beide Koalitions-Variationen gleichzeitig Schaden genommen haben. Das läßt keine griffige Interpretation zu, ob und durch welche Koalitionsaussagen die FDP wieder genesen könnte. In Niedersachsen, wo sie bei der CDU mitregierte, fiel sie von 7,0 auf 4,2%; in Hamburg, wo sie dem SPD-Senat zur Seite stand, stürzte sie gar von 10,9 auf 4,8%.

Auftrieb haben aber dennoch gerade diejenigen Kräfte in der FDP bekommen, die möglichst bald die CDU auch bundesweit wieder ans Ruder bringen möchten. In Hessen beispielsweise fand auf dem FDP-Parteitag eine Festlegung zur Weiterführung der Koalition mit der SPD zwar noch eine Mehrheit mit 173 Stimmen; 113 Delegierte votierten aber bereits dafür, dies zumindest offen zu halten. Wenn die FDP auch im nächsten hessischen Landtag bleiben sollte, könnte man daraus aber sicher keine Garantie für eine evtl. weiter bestehende ,,sozialliberale'' Koalition entnehmen. Die Wegbereiter einer CDU/FDP-Regierung sind emsig am Werk, und der Kipp zur anderen Partei nach gebotener ,,Schamfrist'' im Laufe der Legislaturperiode hat bei der FDP Tradition. Parteichef Genscher hat in seinem ,,Spiegel''-Interview (Nr. 24, 12.6.) nochmal ausdrücklich betont, daß er weitere CDU/FDP-Koalitionen ,,*nicht ausschließen*'' möchte.

Wie bei der ,,Umorientierung'' der FDP von der CDU auf die SPD vor ca. 10 Jahren dies mit einer Auswechslung des Parteichefs Mende durch Scheel einherging, beginnt auch jetzt die Diskussion um solcherlei Spitzenkosmetik. Im Gespräch über eine mögliche Wachablösung Genschers ist der adelige Wirtschaftsminister Otto Graf von Lambsdorff, der sich u.a. auf dem Kieler Parteitag der FDP im vergangenen Jahr als einer der Hauptwortführer des rechten Flügels empfohlen hatte. Allenthalben erheben sich die nationalliberalen Häupter in der FDP und fordern Abrechnung mit dem ,,linken'' Flügel. In Hamburg warf der schon seit Jahren ausgediente Ex-Fraktionsvorsitzende Müller-Link dem Landesvorstand vor, er habe ,,*eine Politik betrieben, die nicht nur weit links von der SPD war, sondern auch keine Abgrenzung zu bestimmten Gruppen hatte, die nichts mehr mit unserer Demokratie zu tun haben.*'' (,,Welt'', 8.6.).

Der Auftrieb der rechten CDU-freundlichen Kräfte der FDP wird entsprechend von außen mit geschürt: allen voran durch die Springer-Presse und die CDU selbst. Dabei wird vor allem auf die Jungdemokraten (die z.B. in Niedersachsen zur GLU-Wahl aufgerufen hatten und in Hamburg zwar keine offizielle Stimmempfehlung gegen die FDP abgeben mochten, aber auch nicht für sie in den Wahlkampf zogen) und auf den als ,,links'' verteufelten Hamburger FDP-Landesvorstand eingedroschen. Artikel z.B. in der ,,Bild am Sonntag'' am 11.6. gegen Helga Schuchardt (FDP-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete) sind dabei von ihrem Stil her kaum noch von den berüchtigten Hetztiraden der Springer-Presse gegen ,,die Terroristenmädchen'' zu unterscheiden. Auszug: ,,*Die militante, überemanzipierte Helga (Volksmund: 'FDP-Emanze') sah die Gründe der Niederlage überall ..., nur nicht bei sich selbst. ... Frau Schuchardt wollte den Kommunisten ... den Eintritt in Staatsdienste erleichtern... Nicht die Verfolgung von Extremisten, Terroristen und Spionen lag ihr am Herzen — nein, die Beamten, die diese Staatsfeinde jagen, wollte die Liberale unter Kuratel stellen. ... Auch der Schuchardt-Sozius im Vorstand und 2. Bürgermeister Hamburgs, Prof. Biallas (41), hatte es stets mit dem modischen Linkstrend. Der FDP-Chefideologe besuchte gerne rote Studentenfeten, petzte seinen Koalitionspartner und Brötchengeber SPD an und bot dem inzwischen zu Vermögen gekommenen ,DDR'-Bänkelsänger Wolf Biermann ein Stipendium an. Hatte die Vorstandsspitze keine anderen Sorgen? ... Arme FDP. Eine Schuchardt hast du wirklich nicht verdient.*''

Nacheinander meldeten sich verschiedene CDU-Führer wie Dregger, Barzel usw. zu Wort, und übten sich in Prophezeihungen, daß die FDP an der Seite der CDU ,,*besser aufgehoben*'' wäre. Prof. Kaltefleiter, politischer Sterndeuter der Springer-Presse, empfahl der FDP, sie solle sich einen ,,*neuen Platz im Parteiensystem*'' suchen — den er natürlich auch im Vorzimmer der CDU sieht. Die FDP brauche dazu nur ,,*einen überzeugenden bundespolitischen Anlaß zum Wechsel*''. Es bestünde auch die ,,*Möglichkeit, daß CDU und Massenmedien die Hessen-Wahl — ähnlich wie 1970 — zu einem Plebiszit über die Existenz der FDP werden lassen*'' (,,Welt'', 15.6.). Im Klartext: signalisiert die FDP ein Ehegelöbnis mit der CDU, wird die Springer-Presse einen massiven Wahlkampf für sie machen.

Es ist aber reine Spekulation, daß die FDP durch einen stärkeren Rechtsruck ihr parlamentarisches Überleben sichern könnte, obwohl die Gunst der Springer-Presse für die Wahlkampfmöglichkeiten dieser Partei verlockend ist. Tatsache ist aber zum einen, daß die FDP auch in der Vergangenheit sich allenthalben nach rechts profiliert hat — von episodenhaften und die Gesamtpolitik der Partei überhaupt nicht bestimmenden Auftritten einiger ,,linker'' FDP'ler in Hamburg einmal abgesehen. Die FDP ist nicht zuletzt die Partei, die überall, wo sie mitregiert, in Bund und Ländern, die Polizeiminister stellt, und zumeist auch die Wirtschaftsminister noch dazu — also die unmittelbar politisch Verantwortlichen für Polizeiwillkür, Verfassungsschutzschnüffelei und Abwälzung der Krisenlasten auf die Verfassungsschutzschnüffelei und Abwälzung der Krisenlasten auf die werktätige Bevölkerung. Bei Bürgern, die sich von einem angeblich ,,liberalen Wächter über den Rechtsstaat'' ein Eintreten für demokratische Freiheiten und nicht deren zügige Einschränkung vorstellen, m u ß die FDP ihre Glaubwürdigkeit geradezu verlieren.

Zum anderen ist die Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung mit der Politik der bürgerlichen Parteien insgesamt heute weit genug angewachsen, um w i r k l i c h e n Alternativen die Chance eines Überspringens der 5%-Hürde zu geben. Dieses Potential kann von einer Partei wie der FDP, die durch ihr jederzeitiges Mitregieren mit allen Mißständen und Ungerechtigkeiten identifizierbar ist, kaum zurückgewonnen werden. Die beiden großen Parteien CDU und SPD rangeln sich gleichzeitig stärker um das (wenn auch vorerst nur um wenige Prozente) kleiner werdende Lager der bürgerlichen Wähler — so daß die FDP mehr zwischen diesen Parteien ,,aufgerieben'' als durch die Grünen und Bunten Listen aus den Parlamenten vertrieben wird. Dies bestätigen schließlich auch die Statistiken über die ,,Wählerwanderungen'' in Hamburg und Niedersachsen.

Es ist angesichts dieser Situation nur logisch, daß die bürgerliche Presse sehr besorgt über die Überlebenschancen der FDP ist und es — Conrad Ahlers in der ,,Hamburger Mordenpost'' (10.6.) — insgesamt doch sehr ,,*fraglich*'' erscheint, ,,*ob die FDP noch die Kraft findet, einen eigenen Weg zu gehen*''. Ihre krampfhaften Versuche, sich jetzt angesichts der Erfolge der Oppositionslisten als ,,eigentliche'' Hüter des Umweltschutzes zu präsentieren, werden der FDP jedenfalls nicht d a s ,,Profil'' bringen, mit dem sie sich weiter über Wasser halten kann. Da dürfte selbst die Bourgeoisie alsbald eine ihren Einflüssen zugängliche ,,neue Kraft'' unter dem Zeichen des Umweltschutzes oder der ,,Steuerpartei'' gegenüber der FDP als aussichtsreicher vorziehen...

Bis zur Landtagswahl in Hessen sind es noch 8.985.600 Sekunden

Arbeitswochenende der Bunten Liste 30.6.-2.7.

Vom 30.6.-2.7. wird die Bunte Liste (Hamburg) ein Arbeitswochenende durchführen, auf dem die Erfahrungen im Wahlkampf ausgewertet und Richtlinien für die Weiterarbeit festgelegt werden sollen. Das Programm dafür sieht folgendermaßen aus:

Freitag, 30.6., 18 Uhr:
Öffentliche Versammlung im Audimax der Universität; dort wird der Wahlausschuß der Bunten Liste Rechenschaft über seine Arbeit während des Wahlkampfs ablegen; diskutiert werden soll dann über die Einschätzung des Wahlausgangs und über grundsätzliche Überlegungen der weiteren Arbeit.

Sonnabend, 1.7., 12 Uhr:
Diskussion in Arbeitsgruppen in der Hochschule für Bildende Künste (HfBK, Lerchenfeld); Themen der Arbeitsgruppen werden sein: Kampf gegen das Atomprogramm, Frauenpolitik in Hamburg, Homosexualität, Jugendpolitik, Alternative Ökologie, Arbeit im Bezirksparlament Eimsbüttel, Reaktion der etablierten Parteien und Medien auf das Auftreten der Bunten und Grünen Listen, Konzepte der verschiedenen Oppositionslisten (Bunte Liste, GLU usw.), Eingreifen in die Bundestagswahl.

Sonntag, 2.7., 10 Uhr:
Erfahrungsaustausch mit Vertretern von Oppositionslisten aus anderen Bundesländern und Städten.

14 Uhr:
Abschließende Delegiertenversammlung der Bunten Liste.

An der öffentlichen Versammlung am Freitagabend und an den Diskussionen in den Arbeitsgruppen am Sonnabend können auch Freunde von außerhalb Hamburgs teilnehmen. Die Bunte Liste wird sich bemühen, Übernachtungsgelegenheiten zur Verfügung zu stellen, wenn sich die Teilnehmer rechtzeitig vorher anmelden:

Bunte Liste
Fruchtallee 9
2000 Hamburg 19
Tel. 040 - 43 21 71

2 Frauen der Bunten Liste zu 7500 DM verurteilt!

Die Frauen-Aktionseinheit soll jetzt endgültig je 2.480,40 DM an ,,Hamburger Morgenpost'' (SPD), ,,Hamburger Abendblatt'' und ,,Bergedorfer Zeitung'' (beides Springer-Verlag) zahlen – zusammen fast 7.500 DM!

Dies entschied das Landgericht Hamburg am 14.6. Dem vorausgegangen war ein Rechtsstreit zwischen der Frauen-AE und den genannten Zeitungen, die im März zu berichten wußten, daß die Frauen mit einer ,,eigenen Liste'' kandidieren wollten. Den Frauen ging es nun darum klarzustellen, daß sie z u s a m m e n mit AKW-Gegnern und anderen Initiativen in Form der Bunten Liste kandidieren. Sie stellten einen Antrag auf Erlaß einer Einstweiligen Verfügung, die sie dann auch erhielten, obwohl die ,,MoPo'' schon vor dem Erlaß der Verfügung eine sogenannte ,,Schutzschrift'' beim Gericht hinterlegt hatte.

Umso seltsamer ist der Sinneswandel von Richter Ficus, der, nachdem alle Zeitungen gegen die Einstweilige Verfügung Widerspruch einlegten, das Urteil gegen die Frauen-AE fällte und sagte, daß ,, ... *ein nur generell von einer Falschmeldung über seine politische Gruppierung (Betroffener) nicht das Recht hat, eine Gegendar-* *nicht das Recht hat, eine Gegendar-* *stellung dahin zu fordern, daß die Meldung über die Gruppe unzutreffend sei*'' (aus der Urteilsbegründung vom 19. Mai 1978).

Im Klartext heißt das: Basisinitiativen oder politische Gruppierungen, die nicht ,,rechtsfähig'' im Sinne der herrschenden Gesetze sind, haben weder als Kollektiv noch in Form ihrer beauftragten Vertreter eine Möglichkeit, sich gegen Falschmeldungen und Entstellungen in der bürgerlichen Presse juristisch zu wehren. Der unverhältnismäßig hohe Kostenentscheid von fast 7.500 DM hat zudem einschüchternde Wirkung, auch gar nicht erst einen V e r s u c h zu unternehmen, in solchen Fällen Prozesse gegen die mächtigen Pressehäuser zu führen.

Das Urteil ist zweifellos auch als eine Art nachträgliche ,,Rache'' nicht nur gegen die Frauen-Aktionseinheit, sondern gegen die Bunte Liste insgesamt zu werten.

Die Frauen-Aktionseinheit ist jetzt auf finanzielle Solidarität angewiesen. Spenden können auf folgendes Konto eingezahlt werden:

Konto-Nr. 6934961
Dresdner Bank / Hamburg
B. Nowiki.

B. Nowiki.

Hessen: Umwelt-Show geht weiter

Angesichts der Wahlen in Hessen und der Angst vor einem Wahlerfolg der ,,Grünen'' hatte sich die SPD zur ,,*größten Bürgerinitiative*'' überhaupt erklärt, und die FDP sich zur ,,*parlamentarischen Anlaufstelle Nummer eins für die Umweltschützer*'' gekürt – wir berichteten im letzten ARBEITERKAMPF über den Auftakt der Komödie.

Es schien schon so, also sollte Wirtschaftsminister Karry (FDP) der einzige Atommuffel auf weiter Flur bleiben. Eine Reihe von Umweltschutzverbänden und Bürgerinitiativen forderte inzwischen Ministerpräsident Börner (SPD) auf, ,,*seinen Worten Taten folgen zu lassen*'' (,,FAZ'', 20.6.78). Karry solle zurücktreten.

Allerdings wenig schmeichelhaft für Börner wiesen die BIs darauf hin, daß die RWE (Betreiber von Biblis) entgegen dem Börner-Verzicht auf Biblis Block C angekündigt hat, daß sie unmittelbar nach der Wahl mit der Genehmigung des Atomreaktors rechnet. Außerdem verurteilten die BIs, daß die Lagerung abgebrannter Brennelemente in Biblis erweitert werden soll, was die hessische Landesregierung sogar hinter dem Rükken der Öffentlichkeit hatte durchziehen wollen.

Schon besser spielten da die Jusos mit. Ihr Vorsitzender erklärte, die hessische FDP müsse damit rechnen, aus dem Parlament zu fliegen, wenn sie ,,*nicht endlich aufhörten, die Diskussion um den Umweltschutzgesetzentwurf von Minister Görlach (SPD) zu blockieren*''. Doch selbstkritisch merkten die Jusos an, daß mit der ,,entscheidung'', Biblis Block C nicht zu bauen, die ,,Grünen Listen'' in Hessen noch nicht ,,*ganz mundtot gemacht*'' seien. Sie schlugen deshalb vor, daß Börner noch ,,*ein klares Wort zur Situation in* Borken'' (Nordhessen) sprechen solle, wo ein Zwischenlager und ein Atomreaktor geplant sind. Bisher hatte Börner – allerdings vage – den Verzicht auf Biblis C damit begründet, daß die Konzentration in Biblis ,,*die wirtschaftliche Benachteiligung von Nordhessen*'' festigen würde ,,*durch die längeren Energieanlieferungswege*'' (,,FAZ'', 8.6.78).

Miesmacherische BIs werden das sicher als Bevorzugung des Baus des Atomreaktors Borken (Borken statt Biblis Block C) mißverstehen, weil seinerzeit die Landesregierung mit den gleichen Worten schon vor der Industrie – vor Wahlkampfbeginn – für diesen Reaktor geworben hatte (,,HNA'', 22.4.78).

Doch heute sind eben ganz andere Zeiten eingekehrt. Selbst der bisher härteste Atomfreund, Wirtschaftsminister Karry, ist inzwischen butterweich geworden. Ihn ,,*atomfreundlich*'' zu nennen – so Karry – sei schlicht ,,*falsch*''. Zu Börners Verzichtserklärung zu Biblis fügte er hinzu: ,,*Wenn der Kollege Ministerpräsident etwas sagt, dann will ich dem nicht etwas anderes entgegenstellen*''. Er sei bloß an ,,*Recht und Gesetz gebunden*'', leider sei ihm ,,*nur ein kleiner Raum für politische Entscheidungen*'' als Minister geblieben. Nichts desto trotz sei es ,,*in der Vergangenheit zwischen ihm und den Elektrizitätsversorgungsunternehmen vielfach zu erheblichen Spannungen gekommen*'' (,,FR'', 21.6.78) ... – wegen seiner (Karrys) ,,hohen Sicherheitsanforderungen''!!

Nur auf den ,,Verzicht'' auf die Kernenergie möchte sich Karry nicht festlegen lassen.

Nun da bleibt ja noch reichlich Platz für weitere Purzelbäume, der Wahlkampf fängt ja auch erst an.

Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein: „Wir schlagen Schaum"

Am 10./11. Juni wurde auf dem Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein in Neumünster das „Rahmenprogramm" für die Landtagswahlen im April nächsten Jahres beschlossen. Endgültige Entscheidungen sollen nach Ankündigung des Vorstands im Herbst nach „breiter Anhörung der schleswig-holsteinischen Bürger" getroffen werden.

Von besonderem Interesse sind die Ergebnisse dieses Parteitages deshalb, weil die SPD Schleswig-Holstein der am weitesten „links" stehende Landesverband dieser Partei ist, der sich in der Vergangenheit in entscheidenden Fragen wie der Kernenergie mehrmals gegen den Kurs der Bundesregierung gestellt hat (s. AK 131). Zum anderen wurde auch in Schleswig-Holstein im letzten Monat eine „Grüne Liste" gegründet, die ebenfalls für die Landtagswahlen kandidieren wird. Zum



SPD-Strategen unter sich: Matthiesen und Bahr

SPD-Wahlkampf gegen die „Grüne Liste" erklärte der Landesvorsitzende Jansen, daß *„die SPD Schleswig-Holsteins, die die Kernenergie bei den heutigen Gegebenheiten eindeutig ablehnt, eine der wenigen, wenn nicht die einzige Parteiorganisation ist, die glaubwürdig Wahlkampf auch gegen die Grünen Listen machen könne und werde. Diese Glaubwürdigkeit sei das Ergebnis der konsequenten Konfliktbereitschaft, eine programmatische Aussage wie beispielsweise die Baustopforderung für*

könne und werde. Diese Glaubwürdigkeit sei das Ergebnis der konsequenten Konfliktbereitschaft, eine programmatische Aussage wie beispielsweise die Baustopforderung für

Kernkraftwerke auch dann durchzuhalten, wenn man dafür öffentlich Prügel gar des eigenen Bundeskanzlers befürchten müsse. In der Diskussion wurde zu diesem Themenbereich darauf aufmerksam gemacht, daß in den Reihen der Grünen nicht nur Kernkraftgegner seien. Initiativgruppen engagierter Frauen beispielsweise kämpften hier für Frauenhäuser und Kinderläden. Hierauf müsse die SPD eine Antwort finden, wolle sie diese Frauen nicht auf Dauer als Wählerinnen verlieren. Ein ähnlicher Hinweis galt den jungen Menschen, die die Grünen und Bunten gewählt hätten, weil die SPD keine Alternative geboten hätte" („Kieler Nachrichten", 12.6.78).

Der Landesparteitag, auf dem ein „links"-demagogischer Wahlkampf beschlossen wurde, um den „Grünen" und „Bunten" den Wind aus den Segeln zu nehmen, hat deutlich gemacht, daß die SPD-Parteispitze Schleswig-Holstein austesten will, inwieweit es ihr gelingt, durch einen „links" aufgemachten Kurs die Entstehung linker Alternativen zu verhindern und die Linken in der SPD zu integrieren.

Auf dem Landesparteitag zeigte sich auch erneut, daß bei dieser Taktik ein Spiel mit verteilten Rollen zwischen dem Rechtsaußen der DGB-Mafia um Hans Schwalbach und dem schleswig-holsteinischen Landesverband betrieben wird, der jeweils unter Hinweis auf die Bedeutung des DGB für die SPD die Vereinheitlichung mit diesen Rechten gegen die Parteilinken betreibt.

Berufsverbote ja, nur nicht so krass?

Auf dem Parteitag ging der Landesvorstand um Matthiesen und Jansen gegen Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei in die Vollen, und der CDU-Landesregierung wurde ein „unerbittlicher Kampf" angesagt. So forderte der Landsparteitag den Innenminister Baum in einem Brief auf, den Begriff *„verfassungsfeindlich"* zu tilgen und *„die Berichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz so zu gestalten, daß nicht länger erhebliche Teile des politischen Engagements außerhalb der Parlamentsparteien in die Nähe des Extremismus gerückt werden. Bürgerinitiativen und ihre Publikationen dürfen nicht länger von vornherein (??) verdächtig gemacht werden"* („Kieler Nachrichten", 16.6.).

Fraktionsführer Matthiesen griff in seiner Parteitagsrede das Ausmaß der Überwachung durch den schleswig-holsteinischen Verfassungsschutz an, der nach offiziellen Angaben der Landesregierung seit 1972 50.000 Gesinnungsüberprüfungen vorgenommen hat. Dadurch sei *„eine ganze junge kritisch-intellektuelle Generation in die Resignation getrieben worden"* („Kieler Nachrichten", 15.6.). Der Landesparteitag faßte den Beschluß: *„Die SPD will die Gesinnungsschnüffelei durch den Staat abschaffen. Der bisher (!) in Schleswig-Holstein angewandte Extremistenbeschluß wird nicht mehr angewandt. Im Zusammenhang mit der bisherigen Praxis gesammelte Daten werden vernichtet. Die Regelbeteiligung des Verfassungsschutzes bei Bewerbungen in den Öffentlichen Dienst wird beendet"* (nach „Kieler Nachrichten", 12.6.). Matthiesen forderte, daß *„diese Praxis (!) des Extremistenbeschlusses ohne Wenn* derte, daß *„diese Praxis (!) des Extremistenbeschlusses ohne Wenn und Aber vom Tisch muß"* („Landes-

Nachrichten", 12.6.). Matthiesen forderte, daß *„diese Praxis (!) des Extremistenbeschlusses ohne Wenn* derte, daß *„diese Praxis (!) des Extremistenbeschlusses ohne Wenn und Aber vom Tisch muß"* („Landes-

zeitung", 12.6.). Ebenfalls auf dem Landesparteitag wurde das Berufsverbot gegen den Lehrer Thiel behandelt. Thiel war bei den Kommunalwahlen im Frühjahr für die DKP in die Gemeindevertretung von Barmstedt Krs. Pinneberg gewählt worden und deswegen von der Hamburger Schulbehörde nicht eingestellt worden. Der Segeberger Kreisverband hatte in einem Schreiben an die Hamburger SPD gegen das Berufsverbot protestiert und dessen Einstellung in den Hamburger Schuldienst gefordert. Die Segeberger bezeichneten in ihrem Schreiben das Berufsverbot durch die Hamburger Sozialdemokraten als *„einen unerhörten Vorgang, der geeignet ist, der Sozialdemokratie insgesamt zu schaden"* („Landeszeitung", 13.6.). Der an den Parteitag gestellt Antrag, von der Hamburger SPD die Einstellung Thiels zu fordern, wurde mit Mehrheit abgelehnt. da – so Jansen – sehr „viel Sensibilität" im Umgang mit der Hamburger SPD erforderlich sei!

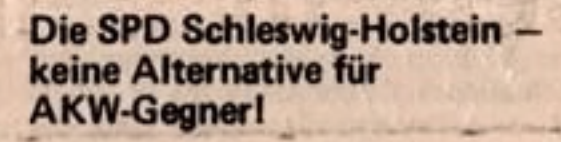
Neue, radikale Worte – alte Taten, das ist die Praxis der „linken" SPD! Diese Praxis der Berufsverbote soll weg, dafür eine andere her!

Die Politik des schleswig-holsteinischen Landesverbandes – gewisse „Übertreibungen" der staatlichen Überwachung und die bestehende Praxis der Berufsverbote zu kritisieren – paßt sich bestens in die neue Taktik der rechten SPD-Führung und der Bundesregierung ein. Während z.B. Helmut Schmidt weiterhin behauptet: „Es gibt keine Berufsverbote", werden Integrationsfiguren wie Willy Brandt und die SPD-„Linke" vorgeschickt, die Kritiker zu beruhigen. Den „großen Kurswechsel" hatte Willy Brandt Ende April eingeleitet: Vor dem Parteivorstand erklärte erklärte er, daß *„die Praxis der Überprüfung von Bewerbern für den Öffentlichen Dienst, die eingerissen ist, ihr Ende finden müsse"* (nach „FAZ", 9.6.). Flankenschutz erhielt er von Egon Bahr, der bekundete, der „Extremistenerlaß" sei ein „schrecklicher Fehler" gewesen. Ausschlaggebend für diesen „Sinneswandel" der Schöpfer der Berufsverbote zwei Motive: *„Brandt will als Vorsitzender der gewichtigsten sozialistischen Partei in Westeuropa auch erster Präsident des direkt gewählten Europa-Parlaments werden. Er hat die Sorge, eine allzu „reaktionäre" SPD könne einige der sozialistischen Parteien, die er in diesem Parlament zu einem festen Block formen will, in eine sich mit der Zeit möglicherweise bildende eurokommunistische Fraktion treiben... Aber auch innenpolitische Erwägungen spielen eine Rolle. In der SPD gibt es Unmut über eine, wie es heißt, „neuerdings ausufernde Überprüfungspraxis"... So weht der Wind dem Brandt'schen Vorhaben günstig. In dieser Zeit der Landtagswahlen zumal ist die Führung der SPD auf den Mobilisierungswillen des aktivsten Teils der Mitgliedschaft, und das sind allemal die Linken, angewiesen"*

(„FAZ", 9.6.78)

Lautstarke Bekenntnisse von SPD-Führern gegen „übertriebene" Gesinnungsschnüffelei können nicht darüber hinwegtäuschen, daß weiterhin ungehemmt Berufsverbote ausgesprochen werden, daß weiterhin und in unvermindertem Umfang die Gesinnungsschnüffelpraxis des Verfassungsschutz hierfür in Anspruch genommen wird. So hat denn auch die schleswig-holsteinische SPD nicht etwa gefordert: Weg mit den Berufsverboten. Wo sie ihren „radikalen" Worten Taten folgen lassen soll – wie im Falle Thiel – schlagen sich diese „Linken" auf die Seite der Berufsverbotefürworter.

Die „neue" Linie der SPD Schleswig-Holstein steht nicht etwa in Gegensatz zur Parteispitze, sondern ergänzt sie bestens. Daß Matthiesen bei seinem Vorgehen in direkter Absprache mit dem Parteivorstand handelte, ist zu vermuten.



Die SPD Schleswig-Holstein – keine Alternative für AKW-Gegner!

Auch in der Debatte um die Kernenergie gab sich der Landesvorstand radikal. Die Forderung nach einer „Denkpause" wurde vom Landesparteitag bekräftigt: Die SPD Schleswig-Holstein ist der einzige Landesverband, der nach dem Hamburger Parteitag an der Baustopforderung festgehalten hat.

Matthiesen griff in seiner Rede die Stoltenberg-Regierung an: *„Die*

Schleswig-Holstein ist der einzige Landesverband, der nach dem Hamburger Parteitag an der Baustopforderung festgehalten hat.

Matthiesen griff in seiner Rede die Stoltenberg-Regierung an: *„Die*

Auseinandersetzungen um Brokdorf haben deutlich gemacht, daß die CDU einseitig den Interessen der Kernindustrie verhaftet ist. Sie hat der billigen Versuchung nachgegeben, Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherheit als falsche Alternative hochzuspielen. Sie ist rücksichtslos mit den Ängsten der Bürger umgegangen und hat deren Protest aus parteitaktischen Gründen diffamiert ... Brokdorf ist bundesweit das Beispiel für rechtswidriges und falsches staatliches Handeln. Brokdorf steht für arroganten und ungerechten Umgang mit Bürgern und für den politisch-moralischen Vertrauensverlust Stoltenbergs." Matthiesen fordert, daß Bürger, die eine Wiese besetzt haben und damit gegen die Brokdorf Nacht- und Nebelaktion protestierten, nicht kriminalisiert werden dürften. Auf dem Landesparteitag wurde der Beschluß gefaßt: *„Das in Bau befindliche Kernkraftwerk Krümmel darf den Betrieb nicht aufnehmen, solange die unschädliche Wiederaufbereitung und gesicherte Endlagerung des Atommülls nicht realisiert ist. Das Kernkraftwerk Brokdorf soll nicht gebaut werden"* (nach „FR", 12.6.78).

Allein dieser Beschluß bringt das taktische Verhältnis der schleswig-holstinischen SPD zur Anti-AKW-Bewegung und ihren Forderungen zum Ausdruck. Der Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben, von dem die Inbetriebnahme von Krümmel abhängig gemacht wird, war auf dem Parteitag nicht umstritten – ist die Wiederaufbereitungsanlage weniger gefährlich als ein AKW Brokdorf? Über das AKW Brunsbüttel wurde auf dem Parteitag überhaupt nicht diskutiert, und es gibt von der SPD Schleswig-Holstein auch ansonsten – bis auf flaue Anfragen im Landtag – keinerlei Stellungnahmen gegen das AKW Brunsbüttel. Auch der geplante Bau von AKWs im nordfriesischen Wattenmeer wurde in der Kernenergiedebatte nicht einmal erwähnt! – Komische AKW-Gegner!

In einem von Matthiesen propagierten Papier des SPD-Strategen Strasser wird deutlich, warum die schleswig-holsteinische SPD-Spitze auf die Forderungen der Anti-AKW-Bewegung scheinbar einsteigt bzw. ihnen entgegenkommt: *„Insgesamt ist die Chance für einen rationalen Dialog zwischen SPD und Bürgerinitiativen durch das Auftauchen der Grünen Listen aber eher noch geringer geworden. Aber da bei den knappen vorherrschenden Mehrheitsverhältnissen in dieser neuesten Entwicklung eine ernstzunehmende Gefahr für die SPD liegt und die Ökologiebewegung offenbar nicht eine schnell vorübergehende Erscheinung ist, erscheint es für die SPD objektiv notwenidg, sich gründlicher als bisher mit der Bürgerinitiativbewegung zu befassen und das Verhältnis zu ihr unter strategischen und nicht nur taktischen Gesichtspunkten zu bestimmen ... noch ist der größere Teil der Ökologiebewegung mehr oder weniger bewußt sozialdemokratisch orientiert, noch sind ihre Führungspositionen zu einem ganz erheblichen Teil mit sozialdemokraten besetzt, noch ist das (verständliche) Ressentiment gegen die bestehenden Parteien nicht voll durchgeschlagen, noch sind die Parteigründer deutlich in der Minderzahl. Vom Verhalten der SPD wird es ganz wesentlich abhängen, wie die Entwicklung in der Bürgerinitiativbewegung weitergeht und wie dadurch das politische Klima und die Handlungsmöglichkeiten der Sozialdemokratie in der Bundesrepublik beeinflußt werden."* Zum Schluß fordert dieser Stratege, *„bei aller Konkurrenz um Wählerstimmen dennoch den Konflikt in Grenzen zu halten, damit die Ökologiebewegung als eventueller Bündnispartner erhalten bleibt und die Wiedereingliederung in die SPD nicht von vornherein ausgeschlossen ist."*

Eben nach dieser Taktik – den „Dialog" suchen, um die Linken zu integrieren – verfährt die schleswig-holsteinische SPD. Relativ erfolgversprechend scheint der SPD-Führung das in Schleswig-Holstein bei der traditionellen Rolle dieses Landesverbandes als Oppositionspartei zu sein!

Was macht die SPD Schleswig-Holstein mit ihren Rechten?

Sowohl in der Frage der Berufsverbo-

Was macht die SPD Schleswig-Holstein mit ihren Rechten?

Sowohl in der Frage der Berufsverbo-

te als auch in der Kernenergie wird die SPD Schleswig-Holstein von der DGB-Mafia um Hans Schwalbach offen attackiert. Schwalbach ist inzwischen dazu übergegangen, die linken Sozialdemokraten mit einem Pressefeldzug zu bekämpfen. Im Falle des Ausschlußverfahrens gegen die Lübecker Betriebsrätin B.Schultek wegen Unterstützung des Russell-Tribunals und inzwischen 10 weiteren Ausschlußanträgen aus der Lübecker ÖTV wegen Unterstützung einer Veranstaltung mit dem Schriftsteller Erich Fried, hat Schwalbach die SPD dazu aufgefordert, sich von den Reinbeker und Lübecker Jusos und der Stormarner SPD öffentlich zu distanzieren, da diese sich mit B.Schultek solidarisch erklärt und die Rücknahme des Ausschlußverfahrens verlangt hatten (s. Artikel in diesem AK). Bis heute hat der SPD-Landesvorstand zur Distanzierung nicht geantwortet und wird sich auch kaum hinter die angegriffenen linken Sozialdemokraten stellen. Unter Hinweis darauf, daß die DGB-Mafia nicht verprellt werden dürfe, versucht der Landesvorstand bei entscheidenden Fragen die Linken kleinzuhalten. Erneut deutlich wurde das, als auf dem Landesparteitag die „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen" den von Matthiesen und Jansen vorgelegten Listenvorschlag kritisierten, der schließlich mit geringfügigen Änderungen abgestimmt wurde. Die DGB-Mafia bekam zwar keine vorderen Listenplätze mehr, und die Hauptvertreter dieser Linie – Schwalbach und Sierks – hatten bereits vorher auf eine erneute Kandidatur verzichten „müssen", jedoch kriegten die Gewerkschaftsführer Prezewowsky, Ramler und Möller, die sich ebenfalls seit der ersten Brokdorfaktion an der Hetzkampagne gegen die „linke" schleswig-holsteinische SPD beteiligten, immer noch die sehr aussichtsreichen Listenplätze ab Platz 11. Die ASF-Frauen kritisierten, daß nur 3 (!) Frauen Listenplätze bekommen haben und damit die Frauen eindeutig unterrepräsentiert sind. Darüberhinaus wurde von der ASF kritisiert, daß die Mafia-Mitglieder auf die Landesliste gekommen sind, *„obwohl der Streit um die Kernenergie nicht beigelegt ist"* („Flensburger Tageblatt", 12.6.). Jansen und Matthiesen hielten dagegen, daß *„man bewußt der These entgegentreten wolle, die SPD entferne sich von den Gewerkschaften. Dafür habe man die Plätze 11 bis 14 mit führenden Gewerkschaftern besetzt. Man wolle den IG Metaller Prezewowsky, da die IG Metall wichtiger Bündnispartner der SPD sei"* („Flensburger Tageblatt", 12.6.).

Bei diesem Schauspiel mit verteilten Rollen, was von der schleswig-holsteinischen SPD-Spitze und den Rechtsaußen betrieben wird und den vom Landesparteitag gesetzten Vorzeichen für den Wahlkampf,

12.6.).

Bei diesem Schauspiel mit verteilten Rollen, was von der schleswig-holsteinischen SPD-Spitze und den Rechtsaußen betrieben wird und den vom Landesparteitag gesetzten Vorzeichen für den Wahlkampf,

dürfte eine „Grüne Liste" mit klaren Anti-AKW-Forderungen und einem radikaldemokratischen Programm es mit der SPD aufnehmen können! Allerdings eine „Grüne Liste", die sich nicht eindeutig links von der SPD Schleswig-Holstein artikuliert, wird bei diesem Landtagswahlkampf untergehen.

KB-Landesleitung Schleswig-Holstein

Wahlen - so sehen's die anderen

KABD

Der schwäbische KABD wahrt auch angesichts der Wahlergebnisse von Hamburg und Niedersachsen sein vertrottelt-provinzielles Image. Im Bericht der „Roten Fahne" Tübingen vom 16. Juni bringt der KABD es fertig, die Bunte Liste mit keinem Wort zu erwähnen. Umso leichter fällt es ihm, zu verkünden, daß auch die ‚Grünen' *„für die Werktätigen keine wirkliche Alternative"* seien. Das belegt er mühelos daran, daß in der GLU „profaschistische" Kräfte seien und daß sie sich „konsequent gegen Kommunisten abgrenzt". Zur Bunten Liste, wie gesagt, kein Wort!

Erstaunlich ist bloß, mit wie erbärmlich wenig politischer Substanz sich diese schwäbische Sekte nun schon seit rund 10 Jahren über die Runden schleppt.

Arbeiterbund

Der DKP-nahe Münchner „Arbeiterbund" geht in seiner „KAZ" vom 13 Juni gar nicht konkret auf die Wahlergebnisse ein. Dafür wiederholt er die längst widerlegte Behauptung, die ‚Bunten' und die ‚Grünen' hätten vor allem FDP-Anhänger für sich gewonnen. Ansonsten seien sie allesamt ein *„Sammelsurium"* und, jetzt kommt's ganz dick: *„kein Anlaß zu Hoffnungen für die Demokratie, nicht einmal eine Stützung des Kampfes zur Verteidigung demokratischer Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes"*.

Logische Schlußfolgerung: *„Für uns, für die klassenbewußten Arbeiter heißt das, die Führung übernehmen im Kampf gegen Notstandskurs und Reaktion für Demokratie"*. Naja, für den „Arbeiterbund", der gerade mit viel Aufwand sein 10jähriges Vereinsjubiläum feiert, gilt dasselbe wie für den KABD (s.o.).

MLD

Die pro-faschistische „MLD" („Marxisten-Leninisten Deutschlands") weiß über den Wahlausgang zu vermelden: *„Die Politik der ‚Grünen' und ‚Bunten' richtet sich gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes ... Gerade die ‚Bunte Liste Wehrt Euch' ist vom Kommunistischen Bund („Arbeiterkampf") initiiert worden und betreibt eine radikale, prorussische Politik. Die bürgerliche Presse ... ignoriert das vollkommen. Die ‚Entspanner' in den Zeitungsstuben beugen sich dem ‚Volk'. In Wirklichkeit geben sie den prorussischen Kräften nach."*

Die von der „MLD" seit kurzem leidenschaftlich umworbene „KPD", die die Bunte Liste für ihre eigene pro-imperialistische Politik auszunutzen versuchte, muß sich dafür von der „MLD" bittere Vorwürfe gefallen lassen: *„Wie kann man die ‚Bunte Liste – Wehrt Euch' unterstützen, wo die KPD-Führung gerade den russischen Sozialimperialismus in Worten vehement angreift? Ist der Hauptwiderspruch in Deutschland der zwischen Umweltschutz und Umweltschmutz – oder der zwischen dem deutschen Volk und dem russischen Sozialimperialismus?"*

Übrigens, die „MLD", die bei früheren Gelegenheiten schon Wahlempfehlungen für CDU und CSU abgegeben hatte, sah sich in Niedersachsen diesmal ausdrücklich außerstande, die CDU zur Wahl zu empfehlen – da Albrecht ein „Beschwichtigungspolitiker" sei. (Zitate aus der „MLD"-Zeitung „Neue Welt", 14.6.78).

DKP

Die DKP hat, wie kaum anders zu erwarten, immer noch an dem Wahlergebnis zu kauen.

Jan Wienecke, Vorsitzender des Bezirksverbandes Hamburg der DKP, hat auf der Bezirksdelegiertenkonferenz nach den Wahlen gleich voll das heiße Eisen angepackt: *„Warum haben sich diese jungen Menschen nicht unserer Partei, als einzig wirklicher Vertreterin ihrer Interessen, zugewandt?"* Um eine Antwort auf diese unheimlich heiße Frage ist Jan Wienecke nicht verlegen: Zum einen habe die Bunte Liste die jungen Leute angezogen, weil die Bürgerinitiativen *„ihnen ein Engagement ohne feste organisatorische Bindung ermöglichen"*. Und zweitens gebe es bei den Jugendlichen *„Vorbehalte gegenüber unserer Partei"*, deren Grund natürlich nichts anderes sein kann als *„unzureichende Kenntnis unserer Politik – zum Beispiel in der Frage der Kernenergie"*.

Klar ist, daß auch Jan Wienecke, wie jeder anständige DKP-Funktionär, nicht einmal im Traum auf den verhängnisvollen Gedanken kommt, daß das Wahlergebnis irgendwie auch die Quittung für eine **falsche Politik** gewesen sein könnte. Ii bewahre! ... Nur besser unter die Leute bringen müsse man die an sich goldrichtige Politik der DKP („UZ", 14.6.78).

Versucht wurde das auch in der „UZ" vom 21.6. Dort sollte die Position der DKP zur „friedlichen Nutzung der Kernenergie" gerechtfertigt werden. Das roch stark nach „Peking Rundschau". Lesen konnte man dort, daß die DKP nicht bereit sei, *„sich prinzipienlos an gewisse Anti-Atomkraft- und Anti-Technik-Stimmungen anzubiedern, die von einigen Wissenschaftlern und Ideologen verbreitet werden, ohne die gesellschaftspolitischen Zusammenhänge dabei zu beachten"*. Im Klartext: Die DKP wird sich auch zukünftig bedingungslos für die AKW's im „realen Sozialismus" in die Bresche hechten, obwohl bewiesen ist, daß die keinen Deut sicherer als die AKW's in der BRD. Wer die DKP deshalb jedoch für „moskauhörig" hält, ist selbstverständlich ein Antikommunist. Denn daß die DKP in den neun bis zehn Jahren ihrer Existenz noch nie die kleinste Kritik an irgendeinem Punkt der sowjetischen Politik geübt hat, liegt ja nur daran, daß dort wirklich alles hundertprozentig in Ordnung ist!

In dem Artikel wird dann ausgeführt, daß die *„Kompromißlosigkeit der DKP in politischen Grundsatzfragen"* (soweit es die sture und 150%ige Verteidigung jeder Sauerei im „realen Sozialismus" angeht, ansonsten ist die DKP ja ganz schön flexibel!) *„ein wesentliches politisches Element ihrer Kraft"* sei. Bezeichnend für diesen Artikel der „UZ" vom 21.6. ist, daß er an keiner Stelle sachlich auf Argumente aus der Anti-AKW-Bewegung, aus den Bürgerinitiativen usw. eingeht. Vielmehr wird es so dargestellt, als sei die Kritik an der Haltung der DKP nichts anderes als das Werk von **„großkapitalistischen Redaktionsstuben und Geheimdiensten, die Verwirrung stiften wollen"**!

Das Wahlergebnis war auch zentrales Thema im ‚Bericht' von Hermann Gautier auf der 9. Tagung des DKP-Parteivorstandes (17. Juni – lt. Beilage zur „UZ" vom 22. Juni). Gautier stellt dort (in dieser Form erstmals für die DKP!) recht nüchtern fest:

„.... Insgesamt war das Wahlergebnis enttäuschend. Unsere Partei hat, im besonderen Maße in Hamburg, Stimmen verloren. Auch, und das muß uns besonders zu denken geben, bei der Arbeiterschaft." Indessen schaffte es auch Gautier nicht, hieraus nun endlich einmal irgendeine sinnvolle Schlußfolgerung zu ziehen. Schon ein Blick auf die Zwischenüberschriften des ‚Berichts' demonstriert die gesamte Trostlosigkeit dieses Vereins: *„Antikommunistische Vorbehalte wirken noch"* – *„DKP-Abgeordnete entwickeln Vertrauen"* – *„‚Grüne Listen' spalten demokratische Bewegungen"* – *„Mitarbeit in Bürgerinitiativen verstärken"* – *„Unser Programmentwurf findet breite Zustimmung"*. Spätestens an diesem Punkt kann man sich bloß noch an den Kopf fassen.

Zwar stellt Gautier die ausgezeichnete Frage: „... **Wäre es nicht richtig, gemeinsam die Forderung nach Beseitigung der 5%-Klausel zu erheben ...?"** Man kann sich aber an den fünf Fingern abzählen, daß die DKP es vollständig ablehnen wird, auf diesem Gebiet tatsächlich gemeinsame Aktivitäten mit „Bunten" und „Grünen" zu entwickeln.

SAG

Wenig vorwärtsweisend ist auch die erste Reaktion der SAG („Sozialistische Arbeitergruppe"), die bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen die WGA Hameln/Bad Pyrmont unterstützt hatte: In ihrer „Sozialistischen Arbeiterzeitung" vom 14.6. polemisiert die SAG zum einen gegen die GLU Niedersachsen, der sie vorwirft, ihr Programm leugne und verschleiere den Klassengegensatz noch mehr als das der SPD. Darum, so schlußfolgert die SAG, werde sich aus dem Ergebnis der GLU **„kein politischer und sozialer Fortschritt ergeben, nicht einmal eine Veränderung der Parteienlandschaft."**

Ist diese Sicht schon sehr verkürzt und vereinfacht, so kann die SAG zur Bunten Liste anscheinend gar nichts sagen. Statt dessen druckt sie kommentarlos Auszüge aus einem von Lügen und Albernheiten strotzenden Flugblatt der Hamburger „Spontis" gegen die Bunte Liste nach. Eine eigene Einschätzung wird das auf die Dauer nicht ersetzen können.

die Dauer nicht ersetzen können.

Wahlanalyse á la „ML"

Die für ihre bizarren Einfälle bekannte „KPD/ML" konnte bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen am 4. Juni 911 Stimmen (o,1%) für sich verbuchen.

Unter der Überschrift **„Hauptsächlich Arbeiterstimmen für die KPD/ML"** machte der „Rote Morgen" am 16. Juni den Versuch, dem Ergebnis ein paar heitere Seiten abzuringen: Die „Partei" habe zwar gegenüber den Bürgerschaftswahlen 1974 (3001 Stimmen = 0,3%) in den „kleinbürgerlichen Vierteln" Stimmen verloren, aber in den Arbeitervierteln immer noch erfreuliche Ergebnisse erzielt. Beweis: *„Das beste Ergebnis erzielte unsere Partei im Wahlbezirk Altona/Altona-Nord, einem Bezirk mit starkem Arbeiteranteil. Wir erhielten hier 0,6% der Stimmen..."*.

Den durchschnittlichen „Roter Morgen"-Leser mag dieser Beweis für die Verankerung „der Partei" in der Hamburger Arbeiterklasse durchaus überzeugen. **Freilich ist dies Ergebnis eindeutig eine Ausnahmeerscheinung**, und der normale Hamburger Kommunist wird zunächst einfach einmal annehmen, daß in Altona-Nord vielleicht besonders viele „KPD/ML"er zusammenwohnen.

Eine nähere Untersuchung bringt jedoch noch interessantere Details ans Licht: Die „KPD/ML" hat in Altona-Nord (14.827 Wahlberechtigte) insgesamt 53 Stimmen bekommen (Bunte Liste: 438 Stimmen = 4,9%). So steht es jedenfalls im offiziellen Endergebnis. 1974 hatte die „KPD/ML" in Altona Nord 55 Stimmen bekommen. Altona-Nord hat 20 Stimmbezirke (Wahllokale). Ein Blick auf die Endergebnisse zeigt, daß die „KPD/ML" im Durchschnitt in fast allen Stimmbezirken von Altona-Nord ganz normale Einbußen gegenüber 1974 hat. Mit einer einzigen Ausnahme: Im Stimmbezirk 207 05 weist das offizielle Endergebnis für die „KPD/ML" 28 Stimmen aus (d.h. über 50% der Stimmen, die sie insgesamt in Altona-Nord lt. offiziellem Endergebnis gekommen hat!). An diesem Punkt wird sich der normale Hamburger Kommunist in seiner Vermutung bestätigt sehen, daß dort besonders viele „KPD/ML"er zusammengezogen sind. 1974 hatte die „KPD/ML" im Stimmbezirk 207 05 nur vier Stimmen bekommen.

Es kommt aber noch besser: Das offizielle Endergebnis weist außerdem aus, daß im Stimmbezirk 207 05 keine Stimme für die Bunte Liste abgegeben worden sei! **Wohlgemerkt, das gibt es in keinem anderen Hamburger Stimmbezirk!** Die Ergebnisse der Bunten Liste in den anderen Stimmbezirken von Altona-Nord liegen zwischen 35 Stimmen (7,2 % und 7 Stimmen (= 2,0 %).

An diesem Punkt seiner Nachforschungen angekommen, schlußfolgert der Hamburger Kommunist: Das veröffentlichte Ergebnis im Stimmbezirk 207 05 **stimmt nicht!** Und recht hat er, der Hamburger Kommunist. Eine Anfrage beim Landeswahlamt bestätigt: Hier lag ein Übertragungsfehler vor. Richtig ist, daß die 28 Stimmen der Bunten Liste gehören, während die „KPD/ML" im Stimmbezirk 207 05 keine Stimme bekommen hat. Es bleiben also für die „KPD/ML" in Altona-Nord nur noch 25 Stimmen (= ca. 0,3%), nicht einmal halb so viele wie 1974. So sieht das Ergebnis in einem *„Bezirk mit starkem Arbeiteranteil"* (Originalton „Roter Morgen") aus. Da schmunzelt der Hamburger Kommunist.

Jetzt besäuft er sich schon 14 Tage lang mit Brause

»Eurofaschisten« formieren sich

Seit einigen Monaten ist das europäische Faschistenspektrum in Bewegung: Angefangen von der NPD-nahen „demokratischen" Fraktion, z.B. „Nation Europa", bis hin zu den Nazi-Propagandisten um Schönborn und Co.läuft auch bei BRD-Faschisten eine verstärkte Diskussion über Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit – im Hinblick auf die Wahlen zum Europa-Parlament, aber auch sonst.

Vom 19. bis 21. April trafen sich in Rom die Chef-Faschisten der italienischen MSI/DN, der spanischen „Fuerza Nueva" sowie der französischen „Parti des Forces Nouvelles" und gründeten eine „Eurodestra" eine Eurorechte.

Der gemeinsame Nenner der drei Faschistengruppen ist, abgesehen von der Europa-Wahl-Strategie, die *„Offensive des Eurokommunismus und die Offensive des Terrorismus"*, gegen die zu Felde gezogen werden soll. Daneben gibt es den gesamten Trödel von „moralischer Erneuerung" (gegen Rauschgift und Pornographie ...) „Anti-Kollektivismus", „europäischem Bewußtsein" – man denke etwa an die OAS-Vergangenheit (Kolonialkrieg Frankreichs gegen Algerien) des heutigen PNF-Abgesandten Tixier-Vignancour.

Trotz aller Herausstreichung, daß die „Eurodestra" eine neue Kraft sei, ist doch klar, wer sich hier zusammenrottet: Die MSI, scheinbar „seriöse" Wahlpartei, legale Deckung der von ihr aufgebauten Terrortruppe „Ordine Nuovo/„Ordine Nero"; die „Fuerza Nueva", bekannt wegen ihres selbst für spanische Verhältnisse extremen Faschismus und zahlreicher Terroraktionen ihrer Mitglieder; die „Parti des Forces Nouvelles", in jüngster Zeit durch ihre Kooperation mit den Schönborn-Faschisten und den NSDAP-Schlägern („Hansa-Bande"/ANS) (u.a. in Antwerpen) hervorgetreten.

Witzig ist deshalb, wenn MSI-Chef Almirante sich im Namen der „Eurodestra" gegen „ *‚neonazistische' Tendenzen in Deutschland"* wandte, *„dahingehend, die Eurodestra habe nichts gemein mit Bestrebungen, ‚Programme, Mythen und Symbole' früherer Zeiten zu konservieren"* (Was Blas Pinar, Chef der „Fuerza Nueva" wohl zu so was sagt, dessen Faschisten inzwischen immer provokativer für eine Wiederkehr der Franco-Zeit auftreten?).

Tatsächlich soll die „Eurodestra" den Masseneinfluß der Faschisten verstärken – wobei offener Nazismus nur allzu hinderlich ist, damit ist aber auch zur Zeit das, was sich in der BRD als faschistisches Spektrum bietet, für solche Pläne unbrauchbar. Zwar sei es so, *„daß man – vom historischen Erleben her – bei der gesamten europäischen Rechten eine gewisse sentimentale Neigung zum deutschen Element"* habe – aber : **„Die Voraussetzungen für eine Art deutscher Sektion der Eurodestra sind hier und heute nicht gegeben"**. Dies gilt auch für die NPD. Almirante zur Frage des Verhältnisses zur NPD: *„Die Parteien der Eurodestra ... haben nichts mit den Gruppen und Grüppchen zu tun, die weiterhin ihre Ideologien kultivieren ... mit nazistischen und neonazistischen Gruppen"*.

Das könnte bedeuten, daß bis zu den Europa-Wahlen noch eine neue rechtsradikale Gruppierung als BRD-Sektion der „Eurodestra" gebildet wird.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Achtung: NPD als »AKW-Gegner«

Während das offizielle Parteiprogramm der NPD noch immer als Umweltschutzpunkt hauptsächlich die Ausrichtung auf „heimische Kohle" statt der, von ausländischen Uranlieferungen abhängigen, Atom-Energie anpreist, dabei aber grundsätzlich AKWs nicht ablehnt, gibt es jetzt neue Töne bei den Rechtsradikalen. Wurden AKW-Gegner in der NPD-Presse bislang als Agenten des Weltkommunismus abgefertigt, so macht sich inzwischen die NPD-Jugendorganisation JN auf, Anti-AKW Propaganda zu betreiben: Auf der Landestagung der rheinlandpfälzischen JN (9.4.78) jedenfalls wurde ein „Ökologisches Manifest" verabschiedet, in dem es u.a. heißt: **„Die Errichtung von Atomkraftwerken ist in Europa grundsätzlich abzulehnen"** (also nicht in Brasilien, Iran, Südafrika ...!). Eingebettet sind diese Anti-Atom-Töne in eine lange Reihe umweltschützerischer Forderungen, wie sie in jedem Lebenschutzblatt stehen könnten. Das „Manifest" schließt mit der Parole' *„Es lebe die ökologische Revolution!"*. Dieses JN-Manifest wurde vom rheinland-pfälzischen NPD-Landesparteitag übernommen; in der bayerischen JN ist es ebenfalls bereits „in offizieller Geltung". Zu erwarten ist, daß die Bundes-JN sich anschließen wird. (Angaben nach: „nationalpolitische studien" 5/78).

Entsprechend dieser neuen Linie sind JN-Blätter zunehmend mit Anti-AKW-Artikeln gefüllt. Die „Junge Stimme" 3/78 (JN-Rheinland-Pfalz) berichtet über verschiedene Bürgerinitiativen und „biologischen Landbau". Garniert wird das u.a. mit einer Anzeige des WSL und einer auf JN-Symbol getrimmten Anti-AKW-Sonne.

Nicht anders „Der Pfeil" (nordrhein-westfäliches JN-Blatt aus Münster). Nr. 11/78 hat den Aufmacher *„Atom im Münsterland – Niemals"*. Würde nicht auf den anderen Seiten des Blattes offen für die JN , die NPD „Nation Europa" usw. Reklame gemacht werden, wären die Anti-AKW-Artikel keineswegs als Produkt der Neonazis erkennbar. Hinzu kommt, daß z.B. für „Atommüll", das Info-Blatt der sicher nicht NPD-eigenen BI Lebensschutz Uelzen geworben wird, und daß der Text eines Liedes von Klaus dem Geiger, („Geisterreiter von Brokdorf") abgedruckt wird – eines zweifellos keinesfalls rechten AKW-Gegners also.

Diesem Trend der NPD/JN zur Ökologie wird in Zukunft erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken sein. Es ist ja in der Tat so, **„daß nicht alle Kräfte der ‚grünen Welle' zur Linken tendieren, sondern daß sich in diesem Bereich jetzt auch Kräfte zu Wort melden, die ihre Anliegen .... im Bereich der seriösen Rechten gut aufgehoben wissen"** („nat.-Polit. Studien", s.o.).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Nachrichten vom Widerstand



DWK rechnet mit baldigem Baugebinn in Gorleben

In einer Presseerklärung rühmte sich die DWK ihrer erfolgreichen Erpressungstaktik, durch die sie schon 4oo Hektar von 1.2oo des Geländes für die WAA Gorleben an sich gebracht hat. Nach Angaben der DWK reichen diese Flächen aus, um nach einigen Umplanungen mit dem Bau beginnen zu können. Hierzu gehört offenbar als erstes das Eingangslager. Außerdem brüstete sich die DWK damit, daß sie genügend Gelände für Aufschlußbohrungen für den Baugrund, Wasserverhältnisse und den Salzstock habe.

Mittlerweile ist die DWK auch in Verhandlungen mit der Niedersächsischen Landgesellschaft und dem Landvolkverband getreten. Einige der früheren Grundeigentümer hatten nämlich noch Zusatzbedingungen in die Kaufverträge aufnehmen wollen, die sich mit Folgeschäden befassen. Hier bot die DWK „großzügig" an, sofort mit dem Landvolk einen Entschädigungsvertrag abzuschließen und erklärte, daß sie bei auftretenden Schäden natürlich haften würde („HAZ", 23.6.78). Die DWK gab sich also „großzügig" wie immer und winkte schon wieder mit Geld für die restlichen widerspenstigen früheren Grundeigentümer. So wird sehr drastisch die Illusion derer, die in den Zusatzklauseln eine Möglichkeit sahen, die 'Verträge noch nachträglich platzen zu lassen, gründlichst zerstört. Gerade diese Illusionen waren es, die dazu geführt hatten, daß nahezu alle Grundbesitzer an die DWK erst einmal verkauft hatten. Wesentlich verantwortlich dafür ist der Rechtsanwalt de Witt, der schon im Prozeß gegen das AKW Whyl aufgetreten war, und somit bei den WAA-Gegnern einen guten Namen hatte. Er riet erst einmal, zu den hoch angebotenen Preisen zu verkaufen, um dann nachher gegen die DWK rechtlich vorzugehen. Das hatte schließlich für die DWK den Dammbruch bedeutet.

Auch in seiner Rechtfertigung brachte der Rechtsanwalt kein einziges böses Wort gegenüber der DWK über die Lippen, sondern kündigte stattdessen an, zu prüfen, zu welchen Zugeständnissen die DWK bereit sei, um eine „vernünftige" Entscheidung zu treffen.

Nachdem so die Grundeigentümer, vor allem die Landwirte in ihrer Notlage ausgetrickst worden sind, die BI Lüchow-Dannenberg spricht von „katastrophalen Folgen" des de Witt-Vorschlags, bleiben als größeres Faustpfand noch die 6oo Hektar, die die DWK vom Grafen Bernstorff noch kaufen muß. Ihm und anderen übrigbleibenden Eigentümern wurde eine erneute Verkaufsfrist bis zum 11. Juli von der DWK eingeräumt, bis dahin will man sie entsprechend weiter bearbeiten: Graf Bernstorff will sich erst kurz vor Ablauf der Frist dazu äußern.

CDU macht große Sprüche

Angesichts der fatalen Niederlage der BI sah die CDU ihre Chance nach dem Wahlerfolg der GLU, die hier von den BIs gestellt wird, wieder Boden zu gewinnen. Der niedersächsische CDU-Vorsitzende Hasselmann „*brandmarkte*" die DWK, sie habe die Verhandlungen „*in spätkapitalistischer Weise*" geführt und kritisierte im Nachhinein die Enteignungsdrohungen und daß es bei späterem Verkauf weniger Geld geben sollte.

Die CDU-Regierung, die bisher den Baubeginn verzögert hatte – vor den Wahlen sollte dort nichts laufen – und den Beginn der Probebohrungen noch nicht genehmigt hat, will sich laut Hasselmann der Frage des Entsorgungszentrums „*als eines der ernstesten Themen*" annehmen. Sie schlug einen gemeinsamen Besuch von Albrecht und Bundeskanzler Schmidt nach Gorleben vor, „*um der Bevölkerung klarzumachen, daß sie nicht den Unterhändlern der DWK oder den Gefahren der Atomenergie ausgeliefert ist*". Gerade 'rechtzeitig', wenn die Verhandlungen schon großteils gelaufen sind, könnte man meinen.

Hasselmann erklärte auch gleich dankenswerterweise, wobei es ihm bei seiner Initiative geht: „*Landesregierung und Parteivorsitz müßten sich ansehen, wie es zu dem Wahlergebnis der GLU in Lüchow-Dannenberg gekommen sei. Höchstens ein Drittel der GLU-Wähler in diesem Bereich seien Atomkraft-Gegner, die anderen Protestwähler, die Sorge hätten, verschaukelt zu werden*" – und die hofft man wohl mit solchen Initiativen beruhigen zu können.

Die DWK machte in ihrer Antwort das Spielchen voll mit. Sie warf der Landesregierung vor, „*die deutsche Volkswirtschaft zu schädigen*", weil sie nicht schon längst unabhängig von dem gesamten Entsorgungszentrum das Einlagerungsbecken genehmigt hätte, was zuerst gebaut werden soll, um dort erst einmal den Atommüll lagern zu können.

Die DWK bezeichnete ihr Verhältnis zur Landesregierung als „*distanziert*", man habe mit ihr auch noch gar nicht über Enteignungen gesprochen.

Wie schrecklich frostig das Verhältnis der CDU und DWK sein muß, mag man daran ermessen, daß der CDU-Sozialminister Claußen in Schleswig-Holstein bereits jetzt ein Schreiben kursieren läßt, in dem er mitteilt, daß in den nächsten Wochen mit dem Beginn der Probebohrungen zu rechnen sei und dann auch die Bedingungen des Gerichts für den Weiterbau in Brokdorf erfüllt seien.

AKW-Nein-Kommission

Erfolgreiche Anti-KWU-Veranstaltung in Gorleben

Erfolgreiche Anti-KWU-Veranstaltung in Erlangen!!

„Die KWU und der Atomstaat" war der Titel einer Veranstaltung am 16. Juni in Erlangen, zu der die Erlanger-Nürnberger Sponti-Gruppe in Zusammenarbeit mit der Anti-AKW-Gruppe Erlangen, der Ökologie-Gruppe-Erlangen, dem Sozialistischen Zentrum Erlangen und der Anti-AKW-Gruppe Nürnberg aufgerufen hatten. Es sprach dort der bekannte Zukunftsforscher und AKW-Gegner Robert Jungk.

Mit 850 Besuchern war die Veranstaltung sehr gut besucht – vor allem gemessen auch daran, daß die KWU am gleichen Tag zur gleichen Stunde zu einer 'Gegenveranstaltung' in der Erlanger Stadthalle aufgerufen hatte, die mit 300 - 400 Zuhörern allerdings nur halb so gut besucht war wie die der AKW-Gegner!!

Faschistische Hetze aus KWU-Kreisen

Der KWU bereitete diese Veranstaltung einiges Kopfzerbrechen. Von ihr geförderte und ausgehaltene Pro-Atom-Kreise verbreiteten ein übles Hetzflugblatt, das deutlich die Mitarbeit und Machart von Nazis verrät. So wird dort hervorgehoben, daß Jungk Jude sei, der „alles DEUTSCHE" verachte, der „Mist an jedem Ort" predige und sich mit „Kriminellen" zusammentue. Die „Tat" dieses „Kriminellen" bestand i.ü. darin, Bücher zu vertreiben.

Erlanger Geschäftsleuten, die das Plakat für die Anti-KWU-Veranstaltung aufgehängt hatten, wurde gedroht, man werde nicht mehr bei ihnen kaufen, wenn sie das Plakat nicht wieder entfernten!!

Ganz auf der Linie ihrer Herren waren auch die Vertreter des Erlanger Atomfilzes. Der KWU-Betriebsrat hatte der Belegschaft vom Besuch der Veranstaltung abgeraten, weil „Ausschreitungen" zu befürchten seien! In einem Flugblatt hieß es: „*Weiterhin finanzieren Sie mit Ihrem Eintritt eine Unternehmung, die ganz eindeutig gegen den Erhalt ihres Arbeitsplatzes gerichtet ist,*" (Erlanger Tagblatt, 19.6.).

Trotz alledem hatte R. Jungk der KWU angeboten, einen Vertreter mit aufs Podium zu schicken und sich der Auseinandersetzung zu stellen. Hierzu brachten sie allerdings nicht den Mut auf – sie trauten sich noch nicht einmal, die sonst üblichen KWU-Sprüche vom Stapel zu lassen – weiter so!!

Ein Genosse aus Erlangen

Erneute Angriffe auf den Spielplatz in Gorleben

Am 23.6. entschied die Bezirksregierung Lüneburg, daß der Kinderspielplatz, den die BI-Lüchow-Dannenberg auf dem für die WAA vorgesehenen Gelände errichtet hat, binnen einer 6-wöchigen Frist beseitigt werden muß. Stichtag ist also der 27. Juli.

Damit überwand die Bezirksregierung erwartungsgemäß den Widerspruch den die BI im letzten Jahr gegen die Räumungsverfügung des Lüchow-Dannenberger Gemeindedirektors eingelegt hatte. Nach seiner Meinung handelt es sich bei dem Spielplatz „*um Schwarzbauten, die gesetzwidrig, nicht kindgerecht und unsicher sind und außerdem nicht in die Landschaft passen.*" („HAZ", 26.11.77).

Die Räumungsverfügung wurde begründet mit „*Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung*" und „*Verunstaltung der Landschaft*"! Damals bereits wurde die sofortige Räumung angeordnet – ungeachtet der Tatsache, daß die „nicht kindergerechte" „Verunstaltung" zwischenzeitlich von einem Kinderbuchautoren- und Pädagogenteam zum besten bundesdeutschen Spielplatz gekürt und mit dem „Roten Elefanten 1977" ausgezeichnet war.

Die Begründung der Bezirksregierung für ihren Entscheid ist eine erneute Provokation. Unter dem Motto „*Wald muß Wald bleiben*" (!) führt sie aus, daß das Gebiet seinem eigentlichem Zweck entfremdet würde, wenn der Spielplatz stehenbliebe. Außerdem würden die Anti-WAA-Schilder den Verkehr gefährden, da sie Autofahrer ablenken.

Sogar gegen die auf dem BI-Pachtgelände geplanten Aktivitäten (biologischer Gartenbau, alternativer Ackerbau usw.) wendet sich die Bezirksregierung: dies könnte zur „Zersiedlung" der - menschenleeren - Gegend führen. Auch gegen diesen Beschied erwägt die BI Lüchow-Dannenberg juristische Schritte. Daß jedoch auch in Bezug auf die Platzaktivitäten schärfere Geschütze gefahren werden, beweist die Tatsache, daß am 10.6. gegen die 1. Vorsitzende der BI Lüchow-Dannenberg ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde. Als Vorwand dienen 2 Schilder mit der Aufschrift: „Wiederaufforstung statt Wiederaufbereitung" und „Gorleben soll leben", die auf dem von der BI gepachteten Platz angeblich ohne Baugenehmigung (!) aufgestellt worden seien. Das stelle eine „Ordnungswidrigkeit" dar!

Ungeachtet dieser Einschüchterungsversuche laufen die „Platz"-Aktivitäten mit viel Schwung an: Im Frühjahr fand auf der von der BI gepachteten Brandfläche die erste große Wiederaufforstungsaktion statt und zur Bewässerung der gesetzten Baumkultur wurden 2 Brunnen, Fundamente, Pumpen und Windmühlen zum Antrieb gebaut. Der Platz wurde in Parzellen à 500 qm aufgeteilt, wovon bereits 240 an interessierte Gruppen aus der ganzen BRD verpachtet sind. Pfingsten fand ein Treffen von über 500 Pächtern und Interessierten statt, auf dem einzelne Projektgruppen und eine „erweiterte Platzgruppe" beschlossen wurden. So wird im Rahmen der „Projektgruppe Technik" derzeit von einer Berliner Gruppe eine Windmühle gebaut, die im Juli in Einzelteile zerlegt, nach Gorleben transportiert und dort wieder aufgebaut werden soll. Andere Projektgruppen wurden zu den Themen „Alternativer Ackerbau", „Waldbau", „Baulichkeiten" und „Spielplatz" gegründet.

(Alle Informationen aus der Lbg. Alternativzeitung „Die Taube").

KEINE WAA IN GORLEBEN! DIE BRANDFLÄCHE MUß WIEDER ZUM WALD WERDEN!

KB Lüneburg

Protest der Westberliner GEW

Der Vertrauensleutekörper des Bezirksamtes Kreuzberg in Westberlin hat sich in einer Resolution gegen die willkürliche Verhaftung Detlef Armors und seine weitergehende Behandlung durch Gericht und seinen Dienstherrn gewandt. Detlef wurde während eines Sketches auf der 1.-Mai-Demo als »Pullizist« verkleidet von den Bullen festgenommen (wir berichteten im letzten AK darüber). Nach der Darstellung des Sachverhalts am 1. Mai und des Haftprüfungstermins (einem Bullen wird geglaubt, 30 Entlastungszeugen aber wurden nicht einmal gehört) schreiben die GEWler:

»Die Fortdauer der U-Haft wird mit dem zu erwartenden hohen Strafmaß (6 Monate bis 10 Jahre) begründet. Es wird Fluchtgefahr angenommen und ihm wurde keine Haftverschonung wegen 'fehlender sozialer Bindungen' gewährt, obwohl er

a] einen festen Wohnsitz in einer Gemeinschaftswohnung hat und

b] unbefristet als Erzieher beim BA Kreuzberg angestellt ist (...)

Die ÖTV-Kollegen des Teilbereichs EB/EZ sind empört über die Verletzung mehrerer Rechtsstaatsprinzipien:

— Die Wahrheitsfindung vor Gericht ist parteiisch auf Seiten des Anklägers, wenn nur ein Belastungszeuge gehört und 30 Entlastungszeugen nicht gehört werden.

— Es werden demjenigen feste soziale Bindungen abgesprochen, der heute in einer Gemeinschaftswohnung lebt und eine feste Anstellung ist ebenfalls kein Indiz für feste soziale Bindungen.

Wir befürchten, daß an Detlef ein Exempel statuiert wird, das sich insbesondere gegen die Anti-AKW-Bewegung richtet und die Demonstrationsfreiheit für diese Gruppen eingeschränkt wird.

WIR FORDERN: alle Zeugen anzuhören und sich nicht länger auf die Aussage eines Polizisten zu stützen.

WIR FORDERN: die Aufhebung der Untersuchungshaft für Detlef Armor.

Wir fordern die ÖTV auf, sich für die Durchsetzung dieser Forderungen einzusetzen,

allen Maßnahmen des Arbeitgebers gegen Detlef Armor entschieden entgegenzuwirken,

alle Kollegen des BA Kreuzberg umfassend zu informieren« (Resolution vom 31.5.1978).

Ein guter Anfang für einen massenhaften Protest gegen die Willkür des Staates gegen Detlef!

AKW-Nein-Kommission



Giftgaswolke über Duisburg

Am 19.6. stand Duisburg vier Stunden lang unter Giftalarm. Die Curtius-Werke in Duisburg Wanheim pumpten eine dicke, gräuliche Schwefel-Qualmwolke in die Luft, die selbst nach Behördenangaben lebensgefährlich gewesen ist. Ein makabrer Hintergrund für die derzeit in den Ministerien und Wissenschaftlerkreisen geführte Debatte, einen noch höheren Schwefelgehalt als bisher in der Luft zuzulassen. Bei Duisburg selbst soll dies den Bau eines weiteren Kohlekraftwerks ermöglichen.

Erst eine halbe Stunde nach dem Giftgasausbruch gaben die Behörden auf Grund von Anrufen vieler Bewohner den Alarm aus. Was sich dann in Wanheim und Umgebung abspielte, war schlicht Umweltnotstand: Hermetische Absperrung der betroffenen Stadtteile durch ca. 200 Polizisten und 50 Feuerwehrleute, Lautsprecherwagen, die die Bevölkerung aufforderten, Ruhe zu bewahren, Fenster zu schließen, etc. und halbstündige Durchsagen durch den Rundfunk.

Menschen mit Verätzungen der Haut und der Luftwege mußten in die umliegenden Krankenhäuser eingeliefert werden, ein Hubschrauber, dessen Besatzung noch in 300 m Höhe durch die Giftwolke flugunfähig wurde, mußte notlanden.

Die „Bild" vom 20.6. sah *„die Stadt"* reißerisch aber begründet *„am Rande einer Katastrophe"!* *„Wenige hundert Meter von der Firma entfernt greift sich die 20jährige Ute Sch. - sie ist im fünften Monat schwanger - plötzlich an den Hals, hustet, stürzt auf die Straße - bewußtlos.*

Zur selben Zeit fährt Helga B. (22) mit ihrem Wagen an der Fabrik vorbei. Wenige Meter weiter steigt sie aus, bricht zusammen.

In einer benachbarten Firma schluchzt Marlies V. (42) mit rotgeschwollenenem Gesicht: ‚Das brennt wie Feuer'!" so der „Bild"-Bericht (s.o.).

Der Ausbruch der Giftwolke - i. ü. schon der zweite Unfall in dieser Anlage - geschah ausgerechnet nach der Wiederinbetriebnahme nach der jährlichen Inspektion. Ein Pfropfen Schwefel soll die Leitung derart verstopft haben, daß es zur explosionsartigen Verpuffung kam. Ein zweiter großer Giftausbruch sowie mehrere kleinere erfolgten aus der weiterlaufenden Anlage, als die Polizei sich bereits wieder entfernen wollte. Schwefeldioxid (SO2) quoll aus dem 80 m hohen Schornstein auf die direkt anliegenden Wohnhäuser.

Kackfrech behauptete der Chef der Duisburger Gewerbeaufsicht, Lemper: *„Wir konnten die Anlage nach den Ausbrüchen nicht wieder herunterfahren. Das hätte zu katastrophalen Folgen geführt".* Zu welchen Folgen - außer einem Produktionsverlust für die Firma? fragt man sich da. Die Geschäftsleitung erklärte beruhigend, daß solche Ausbrüche *„nur im Anfangsstadium nach einem Wiederanfahren entstehen"* könnten (WAZ, 21.6.78). Nach dieser Devise verhielt sich dann auch die Polizei: Obwohl bis mindestens 19.00 Uhr die Gefahr weiterer Verpuffungen bestand, wurde die Hauptverkehrsader durch die betroffenen Gebiete bereits um 17.00 Uhr bei Beginn des Berufsverkehrs wieder freigegeben, weil die Polizei ein Verkehrschaos befürchtete.

Dieses Chaos zeigt auch, wie unvorbereitet die Verantwortlichen gegenüber derartigen Katastrophen sind. Die hilflose wie zynische Aufforderung der Polizei, sich vor dem Gift in die oberen Stockwerke zurückzuziehen, kommentierte einer der betroffenen Bewohner: *„Über uns wohnt ein Ehepaar, das tagsüber arbeitet. Wie sollen wir da in die höher gelegene Wohnung kommen?"* (WAZ, 20.6.78).



Stinken tut es hier immer, doch manchmal muß man kotzen!

Der verstärkte SO2-Gehalt der Luft breitete sich in Gebieten um Duisburg herum aus. So maß Herr Baßfeld am Tag darauf im nahegelegenen Dinslaken pro Kubikmeter Luft nicht wie sonst 0,1 bis 0,2 cm³, sondern 0,7 cm³ Schwefeldioxid.

Welche Bedeutung dem Giftausbruch beigemessen wurde und welches „Katastrophenpotential" er somit hatte, dokumentiert die Tatsache, daß Bundesinnenminister Baum sich am selben Tag informieren und beim Umweltbundesamt einen Arbeitsstab einrichten ließ.

Der Leiter der Duisburger Feuerwehr, Bach: *„.... wir sind heilfroh darüber, daß es nicht regnete, sonst wäre durch die Verbindung des Gases mit Wasser reine Schwefelsäure auf die Häuser gerieselt."* (WAZ, 20.6.).

Prof. Dreihaupt vom NRW-Gesundheitsministerium stellte fest: *„Ein derartiges Unglück in Bodennähe könnte für die unmittelbar Betroffenen sehr wohl tödliche Folgen haben."* (WAZ, 20.6.)

Ein Sprecher des Umweltschutzamtes in Berlin brachte die Duisburger Katastrophe sogar in Verbindung mit Seveso, wovon uns ja noch einige Schreckensbilder im Kopf sind. Er erklärte, *„die Erfahrungen mit Duisburg würden ebenso wie die mit Seveso Aufnahme in neuen Richtlinien finden."* (NRZ 21.6.78).

Alle diese Stimmen beeindruckten den Duisburger Feuerwehrdezernenten Thome nicht. Sein zynischer Kommentar: *„Die Aufregung war größer als die Gefahr."* (WAZ, 20.6.78).

Dem widersprach auch der Leiter des Gewerbeaufsichtsamtes Lempert. *„Allerdings müsse man einräumen, daß die gemessenen Werte ausgereicht hätten, um bei Kleinkindern und Tieren schwere gesundheitliche Schäden auszulösen."* (FR, 21,6.78).

Was von überregionalen Stellen ernstgenommen wird, wird in Duisburg selbst heruntergespielt: Ein Mitarbeiter desselben Gewerbeaufsichtsamtes versuchte am 21.6. bei telefonischer Nachfrage die Sache herunterzuspielen: Am Boden könnten die Immissionen nur höchstens 5 kcm SO2/Kubikmeter Luft gewesen sein, was keine Gesundheitsgefährdung bedeuten würde! (s. Kasten) Am Kamin konnte nicht mehr gemessen werden, weil das Gerät durch den Schaden kaputtgegangen ist. *„Sagen wir mal so , die Konzentrationsstärke lag nicht mehr im Bereich des Meßgerätes."* - so der Herr vom Gewerbeaufsichtsamt.

Auch seitens der zuständigen Hauptfeuerwache versuchte man, die Gefahr zu verniedlichen. Obwohl uns die wahrscheinliche Konzentration mit 25 kcm SO2/Kubikmeter Luft angegeben wurde, meinte man, daß dies nicht gesundheitsschädlich sei (s. Kasten).

Das Gewerbeaufsichtsamt kündigt Konsequenzen an ...

Am 20.6. wurde abends in den NRW-Nachrichten des Fernsehens bekannt gegeben, daß das Gewerbeaufsichtsamt Konsequenzen für Curtius ankündigte. Auch die Zeitungen wiesen darauf hin.

... - Aber welche denn?

Ein Anruf beim Gewerbeaufsichtsamt belehrte uns eines besserern: Das sei alles noch nicht klar. Die Polizei würde erst noch bezüglich der Schuldfrage ermitteln. Es müßte erst festgestellt werden, ob es nicht *„höhere Gewalt"* (!!) oder *„etwas ähnliches"*(?!) oder *„Eigenverschulden"* sei. Also reines Hinhalte- und Abwiegelungsgerede. Ein makabres Beispiel dafür, wie verrottet und korrumpiert offenbar „unsere" Instanzen sind, wenn es um das Wohl der Menschen geht.

Als uns dann noch ein Beamter des chemischen Untersuchungsamtes vertraulich mitteilte, daß er ähnliche Schwierigkeiten hätte wie wir, überhaupt etwas Näheres zu erfahren, und er der Meinung sei, daß wahrscheinlich überhaupt nicht ernsthaft gemessen worden sei (!), fiel uns endgültig der Kitt aus der Brille. Offensichtlich einigten sich mittlerweile alle betreffenden Duisburger Stellen darauf, die ganze Sache mit viel Gerede unter den Teppich zu kehren - und da liegt gerade in Duisburg schon einiges drunter!

Die Krebsrate steigt, aber Informationen bekommt man kaum! Immer mehr Kinder haben chroniche Bronchitis und ähnliches, da explodiert bei den Rütgerswerken in Duisburg-Meiderich vor ca. einem Jahr ein ganzer Tankkessel, da werden noch höhere Kamine gebaut, um die Giftstoffe etwas besser zu verteilen usw. usw.

In einer Stadt mit der höchsten Schwefelrate in der Luft in Westeuropa, in der die meisten Menschen zwischen Hochöfen und anderen Produktionsanlagen wohnen müssen, dort, wo halt noch Platz war, wird der Abstandserlaß zwischen Industrie und Wohngebieten zum schlechten Scherz. So trennt nur eine normale Straße das Curtiuswerk von den Wohnhäusern!

Wir fordern Aufklärung darüber

— ob und wieviel genau an SO2 gemessen wurde und mit welchen Folgen zu rechnen ist!
— wie es zu verantworten ist, einen solchen Betrieb in Wohngebieten zu belassen!
— Wie sehen die angekündigten verschärften Sicherungsvorkehrungen aus?
— Wieviel Menschen sind tatsächlich zu Schaden gekommen? Dazu sollten sich schleunigst auch die Stadträte äußern — bei der Debatte um ihre Diätenerhöhungen waren sie doch so gesprächig!

AKW-Nein-Kommission

Schwefeldioxyd

Eigenschaften von Schwefeldioxid (SO_2)

SO_2 ist schwerer als Luft und wird in der Atmosphäre allmählich zu Schwefeltrioxid, das sich mit der Luftfeuchtigkeit zu Schwefelsäure (H_2SO_4) umsetzt.

Wirkungen auf den Menschen:

„...verursacht in Konzentrationen von rund 100 cm³/m³ und mehr einen starken Schleimhautreiz und dadurch sofortiges Verhalten der Atmung und unter Umständen Stimmritzenkrampf, der ... zu akuter Erstickung führen kann." ...

„Folgezustände überstandener schwerer Vergiftungen sind unter Umständen hartnäckige Entzündungen von Rachen, Kehlkopf, Luftröhre und Bronchien mit Schleimabsonderung und Husten sowie Lungenblähung, ferner eine vorübergehende starke Vermehrung der roten Blutkörperchen." ...

„In Konzentrationen von rund 10 bis 50 cm³/m³ macht sich Schwefeldioxid durch starken, stechenden Geruch und unangenehmen Geschmack sofort bemerkbar und bewirkt Hustenreiz, Stechen und Brennen an den Schleimhäuten der oberen Atemwege sowie der Augenbindehäute, bei längerer Einwirkung Bronchitis und schließlich mehr oder weniger starke Lungenblähungen..."

„Beim Menschen sollen bereits 1, 2, 5 und 8 cm³/m³ deutlich die Frequenz von Atmung und Puls erhöhen sowie die Atemtiefe vermindern...". 10 cm³/m³ sollen bei empfindlichen Personen bereits Bronchospasmus (= Krämpfe der Bronchien) auslösen können.

Es sind ohne Berücksichtigung anderer Luftverunreinigungen vorläufige maximale Immissions-Konzentrationswerte (MIK-Werte) festgesetzt:

MIK_D	für Dauereinwirkung 0,5 mg SO_2/m³ Luft 0,2 cm SO_2/m³ Luft
MIK_K	für Kurzzeiteinwirkung innerhalb von 2 Stunden einmal ein Halbstundenwert von 0,75 mg SO_2/m³ Luft 0,3 cm SO_2/m³ Luft
MAK-Wert	(maximale Arbeitsplatz-Konzentration) zum Vergleich 13,0 mg SO_2/m³ Luft 5,0 cm³ SO_2/m³ Luft

Strahlenschutz ist, wenn alles verseucht wird

Daß die Sicherheitsvorschriften im Umgang mit radioaktiven Stoffen in Atomforschungsstätten nicht sonderlich ernst genommen werden, beschreibt der »Spiegel« (24/78) eindrucksvoll am Beispiel von Ispra (dem europäischen Atomforschungszentrum) in Italien:

— Beim Umfüllen eines Tanks mit radioaktivem Wasser lief dieser über und die darunter liegende Erdschicht mußte abgetragen werden.
— Uranverbindungen wurden auf den Müll geworfen und von einigen Bediensteten aufgespürt und als Feuerstein verwendet!
— Mehrere hundert Fässer radioaktiver Abfälle wurden unter der Erde vergraben — wie es der »Zufall« will, genau in einer grundwasserführenden Schicht. Noch nicht einmal die Menge der ausgetretenen radioaktiven Stoffe ist den Atommanagern bekannt, dennoch werden — branchenüblich — die Anwohner des Lago Maggiore beschwichtigt: »Es besteht keinerlei Gefahr«. Gleichzeitig wurde die schon 13 Jahre lang benutzte Müllagerstätte als »Provisorium« bezeichnet.

— Der neueste Fall war der äußerst gefährliche Umgang mit Plutonium. Ein Mitarbeiter öffnete ahnungslos ein Gefäß mit dem hochgiftigen Plutonium, was sich erst hinterher bei einer routinemäßigen Untersuchung des Mitarbeiters herausstellte. Sehr wahrscheinlich ist zudem, daß sich das Plutonium über die Raumentlüftung in die Umgebung verflüchtigt hat und nun die Bevölkerung bedroht. Der Raum, in dem mit dem Plutonium hantiert wurde, ist noch nicht einmal mit besonderen Sicherheitssystemen ausgerüstet!

Lecke Atommüllfässer im Meer versenkt?

Es bleibt zu fragen, wieviele lecke Fässer bisher schon so durchgelaufen sind – und wie lange die angeblich heilen Fässer im Meer halten, bis es zur radioaktiven Verseuchung kommt? (Angaben nach „FR", 10.6.78).

Im holländischen Petten sind in einem Zug mit nuklearen Abfallstoffen aus der Schweiz sechs leckgeschlagene Atommüllfässer entdeckt worden. 206 Fässer werden daraufhin zurückgehalten, die offensichtlich zur radioaktiven Verseuchung des Meeres gedacht waren. Nur kurz vorher hatte das Bundesbahnzentralamt der BRD in Minden trotz „Überprüfung" die lecken Fässer passieren lassen, man hatte nur einige „Stichproben" vorgenommen. Erst bei der Verladung auf das Schiff „Makiri Smits" in Ijmudiden (Holland) waren die Fässer entdeckt worden. Nichts desto trotz ist das Schiff mit 2.500 Atommüllfässern, in denen der Müll einzementiert ist, ausgelaufen. Die Fässer aus Belgien, Großbritannien und Holland sollen in der Biskaya versenkt werden.

Wie man Atommüll sonst „beseitigen" kann.

Die schweizerische Regierung plant ihren Atommüll offenbar nicht nur im Meer sondern auch im St.-Gotthard-Gebiet zu versenken. Das war selbst der italienischen Regierung zuviel. Der Vorgesehene Standort liegt im erdbebengefährdeten Canaria-Tal und die radioaktiven Stoffe bedrohen die Gewässer im Piemont, der Lombardei und der Po-Ebene (s. „FR", 9.6.78).

Österreich gedenkt da etwas „schlauer" vorzugehen. Der Atommüll aus dem bisher einzigen AKW in Zwentendorf soll nicht in Österreich gelagert werden. Man verhandelt bereits mit dem Iran, um dort in unzugänglichen Gebieten den Atommüll zu lagern. Alternativ soll der Müll in ägyptischen Wüstengebieten gelagert werden, wo die USA mit Ägypten ein entsprechendes Atommüll-Projekt vorbereiten. Dort hofft man dann, ohne größere Proteste ungeniert den Müll unterbringen zu können („FR", 10.6.78).

AKW-Kurzmeldungen

AKW Niederaichbach wird abgerissen!

Das im Oktober 1975 nach einem Probelauf stillgelegte AKW Niederaichbach soll vollständig abgerissen werden, erklärte der bayrische Umweltminister Dick. Die Gesellschaft für Kernforschung (Karlsruhe) holt zur Zeit Abbruchsangebote ein.

Dies Projekt wird vom Forschungsminister Hauff als ein „Modellfall für den Abbruch von Kernkraftwerken" dargestellt. Mit dem Abbruchexperiment soll zunächst bei den nicht so stark verseuchten Nebengebäuden begonnen werden, als letztes werde man sich „das Reaktorgebäude vornehmen, das noch ‚kontaminiert' sei." Dieser Punkt bereitet den AKW-Betreibern auch das größte Kopfzerbrechen, da bei Abbruch die eingeschlossenen radioaktiven Stoffe freigesetzt werden.
(„SZ" 10.6.78)

Teilgenehmigung für Esenshamm

Für das Kernkraftwerk Esenshamm an der Unterweser ist per Gerichtsbeschluß die sofortige Vollziehbarkeit der Ersten Teilbetriebsgenehmigung erteilt worden. Begründet wurde dieses Gerichtsurteil mit dem „öffentlichen Interesse" der Bevölkerung an gesicherter Stromversorgung.

Ganz so sicher scheinen jedoch die Betreiber ihrer Sache nicht zu sein, wurde doch der Wert für die Abluft herabgesetzt. Die Bürgeraktion Küste hat gegen diesen Richterspruch eine einstweilige Verfügung beantragt.
(NDR-II-Nachrichten, 23.6., 19.30)

Baustopp für Kalkar abgelehnt!

Das Obeverwaltungsgericht in Münster hat aus verfahrungsrechtlichen Gründen die Klage des Bauern Maas für einen Baustopp in Kalkar abgelehnt und an das Verwaltungsgericht in Düsseldorf verwiesen. Es ging um die Aussetzung der schon genehmigten fünften Ergänzung zur zweiten Teilgenehmigung für den Schnellen Brüter.

Damit darf jetzt der Betonmantel um das Reaktordruckgefäß gebaut werden, obwohl derzeit noch eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht läuft, ob die Inbetriebnahme des Schnellen Brüters verfassungswidrig ist.
(Süddeutsche Ztg., 23.6.78 und FAZ, 23.6.)

AKW-Nein-Kommission

Ein neuer „Knüller" der GIM: Baustop für AKWs

In der neuesten Ausgabe ihrer Zeitung »was tun« vom 22.6. nimmt die trotzkistische GIM Stellung zum Thema »Anti-AKW- Bewegung - wie weiter?«. Dabei kommt die GIM zu dem Ergebnis, daß die Forderung nach einem »Moratorium« (vier Jahre Baustop) die geeignete Perspektive sei. *»Die Moratoriumsforderung muß von der Anti-AKW-Bewegung als Zwischenglied und Verbindungsglied mit der Arbeiterbewegung aufgenommen werden«.*

Die Analyse der GIM

Die GIM benennt zwar in ihrer Einschätzung die Erscheinungen richtig »Sendepause bei der Bewegung« (richtiger ist wohl von einer derzeitigen Flaute und Orientierungslosigkeit zu sprechen, denn große Teile der Bewegung sind nach wie vor sehr aktiv), anerkennt immerhin, daß die zentralen Großaktionen der Jahre 1976 und 1977 den Aufschwung gebracht und Auswirkungen hatten (Verzögerung des Atomprogramms, gerichtliche Erfolge, Verwirrung in Parteien und Gewerkschaften). Richtig ist es auch, den Gegenangriff der bürgerlichen Parteien und Gewerkschaftsspitzen Ende letzten Jahres als einen bedeutenden Wandel zu kennzeichnen.

Doch das ist denn auch alles, was die GIM an richtiger Einschätzung vornimmt. Die Einschätzung der Vorgänge in Brokdorf/ Itzehoe am 19.2.77 in dieser »was tun« ist das stärkste, was die GIM bisher dazu veröffentlicht hat. Da heißt es allen Ernstes: man stand am 19.2. *»am Scheideweg, bedeutende Teile der Arbeiterbewegung [!?] in die bestehende Anti-AKW-Bewegung zu integrieren: SPD, Gewerkschaftsgruppen, DKP, Falken, Jusos«.* Die »extreme Linke« hielt es laut GIM für wichtiger, *»den Holzhammer eines unpolitischen Purismus«* zu schwingen. Die Demonstration vor Brokdorf war daher *»nicht nur eine Spaltung der Bewegung. Es war mehr: das Itzehoe-Potential schied künftig weitgehend aus den Anti-AKW-Mobilisierungen aus ... Die extreme Linke, die in der Bewegung den Ton angab, verstand es nicht, die dünnen Bande zur Arbeiterbewegung zu festigen, mit politischem Taktgefühl und Realitätssinn«.*

Nicht etwa die Initiatoren der Aktion in Itzehoe also betrieben die Spaltung, was die GIM früher ja noch vorsichtig zugab, nein diejenigen, die sich gegen dieses von Stoltenberg initiierte Spaltungsmanöver - übrigens sehr erfolgreich - zur Wehr setzten! Neben dieser Geschichtsfälschung der GIM fällt erneut unangenehm auf, wie die Rechtstrotzkisten die Führungen dieser Gruppierungen mit der Arbeiterbewegung gleichsetzen, um den Eindruck zu erwecken, in Itzehoe habe am 19.2. ein nicht unwesentlicher Teil der »Arbeiterbewegung« demonstriert und nicht etwa überwiegend Anhänger der DKP, der linken Sozialdemokratie und einiger bürgerlicher Umweltschutzverbände. Den Linken und ihren erfolgreichen Aktionen gar die Schuld daran zu geben, daß SPD, DGB, DKP usw. nicht Bestandteil der Anti-AKW- Bewegung sind, zeugt von der notorischen Unfähigkeit der GIM, zu erkennen, daß sowohl Zielsetzung als auch innerparteiliche bzw. innerverbandliche Struktur dieser Organisationen es sind, die es ihren Führungskräften ermöglichen, auch bei bestehenden innerorganisatorischen Widersprüchen eine Beteiligung auch nur von Untergliederungen zu verhindern. So kann es als Aufgabe für die Bewegung nur heißen, diese dem Einfluß der Führungen dieser Organisationen zu entreißen und wesentliche oppositionelle Gruppierungen entweder zeitweise zu gewinnen oder herauszubrechen.

Die GIM aber fordert, die Bewegung direkt in die Arme der Führungen dieser Parteien zu treiben. Das forderte sie für Itzehoe am 19.2., das untermauert sie in ihrer neuesten Einschätzung, wenn sie die Zusammenarbeit *„mit den großen Organisationen der Arbeiterbewegung (fordert): vor allem den Gewerkschaften, der SPD, dann den Jusos, den Falken, der DKP, der SDAJ... Diese Organisationen reflektieren den Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse heute."*

Um ihren alten Traum verwirklicht zu sehen, fortschrittliche Bewegungen in die Arme der bürgerlichen und revisionistischen Parteien zu treiben (haargenau das gleiche fordert die GIM in den Auseinandersetzungen um das Russell-Tribunal), verfälscht die GIM die Entwicklung der Anti-AKW-Bewegung: Sie befände sich im *„Ghetto der linken Gewalttätigen", „diese Art der Mobilisierungen* (zu den gelaufenen Großaktionen) *ermöglichte es den Herrschenden, einen Keil zu treiben zwischen die Bewegung gegen die AKWs und die Arbeiterbewegung"* (womit natürlich die erwähnten Organisationen gemeint sind). Weiter habe die Bewegung versagt, da sie auf der „politischen Ebene" nicht genügend Druck auf die Parteien ausgeübt habe, und die Opposition in DGB und SPD nicht gestärkt habe.

Tatsache ist allerdings, daß die Bewegung sich nicht im „gewalttätigen Ghetto" befindet, in dem die GIM sie sich wünscht. Gerade die Brokdorf-Aktion vom 19.2. hat es der Anti-AKW-Bewegung ermöglicht, eine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Umweltverbänden und z.T. linkssozialdemokratischen Kreisen einzugehen, wie dies in der Kalkar-Aktion zum Tragen kam und heute noch möglich ist. Was die GIM allerdings bis auf eine beiläufige Erwähnung vollständig unterschlägt, sind die Erfolge und die Zusammenarbeit verschiedener Kräfte zu den Wahlen. Diese Erfolge ohne die vorhergehenden Auseinandersetzungen in der Anti-AKW-Bewegung wären unmöglich gewesen. „Übersehen" wird natürlich auch, daß gerade diese Wahlerfolge die bürgerlichen Parteien massiv unter Druck setzen und große Hektik und verschiedene Integrationsmanöver von dieser Seite zur Folge haben. Es ist mal wieder typisch GIM, daß sie die Wahlerfolge herunterspielt, wenn sie schreibt: *„die Teilnahme an Wahlen und die Arbeit in Parlamenten kann also bestenfalls Ergänzung der außerparlamentarischen Arbeit sein, nie ihr Ersatz...* Diese Wahlkritik von „links" kommt von der gleichen GIM, die in Niedersachsen aufrief, den unbedeutenden Splitter DKP statt GLU zu wählen.

Der „Knüller": Eine GIM-Knallerbse

Logisch ergibt sich aus der „Analyse" der GIM, daß es Hauptaufgabe der Bewegung sei, eine Linie zu entwickeln, die es den „Organisationen der Arbeiterbewegung" möglich macht, einzusteigen. Dieser „Knüller" soll die Baustop-Forderung sein. Diese sei bereits in der Vergangenheit *„der unausgesprochene gemeinsame Nenner derer in den traditionellen Arbeiterorganisationen, die Bedenken gegen das Atomenergieprogramm haben"* gewesen; *„diese Forderung hätte zum gemeinsamen Nenner und zur Brücke zwischen den Bürgerinitiativen und der extremen Linken gemacht werden sollen."* Verschwiegen wird von der GIM, wieweit SPD und DGB nicht nur keine schwankenden, sondern das Atomprogramm offensiv unterstützende Kräfte sind und nicht im Traum an ein Moratorium denken. Wenn im letzten Jahr von SPD-Seite überhaupt der Gedanke eines Moratoriums in die Diskussion gebracht wurde (das ging sogar so weit, daß SPD-Minister in NRW eine Volksabstimmung vorschlugen!), dann als Reaktion auf die erstarkende Bewegung, um Teile dieser Bewegung zu integrieren und über diese Diskussion in die Gegenoffensive zu kommen. Immer aber wurde von dieser Seite zielstrebig nach dem besten Weg zur vollen Durchsetzung des Atomprogramms gesucht. Dies war der „unausgesprochene gemeinsame Nenner" dieser Kräfte bei der Diskussion eines Moratoriums. So wenig wie die Moratoriums-Forderung der GIM eine Perspektive für die Anti-AKW-Bewegung ist, so wenig kann es die damit verbundene dürftige Perspektive für die vier Jahre Zeit des Baustops sein: *„Diese vier Jahre muß die Anti-AKW-Bewegung nutzen, um ihre Erkenntnisse durchzusetzen, die Beteiligung der Belegschaften, der Gewerkschaften usw. an der Untersuchungsarbeit veranlassen, schonungslos über die notwendigen Katastrophenschutzpläne aufklären."*

Es mag der GIM ja entgangen sein, aber zu genau diesen Fragen u.a. arbeitet die Bewegung schon lange, dazu bedarf es nicht der GIM und ihres Moratoriumvorschlags.

Der schwarze Frühling

Eine Ton-Dia-Schau von Günter Zint mit Texten von Armin Wertz

Sprecher: Henning Venske und Hanna Dietze

Diese 250 Farbdias umfassende Ton Dia Schau berichtet von der Ölkatastrophe vor der bretonischen Küste im Frühjahr 1978 und deren Folgen.

Einige Stichworte zum Inhalt:
Die Bretagne vor dem Unglück, Vogelschutzinseln, die AMOCO CADIZ, das verölte Meer, die verölten Küsten, der Kampf gegen das Öl, Methoden der Ölbeseitigung, tote Vögel und andere Tiere, überlebende Tiere und Hilfsmaßnahmen. Was wird aus den Fischern und Algensammlern? Tourismus.

Technische Daten:
Dauer ca. 60 Minuten. Automatische Projektion mit Stereo-Ton (2x70 Watt) 4 Lautsprecher. Die Schau ist mit Musik bretonischer Künstler von Konzerten zu Gunsten der Vogelkliniken untermalt.

Finanzen:
Teilweise ist die Schau bereits durch Umweltaktien von Redaktionen progressiver Zeitungen und Umweltschützern finanziert. Der Rest soll durch Vermietung oder Sammlungen bei Veranstaltungen aufgebracht werden. Ein etwaiger Überschuß würde in ein neues Projekt einfließen.

Stadtteilgruppen, Bürgerinitiativen, Schulklassen und alle Interessierten können unter Telefon 43 33 73 weitere Auskünfte und Vorführtermine erfragen. Die Ton-Dia-Schau ist auch als Video-Film (1/2 Zoll) über den Medienladen in der Rostockerstraße 25, Telefon 24 63 84 zu entleihen. Allerdings dann ohne Farbe und mit Mono-Ton.

Schriftliche Anfragen an: Günter Zint, Feldstraße 44, 2000 Hamburg 6

Unfall im AKW Trojan [USA]

Wie wir einer Information der Gesellschaft für Reaktorsicherheit entnehmen, hatten sich bereits im April dieses Jahres zwei Strahlentechniker der Portland General Electric Company in Trojan (USA) beim Wechseln von Brennelementen radioaktiv verseucht.

In einer kurzen Zeitspanne von ca. 30 Sekunden hatten diese zwischen 13 und 17 rem Ganzkörperdosis erhalten und somit um ein mehrfaches über der Jahresbelastung von fünf rem.

Die Techniker waren damit beauftragt, eine Strahlenquelle ausfindig zu machen und hatten sich dabei in den Brennelementen-Abführkanal begeben.

Wie gefährlich dieser Vorgang war, zeigt allein die Tatsache, daß die Betreiber-Gesellschaft entlang des Brennelementen-Abführkanals provisorisch (!) ein Beton/Blei-Schild errichtet hat. Des weiteren wurde hier eine Tür eingebaut, um zu verhindern, daß dieser Bereich des Kraftwerks ungehindert betreten werden kann. Knapp zwei Tage nach dem Unfall wurde das Auswechseln der Brennelemente fortgesetzt.

„Arbeite, friedliches Atom"

Unter dieser und ähnlichen Parolen wurden in der UdSSR schon frühzeitig die Weichen für den Aufbau eines ehrgeizigen Atomprogramms gestellt.

„Das Atomzeitalter begann am 27. Juni 1954! An diesem strahlenden Sonnentag wurde in der UdSSR das erste Atomkraftwerk der Welt in Betrieb genommen und die freigesetzte Atomenergie begann durch die Stromleitungen im Dienst friedlicher Arbeit zu fließen. ‚Atome sollen dem Frieden dienen', verkündete das Sowjetvolk."

So einfach war das damals! Wie sich diese strahlende Geschichte weiterentwickelte, wird anhand detaillierter Informationen und ausgiebigem Faktenmaterial in der Broschüre „Kernkraftwerke in Osteuropa" von dem Sozialistischen Osteuropakomitee (SOK) dargestellt. Recht interessant sind darüberhinaus die Stellungnahmen der Länder des „Realen Sozialismus" auf die Anti-AKW-Bewegung in Westeuropa sowie die Haltung der DKP.

Für 3,50 DM zu beziehen über:

SOAK-Verlag
Am Taubenfelde 30
3000 Hannover 1



DGB-Bundeskongreß für mehr AKWs!

Auf dem DGB-Bundeskongreß lagen insgesamt vier Anträge zur Atomenergie vor: vom Bundesvorstand und dem Bundesjugendausschuß.

Der Antrag der ÖTV brachte den Standpunkt der Reaktorindustrie voll und ganz zum Ausdrúck. Da wird nicht nur gelogen, daß die Sicherheitsmaßnahmen bei Reaktoren *»bisher immer verhindert«* hätten, *»daß Personen in der Umgebung von Kernkraftwerken zu Schaden gekommen wären«.* In dieser Logik werden die Regierungen aufgefordert, *»schnellstmöglich die Baugenehmigung für das geplante Entsorgungszentrum zu erteilen"* und den Bau *„so schnell wie möglich"* durchzuziehen. Wenn das Atomprogramm nicht zügig durchgezogen würde, gingen Arbeitsplätze verloren und das »technische und wissenschaftliche Niveau« würde zurückgehen.

Das technische Niveau wird ja bekanntlich an fertigen Reaktoren ausprobiert. Auf der anderen Seite standen die Anträge des BJA und der Postgewerkschaft, die sich beide gegen den Weiterbau von Atomkraftwerken aussprachen. Während der Antrag des BJA im wesentlichen den Vorstellungen der DKP zur Energiepolitik entspricht, wo ausschließlich der Weiterbau untersagt werden soll, bis die Entsorgungsfrage und das Unfallrisiko geklärt seien, fordert die Postgewerkschaft zusätzlich, überhaupt jeglichen Betrieb der AKWs zu untersagen. Weiter heißt es in dem Antrag: *»Die Diskussion darf nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und schon gar nicht im kurzfristigen Interesse der Industrie geführt werden, die die Verzinsung ihres schon investierten Kapitals gefährdet sieht. Hier stehen höherwertige Güter auf dem Spiel: Leben, Gesundheit und Lebensbedingungen auch späterer Generationen!«* Gleichzeitig warnt der Antrag vor den Gefahren des »Atomstaates«.

Doch diese selbst überaus vorsichtigen Anträge wurden mit dem Vermerk »Erledigt durch den Antrag 105« (Antrag des Bundesvorstands) zu den Akten gelegt. Der angenommene Vorstandsantrag nimmt sich aus wie die Regierungserklärung von Schmidt selbst zu diesem Thema. *»Das Ergebnis des Sicherheitsgutachtens der Strahlenschutz- und Reaktorsicherheitskommission hat gezeigt, daß das Entsorgungszentrum grundsätzlich sicherheitstechnisch realisierbar ist«.* Also sollte gebaut werden.

Irgendwelche Kritik am Atomprogramm der Regierung bzw. der Atomindustrie hält der DGB für überflüssig. Kein Wunder, gehört er doch selbst zum Atomfilz.

KB/ Gruppe Nürnberg



Ford Köln: Verfassungsschutz

Die Liste der Verfassungsschutzskandale reißt nicht ab. Schon im September letzten Jahres stieß der Betriebsrat der Ford-Werke in Köln auf einen Fall, der jetzt durch die Gewerkschaftszeitung „Metall" (Nr. 11, 5.6.78) bekannt wurde.

Der 32jährige Erzieher Gottfried Schweizer hatte bis zu seinem Umzug nach Köln ein Tagesheim für Arbeiterkinder in Stuttgart geleitet. In Köln wollte er aus eigener Erfahrung die Arbeitswelt auch der Eltern der Kinder kennenlernen, mit denen er jahrelang umgegangen war. Er begann bei Ford als Hilfsarbeiter, wo aufgrund seiner guten Arbeitsleistung nach einem halben Jahr sein befristeter Zeitarbeitsvertrag in einen normalen Arbeitsvertrag umgewandelt wurde. Umso mehr mußte er sich wundern, als er kaum drei Monate später die Kündigung erhielt. Der Kündigungsgrund war indes noch verwunderlicher: „Arbeitsmangel und Personalüberhang". Denn gleichzeitig stellte Ford ständig neue Leute ein und Überstunden waren an der Tagesordnung. Das kam dann auch dem Betriebsrat spanisch vor. Bei einer Unterredung mit dem Personalleiter für den gewerblichen Bereich, Böwwer, erfuhren drei BR-Mitglieder dann auch einiges mehr über den tatsächlichen Hintergrund der Kündigung. So soll Böwwer laut „Metall" etwa folgendes gesagt haben: *„Es lägen gegen Gottfried Schweizer verfassungsdienstliche Erkenntnisse vor, wonach er in Stuttgart linksextremen, verfassungsfeindlichen politischen Gruppen angehört habe."* Offenbar hoffte der Personalleiter, bei dieser „Sachlage" bei den Betriebsräten Verständnis zu finden, eine Hoffnung, die durchaus eine reale Grundlage hat. Immerhin ist der Begriff „linksextremistisch" für sehr viele Betriebsräte und Gewerkschaftsführer (gerade auch bei Ford) ein außerordentliches Reizwort, und immerhin ist die aktive Zusammenarbeit von Spitzengewerkschaftern mit den BRD-Geheimdiensten sattsam bekannt (Schwalbach, Vetter zum Russell-Tribunal usw.). Diesmal hatte der Personalchef aber offenbar Pech. Seine pauschalen Beschuldigungen zogen nicht. In späteren Gesprächen schob er noch weitere „erklärende" Worte nach, *„daß aus personalpolitischer Sicht Leute mit qualifizierter Vorbildung ein Risikofaktor sein könnten. Das habe der Streik des Jahres 1973 bewiesen."* – Frei nach dem Motto: Hilfsarbeiter mit Abitur – das kann ja nur ein Extremist sein...

Kollege Schweizer, der aufgrund seiner kurzen Betriebszugehörigkeit noch keinen Kündigungsschutzanspruch im normalen Arbeitsgerichtsverfahren hatte, klagte trotzdem wegen „Sittenwidrigkeit der Kündigung". Er hatte dabei auch die Erwartung, wenigstens vor Gericht zu erfahren, aufgrund welcher Verfassungsschutzerkenntnisse er rausgeschmissen wurde.

Im Gerichtssaal bestritt der Personalchef allerdings, den Verfassungsschutz überhaupt erwähnt zu haben. Trotz einer eidesstattlichen Erklärung der drei beteiligten Betriebsratsmitglieder akzeptierte der Richter diese Erklärung des Kapitalistenvertreters.

Das Gericht war zwar auch der Meinung, daß eine Kündigung, die mit behaupteter Verfassungsfeindlichkeit begründet ist, sittenwidrig (und damit unwirksam) sei. Wenn dies bekannt würde, hätte der Betroffene kaum noch eine Chance, wieder einen Arbeitsplatz zu finden.

In diesem Fall jedoch stehe nach wie vor die Begründung „Arbeitsmangel", da sie weder schriftlich noch mündlich zurückgenommen sei. Der Wahrheitsgehalt dieser Behauptung interessierte das Gericht nicht im geringsten, ebensowenig die eidesstattliche Aussage der drei BR-Mitglieder.

Aufgrund der Erfahrungen mit dem Hamburger Verfassungsschutz, der alle bedeutenden Betriebe mit seinen schmierigen Schnüffel-„Erkenntnissen" beliefert, muß davon ausgegangen werden, daß dieser jetzt bekanntgewordene Fall bei Ford wiederum nur die Spitze eines Eisbergs ist, daß dieser Fall wiederum nur durch einen Zufall bekanntgeworden ist, indem sich ein Personalchef gegenüber den „falschen" Leuten verplappert hat. Wieviele Fälle schon ohne öffentliches Aufsehen über die Bühne gegangen sind (und weiterhin gehen), läßt sich nur ahnen. Wir hoffen sehr, daß der Kollege Schweizer in der Sache am Ball bleibt und dadurch vielleicht noch weitere Erkenntnisse über das schmutzige Zusammenspiel von Geheimdienst und Kapitalisten an das Licht der Öffentlichkeit bringt.

lägen gegen Gottfried Schweizer verfassungsdienstliche Erkenntnisse vor, wonach er in Stuttgart linksextremen, verfassungsfeindlichen politischen Gruppen angehört habe." Offenbar hoffte der Personalleiter,

Im Gerichtssaal bestritt der Personalchef allerdings, den Verfassungsschutz überhaupt erwähnt zu haben. Trotz einer eidesstattlichen Erklärung der drei beteiligten Betriebsratsmitglieder akzeptierte der Richter

zer in der Sache am Ball bleibt und dadurch vielleicht noch weitere Erkenntnisse über das schmutzige Zusammenspiel von Geheimdienst und Kapitalisten an das Licht der Öffentlichkeit bringt.

Körting vor dem Aus

Mit dem Konkursantrag vom 10. Juni wurden die ersten 470 Kündigungen bei den Körting Radio Werken im oberbayerischen Grassau bei Traunstein wirksam. Über Nacht standen die Kollegen auf der Straße. Bis August sollen auch die restlichen der 1.300 Kollegen, die zunächst noch die Produktion weiterführen, entlassen werden.

Wie bereits im AK gemeldet, war die Firma nach dem Zusammenbruch eines ihrer Hauptkunden, des HiFi-Produzenten ELAC in Kiel, in Schwierigkeiten gekommen. Mindestens ebenso schwerwiegend war der Verlust eines weiteren Großkunden. Das Versandhaus Neckermann hatte über einen Exklusivvertrag die alleinigen Vertriebsrechte für Körting Rundfunk- und Fernsehgeräte. Noch vor zwei Jahren wickelte Körting zwei Drittel des Inland-Umsatzes über Neckermann ab. Das Versandhaus wurde aber inzwischen von Karstadt (Hauptaktionär: Deutsche Bank) übernommen, was bei Körting zu erheblichen Umsatz-Einbußen führte.

So wurde im Februar d.J. Vergleichsantrag gestellt. Nachdem Übernahmeverhandlungen mit dem amerikanischen Konzern General Telephone Electronics International (GTE) nunmehr gescheitert sind, konnte Körting die für den Vergleich notwendigen Mittel nicht aufbringen. Mit dem damit unvermeidlichen Konkurs wurden auch die schon vorsorglich ausgesprochenen Kündigungen wirksam. Noch im April hatten in Grassau rund 1.500 Menschen für die Erhaltung der Arbeitsplätze demonstriert.

Mittlerweile ist aber offenbar durch das Wechselbad von Hoffnung (auf die Verhandlungen mit den Amerikanern) und Resignation vor dem drohenden Zusammenbruch der Firma der Widerstand der Kollegen gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze weitgehend zusammengebrochen. Gegenüber der „Frankfurter Rundschau" (10.6.) gab der Betriebsrat an, daß es nach der Konkurseröffnung zu keinen Protestaktionen gekommen sei. Ähnliches hatten vor wenigen Wochen die Kollegen des Hamburger Maschinenbau-Betriebes Blohm erlebt: Mit Hinweis auf angeblich aussichtsreiche Verhandlungen mit Käufern der angeschlagenen Firma waren sie immer wieder von Kampf- und Protestmaßnahmen abgehalten worden, bis sie schließlich vor der Tür standen.

Mit der Schließung der Körtingwerke verliert jeder vierte Bewohner der Gemeinde Grassau seinen Arbeitsplatz. Sie sind es, die das „unternehmerische Risiko" tragen müssen.

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Anzeige
MTM BEI DAIMLER BENZ

Storno-Kolleginnen: in Berufung

Den Prozeß gegen die zweite Kündigung seitens der Firma Storno-Electronic haben die drei Kolleginnen, die den Prozeß fortführen, in erster Instanz verloren. Erinnern wir uns kurz, worum es bei Storno ging.

Sechs Kolleginnen war im letzten Jahr fristlos gekündigt worden unter dem billigen Vorwand, sie hätten Matjes und Erbsensuppe in der Kantine geklaut. Tatsächlich gewannen die Kolleginnen den folgenden Kündigungsschutzprozeß in zwei Instanzen, wodurch noch einmal überdeutlich wurde, daß die Kündigungen einzig und allein den Zweck verfolgten, mehrere unliebsame Kolleginnen rauszuschmeißen, die durch ihre fortschrittlichen Aktivitäten für „Unruhe" unter den Kolleginnen gesorgt hatten. Nachdem Storno in der ersten Kündigung nicht durchkam, versuchten sie es mit einer zweiten, in der sie die von den Kolleginnen nach ihrem Rausschmiß begonnene Öffentlichkeitsarbeit als „geschäftsschädigend" und „verleumnderisch" bezeichneten. Den drei Kolleginnen, die auch diesen Prozeß wegen ihres besonderen Kündigungsschutzes aufgenommen haben (sie kandidierten für den BR), liegt jetzt die Urteilsbegründung ausérster Instanz vor.

Diese Begründung zeigt, daß das Flensburger Arbeitsgericht wieder einmal bereit war, den Kapitalisten alles zu glauben. Die Geschäftsleitung hatte ihre zweite fristlose Kündigung mit einem Infoschreiben vom 13.11.77 begründet, das von den gekündigten Kolleginnen an Betriebsräte und Vertrauensleute bekannter Flensburger Betriebe verschickt worden war, mit der Bitte, eine beigefügte Solidaritätsresolution zu unterzeichnen. Nun behauptet Personalchef Thomsen, ohne mit der Wimper zu zucken, ihm sei dieses Schreiben per Boten aus einem anderen Betrieb, dessen Namen er nicht nennen wollte, erst am 14.2. zugeschickt worden. Vorher habe er davon keine Kenntnis gehabt. Und das, obwohl alle Infos der Kolleginnen vor den Betriebstoren bei Storno verteilt wurden!

Damit sei die Frist (eine fristlose Kündigung muß spätestens 14 Tage nach dem „Vorfall" ausgesprochen werden, auf den sie sich bezieht) eingehalten. Das Gericht stimmte dem zu.

Für entscheidend bei der Rechtfertigung der Kündigungen hält das Gericht die Vorwürfe, die in den Info-Schreiben gegen Storno erhoben wurden, nämlich Unternehmerwillkür, Methoden der Terroristenhatz und Kriminalisierung. Solche Behauptungen in die Öffentlichkeit zu tragen sei „diskriminierend", die Storno-Kolleginnen hätten damit den Betriebsfrieden gestört. (Natürlich wurde mit keinem Wort das Hetzflugblatt der Rechten am Tag der BR-Wahl angegriffen. Im Gegenteil! Das sei eine normale Wahlempfehlung!)

Das ganze gipfelt darin: Es sei ja nicht nötig gewesen, eine „diskriminierende Kampagne" gegen die Geschäftsleitung zu starten, denn die Kolleginnen hätten den ersten Prozeß schließlich gewonnen! Der erste Prozeß und die Solidarität hat den Kolleginnen doch bestätigt, wie recht sie hatten, als sie von Anfang an die Unternehmerwillkür anprangerten. Der NDR sprach sogar von „mittelalterlichen Zuständen" bei Storno.

Aber laut Flensburger Arbeitsgericht sind es jetzt plötzlich die Kolleginnen, die mit Bedacht und vorsätzlich – ohne konkreten Anlaß – eine „diskriminierende Kampagne" gegen Storno eingeleitet haben!

„Agitatorischen Charakter" und eine „eindeutig ehrverletzende Gesamttendenz" interpretiert das Gericht in die Solidaritätserklärung hinein, die von Gewerkschaftern wie Heinz Brandt und vielen anderen unterzeichnet wurde. In dieser Erklärung wurde von einer Kampagne der Geschäftsleitung gegen den BR als Arbeitnehmervertretung überhaupt und gegen einige linke Kollegen und Betriebsräte im besonderen gesprochen. Klar, daß dem Gericht das gegen den Strich ging; tut es doch so, als sei Storno selbst das Opfer einer „diskriminierenden Kampagne"!

Frauen wehren sich gegen Unternehmerwillkür und Sympathisantenhatz und lassen sich den Mund nicht verbieten – d a s sollte hier verurteilt werden. Die Geschäftsleitung will die Sache endgültig vom Tisch haben, um jedem im Betrieb, der noch aufmuckt, zu zeigen: Das habt Ihr davon, wenn Ihr Euch wehrt! Und das ist bisher auch weitgehend gelungen.

Die Kolleginnen werden allerdings in die Berufung gehen. Der DGB hat weiteren Rechtsschutz zugesichert. Er will wissen, wie weit Meinungsfreiheit im Betrieb heute noch geht. Und eine solche Entscheidung kann man wirklich nicht dem Flensburger Arbeitsgericht überlassen!

Eine Genossin
der KB-Gruppe Flensburg

HBV

Banken-Tarif: Unzufriedenheit mit dem Maßhalten

Betont kampfstark in Wort und Bild gibt sich der „Ausblick" (Juni 1978), Zeitschrift der Gewerkschaft HBV, in der Nachlese der Tarifrunden:

„Mehr Engagement brachte Erfolg" als Überschrift, Bilder von Kollegen an Informationsständen, Kundgebungen und Demonstrationen.

Es wird das Bild vermittelt, daß der „phantastische" 5%-Abschluß n u r durch das (tatsächlich) *„gewachsene Selbstbewußtsein der Bank- und Versicherungsangestellten"*, die *„stärker als früher bereit* (sind) *, aktiv für die Durchsetzung der Tarifforderungen einzutreten."*

Offensichtlich ist, daß die HBV-Führung der gestiegenen Unzufriedenheit der Bankangestellten, die jährliche Steigerungsraten von ca. 20% im Umsatz und Betriebsergebnis ‚ihrer' Banken erarbeiten mußten, zumindest verbal – wenn schon nicht in der Verhandlungsführung – Rechnung tragen muß.

So hatten sich z.B. Belegschaften und Betriebsräte verschiedener Filialen des gewerkschaftlichen Vorzeigebetriebs, der Bank für Gemeinswirtschaft, mit „gewachsenem Selbstbewußtsein" über den 5%-Abschluß der BfG bei der HBV-Tarifkommission beschwert. *„Auf Wunsch der Belegschaft... wurde... erneut eine außerordentliche Betriebsversammlung einberufen"*, schreiben Belegschaft und Betriebsrat der Filiale Osnabrück z.B. an die HBV, und äußern *„ihre Enttäuschung"* über den schlechten Tarifabschluß. *„Mit Mißfallen wurde festgestellt, daß die schriftlich vorgetragenen Forderungen unserer Niederlassung, denen sich mindestens zwanzig Niederlassungen angeschlossen haben, damit nicht im geringsten berücksichtigt wurden."*

Die Belegschaft der Filiale Offenbach schreibt zum gleichen Thema an die HBV-Tarifkommission: *„Wir fühlen uns im übrigen von der Tarifkommission schlecht informiert!"* Die Offenbacher bekräftigen ihre einstimmige (!) Forderung nach einmaliger Sonderzahlung von Tausend Mark – wegen der vergangenen goldenen Geschäftsjahre der Bank.

Auch aus anderen Städten trudelten derlei Schreiben bei der HBV ein.



HBV-Kollegen auf der 1.Mai-Demonstration in Hamburg

So antwortete denn der „engagierte" HBV-Hauptvorstand den Kollegen der BfG Ludwighafen: *„Alle Mitglieder unserer Tarifkommission..... akzeptieren nicht nur, sondern sie unterstützen.... jede engagierte Kritik... Die in Ihrem Schreiben geübte Kritik ist jedoch in Inhalt und Form ungerechtfertigt. .....Wir hoffen, daß sie das bei eigener Prüfung bereits selbst erkannt haben."*

Sodann macht die HBV-Führung den Kollegen in alter Manier die Rechnung auf, wieviel die Tarifgruppe soundso der BfG denn nun mehr sei als im privaten Bankgewerbe – die jährliche Masche, um den BfG-Kollegen einzureden, „Euch geht' s ja besser", ohne z.B. den Vergleich anzustellen, mit welcher Tarifgruppe ein Kollege hier und dort für die gleiche Arbeit eingesetzt wird. Im „kampfstarken" ‚Ausblick' kann man dann die andere Variante dieses Gegeneinander-Ausspielens lesen: *„Außerdem kommt es nach wie vor darauf an, die Tariffortschritte der Gemeinwirtschaft auf alle Banken und Versicherungen auszudehnen."*

Wenn die Kollegen der BfG sich jedoch auf ihre 100%ige gewerkschaftliche Organisierung berufen (lt. ‚Ausblick'-Titel verspricht starke Organisierung u.a. *„mehr Gewicht bei Tarifverhandlungen"*) appelliert der HBV-Vorstand demagogisch an das gewerkschaftliche Bewußtsein der Kollegen: *„Gemeinsam und solidarisch bedeutet aber gleichzeitig, daß wir uns der Gemeinschaft mit allen Arbeitnehmern von den Druckern bis zu den Metallarbeitern und ganz besonders in unserem Bereich, im Bankgewerbe, bewußt bleiben müssen. (Zum Nutzen der Gemeinschaft u n d für unseren eigenen Bereich)."* (Schreiben des HBV-HV an die Kollegen der BfG Ludwigshafen vom 26.5.78). Alles nach dem Motto: Haltet Euch zurück, andere bringen noch größere Opfer. Größere inner- und außergewerkschaftliche Öffentlichkeit über die Praktiken des Hauptvorstandes dürften da wohl eher die Möglichkeit zur „Solidarität" im Sinne der Kollegen ermöglichen.

Banken-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

NGG

Neue Dimensionen in der Tarifpolitik

Nach mehr als zweijährigen Verhandlungen zwischen Arbeitgeberverband der Cigarettenindustrie und der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) über beschäftigungspolitische Fragen wurde am 7. Juni ein „Durchbruch" erzielt. Ab 1. September dieses Jahres tritt folgende Regelung in Kraft:

1. Arbeitnehmer, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und dem Unternehmen mindestens zehn Jahre angehören, können im Einvernehmen mit Arbeitgeber und zuständigen Betriebsrat bis zum frühestmöglichen Bezug ihrer Rente entweder
   - von der Arbeit, bei Fortzahlung von 75 % ihrer Bruttobezüge, freigestellt werden oder
   - bei vollem Arbeitsentgelt 20 Std. in der Woche arbeiten.
2. Es ist das Ziel der Branche, insgesamt so viele Neueinstellungen, einschließlich Auszubildender, vorzunehmen, wie durch diese Regelung Mitarbeiter ganz oder teilweise freigestellt werden.
3. Über die Auswirkungen der Regelung wird Anfang 1979 erneut beraten.
4. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe wird Maßnahmen zur Milderung der Jugendarbeitslosigkeit prüfen.
5. Um dem Interesse an Teilzeitarbeit entgegenzukommen, werden die Unternehmen mit den Betriebsräten beraten, ob und wie mehr Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden können.

Sieht man sich diese Regelung genauer an, so ist festzustellen, daß zunächst mal überhaupt nur Männer davon Gebrauch machen können. Denn das frühestmögliche Rentenalter ist bei Frauen 60 (!), bei Männer 63. Die „freie Entscheidung" wird wiederum durch die geforderte Zustimmung von Arbeitgeber und Betriebsrat eingeschränkt. Es stellt sich die Frage, welche Kriterien hier angelegt werden. Die Vermutung liegt nahe, daß es Kollegen am einfachsten haben, deren Arbeitsplätze ohnehin wegrationalisiert werden sollen, oder deren Arbeitsleistung der geforderten nicht mehr entsprechen. Die Kapitalisten wollen gern, daß der Vertrag so gesehen wird: „Wir wollen mit dieser freiwilligen Regelung ... unsere Bereit-

freiwilligen Regelung ... unsere Bereit-

schaft zeigen, etwas gegen die hohe Arbeitslosigkeit zu tun" („Hamburger Abendblatt", 9.6.78).

Dies ist natürlich leeres Gewäsch. In Wirklichkeit wird diese Regelung dazu führen, daß die Arbeitsplätze vor allem älterer Kollegen — zugegebenermaßen auf relativ soziale Art und Weise wegrationalisiert werden, während die Zusage, in gleichem Maß Neueinstellungen vorzunehmen, nicht mehr und nicht weniger als ein unverbindliches Versprechen ist, auf das keiner die Kapitalisten festnageln kann.

Und im Wegrationalisieren war speziell die Zigarettenindustrie in den letzten Jahren nicht zimperlich:

Reemtsma, mit seiner 100 %igen Tochter Roth-Händle mit einem Marktanteil von 35,4 % Marktführer, verkaufte zum 1.1.75 die Werke in Brasilien und München an den Konkurrenten Philip Morris. Das Werk in Hamburg Bahrenfeld wurde stillgelegt. Die Auslieferungsläger von Roth-Händle und Reemtsma wurden von insgesamt 55 auf 22 reduziert. Bis 1980 soll nun das Werk in Hamburg-Wandsbek dichtgemacht werden. Die Produktion wird zum Teil wieder in Bahrenfeld aufgenommen, rund 150 Arbeitsplätze werden dabei aber auf der Strecke bleiben. Die BAT, mit 29,6 % Marktanteil der zweitgrößte Zigarettenhersteller in der BRD, schloß ebenfalls ihr Werk in Hamburg-Bahrenfeld.

Die Rationalisierungen in der Zigarettenindustrie befinden sich gegenwärtig vor einem neuen qualitativen Sprung: Die Umrüstung der Produktion auf eine neue Generation von Zigarettenmaschinen, die statt bisher 2.500 Zigaretten jetzt 4.000 Stück in der Minute produzieren, steht unmittelbar an. Es liegt auf der Hand, daß das einen enormen Personalabbau zur Folge haben wird: Noch mehr Kollegen als bisher werden auf die Straße gesetzt.

Dieses etwas verdeckt durchzuziehen, gleichzeitig zu große Unruhe unter den Kollegen zu vermeiden — bevor es zu massiverem Personalabbau kommt — das ist der Kern der Vereinbarungen zwischen NGG und Zigarettenindustrie.

Chemiekommission

Chemiekommission

Hamburg: HBV-Delegiertenkonferenz durch Alternativ-Listen »beunruhigt«

Am 13.6. fand in Hamburg die erste HBV-Delegiertenversammlung dieses Jahres statt, die mit 156 von 172 Delegierten überaus gut besucht war. Der bisherige 1. Vorsitzende des Hamburger Ortsvereins, H. Bednarek, gab zu Anfang Erläuterungen zu seinem Geschäftsbericht. Er hob noch einmal hervor, daß er zusammen mit dem Landesbezirksleiter Krause zwei neue hauptamtliche Sekretäre ohne wesentliche Unterstützung des Hauptvorstandes der HBV gefunden habe.

Mit Genugtuung habe er auch registriert, daß das Problem der Gewerkschaftsausschlüsse nun allerorten in der HBV bestünde. Früher sei der Bezirk Nordmark wegen seiner ständigen Ausschlußverfahren kritisiert worden; heute sei bewiesen, „daß wir nicht die politischen Blindgänger sind, für die wir immer gehalten wurden", so Bednarek.

Anschließend wurde vom Sekretär Hauschild auf die BR-Wahlen eingegangen. Mit „Beunruhigung" müsse man feststellen, daß Alternativ-Listen zu den Gewerkschaftslisten 24,1% der Stimmen erhalten haben. Die Situation in den Betrieben müsse wohl ähnlich wie die in den Parlamenten eingeschätzt werden, wo die „gelben" (?) Listen ja auch eine Gefahr zu werden schienen. Man müsse wohl eingestehen, daß den Kollegen von der Gewerkschaft wohl nicht auf alle Fragen befriedigende Antworten gegeben worden seien. Die Alternativ-Listen seien aber auch direkt von den Geschäftsleitungen gefördert worden, wobei er demagogisch gleich die rechten mit den linken in einen Topf warf. Bei der mangelnden BR-Arbeit in der Gewerkschaft wies Hauschild darauf hin, daß anhand einer HBV-Untersuchung von 200 Kündigungsfällen deutlich geworden sei, daß nur in 11% der Fälle von den BRs der Kündigung widersprochen wurde. Dazu müsse man verstärkt Schulungen machen. Anhand der linken Wahlerfolge will offensichtlich die HBV gegen die zunehmenden Kündigungen zumindest ein bißchen was tun.

Anschließend wurde der neue Ortsvorstand gewählt. Mit Horst Meyer wurde ein Kandidat neuer Vorsitzender, der zumindest ein gewisses fortschrittliches Image aufweisen kann. Beim DGB-Kongreß setzte er sich jüngst z.B. für die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien ein.

Seine „Integrationskraft" bewies er dann bei der Abstimmung der Initiativanträge, als er den Antrag zur Einrichtung eines offenen Arbeitskreises zur Atomenergie damit abbog, daß alle Fachgruppen der HBV stattdessen einen Verantwortlichen dafür benennen sollten: Bei einem offenen Arbeitskreis müßten ja jeweils die 17.404 Mitglieder der HBV in Hamburg eingeladen werden, befürchtete Meyer. Wahrscheinlich wäre es das schlimmste, daß davon immerhin ein größerer Teil kommen könnte.

Buchhandelszelle
KB/Gruppe Hamburg

Iduna Hamburg: Kantinenboykott gefordert

Der BR, der dieser Erhöhung wegen der angeblich „schlechten Ertragslage" des Kantinenpächters (eine gut betuchte Firma!) mit knapper Mehrheit zugestimmt hat, mußte sich massive Vorwürfe anhören. Angeregt durch ein Flugblatt der „Alternative", die auch das Theaterstück „Bezahlt wird nicht" von Dario Fo vorstellten und eine szenarische Kostprobe gaben, wo Kollgen das ungenießbare Kantinenessen nicht bezahlten, machten die Kollegen einige ausgezeichnete Vorschläge zur Verbesserung des Essens. Sie forderten zu einem Kantinen-Boykott auf, *„weil ein massiver Umsatzrückgang das Einzige ist, was den Pächter zwingt, unsere Beschwerden ernst zu nehmen und endlich mal ein anständiges Essen anzubieten."*

Stinkesauer waren die Iduna-Kollegen auf der Betriebsversammlung am 16.6. Grund des Unmuts: Die eh schon überhöhten Kantinenpreise (mindestens 2,50 täglich für ein Mittagessen müssen die Kollegen alleine tragen, der Pächter kriegt mindestens 4,– pro Essen) sind um 6,2% gestiegen.

Etwas leerer sah es in den letzten Tagen in der Kantine schon aus – aber ganz rum scheint die Diskussion noch nicht zu sein.

Iduna-Zelle

Chemie

Firestone:

Betriebsschließungen in der Schweiz

Der amerikanische Reifenkonzern Firestone will sein Schweizer Werk schließen. Von 837 Arbeitern sollen 620 gefeuert werden. Dieser Trend war schon länger sichtbar; bereits im Frühjahr 1977 wurden 150 Kollegen entlassen. Gegen die Betriebsschließung protestierte die Belegschaft in einer Demonstration. Sogar die Schweizer Regierung hat sich „umfangreich bemüht", die Arbeitsplä ze zu halten: Regierungsvertreter sind extra in die amerikanische Konzernzentrale gefahren und haben Vorschläge unterbreitet, wie die angeblichen Verluste (die zur Schließung führen sollen) abzubauen seien. So könnten nach den Vorschlägen 3 Millionen Franken eingespart werden, wenn die Verwaltung reduziert würde und in dem Zuge 80 Büroangestellte entlassen würden. Weitere 3 Millionen könnte man durch eine Steigerung der Reifenproduktion um 20 % rausholen, außerdem wollte die Schweiz die Werbung für die Reifen finanzieren. Last not least hatten sich die Gewerkschaften (die in der Schweiz offensichtlich besonders vermodert sind) bereiterklärt, über einen Lohnabbau (!) zu reden. Trotz dieser weitgehenden, typisch kapitalistischen Sanierungspläne, hat Firestone es abgelehnt, darauf einzugehen, weil Firestone dann immer noch einen angeblichen Verlust von 2,5 Millionen Franken hätte tragen müssen. Dieses Beispiel zeigt erneut deutlich, daß internationale Konzerne überhaupt nicht durch ausgeklügelte kapitalistische Tricks in ihren Rationalisierungsplänen zu stoppen sind, sondern höchstens dann, wenn die Belegschaft um ihre eigenen Arbeitsplätze kämpft.

Chemiekommission



Chemie

Kautschuk-Tarifrunde:
Noch magerer

Am 8. Juni wurde der neue Tarifvertrag der Kautschukindustrie Hamburgs und Schleswig-Holsteins abgeschlossen. Genau wie bei dem Chemieabschluß hat die IG Chemie auch in der Kautschukindustrie die Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen mit den Manteltarifverhandlungen gekoppelt. Diese Verhandlungsführung führte dazu, daß die Gewerkschaftsführer sich für den Preis geringster Fortschritte im Manteltarif mit einem gelinde gesagt niedrigen Tarifabschluß „begnügten".

Im Einzelnen gibt es folgende Ergebnisse:

— ab 1.7.78 4,3 % mehr Lohn und Gehalt,
— 1 Pfennig (in Worten e i n e n) zusätzlich mehr Lohn für die Tarifgruppen I, II, III, VI, VII;
— Die Tarifgehälter werden auf volle (!) fünf Mark zusätzlich erhöht;
— Die Auszubildendenlöhne werden einheitlich um 25 Mark erhöht;
— ein weiterer Knüller: zum Jahresende 1978 erhält jeder Arbeitnehmer volle DM 20,— extra.

Im Manteltarif wurden folgende „nicht unwesentlichen Punkte" (E. Engelmohr, Bezirksleiter Nordmark der IG Chemie in einem Funktionärsrundschreiben) erzielt:

— Die Tage vor Weihnachten und Neujahr gibt es in Zukunft arbeitsfrei, allerdings nur dann, wenn sie auf einen Wochenarbeitstag fallen; für dieses Jahr gibt's da nichts, beide Tage fallen auf einen Sonntag!
— die Kündigungsfristen für gewerbliche Arbeitnehmer werden verändert.

Damit liegt der Kautschukabschluß noch unter dem Chemieabschluß, der „immerhin" noch neben den bereits obligaten 4,3 % noch zwei Tage Urlaub brachte.

Engelmohr bringt es tatsächlich fertig, in seinem Brief dieses Ergebnis noch zu beschönigen, indem er schreibt: „*Dieses Ergebnis, ..., ist aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Kautschukindustrie und unter Berücksichtigung der Abschlüsse in anderen Tarifbereichen als gut zu bezeichnen.*" Immerhin stimmten drei Kollegen in der Tarifkommission gegen dieses Ergebnis, was zeigt, daß auch die IG Chemie noch nicht vollständig gleichgeschaltet ist. Im übrigen vertröstet Engelmohr auf das Jahresende 1980, wo die IG Chemie Verhandlungen über den Abbau der 40-Stunden-Woche und ein neues Urlaubsabkommen aufnehmen will.

Chemiekommission

GEW

»Erich, es läuft ganz beschissen..« Keine neuen Ausschlüsse in Bochum

Nochmal zur Erinnerung:

Mit Datum des 28.12.77 erhielten 17 Kolleginnen und Kollegen des Ortsvorstands und der Info-Redaktion der GEW Bochum einen Ausschlußantrag wegen Verstoß gegen die UVB's, weil im GEW-Info Stellungnahmen gegen ein drohendes K-Gruppenverbot abgedruckt worden waren. Am 11.2.78 wurden dann auf der Sitzung des Hauptvorstandes der GEW-Bund 10 der 17 Kolleginnen und Kollegen ausgeschlossen (Eine Kollegin davon ist inzwischen wieder in der GEW, da dem HV eine „Namensverwechselung" passiert sei). Gegen die restlichen 7 läuft seitdem ein Schiedsverfahren vor der Landesschiedskommission NRW wegen gewerschaftsschädigendem Verhalten. Drei Kollegen davon wurden zu dem entscheidenden Termin am 12.6.78 gar nicht erst eingeladen. Lediglich im Fall von vier Betroffenen sollte die Sache über die Bühne gebracht werden.

Bei der Anhörung hatten der „Kläger", also der Landesvorstand, und der „Angeklagte", also der jeweilige Bochumer Kollege, je einen Verteidiger, die mit den drei Mitgliedern der Schiedskommission über das weitere gewerkschaftliche Schicksal des Betreffenden entschieden.

Die Schiedskommission hatte offenbar die Absicht, um den Fall Bochum nicht noch mehr Wind zu machen, und wollte die Sache möglichst ohne spektakuläre Folgen vom Tisch haben.

So waren die Urteile entsprechend „milde": In zwei Fällen wurde gar nichts beschlossen, ein Kollege wurde verwarnt und der ehemalige Kassierer erhielt die schwerste Strafe, nämlich 2 1/2jähriges Funktionsverbot.

Die Vertreter des Landesvorstands hatten in allen Fällen auf Ausschluß plädiert, kamen aber damit nicht durch (Das schönste Gerücht hierzu: Der zweite Vorsitzende von NRW am Telefon ganz hektisch: **„Erich, es läuft ganz beschissen ..."**)

Zweierlei erscheint uns dabei wichtig: Einmal ist diese „Judikative" der GEW – die Landesschiedskommission – nicht immun gegen politische Kräfteverhältnisse. D.h., wäre der Fall Bochum durch die Öffentlichkeitsarbeit der Betroffenen nicht in aller Munde, so hätte es die Schiedskommission ein müdes Lächeln gekostet, auch diese vier Kollegen aus der GEW auszuschließen. Zum Zweiten: Im Falle eines Falles scheint die Frage Ausschluß ja oder nein einem Roulettspiel (die einen fliegen raus, die anderen nicht) zu gleichen – nur mit dem Unterschied, daß die Bank die Spieler und die Einsätze bestimmt – und gewinnen kann man bei dieser Bank auch nicht.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Gemein! Gemein!

Als vor vier bzw. drei Jahren in der GEW die Durchsetzung der berüchtigten Mainzer und Kölner Satzungsbeschlüsse anstand, da war es oft zu hören, das Argument von der DGB-Treue.

Besonders höhere Vorstandschargen beschworen fast immer wieder mit Schweißtropfen auf der Stirn die Einheit der DGB-Gewerkschaften, die es zu hegen gelte. Ein ganzer GEW-Landesverband – Westberlin – wurde mittlerweile von diesen Obereinheitsgewerkschaftlern wegen mangelnder DGB-Treue aus der GEW ausgeschlossen. Zu diesen ach so prinzipientreuen GEW-Fürsten gehörte seinerzeit auch Gisbert Gemein – Vorsitzender des Landesverbands Nordrhein-Westfalen der GEW und SPD-Mitglied.

Seine echte und tiefe DGB-Treue bewies er im folgenden dann als Hauptvorstandsspezi mit Kontakten zum Verfassungsschutz und Autor von Broschürchen über linke Organisationen, darunter auch eine recht amüsante über den KB.

Gemeins tiefe Bindung an den DGB geriet allerdings kürzlich ins Wanken. Als Mitglied eines Lehrerpersonalrats wurde er bei der Aufstellung der Liste für die diesjährigen Personalratswahlen durch das zuständige GEW-Gremium mit schnödem Undank bedacht: er erhielt keinen Listenplatz.

So gemein behandelt, vergaß Gemein ungemein schnell seine Grundsätze, gründete einen Konkurrenzverband zur GEW, ließ sich von diesem – erfolgreich zur Wahl aufstellen und trat mittlerweile sogar aus der GEW aus. Argument: „Kommunistisch unterwandert" – im Zweifelsfall stimmt das ja immer, auch wenn der Landesvorstand der GEW NRW sich durch besonders rüde Anwendung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse auszeichnet (vgl. den Fall „Bochum"). •

Gemeins sog. „Alternative", mit der er und Gleichgesinnte zu den Personalratswahlen angetreten waren, errang nun bis zu 14% der Stimmen und damit einige wenige Personalratssitze. Seine Stimmen allerdings konnte er nicht der GEW, sondern dem Philologenverband abnehmen. Durch diesen „Sieg" – das Ergebnis wird von ihm angesichts der „kommunistischen Unterwanderung" der Lehrerschaft offenbar als gewaltig angesehen – ermutigt will er nun zum Aufbau einer neuen „Deutschen Lehrergewerkschaft" (Abkürzung: DLG/fdGo?) schreiten. Vielleicht wird er ja dazu die Unterstützung der Kumpels von der Hamburger „Alternative" (gleichartige Unternehmen früheren Datums) erhalten (nach „FR", 15.6.).

Gemeins DGB-Treue hing allzu eng von seiner Versorgung mit Pöstchen ab. Vielleicht bekommt er für seinen Verein ja noch Zulaut von Frister, Vergin u.ä., wenn es mit deren Vorstandsposten und der damit verknüpften DGB-Treue mal nicht mehr so rosig aussieht.....?

Wie im Mittelalter

Der seit dem 1.2.77 in Niedersachsen eingeführte Vorbereitungsdienst für Grund- und Hauptschullehrer zeigt jetzt seine brutalen Auswirkungen. Da die Ausbildungszeit auf 18 Monate begrenzt ist, wird jede(r) Junglehrer(in) nach absolvieren der 2. Staatsprüfung arbeitslos, ein Recht auf Weiterbeschäftigung besteht nicht. So wurde es z.B. auch bei einer Junglehrerin praktiziert, die zwanzig Tage vor Ablauf des Vorbereitungsdienstes ein Kind bekam. Jeder Arbeitgeber muß sich an die Mutterschutzbestimmungen halten – nicht der Staat! Nicht nur, daß hier das Recht des Kündigungsschutzes während der Mutterschutzfrist gebrochen, bzw. total übergangen wurde, auch die Unterstützung durch das Arbeitsamt fällt weg, da die junge Mutter dem „Arbeitsmarkt" aufgrund der Mutterschutzbestimmungen nicht zur Vermittlung zur Verfügung steht!

„*Dabei habe ich noch Glück, daß ich verheiratet bin, und mein Mann verdient*", meinte die Betroffene; „*in welche Schwierigkeiten finanzieller und sozialer Art können da Mütter geraten!*" Und so ist es vom Staat ja auch gedacht: Wo kämen wir da hin, ledige Mutter und dann noch Lehrerin, das Beispiel könnte ja Schule machen. „*Auch der Gang vor das Arbeitsgericht bringt nicht viel Hoffnung auf Erfolg. Juristisch gesehen ist das Ende der Dienstzeit ... korrekt.*"

„*Dennoch*", so meint Rechtsanwalt Walter Heinemann, „*müßte man hier mal genau prüfen, ob das Dienstverhältnis in diesem Fall nicht gegen Grundrechte verstößt*" (Zitate nach „Hannoversche Presse", 3./4.6.).

KB/Gruppe Hannover

GEW

Plakettenverbot auch in Westberlin

„*Die nicht differenzierte und schlagwortartig verkürzte Meinungsbekundung in der Form der Plakette 'Atomkraft? – nein Danke' (steht) im Gegensatz zu der Verpflichtung des Lehrers, die ihm anvertrauten Schüler entsprechend dem Erziehungsauftrag der Schule zu politischer Mündigkeit zu erziehen. Denn hierzu gehört unverzichtbar die Darstellung der Pluralität von Meinungen.*"

So steht es im Schreiben des Senators Rasch, das Kollegen aus mehreren Bezirken erhielten, die die AKW-Plakette in der Schule getragen haben. Generell verboten ist das Tragen der AKW- und anderer Plaketten in Westberlin noch nicht (vielmehr sind es einige besonders eifrige Schulleiter, die an dieser Front aktiv werden). Begründung: Das Verbot existiere bereits, denn, welch Glück für die Schulbürokratie, man hat ja noch den Magistratsbeschluß für Groß-Berlin vom 18. Februar 1948 (!) in der Schublade, der im Gegensatz zum Postsdamer Abkommen immer noch sehr ernst genommen wird. Dieser besagt, daß das Tragen außerdienstlicher Abzeichen jeder Art und Form während des Dienstes ausnahmslos verboten ist. Außerdem gibt es ja noch das Beamtengesetz, das zur politischen „Mäßigung" aufruft.

Auf dieser Grundlage wurde mindestens 30 Kollegen das Tragen der AKW- und Russell-Plaketten verboten. Ein Kollege in Neukölln hat u.a. deswegen Vorermittlungen für ein Disziplinarverfahren am Hals. Einem Personalratsmitglied in Tempelhof, der die Plakette während einer zweiten Staatsprüfung getragen hatte, wurde schriftlich mitgeteilt, daß das Tragen einer Plakette zu einer „*psychischen Belastungssituation*" (!) für den Prüfungsvorsitzenden werden könnte. Man erwägt, diesen Kollegen künftig von der Teilnahme an Prüfungen auszuschließen.

Die GEW-Berlin hatte dagegen auf ihrer letzten LVV einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: „ .... *Die LVV fordert alle Kollegen auf, die Inanspruchnahme des Grundrechts auf Meinungsfreiheit durch das Tragen von Plaketten im Dienst demonstrativ zum Ausdruck zu bringen. .... Die LVV empfiehlt allen Kollegen, denen per Dienstanweisung bzw. Anordnung das Tragen von Plaketten verboten worden ist, gegen diese Maßnahme schriftlichen Widerspruch einzulegen und bis zur Anordnung des sofortigen Vollzugs dieser Maßnahme die Plaketten weiter zu tragen ...*"

Die Neuköllner Kollegen, bei denen der Konflikt am weitesten entwickelt ist, hatten auf ihrer Personalversammlung im Dez. mit überwältigender Mehrheit (1.000 Anwesende) den Personalrat aufgefordert, mit aller Entschiedenheit gegen das Plakettenverbot vorzugehen. Außerdem starteten sie im Bezirk eine Briefaktion an Rasch, an der sich mehr als 300 Kollegen beteiligten.

Ein Kollege von der Fachhochschule für Wirtschaft hat erfolgreich gegen das Verbot der 1.Mai-Plakette des DGB vor dem Arbeitsgericht geklagt. Auf verschiedenen Lehrerkonferenzen wurden Erklärungen gegen das Plakettenverbot verabschiedet.

Zur Zeit laufen über zehn Verfahren vor dem Verwaltungsgericht, die zunächst einmal klären sollen, ob gegen das Plakettenverbot Widerspruch eingelegt werden kann, was Senator Rasch bislang bestritten hat.

Im Gegensatz zu Hamburg ist der Angriff auf unsere Meinungsfreiheit in Westberlin geschickter angelegt (Salamitaktik); das erschwert einen einheitlichen Widerstand. Auf der anderen Seite sind uns dadurch Freiräume gegeben, die wir zur Verstärkung und Verbreiterung unseres Kampfes nutzen können.

KB/Gruppe Westberlin

Hamburg: Disziplinarverfahren eingeleitet

Mit Schreiben vom 23.5. erhielten zunächst vier Kollegen, die gegen die Anordnung der Schulbehörde die Anti-AKW-Plakette abzunehmen, verstoßen hatten, den Bescheid, daß das Disziplinarverfahren gegen sie „bals ordnungsgemäß abgeschlossen" würde. Einem Antrag der Kollegen, den Rechtsbeauftragten der Behörde wegen Befangenheit abzulehnen, wurde nicht stattgegeben. Weiterhin wurde den Kollegen mitgeteilt, daß eine Mehrfachverteidigung durch einen Rechtsanwalt nicht möglich sei. Die Verfahren würden trotz gleichen Sachverhalts voneinander abgetrennt werden. Auch die Schulbehörde richtet sich eben nach dem neuesten Stand der Rechtssprechung.

Vier weitere Kollegen erhielten am 21.6. den Bescheid, daß gegen sie Disziplinarverfahren eingeleitet worden seien.



Schulsenator Apel wurde für den neuen Hamburger Senat nicht mehr nominiert



»Fragen Sie mehr über Eisler — Hanns Eisler zum 80. Geburtstag«

Presseinformation

Am 6. Juli 1978 wird der österreichische Komponist Hanns Eisler 80 Jahre alt. Aus diesem Anlaß arbeiten das Ensemble „Hinz und Kunst“, die Westberliner Theatermanufaktur und der Chor Hamburger „Sängerhaufen“ an einem Programm „Fragen Sie mehr über Eisler – Hanns Eisler zum 80. Geburtstag“. Es umfaßt vier verschiedene Vermittlungsebenen: 1. Musik; 2. Text; 3. Film; 4. Seminar. Zunächst wollen wir einige Anmerkungen zu Person und Wirken Hanns Eislers machen:

Eisler ist der wohl bedeutenste Vertreter einer Musikauffassung, für die die Frage für wen Musik komponiert und betrieben wird und zu wessen Nutzen sie ist, in den Mittelpunkt der Kritik rückt. Eislers Ausgangspunkt ist die musikalische Avantgarde der frühen zwanziger Jahre. Als Schüler Arnold Schönbergs – mit ihm studierten Alban Berg und Anton Webern – sind Eislers frühe Werke eine Auseinandersetzung mit der Musik des Lehrers und der Mitschüler im Geist der „Wiener Schule“. Das zunehmende Engagement Hanns Eislers führt zum Bruch mit Schönberg.

Nach seiner Übersiedlung nach Berlin beginnt Eisler die Zusammenarbeit mit der dortigen Arbeitersängerbewegung; es entstehen Filmmusiken zu Slatan Dudows „Kuhle Wampe“, Joris Ivens' „Zuidersee“ und „Komsomol“. Großen Einfluß auf sein Schaffen gewinnt die Zusammenarbeit mit Berthold Brecht.

1933 emigriert Eisler. Nach Aufenthalten in Wien, Prag und der UdSSR geht er 1938 in die USA. Er arbeitet dort u.a. am „Film Music Project“ der Rockefeller Foundation. 1948 wird Eisler vom „Komitee zur Untersuchung unamerikanischer Umtriebe“ verhört und kurz darauf mit seiner Frau verhaftet. Eine weltweite Protestaktion, unterstützt von Albert Einstein, Thomas Mann, Jean Cocteau, Pablo Picasso u.a. verhindert im März 1948 weitere Verfolgungen. Eisler kehrt zunächst nach Wien zurück und folgt 1950 einem Ruf an die Deutsche Hochschule für Musik nach Berlin/DDR, wo er bis zu seinem Tode 1962 Komposition lehrt.

Eislers musikalischer Einfluß ist heute in den verschiedensten Musikrichtungen spürbar. Er reicht von Weiterentwicklungen in der neuen E-Musik, der Singbewegung in der DDR bis hin zu Jazz (Bloys Jazz Composers Orchestra, Willem Breukker Kollektif, Anthony Braxton) und Pop (Frank Zappa, Lokomotive Kreuzberg). Auch sein musikschriftstellerisches Werk übt großen Einfluß.

Die Veranstaltungsreihe „Fragen Sie mehr über Eisler – Hanns Eisler zum 80. Geburtstag“ besteht aus drei verschiedenen Programmen, von denen jedes dreimal aufgeführt wird, und einem Wochenendseminar. Hier der Terminkalender:

Revue Hinz und Kunst „Ändere die Welt, sie braucht es“

5.7.	19.30 h	audimax
7.7.	20.30 h	Malersaal
11.7.	20.30 h	Malersaal

Die Mutter

6.7.	19.30 h	audimax
8.7.	20.30 h	Malersaal
12.7.	20.30 h	Malersaal

Dr. Faustus

7.7.	19.00 h	audimax
9.7.	20.30 h	Malersaal
10.7.	20.30 h	Malersaal

Seminar „Politisches Engagement und künstlerische Verantwortung“ 8./9.7. jeweils 15.00 Uhr Malersaal.

Zum Wochenendseminar hält am Sonnabend um 15.00 Uhr Dr. Günter Mayer, Leiter der Arbeitsgruppe Ästhetik an der Humbold-Universität Berlin/DDR und Herausgeber der Eisler-Gesamtedition, ein Einführungsreferat; anschließend Diskussion. Am Sonntag um 15.00 Uhr ist eine Podiumsdiskussion geplant.

Die Karten kosten im Vorverkauf DM 7,– für die Einzelveranstaltung und im Block (drei Veranstaltungen) DM 18,–; an der Abendkasse 8,– DM bzw. DM 20,– für die AStA-Veranstaltungen. Die Teilnahme am Seminar ist kostenlos. Im Malersaal: pro Abend DM 12,– (Einheitspreis); im Block DM 30,–.

Rockkonzerte: Haifische langen zu — Rock-Fans schlagen zurück!



Zwei Millionen Mark Sachschaden – das war die schlichte aber eindrucksvolle Bilanz eines Open-Air-Konzerts auf dem Loreley-Felsen am Rhein. Rund 10.000 Jugendliche waren am 18.6. gen Rhein gepilgert, um für 28 DM Eintritt Leo Kottke, Brand X – und vor allem Jefferson Starship zu hören. Nachdem Kottke und Brand X aufgetreten waren, trat nach langer Pause der Hamburger Veranstalter Kuhls ans Mikrophon: Jefferson Starship könne nicht auftre-

ferson Starship könne nicht auftre-ten, die Sängerin Grace Slick sei erkrankt.

Das war das Signal für die schon oft geleimten Rock-Fans: zunächst flogen Steine und Flaschen in Richtung Bühne, nach kurzer Zeit stand diese zusammen mit der Musikanlage in Flammen. Der Konzertmafia wurde kräftig eingeheizt. Trotz Behinderungsversuchen durch die Polizei konnte ein Sachschaden von zwei Millionen Mark erreicht werden: alles war total im Eimer. Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, daß diese sehr direkte Sprache die einzige Ebene ist, auf der man sich mit **dem Geschmeiß betrügerischer Konzertveranstalter „unterhalten“ kann. Betrug ist in diesem Gewerbe keine Ausnahme, sondern der regelmäßige Begleiter derartiger Konzerte.** Mit Ankündigungen bekannter Gruppen werden Jugendlichen horrende Beträge abgeluchst – Vorkasse natürlich – auf der Bühne stehen am Ende dann Künstler der zweiten und dritten Garnitur. Die Stars glänzen durch Abwesenheit, die Veranstalter ebenfalls – die sind dann mit der Kasse in südliche Gefilde abgereist.

Der größte Beschiß, man erinnere sich, fand letzten Jahr im September in Scheeßel statt. Von 23 angekündigten Gruppen traten dann bei dem Konzert ganze fünf auf: die Creme des Rock, mit der man den Jugendlichen das Open-Air-Konzert schmackhaft gemacht hatte, trat nicht an, gekommen waren lediglich die Gruppen des Beiprogramms. Als der Betrug absehbar war, wackelte die Heide: 20.000 Fans äscherten die Bühne und die Anlage ein: eine Million Sachschaden. Der Veranstalter Widdinghaus mußte sich mit einem Krankenwagen in Sicherheit bringen lassen.

Nach derartigen Frust-Konzerten hat man es regelmäßig mit weinerlichen Veranstaltern zu tun – sofern sie sich nicht aus dem Staub gemacht haben – die sämtliche Schuld auf die Musiker und die Umstände schieben. Wie Posaunenengel stehen sie dann mit dicken Backen da und beteuern ihre Unschuld. Allerdings haben sie spätestens seit Scheeßel sämtlichen Kredit verspielt: für das dortige Konzert bestanden mit den meisten angekündigten Gruppen nicht einmal Verträge. Derartiger Beschiß läßt sich nur durch einen kräftigen Sachschaden verhindern, der möglichst weit über die durch Versicherungen abgedeckte Schadensumme hinausgehen sollte.

Noch ein Wort zu Jefferson Starship und damit ein Wort zu anderen Beschißmöglichkeiten der Haifischbranche.

Jefferson Starship trat am 19.6.

Jefferson Starship trat am 19.6. in Hamburg auf. Jefferson Starship – das sind drei Musiker, die heute von ihrem Ruf leben, vor zehn Jahren mal bei Jefferson Airplane gewesen zu sein, eine Gruppe, die Ende der 60er Jahre musikalischer Wortführer der kritischen US-Intelligenz gewesen ist. Sie schafften es damals, gute Musik zu machen, die sich politisch in den Frust und Ärger der amerikanischen Protestbewegung Ende der 60er Jahre einpaßte – und sie machten damit Geld. Heute geht es nur noch darum! Zu Beginn des Hamburger Auftritts setzte sich die offenbar völlig kaputte Sängerin Grace Slick auf die Bühnenrampe und fragte die Zuschauer in der ersten Reihe, ob nicht irgendeiner mal mit ihr bumsen wollte. Keiner wollte, die Konzertbesucher hatten sich mehr auf Musik eingerichtet, und ihr Eintrittsgeld dafür ausgegeben.

Es gab nur schlechte Musik, und Grace Slick zeichnete sich vor allem dadurch aus, daß sie den männlichen Mitgliedern der Gruppe zwischen den Beinen herumfuhrwerkte. Schlechte Musik, miese Show – auch das ist Betrug, der in der Branche nichts außergewöhnliches ist.

Den Konzertmanagern kann man nur abgrundtiefes Mißtrauen entgegenbringen. In letzter Zeit verlegen sie sich immer mehr darauf, den Kartenvorverkauf viele Monate vor das Konzert zu verlegen. So erhalten sie zinslose Kredite, können dicke Zinsen von mehreren tausend Mark einstreichen, und sie können diese Zinsen sogar einstreichen, ohne ein Konzert stattfinden zu lassen. Am liebsten würden sie sich dann noch die Füße küssen lassen, wenn sie das Eintrittsgeld für ausgefallene Konzerte – nach Abzug einer „Bearbeitungsgebühr“, versteht sich – wieder zurückzahlen.

Aber Scheeßel und Loreley zeigen, daß die Fans dem inzwischen etwas entgegenzusetzen haben: Wo gemogelt wird, da fallen Späne!

Kultur-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Back to the »Swingin Sixties«?

„Die Leute müssen tanzen können und mitsingen.“ Das war ein Kritikpunkt des Sängers der holländischen Bots, Hans Sanders, an den Programmen der politischen Hamburger Rockgruppen Druckknöpfe, Aquarell und Alcatraz (AK 131). Weil dieser Satz für sich genommen haargenau das unterbelichtete Verhältnis der Kulturkommission zur Frage der „politischen Musik – heute“ wiedergibt, wurde er natürlich prompt (als einziger Satz des eine ganze Zeitungsseite umfassenden Interviews!!!) fettgedruckt hervorgehoben.

Richtig, Genossen von der Kulturkommission, es muß auch linke Musik geben, bei der man tanzen und mitsingen kann, und die Bots machen u. a. eine solche Musik! Aber politische Musik auf solche Stil-Elemente zu beschränken, daß man tanzen und singen kann, hieße, auf wesentliche

singen kann, hieße, auf wesentliche Ausdrucksmöglichkeiten zu verzichten, die im Jazz-Rock oder anderen Musikrichtungen stecken. Es ist gerade Aufgabe linker „Kulturschaffender“, Kultur als Ausdruck der Zeit zu verstehen und zu behandeln, in der sie gemacht wird. Die Gruppe Oktober oder Constantin Wecker haben das ebenso begriffen, wie die Bots – nur, siehe da, machen alle drei Gruppen völlig verschiedene Arten von Musik, bedienen sich unterschiedlicher Mittel, um Gefühle auszudrücken. Wie und mit welchem Ziel söllte wohl die Gruppe Oktober die Zerschlagung der Pariser Comune „verswingen“? **Theoretisch** werdet ihr uns zustimmen. (Wer hat schon gern Eisler und Brecht gegen sich?)

Nein, Genossen, das Problem scheint uns auch eher anderswo zu liegen: Wir haben als Musiker auf verschiedenen Festen die bemerkenswer**te Erfahrung machen können, daß die Genossen, wenn's ans Tanzen geht, mit der Musik aus den Sechzi**gern noch blendend klarkommen – nicht umsonst heißt unsere Sessiongruppe für diese Gelegenheiten Rock '66! Das hört so bei Spooky Tooth auf. Neuere Musik erzeugt Verwirrung. Und das kommt so: Gerade Genossen um die 30 haben seit den 60er Jahren die Kulturfrage konsequent gering geschätzt. So etwa 1969 muß es gewesen sein, als sie ihren Plattenspieler, dieses „Sprachrohr kapitalistischer Dekadenz“, aus dem Fenster gefeuert (oder versteckt) haben. Naja, und heute ist wieder „Kultur“ angesagt. Klar, daß da moderne Klänge, wie sie z.B. die Gruppe Oktober oder wir zu präsentieren bemüht sind, bei den Genossen nicht so ankommen: die entsprechen allen Unzulänglichkeiten voran nicht ihren Hörgewohnheiten von vor acht bis zehn Jahren.

Nur vergessen diese Genossen allzu leicht, daß sich die Musik wie auch die übrige Kultur in diesen acht bis zehn Jahren weiterentwickelt und neue Ausdrucksformen gefunden hat. Und diese neue (wie auch die alte) Musik darf die Linke nicht verleugnen, wenn sie „Kultur machen“ will.

Gerade in den unabhängigen Jugendzentren konnten wir über Jahre hindurch die Erfahrung machen, daß dort besonders die Musik von heute, weniger die von vor zehn Jahren gehört wird und daß Jazz-Rock dort gefragter ist als Hit-Paraden-Pop-Klänge. Wir werden den bürgerlichen Musikern und ihrer Ideologie dieses Feld nicht einfach überlassen. Die linke Kultur hat schon zu lange in der sektiererischen Ecke gesteckt.

Wir stimmen Hans Sanders zu, wenn er sagt, *„die Lieder (deutscher Rockgruppen, auch die unseres Anti-Atomprogramms) sind zu voll mit Text“*. Oft sind die Texte deutscher Gruppen auch zu verbissen. **Daß aber unsere Zuhörer „alle Stimmungen durchmachen, die sich im Text wiederspiegeln“, weil wir diese Texte mit entsprechend abwechslungsreicher Musik unterlegen, das halten wir in der Tat für eine sehr erstrebenswerte Verbindung zwischen Musik und Text.** Damit ist auch klar, daß wir uns nicht darauf beschränken *„Freude zu bereiten“* – genausowenig, wie wir darauf verzichten werden.

Es stimmt, daß diese Art von Musik an den Hörgewohnheiten vieler Genossen vorbeigeht. Wir werden nämlich nicht den aussichtslosen Versuch wagen, das Rad der (Musik-) Geschichte für sie zurückzudrehen. Für diese Genossen wie auch für uns gilt: Wir lernen im Vorwärtsgehen!

Alcatraz

P.S. Als eine mögliche Grundlage zur konkreten Auseinandersetzung verweisen wir auf unsere LP „Energie-Programm in Rock“ (AL 19 377).

Aufruf zur Solidarität

Sehr geehrte Damen und Herren,

sicherlich haben Sie durch die Presse von der Verhaftung, Verurteilung und Inhaftierung der vier spanischen Schauspieler Andreu Solsona, Arnau Vilardebo, Gabriel Renom und Miriam Maeztu gehört.

Diese Schauspieler gehören zu der Theatergruppe "Els Joglars". Der Leiter der Gruppe Albert Boadella wurde letzten September verhaftet und wegen Beleidigung der spanischen Armee angeklagt. Zusammen mit zwei weiteren Schauspielern Ferran Rane und Lisa Creuet konnte er vor der Gerichtsverhandlung flüchten. Die drei befinden sich heute als politische Flüchtlinge in Frankreich.

Keiner von ihnen akzeptiert diesen Prozess, der vor einem Militärgericht gegen sie stattfinden sollte, weil sich durch die Gestaltung und Aufführung des Theaterstücks LA TORNA Generäle der spanischen Armee beleidigt fühlten.

Das Stück handelt von Heinz Chez, einem politisch Heimatlosen, der 1974 zusammen mit dem katalanischen politischen Gefangenen Puig Antic durch Francos Regime hingerichtet wurde. Dieser Hinrichtung ging ein skandalöses Gerichtsverfahren voraus, dem der Angeklagte, der spanischen Sprache nicht mächtig, kaum folgen konnte.

Albert Boadella wurde verhaftet. Kurz darauf gründeten die übrigen Schauspieler der Gruppe zusammen mit ihren Anwälten und Vertretern des kulturellen Lebens Barcelonas ein Komitee zur Freilassung der Verhafteten. Der Flucht Boadellas folgte die Verhaftung der vier Schauspieler, die nun im März 1978 von einem Militärgericht zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt wurden.

Seit Dezember 1977 hat das Unterstützungskomitee in Spanien und im Ausland zahlreiche Aktionen zur Freilassung der verurteilten und inhaftierten Schauspieler unternommen. Die spanischen Gesetze haben sich seit Franco nicht geändert, deshalb wurde Els Joglars auch von einem Militärgericht angeklagt. Aus diesem Grund initierte das Komitee eine öffentliche Diskussion um das Recht auf freie Meinungsäußerung und seine gesetzliche Verankerung in einem Regime, das sich selbst jetzt demokratisch nennt.

Ende Mai wird in Barcelona eine Photoausstellung stattfinden, die sich mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung beschäftigt. Der Erlös dieser Ausstellung kommt den inhaftierten und exilierten Schauspielern zugute. Wir brauchen weitere Unterstützung und Geld zur Fortsetzung der Kampagne und rufen alle Photographen auf sich zu beteiligen.
Gebt diesem Material eine breitere Öffentlichkeit!

Komitee zur Unterstützung von Els Joglars und das Recht auf freie Meinungsäusserung
Galileo 107 Barcelona, Spanien

Barcelona, April 1978



Diesen Solidaritätsappell der „Vereinigung Internationaler Kulturaustausch e.V.“ erhielten wir erst jetzt. Wir unterstützen die darin erhobenen Forderungen nach sofortiger Freilassung der verurteilten und inhaftierten Schauspieler der Gruppe Els Joglars



„Wunderdoktor" Köhnlechner lähmte Patientin mit Ozon-Spritze

Seit drei Jahren ist Jenny Jugo (ehemalige Schauspielerin) gelähmt, weil sie sich vertrauensvoll in die Hände eines skrupellosen „Wunderdoktors" begeben hatte, und zwar des bekanntesten Heilpraktikers der BRD, Dr. Manfred Köhnlechner, ehemaliger Generalbevollmächtigter von Bertelsmann.

Sie hatte sich seiner Behandlungsmethode anvertraut, um etwas gegen ihre Durchblutungsstörungen und Einschlafstörungen zu tun. „*Köhnlechner untersuchte seine Patientin erst gar nicht lange, sondern drückte auf den Klingelknopf und bat die junge Ärztin Dr. Eva Heckert, ihr Spritzen zu geben. Frau Jugo: ‚Was da gespritzt wurde, wußte ich damals nicht!'* " („stern", 15.6.78).

Jenny Jugo erhielt ca. anderthalb Jahre lang in Köhnlechners Münchner Praxis Spritzen, so auch im Mai 1975. Es handelte sich um Ozon-Injektionen (Ozon ist Sauerstoff), welche in der Ärzteschaft als sehr riskant bekannt sind.

„*Als Frau Dr. Heckert mir die erste Injektion in die rechte Leistenbeuge gab, tat es furchtbar weh. Ich schrie auf. Bei der zweiten in die linke Oberschenkelarterie spürte ich einen elektrischen Schlag bis in die Zehenspitzen. Die Ärztin meinte nur: ‚Da habe ich wohl einen Nerv getroffen, aber das hat nichts zu sagen. Sie können aufstehen und gehen*'" („stern", ebenda).


Gelähmt: Jenny Jugo


„Heilpraktiker" Köhnlechner

Das konnte sie allerdings nicht mehr, ihre Beine waren gefühllos. Die Patientin wurde daraufhin nicht etwa in eine Klinik gebracht, sondern in Köhnlechners Villa, wo der „Wunderarzt" und seine Assistentin sie geschlagene 18 Stunden (!) liegen ließen, während sie überlegten, wie sie die prominente Patientin unauffällig, „*möglichst anonym — und auf keinen Fall unter ihrem Künstlernamen — in eine Klinik schaffen* (*könnten*)." („stern" ebenda).

Im Klinikum Großhadern diagnostizierten die Ärzte Lungenembolie (Verstopfung von Blutgefäßen — AK), Kreislaufkollaps und Nervenschock. Frau Jugo ist seitdem gelähmt. Zwei medizinische Gutachter haben in ihrem Bericht die Gründe für die Rückenmarksschädigung der Patientin benannt: fehlerhafte Therapie, danach zu späte Verlegung auf eine Intensivstation.

Köhnlechner war inzwischen zum „Wunderheiler" der Münchner Society avanciert und hatte eine neue Wirkungsstätte aufgemacht, das „Manfred-Köhnlechner-Institut für Erfahrungsmedizin". Er konnte sich also einen Skandal nicht erlauben und versuchte, die Sache auf möglichst „gütliche" Weise zu „bereinigen": Er bezahlte alle Arztrechnungen, Rollstühle und eine Massage-Bank und versuchte der Frau einzureden, daß die Versicherung von Frau Dr. Hecker später alles zahlen würde.

„*Frau Jugo aber solle unterschreiben, daß sie auf strafrechtliche Schritte verzichte und nicht den Vorwurf der fahrlässigen Körperverletzung erhebe. Da wurde die geschädigte Patientin mißtrauisch. Ihr Anwalt ...: erkundigte sich bei der Versicherung, und die schrieb im September 1976: ‚Ein Kunstfehler scheidet aus. Die aufgetretenen Komplikationen sind ein in der Ozon-Therapie eigentümliches Risiko*'" (!) („stern", ebenda).

Köhnlechner hatte damit Oberwasser und kündigte in erpresserischer Weise an, er würde die Unterstützung für Frau Jugo einstellen, sofern sie oder ihr Anwalt ihn für die Folgen der Behandlung mit verantwortlich machen würden!

Frau Jugo erhielt schließlich nach drei Jahren (!) von der Versicherung eine Abfindung als „Ersatz für verlorene Lebensfreude".

Wieder ist ein Scharlatan — in diesem Fall ein Nicht-Mediziner — ohne Straf für seine verbrecherischen Praktiken davongekommen und darf weiter, ungeschoren, seine „Wunder" vollbringen.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Kunstfehler" angeprangert

Rund 1.000 Leute, darunter Ärzte, Pfleger, „normale" Leute und betroffene Patienten, kamen am 2.6. ins Audimax zu einer Veranstaltung der Fachschaft (FS) Medizin und der Initiativgruppe Med. (IGM) über das Thema „Kunstfehler". Referenten waren: Ein Vertreter der FS Medizin, ein Vertreter des Arbeitskreises „Patientenorientierte Medizin", ein Jurist und Prof. Hackethal. An den Vorbereitungen beteiligte sich auch der Patientenschutzbund.

Der FS-Sprecher forderte insbesondere eine Reform des undemokratischen Gesundheitswesens. Die Forderung illustrierte er mit aktuellen Problemen in Marburg:

1. Gegen den kommissarischen Direktor der chirurgischen Klinik laufen vier Verfahren wegen „Kunstfehler", die vier Patienten das Leben kosteten. Dieser Mann operiert natürlich weiter.
2. Dem Fachbereich Medizin hat das Kultusministerium dieses Semester die Gelder für das Tutorienprogramm gestrichen, um fortschrittlichen Relikten aus der Studentenbewegung den Garaus zu bereiten.
3. Anfang des Jahres wurden im Bundesrat eine Änderung zur Approbationsordnung verabschiedet, die neben Erhöhungen der Pflichtstunden, Prüfungsverschärfungen, Ausweitung des theoretischen Unterrichts auch die Regelstudienzeit vorsieht.

Prof. Hackethal beschränkte sich in seinem Beitrag fast ganz auf die Schilderung eines Falles, den er selber begutachtet hatte. Dieser liegt nun sechs Jahre zurück und betraf den damals 19jährigen K.-H. Isenhardt. Er wurde von Dr. Homi Irani in Hofheim nach einem Autounfall operiert und starb kurze Zeit später an den Folgen einer Fettembolie, da Dr. Irani ihn trotz mehrerer Anrufe nicht aufsuchte. Vielmehr überließ er ihn einem Medizinalassistenten, der gerade sein Examen gemacht hatte. Prof. Hackethal wies diesem Arzt neun eklatante Fehler nach, dieser wurde jedoch — wie kann es auch anders sein — freigesprochen! (s. AK Nr. 129, Seite 22). Prof Hackethal ist einer der wenigen Ärzte in der BRD, die solche Fälle untersuchen und begutachten. Seiner Meinung nach sind 90 % der Beanstandungen der Patienten berechtigt. Was für ein Pech für die 1.000 „Fälle", die sich beim Gutachter-Team in Hackethals Praxis inzwischen aufgestaut haben.

Da Änderungen zugunsten der Patienten auf absehbare Zeit nicht zu erwarten sind, empfahl er allen, sich bei Einwilligung zu einem Eingriff vom behandelnden Arzt ein Formular unterschreiben zu lassen, das diesen gegebenenfalls dazu verpflichtet, die Krankenunterlagen herauszugeben. Bisher existiert eine derartige Verpflichtung nicht, was klagende Patienten von vornherein benachteiligt.

Ärztebriefe schickt Hackethal z.B. grundsätzlich an seine Patienten, ebenso erhalten diese Röntgenbilder usw. Dieses faire Verfahren kann eigentlich jedem Arzt empfohlen werden.

Ein Großteil der Diskussion bezog sich auf das Aufrufflugblatt für die Veranstaltung. Auf der Rückseite war u.a. ein Artikel aus der „Bild" vom 5.2.78 abgedruckt, in dem der „Fall Maroske" (Chirurgische Klinik) und die vier Todesfälle, die er zu verantworten hat, wiedergegeben werden. Von einigen Studenten und Leuten, die offenbar aus der chirurgischen Klinik kamen, wurde dies kritisiert: Man dürfe doch die „Bild" nicht zitieren, der Artikel wäre „polemisch" und „unsachlich". Am 3.6. ließen Professoren aus der Medizinischen Klinik in der „Oberhessischen Presse" sogar einen Artikal abdrucken, in dem Maroske in Schutz genommen wird und das Flugblatt als „Verunglimpfung" bezeichnet wird.

Der Chefarzt Maroske, der laut „BamS" vom 5.2.78 mindestens „Vier Tote nach Fehldiagnosen und falscher Behandlung" auf dem Gewissen hat, wird von seinen Standesbrüdern bescheinigt: „*Sein hohes Verantwortungsbewußtsein, seine ungewöhnliche Einsatzbereitschaft und seine operativen Fähigkeiten haben ihn uns als chirurgischen Partner besonders schätzen gelehrt*" („Oberhessische Presse", 3.6.78).

Das spricht für sich und gegen diese Standesärzte! Demagogisch war dann auch der Versuch eines Mitarbeiters der chirurgischen Klinik, anhand der Begutachtung des o.a. Falles durch Prof. Hackethal nun diesem „Kunstfehler" zu unterstellen.

Man kann allen Medizin-Fachschaften und Gesundheitsgruppen nur raten, ähnliche Veranstaltungen durchzuführen. Das Interesse an diesem Thema ist sehr groß, und es lohnt sich, den reaktionären Standesärzten, den „Dr. Mabuses", Dampf zu machen.

KB-Sympathisantengruppe Marburg

Großer Veranstaltungserfolg

Hamburg. Rund 300 Menschen besuchten eine gemeinsame Veranstaltung der Alsterdorfer Kollegengruppe und des „Aktionskreis 71, Verein für Sozialpsychiatrie" im Gemeindesaal Hamburg-Wandsbek. Nachdem die Leitung der Alsterdorfer Anstalten erfolglos versucht hatte, diese Veranstaltung über kirchliche Kreise verbieten zu lassen, reiste sie geschlossen mit der Pflegeleitung in einem anstaltseigenen Bus an.

Die Veranstaltung informierte vor allem über die unmenschlichen Bedingungen, unter denen Behinderte und Menschen mit seelischen Problemen in den beiden großen Hamburger Verwahranstalten — Alsterdorfer Anstalten und das psychiatrische Landeskrankenhaus Ochsenzoll — eingesperrt sind. Da die in Alsterdorf beschäftigten Kollegen durch einen bei der Einstellung unterschriebenen Revers an eine absolute Schweigepflicht (bei Strafandrohung!) gebunden sind, mußten die Referate der Kollegen von Mitgliedern des „Aktionskreis 71" verlesen werden, um den Alsterdorfer Spitzeln die Arbeit nicht unnötig zu erleichtern, und die berufliche Existenz der Kollegen nicht zu gefährden.

Der erste Teil der Veranstaltung informierte über die menschenunwürdigen Bedingungen der Unterbrinung Behinderter in Alsterdorf, insbesonders über die Wohnsituation, Freizeit, Therapie, die Arbeitssituation, die Sexualität Behinderter — das heißt, daß den Behinderten keine Sexualität zuerkannt wird, und nur unter entwürdigenden Bedingungen mehr oder weniger heimlich im Garten oder Keller möglich ist, immer in Gefahr, »erwischt« zu werden. Am Beispiel des Umgangs mit Medikamenten wurde klar, wie verantwortungslos hier Ärzte mit z. T. hilflosen Menschen umgehen. Die Medikamentisierung ist meistens zu hoch angesetzt, und bringt oft mehr Nachteile als Vorteile durch Nebenwirkungen wie Leberschäden, Knochenmarkschäden, Haarausfall usw. mit sich. Auch Medikamente, die im Handel noch gar nicht erhältlich sind, werden an den unaufgeklärten Behinderten ohne deren Einwilligung ausprobiert!

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurde über die miserable psychiatrische Versorgung in der BRD und in Ochsenzoll informiert. Eine ehemalige Patientin aus Ochsenzoll berichtete über ihre eigenen Erfahrungen mit der Psychiatrie, was im wesentlichen Entrechtung, Eingesperrtsein und Ruhiggestelltsein durch Medikamente bedeutete — auch hier kann von Hilfe oder Therapie keine Rede sein!

Bei einer anschließenden Diskussion hatte der Leiter der Alsterdorfer Anstalten die Stirn, unumwunden zuzugeben, daß die unmenschlichen Zustände, wie sie geschildert wurden, stimmen würden, um dann den Besuchern vorzuschlagen, Geld für weitere Betten zu sammeln, oder gleich einen Behinderten bei sich zu Hause aufzunehmen.

Die Veranstaltung hat gezeigt, daß es möglich ist, auch für den bisher weitgehend totgeschwiegenen Bereich der Probleme Behinderter eine kritische Öffentlichkeit herzustellen, und bei den Veranstaltern war klar, daß diese Arbeit auch gemeinsam weiter angepackt wird.

Behindertenkommission

Behörde veranstaltet unwürdiges Tauziehen um einen Behinderten

Ein schändliches Spiel um einen Behinderten treiben seit Jahren die Behörden von Altenkirchen (NRW). Es geht um Gerhard Sch., einen „harmlosen" Schwachsinnigen, der besonderer Fürsorge Bedarf. In der Familie Heuzeroth (Niederschelderhütte) hatte Gerhard Sch. ein Zuhause gefunden. Die Heuzeroths, ein älteres Ehepaar, sind beides urige Käuze, die bei der Gründung der „KPD/ML" 1968 mitwirkten und die seither bis heute im Familienbetrieb ein winziges Blättchen „Die Wahrheit" („Organ der KPD/ML Kreisverband Siegen-Olpe") herausgeben. Obwohl das Blättchen höchstens ein paar hundert Exemplare Auflage hat, mußten die Heuzeroths schon eine ganze Reihe Prozesse deswegen hinnehmen; außerdem mehrere Hausdurchsuchungen, Vorladungen und sonstige Schikanen im Zusammenhang irgendwelcher »Terroristen-Fahndungen«. Insgesamt: Das ideale Opfer für die angestauten Aggressionen einer reaktionär verhetzten und unterbeschäftigten Polizei in der finstersten Provinz.

Klar, daß die Behörden auch den Gerhard Sch. in ihre Schikanen gegen die Heuzeroths hineinzuziehen versuchen. Immer wieder, seit Jahren schon, wurde versucht, den Behinderten aus der Familie Heuzeroth herauszuholen und in eine „Anstalt" zu stecken. Neben der üblichen Behördenwillkür wurde immer wieder auch versucht, den Behinderten (und äußeren Einflüssen Zugänglichen) gegen die Heuzeroths aufzuhetzen, was vor ein paar Monaten damit endete, daß Gerhard Sch. den Heuzeroths „ausriß".

Jetziger Stand der Dinge: Gerhard Sch., der insgesamt neun Jahre in der Familie Heuzeroth gelebt hatte, ist jetzt in einem Heim der „Arbeiterwohlfahrt" untergebracht. Er hat am 24.4. dieses Jahres schriftlich beantragt, seinen derzeitigen behördlich bestellten Vormund Hof (CDU-Funktionär) zu entbinden und Werner Heuzeroth wieder zu seinem Vormund zu bestellen. Gleichzeitig möchte er in die Wohnung der Heuzeroths zurückkehren.

Diesen Antrag hat das zuständige Sozialamt Altenkirchen inzwischen abgelehnt: Gerhard Sch. sei in dem Heim bestens untergebracht, und Werner Heuzeroth sei als Vormund nicht geeignet. Das heißt: Mit einem Behinderten wird hier umgesprungen wie mit einem lebenslänglich Gefangenen. Ein eigener Wille, eine freie Entscheidung über seinen Aufenthalt, wird ihm nicht mehr zugestanden.

Weitere Informationen geben an Interessierte sicher gern: R. und W. Heuzeroth, 5900 Niederschelderhütte, Post Siegen, Hüttenweg 12



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Freisprüche im Göttinger »Unruhe-Prozeß«

Göttingen: Kurz vor Beginn des vierten Göttinger »Untreue-Prozeß« überreichte ein aufmerksamer Prozeßbeobachter dem vorsitzenden Richter die »Bild«-Zeitung mit der Schlagzeile: *»Kernkraftwerk Brunsbüttel - Atomunfall«*. Der Richter zeigte sich interessiert und eröffnete die Verhandlung, in der es um »veruntreute« AStA- Gelder ging, die in den Jahren 1976/77 zur Unterstützung der Großdemonstrationen in Brokdorf und Grohnde ausgegeben worden waren.

Einen Tag später wurde unter dem Beifall der Zuschauer das Urteil verkündet: F r e i s p r u c h in allen drei Fällen. Allerdings ist zu bezweifeln, daß der weise Spruch des Richters etwas mit der alarmierenden Schlagzeile in der »Bild«-Zeitung zu tun hat, denn objektiv hätten sich - so das Gericht - die angeklagten drei AStA-
denn objektiv hätten sich - so das Gericht - die angeklagten drei AStA-
Referenten durchaus der »Untreue« in mehreren Fällen, insbesondere bei der finanziellen Unterstützung der Anti-AKW- Bewegung, schuldig gemacht, Zwar sei es noch zu vertreten, daß ein AStA- Referent die Reisekosten für eine Fahrt zu einer Kundgebung gegen die Wiederaufbereitungsanlage aus studentlischen Geldern rückerstattet bekommt, denn die Wiederaufbereitungsanlage sei ein *»Spezialgebiet der Geologie«* (!), womit ein *»eindeutiger Hochschulbezug«* gegeben sei. Die Unterstützung der Demonstrationen in Brokdorf und Grohnde allerdings geht nach Auffassung des Gerichts zu weit. Die Tatsache, daß an der Hochschule in Sachen Kernenergie geforscht wird, reiche nicht aus, um einen »eindeutigen Hochschulbezug« bei dem Widerstand gegen Atomkraftwerke herzustellen. Das Gericht wörtlich : *»Ein anderer Fall läge vor, wenn ein Atomkraftwerk in unmittelbarer Nähe des Campus gebaut werden soll.«*

Offenbar gibt es hierzulande doch noch Richter, die freisprechen und dazu noch einen gewissen Humor an den Tag legen. Oder wollte der Richter mit dieser goldigen Begründung untergründig andeuten, daß er zwar der herrschenden Rechtssprechung verpflichtet ist, aber persönlich die Trennung zwischen »hochschulpolitischem« und »allgemein-polistischem« Mandat für schizophren hält? Zumindest kann man die Widersinnigkeit dieser Trennung nicht besser auf den Punkt bringen.

Das Gericht begründete die Freisprüche mit dem »mangelnden Bewußtsein der Angeklagten über die Pflichtwidrigkeit ihres Tuns«. Da dieses Bewußtsein ein Teil des Vorsatzes sei, könne man sie trotz der objektiven Unrechtmäßigkeit ihres Handelns nicht verurteilen, zumal damals die Rechtslage noch nicht so eindeutig geklärt war wie heute.

Erfolg der Solidaritätsarbeit

Im Grunde genommen hat niemand in Göttingen mit den Freisprüchen gerechnet. Schließlich stand mit
mand in Göttingen mit den Freisprüchen gerechnet. Schließlich stand mit
den drei Angeklagten der »Terroristen -AStA« vor Gericht, der aus studentischen Geldern den »Bürgerkrieg in Grohnde« finanziert hatte. Das zumindest behauptete der RCDS in zahlreichen Leserbriefen in der Göttinger Presse. Schon der vorletzte »Untreue«-Prozeß hatte den Charakter einer Vorbereitung auf den Höhe- und Schlußpunkt der Prozesse um das Politische Mandat, auf die Abrechnung mit dem »Buback-AStA«. Damals konzidierte das Gericht den Angeklagten zwar auch einen »Verbotsirrtum«, stellte aber gleichzeitig in Aussicht, daß AStA-Referenten der folgenden Jahre dann auch subjektiv, also bewußt kriminell handeln würden, wenn sie das Politische Mandat wahrnehmen.

Die Freisprüche sind eindeutig auf die gute Öffentlichkeitsarbeit in Göttingen zurückzuführen. An der Uni wurden in knapp einer Woche 1300 Unterschriften für eine Erklärung gesammelt, in der es heißt: *»Wir protestieren schärfstens gegen den Vorwurf, bei den oben angeführten Ausgabe handele es sich um die 'Veruntreuung' des aus unseen Beiträgen bestehenden 'Sondervermögens der Studentenschaft'. Angesichts dessen, daß die menschenfeindliche Atomtechnologie zum größten Teil an den westdeutschen Hochschulen entwickelt wurde und wird, kommt dem AStA als Teil der Hochschule eine spezielle Verantwortung zu, die er durch die aktive und finanzielle Unterstützung der Anti-AKW- Bewegung einzulösen hat. Wir sehen durch die Ausgaben, die den Angeklagten zur Last gelegt werden, in keiner Weise eine 'Veruntreuung' unserer Beiträge ... und erwarten auch weiterhin, daß diese Beiträge zur Unterstützung demokratischer und fortschrittlicher Bewegungen wie u.a. die Anti-AKW- Bewegung eingesetzt werden.«*.

Auf dem zu dieser Zeit gerade stattfindenen Göttinger Kunstmarkt protestierten 91 Künstler gegen den »Untreue« - Prozeß, Pastoren und Vikare begründeten aus ihrer Sicht die Notwendigkeit des Widerstands gegen Atomkraftwerke gerade auch an den Hochschulen und forderten die Ein-
Hochschulen und forderten die Ein-
stellung des Prozesses. An der Theologischen Fakultät (die angeklagte AStA- Vorsitzende ist Theologie-Studentin) verfaßten Lehrende eine Erklärung, in der es u.a. heißt: *»In dieser Beteiligung* (an der Anti-AKW-Bewegung, d.R.) *meldet sich der christliche Protest gegen eine ungehemmte Unterwerfung der menschlichen Lebenswelt unter ökonomische Zwänge. Aufgabe theologischer Wissenschaft ist es, diesen Protest in kritischem, aber auch solidarischem Mitbedenken zu begleiten. So erscheint uns die Unterstützung der Bewegung gegen Atomenergie durch Theologiestudenten im AStA als ein theologisch verantwortliches Handeln«*.

Es hat sich in der Öffentlichkeitsarbeit als richtig herausgestellt, nicht allgemein über die »Notwendigkeit des Politischen Mandats« zu räsonnieren, sondern - mit dem frischen Wind der Wahlerfolge für die grünen und bunten Listen im Rücken - offensiv die Unterstützung der Anti-AKW- Bewegung durch die Studentenschaft zu verteidigen. Neben der Unterstützung der Angeklagten war diese Solidaritätsarbeit sicherlich auch ein Beitrag zur Verbreiterung des Widerstands gegen Atomkraftwerke. Zumindest wird der Göttinger AStA trotz NHG die Anti-AKW-Bewegung weiter unterstützen.

Robert Jungk schreibt an Pestel

Robert Jungk
Honorarprofessor der TU Berlin

Hannover, den 22.6.1978

Lieber Herr Pestel,
Sie erinnern sich gewiß noch an unsere Unterhaltung in Philadelphia (1976) anläßlich der Sitzung des Club of Rome. Damals stimmten Sie mir zu, daß der heutige Forscher und Techniker sich politisch stärker als bisher informieren und engagieren müsse.

Zur Zeit stehen in Göttingen Mitglieder des AStA vor Gericht, die genau das getan haben. Weil sie aus AStA-Mitteln Studenten unterstützten, die gegen den Reaktorbau in Brokdorf protestieren wollten, beschuldigt man diese Kommilitonen des Unterschlagens, obwohl die Summe, um die es sich dabei handelt, nicht einmal die Höhe der Entschädigung betrug, auf die jene AStA-Funktionäre freiwillig verzichtet haben. Ich bitte Sie in dieser Sache, sich für das politische Engagement der Wissenschaftler und gegen deren Kriminalisierung einzusetzen. Sie haben ja seinerzeit – ehe Sie Minister wurden – sich in Ihrem Bericht an den Club of Rome selber sehr deutlich über die enormen Gefahren der Kernenergie geäußert. Wäre es da nicht konsequent, denen, die sich für die Beendigung dieser die Freiheit und Gesundheit wenn nicht sogar das Überleben der Menschheit bedrohenden Technik einsetzen, hilfreich beiseite zu stehen?

Hochachtungsvoll
Ihr Robert Jungk

FHS München: Relegation gegen 3 Studenten

An der Münchener katholischen Fachhochschule sind drei Studenten für die Dauer von 1 bzw. 2 Semestern vom Studium ausgeschlossen worden; außerdem besteht für sie während dieses Zeitraums Hausverbot für die Hochschulgebäude und das Gelände des kirchlichen Zentrums!

Die von der Relegation Betroffenen hatten wiederholt gegen die massive Einschränkung der Meinungsfreiheit an der Hochschule protestiert. So hatten sie sich beispielsweise an einer verbotenen Versammlung in der Eingangshalle der Hochschule beteiligt; am Fronleichnamstag hatten sie sich während der Prozession an einem Laternenmast am Domplatz angekettet und mit anderen Kommilitonen Flugblätter verteilt, in denen sie auf die „unhaltbaren Zustände" an ihrer Hochschule hinwiesen.

Die angeprangerten Mißstände äußern sich vor allem darin, daß – so die betroffenen Studenten – *„das im Grundgesetz verankerte Recht auf freie Meinungsäußerung hier in einer zutiefst unchristlichen Weise eingeschränkt"* werde. Dies geht auch aus einer Bekanntmachung hervor, die die Hochschulleitung kürzlich zum Aushang brachte. Darin ist unter anderem folgender Hinweis enthalten: *„Es ist insbesondere untersagt, Veranstaltungen jeglicher Art in den Abteilungen durchzuführen, Büchertische oder Informationsstände aufzustellen oder herumzutragen, Plakate aufzuhängen sowie Zeitschriften und Flugblätter zu verteilen und auszulegen."* Bei Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung, die für das gesamte kirchliche Zentrum gilt, wird – wie die Bekanntmachung weiter ausführt – *„die Hochschulleitung die in der Verfassung der Stiftungsfachhochschule dafür vorgesehenen Konsequenzen für die betreffenden Studenten ziehen"* (SZ, 12.6.78).

KB/Gruppe Nürnberg

Friedrich-Ebert-Stiftung fühlt sich »denunziert«

Im März dieses Jahres verschickte die Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) an ihre Stipendiaten und Vertrauensdozenten an den Hochschulen einen Fragebogen »für eine wissenschaftliche Untersuchung der Situation an den Hochschulen der BRD und Westberlins«. Der Fragebogen soll der SPD einen Überblick über die politische Situation an den Hochschulen verschaffen und insbesondere die Kenntnisse der SPD über die Ziele, den Einfluß und die Zusammensetzung linker Hochschulorganisationen vertiefen helfen. (Kostproben aus dem Fragebogen: *»Welche Gruppen stellen im Augenblick den AStA? Welche erklärten Ziele verfolgt der AStA mit seiner Politik? a] allgemein hochschulpolitische, b] universitätsspezifische, c] sonstige. Ordnen sie bitte die Ziele in der Rangfolge ihrer Bedeutung für den 'AStA ein«*. Oder: *»Wenn Uni-VVs stattgefunden haben, wie oft? ... Welche Gruppen haben die Uni-VV initiiert - Zweck der Uni-VV - Zahl der Besucher. Wann traten an ihrer Hochschule zum ersten Mal Sponti-Gruppen auf? Welche Studentengrüppen waren bei den Auseinandersetzungen am aktivsten?«* etc.). In einem von mehreren Asten und Basisgruppen unterzeichneten Flugblatt wurde diese SPD- Schnüffelaktion angegriffen: *»Zentraler Punkt an der Art der Fragestellung ist, wie die Integrationsmechanismen zum Zuklappen zu bringen sind, d.h. die Integrationsstrategie der 'SPD wissenschaftlich zu belegen und weiter zu formulieren. Voraussetzung dafür ist das Wissen um die politische Situation an den Hochschulen und natürlich darum, mit welchen Strategien studentische Gruppen arbeiten, um hier den Hebel ihrer Politik anzusetzen. Die Fragebogenaktion der Friedrich-Ebert-Stiftung beweist die weitgehende Bereitschaft solcher Institutionen, ihre Vertrauensdozenten und Stipendiaten zu Spitzeldiensten einzusetzen, um eine umfassende Analyse - gleichsam kostengünstig - über die politische Hochschulsituation anzufertigen ... Einerseits hat die F.E.- Stiftung die Aufgabe, bewährte Sozialdemokraten an der Uni materiell und politisch zu unterstützen, sowie mittels der materiellen Unterstützung ihre Stipendiaten auf die Sozialdemokratie festzulegen; andererseits dient sie der sog. 'Sozialistischen Internationalen' als Kaderschmiede, um SPD-nahe Politiker Europas und der dritten Welt mit massiven Geldmitteln streng antikommunistisch auszurichten [Beispiel Soarez in Portugal; CIA- Gelder gingen über die F.E.-Stiftung nach Portugal; nach "New York Times" und "Welt" aus dem Jahre 1974]«*.

Das Flugblatt wurde an mehreren Hochschulen verteilt. Mitte Juni erhielt nun die presserechtlich verantwortliche Astrid L. einen lieben Brief von einem Rechtsanwalt der F.E.-Stiftung, in dem sie aufgefordert wird, öffentlich die *»Denunziationen«* in dem Flugblatt zurückzunehmen. »Denunziert« fühlt sich die F.E.-Stiftung durch die Behauptungen des Flugblatts:

- über die F.E.-Stiftung gingen CIA-Gelder nach Portugal (über eine Klage gegen die »New York Times« oder die »Welt« ist uns nichts bekannt)
- der F agebogen diene der »Bespitzelung«
- die F.E.- Stiftung nutze die finanzielle Abhängigkeit der Stipendiaten aus.

Gleichzeitig wurde Astrid eine Geldbuße von 600 DM aufgebrummt und ihr mitgeteilt, der Streitwert beliefe sich auf 50000 DM.

Offenbar war die Fragebogenaktion nicht für die Öffentlichkeit und schon gar nicht für eine kritische bestimmt.

RCDS-Provokation gegen AStA-Referenten

Hannover: Die Juso-HSG, die im wesentlichen den AStA der TU Hannover trägt, benannte zur Wahl des Auslandsreferenten einen iranischen Kommilitionen. Sofort witterte der RCDS die Möglichkeit, seiner Denunziantenneigung nachzugehen. Er behauptete in einer Pressemitteilung vom 31.5.:

- der Student gehöre der iranischen Studentenorganisation CISNU an;
- die CISNU, der Dachverband der iranischen Studenten, bilde in vielen Städten Schlägertrupps aus;
- die CISNU bedrohe antikommunistische Studenten massiv.

Als diese Denunziation von Unbekannten künstlerisch gewürdigt wurde (ein Plakat wurde erstellt, das namentlich genannten und abgebildeten RCDS- Mitgliedern die Unterstützung des iranischen Geheimdienstes SAVAK vorwirft), antwortete dieser prompt. Der RCDS stellte Strafantrag gegen Unbekannt, der für die politische Staatsanwaltschaft wieder einmal willkommener Anlaß war, den Internationalismus- Buchladen · zu durchsuchen (das war am 21.6. dann schon die zweite Durchsuchung des Buchladens, vorher hatte man Ausgaben des Westberliner INFO-BUG gesucht).

KB- Gruppe Hannover

Pestel verbietet Namensführung »Carl-von-Ossietzky-Universität«

Seit acht Jahren bemühen sich die Angehörigen der Oldenburger Universität, ihrer Uni den Namen Carl von Ossietzkys zu geben (s. AK 129). Die SPD-FPD-CDU- Landesregierungen verhinderten dies durch Verbote, bis hin zu einem unter großem Polizeiaufgebot durchgeführten Entfernen des »eigenmächtig« angebrachten Schriftzugs an der Uni.

Kürzlich beschloß nun das 88-köpfige Konzil der Uni, den Namenszug dann wenigstens im i n t e r n e n Schriftverkehr zu verwenden. Selbst das hat CDU- Minister Pestel verboten. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« nennt dazu die aberwitzige Begründung: *»Die Landesregierungen und ihre Wissenschaftsminister stimmten stets darin überein, daß Sonderbezeichnungen der in Oldenburg gewünschten Art für Universitäten nicht zeitgemäß seien, und daß dieser spezielle, durch den jünsten Oldenburger Konzilsbeschluß abermals angefachte Namensstreit nicht geeignet sei, Ossietzkys Andenken zu bewahren.«*

Es ist den Herrschenden eben keine Begründung zu dämlich, wenn es darum geht, antifaschistisch-demokratische Tradition in Vergessenheit zu bringen.



Reaktionärer Spuk um den »Exorzismus von Klingenberg«

Anneliese Michel, im Alter von 23 Jahren von zwei fanatischen Pfaffen bei einem „Exorzismus" („Teufelsaustreibung") zu Tode gebracht, soll zur „Märtyrerin" reaktionärster Umtriebe in der katholischen Kirche gemacht werden. Der politische Hintergrund des widerwärtigen Spektakels wird immer offensichtlicher.

Es erregte um den 8. Juni herum ganz kurzfristig das milde Interesse der bürgerlichen Presse, daß in einigen bayrischen Schulklassen Tonbänder vorgespielt worden waren, auf denen die hysterischen Schreie der kranken Anneliese Michel während des „Exorzismus" zu hören waren. Da jedenfalls in diesen Schulklassen offensichtlich keine Texte von Luise Rinser oder Erich Fried vorgelesen worden waren, ging die bürgerliche Presse sehr schnell wieder zur Tagesordnung über.

– In dem einen Fall hatte ein Lehrer einer Hauptschule in Marktoberdorf (Allgäu) 12–13jährigen Schülern aus den Tonbändern vorgespielt, „um die Existenz des Teufels zu beweisen". Erfolg: Kinder waren weinend aus der Klasse gelaufen, andere waren verstört nach Hause gekommen und litten noch tagelang.

– Auch in mehreren Klassen der Realschule und des Gymnasiums von Marktoberdorf spielten Lehrer die Tonbänder vor.

Diese Vorfälle wurden staatlicherseits von vornherein ausdrücklich gegen den zuerst geschilderten Fall abgegrenzt und gerechtfertigt: Es habe sich in diesen Fällen um 15–18jährige Schüler gehandelt; die Schüler hatten selbst den Wunsch gehabt, die Aufnahmen zu hören; außerdem seien die beteiligten Lehrer allesamt sehr verantwortungsbewußt und hätten die Schüler nur informieren wollen.

In dem zuerst genannten Fall hingegen wurde durch das staatliche Schulamt ein Dienstaufsichtsverfahren eingeleitet. Dabei scheint allerdings, wenn man näher hinsieht, gar nicht die Tonband-Geschichte, sondern ein ganz anderer Vorfall im Mittelpunkt zu stehen: Derselbe Lehrer hatte seinen Schülern mitgeteilt, er sei ganz froh über die Entführung Moros, denn Moro sei doch verantwortlich für die schrecklichen Zustände in Südtirol......

Es scheint mehr zufällig zu sein, daß gerade Marktoberdorf als einziger konkreter Ort in Zusammenhang mit der Verwendung der „Exorzismus"-Tonbänder im „Religionsunterricht" genannt wurde, denn – wie die bürgerliche Presse andeutete – scheinen das keine Einzelfälle zu sein.

Oberstaatsanwalt Karl Stenger, der Ankläger im Prozeß gegen die beiden Todes-Pfaffen und die Eltern von Anneliese Michel war (alle vier kamen für ihre gemeinsam begangene Mordtat mit je 6 Monaten „zur Bewährung" skandalös billig davon!), hat inzwischen erklärt, er sehe „keine Möglichkeit", gegen das Abspielen der Tonbänder in Schulen oder sonstwo anzugehen. Das sei „wahrscheinlich nicht strafbar".

Und nun zur politisch brisanten Frage: **Woher haben die beteiligten Lehrer die Tonbänder?!** Nun, Pfaffe Renz, einer der beiden Todes-Priester, hat sorgfältig über Monate hin den Leidensweg der Anneliese Michel aufs Tonband aufgenommen (Die Technik des 20. Jahrhundert im Dienste des Mittelalters!). Die Bänder wurden zwar zum Prozeß beschlagnahmt, und Staatsanwalt Stenger soll sich auch dafür eingesetzt haben, daß die Tonbänder einbehalten und nicht zurückgegeben werden. Indessen: Unter zynischer Berufung auf das „Beichtsgeheimnis" erreichte Pfaffe Renz, daß er die Bänder zurückbekam! **Für die Verbreitung dieser Bänder bzw. Kopien davon sorgt inzwischen rege die Anhängerschaft des „Bischof" Lefebvre (Frankreich), die in der katholischen Kirche die totale Reaktion, Sexualfeindlichkeit und Anitkommunismus durchsetzen wollen.** Renz hatte früher auch schon eigene reaktionäre Schriftchen in Verlagen herausgebracht, die zum Kreis um Lefebvre gehören.

Man mag sich daran erinnern, daß im „Exorzismus"-Prozeß (vgl. AK 127 und 130) Angeklagte und Verteidiger sich in der Behauptung einig waren, Anneliese Michel habe „freiwillig den Sühnetod auf sich genommen", um gegen Liberalisierungserscheinungen in der Kirche, gegen Abtreibungen usw. usf. zu protestieren. Die Verteidigerin eines der Pfaffen, Frau Thora, zog vor Gericht den passenden Vergleich zum Pfaffen Brüsewitz (DDR), der sich als antikommunistische Demonstration selbst verbrannte. Nun gibt es schon ein „Brüsewitz-Zentrum", wo sich CDU/CSU und offene Faschisten die Hand reichen. Kommt als nächstes ein „Anneliese-Michel-Zentrum"? Einiges spricht dafür: Schon weiß die bürgerliche Presse zu berichten, daß in Klingenberg, wo Anneliese Michel starb, ein obskurer „Märtyrer"-Kult seine Anfänge genommen hat, wobei auch die bekannten Tonbänder eine wichtige lithurgische Rolle spielen.

Anneliese Michel starb im Juli 1976, nachdem sie sich zu Tode gehungert hatte – sie wog zuletzt nur noch 35 kg. Der reaktionäre Spuk um die Tote bestärkt uns in dem schon in AK 127 geäußerten Verdacht: **Die Pfaffen haben nicht aus „Fahrlässigkeit" und Dummheit Anneliese Michel verhungern lassen, sondern haben die Kranke unter Ausnutzung ihrer Zustandes bewußt und systematisch in den Tod getrieben, „um die Existenz des Teufels zu beweisen" und um der schwärzesten Reaktion eine „Märtyrerin" zu schaffen. – „Märtyrerin" ist Anneliese Michel – aber gegen die klerikale Reaktion, gegen religiösen Fanatismus und Fortschrittsfeindlichkeit!**

Ein Christ muß Kommunist sein!

Helmut Gollwitzer, Professor für evangelische Theologie und Mitglied des westdeutschen Beirates zum Russell-Tribunal, hat in der FR vom 12.6.78 zum Buch des Kommunisten Bahro "Die Alternative" Stellung genommen. Er tut das in Abgrenzung zu W. Abendroth, dem er vorwirft, *"das Wichtigste an Bahros Buch so wenig herausgestellt und diskutiert"* zu haben, *"wie in den meisten Anzeigen und Kritiken... Eben darin liegt also derjenige Wert des Buches, den sich auch diejenigen, die seiner Kritik verfallen ... nicht entgehen lassen sollten, wenn sie denn überhaupt noch an einer Weiterentwicklung des realen Sozialismus interessiert sind und das kommunistische Ziel nicht in die Traumwelt abgeschoben haben. Denn genau darum, dieses Ziel wieder in die konkrete Denkbarkeit herunterzuholen, geht es in diesem Buch"*.

Wie kommt Gollwitzer zu dieser positiven Beurteilung des Festhaltens von Bahro am "kommunistischen Ziel"? Wer nicht die Behauptung aufstellen möchte, hier habe ein "Professor für evangelisches Opium" eine ganz passable politische Meinung - beides habe aber miteinander nichts zu tun - muß sich die Frage stellen, was denn evangelische Theologie mit dem "Festhalten am kommunistischen Ziel" zu tun hat.

Gollwitzer gehört zu denjenigen Christen, die sich im Widerstand im 3. Reich und in der demokratischen Opposition in der Kirche nach dem 2. Weltkrieg (Wiederbewaffnung, Studentenbewegung, Notstandsgesetze, Vietnamkrieg) engagiert haben. Seine "theologischen Väter" standen schon während der Weimarer Zeit im Klinch mit dem konservativen Klerus und ihrer kleinbürgerlichen Kirchenreligion: *"Für dieses Opium werden sich auch die Kleinbürger, die heute noch den Trost der Pastoren bilden, eines Tages bedanken"* (Karl Barth, Theologieprofessor, 1928).

Ausgangspunkt dieser Kritik: die Organisation der Religion in den Kirchen ist die "Verschwörung" (Barth) gegen den christlichen Glauben. Diese prinzipielle Unterscheidung zwischen Glaube und Religion ist charakteristisch für Teile der kirchlichen Opposition (Barth, Gollwitzer, der franz. Theologe Casalis). Aus ihr ergibt sich ihre Kirchenkritik und ihr sozialistisches Engagement:

Der Christ sei in seinem Reden und in seinem Tun der *"Anzeiger, der der Welt in Jesus Christus widerfahrenen revolutionären Veränderung ihrer ganzen Wirklichkeit"*; das unterscheide den Glauben von der *"harmlosen Gestalt tolerabler christlicher Religion"*. Die Revolution stellt Jesus von Nazareth deshalb dar, weil in seiner Person innerhalb der Weltgeschichte eine neue menschliche Qualität Wirklichkeit wurde: die bedingungslose Liebe: *"Jesus Christus ist die ein für allemal gesetzte Wirklichkeit der Liebe, die nimmer aufhört"* (Barth).

Indem er diese konkrete Wirklichkeit war, ist er zugleich die reale Erfüllung aller echten menschlichen Hoffnungen auf eine befreite und solidarische Welt (theologisch: Reich Gottes, Reich der Liebe). Die Wirklichkeit der bedingungslosen Liebe ist – weil in ihm menschlich und geschichtlich real geworden – damit auch für uns eine Wirklichkeit, an der wir unter allen Bedingungen als realisierbar und denkbar festhalten müssen: *"Die Hoffnung der großen Revolution, der wirklich durchgreifenden, läßt sich nicht an Menschen festmachen ... sie ist aus Jesus entstanden"*, erklärt dazu Gollwitzer. Deshalb sei für den christlichen Glauben das Entscheidende die revolutionäre Zielperspektive, die konkrete Denkbarkeit des kommunistischen Zieles. *„Das Wesen dieses Lebens (im Glauben an die neue Wirklichkeit in Jesus Christus) liegt eben in seiner Zukunftsperspektive, in seiner der neuen Welt zugesandten Zielstrebigkeit, und ohne diese Perspektive ist alles sogenannte Gottvertrauen eitel heidnischer Schicksalsglaube"* (Barth).

Entsprechend steht der Christ radikal kritisch auch zu den mit Hilfe von Religion stabilisierten kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen: *„Die Religion wird erwünscht (von den Herrschenden). In der Folterkammer gibt es auch das Kruzifix. Der Glaube dagegen wird gefürchtet und disqualifiziert als Auzdruck und mögliche Stärkung der kritischen Persönlichkeit"* (Casalis auf der Veranstaltung „Christen müssen radikaler sein als andere", Hamburg-Wandsbek, Jan. 78, vgl. Broschüre „Christen rufen zum Widerstand", s. AK 129).

Casalis weiter: *„Die Religion soll im Rahmen der Ideologie der Nationalen Sicherheit ideologisch absichern, was ... politisch geboten erscheint. In dieser Funktion steht Religion dem Glauben entgegen ..."*. Casalis fordert deswegen die Christen dazu auf, die Staatsreligion zu „profavisieren" (= zu zerstören).

Für den glaubenden Christen ist Religion Opium für das Volk. Ein Christ muß Kommunist sein. Ein Kommunist kann Christ sein.

Ein Pastor

Jesus — ein Revolutionär?

Die These, daß Jesus ein Revolutionär gewesen sei, daß er gar „der erste Kommunist" gewesen sei und ähnliches, ist heute häufig von linken Christen zu hören. Mancher hat von diesem Ausgangspunkt her seine Motivation für ein fortschrittliches Engagement bezogen. Und uns ist es, rund heraus gesagt, gleichgültig, warum jemand Kommunist ist, wenn er es nur ist. Wenn ein anderer vielleicht meint, ein konsequenter Jude, Buddhist oder Mohamedaner könne überhaupt nichts anderes sein als Kommunist, so ist uns das auch recht.

Trotzdem muß, um der wissenschaftlichen Wahrheit willen, der These von Jesus als Revolutionär und Kommunist widersprochen werden.

Linke Christen gehen in der Regel nicht von dem geschriebenen Text der Bibel aus, sondern von irgendetwas, das als „Geist" des Christentums zu bezeichnen wäre. Damit ist es aber ähnlich wie mit dem bekannten DKP-eigenen „Geist" des Grundgesetzes: Wir Kommunisten glauben grundsätzlich nicht an Geister, sondern halten uns an Fakten.

Wer war Jesus? Die Bibel zeichnet insgesamt das folgende Bild: Als Jesus geboren wird, ist Palästina seit ungefähr 60 Jahren vom Römischen Reich besetzt. Wie stets in Zeiten ausländischer Herrschaft ist im jüdischen Volk der Glaube an das baldige Kommen des „Messias" sehr stark. „Messias" ist eine griechisch umgewandelte Form des hebräischen Wortes für „Der Gesalbte" (griechisch: „Christos"). „Gesalbt" wurden nach einem alten Brauch die jüdischen Könige. „Der Messias" wurde im jüdischen Glauben jener Zeit verstanden als ein nationaler Befreier und als Restaurator des alten jüdischen Reichs, wie es in der sagenumwobenen Zeit der Könige David und Salomon bestanden hatte. „Der Messias" sollte diesem Glauben zufolge „aus dem Hause Davids" sein, also ein Nachfahre der alten jüdischen Königsfamilie.

Jesus, der zunächst wahrscheinlich einer orthodoxen jüdischen Sekte angehört hatte, wurde dann (mit knapp 30 Jahren oder etwas früher) zum Wanderprediger, der eine kleine Schar von Anhängern um sich sammelte und der seiner Predigt hier und dort durch ein paar „Wunder" und „Heilungen" Nachdruck verlieh. Figuren dieser Art zogen im Palästina jener Zeit viele durchs Land. Ursprünglich hatte sich Jesus, in der Nachfolge des vom Kollaboratuers-Regime des Herodes verhafteten und ermordeten „Täufers" Johannes, wohl nur als einer der Wegbereiter des „Messias" verstanden, jedoch nicht als dieser selbst. Die Bibel zeigt, wie Jesus zunächst alle Gerüchte, er sei „der Messias", abblockt. Nicht einmal „Rabbi" (= Lehrer) will er genannt werden. In dieser Phase tritt seine Bescheidenheit sehr deutlich hervor. Der Überlieferung der Bibel nach ist es Petrus (der sich nach dem Tod von Jesus als dessen Nachfolger aufspielte), der an Jesus zuerst den Gedanken herantrug, er – Jesus – sei nicht nur ein einfacher Wanderprediger, sondern der seit Jahrhunderten vom jüdischen Volk erwartete „Messias". Die Bibel zeigt anschaulich, wie diese fixe Idee immer stärker von Jesus Besitz ergreift. Schrittweise ändert sich damit auch sein Verhältnis zu den Unterdrückten und Ausgegrenzten, als deren Anwalt er sich ursprünglich verstanden hat. Typisch dafür ist die folgende Szene: Eine Frau kommt zu Jesus, um ihn mit sehr teuren Ölen und Parfüms zu „salben". Der später als Verräter diffamierte Judas empört sich darüber und meint, man hätte das Parfüm etc. lieber verkaufen und den Erlös „den Armen geben" sollen. Darauf antwortet Jesus: **„Ihr habt allezeit Arme bei euch, und wenn ihr wollt, könnt ihr ihnen Gutes tun; mich aber habt ihr nicht allezeit"** (Markus, 14.7).

Nachdem Jesus begonnen hat, sich für den „Messias" zu halten und auszugeben, beschließt er, mit seinen Anhängern nach Jerusalem – der Hauptstadt Palästinas und historischem Sitz der jüdischen Könige – zu ziehen. Seinen „Einzug" in Jerusalem inszeniert Jesus sehr sorgfältig: Er reitet auf einer Eselin ein (weil alte Verse der Bibel dies für das Kommen des „Messias" ankündigen), seine Anhänger streuen ihm nach alten Brauch „Palmenblätter" auf den Weg und singen Psalmen, die in alter Zeit beim Einzug von Königen nach Jerusalem gesungen wurden.

Die Bevölkerung von Jerusalem reagiert auf dieses Spektakel mit Verwunderung: *„Wer ist der?"* (Matthäus, 21.10). Das heißt: der Empfang in der Stadt ist - wohl gegen alles Erwarten von Jesus - sehr kühl bzw. desinteressiert. Der aus totaler Fehleinschätzung der Realitäten unternommene Zug nach Jerusalem erweist sich als tödlicher Fehler. Mit seinem Anspruch, er sei „der Sohn Gottes" empört Jesus die jüdische Priesterschaft. Sein gleichzeitiger Anspruch, „König der Juden" zu sein, interessiert die römische Besatzungsmacht. Jesus wird in seinem Quartier in Gethsemane (etwas ausserhalb der Stadt) verhaftet, nach römischem Recht zum Tode verurteilt und hingerichtet. Seine Anhänger fliehen zurück nach Galiläa (Nordpalästina), von wo die meisten von ihnen stammen.



Was war die politische Position von Jesus? Er verstand sich selbst als Anwalt der am meisten Unterdrückten, der Ausgegrenzten und Randgruppen. Das waren „die Armen", die Prostituierten, aber zum Beispiel auch „die Zöllner" - das heißt die Steuerbeamten, die als Kollaborateure der Besatzungsmacht beim jüdischen Volk aufs äußerste verhaßt waren.

Jesus propagierte ganz eindeutig weder die soziale Revolution noch den nationalen Befreiungskampf gegen die römische Besatzungsmacht. Man kann nicht einmal ernsthaft behaupten, daß er irgendeine sozialreformerische Programmatik vertreten hätte. Nein, er orientierte lediglich auf „das kommende Königreich des Messias", ganz im Sinne der jüdischen Tradition.

Was die römische Besatzungsmacht angeht, so forderte Jesus das jüdische Volk sogar zur Kollaboration auf („Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser zusteht!"), „heilte" den schwer erkrankten Sklaven eines römischen Offiziers und zeigte sich provozierend in der Gesellschaft von „Zöllnern", also Kollaborateuren. All das mußte in der Meinung des jüdischen Volkes den Anspruch von Jesus ad absurdum führen, er sei „der Messias" - denn dieser wurde ja vom Volk als nationaler Befreier erwartet. Als der römische Gouverneur Pilatus die Bevölkerung von Jerusalem vor die Wahl stellt, einen Verhafteten und zum Tode Verur-

Delmenhorst

Wie bereits im AK 129 berichtet, fand am 27.5. in Delmenhorst (bei Bremen) zum zweiten Mal innerhalb von zwei Monaten ein Aufmarsch der NPD statt. Diese „Wahlkundgebung" war von einem massiven Polizeiaufgebot gegen ca. 300 Antifaschisten geschützt worden. Dabei war es zu brutalen Knüppeleinsätzen der Polizei gekommen, die auf Anweisung des NPD-Versammlungsleiters Dammann losstürmten und insgesamt 7 Demonstranten festnahmen. Zwei Demonstranten erlitten dabei schwere Gehirnerschütterungen; ein älterer Mann, der ebenfalls von Polizisten geschlagen wurde, erlitt vor Aufregung einen Herzanfall und mußte ins Krankenhaus geschafft werden.

Das Echo in der lokalen Presse war einhellig f ü r dieFaschisten und die Polizei.

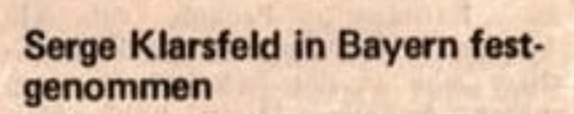
Recht erfreulich sind jedoch zwei Stellungnahmen aus dem sozialdemokratischen Lager Delmenhorsts. Bemerkenswert ist besonders, daß beide keine Distanzierungen gegenüber dem antifaschistischen Protest vom 27.5. enthalten. Vielmehr wird von ihnen angegriffen, daß die NPD-Kundgebung nicht von vornherein verboten wurde. Delmenhorst dürfe *„nicht zum Ausweichstandort für fahrende Polittrupps werden, die mit dröhnenden Lautsprecherbatterien und hohltönenden Phrasen auftreten"* (SPD-MdL Thölke); es sei *„eine Zumutung für die Beamten und den Steuerzahler, laufend Hunderte von Polizisten für solch ein ‚Politspektakel' einzusetzen"*. In einer gemeinsamen Erklärung von Groth und Matysiak aus der SPD-Stadtratsfraktion der SPD hieß es, die NPD sei auf ihrer Kundgebung *„faschistisch in ihrem Vokabular, brutal in ihren Assoziationen und verlogen in der historischen Darstellung"* aufgetreten. Beide erklären weiterhin, **„ein Verbot... wäre ... richtig und notwendig gewesen"**. Zu begrüßen ist auch die Initiative eines SPD-Mitglieds aus dem Ortsverein Deichhorst für eine Diskussionsveranstaltung mit Vertretern der Polizeiführung und „der Initiative gegen Faschismus".

Die „Initiative gegen Faschismus" will das ihre dazu beitragen, die Vorfälle nicht in Vergessenheit geraten zu lassen: eine Fotoausstellung in der Delmenhorster Innenstadt am letzten verkaufsoffenen Sonnabend stieß bereits auf großes Interesse.

Jetzt wird in Zusammenarbeit mit der Bremer Antifa-Initiative an einer Dokumentation der Vorfälle gearbeitet. Für Interessenten steht auch ein 25-minütiger Video-Film zur Verfügung.

Kontakt: Initiative gegen Faschismus, c/o H.-J. Vogel, Lange Str. 7, 287 DEL.

***



Serge Klarsfeld in Bayern festgenommen

Beate und Serge Klarsfeld haben mit weiteren 80 Franzosen am 19.6. in Miltenberg (bei Würzburg) gegen einen ehemaligen Nazi demonstriert.

Der Rechtsanwalt Ernst Heinrichsohn war maßgeblich an der Deportation jüdischer französischer Kinder in der NS-Zeit beteiligt (NN v. 19.6. 78).

Sein Kanzleischild wurde mit roter Farbe und dem Wort *„Nazi"* besprüht. Außerdem wurde mit zwei Transparenten die Presse aufgefordert *„die NS-Vergangenheit von Rechtsanwalt Heinrichsohn"* zu dokumentieren. Auf dem anderen Transparent war zu lesen *„Franz Josef Strauss schützt den NS-Verbrecher Heinrichsohn - CSU Vertreter."* (SZ v. 20.6.78).



Serge Klarsfeld wurde bei dieser Aktion festgenommen. Die Staatsanwaltschaft Aschaffenburg hat die Ermittlungen aufgenommen - gegen die Antifaschisten, nicht gegen Heinrichsohn!

Übrigens, die Demonstranten waren alles französische Juden, deren Eltern deportiert wurden.

***

Antifaschist freigesprochen

In Frankfurt fand am 20.6.78 ein Prozeß wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt gegen einen Antifaschisten statt.

Beim „Deutschlandtreffen" der NPD am 17.6.77 in Frankfurt wurde er bei einem Einsatz der Polizei umgerannt, zusammengeknüppelt und danach brutal abgeführt. Dabei wurden bei ihm angeblich in einer Tüte ein Knüppel, Schleuder, Glaskugeln, Schraubenmuttern etc. sichergestellt. Bei dem Prozeß behaupteten die Polizeizeugen der Angeklagte hätte versucht (am Boden liegend), sich mit „gezielten" Schlägen und Fußtritten der Festnahme zu entziehen, deshalb sei es auch notwendig gewesen, seinen Widerstand mit *„einfacher körperlicher Gewalt"* zu brechen. Des weiteren habe er noch versucht, sich beim Abtransport mit Fußtritten zu befreien. Aus den Aussagen der Polizisten wurde aber nicht klar, weshalb der Angeklagte nun eigentlich verhaftet wurde.

Der Verteidiger legte dem Gericht Fotos vor, aus denen unbezweifelbar ersichtlich wurde, daß von Widerstand keine Rede sein konnte.

Die von den Polizisten als *„gezielte Widerstandshandlungen"* bezeichneten Abwehrbewegungen des am Boden unter einem der Polizisten liegenden Antifaschisten deutete die Richterin in ihrer Urteilsbegründung als ganz normalen Versuch, eine schwere Last abzuwälzen, zumal es keinen Grund für die Festnahme des Antifaschisten gegeben habe...

Da kann man nur sagen: Weiter so!!

KURZMELDUNGEN

„ANS"-Wahlmasche jetzt auch in Bayern?

Unter Vorsitz von Rechtsanwalt (!) Eberhard Engelhardt – Hans Dampf in allen Nazi-Gassen – wurde in Fürth eine *„Bürgerinitiative gegen Terrorismus und 5-%-Klausel"* gegründet.

Mit von der Partie sind die bekannten Schönborn-Vereine: „Aktionsgemeinschaft Nationales Europa" und „Kampfbund Deutscher Soldaten" sowie eine „Soldatenkameradschaft Hans Ulrich Rudel" („NN" v. 10.6.78). Eberhard Engelhardt ist nicht nur Autor in der Nazi-Zeitschrift „Nation Europa", sondern ebenfalls Mitglied der aus der deutschvölkischen Ludendorff-Ecke stammenden „Gesamtdeutschen Arbeitsgemeinschaft"; nach 1945 tat er sich besonders als Verteidiger der Nazi-Prominenz in den Kriegsverbrecherprozessen hervor.

Ziel der „Bürgerinitiative" ist die „Formierung oppositioneller Kräfte" zur bayerischen Landtagswahl. Vorbild dürfte die zur Hamburger Bürgerschaftswahl abgezogene Provokation der Hamburger „Hansa"-Bande alias „ANS" sein (siehe dazu die Dokumentation: „Hamburg – Stadt mit Herz für Faschisten", Reents-Verlag).

Dieselben Kräfte, die jetzt zur Bildung dieser „Bürgerinitiative" aufriefen, hatten sich auch nach üblicher „NSDAP"/„Hansa"-Banden-Manier – am 2.6.78 im Hinterzimmer einer Gaststätte des Fürther Vororts Sack versammelt. Dorthin mußten Schönborn und ca. zwei Dutzend seiner Komplicen zur Abhaltung ihrer „Pressekonferenz" ausweichen, nachdem einer einstimmigen Empfehlung des Fürther Stadtrats zufolge keine Gaststätte in Fürth bereit war, ihm einen Saal zu überlassen. In vertrauter Runde (anwesend: „Aktionsgemeinschaft Nationales Europa", „Bürgerinitiative für Wahrheit", „Deutsch-arabische Gesellschaft") servierte Schönborn – zum wievielten Male? – seine ekelhaften Sprüche, so z. B.:

„Der Kampf gegen die Auschwitz-Lüge werde jetzt dadurch geführt, daß man sie lächerlich macht. Dazu tauchte eine Person mit Eselsmaske auf, die das Schild trug: ‚Ich Esel glaube noch, daß im KZ Auschwitz Juden vergast wurden' " („NN", 5.6.78).

Die Schönborn-Bande will darüber hinaus Karnevalsvereine zu lustigen Liedchen über *„ein Wölkchen von Zyklon"* anregen! Außerdem geiferte Schönborn über die *„teuflischen Manöver der Zionisten"*. Einerseits hätten sie die Entstehung des Terrorismus in der BRD zu verantworten. Zum zweiten würden sie *„alles hintertreiben ..., was zum Wiedererstarken der deutschen Nation und zur Wiedervereinigung führen könnte"*. Deshalb sei der Nationalsozialismus die einzige Alternative („NN", 5.6.78) usw. usf.

Die faschistische Szene aus Nürnberg war durch Klaus Huscher vertreten, der vor kurzem wegen Volksverhetzung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde ...

Die Staatsanwaltschaft Nürnberg ermittelt derzeit, „ob, weswegen und gegen wen" Ermittlungen eingeleitet werden müssen ...! (Justizpressestelle). Die Prüfung soll sich vorwiegend auf § 85 erstrecken, der die Bildung von Nachfolgeorganisationen verbotener Parteien unter Strafe stellt („NN", 6.6.78).

Nürnbergs Antifaschisten werden der Staatsanwaltschaft bei ihren Ermittlungen freundlicherweise behilflich sein müssen. Bekanntlich sind die beamteten Staatsschützer mit der Verfolgung der Linken derart überlastet, daß ihnen zum Aufhellen des nazistischen Unter- und Hintergrunds kaum noch Zeit und Personal bleibt. Also 'ran an die Bande: Schönborn, Huscher, Hoffmann und die übrigen „NSDAP"-Vögel müssen in den Knast!

***

Castrop-Rauxel: Anschlag auf DKP-Zentrum;

In der Nacht vom 9.6. wurden schwere Steine in die Fenster des DKP-Zentrums an der Wartburgstr. sowie des Jugendzentrums der SDAJ an der Wittener Straße geworfen. Der Schaden (auch die Inneneinrichtung wurde beschädigt) beträgt nach Angaben von DKP/SDAJ über 1.000 DM. Die Täter sind ganz offensichtlich in Kreisen der NPD/JN zu suchen – nach Angaben der DKP wurden am Tatort *„Aufkleber, Flugblätter und Plakate der Nationaldemokratischen Partei (NPD) und deren Jugendorganisation"* gefunden („WAZ"-Castrop-Rauxel v. 13.6.). Überhaupt haben die Faschisten in Castrop-Rauxel ihre Aktivitäten beachtlich verstärkt: In der Stadt wurden in den vergangenen Wochen riesige Mengen an NPD/JN-Plakaten verklebt. Trotz alledem stellen sich die Bullen dumm. Ein Polizeisprecher: *„Ein definitiver politischer Hintergrund ist etwas weit hergeholt"* (ebenda).

***

Faschisten „distanzieren" sich voneinander

Anfang März gegründet, droht die faschistische „Volkssozialistische Einheitsfront" (VSE) schon wieder auseinanderzufallen.

Wegen *„konspirativer Kontakte zu rechts-faschistischen Personen und Gruppen"* wie z. B. Schönborn, Christophersen, „Hansa"-Bande, Henry Beier („NSDAP" Frankfurt), Hoffmann, DVG wurde Friedhelm Busse, Mitglied des Zentralbüros der VSE, aus eben dieser ausgeschlossen – einstimmig, versteht sich.

Busse, so VSE-Verantwortlicher Kosbab, habe ohne Beschluß des „Zentralbüros" gehandelt, und ausserdem sei die VSE gemäß ihrem Strategiepapier *„antifaschistisch – gegen den Faschismus von rechts oder links"*.

Man wundert sich. Ausgerechnet die VSE will antifaschistisch sein? Doch wohl kaum, denn auch nach dem Rausschmiß von Busse, der tatsächlich in letzter Zeit bei vielen Treffen der „NSDAP"-Gründer dabei war, besteht die VSE aus eindeutigen Randalier-Braunen:

– So Werner Kosbab, der seit 1974/1975 selbst Mitarbeiter des Schönborn-Blättchens „Deutsche Freiheit" ist und seit Jahren freundschaftliche Kontakte zur internationalen Faschistenszene pflegt;
– so Karl Jochheim-Armin, der u.a. Ende 1972 Kontakte zu einer „Kampfgruppe Großdeutschland" hatte, deren Waffenlager gerade ausgehoben worden war; zu dieser „Kampfgruppe Großdeutschland" bekennt sich heute der Henry Beier, einer der Neonazis, mit dem die VSE heute nichts mehr zu tun haben will;
– so Heinrich von Hirschhausen, einer der führenden Aktivisten der rechtsradikalen „Gesamtdeutschen Arbeitsgemeinschaft" gehört zum Kreis der „Ludendorffer").

Faschisten sind sie also alle. Der Trick mit der *„antifaschistischen Abgrenzung"* der VSE (gegen Faschismus von rechts und – insbesondere natürlich von links!) scheint eher seinen Sinn darin zu haben, daß die VSE als Vertreter des „Nationalrevolutionären Lagers" Kräfte anzusprechen versucht, die bisher von der Nazi-Szene nicht erreicht wurden (so z. B. auch die „Solidaristen", die dieses Geschäft in der Umweltschutzbewegung ausüben). Für eine solche Politik scheint Busses Kontaktaufnahme zur offenen „NSDAP"-Szene tatsächlich kompromittierend (vergl. AK 126 und 127).

***

Nürnberg: - Anklage gegen Neonazis

Nachdem in letzter Zeit immer wieder Anzeigen gegen neonazistische Flugblätter vom Oberstaatsanwalt Hans Sachs („Heiteres Beruferaten") eingestellt worden waren, wurde nun endlich Anklage erhoben.

Bei den Flugblättern handelt es sich um Pamphlete des „Kampfbund Deutscher Soldaten" des Erwin Schönborn, die dieser vor Fürther Schulen und der Nürnberger Spielwarenmesse hatte verteilen lassen.

Ebenfalls Anklage erhoben werden soll gegen die Neonazis (Mitglieder der Hamburger „Hansa"-Bande, u. a. M. Kühnen), die im März '78 mit Hakenkreuzabzeichen und Koppelschlössern auf dem ehemaligen „Reichsparteitagsgelände" aufgetreten waren („Frankfurter Rundschau" v. 16.6.78).

***

Aufgepaßt: „Hansa"-Bande plant neue Provokation

Für den 22. Juli, 16.00 Uhr, hat die „Hansa"-Bande einen neuen „Höhepunkt" ihrer Arbeit angekündigt: **Eine Kundgebung unter dem Thema „Gerechtigkeit für Adolf Hitler"!** Auf dieser Kundgebung soll eine „Gedenktafel für Hitler" enthüllt werden, ein Plan, der schon vor Jahren vom „NSDAP"-Nazi Wolf-Dieter Eckart propagiert worden war.

„In- und ausländische Gäste" sind angekündigt.

Jagt die Puvögel!

Der „Fall Puvogel" hat offensichtlich eine ganze Reihe von Demokraten ermuntert, ihr Wissen um weitere Puvögel an die Öffentlichkeit zu bringen. Einige in letzter Zeit bekanntgewordene Fälle:

Der 3.Bürgermeister der Gemeinde Grafrath (Bayern), **Josef Friedinger, (CSU)**, war Mitglied der Wachmannschaft des KZ Dachau und Mitglied der „Totenkopf-Truppe" der SS. Auf Antrag der SPD, er möge zurücktreten, erhielt Friedinger Schützenhilfe von seinem Stellvertreter, dem CSU-Ortsvorsitzenden Kraus, der diese Vergangenheit Friedingers *„nicht als wichtigen Grund für seinen Rücktritt"* („SZ", 14.6.) erachtete. Pech nur für Kraus, daß er selbst braunen Dreck am Stecken hat: Er war immerhin stellvertretender NSDAP-Kreisleiter von Brüx. Die CSU insgesamt hält an Friedinger fest; das ganze sei sowieso nur eine Art Rache der SPD für die verlorene Wahl und außerdem sei Friedinger ein überaus verdienter Mann, der – so CSU-Gemeinderat Dieter von Reininghaus – wohl nur deshalb zur SS gegangen sei, um überhaupt Arbeit zu finden ... .(„SZ", 14.6.).

In Frankreich 1956 in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde der **CSU-Bürgermeister** von Bürgstadt in Bayern, **Ernst Heinrichsohn**, enger Mitarbeiter des ebenfalls in der BRD noch unbehelligten Nazi-Verbrechers Lischka. An die Öffentlichkeit gebracht hat die Saarbrücker Studentenschaft die Nazi-Vergangenheit des Prof. **Karl Vialon**, der als Leiter der Finanzabteilung des NS-Reichskommissariats Ostland in Riga für die Einziehung des Vermögens der verschleppten und ermordeten jüdischen Bevölkerung verantwortlich war. In der BRD war Vialon zunächst Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt und später Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Für antifaschistische Gruppen kann die Puvogel-Jagd ein ergiebiges Feld sein.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Dringender Ermittlungsaufruf

Die Bilder zeigen die beiden aktivsten Typen einer Gang, die am 1. Mai in Hamburg am Rande einer polizeilich verhinderten Hausbesetzung einen Fotografen krankenhausreif schlugen. Mit schwerer Gehirnerschütterung und gefährlichen Gesichtsverletzungen mußte der Zusammengeschlagene eingeliefert werden. Einem weiteren Fotografen wurde eine Gitarre von denselben Typen über den Kopf geschlagen.

Nach Art der Schläge und nach Art ihres ganzen Vorgehens handelt es sich bei den Schlägern um eine organisierte Gang. Die Verletzung des Zusammengeschlagenen stammte von einem g e z i e l t e n Fußkantenschlag. Das läßt auf Übung schließen. Der Hauptschläger war umgeben von mindestens fünf Kumpanen, die schon vor diesem Zwischenfall in „Oskars Bierstube" Weidenallee/Ecke Margarethenstr. herumlungerten und von dort aus schon vorher einen Schlägerausfall gegen ein älteres Ehepaar unternommen hatten. Beim Überfall auf die Fotografen wurden sie ebenfalls zu m e h r e r e n aktiv. Nach Abzug der Polizei randalierte die Gang vor der Kneipe, wo der Schläger seinen Kumpanen noch einmal zeigte, wie er das Ding gedreht hatte ...

Trotz sofortiger Benachrichtigung der Polizei, die die Personalien des Hauptschlägers aufnahm, und trotz einer Anzeige des Zusammengeschlagenen gegen den einen Schläger ist der Name der Typen bisher nicht bekannt. Dem Anwalt des Kollegen wird Akteneinsicht bisher mit der Begründung verweigert, man könne nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen.

Eine Identifizierung des Hauptschlägers sowie seiner Kumpane ist aber auch über diese Verschleppung seitens der Justiz hinaus deswegen schwierig, weil trotz Anwesenheit vieler Zeugen bei diesen Zwischenfällen bisher kaum ein Augenzeugenbericht den Betroffenen zur Verfügung gestellt wurde, ebenso liegen bisher kaum Fotos vor, außer der einen Anzeige sind keine weiteren gemacht worden usw. Offenbar wird der ganze Vorfall als eine private Angelegenheit der unmittelbar Betroffenen verstanden. Wir sind allerdings der Meinung, daß es Sache der ganzen antifaschistischen und linken Öffentlichkeit ist, solchen Banden in den Arm zu fallen, insbesondere auch Aufgabe unserer Genossinnen und Genossen!

Ähnliche Vorfälle wie der am 1. Mai häufen sich in letzter Zeit. Uns ist z. B. ein weiterer Fall bekannt: Nur zwei Wochen später überfiel eine ebensolche Gang nachts eine Gruppe von Linken. Die Schläger fuhren überraschend an die Gruppe heran und prügelten los. Als die Angegriffenen sich wehrten, zog einer der Schläger ein Stilett! Einer aus der Gruppe wurde ebenfalls krankenhausreif geschlagen. Nur durch Zufall wurde dieses Ereignis überhaupt bekannt. Von den Betroffenen wurde erst nach dringendem Zureden überhaupt Anzeige gestellt.

Es wird Zeit, daß solche Vorfälle öffentlich aufgedeckt werden, damit gegen solche Schlägerbanden etwas unternommen werden kann! Wir fordern alle Leserinnen und Leser auf, uns unverzüglich über solche Vorfälle zu unterrichten und auch entsprechende juristische Schritte einzuleiten.

Insbesondere bitten wir um Zeugenaussagen, Fotos usw. zum 1. Mai. Wer kennt diese Schläger? Tritt die Gang sonst irgendwo auf? Sind ähnliche Gangs bekannt?

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg
und „Arbeiterhilfe" (IKAH)



Die Schläger in Aktion





Wer kennt sie ?

Göttingen: Fahndungsaufruf

Gegen die beiden NDP-Mitglieder Bernd Dröse, Bundesvorstand NPD, Heinrich Gerlach (beide: siehe Fotos) stellvertretender Landesvorsitzender Niedersachsen der NPD, ist von Göttinger Antifaschisten u. a. wegen Volksverhetzung Anzeige erstattet worden. Dröse, Gerlach und ein dritter Redner, Peter Naumann (leider ohne Bild) waren die Einpeitscher bei der als „Rachefeldzug" bekanntgewordenen NPD-Kundgebung in Göttingen am 15.4.78. Unter dem Schutz der Polizei waren von ihnen Sprüche zu hören wie: „*Wir Nationaldemokraten versprechen hier ..., wenn wir ... die Macht übernommen haben, hat das letzte Stündchen für den Kommunismus ein für alle Mal geschlagen ... Wir werden allen Kommunisten die Gelegenheit geben, in ihr Paradies zu verschwinden, ins Sowjet-KZ DDR. Und das Volk wird fordern, zuerst einmal müssen sie über die eigenen Minenfelder gehen ...*"

„ ... *und das zeigt uns auch, daß wir den Marxismus mit Stumpf und Stiel beseitigen müssen ...*" (Originalton Dröse).

„*Viermal standen die Türken vor Wien, viermal hat sich das deutsche Volk gegen diesen Türkenansturm gewehrt. Heute sind sie mitten unter uns. Deutschland, speziell Westeuropa, soll zersetzt werden von negriden und asiatischen Menschentypen und Menschenrassen. Wir von der NPD treten für die Erhaltung unseres Volkes ein, in der Mitte unseres Kontinents*" und: „*Rotfront verrecke! Nieder mit der roten Pest!*" (Originalton Gerlach).

Der dritte, Naumann, faßte zusammen: „ ... *es ist nun endlich an der Zeit, daß die roten Ratten zurück in ihre Löcher getrieben werden. Es ist an der Zeit, daß der marxistische Bazillus mit Stumpf und Stiel – ohne Rücksicht auf Verluste aus unserem Land ausgerottet wird*".

Die Zitate entstammen einem privaten Tonbandmitschnitt bei der Kundgebung.

Schon wenige Tage nach der NPD-Kundgebung forderte die SPD-Fraktion in der Stadtvertretung eine „Überprüfung der NPD-Reden" auf strafbare Äußerungen; die Staatsanwaltschaft kündigte schon am 17.4. die Auswertung ihrer offiziellen Tonbandmitschnitte an.

Doch dies an sich einfache Problem, ein Tonband abzuschreiben und auf strafbare Äußerungen zu überprüfen, scheint für die Staatsanwaltschaft nahezu unlösbar:

Erst hieß es am 11.5.78, das offizielle Band sei kaum verständlich, weil immer wieder Polizeibeamte dazwischengesprochen hätten und gegen Ende die Batterien leer gewesen seien.

Am 13./14.5.78 erklärte die Staatsanwaltschaft, die Bänder seien jetzt in einem komplizierten technischen Verfahren gereinigt und man habe jetzt „fast alles"; allerdings könne man noch nicht sagen, wie lange die „Prüfung" dauern werde ...

Und so geht's weiter:

1.6.: „*Rechtliche Konsequenzen ... könnten sich für die Staatsanwaltschaft allerdings erst aus der näheren Prüfung sowohl der Abschrift als auch der Bänder selbst ergeben*" („Göttinger Tageblatt", 1.6.78).

7.6.: „*Rechtliche Schritte noch nicht abzusehen*" ... „*rechtliche Prüfung fast abgeschlossen*" („GT", 7.6.78).

Sieben Wochen nach dem Faschistenaufmarsch kann die Staatsanwaltschaft immer noch keine klare Auskunft geben!

Die „Ermittlungen" gegen die NPD werden übrigens von demselben Leitenden Staatsanwalt Kutzer, geführt, der am 13.5.78 die Teilnehmer eines Nazi-Treffens in Bad Schwarzfeld/ Harz kontrollieren ließ, die Nazis nach der Polizeiaktion aber ungestört weiterfeiern ließ!

Angesichts dieser Ermittlungslage fordern wir unsere Leser auf, die Anzeige des „Fachschaftsrats Theologie" und des „Arbeitskreis Antifaschismus" durch Zusendung von gerichtsverwertbarem Material zu unterstützen. Das sind: Schriftliche Äußerungen von Dröse, Gerlach, Naumann; eigene Bandmitschnitte, beglaubigte Aussagen, Fotos (Naumann!) u.a.m. Die Hetz-Tiraden dieser drei sind keine Ausrutscher oder etwa Fragen des „politischen Stils". Das ist faschistischer Originalton.

Wir wollen, daß so etwas gestoppt wird -- und zwar gründlich!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Göttingen



Dröse



Gerlach

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 15.500
Erscheinungsweise: 14 tägig
Verkaufspreis: DM 2,00
Jahresabonnement: DM 47,50
Förderabonnement: DM 60,00

Verlagskonten:
Dresdner Bank
451 8378, J. Reents und
Postscheckkonto Hamburg
240 595, J. Reents

Bewaffnete Bande organisiert Steuerflucht

Der Kasseler "Privatdetektiv und Marktforschungsexperte" Gerd Mihm wurde im Mai dieses Jahres zu drei Jahren Freiheitsstrafe wegen Steuerhinterziehung und gemeintschaftlichem fortgesetztem Betrug verurteilt.

Es ist nicht das erste Mal, daß dieses "Unternehmen" unangenehm auffällt (siehe AK 29): Gerd Mihm, früher bei der amerikanischen Spionageabwehr CID, ließ seine Bande z.B. 1969 zur Bewachung des NPD-Parteitags anheuern.

Geschäfte machte Mihm mit "Industrieobjektschutz" und "Bekämpfung von Industriespionage". 40 "Spezialagenten" Mihms arbeiteten schon 1973 unerkannt in mehreren Betrieben. Sie sind an Waffen und in Karate ausgebildet. Über diesen "harten Kern" hinaus führte Mihm nach eigenen Angaben damals weitere 5000 Zeitagenten - *"das sind zuverlässige angesehene Mitbürger"* (Mihm).

Im Archiv der "Firma" lagerten 1973 Akten über 20 000 Personen mit Informationen bis in die intimsten Bereiche. Diese Akten stehen auch dem VS zur Verfügung.

Auch die Bundeswehr war mit von der Partie. Mihm-Chef-Ausbilder Schiemann ist Feldwebel der Bundeswehr, Zeitsoldat auf acht Jahre. Bei Mihm werden Leute vom "Bund" und Grenzschutz bevorzugt eingestellt.

Gegen den Aufbau der Mihm-Bande wurde bisher vom Staat nichts unternommen. Im Gegenteil: Der Ober-Bürgermeister von Kassel genehmigte offiziell die Benutzung des städtischen Schießstandes für Mihm!

Bei dem jetzigen Prozeß stellte sich heraus, daß das Repertoire der Mihm-Bande noch weiter reicht: zwischen 1971 und 1973 kassierte Mihm von den Möbelwerken Stammschroer aus Bad Lippspringe 7 Mio DM, angeblich für Marktforschungsaufträge; tatsächlich jedoch schaffte Mihm einen großen Teil des Geldes für Wilhelm und Richard Stammschroer in die Schweiz. Dabei versuchte Mihm, 4,3 Mio DM Steuern zu hinterziehen für die Möbelwerke Stammschroer. Das brachte ihn jetzt in den Knast.

Antifa-Kommissio
KB/Gruppe Hamburg

Lebenslauf eines Nazi-Terroristen

Der zur Zeit wegen Vorbereitung von Bombenanschlägen in U-Haft einsitzende Nazi-Terrorist Frank Stubbemann („Hansa"-Bande) war früher Mitglied im „**Stahlhelm**".

Dies geht aus einem Artikel von Stubbemann in der Nazi-Jugendzeitung „Mut" (April '75) hervor, in dem Stubbemann seine Aktivitäten am Bremer „Gymnasium am Barkhof" beschreibt.

Damit ergibt sich folgender Lebenslauf dieses Nazi-Terroristen:

Als Schüler – nach eigenen Aussagen – Mitglied und Funktionsträter (Delegierter) der CDU-Jugendorganisation JU; kurz vor dem Abitur Eintritt in den „Stahlhelm". Unter der Anleitung des Bremer „Stahlhelm"-Führers **Hans Hertel** gründet Stubbemann während seiner Bremer Bundeswehrzeit die „**NRAF**" („**Nationalrevolutionäre Arbeiterfront**"), die heute eng mit der Hamburger „Hansa"-Bande zusammenarbeitet.

1977 Beginn des Studiums in Kiel; „Aufbaubeauftragter" der „ANS" (= „Hansa"-Bande) in Schleswig-Holstein; dort wird Stubbemann in den JN-Landesvorstand gewählt, ohne NPD-Mitglied zu sein. Die Wahl wird von der NPD nicht anerkannt. Ende 77 klaut Stubbemann 670 g Natriumcyanid, angeblich, um die Wachmannschaft im Spandauer Militärgefängnis zu vergiften und Heß zu befreien. **Er kommt mit einer Geldstrafe davon.** Im Mai 78 wird Stubbemann gemeinsam mit Peter Teuffert (ebenfalls „ANS" Kiel) verhaftet; ihnen wird u.a. die Vorbereitung eines Bombenanschlags auf ein KBW-Büro vorgeworfen.

Stubbemann ist ein weiteres Beispiel dafür, daß die Nazi-Terror-Banden ihre Ausbildung in den „legalen" rechtsradikalen Organisationen und Faschistenvereinen erhalten haben. Besonders makaber dabei ist, daß der „Stahlhelm", immerhin eine der Organisationen um Freys „Nationalzeitung", seit einger Zeit in den offiziellen Verfassungsschutzberichten gar nicht mehr in die Liste rechtsradikaler Organisationen aufgenommen wird!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Deutsche Nazis in Brasilien

Die Festnahme des stellvertretenden Kommandanten des NS-Vernichtungslagers Sobibor, Gustav Franz Wagner, in Brasilien zieht Kreise (vgl. AK 131).

Mittlerweile stellten bzw. erwägen fünf Länder einen Auslieferungsantrag. Österreich und die Bundesrepublik haben ihn schon gestellt, Polen und Israel werden ihn möglicherweise stellen, und auch der Libanon überlegt ein Auslieferungsersuchen, da Wagner in Brasilien einen libanesischen Paß benutzte.

Wagner selbst, der die ihm zur Last gelegten Verbrechen bestreitet, möchte selbstverständlich am liebsten in die BRD ausgeliefert werden – wohl in der Überlegung, daß ihm dort noch am wenigsten passieren dürfte.

„Hitlergeburtstag" in Itatiaia

Ausgelöst wurde die Fahndung nach Wagner durch das Bekanntwerden von Fotos einer „Hitlergeburtstagsfeier" am 20.4.78 in Itatiaia (Brasilien), zu der eine „Deutsch-Völkische Gemeinschaft" eingeladen hatte.

Ein Bild dieser Feier hatte Wiesenthal als angebliches „Fahndungsfoto" an die Presse gegeben, um Wagner zu verunsichern. Tatsächlich stellt dieses Bild aber nicht Wagner dar, sondern **Hans-Werner Schütte** aus Niedersachsen (Lüchow), einen in der westdeutschen Nazi-Szene wohnbekannten Freund von Manfred Roeder und Thies Christophersen. Wagner selbst hat an dieser „Feier" wohl gar nicht selbst teilgenommen.

Roeder in Brasilien?

Wie aus der im „Spiegel" 24/78 veröffentlichten Teilnehmerliste des Treffens hervorgeht, waren dabei nicht nur „alte Kameraden" anwesend:

Neben dem schon erwähnten Hans-Werner Schütte aus Lüchow war auch seine Frau Renate-Gisela Schütte mit von der Partie. **Diese Renate Schütte war in der BRD u.a. am 26.2.78 in Hamburg-Lurup als Teilnehmerin eines bundesweiten Treffens der „NSDAP"-Nazis zugegen und ist die Haus- und Hof-Dichterin der neuen Nazi-Banden.**

Ebenfalls Teilnehmer des Treffens war ein angeblicher **Manfred Ricardo Kurt Roeder** aus Bremen, in dem die VVN-Zeitung „die tat" eben den steckbrieflich gesuchten Manfred Roeder zu erkennen glaubt. Tatsächlich gibt es in Bremen keinen Mann dieses Namens, und allein die Anwesenheit des Ehepaars Schütte ist ein mehr als deutliches Indiz für diese Vermutung. Ein weiteres Indiz ist die Tatsache, daß in Itatiaia haufenweise das Material der „NSDAP/AO" auslag.

Angesichts derartiger Zusammenhänge zwischen den westdeutschen „NSDAP"-Propagandisten und ihren lateinamerikanischen Freunden könnte es durchaus mehr als nur Zufall sein, daß die einladende brasilianische „Deutsch-Völkische Gemeinschaft" denselben Namen trägt wie eine der rührigsten westdeutschen Nazi-Gruppen, die „DVG" des **Werner Braun** aus Karlsruhe.

Nazis in Lateinamerika wieder aktiv

Es ist kein Geheimnis, daß Südamerika ein bevorzugter Zufluchtsort für eine ganze Reihe von NS-Verbrechern ist.

– So soll der SS-„Arzt" Josef Mengele „Berater" der Regierung von Paraguay bei der Ausrottung von Indianern sein;

– So ist der SS-Mann Walter Rauffs einer der Folterspezialisten der chilenischen DINA;

– So konnte der SS-Verbrecher Eduard Roschmann ebenfalls in Südamerika untertauchen;

– So wurden in Südamerika u.a. Eichmann und der Vorgesetzte Wagners, Koch, von Wiesenthal aufgespürt.

Interessant ist auch, daß zwei der bekanntesten westdeutschen Neonazis, **Rudel** und **Wilfried van Owen**, lange Zeit es vorgezogen haben, in Argentinien zu leben, bevor sie wieder als rechtsradikale Propagandisten in der BRD tätig wurden:

Wilfried van Owen, Goebbels-Adjutant, hatte jahrelang den deutschsprachigen „La-Plata-Ruf" herausgegeben, in dem u.a. äußerst positiv über die Umtriebe Roeders und Christophersens berichtet wurde. Heute ist Owen einer der Propagandisten von Frey's „Nationalzeitung". Rudel, ebenfalls einer der „Stars" um Frey, ist bevorzugter Gast der „Wiking-Jugend". Er war maßgeblich am Aufbau der argentinischen Luftfahrtindustrie beteiligt.

Sollte Roeder, nach dem inzwischen durch Interpol gefahndet wird, tatsächlich in Südamerika sein, hat er sich seine Umgebung mit Bedacht ausgewählt!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Einer der Teilnehmer in Itatiaia... Ist das der Nazi-Bandit Manfred Roeder? (Foto aus „tat", 16.6.78).

So seh'n uns die Faschisten

„Trend", Zeitung des faschistischen „Unabhängigen Schüler-Bundes" (USB) beschäftigt sich in einer ihrer letzten Ausgaben mit dem Kommunistischen Bund. Es heißt dort u.a.:

„Der KB ist eine unerfreuliche Krebszelle, die dem Staat noch sehr zu schaffen machen wird". (Aber klar doch!!). – *„Der KB ist natürlich überall dabei, wo es gilt, Deutschland zu verleumden und vor allem im Ausland noch vorhandene antideutsche Komplexe zu verstärken und wiederzubeleben".* – *„Die Presse und der Verfassungsschutz behaupten, der KB sei maoistisch orientiert. Er vertritt allerdings in allen wesentlichen Punkte – innen- wie außenpolitisch – Moskau-kommunistische Interessen: Er betätigt sich als ‚DDR'-Schutzverein...; er bekämpft die (nur zu berechtigte) chinesische ‚Theorie vom Sozialimperialismus der Sowjetunion' ... Mit Mao im Munde, aber mit Breschnew im Bunde – dies ist wohl die beste Kurzcharakterisierung des KB!"* (Ja, das ist wirklich so toll formuliert, daß man es demnächst womöglich auch in der „Roten Fahne" lesen kann!). – **„Keine andere linke Gruppe verfügt über eine derartig materialreiche und arbeitsintensiv hergestellte Zeitung wie der KB! Wer bezahlt diese Handlanger des Bolschewismus ...? Sicher nicht Albanien!"** Das ist leider wahr.

Der USB steht dem „radikalen", d.h. kriminell-nazistischen Teil der NPD-Jugendroganisation JN sehr nahe und ist mit der JN personell engverfilzt. Es fällt auf, daß diese Jungnazis in ihren Formulierungen und teilweise auch inhaltlich von der rechtsradikalen Provokateurstruppe „MLD" („Marxisten-Leninisten Deutschland") und deren Publikationen beeinflußt sind. So wächst sie heran, die „antihegemonistische Einheitsfront".

Ein neuer ›Anti-Komintern-Pakt‹?

Ende April/Anfang Mai fand der 11. Jahreskongreß der **„Anti-Kommunistischen Welt-Liga"** in Washington/USA statt. Eingefunden hatten sich *„über 400 Delegierte und Gäste aus mehr als 70 Ländern"*. Von US-Senator McLure begrüßt und im Senats-Gebäude bewirtet, befaßten sich die *„Professoren und Generale, kirchlichen Würdenträger und buddhistischen Mönche, Botschafter und Minister, Publizisten und Parteiführer"* mit der *„Strategie und Taktik der Abwehr des Kommunismus auf nationaler und internationaler Ebene"*.

Man war sich einig, daß ein Hauptproblem *„die Abwehr eines weiteren Vordringens des Sowjetimperialismus, besonders in Afrika"* sei.

Zweifellos am rechten Platz war da einer der BRD-Gäste, der CSU-Abgeordnete **Graf Hans Huyn**. Er hielt einen Vortrag über den „Eurokommunismus" und die *„gegenwärtige Detente-Politik und Aufweichtaktik von Brandt, Wehner und Genossen"*. Huyn ist u.a. auch bei der letztjährigen Südafrika-Tagung des von dem rechtsradikalen Blatt **„Nation Europa"** organisierten „Hilfskomitee Südliches Afrika" aufgetreten. Und wieder war Huyn auch in Wahington in Alt- bzw. Neonazi-Umgebung: Ein weiterer BRD-Vertreter war **Heinrich Härtle**, Alt-Nazi seit seiner Studentenzeit im „Dritten Reich", heute heimisch im Umkreis von „Stahlhelm", NPD, „Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes" (DKEG) u.ä. usw. (Alle Zitate aus seinem Bericht im DKEG-Blatt „Klüter-Blätter" 6/78). Härtle erinnerte an die Tradition des faschistischen „Anti-Komintern-Pakts". (Zitate laut einem Bericht der DKEG – „Klüter-Blätter" Nr. 6/78).

Anfang Juni versammelte sich ein anderer Kreis von Antikommunisten in Brighton/England: Geschäftsleute und „Persönlichkeiten" aus Südkorea, den Philippinen, Thailand, Japan, Italien, Frankreich, der BRD, Großbritannien und den USA berieten die mögliche Gründung einer Anti-Kommunistischen Weltorganisation *„zur Verteidigung der Freiheit und der freien Marktwirtschaft"*. U.a. wurde an eine neue Verteidigungs-Organisation für den Pazifik-Raum gedacht und der Neuaufbau eines westlichen Geheimdienstes gefordert, der die „Zerstörung des CIA" (?) aufwiegen solle (Angaben nach „Le Monde", 9.6.78).

Daß es hierbei nicht bloß um antikommunistische Sektierer geht, wird daraus deutlich, daß an der Konferenz Leute wie der ehemalige Chef der südafrikanischen Armee, Admiral Johnson, und der britische Ex-Geheimdienst-Chef Bailly teilnahmen. Weiterhin waren Vertreter der britischen ITT-Tochter, der Großbank „National Westminster Bank" und der „British American Tobacco" anwesend.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

von Brandt, Wehner und Genossen". Italien, Frankreich, der BRD, Groß- KB/Gruppe Hamburg

Nazis und Science Fiction

Seit geraumer Zeit findet innerhalb der **„Aktivgruppe Science Fiction"** (AGSF) eine Auseinandersetzung darüber statt, ob **Christian Worch, „Stellvertretender Gauleiter" und Chefideologe der nazistischen „Hansa"-Bande**, weiterhin sein Unwesen innerhalb der „Fandoms" treiben kann.

„Fandom" – das heißt soviel wie „Reich der Fans" und bezeichnet die Gesamtheit der Fan-Clubs der verschiedenen Sparten der Science-Fiction-Literatur.

In dieser Szene tummelt sich seit längerem Christian Worch. Er ist nicht nur Herausgeber eines in Fan-Kreisen gehandelten Blatts „Der Intrigant", sondern ist mit seinen Fantasy-Geschichten (eine spezielle – meist faschistoid getönte – Abart der Science Fiction) in mehreren Science Fiction und Fantasy-Clubs aktiv.

So auch in der „Arbeitsgemeinschaft für spekulative und fantastische Literatur" (AGSF). Als dort die Nazi-Umtriebe des Christian Worch von antifaschistischen Mitgliedern zur Sprache gebracht wurden, reagierte Worch mit Einschüchterung: Bei verschiedenen Treffen legte er provokativ eine Pistole auf den Tisch und stieß Morddrohungen gegen diese Mitglieder aus.

Am 11.2.78 sollte auf einer Versammlung der AGSF in Göttingen (an diesem Tag sollte auch ein NPD-Aufmarsch in Göttingen stattfinden) Worch deshalb ausgeschlossen werden, doch er hatte vorgebaut: Er erschien mit Nazi-Kumpanen aus der „Fandom"-Szene und konnte darüber hinaus Stimmübertragungen von zwölf weiteren Fandom-Aktivisten vorweisen, die – ohne selbst anwesend zu sein – dem Nazi Worch dadurch die Möglichkeit gaben, seinen Ausschluß zu verhindern.

Schon vorher hatte Worch angekündigt, er werde mit der gesamten „Hansa"-Bande (ANS) anreisen (sie erschien nicht). Nach seinem „Sieg von Göttingen", wie er es nannte, teilte Worch mit, daß er die Fotos sämtlicher Mitglieder, die für seinen Ausschluß plädiert hatten, dem ANS-Archiv zugeleitet habe.

Worch – kein Einzelfall

Worchs Umtriebe stehen in der SF-Szene beileibe nicht allein. So beschimpfte **Rene Franco Honke** in dem von Worch herausgegebenen Fan-Blatt „Der Intrigant" antifaschistische SF-Fans als Untermenschen, die ins KZ gehörten.

Honke bezeichnet sich selbst als **Mitglied der Westberliner „NSDAP"** und ist außerdem – und jetzt wirds interessant – **Gründer des „Perry Rhodan Club Deutschland"**, unter dessen Leitung der **Pabel-Verlag** – größter Verleger von SF-Literatur in der BRD – alle westdeutschen Clubs gerne vereinigt sehen würde!

Es erscheint uns alles andere als Zufall oder „Randerscheinung", wenn Nazi-Kreise im „Fandom" aktiv werden. Tatsächlich vermitteln viele SF- oder Fantasy-Veröffentlichungen faschistoides und aggressiv-imperialistisches Gedankengut.

Daß im „Fandom" kein Platz für Demokraten ist, mußte diese schon 1970 auf einem „Science-Fiction Weltkongreß" in Heidelberg erfahren: Als dort eine Resolution gegen den Vietnamkrieg eingebracht wurde, gingen die amerikanischen SF-Anhänger mit Schlagringen gegen die Demokraten vor.

Wir fordern alle AK-Leser und Antifaschisten auf, eventuelle Kenntnisse über diese Szene zur Verfügung zu stellen. Insbesondere benötigen wir noch weiteres Material (Fan-Magazine, Korrespondenzen etc.).

Genossen aus Köln/Mönchengladbach und Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



In dieser Heftserie schreibt „Hansa"-Nazi Christian („Chris")Worch

John-Jahr-Verlag wirbt in der Nazi-Presse

Kaum hat auf Antrag der Bundesfamilienministerin Antje Huber die „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften" fünf Bände der im John-Jahr-Verlag erschienen Nachdrucke der NS-Wehrmachtszeitung „Signal" auf den Index gesetzt („Welt", 10.6.78), kommt dieser Verlag schon wieder mit einer neuen „Dokumentation" auf den Markt: **„Die Kriegsmarine, Original-Nachdruck der Illustrierten der deutschen Kriegsmarine".**

Besondere Note dabei: Der „Verlag für Geschichtliche Dokumentation", Unterabteilung des John-Jahr-Verlags, hat gleich zwei führende rechtsradikale Zeitungen als besondere Werbeträger für diese „Dokumentation" gewählt: So vertreibt der „Buchdienst" der **„Nation Europa"** dieses Machwerk, und der Juni-Ausgabe der **SS-Zeitung „Der Freiwillige"** liegt ein mehrfarbiger, großformatiger Prospekt des John-Jahr-Verlags bei.

Man erinnert sich: Als der John-Jahr-Verlag vor Jahren seine Nazi-„Dokumentationsreihen" begann („Das Dritte Reich", „Der zweite Weltkrieg" etc.), wollte er eine öffentliche Propagandakampagne mit Hakenkreuzfähnchen an allen Kiosken inszenieren. Das wurde ihm damals verboten. Heute hat er sein Publikum auch ohne Hakenkreuzfahnen, aber genauso zielsicher gefunden.

Es ist an der Zeit, daß sämtliche derartige „Dokumentationen" nicht nur als jugendgefährdend „indiziert" werden, sondern generell verboten werden!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Pfingst-Treffen der Nazis in Scharfeld: Schwamm drüber?

Am 15.5. wurde in Scharzfeld/Harz eine Polizeiaktion durchgeführt, die sogleich in Funk und Presse „groß" verbreitet wurde: Bei einem von dem Blatt „Unabhängige Nachrichten" - „UN" organisierten Pfingst-Treffen von etwa 400 Leuten (Leser der „UN" und Freunde) wurden verschiedene Nazi-Zeitungen beschlagnahmt.

Nach dieser „Großrazzia" (fünf Staatsanwälte, 30 Kripobeamte, 60 Polizisten) *„setzten die Nazis ihr Treffen mit markigen Liedern, Bier und hausgemachtem Gulasch fort"* („Bild", 16.5.78). Die „UN" verbreitete dazu in einem Extra-Blatt folgende Version: *„Am Sonnabendmittag tauchten (bei uns) unangemeldet und (für uns) unvorhergesehen ein Dutzend junger Leute auf, die schlagartig uns unbekannte Druckschriften verteilten und überall niederlegten"*. Von Polizei und Staatsanwaltschaft wurde diese Mär von der kleinen Gruppe Nazis, mit denen die „UN" und die „UN"-Gäste überhaupt nichts zu tun gehabt hätten, übernommen. Über die ersten Informationen hinaus sind seitdem amtlicherseits keinerlei weitere Angaben über Inhalt und personelle Zusammensetzung des „UN"-Treffens bekanntgegeben worden. Von irgendwelchen weiteren polizeilichen oder staatsanwältlichen Aktivitäten ist ebenso keine Rede (siehe AK 129 und 130).

Ein Blick in das Programm der „Pfingsttage" genügt jedoch, um zu erkennen, welches Kaliber das Treffen hatte. Neben den „UN"-Offiziellen **Martin Voigt, Hans W. Schimmelpfeng** und Werner Gebhardt waren da:

– **Dr. H. G. Amsel** – Amsel ist Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats" der rassistischen **„Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung"** (Chef: J. Rieger, NPD-Rechtsanwalt in Hamburg).

– **Roland Bohlinger** – Bohlinger ist Kompagnon des ebenfalls in Scharzfeld aufgetretenen **Walther Soyka**. Beide arbeiten als „Lebensschützer" zusammen, wobei sie sich auf die Spintisierereien der rechtsradikalen „Ludendorffer" berufen. Bohlinger betreibt (unter dem Namen seiner Frau) einen Buchladen und -versand, in dem das gesamte neonazistische Spektrum vertreten ist.

– **Thies Christophersen** (Verfasser der berüchtigten antisemitischen Hetzschrift „Auschwitz-Lüge"), bereits im Vorjahr in Scharzfeld dabei, leitete diesmal alle Veranstaltungen am 11. Mai und managte am 13.5. einen Arbeitskreis.

– **Adolf Hoops** sprach am 11.5. über „Biologischen Landbau – leicht gemacht"; er gehört seit Jahren zu den Tagungsteilnehmern und engsten Bekannten Christophersens.

– **Matthias Haidn** – ab 1935 Leiter der „Reichshauptabteilung I" im Nazi-„Reichsnährstand", ab 1940 im Zentralbüro der „Deutschen Arbeits-Front". Heute Chef des **„Deutschen Landbund"** mit engen Kontakten zu Christophersen.

– **Lorenz Held** – er ist Redaktionsleiter des von der rechtsradikalen **„Vereinigung Deutsche Nationalversammlung"** (VDNV) herausgegebenen Blattes „Deutschland". Held ist auch Vorstandsmitglied der VDNV.

– **Dr. Erich Siefert** – er war schon 1974 bei einer „Bauernschaft"-Tagung Gast Christophersens. Er hat Kontakt zum WSL.

– **Dr. Wilhelm Stäglich**, Hamburg, behandelte am 13.5. „Die westdeutsche Justiz und die sogenannten NS-Gewaltverbrechen". Stäglich mußte vor ein paar Jahren wegen seiner Rechtfertigung und Beschönigung von Nazi-Verbrechen (er ist übrigens Alt-NPD-Mitglied) als Richter in Hamburg abtreten; er hat Kontakt zu Christophersen, Schönborn, Roeder, Walendy und Co.

– **Udo Walendy**, langjähriger NPD-Spezialist für die Leugnung von Nazi-Verbrechen.

Diese (unvollständige) Liste offizieller Teilnehmer von Scharzfeld widerlegt eindeutig die Lüge, das Treffen habe nichts mit Neonazis zu tun gehabt. Im Gegenteil: Besonders der Schönborn/Christophersen/Roeder-Kreis, der seit Jahren die Rehabilitierung des Nazismus und Antisemitismus betreibt und der bei der Sammlung einer neuen „NSDAP" mit von der Partie ist, dominierte in Scharzfeld.



Kein Wunder also, daß sich auch der Hamburger „Hansa"-Chef Michael Kühnen mit seiner Schläger-Truppe in Scharzfeld einfand und daß gerade die „NSDAP"-Propagandablätter wie „NS-Kampfruf", „Wille und Weg" usw. dort auftauchten.

Daß bei derartigen Faschistentreffen – ähnlich wie bei den „Bauernschaftstagungen" des Auschwitz-Lügners Thies Christophersen – eine gewisse Seriösität erwünscht ist und daß die Veranstalter dort die „Hansa"-Bande vielleicht wirklich nicht gern gesehen haben, mag schon sein. Daraus aber zu schlußfolgern, die versammelten „seriösen" Herrschaften hätten mit den kriminellen Nazi-Banden nichts zu tun, ist dumm oder unverschämt. Es ist bezeichnend, daß Polizei und Justiz diese Version unterstützen und sich überhaupt weigern, den Teilnehmerkreis des Treffens **(und dessen eindeutig beweisbare Verbindungen zur Nazi-Szene!!)** offenzulegen.

Ebenso ungeheuerlich ist das, was sich amtliche Stellen in Scharzfeld inzwischen an direkter Beschönigung und Verteidigung des Faschisten-Treffens geleistet haben. Den Vogel schoß dabei der Bürgermeister Köchermann (CDU) mit der Behauptung ab: **„Das waren keine Rechtsradikalen, sondern Flüchtlinge aus dem Osten, die haben sich anständig benommen und in Scharzfeld ihr Geld gelassen"** („Harz-Kurier", 9.6.).

Köchermann hatte neben Hildegard Bacher (CDU) und Walter Kulke (SPD) zum offiziellen Empfangskomitee für die „400 Gäste" gehört.

Inzwischen bestätigte SPD-Mitglied Walter Kulke, Vorsitzender des Herzberger Verkehrsvereins und Leiter der Scharzfelder Verwaltungsaußenstelle der Stadt Herzberg, daß er die gesamte Quartiervermittlung für die Faschisten organisiert hat.

Köchermann richtet immer noch den Vorwurf an die Göttinger Staatsanwaltschaft, daß die Polizeiaktion die ganze Sache unnötig hochgespielt habe und daß die Faschisten die angenehmsten Gäste gewesen seien, die man in Scharzfeld bisher gehabt habe.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg und Göttingen

Narrenfreiheit für Todesschützen in Uniform

Jetzt, über ein Jahr nach seinem Todesschuß auf den Schäfer H. Schlaudraff, wurde Peter Biesterfeld, Leibwächter von BKA-Chef Herold, „verurteilt". Strafmildernd wurde ihm die „Hektik der Terroristenfahndung" zugute gehalten. Biesterfeld kam mit drei Monaten auf Bewährung davon! Außerdem wurde er in den Innendienst versetzt.

Vielleicht läßt sich aus der Tatsache, daß Biesterfeld Herolds Leibwächter war (eine Tatsache, die erst jetzt im Prozeß bekannt wurde!) die „Hektik" erklären, die von Bullenseite vor einem Jahr an den Tag gelegt wurde:

Direkt nach der Erschießung Schlaudraffs während einer „Großfahndung" wurde die Beifahrerin I. Winsche, deren Kleidung noch voller Blutspritzer war, von Idstein nach Wiesbaden gefahren und in mehreren Dienststellen (darunter wohl auch dem BKA?) die ganze Nacht über „verhört". Die Befragung gipfelte in dem Ansinnen: *„Ich sollte aussagen, daß der Polizist, der den Schuß abgegeben hat, wegen des Mordes an Generalbundesanwalt Buback sichtlich nervös gewesen ist"* („DVZ", 28.4.77).

Bemerkenswert ist auch, daß Biesterfeld sich erst drei Wochen nach der Erschießung Schlaudraffs überhaupt zu dem Fall äußern mußte.

Da wird doch nicht etwa die schützende Hand von Herold im Spiel gewesen sein, um möglichst Gras über den Fall wachsen zu lassen, so daß es jetzt auch zu einer derart milden „Strafe" kommen konnte?

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

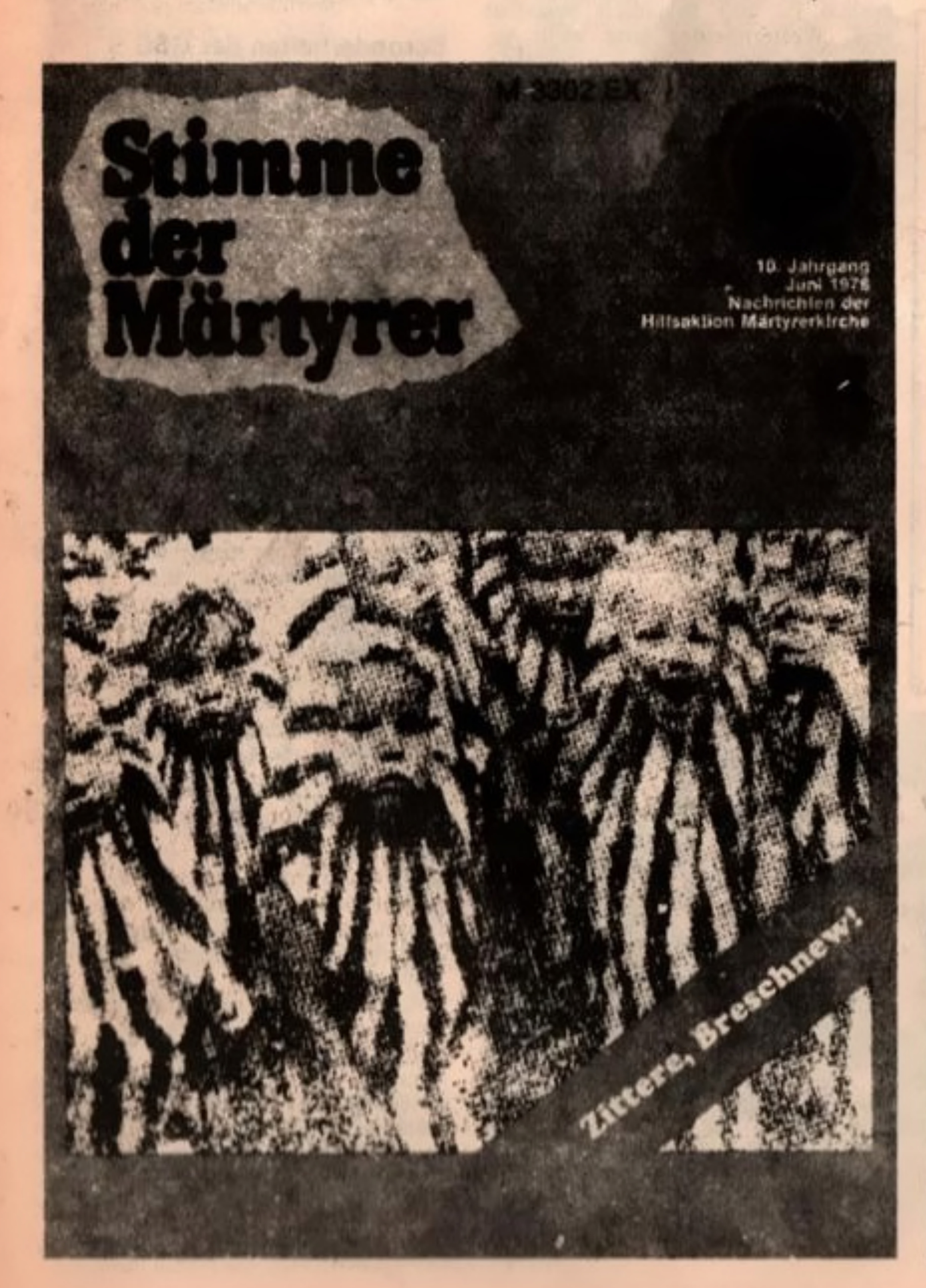
So fälschen die Faschisten

Die „UZ" deckte am 23.6. eine grobe Fälschung des Blattes „Stimme der Märtyrer", Organ der „Hilfsaktion Märtyrerkirche" (HMK) auf: Sie hatte auf der Titelseite ihrer Juni-Ausgabe ein Foto von Kleinkindern in gestreiften Mäntelchen abgedruckt und dazu geschrieben: *„Kinder in Häftlingskleidung. Ein aus einem Sowjet-KZ in der UdSSR geschmuggeltes Bild. Die Kinder wurden im Lager geboren und wachsen dort auf, bis die Eltern einmal entlassen werden"*.

Die „UZ" enthüllt, daß dieses Foto ursprünglich am 22.11.76 von der DDR-Nachrichtenagentur ADN veröffentlicht wurde: **Es zeigt Kinder einer „Krippe" in der DDR, die sich nach einem Planschbad in Frottee-Mäntelchen gehüllt haben!** Die „UZ" veröffentlicht als Beleg auch das Original-Foto, das von der HMK sichtlich auf unscharf getrimmt wurde (so, wie man sich eben ein „herausgeschmuggeltes" Foto vorstellt).

Der „UZ" ist - unbeschadet unserer bekannten Haltung zum „realen Sozialismus" – zuzustimmen, wenn sie schreibt, daß solche Fälschungen seitens reaktionärer „Menschenrechtler" häufig vorkommen. Nicht recht hat sie, wenn sie den Eindruck erwecken möchte, als beruhe j e d e Kritik am „realen Sozialismus" auf solchen Fälschungen. Daß Biermann ausgewiesen wurde, daß Bahro im Knast sitzt seit Monaten – d a s beispielsweise sind gewiß keine Fälschungen.

Ein Hinweis, der in der „UZ" leider fehlt: Wir haben in AK 131 detailliert enthüllt, daß verschiedene leitende Figuren der HMK gleichzeitig Führungspositionen im sogenannten **„Brüsewitz-Zentrum"** haben, wo prominente CDU/CSU-Funktionäre mit ihnen zusammenarbeiten. Das Organ des „Brüsewitz-Zentrums" wird beim HMK-Verlag gedruckt und herausgegeben. Die HMK ist eine klar faschistische Organisation, die u. a. den faschistischen Putsch in Chile mit einem Grußtelegramm an Pinochet begrüßte.



Austritt aus der VVN

Münster: Wir veröffentlichen hier Auszüge aus der Austrittserklärung eines ehemaligen Mitglieds der VVN-Münster vom Mai 78:

"Ich bin seit 1955 Mitglied der VVN. Ich wurde bei dieser Organisation Mitglied, weil auch ich Verfolgter des Naziregimes war und bleibende körperliche Schäden zurückbehielt. Seit einigen Jahren vollzieht sich innerhalb der VVN ein Wandel, der es überzeugten Antifaschisten immer weniger möglicht macht, in dieser Organisation noch ihre eigene zu sehen. Junge 'dynamische' DKP-Leute, die die Zeit des Hitlerfaschismus nie erlebt haben, spielen sich immer mehr in den Vordergrund und versuchen, die alten, erfahrenen Kameraden, die den Faschismus am eigenen Leib verspürt haben, an die Wand zu spielen. Mit der Behauptung, die jungen Kollegen sollten auch mal lernen, eine Widerstandsorganisation aufzubauen, werden diejenigen, die ihnen dies beibringen könnten, zum "alten Eisen" erklärt. Ein deutliches Beispiel für diese Politik: Ein alter Kamerad, der den Brückenverlag von Anfang an mit aufgebaut hat und inzwischen sein 50. Lebensjahr überschritten hat, wird aus "Altersgründen" zum Lagerhilfsarbeiter degradiert. Begründung: "Wir haben doch junge Kräfte, die das besser machen". (...)

Ich gehörte der VVN in Münster an. Dort war voriges Jahr ein neuer Vorsitzender "gewählt" worden, gegen den Widerstand der alten Kameraden. Dieser 'dynamische' Vorsitzende, zugleich Vorsitzender im Verband der Kriegsdienstverweigerer Münster sowie in den Landesvorstandssattel der VVN in Wattenscheid 1977 gehievt, Herr Michael Gems (....), der seit seiner "Wahl" keine Vereinsveranstaltung der VVN Münster mehr hat stattfinden lassen, brachte jüngst zu seiner "Entlastung" vor, daß ihn "Krankheit und die Tätigkeit für die Kriegsdienstverweigerer" völlig in Anspruch genommen hätten....

Dieser Michael Gems hat anläßlich einer öffentlichen Veranstaltung an der Universität Münster 1974 einen meiner besten Freunde zusammen mit seinen DKP-Schlägern zusammengeschlagen. Dieser Leistungsdrang äußerte sich auch in anderer Weise. So wollte er meine Mitgliedschaft in der VVN dadurch in Frage stellen, daß er fragte: "Was hast Du denn bisher schon für die VVN geleistet?" .–

Einige meiner Leistungen, für die ich mich wahrlich nicht zu schämen brauche, möchte ich hier in Erinnerung rufen: z.B. schon 1969 eine öffentliche Ausstellung mit Stelltafeln auf dem Servatiiplatz zu Münster über Widerstandskämpfer im Dritten Reich. 1970 Ausstellung im Jugendforum Greven über das Wirken der Faschisten und den antifaschistischen Kampf. Weitere Ausstellungen: 1971 im Evangelischen Studentenzentrum Bült (Münster) über das Wirken der Faschisten unter Einbeziehung ihres Terrors in Rußland. 1975 in der Kronenburg: eine ausführliche Darstellung des Wirkens der Faschisten in Münster und über den Widerstand im Freien Komitee Deutschlands, nebst zugehörigen Organisationen in der Sowjetunion, in Schweden und Südfrankreich. 1977 eine Ausstellung, worin besonders die "Lebensborn"-Politik und das Wirken faschistischer Ärzte im Dritten Reich aufs Korn genommen wurde, die sehr erfolgreich war und im alten Jugendzentrum Osnabrück (Lagerhalle) in verbesserter Form wiederholt wurde. (...)

Ich wurde vom Landesvorstand dreimal mit Ausschluß bedroht, dreimal schafften sie es nicht. Nun haben sie es in Münster geschafft, und zwar, indem sie dort faktisch die VVN auflösten. (...).

Trotz mehrfachen Ersuchens widerstand der Vorsitzende Gems dem Mitgliederwunsch, eine Versammlung durchzuführen. Stattdessen trat man mit der von der DKP eingerichteten Jugend-VVN als "VVN Münster" öffentlich in Erscheinung. Ja, man besaß die Frechheit, anläßlich der Stubenbrock-Veranstaltung 1977, bei der weder ich noch sonst ein altes VVN-Mitglied Münster teilnahm, einen Kranz niederzulegen und dabei Propaganda mit unserem Namen zu machen, ohne uns je danach gefragt zu haben. Alle Kollegen, deren Unterschriften auf diese Weise gefälscht worden waren, protestierten gegen diese Eigenmächtigkeit. Man nahm dies lediglich zur Kenntnis, so als wären wir entmündigt. Auch bekam unsere Kassiererin nie mehr Mitgliedsmarken zu sehen und erklärte, daß sie unter diesen Umständen nicht mehr mitmache.

Ein Teil der Kameraden erklärte daraufhin, daß sie nichts mehr mit der VVN zu tun hätten, da ja über 1 Jahr jede Tätigkeit geruht habe und sie nicht einmal mehr Beitragsmarken erhalten hätten (wofür der Landesverband verantwortlich ist). Damit ist faktisch die VVN Münster nicht mehr existent.

Inzwischen hat sich der Antifaschistische Arbeitskreis gebildet, der innerhalb kurzer Zeit (seit Oktober 1977) wesentlich größer geworden ist als die VVN und wofür sich inzwischen auch Jusos und Gewerkschaftsmitglieder interessieren.

Dem Faß den Boden schlug schließlich das besagte Rock-Festival am 14.Mai 1978 in Dortmund aus: Der Landesvorsitzende Hinz erklärte mir gegenüber, er habe gehört, daß ich die VVN in Münster auflösen wolle. Ich erklärte ihm daraufhin, daß dies ja gar nicht möglich sei, da die VVN Münster ja gar nicht mehr existiere. Es kam daraufhin zu einem heftigen Wortwechsel, in dessen Verlauf ich ihm vorwarf, daß er ein Lump ist. Dies hinwiederum veranlaßte ihn, mich mit 6 seiner Schutztruppe aus dem Saal entfernen zu lassen (den Ausdruck "Schutzstaffel" möchte ich mir noch sparen). Auch der Bochumer Vorsitzende hielt sich für berechtigt, sich in Münsteraner Angelegenheiten mischen zu dürfen, indem er arrogant erklärte: "Die Auflösung der VVN Münster werden Wir zu verhindern wissen". Ich weiß inzwischen zur Genüge wer diese 'Wir' sind: die revisionistischen Verräter von der DKP. Mit diesen Kreisen möchte ich nichts mehr zu tun haben, und daher habe ich diesen Abschnitt meines Lebens beendet.

Mein zukünftiges Wirken und meine weitere Tätigkeit werde ich dem Antifaschistischen Kreis und denen, die mit ihm zusammenarbeiten wollen, zur Verfügung stellen, ein Kreis, der noch nicht vom revisionistischen Sumpf erfaßt ist".

Aus dem Polizei-Alltag

Hamburg: Am 13.6. stoppte ein Streifenwagen den 44jährigen Hagen Palleske bei Elmshorn, weil ein Scheinwerfer nicht in Ordnung schien. Da die Bullen angeblich Alkohol rochen, nahmen sie ihn mit zur Wache. Dort wurde er von einem Bullen ins Gesicht geschlagen, was ihm vom Arzt bescheinigt wurde. Palleske: *„Als der Arzt weg war, klatschte mir plötzlich ein Gummiknüppel auf den Oberarm. Als ich beide Arme zur Abwehr hochriß, schlugen mindestens drei der vier Beamten auf mich ein."*

Der Hausarzt attestierte dem Geprügelten blaue, geschwollene Striemen: elf auf den Oberschenkeln, sechs an den Armen. Am Rücken ist die Haut aufgeplatzt

Palleske will die Elmshorner Bullen anklagen. Dazu der Leiter der Wache, Peter Klüver, kackfrech: **„Das kann für den Mann zum Bumerang werden. Denn eine wissentliche Falschbeschuldigung ist eine Straftat"** („Hamb. Morgenpost", 15.6.).

•

Westberlin: Beim Prozeß gegen die Agit-Drucker mußten die Besucher den Saal räumen, weil sie bei einem Verteidigerantrag Beifall geklatscht hatten. Noch im Treppenhaus - außerhalb des Blickfeldes der Richter - schlugen die Bullen und ein Gerichtswachtmeister mit Fäusten auf die Zuhörer ein, sodaß einer mit blutender Nase das Gericht verließ.

•

Köln: Am 6.6. *„kostete es den 66 jährigen gehbehinderten Koch Paul Hell das Leben, daß er es gewagt hatte, sich über die ihn störenden Lebensgewohnheiten des 28jährigen Polizisten Reinhard B. aus Dormagen zu beschweren. Polizeiobermeister B. schlug den 66jährigen nieder: Tod durch Gehirnblutung nach neun Stunden.*

Der Polizist darf weiter Dienst machen, denn der Staatsanwalt nannte das ‚Körperverletzung mit Todesfolge in einem minder schweren Fall' " („Rote Fahne", 14.6.).

•

Dortmund: Ein 58jähriger Mann war in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Der diensthabende Arzt schickte den Patienten jedoch zur „Ausnüchterung" ins Polizeipräsidium. Dort sei angeblich jede halbe Stunde nach dem Mann gesehen worden, bis ein Notarzt am 14.6. gegen drei Uhr früh den Tod feststellte.

Das Obduktionsergebnis steht noch aus, von einem Ermittlungsverfahren gegen die Bullen ist uns nichts bekannt.

•

bekannt.

•

Hagen: *„Das Schwurgericht Hagen hat einen 43 Jahre alten Polizeihauptmeister zu einer Freiheitsstrafe von eineinhalb Jahren, die zur Bewährung ausgesetzt wurde, verurteilt. Der Polizist, ein ehemaliger Amateurboxer, hatte am 24. Juli 1977 im Verlauf eines Einsatzes in einem Wohnhaus den türkischen Arbeiter Mustafa Kortan durch einen Fausthieb getötet"* („UZ", 20.6.78).

Antifa-Kommission Hamburg

•

Düsseldorf: Zu einem Jahr Gefängnis „auf Bewährung" wurde ein Kriminalhauptmeister verurteilt. Er hatte von 1975 bis 1977 insgesamt 2630 DM beschlagnahmte Gelder aus dem Panzerschrank des Diebstahldezernates gestohlen. Außerdem hatte er in einer Bar eine Zeche von 800 DM gemacht, die er mit ungedeckten Schecks bezahlt hatte.

Nachdem er seit Anfang dieses Jahres vom Dienst suspendiert war, muß er nun mit seiner Entlassung rechnen.

Ein anderer Kriminalobermeister hatte jahrelang einen Stapel Ermittlungsakten des Diebstahldezernates im Keller seiner Wohnung gelagert und nicht bearbeitet. Nachdem er in der 1. Instanz zu 3000 DM Geldstrafe verurteilt worden war, wurde er in der 2. Instanz freigesprochen; die Staatsanwaltschaft hatte 7 Monate „auf Bewährung" gefordert.

Der Freispruch war erfolgt, da seine „Behauptung, die Akten zu Hause bearbeiten und nicht etwa beiseite schaffen zu wollen, nicht widerlegt werden konnte. Er war vom Dienst suspendiert worden, außerdem läuft gegen ihn ein Disziplinarverfahren wegen privater Nutzung eines Dienstfahrzeuges (DN, 25.5.).

KB-Sympathisanten Düsseldorf



Ein imperialistischer Stoßtrupp der BRD

GSG 9

In der Vergangenheit haben wir, ebenso wie die meisten anderen Linken, den Aufbau der GSG 9 und der diversen „Sonderkommandos" in erster Linie als „vorbeugende" Vorbereitung der Bourgeoisie auf kommende Klassenkämpfe **in der BRD selbst verstanden**. Charakterisierungen wie „Bürgerkriegsarmee" u.ä. verdeutlichen das. Diese Sicht war einseitig. Schon die „Sonderkommandos" wie MEK, SEK usw. zielen auch auf den äußeren Einsatz im Zuge der „Germanisierung" Westeuropas. Die Aufgaben der GSG 9 und weiterer GSG-Einheiten gehen darüber noch hinaus. Schon der bloße Umfang der GSG-Einheiten zeigt, daß sie viel zu groß sind, um nur gegen Geiselentführungen im Inland oder auch im Ausland eingesetzt zu werden. Ausbildung, Struktur und Einsatzkonzeption, ebenso wie die bisher praktizierten Einsätze, weisen daraufhin, daß die GSG-Einheiten auf **Stoßtrupp-Unternehmen vor allem im Ausland** abzielen, vergleichbar der Fremdenlegion Frankreichs oder ähnlichen imperialistischen Sondertruppen. Nach ihrem Einsatz in Mogadishu im Oktober 1977 wurde die GSG 9 nicht nur in der BRD als »Helden der Nation« gefeiert, sondern auch international als eine der besten »Anti-Terror«- Einheiten gefeiert. Bis heute haben sich über 40 Länder an GSG 9-Chef Wegener gewandt, um sich beim Aufbau von Kommandos nach dem Vorbild der GSG 9 beraten zu lassen.

Der „vorbeugende" charakter westdeutscher Polizei-Aufrüstung wurde uns bisher wesentlich für die Innen-Politik gesehen. Stellt man die GSG 9-Verbände dagegen auch in den außen politischen Zusammenhang, dann wird die Perspektive des westdeutschen Imperialismus viel unmittelbarer. Die „RAF"-Theoretiker und ihre Nachfolger, die „Counters", haben den Fehler gemacht, das „Vorbeugende" der BRD-Aufrüstung überhaupt zu unterschätzen und nur als Reaktion des Staates auf ihre „Stadtguerilla" zu interpretieren. Das wurde durch die bürgerliche Propaganda unterstützt, ist aber eine Selbstüberschätzung. Demgegenüber haben wir nur die Aufrüstung gegen die kommenden **Klassenkämpfe im Inland** gesehen und dabei die **außenpolitischen** Ambitionen des BRD-Imperialismus unterschätzt, die zudem rascher zur Realisierung zu kommen scheinen, als wir bisher annahmen.

1972: GSG 9 und „Sonderkommandos" werden aufgestellt

Die offizielle Geschichte der GSG 9 beginnt im September 1972, unmittelbar nach den Vorfällen von Fürstenfeldbruck, bei denen die arabischen Entführer samt Geiseln während der Polizeiaktion getötet wurden. Die Polizeistrategen nahmen den Vorfall zum Anlaß, von einer *„Lücke im Sicherheitssystem der Bundesrepublik"* zu sprechen. *„Die vorhandenen Kräfte waren mit ihren konventionellen Mitteln und den üblichen Verfahren nicht in der Lage, Aktionen terroristischer Täter wirksam zu bekämpfen"* („loyal", S.6). Eine Analyse des „neuen Gegners" ergab:

- *„Das Fehlen eines speziellen, gegen den Terrorismus eingesetzten nachrichtendienstlichen Aufklärungsapparats als Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfung.*
- *Das Nichtvorhandensein von Spezialeinheiten mit unkonventionell und hart ausgebildetem, ausgesuchtem Personal, das auf den Auftrag motiviert war.*
- *Mängel in der Ausrüstung und Bewaffnung.*
- *Das Fehlen taktischer Konzepte"* („loyal", S.7).

Konsequenz war der Erlaß des damaligen Bundesinnenministers Genscher zum Aufbau von Spezial-Einheiten des Bundes und der Länder zur „Terrorismusbekämpfung", wobei der GSG9 eine besondere Rolle zugemessen wurde.Die GSG9 untersteht direkt dem Innenministerium des Bundes und ist *„zur Erfüllung polizeilicher Aufgaben in Fällen von besonderer Bedeutung vorgesehen"* („loyal", S.8).

Tatsächlich war die offizielle Bekanntgabe der Aufstellung von Sonderkommandos nur der übliche Nachvollzug bereits vollzogener Tatsachen: Aus einzelnen Bundesländern war die Aufstellung von Sonderkommandos bereits vorher bekannt geworden: so 1971 München, so 1972 Hamburg. Auch der BGS, als Personal-Reservoir der GSG 9, unterhielt bereits lange vorher Spezial-Lehrgänge, auf denen die Bildung der GSG 9 aufgebaut werden konnte.

GSG 9 und sonstige Sonderkommandos erhielten eine gemeinsame Grundausrichtung. Im Gegensatz zum sogenannten Legalitätsprinzip, nach dem die Polizei erst auf Anzeige tätig werden kann, dann aber auch tätig werden muß, folgen die Sonderkommandos dem „operativen" Prinzip, wie es der „Erfinder" der MEKs, Ministerialdirigent Stümper, am klarsten auf den Nenner brachte: Seine *„Schwerpunkte liegen in der Störung von Aufbau und Aktionen meist verdeckt arbeitender größerer Banden und krimineller Organisationen im logistischen Bereich, im Betätigungsfeld und in den Querverbindungen sowie Beobachtungen des Vorfeldes auch mit Mitteln der verdeckten Verbrechensbekämpfung und unter einer in vielfache Bereiche ausgelegten informatorischen Ausleuchtung mit dem Ziel der totalen Unterbindung jeder Entfaltungsmöglichkeit von vornherein oder - wenn jenes nicht mehr möglich ist - einer nachfolgenden radikalen Aushebung unter bewußter Zurückstellung vorzeitiger Einzelerfolge ..."* (Kriminalstatistik 4/77).

In ihrer Grundausrichtung als „Bandenbekämpfungs-Einheiten" unterscheiden sich GSG 9 und sonstige Sonderkommandos („SoKos") nicht.

- Alle Beamten von GSG 9 und „SoKos" werden nach besonderen Kriterien ausgewählt. Sie sollen körperlich fit und psychisch belastbar sein. Westernhelden sind nicht ge-

perlich fit und psychisch belastbar sein. Westernhelden sind nicht ge-

fragt, sondern „ruhige, besonnene, intelligente Männer", „die auf den Auftrag motiviert sind".

- Alle Beamten erhalten eine besondere Waffen- und Schießausbildung: Schießtraining aus dem fahrenden Auto, Combat-Schießen. *„Stünden sie im Dienste ihrer Majestät von England - sie hätten alle die Doppelnull vor der Dienstnummer: den Code, der das besagt, daß sie die Erlaubnis haben, zu töten"* („Bunte", 41/73).
- Als besondere Disziplin für die GSG 9 gilt der Hubschraubereinsatz und eine spezielle Abseiltechnik. Hierin werden auch einzelne Länder-Kommandos ausgebildet.

Auch bezüglich der Einsatzmöglichkeiten und tatsächlicher Einsätze liegen GSG 9 und sonstige „Kommandos" parallel:

- Anläßlich der Mogadischu-Aktion der GSG 9 war zu hören: *„Wenn es nicht Mogadischu wäre, sondern Stuttgart-Echterdingen, müßten wir das auch so machen"*, so der baden-würthembergische SEK-Chef Tränkle („Informationsbeilage der Landesregierung - Vom Land für Leute«, Dez. 77); und: *»Falls sich in Berlin bei einer Terroristenaktion eine ähnliche Situation entwickeln sollte wie bei der Entführung der Lufthansamaschine in Mogadischu, sei das Spezial-Einsatzkommando der Berliner Polizei [SEK] ebensogut vorbereitet wie die GSG 9 Abteilung des Bundesgrenzschutzes, die die Geiseln befreite"*, so der West-Berliner Polizeipräsident Hübner im Tagesspiegel (3.11.77).
- 1974 wurde die GSG 9 bei der Beerdigung von Holger Meins eingesetzt („Welt", 23.10.77).
- Im November 1977 war die GSG 9 neben anderen Sonderkommandos zum „Schutz" des SPD-Parteitags in Hamburg dabei.
- Während der Fußballweltmeisterschaft 1974 stand die GSG 9 in Hessen und Bayern in Bereitschaft.
- Regelmäßig ist die GSG 9 dabei, wenn die Bundesbank Milliardensummen über die Landstraßen transportiert (nach „FR", 19.10.77).
- Der „Einsatzzentrale" des BKA, die während der Schleyer-Entführung eingerichtet worden war, unterstanden sowohl GSG 9 Truppen als auch „SoKos" verschiedener Bundesländer. Nach FAZ vom 21.11.77 wurde diese Einsatzzentrale nach Abschluß der Aktion nicht wieder aufgelöst.

Über diese Einsatzzentrale stehen heute sämtliche Sonderkommandos der Länder, des BKA, die Abteilungen T (Terrorismus) des VS und die GSG 9 unter zentralem Kommando. In diesem Rahmen ist die GSG 9 eine polizeiliche Formation unter anderen.

Die neuere Entwicklung zeigt, daß dieser zentralisierte Polizei-Apparat der BRD über seine innenpolitische Ausrichtung hinaus offenbar eine wesentliche Funktion auch darin sieht, die übrigen Polizeien der EG und ihres Einflußbereiches nach dem westdeutschen Polizeimodell auszurichten.

Besonderheiten der GSG 9

deutschen Polizeimodell auszurichten.

Besonderheiten der GSG 9

In einigen wesentlichen Punkten unterscheidet sich die GSG 9 von anderen »Sonderkommandos« der BRD.

- In gemeinsamen Übungen mit den Polizeien der Länder, einschließlich ihrer »Sonderkommandos«, hat die GSG 9 Kaderfunktion. *»Wir haben uns sehr stark an die GSG 9 angelehnt. Alle unsere Führungsleute sind schon dort gewesen«* (SEK-Chef Tränkle, Baden-Württemberg).
- Die Ausrüstung der GSG 9 ist umfangreicher als die anderer »Sokos«. Die GSG 9 verfügt über eigene Hubschrauber, einen besseren Wagenpark, waffentechnische Neuheiten.
- Die GSG 9 hat ebenso wie der BGS »Kombattantenstatus«, d.h. bei völkerrechtlichen Auseinandersetzungen — vor allem bei Einsätzen im Ausland — gelten sie als Soldaten, die bei Gefangennahme als Kriegsgefangene zu behandeln sind.

Trotz gelegentlicher gemeinsamer Einsätze hat die GSG 9 bereits heute andere Schwerpunkte als die übrigen »Sokos«. Die MEKs usw. haben inzwischen — neben der Terroristenjagd, die sie ja bei weitem nicht auslasten würde — als weiteres Aufgabengebiet entwickelt: den ständigen Einsatz in der alltäglichen Kriminalitätsbekämpfung gegen Rocker, Rauschgiftbanden, Routine-Verhaftungen, Razzien usw. (Siehe dazu: Russell-Reihe Nr. 5, Teil III). Die Alltagseinsätze der GSG 9 haben dagegen nur Übungscharakter. Im Wesentlichen betreibt die GSG 9 ständig Ausbildung für den Fall eines »spektakulären« Einsatzes. *»Die GSG 9 hat in den letzten Jahren eine Reihe von Einsätzen durchgeführt, die zwar*

Fortsetzung auf Seite 29

Die Gliederung

Kommandeur
Beratergruppe | Hubschrauberkette
Stab | 1. Einheit | 2. Einheit | 3. Einheit | 4. Einheit | FD Einheit | Techn. Einheit
Fü.-Tr. | SETs | Fü.-Tr. | Ausb.
Fü.-Tr. | SETs | Fü.-Tr. | SETs | FM | Doku



Empfang der GSG 9 bei Bundeskanzler Schmidt

Fortsetzung von Seite 28

nur präventiver und nicht spektakulärer Art waren. Verständlicherweise bestand dabei nicht immer Interesse daran, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erwecken. Zum anderen darf an dieser Stelle nochmals auf den Auftrag der GSG 9 verwiesen werden, nämlich den geschlossenen Einsatz gegen terroristische Banden« (»Loyal«, S. 10).

Nach fünf Jahren Existenz war die GSG 9 mit den Übungseinsätzen aber nicht mehr zufrieden, da sie nicht ihrer Ausbildung und ihrem Selbstverständnis entsprachen. Deswegen bot der Kommandeur der GSG 9, Wegener, im Frühjahr 77 Maihofer sogar seinen Rücktritt an (nach »Kieler Nachrichten«, 19.10.77). Die Erstürmung der Lufthansa in Mogadischu bezeichnet die GSG 9 deshalb konsequenterweise als ihren e r s t e n Einsatz.

Lehrmeister eins: Guerilla

An den Ausbildungsinhalten wird die Ausrichtung der GSG 9 auf ihren Einsatz im A u s l a n d, und zwar im großen Maßstab, deutlich sichtbar: Ihr Einsatz soll vor allem dann erfolgen, *»wenn die Lage ein geschlossenes Vorgehen — offen oder verdeckt — unter Anwendung unmittelbaren Zwanges gegen Gewalttäter erfordert. Das ist besonders dann der Fall, wenn bandenmäßig organisierte Terroristen in größerem Umfang tätig werden. Die GSG 9 sieht daher die militante, nach Guerilla-Methoden kämpfende Bande als ihr ‚Gegenüber' an und stellt sich darauf ein«* (»loyal«, S. 8).

Und: die GSG 9 entwickelte *»innerhalb eines Jahres eine Konzeption für ein Organisationsmodell, für die Ausbildung sowie für die entsprechende Ausrüstung, die ausschließlich ‚gegnerorientiert' war. Gründliche Analysen der taktischen Grundsätze des Guerillakampfes wie sie von Marighella im ‚minimanual del guerillero urbano' beschrieben oder von anderen Guerilla-Klassikern wie Guevara, Mao Tse-tung und Debray gelehrt wurden, waren vor allem der Ausbildungsplanung vorausgegangen. Als Grundlage dienten ebenfalls Analysen der taktischen Verfahren und der Kampfführung, die von terroristischen Gruppen bisher bei ihren Aktionen in Europa angewandt wurden. Hiernach wurden die Pläne für die Aufstellung eines Spezialverbandes entworfen, der in überwiegendem Maße unkonventionelle Züge tragen mußte«* (»loyal«, S.8).

Resultate dieser Analyse des zukünftigen Gegners ist die heutige

Resultate dieser Analyse des zukünftigen Gegners ist die heutige Gliederung der GSG 9:
- Eine Führungsgruppe;
- drei Einsatzeinheiten;
- mehrere technische Gruppen (Sprengstoffexperten, Kfz-, Wartungs- und Instandsetzungstrupps, Dokumentationsspezialisten, Tauchergruppe, Fernmeldetrupp);
- eine Ausbildungseinheit;
- eine Hubschrauberkette;
- Versorgungsdienste.

»‚Paradepferde' der GSG 9 sind die drei operativen Einheiten. Jede Einheit besteht aus 30 Beamten. Sie gliedert sich in einen Führungstrupp [fünf Leute] und Spezialeinsatztrupps [SET], jeweils in einer Stärke von fünf Männern« (Rolf Tophoven, »GSG 9 — Kommando gegen Terrorismus«, S. 19). Der Spezialeinsatztrupp ist die kleinste taktische Einheit der GSG 9. *»Dieses operative Konzept lehnt sich eng an die Theorie des Lehrmeisters der Stadtguerilleros, des Brasilianers Carlos Marighella, an, der ja davon spricht, daß Guerillaeinheiten eine Stärke von fünf bis acht Kämpfern nicht überschreiten sollen«* (»Wehrtechnik« 11/77, S.16).

Der Spezialeinsatzrupp soll das tragende Element aller Aktionen sein, der eigenständig plant und sich selbst versorgt. *»Die Aktivität eines solchen Trupps wird nicht durch Warten auf Befehle gehemmt. Statt einer hierarchischen Gliederung entsteht ein fast unzerstörbares Netz, und selbst die Vernichtung einer Gruppe bleibt ohne Wirkung auf andere Trupps«* (Rolf Tophoven, »GSG 9 — Kommando gegen Terrorismus«, S. 20).

Lehrmeister zwei: andere imperialistische „Elite"-Truppen

Bereits seit Gründug der GSG 9 bestehen engste Verbindungen zu ausländischen »Elite«-Kommandos. *»Polizeidirektor Kassmann erinnert daran, daß schon beim Aufbau der Gruppe und bei ihrer ständigen Entwicklung eine, wenn auch stille, internationale Kooperation gegeben war... Fachleute in allen Bereichen sahen sich überall in der Welt, wo Erfahrungen bei der Bekämpfung von Terrorismus vorlagen, intensiv um, nahmen sie in ihre Programme auf und gaben später die eigenen Erfahrungen und Erkenntnisse zurück an die Kollegen anderer Nationen... International gesehen war die Entwicklung der GSG 9 ein stetes Nehmen und Geben«* (»FR«, 19.10.77).

Israel

Besonders intensiv scheinen die Beziehungen mit Israel zu sein. Nach Mogadischu wurde bekannt, daß der Kommandant der GSG 9, Wegener, im Sommer 1976 bei dem Überfall der Israelis auf den Flughafen von Entebbe (Uganda) mit von der Partie war (»Konkret«, 1/78). Vor der Gründung der GSG 9 hatte Wegener eine Spezialausbildung bei den israelischen Fallschirmspringern absolviert (»FAZ«, 19.10.77). Konzept und Ausbildung von GSG 9 und israelischen Eliteeinheiten weisen deutliche Parallelen auf.

England

Durch die Mogadischu-Aktion kam auch die Verbindung zwischen der GSG 9 und dem britischen SAS (»Special Air Service Regiment«) ans GSG 9 und dem britischen SAS (»Special Air Service Regiment«) ans Licht der Öffentlichkeit. Zwei »Spezialisten« der SAS waren beim Sturm auf die »Landshut« dabei. Der »Guardian« (20.12.77) berichtet, daß drei Wochen vor Mogadishu diese zwei »Spezialisten« das GSG 9-Hauptquartier besuchten, wobei sie die »Blendgranate« vorstellten, die dann in Mogadishu zum Einsatz kam.

Der SAS gilt als die älteste »Eliteeinheit« im Kampf gegen Guerillabewegungen. *»1942 in Lybien aufgestellt, hatte diese Einheit den Auftrag, hinter den Linien des deutschen Africa-Corps zu operieren. Der SAS kämpfte auch gegen kommunistische Guerilla in Malaya, gegen Mau-Mau-Aufständische in Kenia sowie in jüngster Zeit gegen die IRA«* (R.Tophoven, »GSG 9 — ...«, S. 86).

Im Hauptquartier dieser Truppe in Westengland üben 200 Soldaten des SAS täglich auf einem Feldflugplatz den Einsatz gegen Flugzeugentführungen. *»Das Hauptquartier des SAS war seitJahren zum Mekka internationaler Terroristenbekämpfer geworden. Auf den Lehrplänen der »Terror-Uni« stehen Taktiken gegen Geiselnahmen, Flugzeugentführungen, Bombenanschläge, Attentate und Untergrundarbeit.*

Das Bundeskriminalamt entsandte seine Spezialisten der Abteilung Sprengstoff ebenso wie das FBI, der BGS und die Israelis auf die Schulbänke des SAS« (BamS, 20.11.77).

»SAS-Spezialisten berieten die Israelis während der Entebbe-Operation und trainierten im Mai 1977 auf einem holländischen Militärflugplatz ihre niederländischen Kollegen, die einen von Molukker-Terroristen besetzten Geiselzug bei Assen stürmten« (BamS. 20.11.77).

USA

Wegener und seine Männer absolvierten eine Ausbildung an der FBIAka-

Wegener und seine Männer absolvierten eine Ausbildung an der FBIAka-

demie in Quantico (USA) und stehen in Verbindung mit amerikanischen Eliteeinheiten, die auch im Vietnam-Krieg zum Einsatz kamen (u.a. Green Berets, Marines). *„Ausbildungsschwerpunkte sind hier Einsätze in Großstädten, Sturmangriffe auf gekaperte Schiffe, Züge und Verkehrsmaschinen. Besonderes Gewicht wird während der Übungen auf einen angenommenen Einsatz im A u s l a n d gelegt"* (R. Tophoven, „GSG 9 - ...", S. 86).

Von den Eliteeinheiten der USA hat auch die GSG 9 gelernt: *»US-Experten gaben nach der Aufstellung dieser Spezialeinheit«* (gemeint ist die GSG 9 - Anm. AK) *wertvolle Hinweise für die Abseiltechnik«* (aus dem Hubschrauber - Anm. AK) *»bei der Landung von Kampfgruppen aus der Luft.Amerikanische Erfahrungen aus Vietnam wurden dabei weitergegeben und in die Übungen der GSG 9 eingeflochten. Heute ist jedoch die Abseilmethode der Grenzschutzbeamten schon so perfektioniert, daß die Technik der Amerikaner bereits übertroffen werden konnte«* (ebenda, S. 48).

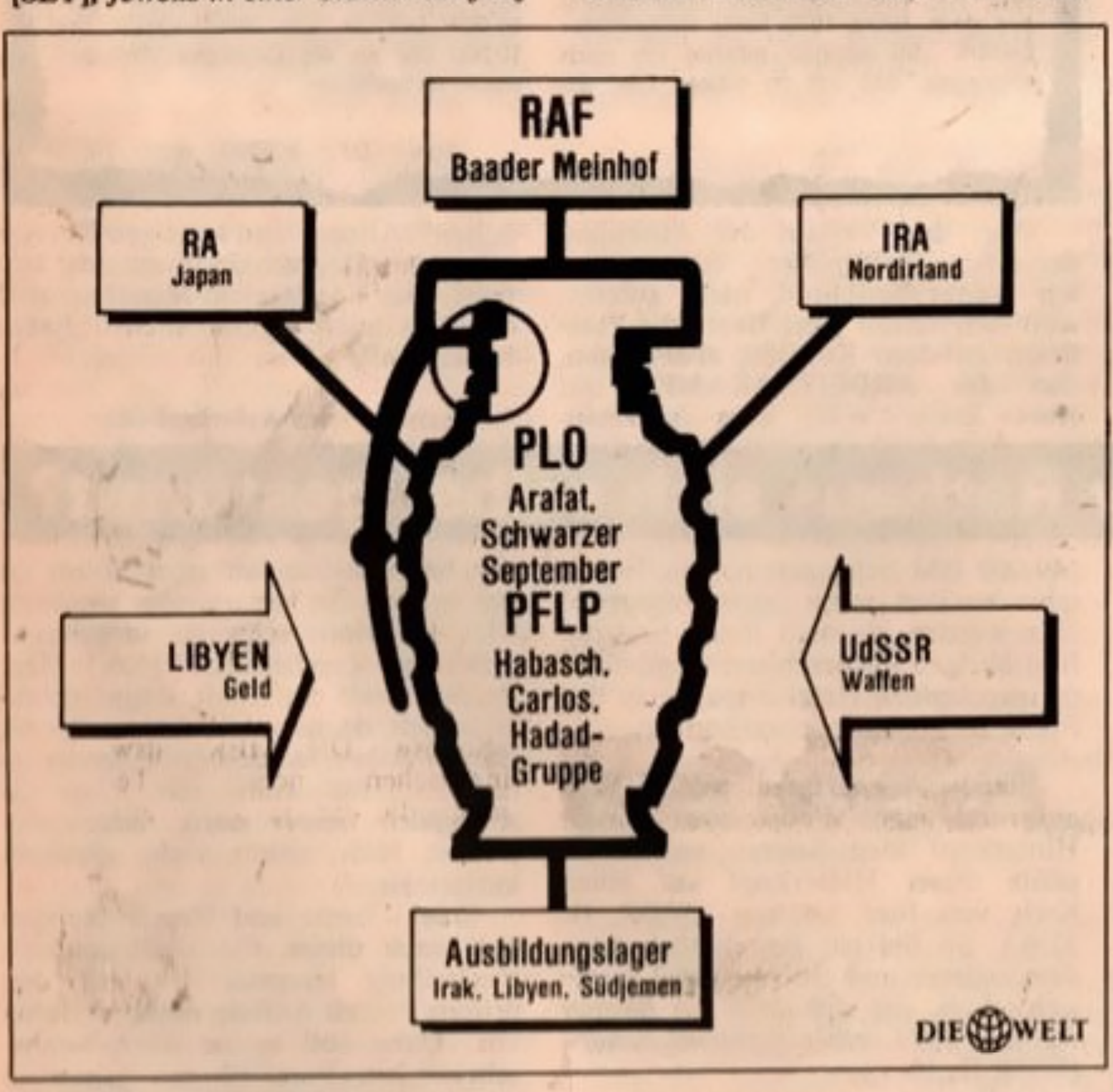
Westdeutscher „Grenzschutz" weltweit?

Der Einsatz der GSG 9 in Mogadishu war keineswegs der erste Einsatz dieses BRD-Stoßtrupps im Ausland. Man muß davon ausgehen, daß die meisten solcher Einsätze nicht bekannt geworden sind. Einige sickerten allerdings durch:
- Schon 1975 beim Überfall des » Kommando Holger Meins« auf die westdeutsche Botschaft in Stockholm stand die GSG 9 zumindest einsatzbereit auf dem Stockholmer Flughafen (»Welt« , den 21.11.77).
- Die Teilnahme Wegeners am israelischen Überfall auf Entebbe wurde vom Bundesaußenministerium geheimgehalten, um*»größten außenpolitischen Schaden von der Bundesrepublik ab[zu]wenden«*, so Genscher (»Konkret«, 1/78).
- Nach Mogadishu wurde auch bekannt, daß südafrikanische Militärs innerhalb der GSG 9 ausgebildet wurden. 1973 hatten 23 RSA-Militärs ihre Ausbildung »mit Erfolg« absolviert, 1974 und 1975 waren weitere RSA-Soldaten in der Ausbildung bei der GSG 9. Der Kommandeur der GSG 9 besuchte 1974 und 1975 die RSA, um sich »von der Fähigkeit« der von ihm angeleiteten Südafrikaner zu überzeugen. (siehe AK 124, S.4)
- Nach Mogadishu setzte die BRD-Regierung mit politischem und ökonomischem Druck durch, daß BGS-Leute auf über 50 internationalen Flughäfen stationiert wurden. Damit ist heute unter dem Deckmantel der Flugsicherungs-Kontrolle auf nahezu allen großen Flughäfen der Welt westdeutsches M i l i t ä r stationiert. Über die besondere außerdienstliche Funktion der dort stationierten BGSler lassen sichbisher keine dokumentierten Aussagen machen: sicher ist aber, daß jeder einzelne in der Lage ist, zumindest die Rolle des berüchtigten »Beraters« für die einheimische Polizei zu übernehmen.
- Bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Argentinien sollen 15 GSG 9 -Leute dort »Sicherheitsaufgaben« übernehmen - angeblich unbewaffnet ...
- Nach der Mogadishu-Aktion kündigte die Bundesregierung die Aufstellung einer GSG 10 und einer GSG 11 nach dem Vorbild der GSG 9 an (»FR«, 2.11.77 und »Heidelberger Tageblatt«, 5.11.). Die Entwicklung eines BRD-Söldner-Heeres nach den Prinzipien der Anti-Guerilla-Einheit der GSG 9 hat bereits begonnen.

Offenbar will die Bundesregierung den Aufbau dieser imperialistischen »Elite«-Truppe aus dem öffentlichen Gespräch heraushalten. Unter der Überschrift: **„Totale Abschirmung für die GSG 9 Männer – Getto-Alltag ein halbes Jahr nach Mogadishu"** berichtete Horst Zimmermann im »Hamburger Abendblatt«, daß die GSG 9 *»nicht wie Normalbürger an der Kneipentheke über ihren Job reden«* können, sondern nur in geschlossenen Hinterzimmern saufen dürfen... Niemand soll zuviel Einblick in die Spezialtruppe bekommen. Denn ihre Unberechenbarkeit soll einen Teil ihrer Schlagkraft ausmachen«.

Es wird Zeit, daß diesen Plänen der Bundesregierung mehr öffentliche Aufmerksamkeit geschenkt wird!

Antifa-Kommission,
KB-Gruppe Hamburg,



Die Zeichnung der "Welt", aufgenommen in das Propaganda-Buch "GSG 9 – Kommando gegen Terrorismus", zeigt, wie es weiter gehen soll: Nach Fürstenfeldbruck und Mogadischu könnte der Einsatz gegen die "Ausbildungslager der Terroristen" (Irak, Libyen, Südyemen) und dann generell gegen Befreiungsbewegungen und antiimperialistische Staaten der 3.Welt folgen. Israel, militärisches Vorbild des BRD-Imperialismus, hat mit seinen Überfällen im Libanon schon die Schrittmacherdienste geleistet.



GSG 9 probt für Bürgerkrieg und Aggression im Ausland

Sonderkommandos und BGS beim internationalen Militärwettschießen in Bielefeld

Am 6.5. fand das 9. Internationale Militärschießen der Bundeswehr-Reservistenkameradschaft Senne in Bielefeld statt. 70 „Spitzenteams" aus 9 Nationen nahmen daran teil, darunter von britischen Regimentern, der US-Army, der US-Air Force, der belgischen und niederländischen Armee, Reservisteneinheiten aus Österreich, Dänemark, Frankreich, Luxemburg und der BRD.

Dieser *„harte Schießwettkampf mit Sturmgewehr und Dienstpistole"* dient *„neben der Vertiefung des Ausbildungsstandes für die Bundeswehrreservisten dem Kontakt mit in- und ausländischen Mannschaften"* ('Neue Westfälische', 12.5.).

Als Favoriten galten in diesem Jahr die „Sonderkommandos" der Polizei und des BGS aus der BRD, die bei diesem internationalen Militärwettschiessen natürlich nicht fehlen durften.

Und tatsächlich belegten „Sonderkommandos" und Bereitschaftspolizei aus der BRD führende Plätze.

Den 1. Platz in der Gesamtwertung und damit den *„begehrten Rudolf-Oetker-Wanderpokal"* erhielten die Spezialschützen des Dortmunder „Sonderkommandos".

Da zeigt sich doch mal wieder, daß sich die Schießausbildung der westdeutschen Bullen und Sonderkommandos international sehen lassen kann!

Klassenjustiz

Sozialarbeiter auch vor dem Landesarbeitsgericht erfolgreich

Im April letzten Jahres verweigerten die jugendlichen Strafgefangenen in der Jugendanstalt Vierlande für 10 Tage die Annahme des Mittagessens aus Protest gegen die schlechte Essensversorgung. Anlaß war ein Stück „Mäusehintern" im Kohleintopf.

Die vier Sozialarbeiter, die diese Aktion als sachlich berechtigt und in der Form als demokratisch und damit auch pädagogisch vertretbar verteidigten, wurden gekündigt.

Gegen diese Kündigung erhoben sie Kündigungsschutzklage, waren vor dem Arbeitsgericht erfolgreich und mußten weiterbeschäftigt werden.

Anträge der Behörde, die Vollstreckung des Urteils (Weiterbeschäftigung) bis zur Entscheidung der nächsten Instanz auszusetzen, wurden von den Gerichten abgelehnt, wobei sie sich erstmalig offen gegen die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes stellten, das in dem Rechtsstreit A. Piltz gegen IDUNA entschieden hatte, daß in nur sehr eingeschränkten Ausnahmefällen diesem Antrag nicht entsprochen werden dürfe.

Am 15.6.78 gewannen die Sozialarbeiter auch die Berufungsverhandlung vor dem Landesarbeitsgericht. Da damit die für die Stadt Hamburg höchste Instanz den Sozialarbeitern Recht zugesprochen hat, bekommt dieser Urteil grundsätzliche Bedeutung.

Entscheidend bei der Beurteilung beider Gerichte ist, daß sie die Stellung von Sozialarbeitern in Institutionen als von der Position her widersprüchlich, d.h. zwischen den verschiedenen Interessen von Behörde und Betroffenen stehend, definierten. Diesen Widerspruch anerkennend, billigten die Gerichte den Sozialarbeitern das Recht zu, sich im Konfliktfall zumindest neutral verhalten zu können, um nicht das Vertrauen, das die Gefangenen in die Sozialarbeiter haben, in Frage stellen zu müssen.

Interessant ist auch ein weiterer Punkt: In der Berufungsbegründung hatte das Strafvollzugsamt behauptet, daß einer der Kläger beim Verkauf des „ARBEITERKAMPF" gesehen worden sei. Diesen Vortrag wies das Gericht mit der Begründung zurück, daß dies ja offensichtlich Monate nach der Kündigung geschehen sei und somit mit den eigentlichen Kündigungsgründen nichts zu tun habe.

Außerdem hätte sich das der Arbeitgeber 1975, bei der Einstellung der Sozialarbeiter, überlegen sollen. Mit Anspielung auf die Verfassungsschutzpraktiken meinte der Richter: *„Der Staat weiß ja schließlich, wen er einstellt"*.

Genauso wenig wurde folgende, geradezu halsbrecherische, Konstruktion berücksichtigt: Die Sozialarbeiter hatten ein Aufrufflugblatt zur ‚Bambule'-Veranstaltung in Hamburg mitunterschrieben, das ebenso von der „Gefangenenselbstinitiative" unterschrieben worden war. Die GSI habe zeitweise an der Zeitung „Gegenknast" mitgearbeitet, über die ein Gericht in Hamm gesagt habe, daß sie die bestehende Ordnung in den Haftanstalten bekämpfen würde. Fazit der Behörde: Die Sozialarbeiter arbeiten mit „anarchistischen Randgruppen" zusammen.

Letztlich stellen diese Urteile auch einen Erfolg für die jungen Gefangenen in Vierlande dar, wird ihnen doch gerichtlich die Berechtigung ihrer Aktion bescheinigt!

Wir zitieren im folgenden aus der Pressemitteilung der Rechtsanwälte der Sozialarbeiter:

„Eine Sozialarbeit, die Eigenverantwortlichkeit und Selbstständigkeit als Voraussetzung für die Wiedereingliederung der Gefangenen in die Gesellschaft zum Ziel hat, muß in Konflikt geraten mit einer Institution, deren Ziel sich im wesentlichen an Sicherheit und Ordnung orientiert. Unter dieser Betrachtung beurteilten die Gerichte das Verhalten der Sozialpädagogen anläßlich der Essensverweigerung als angemessen. Die Sozialpädagogen hatten diese Form der Wahrnehmung von Rechten durch die Jugendlichen akzeptiert, weil diese Kooperationsbereitschaft, demokratische Verhaltensweisen und die Vertretung berechtigter Interssen verwirklicht hatten. Das Gericht widersprach damit der Auffassung der Justizbehörde, daß anläßlich der Essensverweigerung im April 1977 hier eine Form der Auflehnung geprobt werde, die die Jugendlichen bei einer Wiederholung in Freiheit nur in die Konfrontation mit der Gesellschaft bringen würde "(Zitat aus einem Schriftsatz der Justizbehörde).

...Diese Entscheidung der Arbeitsgerichte sind vor allen Dingen im Hinblick auf die Arbeit von Sozialpädagogen im Strafvollzug und anderen Arbeitsfeldern von Bedeutung.

Seit Beginn der 70er Jahre haben Sozialarbeiter und Sozialpädagogen mehr und mehr versucht, eine Sozialarbeit auch im Interesse der von ihr betroffenen Menschen zu leisten. Diese Entwicklung ist insbesondere im Rahmen der Sparmaßnahmen und der politischen Rechtsentwicklung der letzten Jahre nahezu zum Stehen gekommen. Wegen zunehmender Disziplinierungen und Kündigungsdrohungen haben heutzutage viele Sozialpädagogen Angst, sich für die Interessen der von ihnen betreuten Menschen einzusetzen.

Die Kündigung der 4 Sozialpädagogen in Hamburg-Vierlande, einer Strafanstalt, die gerade wegen ihres Reformkonzepts bekannt war, hat sicherlich bei vielen Berufskollegen diese resignativen Tendenzen verstärkt.

Umso positiver und wichtiger sind daher diese Urteile. Sie zeigen, daß es richtig und notwendig ist, daß Sozialpädagogen pädagogische Prinzipien nicht aufgeben und auch im Fall einer Kündigung für die Inhalte fortschrittlicher Sozialarbeit kämpfen.

Es hat sich ebenso gezeigt, wie gut es war, daß über diesen Fall eine breite Öffentlichkeit hergestellt worden ist".

Ein Prozeßbeobachter

Strafverfahren gegen Kai Ehlers

Wir haben bereits im letzten AK über ein Schikane-Verfahren gegen Kai Ehlers berichtet: er soll 1.228,- DM zahlen, weil im März 1977 im AK eine von 229 Seiten der Anklageschrift gegen Kurt Groenewold veröffentlicht worden ist.

Nachdem nunmehr die gesamte Anklage vom Richter verlesen worden ist, kann man über den weiteren Verlauf des Verfahrens und die Einschätzung des Prozesses schon einiges mehr sagen:

Angesichts der Tatsache, daß nur eine einzige Seite der Anklage veröffentlicht wurde und die übrigen 228 Seiten eine Fülle von hochinteressanten Ausführungen über die Struktur des angeblichen Info-Systems, das zur *„Unterstützung einer kriminellen Vereinigung in einem besonders schweren Fall"* gedient haben soll, enthalten, entpuppt sich die Anklage als vollkommen hergesucht. Wer die gesamte Anklageschrift mitgehört hat, fragt sich wirklich, ob der Staatsanwalt, der die Anklage gegen Kai Ehlers eingeleitet hat, eigentlich selber die Groenewold-Anklage vorher auch nur von weitem jemals gesehen hat.

Außerdem hat – wie inzwischen weitgehend bekannt – auch das Bundesjustizministerium selber die gesamte Anklage und nicht nur eine Seite an die Presse weitergegeben.

Die Vorlesung der noch von Buback selber unterschriebenen Anklage ist also nunmehr beendet. Der nächste Termin wird die Erörterung der Berechtigung der Anklage erbringen. In diesem Termin wird auch die Frage gestellt werden, warum eigentlich gerade die linke Presse angeklagt wurde und die „FAZ" ungeschoren blieb.

Die Verhandlung findet statt am 29.6.78, 14.00 Uhr, Saal 142

Strafjustizgebäude Hamburg

IKAH

Einstweilige Verfügung gegen »Bayrischen Informationsdienst«

Seit der Ausgabe Nr. 9 bemüht sich der „Bayrische Informationsdienst" Licht in die Vergangenheit des Provinzpressezaren Dr. Wilhelm R e i ß m ü l l e r zu bringen. Der Herausgeber des reaktionären „Donau-Kurier" (Ingolstadt), einst Mitglied der NSDAP und darüber hinaus über den damaligen braunen „Donauboten" aktiver Nazi-Propagandist, hatte es – dank guter Beziehungen im Laufe der Nachkriegszeit – geschafft,

Reissmüllers Erinnerungslücken

Erstmals eine empfindliche Niederlage konnten die Mitglieder des Ingolstädter Kunstvereins dem dortigen Zeitungszaren, Dr. Wilhelm Reissmüller, beifügen, der seit etlichen Jahren mit Hilfe seines publizistischen Lokalmonopols einen Kleinkrieg gegen diese Kunsteinrichtung der Donaustadt führt. Im

Mitglied der NSDAP war." Tatsache war, daß er nicht nur Mitglied, sondern auch im damaligen braunen „Donau-Boten" massiv die Ideologie der NSDAP verbreitete und propagierte. Auch seine Studienkollegen aus der Münchner Zeit erinnern sich noch an seine Auftritte in SA-Uniform. Die Staatsanwalt-

Nachdem nunmehr die gesamte Anklage vom Richter verlesen worden ist, kann man über den weiteren Verlauf des Verfahrens und die Einschätzung des Prozesses schon einiges mehr sagen:

Angesichts der Tatsache, daß nur eine einzige Seite der Anklage veröffentlicht wurde und die übrigen 228 Seiten eine Fülle von hochinteressanten Ausführungen über die Struktur des angeblichen Info-Systems, das zur „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung in einem besonders schweren Fall" gedient haben soll, enthalten, entpuppt sich die Anklage als vollkommen hergesucht. Wer die gesamte Anklageschrift mitgehört hat, fragt sich wirk-

desjustizministerium selber die gesamte Anklage und nicht nur eine Seite an die Presse weitergegeben.

Die Vorlesung der noch von Buback selber unterschriebenen Anklage ist also nunmehr beendet. Der nächste Termin wird die Erörterung der Berechtigung der Anklage erbringen. In diesem Termin wird auch die Frage gestellt werden, warum eigentlich gerade die linke Presse angeklagt wurde und die „FAZ" ungeschoren blieb.

Die Verhandlung findet statt am 29.6.78, 14.00 Uhr, Saal 142

Strafjustizgebäude Hamburg

IKAH

Antifaschisten-Prozeß Hamburg: Zeugen gesucht!

Der momentan stattfindende Prozeß gegen neun Antifaschisten ist mittlerweile in eine Phase eingetreten, wo sich die Verteidigung in starkem Maße bemüht, den ganzen Umfang der polizeilichen Willkür gegen die damals versammelten Antifaschisten aufzuzeigen. Des weiteren soll nachgewiesen werden, welches Ausmaß die staatliche Duldung und Deckung von Faschistenaufmärschen bereits angenommen hat.

Hierzu ist es jedoch unbedingt notwendig, daß sich alle Leser, die im Zusammenhang mit dem von der NPD organisierten Nazitreffen am 6. August 1976, Augenzeugen oder Betroffene von Polizeiübergriffen waren, melden. Wer hat die Verhaftungs- und Abführmethoden der Polizei gegen die Antifaschisten beobachtet? Wer war selbst von Bullenübergriffen betroffen? Wer kann uns sonst im Rahmen unserer selbständigen Ermittlungstätigkeit sachdienliche Hinweise bezüglich des 6. August 1976 geben?

Schreibt uns oder ruft uns an:
Initiativkomitee Arbeiterhilfe
Methfesselstraße 41
2000 Hamburg 19
Telefon 491 28 49

Die nächsten Prozeßtage sind am 27. und 29. Juni; 3., 5., 6., 11., 13. und 20. Juli; Termine immer 9-16 Uhr, Strafjustizgebäude Sievekingsplatz, Raum 237.

Solidaritätsfond des Initiativkomitees Arbeiterhilfe:
Konto Nr. 1 244 365 3
„Arbeiterhilfe e.V."
Bank für Gemeinwirtschaft Hamburg
Kennwort: „Antifaprozesse Hbg."

§ 90 a-Veranstaltung in Bonn

800 Leute kamen am 15.6. zu einer Veranstaltung „§ 90a – der Rechtsstaat in Gefahr?" in die Bonner Uni-Mensa. Anlaß war die erste Berufungsverhandlung gegen drei Leute aus der Gruppe 35 (Buback-Nachruf-Nachdrucker) am nächsten Tag. Da wir erhofft hatten, daß ca. 300-400 Leute kommen, war es ein toller Erfolg und Auftrieb für die weitere Arbeit.

Zu der Veranstaltung hatten aufgerufen: Juso-Hochschulgruppe, LHV, Bund demokratischer Wissenschaftler, Katholische Studentengemeinde (Leitungsteam), Fachschaft Evangelische Theologie, Gruppe 35 und der Kommunistische Bund. In den ersten Stunden diskutierten vom Podium: Prof. Peter Brückner, die Profs. Preuß und Mückenberger (Uni Bremen), J. Ahrens (früher AStA Uni Göttingen), Pastor Christiansen und einer aus der Gruppe 35.

Bemerkenswert war u.a. die Rede von Pastor Christiansen aus Flensburg, für den es von seinem Verständnis als konservativer Lutheraner her eine Notwendigkeit im Sinne der Meinungsfreiheit war, den Buback-Nachruf zu publizieren. Für viele Anwesende sicherlich „neu" war seine Begründung. Er berief sich u.a. auf den – auch in der evangelischen Kirche praktizierten – Beichtspiegel, in dem es zum 8. Gebot heißt: „Hast Du Dich immer für die Verbreitung der Wahrheit in der Öffentlichkeit eingesetzt?" Dies sollte man/frau ruhig auch vielen Linken ins Stammbuch schreiben. Der Urteilsspruch in der Berufungsverhandlung steht noch aus.

Ein Mitveranstalter (Bonn)

Einstweilige Verfügung gegen »Bayrischen Informationsdienst«

Seit der Ausgabe Nr. 9 bemüht sich der „Bayrische Informationsdienst" Licht in die Vergangenheit des Provinzpressezaren Dr. Wilhelm R e i ß m ü l l e r zu bringen. Der Herausgeber des reaktionären „Donau-Kurier" (Ingolstadt), einst Mitglied der NSDAP und darüber hinaus über den damaligen braunen „Donauboten" aktiver Nazi-Propagandist, hatte es – dank guter Beziehungen im Laufe der Nachkriegszeit – geschafft, sich das Image eines „Widerstandskämpfers" anzulegen! Dieses Image wurde durch die Veröffentlichungen des BID erheblich angenagt und prompt reagierte Reißmüller: Über das Landgericht München II erging eine Einstweilige Verfügung gegen Armin Witt, den Herausgeber des BID, nicht nur zum Zweck der Unterlassung von Behauptungen, sondern gleich in Verbindung mit einem Vertriebsverbot für die 9. Ausgabe des BID.

Schon einmal wurde eine ganze Ausgabe des BID mit Beschlagnahme bedacht, weil der „Buback-Nachruf" unkommentiert abgedruckt worden war. Armin Witt wurde in den folgenden Gerichtsverfahren freigesprochen. Den durch die Beschlagnahme angerichteten Schaden kann so ein Freispruch natürlich nicht wiedergutmachen.

Reissmüllers Erinnerungslücken

Erstmals eine empfindliche Niederlage konnten die Mitglieder des Ingolstädter Kunstvereins dem dortigen Zeitungszaren, Dr. Wilhelm Reissmüller, beifügen, der seit etlichen Jahren mit Hilfe seines publizistischen Lokalmonopols einen Kleinkrieg gegen diese Kunsteinrichtung der Donaustadt führt. Im Rahmen der bereits seit Jahren andauernden gerichtlichen Auseinandersetzungen hatte Reissmüller nämlich, wie jetzt die Staatsanwaltschaft feststellte, „fahrlässigerweise" bei einem Eid vergessen, daß er während des Dritten Reiches sehr aktiv und auch als Mitglied die Interessen der Nazipartei vertreten hat.

In einer eidesstattlichen Versicherung aus dem Jahre 1973 hatte Reissmüller erklärt: „Im übrigen möchte ich noch vortragen, daß ich zu keiner Zeit ein Mitglied der NSDAP war." Tatsache war, daß er nicht nur Mitglied, sondern auch im damaligen braunen „Donau-Boten" massiv die Ideologie der NSDAP verbreitete und propagierte. Auch seine Studienkollegen aus der Münchner Zeit erinnern sich noch an seine Auftritte in SA-Uniform. Die Staatsanwaltschaft Ingolstadt mochte allerdings ein Ermittlungsverfahren gegen ihn nicht weiter durchführen. Sie unterstellte vielmehr dem mittlerweile 67jährigen Reissmüller, daß er seine eidesstattliche Versicherung nur fahrlässig abgegeben habe und stellte die weitere Strafverfolgung aufgrund mangelnden öffentlichen Interesses ein, nachdem sich Reissmüller bereit erklärt hatte, 10 000 DM an die Staatskasse und 10 000 DM an die Deutsche Verkehrswacht zu bezahlen.

Aus: DIE FEDER Mai 1978

Über den Verlauf der Auseinandersetzung Reißmüller – BID werden wir weiter berichten, nicht zuletzt, weil sich schon jetzt deutliche Parallelen zu dem Konflikt abzeichnen, den der ARBEITERKAMPF mit Kurt Z i e s e l, dem „mutmaßlichen" Altnazi und heutigen Herausgeber des Deutschlandmagazins, austrägt. Das Landgericht München muß überdies auch immer mehr „Farbe bekennen".

Initiativkomitee Arbeiterhilfe

Hat das Bonner Rathaus sich selbst gestürmt?

Der erste Prozeß gegen die Bonner »Rathausstürmer« von 1973 wird immer mehr zu einem Erfolg der Angeklagten und einer Schlappe der Staatsanwaltschaft.

In diesem Verfahren stehen acht Leute vor Gericht, denen man nachweisen will, daß sie anläßlich der Besetzung des Bonner Rathauses aus Protest gegen den Besuch des damaligen süd-vietnamesischen Premiers Thieu, Sachbeschädigung in Höhe von 149.000 DM begangen haben. Inzwischen mußten sieben Leute freigesprochen werden, da man ihnen — trotz fünfjährigen Recherchierens und einer entsprechenden Hetzkampagne in der Presse nichts nachweisen konnte.

Einem Angeklagten wollte man aufgrund eines Fotos von seinem Hinterkopf identifizieren »allerdings paßte dieser Hinterkopf auf einen Kreis von fünf Leuten« (WDR II, 12.6.). So fiel ein Beweisstück nach dem anderen und ein Journalist fragte sich schon, *»ob sich denn das Bonner Rathaus 1973 selber gestürmt habe?«* (WDR II, 12.6.).

Zudem ist gegen den damaligen Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor von den Angeklagten Strafanzeige wegen versuchten Betruges gestellt worden. Diese beiden sind dafür verantwortlich, daß den Angeklagten *»Belastungen auferlegt* [*wurden*]*, die überhaupt nichts mit dem Sturm zu tun haben.«* So hat u.a. die »gesamte CDU-Fraktion schwarz umgebaut« (»Bonner Rundschau«, 16.6.). Der Rechtsanwalt der Stadt Bonn meinte lakonisch dazu: *»Überhöhte Forderungen haben ja nichts mit Betrug zu tun ... Man kann die Klage ja schließlich immer noch reduzieren«* (»BR«, 16.6., zitiert nach: »Prozeßkurier« Nr. 7).

Staat, Justiz und Presse bereiten sich nach dieser für sie blamablen Vorstellung hauptsächlich auf den dritten Prozeß Anfang nächsten Jahrs vor. Dann soll es zu einer »wahrscheinlichen Verurteilung« gegen »3 mutmaßliche Rädelsführer« (WDR II) (Semmler, Horlemann, Hommerich) kommen.

Doch zunächst droht dem letzten Angeklagten im ersten Verfahren, daß er veruteilt wird.

Ein Bonner Genosse

Initiativkomitee
ARBEITERHILFE
Methfesselstr. 21
2000 Hamburg 19

Kontakt:
Montag – Freitag : 20 – 22 Uhr
Samstag /Sonntag : 13 – 16 Uhr
Tel. 040/491 28 49

Plädoyers im Prozeß gegen RA Groenewold

Der Prozeß gegen Rechtsanwalt Kurt Groenewold wegen seiner Verteidigung in Stuttgart-Stammheim geht demnächst zuende. Die Vertreter der Bundesanwaltschaft haben drei Jahre Knast und ein fünfjähriges Berufsverbot gegen Groenewold gefordert.

Verteidigung vor Gericht

Groenewolds Verteidigung baute von Anfang an darauf auf, daß das von der Bundesanwaltschaft als „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung in einem besonders schweren Fall" angesehene „Info-System" notwendig war zur Verteidigung der in Stuttgart-Stammheim und anderswo Angeklagten.

Dies wurde im Prozeßverlauf mehrfach bewiesen: bestimmte Unterlagen, die über das Info-System versandt worden waren, und auf die sich die Bundesanwaltschaft begierig zum „Beweis" ihrer Anklage gestürzt hatte, waren unbestrittenermaßen in Form von Beweisanträgen im Stammheimer Verfahren wieder aufgetaucht. Diesen Beweisen, die vor dem Hamburgischen Oberlandesgericht von Groenewolds Verteidigern präsentiert worden waren, konnten die Bundesanwälte nichts entgegensetzen.

Auch das Gericht selber, das zu Beginn des Verfahrens in allen Fragen, auch in relativen Randfragen wie z.B. der Besucherkontrolle, einen absolut kompromißlosen Kurs gesteuert hatte, konnte in dieser Frage in die Knie gezwungen werden.

Nach einer längeren Verhandlungspause von Mitte März bis Mitte April 1978 wurden die Verteidiger und die Bundesanwaltschaft aufgefordert, das noch von ihnen vorgesehene Beweismaterial zu benennen.

Die Bundesanwaltschaft reagierte darauf mit dem Hinweis, daß sie das bisherige Material für genügend belastend halte. Das Gericht nahm anders Stellung: In der Hauptverhandlung vom 26.4.78 wurden einige Beschlüsse verkündet, in denen bestimmte Thesen der Verteidigung als wahr akzeptiert wurden. Diese Beschlüsse wurden vom Vorsitzenden Richter Plambeck als „Weichenstellung" bezeichnet.

Auf den Antrag der Verteidigung, einige der in Stuttgart gestellten Beweisanträge vollständig zu verlesen, wurde von Gericht geantwortet: es sei durch die bisherige Verhandlung bereits bewiesen, daß eine Fülle des durch das sog. Info-System gelaufenen Materials Eingang in Anträge gefunden habe, die im Stammheimer Verfahren gestellt worden sind.

Die Verteidigung hatte weiterhin schon im April beantragt, eine Reihe ausländischer Sachverständiger dazu zu vernehmen, daß im Ausland zur Verteidigung einer angeklagten Gruppe auch eine gruppenmäßige Verteidigung gehört und diese Gruppe auch ihre Politik vor Gericht darstellen können muß. Diese Vernehmung hatte das Gericht als unnötig abgelehnt. Begründung: Auch in der Bundesrepublik sei es Angeklagten gestattet, ihre Ansichten und Motive, gleich welcher Art, die zur angeklagten Tat führten, darzulegen. Ebenso muß es den Verteidigern dann auch möglich sein, das zur Verteidigung dienende Material den Mandanten zuzuleiten und im Rahmen einer zulässigen Verteidigung auszutauschen.

Das Gericht stellte weiterhin ausdrücklich fest, daß vor dem 1.1.1975 – und auf diesen Zeitraum bezieht sich die Anklage gegen Groenewold – eine gemeinschaftliche Verteidigung gesetzlich gestattet war.

Damit war grundsätzlich vom Gericht akzeptiert worden, daß die Arbeit mit dem „Info-System" der Verteidigung diente. Was damit aber natürlich noch nicht gesagt ist: daß Kurt Groenewold auch freigesprochen werden wird.

Sowohl das Gericht als auch natürlich die Bundesanwälte ließen sich nämlich die „Hintertür" offen, daß nicht das g e s a m t e Info-Material, sondern nur Teile, wenn auch die meisten, der Verteidigung dienten. Damit kann immer noch behauptet werden, daß einzelne Schriftstücke der Unterstützung der RAF dienten und deshalb Groenewold eben bestraft werden müsse.

Unverständnis im demokratischen Ausland für die Anklage gegen Groenewold

Zur Prozeßstrategie der Verteidigung gehörte es, Rechtsvergleiche mit den Rechten von Strafverteidigern im Ausland anzustellen. Es wurden zahlreiche Anwälte aus Frankreich, England und den USA gehört, deren bekanntester der ehemelige US-Justizminister Ramsey Clark war. Clark schilderte, daß es in den USA zum Kernbereich der Rechte von Strafverteidigern gehöre, mit den inhaftierten Mandanten frei und unüberwacht sprechen zu können. Ebenso hätten Anwälte das Recht, im beliebigen Umfang Papiere mit den Angeklagten auszutauschen. Clark sagte auf entsprechende Fragen, daß ihm aus den USA kein Fall, vergleichbar dem Verfahren gegen Groenewold, bekannt sei (und das, obwohl die USA sicher n i c h t der Hort der Demokratie sind!).

Das, was in Hamburg als „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" angeklagt sei, würde in seiner Heimat als Verteidigung gelten.

Reaktion der Bundesanwaltschaft: Maul stopfen !

Die Vertreter der Bundesanwaltschaft reagierten auf das breite und positive Echo der Verteidigung Groenewolds, insbesondere im Ausland, wie erwartet: Sie werteten die offensive Verteidigung als Zeichen für „Unverbesserlichkeit" von Kurt; sie würde es offenbar lieber sehen, wenn der Angeklagte mit zerbrochenem Rückgrat zu Kreuze kriechen und um Abbitte ersuchen würde.

Am 29. Mai stellte Bundesanwalt Morre einen Beweisantrag, der die Unverbesserlichkeit von Groenewold und damit die angebliche Notwendigkeit einer hohen Strafe zum Inhalt hatte. Groenewold soll unter Ausnutzung seiner Stellung als Anwalt Öffentlichkeitsarbeit gemacht haben, die für die BRD „diffamierend" gewesen sein soll. So habe Groenewold behauptet, daß seine Verurteilung für die Staatsschutzpolitik die Funktion habe, die Zerschlagung der RAF zu legitimieren, die Haftbedingungen zu rechtfertigen und die Kriminalisierung und Einschüchterung aller anderen in politischen Strafsachen tätigen Verteidiger bezwecke. Außerdem hat Kurt behauptet, die Anklage gegen ihn sei ein „konstruiertes Deliktfabrikat", weil die verantwortlichen Stellen des Staats- und Justizapparates wüßten, daß sein Verhalten nicht strafbar sei.

Alle diese Aussagen, die sich als alltägliche Wahrnehmung der Meinungsfreiheit, insbesondere in einem – angeblich – demokratischen Staat darstellen, zeigen nach dem völlig kaputten Demokratieverständnis der Abgesandten Rebmanns eine Übernahme der *„Argumentation der von ihm verteidigten Mandanten aus der RAF und verwandten Organisationen", „die er mit der Kennzeichnung der Bundesrepublik Deutschland als krasser Unrechtsstaat und Willkürstaat die Rechtfertigung ihres ‚Konzeptes Stadtguerilla' übernommen haben."*

Nach dieser Logik sind alle linken Kritiker der Prozesse „Unterstützer" ... und gehören ebenfalls vor Gericht.

Die ersten Plädoyers: Drei Jahre Knast und fünf Jahre Berufsverbot für Groenewold gefordert

Wie nicht anders zu erwarten war, sind Rebmanns Leute in Hamburg von der Anklage keinen Deut abgewichen. Sie haben trotz der im Verfahren gelungenen Beweise über die Verwendung des Info-Systems im Stammheimer Prozeß und dem teilweisen Einlenken des Gerichts völlig blind auf ihren Thesen beharrt. Das „Info-System" habe der Aufrechterhaltung des Gruppenzusammenhangs gedient – obwohl alle Mitglieder der „Gruppe" einzeln in Isolationshaft saßen. Ohne das Info sei die Gruppe auseinandergebrochen - als ob sich die Gefangenen nicht auch ohne Groenewold gegen ihre allmähliche Zerstörung hätten wehren können. Und wenn einzelne Papiere tatsächlich für die Verteidigung gedient hätten, dann hätte die Verteidigung insgesamt nicht der Verteidigung, sondern dem „Konzept Stadtguerilla" gedient.

Kerngedanke der Plädoyers war also die haltlose Unterstellung, Groenewolds Tätigkeit habe sich vollends der politischen Strategie der RAF untergeordnet.

Zum Motiv von Kurt ließen sich die Bundesanwälte noch besondere Schweinereien einfallen: sie ließen es sich nicht nehmen, Kurt als geltungssüchtigen Egoisten hinzustellen, der alles nur aus dem Interesse am Zusammenzimmern „seines eigenen Denkmals" heraus getan habe.

Die Bundesanwaltschaft: Groenewold habe eine „intellektuelle Freude" daran gehabt, unter „Mißbrauch" seiner Anwaltsrechte, Sand in das Getriebe des Staates zu streuen. Bei ihm zeige sich die *„destruktive, verspielte Freude desjenigen, der Straftaten nicht selbst begeht, aber für deren Fortsetzung sorgt"* (lt. „FR", 22.6.78).

Plädoyers der Verteidiger ab 28. Juni

Gegen diese ganze Flut an Verleumdungen und Unterstellungen werden ab 28. Juni 1978 die Verteidiger von Groenewold die notwendigen Dämme errichten. In den Schlußvorträgen wird noch einmal im Zusammenhang dargestellt werden, daß Kurt verteidigt und sonst nichts gemacht hat und daß umgekehrt von Seiten des Staates „verteidigungsfremde Ziele", nämlich die Kriminalisierung von ganzen Gruppen von Anwälten, die Durchsetzung undemokratischer Gesetze und ähnliches mehr beabsichtigt war. Außerdem sollte die persönliche Verunglimpfung von Kurt gebührend „gewürdigt" werden.

Kommt alle zu den Plädoyers am 28., 29. Juni, 5. Juli 1978
immer 9.30 Uhr, Saal 237
Strafjustizgebäude Hamburg
Urteilsverkündung voraussichtlich am 12. Juli, 9.30 Uhr.

IKAH

„Kurt Groenewold
Angeklagt als Verteidiger
Prozeßerklärung und andere
Texte" DM 8,-

Erhältlich im Arbeiterbuch

Zum Prozeß gegen Groenewold gibt es eine neue Veröffentlichung: es liegen nunmehr die grundsätzlichen Erklärungen von Groenewold zu den Anklagevorwürfen, Erklärunen der Verteidiger und die wichtigsten Äußerungen des Gerichtes und der Bundesanwälte vor.

Das Buch ist eine gute Dokumentensammlung, die die Hauptauseinandersetzungen im Prozeß offenlegt.

Prozeßbeginn gegen die Agit-Drucker

Jutta in Isolierhaft

Westberlin. Am 12.6. begann der Prozeß gegen Jutta, Henning, Martin und Gerdi. Außer Martin sitzen alle seit Oktober 1977 in Untersuchungshaft. Die Anklage stützt sich auf die Paragraphen 88 a und 129 a (Befürwortung von Gewalt bzw. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung). Den vieren wird vorgeworfen, das »INFO-Berliner undogmatischer Gruppen« unzensiert gedruckt zu haben (s. AK 123, 130). Das »INFO« versteht sich als offenes Diskussionsforum und veröffentlichte auch Erklärungen u. a. aus dem Kreise der RAF.

Dem Prozeßbeginn gingen einschneidende Haftverschlechterungen der drei voraus. Seit kurzem ist in Westberlin für Verteidiger- und Privatbesuche im Knast die Trennscheibe eingeführt worden. Sie trennt den Gefangenen von seinem Besucher und besteht aus Panzerglas, durch das man sich nur lauthals verständigen kann. Ihre Auswirkung beschreibt Henning so:

»Dadurch, daß ich keinen genauen Einblick mehr in die Verteidigungsunterlagen erhalte, und das vertrauliche Gespräch mit meinem Anwalt nicht mehr stattfinden kann unter diesen Bedingungen, ist das Verhältnis dadurch entfremdet und entpersönlicht worden. Nicht einmal die alltäglichen Dinge, die zwischenmenschliche Beziehungen ermöglichen, wie die Begrüßung oder der Austausch von Meinungen, sind in dieser niederdrückenden Atmosphäre gegeben. Das Ablesen von Unterlagen an der Glasscheibe ist nicht nur von der Vielzahl der Papiere unmöglich, sondern und gerade durch den psychischen Druck der Situation ist die hierzu notwendige Konzentration zunichte gemacht.

Dieser Zustand trägt dazu bei, daß die derzeitigen Verteidigerbesuche nur noch einen formalen Charakter haben und somit auch von begrenzter Zeitdauer sind. Ferner ist durch die Trennscheibe die einzige Möglichkeit, mit einem Menschen ohne Kontrolle und Überwachung menschlich zu kommunizieren, zerstört worden. Es ist also weder für den Verteidier noch für mich möglich, auf einer vertraulichen Basis, eine dem Prozeßumfang erforderliche Vorbereitung zu schaffen. Durch diese Einschränkung der Verteidigung werden meine Rechte in einem Maße beschränkt, daß von einem fairen Verfahren keine Rede sein kann.«

Zum anderen wurde Jutta vier Tage vor Prozeßbeginn aus heiterem Himmel in den Hochsicherungsbereich — sprich Isolierhaft — verlegt. Jutta erklärte dazu vor Gericht:

»Seit Oktober 1977 also bis zum 8. Juni waren meine Haftbedingungen angeglichen mit denen der anderen Untersuchungsgefangenen. Es gab keine Sicherheitsbedenken oder etwaiger Fluchtverdacht. Ich konnte alles in Anspruch nehmen, was die anderen Gefanenen auch hatten. Gearbeitet habe ich in der Wäscherei mit anderen Frauen zusammen. Und nun werde ich plötzlich verschleppt — komme in Haftbedingungen, die gesundheitszerstörend sind, unmenschlich, entmündigt und erniedrigend sind. Von jeglichem Anstaltsleben bin ich abgetrennt — von Kameras werde ich jetzt ständig überwacht.

Ich kenne die Bedingungen im Normalvollzug und ich habe jetzt in den vier Tagen nur einen Bruchteil mitgekriegt, und kann dazu nur sagen: Unter den Bedingungen werde ich bewußt verheizt!«

Sie fordert für sich und die drei anderen Frauen Jandt, Berberich und Siepert, die ebenfalls im »Turm« sitzen, die sofortige Rückverlegung in den Normalvollzug und bis dahin Aussetzung des Verfahrens. Wie ernst ihr Zustand schon ist, zeigte sich am 3. Prozeßtag, 11 Tage nach der Verlegung. Jutta brach im Gerichtssaal zusammen, nachdem sie kurz zuvor nur noch flüstern konnte. Sogar eine eilends herbeigeholte Anstaltsärztin mußte ihr aufgrund schwerer Schlafstörungen Verhandlungsunfähigkeit für den Rest des Tages attestieren. Daraufhin wurde der Prozeß ausgesetzt, bis ein Psychiater Jutta untersucht hat.

Die Verhandlung wurde von Anfang an so geführt, daß der Öffentlichkeit suggeriert wird, hier habe man es mit »echten Terroristen« zu tun. Neben nur 20 Zuhörern befinden sich 9 Staatsschützer (bewaffnet, wie die Verteidigung enthüllen konnte) und 6 Justizbeamte im Saal, der zusätzlich durch Panzerglas abgeschirmt ist. Die Ausweise aller Prozeßbesucher werden fotokopiert, die Drucker müssen sich nach jeder Prozeßpause splitternackt ausziehen und absuchen lassen.

Zu Anfang stellten Angeklagte und Verteidiger Anträge auf Einstellung des Verfahrens mit folgenden Begründungen:

1. Die Trennscheibe verhindert eine wirksame Verteidigung und schränkt das Vertrauensverhältnis zwischen Verteidigern und Angeklagten entscheidend ein.
2. Da die Anwendbarkeit des §129a völlig ungeklärt ist, wäre selbst bei einem Verbot der Gruppen »2. Juni, RAF, RZ« (die noch nicht als verfassungsfeindlich verboten sind) das Recht auf Informationsfreiheit vorrangig und drucken sei ja wohl kaum eine Gewalttat.
3. Der § 88a ist verfassungswidrig.

Staatsanwalt Filipiak veranlaßten diese Anträge lediglich zu der zynischen Feststellung, seit Stammheim sei das wohl die Pflichtübung von Verteidigern in »Terroristenprozessen«. Das Gericht lehnte sie alle ab. Eine Begründung war, der Bundesgerichtshof habe sich beim Haftprüfungstermin auf eben diese Paragraphen berufen (und seinen Vorgesetzten kann man natürlich nicht widersprechen).

Doch zunächst droht dem letzten Angeklagten im ersten Verfahren, daß er verurteilt wird.

Die Zuhörer, die die Anträge mit Beifall bedacht hatten, wurden sofort aus dem Saal geprügelt. »Im Gericht stationierte Polizeibeamte gingen mit großer Ungeduld vor« kommentierte selbst der »Tagesspiegel«. Außerhalb des Gerichtssaales kam es noch zu schweren Übergriffen der Polizei: Zuhörer wurden mit Fäusten geschlagen, mindestens einer verließ blutend das Gericht.

Solidarität

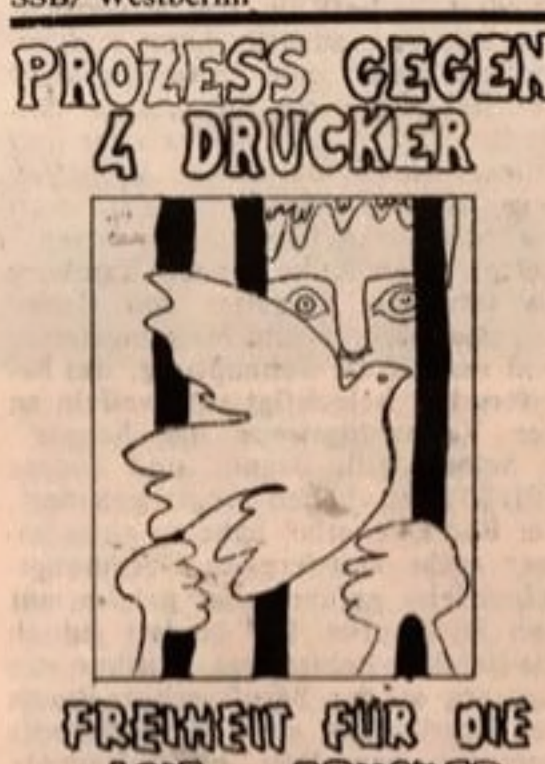
Um den Prozeßanfang verstärkt für eine Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen, hat das Komitee zur Befreiung der Agit-Drucker am 2. Prozeßtag zusammen mit dem Verband linker Buchhändler (VIB), der GEW Westberlin und der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) eine Großveranstaltung abgehalten. Die Mobilisierung verlief recht erfreulich: So verschickte die GEW beispielsweise ein Infoblatt an alle Mitglieder und Schulgruppen zum Aushang, der Schriftstellerverband in der Drupa beschloß, den Prozeß regelmäßig mit Beobachtern zu beschicken und nahm mit seinem 2. Vorsitzenden an der Veranstaltung teil. In einer Presseerklärung zum Prozeß wandte er sich gegen die »drohende Ausweitung der Zensur, von der jeder Schriftsteller potentiell bedroht ist«. Außerdem sprachen sich mehrere hundert Unterzeichner einer Zeitungsanzeige gegen die Kriminalisierung der Agit-Drucker aus.

Ca. 900 Zuhörer kamen auf die Veranstaltung und folgten den Beiträgen der Rechtsanwälte, des Agit-Komitees, des VIB und einer Schilderung über erste Erfahrungen mit Trennscheibenbesuchen — die Betroffenheit war sichtlich groß. An der anschließenden Podiumsdiskussion über Zensur und Selbstzensur nahmen teil: Prof. U. Wesel (Beirat des Russell-Tribunals), Seb. Cobler, Prof. H. Lessing (Mitherausgeber der Dokumentation des Buback-Nachrufs), Martin Beikirch (der noch freie Agit-Drucker), K. Stiller (Schriftstellerverband), U. Duske (GEW) sowie Vertreter der ESG und des VIB.

Einig war man sich auf dem Podium gegen die »grotesken Blüten der Selbstzensur« (Cobler), die der deutsche Herbst hervorgebracht habe. U.Wesel erklärte: »Wir müssen alle zu Staatsfeinden werden« und versprach, den Fall der Agit- Drucker dem Russelltribunal vorzulegen.

Bleibt zu hoffen, daß die bisher erreichte Breite der Solidarität dazu beiträgt, daß die Drucker nicht sang- und klanglos hinter Gittern verschwinden!

SSB/ Westberlin



Die Broschüre zum Prozeß gegen die Westberliner Agitdrucker.
Aus dem Inhalt:

- **Chronologie der Ereignisse**
- **Was ist AGIT ?**
- **Zensur gibt es, seit es Bücher gibt**
- **Die Arbeit des Komitees**
- **Die Anklage**
- **Viele Dokumente, u.a. der Haftbeschluß, Solidaritätserklärung usw.**

DM 4,--, zu bestellen über das Komitee zur Befreiung der AGIT-Drucker, Mehringdamm 99, 1000 Berlin 61



Keine Meinungsfreiheit für Beamte

„Der Kläger ist als Lehrer nicht geeignet." Mit diesem lapidaren Satz beginnt ein Schriftsatz, in dem die Hamburger Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung versucht, die Notwendigkeit eines Berufsverbots für den Presseverantwortlichen der Hamburger „Referendar- und Lehrerzeitung", Karl-Heinz Kuke, zu „begründen".

K.-H. Kuke, ehemaliges Mitglied des Referendarvorstandes, unterliegt bereits seit eineinhalb Jahren einem verdeckten Berufsverbot; seine Bewerbungen wurden bisher regelmäßig mit dem Hinweis auf „fehlende Planstellen" abgelehnt. Im April diese Jahres erhielt er einen Lehrauftrag, der ihm jedoch nach wenigen Tagen bereits wieder entzogen wurde. Das Altonaer Arbeitsgericht entschied daraufhin, daß die Behörde Karl-Heinz entweder einzustellen oder seine Nichteignung für den Schuldienst nachzuweisen habe. Diesen „Nachweis" versucht nun die Behörde in dem besagten Schriftsatz zu führen. Als Belege für Karl-Heinz' „Nichteignung" als Lehrer werden dabei ausschließlich Zitate aus der „Referendar- und Lehrerzeitung" verwendet, die die Meinungen eines großen Teils der Hamburger Lehrerschaft widerspiegeln. *„Herr Kuke hat in erheblichem Maße seine beamtenrechtlichen* 'Spiegeln. *„Herr Kuke hat in erheblichem Maße seine beamtenrechtlichen Pflichten verletzt."* Beleg: **„Wiederholt hat der Kläger die Lehrer und Referendare in Hamburg zum Streik aufgefordert und damit zur Verletzung des beamtenrechtlichen Streikverbots."**

Wenn man bedenkt, daß sich im letzten Sommer 80 % der GEW-Kollegen in einer Urabstimmung für Streik ausgesprochen haben und daß selbst der GEW-Bundesvorstand (zumindest verbal) für das Streikrecht der Beamten eintritt, kann man ermessen, welch eine Unverfrorenheit der Behörde diese Begründung darstellt. *„Der Kläger hat es stets und immer wieder bei seinen Angriffen gegen die Behörde an einem Mindestmaß an Sachlichkeit fehlen lassen."* Beleg: **„Herr Kuke betitelt Hamburg als traurigen Vorreiter von Gesinnungsschnüffelei und Meinungsterror und vertritt die Behauptung, 'das Berufsverbot berechtigt zu Zweifeln an der Verfassungstreue des Senats".**

Selbst Willi Brandt und andere SPD-Fürsten haben jüngst geäußert, der Radikalenerlaß habe zu einer immer mehr ausufernden Gesinnungsschnüffelei geführt und gehöre auf den Müllhaufen. Das hindert jedoch die Behörde keineswegs, Kritiken von Lehrern an der Berufsverbote-Praxis zur Begründung eines Berufsverbots heranzuziehen. Dies, obwohl gerade in den letzten Monaten mit den VS-Überprüfungen in Hamburger Betrieben (HSW) und den Berufsverbotsverfahren gegen Udo Hergenröder, Peter Gohl und andere, Tatsachen ans Licht der Öffentlichkeit gekommen sind, die die Richtigkeit von Karl-Heinz' Ansicht voll bestätigen. Letztlich ist das Berufsverbotsverfahren gegen ihn selbst der beste Beweis dafür.

Noch ein „Beleg": **„Er beklagt eine üble Ausbildungssituation, katastrophale Verhältnisse und die Ignoranz der Verantwortlichen in Senat und Behörde... Weiter behauptet der Kläger, in der Referendarausbildung beherrschten Zufall und Willkür die Notenvergabe..."**

Obwohl diese „ungeheuerlichen" Behauptungen in der RLZ im einzelnen nachgewiesen werden (was in dem Schriftsatz der Behörde natürlich verschwiegen wird), **„zeigt die Art der Äußerungen (!) des Klägers auch eindeutig, daß dieser als Lehrer ungeeignet ist."**

Kritik an der Behörde und am Senat grenzt nun mal an Majestätsbeleidigung und muß mit Berufsverbot geahndet werden. Besonders „ungeeignet" als Lehrer ist Karl-Hein nach Ansicht der Behörde auch deshalb, weil sich in einem von ihm verantwortlich gezeichneten Flugblatt zwei Karrikaturen befinden, **„die eindeutig zur Gewaltanwendung aufrufen"** und weil in einem anderen Flugblatt die Besetzung von AKW-Bauplätzen als legitimes Kampfmittel bezeichnet wird; eine Ansicht übrigens, die selbst von bürgerlichen Kräften in der Anti-AKW-Bewegung wie dem BBU geteilt wird.

Das letzte Geschütz, das die Behörde auffährt, ist, daß *„der Kläger nach eigenem Bekenntnis nicht gewillt* (ist), *die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu verteidigen."* Dieses wiederum wird u.a. damit „belegt", daß in der Referendarzeitung Nr. 10 zur Solidarität mit Karl-Heinz-Roth aufgerufen worden ist *„und dazu, ein neues Gesinnungsurteil und damit die lebenslange Einkerkerung zu, ein neues Gesinnungsurteil und damit die lebenslange Einkerkerung zu verhindern."* Mal abgesehen davon, daß selbst in einem völlig regierungshörigen Organ wie dem „Spiegel" die Prozeßführung gegen Karl-Heinz Roth als Gesinnungsjustiz kritisiert wurde, zeigt doch allein die Tatsache des Freispruchs des Genossen Roth, daß die Aufforderung zur Solidarität wohl kaum eine gegen die „FDGO" gerichtete Handlung gewesen sein kann.

Soweit zunächst einmal die „Vorwürfe" aus dem Schriftsatz der Behörde. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß mit dieser Begründung einzig und allein **Ansichten** mit Berufsverbot belegt werden, die voll vom Grundrecht auf Meinungsfreiheit gedeckt sind und darüber hinaus von einem großen Teil der demokratischen Öffentlichkeit und auch der Hamburger Lehrerschaft genauso vertreten werden. Dieses geplante Berufsverbot ist damit ein Musterbeispiel für den Meinungs- und Gesinnungsterror, wie er speziell in Hamburg trotz aller gegenteiligen Versprechungen des Senats immer weiter um sich greift. Die Berufsverbotsdrohung gegen Karl-Heinz Kuke wie auch gegen den Schriftleiter der „Hamburger Lehrerzeitung" (Organ der Hamburger GEW), Udo Hergenröder, sind gleichzeitig ein Angriff auf die Meinungsfreiheit der Hamburger Lehrer insgesamt.

Am 20. Juni sollte eine Verhandlung vor dem Hamburger Arbeitsgericht über die Einstellung von Karl-Heinz Kuke in den Schuldienst stattfinden. Diese Verhandlung fiel ins Wasser, weil die Behörde ihren Schriftsatz erst wenige Tage vor dem Termin vorgelegt hatte und somit eine rechtzeitige Beantwortung nicht mehr möglich war. Die Verhandlung ist jetzt auf den September vertagt worden. Bis dahin sollte allerdins speziell in der Hamburger GEW einiges getan werden, um den geplanten Berufsverboten einen geschlossenen Widerstand entgegenzusetzen.

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Von Liberalisierung keine Spur

Zweifellos: seit einiger Zeit bemüht sich die SPD-Führung mit vielfältigsten Mitteln um die Abschaffung des Radikalenerlasses („Müllhaufenerlaß" Bahr) – in Worten. Daß es ihr dabei – wie bisher immer bei solchen Gelegenheiten – lediglich um die Besänftigung der Gemüter geht und nicht um die tatsächliche Abschaffung der Berufsverbote (siehe AK 129 und 130), zeigen 2 Beispiele, die durchaus auf gleicher Linie liegen.

Vor drei Jahren hat es einmal ein Urteil des heiligen deutschen Verfassungsgerichtes gegeben, in dem die alleinige Zugehörigkeit zu einer linken Organisation oder Partei als nicht ausreichender Grund für ein Berufsverbot qualifiziert wurde. Eine Hintertür für diese relativ scharfe Bestimmung räumte allerdings damals das Gericht selber ein; es bestimmte, daß die Mitgliedschaft ein erhebliches Merkmal bei der Beurteilung der Gesamtpersönlichkeit des Bewerbers sein könne. Diese Hintertür ist heutzutage zu dem meist frequentierten Eingang zu Berufsverboten geworden. Da wird auch gar nicht mehr lange gefackelt: landauf, landab ist es gerade in SPD-Kreisen gängige Praxis, Leute wegen ihrer Zugehörigkeit zu linken Organisationen nicht einzustellen bzw. rauszuschmeißen. SPD-Minister Kurt Gescheidle z.B. hat da auch gar keine Probleme. In einem Interview mit dem „Stern" (25/78) sagte er auf die Frage, ob *„ein Kommunist in der Bundesrepublik nicht Briefträger sein darf"* rundum: **„sofern er aktiv bei der DKP ist, nein".** Überhaupt scheint der Herr Minister ein äußerst ungetrübtes Bild von seinem Rechtsstaat und dessen Geschichte zu haben: *„Unsere Verfassungsväter haben nach der Weimarer Erfahrung* (schauerlich, für was Weimar alles herhalten muß; Anm. AK) *dafür gesorgt, daß der Beamte für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten muß, und die Bundesregierung und deutsche Gerichte haben mehrfach erklärt, daß die DKP verfassungsfeindliche Ziele verfolgt. Deshalb ist es undenkbar, daß ein Beamter gleichzeitig in dieser Partei aktiv ist."* Wie einfach die Welt doch ist! Übrigens ist die Begründung von Gscheidle interessant und wirft ein Licht darauf, was von der Bremer Regelung in Praxis zu erwarten ist: Ein kommunistischer Briefträger darf nicht Briefträger sein, *„weil der Briefträger ganz bestimmt in einem sicherheitsempfindlichen Bereich arbeitet. Er bekommt in begrenztem Umfang einen äußerst intensiven Einblick in die Korrespondenz, in das Adressenmaterial bestimmter Persönlichkeiten."* Ist das schon albern ge- *Adressenmaterial bestimmter Persönlichkeiten."* Ist das schon albern genug, so läßt die nächste Äußerung auf die Frage, ob auch Lokomotivführer (in Gscheidles Wirkungskreis fällt auch der bekannte „Fall" des Lokführers Rudi Röder) unter den Sicherheitsbereich gezählt werden müssen, erahnen, wie beliebig diese Herren mit so einem Schwachsinnsbegriff umspringen. **„Bei einem Beamten bin ich überhaupt nicht frei, als Dienstvorgesetzter zu sagen, der ist im sicherheitsempfindlichen Bereich oder nicht. Beamter ist Beamter, da kann ich nicht differenzieren, dies hat das Bundesverfassungsgericht eindeutig festgestellt."** Heiliges Preußen! Übrigens soll das, was Gscheidle da ausgeführt hat – natürlich nur nach bisherigem Erkenntnisstand des Verfassungsschutzes – bei der Post für 25 Fälle gelten; bei der Bahn sollen davon 11 DKP-„Fälle", 4 NPD-Fälle und 1 KBW-„Fall" betroffen sein. Wir sollten die Augen offenhalten, was aus den NPD-lern wird.

Kurt Gscheidle ist nicht etwa eine Ausnahme, die sich nur wegen besonderer biedermännischer Staatstreue in Widerspruch zu den Aussagen seiner Parteifreunde setzt; nein, was Gscheidle hier ausspricht, ist z.B. in einem anderen SPD-regierten Land die übliche Praxis. Der Westberliner „Extra-Dienst" (Nr. 46/78) veröffentlichte ein behördeninternes Dokument, das anhand der 1977iger Statistik genau die von Gscheidle gemachten Aussagen für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes beweist. Wir drucken diesen Bericht über 1977 nebenstehend nach.

Daß die berüchtigte Landeskommission (LdK) beim Senator für Inneres – die zentrale Gesinnungspolizei-Dienststelle – bei der „Auswahl" der potentiellen Berufsverboteopfer nicht gerade zimperlich ist, beweist allein schon die Tatsache, daß die Mitteilung über die Gründung der LdK am 24. November 1976 im Rundschreiben II Nr. 131/1976 nicht nur an die Senatsdienststellen, Bezirksämter, die „Sonderbehörden" und Eigenbetriebe ging, sondern auch an die *„nichtrechtsfähigen Anstalten", „die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts"* sowie *„nachrichtlich an die Eigengesellschaften, die gemischtwirtschaftlichen Unternehmen, an denen Berlin überwiegend beteiligt ist."* Also ein Westberliner HSW-Skandal.

In einem Bericht über seine Tätigkeit im „Geschäftsjahr" 77 schreibt der Leiter der Westberliner Gesinnungs-Polizei-Dienststelle, Dr. Rose, der als Großinquisitor der LdK 34 Berufsverbote im letzten Jahr initiierte, u.a.: *„Folgende Erkenntnisse werden insbesondere mitgeteilt* (gemeint ist die Mitteilung des Verfassungsschutzes an die LdK, Anm. AK) *Mitgliedschaft in oder Zugehörigkeit zu verfassungsfeindlichen Organisationen oder Parteien ..., Aktivitäten für solche Organisationen, aus denen sich eine Identifizierung des Bewerbers mit den verfassungsfeindlichen Zielen der Organisationen schließen läßt, z.B. Kandidaturen für solche Organisationen bei allgemeinen Wahlen oder bei Wahlen im Universitätsbereich, die Ausübung innerparteilicher Funktionen, die Werbung für solche Organisationen (Info-Stände, Verkauf von Parteizeitungen), die Teilnahme an Veranstaltungen oder Demonstrationen solcher Organisationen."*

Interessant ist in diesem Zusammenhang nun allerdings ein ebenfalls im „Extra-Dienst" veröffentlichtes Urteil des Westberliner Oberverwaltungsgerichts, bei dem keine Revision zugelassen ist. Dieses Urteil erklärt gerade diese Westberliner Schnüffel-Praxis des Verfassungsschutzes und der LdK für unrecht. **„Die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Partei, die Teilnahme an einer erlaubten Demonstration, die Unterzeichnung einer nach Form und Inhalt nicht zu beanstandenden Resolution oder Petition und andere von der Verfassung und vom geltenden Recht gewährleistete politische Willensbekundungen oder Betätigungen reichen hierfür nicht aus."** Solche Erkenntnisse darf nach diesem Urteil der Verfassungsschutz grundsätzlich nicht an die Einstellungsbehörden weitergeben. Damit wären z.B. auch die Bestimmungen der sog. „Hamburger Koaltionsvereinbarungen" illegal.

Jedoch wird gerade in der Frage, welche „Erkenntnisse" für ein Berufsverbot reichen, systematisch eine Rechtsunsicherheit erzeugt. Denn etwa zur gleichen Zeit, als das oben erwähnte Urteil gesprochen wurde, entschied eine Kammer des Verwaltungsgerichts Westberlin: **„Wer einen Wahlaufruf zugunsten der SEW unterzeichnet, kann aus dem Beamtenverhältnis auf Widerruf entlassen werden, sofern er sich weigert, die Frage, ob er Mitglied in der SEW sei, zu beantworten."** („Tagesspiegel", 3.6.78)

Reicht das alles noch nicht, wird so ein Urteil halt einfach umgangen, indem z.B. die Schnüffelpraxis für den Betroffenen und damit für die Öffentlichkeit nicht mehr zugängliche gemacht wird: Beamte im Düsseldorfer Innenministerium haben „nach Aussprache" entschieden, künftig den Bewerbern nicht mehr die vom Verfassungsschutz gesammelten „Erkenntnisse" schriftlich mitzuteilen.

Aber nicht nur diese Beispiele machen deutlich, daß wir weit von einer „Liberalisierung" oder gar Aufhebung des Radikalenerlasses entfernt sind. Gerade erst haben führende SPDler mit großen Brimborium die Debatte begonnen, werden schon in der innerparteilichen „Diskussion" die Grenzen aufgezeigt. Insbesondere Macher Helmut Schmidt verwahrte sich in einer Bundestagsfraktionssitzung gegen den Vorwurf, *„den Spielraum des sogenannten Radikalenbeschlusses des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom Mai 1975 nicht auszunutzen."* („FR", 22.6.). Er reagierte *„verärgert darauf, daß dieses Thema immer wieder hochkomme"* und verwies darauf, *„daß die Handlungsfreiheit der Politiker durch die geltenden Gesetze und durch das Bundesverfassungsgericht eingeschränkt sei"* (ebenda). Im Klartext: es bleibt alles beim Alten. Denn sollte sich wirklich jemand die Illusion gemacht haben, die Worte von Willy Brandt seien ernst gemeint, wer wollte dann schon noch glauben, daß in dieser SPD etwas gegen den Willen von Helmut Schmidt durchgesetzt werden würde?!

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

DIE SCHNÜFFEL- STATISTIK

Arbeiter (bei der Post) 3
Ingenieur 1

DIE SCHNÜFFEL- STATISTIK

STATISTIK ÜBER DIE ARBEIT DER LANDESKOMMISSION (LdK) vom 1.1.1977 bis 31.12.1977

1. Übersicht

Bei der GSt der LdK eingegangene Fälle	290
Von der LdK behandelte Fälle	290
Von der LdK abgeschlossene Fälle	252
– durch vorherige Erledigung oder Zurückziehung von seiten der Einstellungsbehörde bzw. des Bewerbers	84
– mit Empfehlung der LdK	168
– mit Empfehlung „Erkenntnisse, die Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers begründen können, liegen nicht vor"	134
– mit Empfehlung „Zweifel an der Verfassungstreue"	34

2. Erledigung von Einstellungsfällen ohne eine Empfehlung der LdK

Keine Zuständigkeit der Landeskommission (z.B. Altfälle, Bewerber ist bereits im öffentlichen Dienst)	18
Dreiervorschlag (anderer Bewerber)	3
Bewerber hat seine Bewerbung zurückgezogen	25
Dienststelle hat aus personalwirtschaftlichen Gründen zurückgezogen	38

3. Bewerberkreis

Lehrer	100
Erzieher/Sozialarbeiter	62
wissenschaftliche Mitarbeiter an Universitäten	61
Ärzte	23
Professoren/Assistenzprofessoren	12
Bibliothekare	4
Psychologen	3
Krankenschwestern/Pfleger	4
Techn. Angestellte	4
Vollzugshelfer	3
Gerichtsreferendare	3
Programmierer/Operator	2
Arbeiter (bei der Post)	3
Ingenieur	1
Biochemiker	1
Verwaltungsjurist	1
Ang. im Schreibdienst (Verwendung in der Personalstelle der FU)	1
Laborant	1
Verwaltungsangestellter	1

4. Einstellungsvorgänge, die mit der Empfehlung „Zweifel an der Verfassungstreue" abgeschlossen wurden

Erzieher/Sozialarbeiter	10
wissenschaftliche Mitarbeiter an Universitäten	11
Ärzte	3
Lehrer	5
Techn. Angestellte	1
Operator	1
Juristischer Referendar als Beamter a.W.	1
Juristischer Referendar als Beamter a.W.u. als Praktikant	1
Bibliothekar	1

Einstellungsbehörden

Bezirksämter	15
Freie Universität Berlin	6
Krankenhäuser	5
Technische Universität Berlin	5
Präs. des Kammergerichts	2
SenBauWohn	1

Art der Erkenntnisse (z.T. mehr als eine Erkenntnis)

ADS/FU	4
ADS/TU	2
ADS/PH	2
DKP	2
FDJW	3
KBW	3
KPD	3
KPD/ML	1
KSG	2
KSV	2
Liga gegen den Imperialismus	4
SDAJ	2
SEW	15

Anm.: Bei diesen Erkenntnissen handelt es sich um aktive Mitgliedschaften in den genannten Parteien und Organisationen oder deren aktive Unterstützung.

Nazi darf Lehrer bleiben

Köln. Am 24. November 1977 konnte **Karl-Heinz Bedbur**, katholischer Religionslehrer der Albert-Schweitzer-Realschule in Köln-Höhenberg, im Sinne der faschistischen "Auschwitz-Lüge" vor der Klasse 10a erklären: *„Die Amerikaner hätten erst nachträglich, also nach dem Krieg, die Verbrennungsöfen im KZ Dachau einbauen lassen, um damit später die Judenvernichtung nachweisen zu können. Außerdem seien nicht sechs Millionen, sondern höchstens 6000 (!!) Juden im Dritten Reich umgekommen"* ("Stern" v. 8.6.78).

Obwohl Mitglieder des Schulkollegiums unmittelbar nach besagter Schulstunde von diesem Sachverhalt erfuhren, geschah zunächst n i c h t s ! *„Erst als eine jüdische Kollegin des Lehrers Bedbur von dessen Thesen erfuhr, wurden Schulleiter und der zuständige Regierungspräsident in Köln unterrichtet. Ohne Wirkung"* (ebenda). Nach *„monatelangem Schweigen rang sich jetzt das nordrhein-westfälische Kultusministerium jetzt zu der Erklärung durch: 'Das ist doch nichts Eklatantes. Das ist ein kleiner Ausrutscher'"* (ebenda). So endete denn auch das gegen Bedbur angestrengte Disziplinarverfahren vergleichsweise harmlos: Er wurde – am 16.5. – lediglich an eine andere Schule versetzt, ohne seine faschistischen Sprüche in ihrem Kern zurücknehmen zu müssen. Bedbur stattdessen: *„Die Kirche unterstützt mich. Linke Radikale wollen mich nur diffamieren...."* Und: *„Das mit den 6000 Juden war nur ein kleiner Schlenker"*

Ein Dokument der Ehrlichkeit

Solidarität wird bei der DKP nicht nur klein geschrieben, sondern gegenüber politisch Andersdenkenden sogar gänzlich versagt. Fin Dokument, das an Ehrlichkeit in dieser Hinsicht nicht zu übertreffen ist, veröffentlichte jetzt die Hamburger Initiative „Weg mit den Berufsverboten". In einem Flugblatt mit dem Titel *„Hamburger Senat verschärft Berufsverbote"* stellt sie acht neue Berufsverboteverfahren vor, in denen den Betroffenen jeweils Mitgliedschaft in der DKP vorgeworfen wird. Darunter steht: *„Angaben nach 'Hamburger Lehrerzeitung' Nr. 6/7, 1978"* (Zeitung der GEW). Schlägt man in dieser Zeitung nach, so stellt man zunächst fest, daß tatsächlich alle Angaben (fast) wortwörtlich aus der „HLZ" übernommen wurden. Beim zweiten Hinsehen muß man sich jedoch schon die Augen reiben. Denn drei Fälle, die in der „HLZ" aufgeführt werden, kommen im Flugblatt der Initiative nicht vor. In einem Fall stellt sich heraus, daß der Betroffene inzwischen eingestellt wurde, nicht aber so in den weiteren Fällen. Was müssen sie wohl für einen „Makel" haben, um von der Initiative nicht erwähnt zu werden. Man errät es leicht: **ihnen wird Unterstützung des KB bzw. des KBW vorgeworfen!**

Unverfroren schreibt die Initiative in ihrem Blatt: *„Aufhebung aller Berufsverbote!"*. Welch ein Hohn!

Unterstützung einer sogenannten „K-Gruppe", das reicht für diese Initiative schon, um solche Berufsverbote gar nicht erst zu erwähnen. Welcher andere Gedanke kann hier Grundlage sein, als daß es sich hierbei gar nicht um Berufsverbote handele, die verurteilt werden müssen?

Eine verhängnisvolle Spaltung bedeutet es schon, daß diese Initiative die Dokumentation von Berufsverboten nach dem Parteibuch und nach der Haltung zur FdGO vornimmt. Eine besondere Sauerei wird jedoch darüberhinaus aus diesem Fall, weil sie sich ausdrücklich auf die Publikation der GEW bezieht. Es stellt einen enormen Schritt dar, daß es in dieser Gewerkschaft gelungen ist, unabhängig von der politischen Einstellung alle Berufsverbote zu verurteilen. **Die Initiative hat deutlich gemacht, daß es ihr genau um das Gegenteil geht: um die selektive Solidarität nach dem Parteibuch.** Damit werden ebenso grundlegende gewerkschaftliche Positionen verletzt. Dem Faß die Krone setzt schließlich noch auf, daß dieses Flugblatt speziell zur Verteilung vor der Vertrauensleuteversammlung der GEW erstellt wurde.

Die Initiative „Weg mit den Berufsverboten" nimmt für sich in Anspruch, d i e repräsentative Bewegung gegen die Berufsverbote zu sein. Diesen Anspruch in Zusammenhang gebracht mit dem konkreten Verhalten, kann daraus nur geschlossen werden, daß Berufsverbote nur dann Berufsverbote genannt werden, wenn das alleinseligmachende Parteibuch im Spiel ist. Auf den Nenner brachte es einmal Uwe Knickrehm, führender DKP-Funktionär: **er sei zwar nicht für Berufsverbote für Mitglieder von „K-Gruppen", jedoch auch nicht gegen sie!**

Nicht-DKP-Mitglieder in der Initiative brechen in lautes Geschrei aus, wenn die Initiative als DKP-bestimmt bezeichnet wird. Nun, was ist dieser Fall anderes als die Durchsetzung der These 41 des DKP-Programms, nach der jedem Mitglied bei Ausschlußdrohung die Unterstützung von *„maoistischen, trotzkistischen oder anarchistischen Organisationen"* verboten ist? Es mag sein, daß dieses Flugblatt von den DKPlern in der Initiative herausgegeben wurde. Nur, bisher fehlt bei allen ähnlichen Fällen auch nur der Ansatz einer kritischen Äußerung der „Unabhängigen". **Solange jedoch die DKP-Eigenschaften, selektive Solidarität und Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die Politik der Initiative bestimmen, solange werden wir auch von einer DKP-Initiative schreiben.**

Denn wer glaubt nach jahrelangen Erfahrungen mit dieser Initiative schon noch, daß dieser offensichtliche Bruch mit dem Anspruch einer Berufsverboteinitiative Anlaß für eine öffentliche Selbstkritik sein könnte!

dieser Gewerkschaft gelungen ist, un- öffentliche Selbstkritik sein könnte!

„Deutsche Einheit" Kriterium für Verfassungstreue?

Auf eine neue Möglichkeit für Berufsverbote machte Bundespräsident Walter Scheel in seiner Rede zum 17.Juni aufmerksam. Nachdem er das Unverständnis der Jugend für das revanchistische Gedankengut beklagt hatte, stellte er an die Schulen die unmißverständliche Aufforderung, die Frage der „Deutschen Einheit" zu einem Schwerpunkt zu machen. Dann kommt er auf eine wesentliche Überlegung für die Zukunft: **„Wir haben eine Verfassung, die das gesamte deutsche Volk auffordert, die Einheit Deutschlands zu vollenden ... Die Lehrer haben sich an die Verfassung zu halten, und die Länderregierungen haben die Pflicht, die Voraussetzungen dafür zu schaffen ..."** (nach „FAZ", 19.6.78). Wie weit liegt da der Schluß: wer von der Zwei-Nationen-Theorie ausgeht, ist ein Verfassungsfeind?

Aber immerhin: Berufsverbote dieser Art dürften ganz nach dem Geschmack der „KPD" sein, auf deren Stellungnahme wir gespannt warten: "Walter Scheel – ein antihegemonistischer Präsident...."

Die „neuen Wege" der SPD

Was man von der in letzter Zeit durch führende Sozialdemokraten oft geäußerten Absicht einer Abänderung der Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbotepraxis zu halten hat, zeigen zwei neue Fälle aus Hamburg:

Den beiden Lehrern Peter Gohl und Alfred Dreckmann werden Mitgliedschaft, Aktivitäten und Kandidatur für die DKP vorgeworfen. In Hamburg werden damit erneut Berufsverboteverfahren gegen auf Lebenszeit verbeamtete Lehrer eingeleitet. Bisher gab es erst ein Berufsverbot gegen einen voll beamteten Lehrer (Gerd Heide). Das soll nun offenbar anders werden. Damit übernimmt der Hamburger SPD-Senat wieder einmal die Vorreiterrolle bei der Verschärfung der Berufsverbotepraxis.

Besonders deutlich wird das bei Peter Gohl, dessen Frau Heike Gohl ebenfalls von einem Berufsverboteverfahren betroffen ist: Ihm wird von der Schulbehörde eine Schnüffelliste mit insgesamt 22 Aktivitäten vorgehalten, die 1967 mit seiner Zugehörigkeit zum SDS-Leitungskollektiv anfängt und 1976 mit der Herausgabe eines Flugblattes endet.

„Wir sind Lernende und bereit, jetzt neue Wege zu gehen" hat der stellvertretende SPD-Vorsitzende Koschnick vor kurzer Zeit zum Thema Berufsverbote gesagt.....

Das merkt man!!!

Kurzmeldung

Würzburg: Das Verwaltungsgericht hob das Berufsverbot gegen den Lehramtskandidaten Helmut St. auf, dem seine Mitgliedschaft und Kandidatur für den SHB „zur Last" gelegt wurde. Das Gericht sprach sich zwar nicht gegen die Auffassung der Behörde aus, daß der SHB verfassungswidrige Ziele verfolge, jedoch sei ein Student überfordert, *„wenn er die Verfassungswidrigkeit des SHB zu einer Zeit erkennen solle, da diesem noch staatliche Förderungsmittel zugeflossen seien"* (Aktenzeichen: 183/I 76, nach „Welt", 5.6.78).

Militarismus Antimilitarismus



Der Wettstreit um die »beste Ausschöpfung des BVG-Urteils« hat begonnen

Der „tiefen Enttäuschung" der Koalitionsparteien über das BVG-Urteil waren schon bald die ersten Vorschläge zur „vollen Ausschöpfung des Gesetzestextes" gefolgt: Bereits einen Tag nach Bekanntgabe des Urteils ließ Gerhard Jahn, Fraktionsgeschäftsführer der SPD, verlauten, die SPD-Bundestagsfraktion werde nun prüfen, wie jetzt noch ihr Ziel verwirklicht werden könne, *„die Peinlichkeiten und Unglaubwürdigkeiten des bisherigen Prüfungsverfahrens durch eine Neuregelung abzulösen"* („FR", 14.4.). Auch Regierungssprecher Grünewald betonte, daß das Bundesverfassungsgericht die Alternative, von der umstrittenen Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer wegzukommen, nicht völlig verstellt habe („FR", 15.4.). Verteidigungsminister Apel brachte skrupellos und unumwunden seine Genugtuung über das Urteil zum Ausdruck: er begrüße es, weil es „gleiche Voraussetzungen für Wehrpflichtige und Zivildienstleistende" schaffe; er finde das Urteil „gut" („FR", 15.4.).

Obwohl mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts das allerletzte „Reformvorhaben" der Koalition endgültig gescheitert war, konnte sich die Bundesregierung relativ schnell von dieser Schlappe erholen: entspricht doch das Urteil voll und ganz ihren eigenen Vorstellungen über Verschärfungen im Zivildienst hin zum Ausbau zu einem paramilitärischen Arbeitsdienst. Dies war bereits im Winter letzten Jahres von Iven im 8-Punkte-Programm festgelegt worden. Auf der anderen Seite hatte das BVG-Urteil die Möglichkeit offengelassen, bei entsprechenden Verschärfungen im Zivildienst das Gewissensprüfungsverfahren außer Kraft zu setzen. Damit war für die Koalitionsparteien der Startschuß gegeben, zügig an die Planung der weiteren Verschärfungen im Zivildienst heranzugehen, ohne das „Reformvorhaben" der Abschaffung der Gewissensprüfung völlig fallen lassen zu müssen!

Genau auf dieser Ebene liegen denn auch die ersten Vorschläge von FDP und SPD für die Neufassung der Wehrdienstnovelle: beide Parteien sind sich darin einig, daß es keine Gewissensprüfung mehr geben dürfe. Einig sind sie sich aber auch über die folgenden Verschärfungen:

– Der Zivildienst muß auf jeden Fall länger dauern als der Wehrdienst. Hierbei denkt die SPD an 18 Monate, die FDP an 20 Monate. Nach Ansicht der FDP soll dieser Zeitraum entsprechend der zeitlichen Belastung des Wehrdienstes für Wehrpflichtige verlängert oder verkürzt werden und in Krisen – oder Notfällen bis zu 24 Monate betragen!

– Zu Beginn des Zivildienstes soll jeder ZDLer einen Einführungsdienst – analog zur Grundausbildung in der Bundeswehr – ableisten. Dieser Einführungsdienst soll nach Vorstellungen der SPD 3 Monate, nach Meinung der FDP 2 Monate dauern und die folgenden Schwerpunkte beinhalten: Unterrichtung über Zivildienst sowie über Rechte und Pflichten der Dienstleistenden; staatsbürgerlicher Unterricht; theoretische und praktische Vorbereitung auf die vorgesehene Beschäftigung.

– Der Dienstablauf im Zivildienst soll, soweit möglich, an den der Bundeswehr angeglichen werden. Dazu gehören heimatferner Einsatz und Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften – sprich Kasernen –, wenn dies den Belangen des Zivildienstes entspricht.

– Um sicherzustellen, daß alle Wehrdienstverweigerer auch zum Zivildienst eingezogen werden, sollen 60.000 Zivildienstplätze eingerichtet werden (bisher 20.000). Hierbei ergäben sich Möglichkeiten bei ambulanten sozialen Diensten, dem Umweltschutz, dem Katastrophenschutz, dem Entwicklungsdienst oder Einrichtungen wie der „Aktion Sühnezeichen". Bereits einige Wochen zuvor hatte der FDP-Wehrexperte Möllemann angeregt, Wehrdienstverweigerer zum zivilen Bevölkerungsschutz heranzuziehen und ein entsprechendes Zivilschutzkorps zu bilden.

– Beide Parteien setzen sich darüber hinaus für eine organisatorische Straffung und Zentralisierung des Zivildienstes ein, wobei nach Meinung der FDP die Zuständigkeit beim Bundesarbeitsministerium liegen soll, während die SPD lieber eine bundeseigene Verwaltung mit Zivildienstzentren auf regionaler Ebene sehen würde.

Beide Parteien gehen demnach einmütig davon aus, daß der „Preis" für einen Verzicht auf die Gewissensüberprüfung in einer massiven Verschärfung des Zivildienstes bestehen muß. Während es das Ziel der FDP ist, den Zivildienst insgesamt so auszugestalten – das heißt so „unattraktiv" wie möglich zu machen –, *„daß er als einzige Probe auf die Gewissensentscheidung angesehen werden kann"* („SZ", 14.6.), schlägt die SPD zusätzlich eine *„Glaubwürdigkeitsprüfung"* vor; das heißt: der Wehrpflichtige, der aus Gewissensgründen den Kriegsdienst verweigern will, soll erklären – und diese Erklärung soll genügen – daß er bereit ist, Zivildienst zu leisten, obwohl dieser ihm mehr Nachteile bringt als der Dienst in der Bundeswehr („SZ", 14.6.). Bessere Erfüllungsgehilfen bei der „vollen Ausschöpfung des Urteils" haben sich die Bundesrichter nicht wünschen können! Die CDU/CSU hat sich bisher bei dem Wettstreit um die reaktionärsten Vorschläge noch vornehm zurückgehalten, besteht für sie im Augenblick tatsächlich kaum eine Chance, sich rechts von der Regierungskoalition zu profilieren! Nur in einer Frage scheint sie noch einen Zahn zulegen zu wollen: die CSU hat bereits angekündigt, daß ein Verzicht auf die Gewissensprüfung für sie nicht in Frage komme. Auch wenn sich die CDU bisher zu dieser Frage noch nicht geäußert hat, so kann man sicher davon ausgehen, daß sie irgendeine Form der „Glaubhaftigkeitsprüfung" verlangen wird – allein schon mit Rücksicht auf die in diesen Fragen unbeugsame CSU. Da das BVG-Urteil eine Zustimmungspflicht des Bundesrates – und damit der CDU/CSU – festgeschrieben hat, kann man sicher davon ausgehen, daß die SPD/FDP zu noch weiteren Zugeständnissen bereit sein wird.

Interessant ist, daß Apel in einem Interview einen möglichen „Kompromiß" mit der CDU/CSU bereits andeutet: *„Wenn die Wehrdienstverweigerung durch unzumutbar lange Ersatzdienstzeiten bestraft werden sollte, sei er der Meinung, die augenblickliche Übung sei besser als eine mit Gewalt herbeigeführte neue Regelung. Das würde bedeuten, die Gewissensprüfung bleibt"* („SZ", 19.6.). Auf die Zivildienstleistenden kommt also nicht nur ein paramilitärischer Arbeitsdienst bis zu 24 Monaten zu, sondern wahrscheinlich auch noch die Beibehaltung des Gewissens-TÜV – man darf gespannt sein, was den Parteien bei der „vollen Ausschöpfung des BVG-Urteils" noch alles einfallen wird, um die Lage der Zivildienstleistenden vollständig unerträglich zu machen, um gleichzeitig möglichst vielen Jugendlichen die Kriegsdienstverweigerung überhaupt madig zu machen.

Antimilitarismus-Kommission



Massive Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit von ZDLern

Am 18. Juni wurde im Abendprogramm des Bayerischen Fernsehens (3. Programm) eine Reportage zum Thema „Wehrdienst – Warum?" ausgestrahlt. Der 45-Minutenbeitrag stellt in zwei Kurzberichten a 7 Minuten einen Wehrpflichtigen in der Bundeswehr und einen Zivildienstleistenden vor. Im Anschluß wird ein Zusammenschnitt einer am 5.6. aufgezeichneten Diskussion zwischen 4 Zivildienstleistenden und 4 Soldaten gezeigt.

Zu Beginn der Dreharbeiten hatte der Beauftragte für den Zivildienst, Hans Iven, seine Unterstützung für dieses Vorhaben zugesagt. Zwei vom Bundesamt selbst vorgeschlagene Diskussionsteilnehmer erhielten selbstverständlich je einen Tag Sonderurlaub, um an den Aufzeichnungen mitwirken zu können.

Nachdem der bayerische Rundfunk/Fernsehen zwei Mitglieder der SOdZDL ebenfalls eingeladen hatte, und das Bundesamt darüber informiert wurde, reagierte das Bundesamt mit einer kategorischen Ablehnung bezüglich der Diskussionsteilnahme. Begründet wurde die Ablehnung damit, daß der bayerische Rundfunk das Bundesamt brüskiert habe, in dem er sich nicht auf die vom Bundesamt vorgeschlagenen Teilnehmer beschränkte.

Diese in der SOdZDL mitarbeitenden Zivildienstleistenden wurden unserer Auffassung nach vom Bundesamt abgelehnt, da die SOdZDL als „gewerkschaftliche Interessenvertretung der ZDL" gegen die Wiedereinführung der Gewissensinquisition, gegen die Kasernierung der Kriegsdienstverweigerer, für gleiche Dienstzeit von Soldaten und Zivildienstleistenden und für die Aufhebung der Berufsverbote eintritt. In diesem Zusammenhang hat die SOdZDL im Januar gemeinsam mit den Jusos und Judos zu einer eintägigen Arbeitsniederlegung wegen der geplanten Verschärfungen im Zivildienst aufgerufen.

Obwohl der Vertreter des Bundesamts auf das besondere Abhängigkeitsverhältnis zwischen Dienstvorgesetzten und Zivildienstleistenden hinwies, ließen sich die beiden KDVler nicht ins Bockshorn jagen. Selbst gegenüber dem Reporter der Sendung, Dr. Tony Schwaegrerl, erklärte Herr Beckmann (Bundesamt für Zivildienst): „Die beiden Herren Schmude und Schultheiss sollen nicht an der Diskussion teilnehmen ... und sie sind nicht für die Diskussion freigegeben".

Erst auf nachhaltiges Bohren erklärte das Bundesamt am nächsten Tag dann, es sei zu einem Kompromiß bereit: Herr Schmude dürfe an der Diskussion teilnehmen – aber nur dann, wenn Herr Schultheiss nicht teilnehme. Herrn Schultheiss' Teilnahme wurde unter dem Hinweis auf eine Disziplinarstrafe wegen des Streiks vom 27. Januar 78 abgelehnt.

Folgende Äußerungen des Bundesamts gegenüber dem Reporter der Sendung verdeutlicht das Verständnis dieser Behörde bezüglich Unabhängigkeit der Presse und Redefreiheit: „Es gibt symptomatischere ZDL als die Herren Schmude und Schultheiss". Das ist unserer Meinung nach Zensur, und zwar eine besonders infame Spielart, da Zivildienstleistende sich in einer sehr viel stärkeren Abhängigkeit befinden, als normale Staatsbürger.

Umso höher ist die Zivilcourage beider Kollegen zu bewerten, die sich durch die diversen Manöver des Bundesamts nicht auseinanderdividieren ließen und trotz aller Widerstände an der Diskussion teilgenommen haben.

Die Vorgeschichte zu dieser Diskussion veranlaßt die SOdZDL/Gruppe Nürnberg (diese Gruppe der SOdZDL war an der Reportage beteiligt) energisch gegen das Bundesamt für den Zivildienst und den Beauftragten Hans Iven zu protestieren. Als Staatsbürger, die sich in einem Rechts- und Abhängigkeitsverhältnis besonderer Art befinden, fragen wir, ob Hans Iven nach dem von ihm zur Schau gestellten Verhältnis zur Meinungs- und Redefreiheit der richtige Mann in dieser Position ist – die nicht zuletzt Vorbild für die ihm untergebenen Staatsbürger sein sollte.

SOdZDL/Gruppe Nürnberg

RA Dieter Berthmann, *Landes- und Bundesvorstand der EAK (Evang. Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung von KDV), Nürnberg*

W. Deindörfer, *Beauftragter für KDV in der ev.-luth. Kirche für Bayern, Landesvorstand der EAK Bayern, Nürnberg*

Gefängnisstrafen für Kriegsdienstverweigerer

Frankreich: Zwei Kriegsdienstverweigerer, die der Aufforderung zum Ersatzdienst nicht Folge geleistet hatten, sondern sich in Eigeninitiative Zivildienststellen gesucht hatten, wurden jetzt in Strassbourg zu drei bzw. sechs Monaten Gefängnis „mit Bewährung" verurteilt!

Die beiden Kriegsdienstverweigerer waren mit ihrer Einberufung zur „Nationalen Forstverwaltung" nicht einverstanden, weil sie nicht als „billige Arbeitskräfte" einer „industriellen und kommerziellen Staatsfirma" dienen wollten. Das Skandalöse an dem Urteil ist sicherlich, daß beide bereits ihren zweijährigen Ersatzdienst abgeleistet hatten (der eine auf einem Bauernhof, der andere in einem Heim für geistig und körperlich Behinderte), und dies von den Behörden stillschweigend geduldet worden war.

Erst nach Ablauf dieser Frist waren die Betroffenen von der Polizei verhaftet worden; die Anklage lautet auf „Desertion in Friedenszeiten". Es könne nicht angehen, so erklärte die Staatsanwältin, daß Kriegsdienstverweigerer sich über das Gesetz stellen und selbst entscheiden, was im „allgemeinen Interesse" liege.

Den Kriegsdienstverweigerern droht jetzt über die Gefängnisstrafe hinaus eventuell noch einmal ein zweijähriger Ersatzdienst! Für die Militaristen in der BRD sicher ein nachahmenswertes Beispiel, wie man „arbeitsdienstunwillige ZDLer" schließlich doch zum Arbeitsdienst zwingen kann. Wann wird Iven für die BRD ein ähnliches Exempel statuieren?

(„FR", 16.6. und „SZ", 16.6.).

Regensburg : 1.Mai-Prozeß

In Regensburg fand vor kurzem ein Prozeß gegen zwei Soldaten und drei Gewerkschafter statt, die sich, so die Anklage, ihrer Festnahme am 1. Mai 1977 durch *„Stoßen, Ziehen und Schieben"* und mit *„tätlichen Angriffen"* zu entziehen versucht hätten.

Der ganze Vorfall spiegelt ein Stück bundesdeutschen Polizeistaates wieder:

Auf der Regensburger DGB-Maikundgebung standen drei Soldaten in Uniform unter einem Schild mit der Aufschrift: „Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Betrieb und Kaserne". Grund genug für zwei Feldjäger der Bundeswehr, die Personalien zu verlangen. Doch die Soldaten verweigerten das *„aus Mißtrauen gegenüber den Feldjägern, die in Zivil waren, 'ungepflegt' aussahen und sich nur lückenhaft ausweisen konnten"* („FR", 16.5.). Daraufhin baten die Feldjäger den bayerischen Polizeihauptkommissar Gottsmann „um Amtshilfe", *„die Soldaten hätten sich geweigert, ihre Personalien anzugeben, und* (sie) *seien von einer Demonstrantenmenge in drohender Haltung umringt worden"* (ebenda).

Gottsmann schickte einen „Greiftrupp", der so brutal vorging, daß Regensburger „amnesty international"-Mitglieder Vergleiche mit chilenischen und brasilianischen Verhältnissen zogen. *„.... 3 Polizeiwagen fuhren mit aufheulendem Motor rücksichtslos in die dicht herumstehende Menschenmenge hinein, mehrere Personen wurden dabei angefahren, eine Frau kam dabei zu Fall."* Und Diakon Heeder: *„Eine Frau ging auf die Polizisten zu, um sie wegen ihres Vorgehens zur Rede zu stellen, doch sie wurde von ihnen zur Seite gestoßen. Bei einem zweiten Versuch mit dem Polizisten zu sprechen, schlug ihr einer der Beamten in den Bauch, so daß die Frau zusammenbrach"* (MZ, Tageszeitung von Regensburg, 13.5.77 und 27.5.77).

Ein Zeuge erklärte vor Gericht, daß die Bullen ihn an der Gurgel gepackt hätten, obwohl er der Polizeiaktion nur zugesehen hatte. Sein vierjähriger Sohn, der ziemlich abseits stand, wurde von den Polizisten zur Seite gestoßen. Er hat heute noch Angst vor den Polizisten. Nach den Personalien befragt, verweigerte einer der Polizisten die Auskunft mit der Begründung, er sei sowieso stadtbekannt.

Ein weiterer Skandal ist, wie die Gewerkschafter überhaupt auf die Anklagebank gekommen sind. *„Damals, vor einem Jahr, hatten die Polizisten nämlich noch recht vage berichtet, 'jemand' habe sie angegriffen, 'ein Unbekannter' oder 'eine Frau'. Dann standen plötzlich genaue Namensangaben in der Anklageschrift, ohne daß es jemals zu einer Gegenüberstellung gekommen wäre"* („FR", 16.5.). Vor Gericht wußten die Polizisten dann Geschichten *„von Lichtbildern und von hilfreichen Gesprächen mit Verfassungsschützern* (!)*"* zu erzählen (ebenda). Daß hier unbequeme Bürger herausgegriffen wurden, steht damit fest. Ins Bild paßt, daß der für die Ermittlungen zuständige Kriminalhauptkommissar auf Anordnung des bayerischen Innenministeriums über die „Identifizierungstechniken" nicht aussagen durfte, *„weil so etwas 'die Erfüllung öffentlicher Aufgaben gefährden' könnte"* (ebenda). Was soll hier eigentlich verschwiegen werden? Daß die Polizei in solchen Prozessen ihre Informationen vom VS bekommt?

Aber obwohl u.a. die bayerischen Jungdemokraten, der Bund Deutscher Pfadfinder und die Fachgruppe Buchhandel und Verlage in der HBV die Einstellung des Verfahrens gefordert hatten, wurde es trotzdem eröffnet.

Am vorletzten Verhandlungstag wurden zwei Angeklagte vorzeitig freigesprochen, hauptsächlich deshalb wohl, weil das Gericht nicht weiter in die hahnebüchenen „Identifizierungsmethoden" der Polizei eindringen wollte.

Für die drei weiteren Angeklagten forderte der Staatsanwalt einmal 3 Monate Haft sowie Geldstrafen plus Tragen der Gerichtskosten für die anderen. In seinem Urteilsspruch am Freitag, den 9.6., konnte dann der Richter nicht umhin, die Widersprüche in den Bullenaussagen zu „würdigen": Hartmut K. wurde freigesprochen, Peter P. wurde zwar der ihm zur Last gelegten „Taten" für schuldig befunden, aber das Gericht sah von einer Strafe ab. D.h., daß er einen Teil der Gerichtskosten zahlen muß! Ursula dagegen wurde zur Zahlung von 360 Mark und der Gerichtskosten verurteilt.

KB/Gruppe Landshut

Kurzmeldungen

Nachdem vor einigen Monaten anläßlich der symbolischen „Judenverbrennung" durch elf Leutnants der Bundeswehrhochschule München zum ersten Mal Informationen über antisemitische und profaschistische Umtriebe in der Bundeswehr in die breite Öffentlichkeit gedrungen sind, sieht sich die Bundeswehr anscheinend genötigt, ein wenig auf antifaschistische Public-Relation zu machen.

An den Bundeswehrhochschulen sollen in nächster Zeit Vortrags- und Lehrveranstaltungen zu Faschismus und Antisemitismus stattfinden.

Als Referent in Sachen Demokratie und Antifaschismus ist Prof. Dr. Hans Joachim Schoeps vorgesehen. Schoeps, Direktor des Seminars für Religionsgeschichte der Universität Erlangen, hat allerdings selbst eine reichlich braune Vergangenheit. Er gehört zu den wenigen jüdischen Bürgern, die sich 1933 zu Wasserträgern und Lobrednern des Faschismus erniedrigt haben. Arie Goral hat Schoeps einmal einen „braunen Juden" genannt – offensichtlich sehr zu Recht.

H.J. Schoeps gründete 1933 den Verein „Der deutsche Vortrupp" (Mit gleichnahmiger Zeitung, die bis 1935 erschien). Der „Vortrupp" war ein Sammelbecken für „völkisch"-orientierte Juden, die in den ersten Jahren des Faschismus offen Antisemitismus und Hitlerterror begrüßt und unterstützt haben. 1933 heißt es im „Vortrupp":

„Da will es uns scheinen, daß es das epochale Verdienst des Nationalsozialismus ist, den Bolschewismus in Deutschland überwunden und auf lange Sicht kampfunfähig gemacht zu haben ... Der Nationalsozialismus rettet Deutschland vor dem Untergang. Deutschland erlebt heute seine völkische Erneuerung ... Die augenblicklich dringlichsten Aufgaben, die der deutsche Vortrupp in Angriff nehmen wird, sind Beschleunigung der unbedingt notwendigen Trennung von deutschen und undeutschen Juden, sowie Erfassung aller deutschbewußten Juden unter einheitlich autoritärer Führung".

Schoeps 1934: *„Es gibt Juden heute, die Deutschland verraten, indem sie antigermanisch reagieren ... Und es gibt deutsche Juden, die unbeirrt zu Deutschland stehen ... Die russische Partei in Deutschland ist durch Adolf Hitler zu Boden geworfen und vernichtet worden, und damit hat der Kanzler eine Tat vollbracht, für die die europäischen Völker ihm dankbar sein werden".*

Und 1935: *„Wir konnten nicht umhin, einzusehen, daß in den letzten Jahren zunehmend die Bewältigung der gesellschaftlichen Krise die Meisterung des Arbeitslosenproblems etwa und die biologische Erneuerung des in Zersetzung übergegangenen Volkskörpers zum ausschließlichen* *etwa und die biologische Erneuerung des in Zersetzung übergegangenen Volkskörpers zum ausschließlichen* *Thema und Inhalt der Geschichte geworden sind. Von dieser nun einmal so und nicht anders gegebenen Voraussetzung her sind die Blut- und Bodenparolen des Nationalsozialismus, seine Rassengesetzgebung, der Arbeitsdienst wie der Bau der Reichsautobahn als von der Situation geforderte Notwendigkeiten zu verstehen. Denn Deutschsein heißt Tiefsein"* (Alle Zitate aus „DVZ", 6.2.1970).

Daß Schoeps damals keineswegs nur ein vom Faschismus irregeleiteter Mitläufer gewesen ist, sondern durch und durch Faschist, beweist seine neue Karriere in der Faschisten-Scene nach 1945.

Er gilt als Mitbegründer der sogar vom Verfassungsschutz als neofaschistisch eingestuften Gruppe „Außerparlamentarische Mitarbeit", er ist Träger des ‚Konrad-Adenauer'-Preises' der „Deutschland-Stiftung" (...) und Mitglied des reaktionären „Hohenzoller-Kreises". Außerdem hat er gute Kontakte zu diversen Landsmannschaften (ist auch Präsidiumsmitglied des „Hauses Deutscher Osten") und referiert nebenbei recht häufig fürs rechtsgerichtete „Brüsewitz-Zentrum" (nach „Neue Kommentare 4/78).

* * * * *

Ende Mai erstattete ein Student der Bundeswehrhochschule München über zwei seiner „Kameraden" Meldung bei seinem Vorgesetzten. Er hatte mitgehört, wie folgende Worte im Suff gefallen waren: *„Wenn man in den Todesanzeigen für Schleyer liest, wo der überall seine Finger drin hatte, tut es mir nicht leid, daß er ermordet wurde"* und *„Es müssen noch ganz andere Leute erschossen werden"*.

Anders als bei der jüngsten „symbolischen Judenverbrennung" durch Bundeswehrstudenten reagierten die vorgesetzten Militärs diesmal schnell: Der Vorfall wurde als *„besonderes Vorkommnis"* nach Bonn gemeldet, die beiden vorläufig vom Dienst suspendiert und vor dem Truppendienstgericht ein Verfahren wegen *„Schädigung des Ansehens der Bundeswehr"* eingeleitet („Spiegel", 22/78). Zusätzlich hat die Staatsanwaltschaft München I ein Ermittlungsverfahren wegen *„Billigung einer Straftat und Störung des öffentlichen Friedens"* eingeleitet („FR", 30.5.78)!

Offensichtlich soll mit diesem Fall die Spur der Rechtsradikalen in der Bundeswehr verwischt werden! Unterdessen können die rechtsradikalen BW-Studenten (diejenigen, die unter „Heil Hitler"-Rufen Judenverbrennung „gespielt" hatten, wohlgemerkt!) ungehindert ihrem Dienst nachgehen, da sie bis auf einen per Gerichtsbeschluß wieder eingestellt wurden!

* * * * *

Bis heute bekommen Mitglieder der faschistischen „Legion Condor", die bei ihrem Feldzug gegen die spanische Republik verwundet worden sind, Leistungen aus dem Bundesversorgungsgesetz zugesprochen! Und zwar nicht nur in Westdeutschland, sondern auch im Ausland, wohin sich nach dem Kriege ja bekanntlich viele Nazi-Anhänger abgesetzt hatten. Antifaschisten der „Internationalen Brigaden" dagegen sehen keinen Pfennig, wenn sie im Ausland leben! Der erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hat diese skandalöse Praxis am 30.5.78 auch noch mit einem Urteil (1 BVL 26/76) abgesegnet: Es liege in der „Gestaltungsfreiheit" des Gesetzgebers *„über Unterschiedlichkeiten, die sich aus der Motivation der Leistungen ergeben, auch dadurch Rechnung zu tragen, daß bei Leistungen aus fürsorgerischen Gründen die Leistungen auf Berechtigte im Inland beschränkt"* bleiben („FR", 16.6.78).

* * * * *

Die CSU-Fraktion im bayerischen Landtag will prüfen, ob die Möglichkeit besteht, Reservisten der Bundeswehr (insgesamt über drei Mio.) als eine Art Polizeireserve für den sogenannten „Objektschutz" (Elektrizitäts- und Wasserwerke, Eisenbahnknotenpunkte etc.) einzusetzen!

Diese Vorschläge wurden von dem CSU-Abgeordneten Sepp Prentel (Oberst bei der Bundeswehr!) und dem CDU-Generalsekretär Heiner Geißler eingebracht, der bereits in der Vergangenheit mehrfach den Bundeswehreinsatz bei der „Terrori- der Vergangenheit mehrfach den Bundeswehreinsatz bei der „Terrori- sten"fahndung gefordert hatte! Eine eigens dafür eingesetzte Kommission soll die rechtliche Lage klären, da die Bundeswehr laut Grundgesetzt „nur" im „Verteidigungs-" und „Spannungsfall" und zur „Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand der freiheitlich demokratischen ..." eingesetzt werden darf. Bekanntlich sind ja selbst die Einsatzmöglichkeiten erst nachträglich durch die Notstandsgesetze ins Grundgesetz aufgenommen worden. Das ist diesen Militaristen offensichtlich immer noch nicht genug ... („FR", 9.6.78).

* * * * *

Das Heeresmodell 4 als Teil der Wehrstrukturreform sah u.a. vor, die Heeresbrigaden durch Verkleinerung mobiler zu machen und ihre Zahl insgesamt von 33 auf 36 zu erhöhen. Hierfür wären wesentlich mehr, höher dotierte Soldaten, neue Kasernen etc. notwendig gewesen. Die Kosten hätten sich lt. Apel auf 770 Mio. DM für Investitionen und 150 Mio. DM jährliche Folgekosten belaufen.

Dieses Geld will Apel offensichtlich nutzbringender im Sinne der Bundeswehraufrüstung einsetzen. Daß die Ablehnung des Heeresmodells keine Absage an den Aufrüstungskurs der Bundeswehr bedeutet, wird schon daran deutlich, daß nach wie vor die Zusage gegenüber der NATO eingehalten werden soll, die Anzahl der Brigaden auf 36 zu erhöhen.

Andere Bestandteile der Wehrstrukturreform, beispielsweise die Einrichtung eines zentralen Amtes für Nachrichtenwesen, die Zentralisierung der Materialversorgung, Errichtung von Sanitätszentren usw. sind entsprechend den Vorschlägen beschlossen worden („FR", 14.6.78).

Antimilitarismus-Kommission und ein AK-Leser aus Osnabrück



frauen



Hannover: Strafantrag gegen das Mädchenerziehungsheim »Birkenhof«

Endlich ist es soweit!
Seit Jahren wissen auf dem Sektor der Heimerziehung engagierte Erzieher, Sozialarbeiter und Sozialpädagogikstudenten, und sicher auch ein guter Teil Verantwortlicher in den Jugendämtern, um die Zustände in dem Mädchenerziehungsheim „Birkenhof", die sich nur mit denen im Gefängnis vergleichen lassen. Aber nichts geschah, was an den menschenunwürdigen Verhältnissen auch nur ein bißchen gerüttelt hätte! Nachdem Fachholschulstudenten mehrmals Anläufe gestartet hatten, die allesamt vergeblich blieben, hat sich nun der Bremer Sozialarbeiter Peter Brosch des Birkenhofes angenommen. Ähnlich wie im Fall des Isenbergheimes in Bremen ist es ihm in Zusammenarbeit mit der Heiminitiative Hannover, der u.a. eine Reihe ehemaliger „Birkenhof"-Erzieherinnen angehören, gelungen, die in diesem Erziehungsheim herrschenden Zustände an die Öffentlichkeit zu bringen.

So berichten seit dem 15.6. alle hannoverschen Zeitungen mit Schlagzeilen wie **„Schlimmer als im Zuchthaus"** (Bild), **„Hannover: 108 Mädchen hinter Stacheldraht"** (HP), **„Kamen heimlich Medikamente ins Essen?"** (HAZ), **„Riesenskandal im Mädchenheim - Valium zum Essen, damit Ruhe war"** über den Birkenhof.

Wie diese Erziehung aussieht und was sich „hinter den grauen Mauern" tatsächlich abspielte, darauf werfen die Vorwürfe der Heiminitiative und von Peter Brosch ein bezeichnendes Licht:

„Die Mädchen werden behandelt wie Gefangene. Sie werden hinter einem 2,5 m hohen Stacheldrahtzaun ständig überwacht und haben nie allein Ausgang. Außerdem wird nachts ein Schäferhund eingesetzt". („Wochenblatt", 15.6.).

Sämtliche Räumlichkeiten des mehrere Häuser umfassenden Anstaltskomplexes sind abgeschlossen, Kommunikation untereinander ist kaum möglich. Lediglich an den „Besuchsabenden" dürfen sich Mädchen verschiedener „Familien" (Gruppenbezeichnung) untereinander eine
suchsabenden" dürfen sich Mädchen verschiedener „Familien" (Gruppenbezeichnung) untereinander eine
Stunde lang sehen!



Nachts werden die an den Zimmertüren befestigten Schellen eingestellt. Verläßt ein Mädchen ihr Zimmer, selbst wenn es nur zur Toilette will, leuchtet im Erzieherzimmer ein Lämpchen auf, so daß die Erzieherin informiert ist, wer sein Zimmer verlassen hat. Die Überwachung am Birkenhof ist total!

„Alle Briefe werden von der Heimleitung kontrolliert. Einige wurden überhaupt nicht weitergegeben" („Wochenblatt", 15.6.).

„An einem ‚praktischen Tag' in der Woche mußten sogar 13jährige neun Stunden arbeiten, bei neunzig Minuten Pause. Das den Mädchen zustehende Taschengeld sollten sie nicht selbst erhalten". Es wird von den Erzieherinnen verwaltet. *„Wer sich etwas kaufen möchte, muß einen Zettel ausschreiben"* („HAZ", 15.6.).

„...... wenn im Heim Auseinandersetzungen drohen, werden die Mädchen heimlich mit Betäubungsmitteln wie Dominal und Haldol (im Kakao aufgelöst oder als Pulver unter den Brotaufstrich gerührt) zur Ruhe gebracht" („Wochenblatt", 15.6.).

„Die Mittel, darunter Valium und Haldol und Dominal, sollen mitunter sogar ohne ärztliche Anordnung verabreicht worden sein" („HAZ", 15.6.).

Im „Birkenhof" gibt es eine sog. „Aufstiegsgruppe", in die Mädchen bei entsprechendem Wohlverhalten „aufsteigen" können. Eine solche „pädagogische Maßnahme" fördert natürlich Konkurrenz und Hierarchie unter den eingesperrten Jugendlichen. Vergünstigungen in der Aufstiegsgruppe sind: Urlaub (jeweils maximal 6 Tage), ab und zu dürfen Briefe verschlossen abgegeben werden ...

Im „Birkenhof" herrscht Kirchenzwang, auch für keiner oder einer anderen Konfession angehörende Mädchen.

Beliebte „Erziehungs" - bzw. Straf-Maßnahmen sind: Zigarettenentzug (drei Tage bei heimlichen Rauchen; jedes Mädchen im Birkenhof bekommt drei Zigaretten am Tag); kein Fernsehen bei Weigerung, das Zimmer zu putzen etc.

Bezeichnend für das in dieser christlichen Institution herrschende Frauenbild ist, daß die ‚Zöglinge' im „Birkenhof" zwar in der heimeigenen Schule die 8. und 9. Schulklasse besuchen können, es aber keinerlei Möglichkeiten der Berufsausbildung gibt. Lediglich im Rahmen der „Berufsfindung" am „praktischen Tag", muß in den heimeigenen Betrieben geschuftet werden: Wäscherei, Näherei, Strickerei, Gärtnerei, Küche - alles hauswirtschaftliche, eben „typisch weibliche" Betätigungen. Die Mädchen kommen in jedem Fall ohne Berufsausbildung aus dem Heim!

Charakteristisch ebenfalls, daß die Mädchen im Aussenheim des „Birkenhofes" in der Jöhrensstraße nur Röcke, nicht aber Hosen tragen dürfen, auch im Winter nicht.
kenhofes" in der Jöhrensstraße nur Röcke, nicht aber Hosen tragen dürfen, auch im Winter nicht.

Die 13-17jährigen Mädchen werden aufgrund von Auffälligkeiten wie Schuleschwänzen, Diebstahl, Schwierigkeiten im Elternhaus, Drogenmißbrauch, frühe geschlechtliche Beziehungen in den „Birkenhof" eingeliefert. Dort, in absoluter Isolation von allem gesellschaftlichen Leben, abgeschnitten vom ‚Draußen', sollen sie nun lernen, künftig besser zurechtzukommen. Obwohl z.B. „frühzeitiger Geschlechtsverkehr" häufig als Einweisungsgrund genannt wird, wird mit den Mädchen nie über ihre (meist sehr negativen) Erfahrungen mit Männern geredet. Sexuelle Schwierigkeiten werden im „Birkenhof" ganz einfach dadurch „gelöst", daß es für die Mädchen keinerlei Möglichkeiten gibt, mit Jungen zusammenzukommen, sie also in keiner Form darauf vorbereitet werden, andere Beziehungen zu Männern einzugehen, als sie es bisher vermocht haben. Die einzigen männlichen Wesen, die die Mädchen im Heim zu sehen bekommen, sind die Pfarrer sowie ein Gärtner und der Pförtner!



Auch enge Beziehungen unter den Mädchen sind verboten. Im Bericht einer Erzieherin heißt es in der von der Heiminitiative herausgegebenen Dokumentation sogar: *„Heute abend nach dem Ins-Bett-Bringen bat mich die ‚Familienmutter' noch zu einer Unterredung. 1. verbat sie mir, die Zimmertüren beim Gute-Nacht-Sagen hinter mir zu schließen, solange ich im Zimmer sei. Es könnte mir vorgeworfen werden, lesbische Beziehungen zu den Mädchen zu haben".*
Die ganze Not und Verzweiflung *geworfen werden, lesbische Beziehungen zu den Mädchen zu haben".*

Die ganze Not und Verzweiflung der im „Birkenhof" eingeschlossenen Mädchen zeigt sich darin, daß trotz der hohen Zäune und Mauern viele die Flucht wagen, wobei sie sich nicht selten schwer verletzen.

Im Jahre 1972 ist ein Mädchen aus Verzweiflung aus einem Fenster im 2. Stock gesprungen und ist seither querschnittgelähmt. Erst vor wenigen Wochen blieb ein Mädchen bei einem Fluchtversuch mit ihrem Ring im Stacheldraht hängen und riß sich den Finger ab.

Nicht selten bleibt den geflüchteten Mädchen kaum eine andere Wahl, als sich - ohne Papiere, ohne Berufsausbildung - mit Zuhältern einzulassen, von denen sie auf die mieseste Art ausgebeutet werden.

Oder sie werden kurze Zeit später von der Polizei aufgegriffen und wieder in den „Birkenhof" zurückgebracht - bis zum nächsten Fluchtversuch.

Peter Brosch hat Strafanzeige gegen den „Birkenhof" gestellt. Waren die ersten Reaktionen der Heimleitung noch sichtlich nervös und verunsichert, so scheint es mittlerweile, als wollten die Heimleitung und die die Heimaufsicht führende Bezirksregierung den Spieß umdrehen: Inzwischen ist bereits zu lesen, daß die Mitarbeitervertretung des „Birkenhofes" sich schärfstens gegen die „ungeheuerlichen Vorwürfe" der Heiminitiative gewendet habe. Am 26.1. verkündete Heimleiter Pastor Wünderlich: *„Der Birkenhof weist die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen auf das Entschiedenste zurück. Er behält es sich vor, gegen die Herausgeber der Dokumentation rechtlich vorzugehen"* („HAZ", 21. 6.). Und am 22.6.: *„Nach einer eintägigen (!!) Überprüfung der Zustände im Mädchenheim Birkenhof ... sowie nach Anhörung der Heimleitung, Erzieherinnen und Heimzöglingen"* sei die heimaufsichtsführende Bezirksregierung zu dem Ergebnis gelangt, *„daß das Wohl der im Birkenhof befindlichen Mädchen nicht gefährdet ist"* („HAZ"). Fast alle Vorwürfe werden in der abgegebenen Erklärung bestritten, die Postkontrolle soll *„sobald vertretbar, abgebaut und völlig eingestellt"* werden. Weiter heißt es: *„Als ‚pädagogisch leider unverzichtbar' bezeichnet die Bezirksregierung den vielkritisierten Zaun um das Gelände"* („HAZ", 22.6.).

Die Heiminitiative will jedoch nicht klein beigeben: Überall in Hannover wird die Dokumentation über den Birkenhof verkauft. Am 23.7. soll eine Veranstaltung zum Thema „Birkenhof" stattfinden, und es bleibt abzuwarten, was geschieht, wenn es über die von Peter Brosch gestellte Strafanzeige zum Prozeß kommt.

Es ist zu wünschen, daß es dem „Birkenhof" ähnlich wie dem Isenbergheim ergeht, und daß das Fest zum 100jährigen Jubiläum, das im nächsten Jahr gefeiert werden soll, nicht mehr stattfinden kann.

Und hoffentlich kommen auch bald die übrigen, kaum weniger kriminellen Heime Niedersachsens, das Linerhaus in Alten-Celle und das Landesjugendheim in Göttingen, an die Reihe!

Eine Genossin aus Hannover

Heimskandal in Köln

»Ihr seid wie die Hunde, die in den Zwinger gehören« —

... Das sind Worte von Frau Müller, der Leiterin eines Kölner Mädchenwohnheims, gegenüber den Bewohnerinnen.

Entsprechend handelt sie auch, zusammen mit dem Vorstand und der Pfarrerin, Frau Peter:

- Für fast 30 Mädchen steht nur ein Aufenthaltsraum mit blinden Scheiben zur Verfügung.
- Die Zimmer, die von jeweils zwei Mädchen bewohnt werden, sind viel zu klein und eng, alles ist düster und muffig.
- Klobecken und Badewannen sind zum größten Teil vergammelt.
- Beschäftigungsmöglichkeiten gibt es nicht.
- Wenn man das Heim betritt oder verläßt, wird eine Gesichtskontrolle durchgeführt.
- Telefongespräche werden abgehört.
- Die Heimleiterin, Frau Müller, schnautzt die Mädchen an und ignoriert ihre Forderung nach Heimversammlungen.
- Sie ist auch für ein geschlossenes Heim verantwortlich, das direkt neben dem Wohnheim liegt und in dem es nach Worten der Mädchen „noch schlimmer zugeht". Dieses geschlossenes Heim dient für das Mädchenwohnheim auch als „Ausweichstelle", d.h., wenn das Wohnheim belegt ist, werden die Mädchen dort „vorübergehend" einquartiert. Das geschlossene Heim wird aber auch als Droh- und Strafmittel eingesetzt. So mußte z. B., ein Mädchen dort mal 14 Tage verbringen, weil sie „in der Schule blaugemacht" hatte.
- Weitere Strafen sind beispielsweise: eine Woche lang allein für 28 Leute Strafspülen oder Ausgangssperre.

Nun werden zu all dem auch noch Betreuer gekündigt, *„zu denen die Mädchen Vertrauen haben und die auch Vertrauen in die Mädchen setzen"* (aus einem Flugblatt), weil seit längerem unterschiedliche Vorstellungen zwischen ihnen und der Heimleitung bestanden.

Das war zuviel! ....
Die Mädchen sind jetzt nicht mehr bereit, die Zustände des Heimes und die Kündigungen hinzunehmen und gingen mit ihren Forderungen zur Leitung und an die Öffentlichkeit. So nutzen sie die Gelegenheit nach einer Feier,um durch ein Transparent und Flugblätter über die Zustände im Heim zu informieren.

Reaktion: sieben der angeblichen „Rädelsführerinnen" wird fristlos gekündigt, wegen Unruhestiftung und Beeinflussung der anderen Mitbewohnerinnen. Zwei Mädchen, die keine Unterkunft gefunden hatten, wurden von der Heimleiterin und der Pastorin gegen 22.30 Uhr wieder reingelassen, gleichzeitig aber eine 15-jährige Türkin abgewiesen. Den anderen Mädchen wird derzeit gedroht, daß sie, wenn sie sich nicht aus der Sache raushalten, ebenfalls rausgeschmissen werden oder in ein geschlossenes Heim kommen.

Doch solche Methoden ziehen bei den Mädchen nicht mehr. Sie schrieben einen Artikel für eine Kölner Alternativzeitung, gaben ein Interview im WDR, machten ein Flugblatt und haben noch einiges mehr vor.

KB/ Gruppe Köln

Im Gespräch mit unseren »Schwestern von gestern«

Schon eine ganze Weile beschäftigt sich die Neue Frauenbewegung mit ihren „Schwestern von gestern". Es wurden Aufsätze über die damalige Bewegung geschrieben, Schriften von Frauen wie Hedwig Dohm, Clara Zetkin, Lida Gustava Heymann und Anita Augspurg oder Alexandra Kollontai wurden - teils aus Archiven ausgegraben - wieder neu aufgelegt.

Im Journal „Frauenoffensive" Nr. 10 sind nun Gespräche mit Frauen abgedruckt, die vor 30 bis 60 Jahren sich für Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aktiv eingesetzt haben.

Das vielleicht eindrucksvollste Gespräch wurde geführt mit Lotte Schwarz.

Lotte Schwarz, heute 75 Jahre alt, lebt in Frankreich. Sie stammt aus einer Prager Familie deutschsprachiger Juden. Das Gespräch mit ihr wurde unter das Motto gestellt: „Ein Leben gegen jegliche Orthodoxie". Ihre im Manuskript fertiggestellte Autobiographie nennt sie „Am Ende war das Fragezeichen".

Diese Sätze machen neugierig auf eine Frau, die den Titel ihrer Autobiographie so begründet: *„Weil außer dem vielleicht utopischen Glauben an die Möglichkeit eines reicheren, schöneren Lebens für die Menschen in dieser Welt für mich nichts mehr sicher ist. Weil ich mein Leben lang revidiert habe, revidiere, versuche, oft vergebens, zu verstehen und umzudenken. Weil heute kein Weg für mich mehr sicher ist."*

Das ist sicher nicht resignativ gemeint, es beschreibt nur, wie sie ihrem Grundsatz des „dialektischen Denkens" treu geblieben ist.

Im Berlin der frühen 20er Jahre hat Lotte Schwarz zunächst aus Geldmangel nicht studiert, sondern als Sekretärin gearbeitet. Hier traf sie mit Menschen zusammen, die ihre Begeisterung für die junge revolutionäre Sowjetunion teilten, *„nicht als graue Theorie, sondern ganz konkret"*. Viele junge und alte Linke hatten damals den Wunsch, sich die Sowjetunion einmal aus der Nähe anzusehen. Lotte Schwarz hat dort von 1926 bis 1936 gearbeitet.

Charakteristisch und positiv an der damaligen Sowjetunion fand sie *„die ungeheure Freude an der Verantwortung, die jeder hatte, die Rapidität der Veränderung. Die Allgemeinheit der Diskussion. Daß jeder Kutscher - damals gab es noch keine Autos - die unleserliche Prawda von vorne bis hinten gelesen und mit allen darüber gesprochen hat".*

„Alles war", so sagt sie, *„im Umbruch. Unterrichtswesen, Theater, Kunst, Literatur. Man hatte Mut, Fehler zu machen und aus ihnen zu lernen. Wenn man mich bei einem Urlaub in Wien oder Berlin fragte: Wie steht es auf diesem oder jenem Gebiet? - so war meine ständige Antwort: Vor 14 Tagen hat man Folgendes versucht, aber ich kann Dir nicht sagen, was heute los ist".*

Auch über die Situation der Frau in der Sowjetunion wird in dem Gespräch diskutiert. Gerade im Bereich der Frauenemanzipation in der Sowjetunion wird die Beschränktheit der gesellschaftlichen Veränderung sichtbar, wenn diese sich nur auf wirtschaftliche Aspekte bezieht.

In ihrem Gespräch nimmt Lotte Schwarz auch zur „Stalin-Ära" und zu den heutigen „Dissidenten" Stellung.

Sie, die nach dem 2. Weltkrieg für 12 Jahre der KPF angehört hat - den letzten Anstoß zu ihrem Austritt gab die konservative Haltung der KPF zur Abtreibungsfrage - ist *„auch heute noch der Überzeugung, daß der einzig glückliche Weg zum Zusammenleben der Menschen der Sozialismus ist. Aber nicht a la Russe. Wenn nicht der Atomkrieg dazwischenkommt. Aber über den Weg bin ich mir nicht mehr im Klaren".*

Für ihre spätere Arbeit mit Kindern in Frankreich hat sie in der jungen Sowjetunion *„unendlich viel gelernt über Kindererziehung, vor allem durch die mutigen Experimente von Makarenko und anderen mit verwahrlosten Kindern"*. Wohl einer der wichtigsten Teile in diesem Gespräch bezieht sich auf Lotte Schwarz' Arbeit als Heimleiterin in einer jüdischen Organisation der Kinderhilfe in Mittelfrankreich nach ihrer Rückkehr aus der Sowjetunion 1936. Auch zu heutigen im Ansatz fortschrittlichen Erziehungsexperimenten nimmt sie Stellung: *„Wie schlimm ist es, daß sich doch immer wieder die Probleme und Fehler wiederholen. Die antiautoritäre Erziehung ist ein schlechter Aufguß dessen, was wir schon besser gemacht haben"*. Um ein bißchen neugierig zu machen, soll hier kurz von einer Episode aus dieser Zeit berichtet werden: *„Als ich den 80 'großen Kindern' - von sieben bis fünfzehn Jahren - vorschlug, das Haus mit Park und Gemüsegarten, mit Küche und Ateliers, mit Kleinkinderhaus und Sport eine Zeitlang allein zu verwalten, war der Jubel groß. Die Kinder organisierten sich in Arbeitsgruppen, deren beständiger Leiter alle zwei Tage in der Vollversammlung über seine Arbeit berichtete und seine Gruppe durch neue Freiwillige ergänzte.*

Alle Erwachsenen zogen für vier Wochen ab. Ich übergab das Budget und die Buchführung der entsprechenden Gruppe. Die Köchin hinterließ ein dickes Rezeptbuch und die Ärztin die nötigen Telefonnummern. Es hat wunderbar geklappt, zum Schrecken der Direktion in Paris, und endete in einem von den Kindern organisierten Riesenfest."

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Tatsache, daß Lotte Schwarz aus einer ganz bewußten Entscheidung heraus ledige Mutter wurde - 1930. Ein Schritt, der auch heute in der Frauenbewegung diskutiert wird.

Zum Schluß geht Lotte Schwarz auf die Bedeutung ein, die Frauenbeziehungen für sie haben. *„Frauenbeziehungen waren das Wichtigste in meinem Leben. Ich stehe meinen Enkeln völlig verständnislos gegenüber, weil sie offenbar nicht das Bedürfnis haben nach einer tiefen, gleichgeschlechtlichen Freundschaft."*



dem vielleicht utopischen Glauben zig glückliche Weg zum Zusammenle- Neben diesem Gespräch sei noch

Neben diesem Gespräch sei noch kurz verwiesen auf die anderen Frauen, die in diesem Heft vorgestellt werden.

Gertrud Baer - sie spielte eine wichtige Rolle im radikalfeministischen Flügel der früheren Frauenbewegung. Sie beteiligte sich 1915 in Den Haag an dem internationalen Friedenskongreß, zu dem Radikalfeministinnen aufgerufen hatten. In den späten 20er Jahren übernahm Gertrud Baer die Leitung der 1915 in den Haag gegründeten 'Frauenliga für Frieden und Freiheit'. Im dem Gespräch berichtet sie über die Ziele und Strömungen der Frauenbewegung der damaligen Zeit.

Agnes Smedley ging als Berichterstatterin der „Frankfurter Zeitung" 1929 nach China und erlebte aus unmittelbarer Nähe die chinesische Revolution, an der sie sich auch selbst beteiligte.

Es lohnt sich, unsere „Schwestern von gestern" zu befragen. Sie haben uns viel zu sagen. Wer Genaueres wissen will: Frauenoffensive Journal Nr. 10.

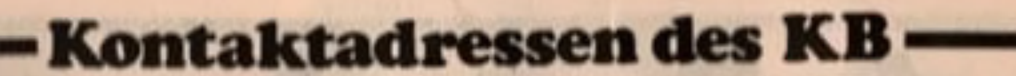
AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Frauen gegen Faschismus

Am 9.6. führte die Frauengruppe Reinbek eine Veranstaltung zum Thema ‚Frauen gegen Faschismus' durch. Die Veranstaltung fand in Zusammenarbeit mit der VAN/Bund der Antifaschisten Hamburg statt. Diskussionsleiterin war *Gerda Zorn*, Mitautorin des Buches ‚Frauen gegen Hitler'. Nach einem kurzen Einleitungsreferat der Reinbeker Frauengruppe, das die brutalen Aktivitäten der Hansa-Bande und deren Duldung durch den Staatsapparat anprangerte, wurde ein 45 min.-Film der VAN: ‚Berichte vom Widerstand' gezeigt. Danach berichteten ehemalige Widerstandskämpferinnen und KZ-Häftlinge aus ihrem Leben. Die ca. 200 Besucher der Veranstaltung folgten mit großem Interesse den Ausführungen von *Käthe Jakob, Gertrud Rast (80 Jahre alt!), Cilli Jochens, Gerda Ahrens und Herbert Schemmel (ehem. Häftling im KZ Neuengamme und heutiger Vorsitzender des Internationalen Lagerkomitees Neuengamme).*

Speziell die Berichte von Herbert Schemmel über die Außenkommandos des KZ Neuengamme machten deutlich, daß einige der heutigen Bergedorfer Großkapitalisten damals die Versklavung der KZ-Häftlinge für sich ausnutzten und unermeßliche Profite aus ihnen herausschunden: für einen Arbeitstag eines Häftlings bezahlten die Bergedorfer Kapitalisten wie Glunz, Behr (Holzhandlung) und Jastram seinerzeit ganze RM 6,- (!) – an die GeStaPo versteht sich! Glunz war vor Beginn des ‚Dritten Reiches' stolzer Besitzer eines kleinen Metallwarenladens, heute gehört ihm halb Bergedorf! (Womit natürlich nicht gesagt werden soll, er hätte seinen ganzen Besitz allein durch die Ausbeutung der KZ-Häftlinge „erwirtschaftet"). U.a. diese Tatsachen würde es sich wirklich lohnen, einmal aufzuarbeiten und zu veröffentlichen.

Ein Besucher der Veranstaltung



Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geestacht
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitrag von 16 bis 18 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF -Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/ Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Bürostunde nur noch
Freitag 16.30 bis 19.00 Uhr
(nicht mehr Mittwochs)
(nicht mehr Mittwochs)

Wilhelmshaven
Samstags in der Marktstraße
AK-Verkauf zwischen
11.00 und 13.00 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bächerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents-Vertriebsbüro
Buddestr. 19 (Ecke Maybachstr.)
48 Bielefeld
Öffentl. Bürostunden
Fr. von 17 bis 19 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn
Dienstag 12 bis 14 Uhr
Mensa Nasserstraße
Sonnabends 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 0067 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Jeden Dienstag und Mittwoch
von 12 bis 14 Uhr Büchertisch
in der Zentralmensa der
Uni Köln, Zülpicherstraße

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Koselstr. 37
6 Frankfurt
Tel.: 0611/599 701

Kassel
R. Gehring
Kirchweg 64
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Tel.: 26 877
Dienstags von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/Mensa) Kontakt über Postlagerkarte
080845B

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum Salierstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldplatz

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12,30 Uhr
Einkaufszentrum vor Herti

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr/Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi 11 bis 13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin

Andy Radke
1 Berlin 12
Postlagerkarte 006 129 E

Gespräch mit einer schwulen Frau

Das Thema Schwulsein ist im AK bisher ausschließlich aus der Sicht von schwulen M ä n n e r n behandelt worden. Mit diesem Gespräch mit Karin, einer 'lesbischen' Frau – sie selbst lehnt diesen Ausdruck ab und bezeichnet sich ausdrücklich als schwul – soll ein Diskussionseinstieg auch zur Situation lesbischer/schwuler Frauen gegeben werden. Das Gespräch wurde für den AK von zwei Genossinnen der AG Frauen (KB Hamburg) geführt.

AK: Die erst Frage, die an Schwule gerichtet wird, ist oft die Frage nach der Biographie. Wie ist das bei Dir, spielt Deine Biographie für Dein Schwulsein eine Rolle?

Karin: Also ich persöhnlich meine, daß die Biographie für bestimmte Leute eine ganz wesentliche Rolle spielen kann; in Bezug auf mein Schwulsein jedoch nicht. Bis man sagt: Ich bin schwul, das ist ein ziemlich langwieriger Prozeß.

AK: Wie sah das mit dem Prozeß des Schwulwerdens bei Dir aus?

Karin: Ja, wenn andere von mir meinen, daß ich schwul bin, nur weil ich mit einer Frau geschlafen habe, meine ich, daß ich noch lange nicht schwul bin. Wenn man das erste Mal mit einer Frau geschlafen hat, dann überlegt man sich natürlich, ob man schwul ist, und kommt dann meistens – auch weil man Vorurteile hat und weil man Angst hat – zu dem Schluß, man sei nicht schwul; und irgendwann, so war das jedenfalls bei mir, stellt man fest, daß man Frauen ganz anders ansieht. Frauen auf der Straße z. B. oder wie ich Euch jetzt sehe,und dann denkt man, die sieht ganz gut aus; irgendwie geht ein Kick aus von der Frau, was man vorher überhaupt nicht festgestellt hat. Ich habe Frauen früher im Grunde nie so richtig wahrgenommen, einfach nur so als Kollegin oder im Bekanntenkreis, aber in dem Moment, als ich ein Erlebnis mit einer Frau hatte, da habe ich Frauen doch so angeguckt: Könnte die schwul sein? In dem Moment fängt man an, die Initiative zu ergreifen, d. h. als ich die ersten eigenen Kontakte hergestellt hatte und 'Erfolg' hatte, kam ich mehr und mehr zu dem Schluß: Ich bin schwul! Das ist natürlich auch abhängig von dem Erlebnis, das man hatte, ob es gut war oder weniger gut. Negativ, würde ich meinen, war ein Erlebnis, nachdem ich frustriert war; positiv, wenn es mich irgendwie weitergebracht hat, z. B. in puncto Sensibilität, also daß man sich Gefühle leistet, die man sich vorher nicht geleistet hat.

AK: Du sprichst von schwul, warum sagst Du eigentlich nicht lesbisch, machst Du da Unterschiede?

Karin: Ja, ich sage schwul, weil ich Schwulsein einfach schick finde, ich bin gerne schwul, ich finde Schwulsein unheimlich gut. Genauso, wenn mir eine heterosexuelle Frau sagt, sie ist gerne heterosexuell, dann würde ich ihr das durchaus zugestehn. Es ist für mich sehr wichtig, zu sagen: Ich bin schwul. Weil, 'lesbisch' zu sagen, ist für mich ..., das turnt mich einfach ab, wenn mir jemand sagen würde, das ist eine Lesbierin, das würde mich schwer beleidigen, weil ich schwul bin, aber nicht lesbisch. Schwul sein ist für mich eine politische Kategorie und ist für mich eine Frage des Bewußtseins, es stellt für mich die Gemeinschaft zwischen homosexuellen Frauen und Männern her.

AK: Wie gehst Du mit Deinem Schwulsein in der Öffentlichkeit um?

Karin: Wenn im Kollegenkreis oder irgendwann mal das Thema darauf kommt und ich abchecken kann in der Diskussion, wie der andere dazu steht, dann rede ich darüber. Es ist nicht so, daß ich zu x-beliebigen Leuten hingehen würde und sagen würde, ich bin schwul, das finde ich genauso doof, wie wenn ein anderer zu mir kommen würde und sagen würde: Ich bin heterosexuell. Das interessiert mich überhaupt nicht, was der andere ist, aber wenn das durch eine Situation bedingt ist, warum soll ich dann nicht sagen, daß ich schwul bin? Schwulsein finde ich nämlich 'normal'. Genauso 'normal' wie eben Heterosexualität oder Bisexualität. Für mich ist das alles normal, ich würde nicht sagen, das eine ist normaler als das andere. Man kann höchstens von der Gesellschaft her, von den Normen und Werten her differenzieren: Heterosexualität ist das Normale, was unserem System, unseren Normen entspricht, das andere ist eben anomal. Gut, da gehe ich mit konform, weil die Gesellschaft so ist, aber ich persönlich kann durch mein Verhalten für mich die Normen verändern. Das ist für mich als Schwule sehr wichtig, weil ich möchte, daß andere toleranter werden, weil ich anderen gegenüber versuche, auch tolerant zu sein.

AK: Und was verbindest Du mit dem Begriff lesbisch?

Karin: Ja, ich habe da so bestimmte Assoziationen, wenn ich an lesbisch denke, und zwar: Wenn ich andere Frauen sehe, die schwul sind ('ne ganze Menge Frauen, die ich kenne, die sich in der Subkultur aufhalten), da stelle ich immer wieder fest, daß sie ein Verhalten drauf haben, womit ich mich einfach nicht identifizieren kann, ob das nun so Mackertypen sind oder sonst was. Die haben so die ganzen Allüren drauf und genau das umgekehrte Rollenverhalten wie ein Mann, z. B. autoritär etc. Aber das müßte man in einer schwulen Gruppe vielleicht mal abklären, ich kenn die Meinung sogenannter lesbischer Frauen in diesem Punkt überhaupt nicht. Ich weiß nur aus meinem Freundeskreis, die würden nie sagen, wird sind lesbisch, die würden auch nicht sagen, wir sind schwul, die reden nämlich gar nicht drüber, sowas gibt es nämlich auch.

AK: Ich möcht noch einmal auf die Frage des Prozesses eingehen. Ist es so bei Dir gewesen, daß Du eh schon viel emotionalere Beziehungen zu Frauen hattest, denen Du dann intensiver nachgegangen bist, oder war das eine spontane Entwicklung?

Karin: Ich verstehe das jetzt als eine ganz persönliche Frage, ich muß dazu sagen, daß ich verlobt war, und diese Verbindung ging auseinander, aus welchen Gründen auch immer. Ich bin daran sicherlich genauso beteiligt gewesen wie mein Freund. Zu der Zeit habe ich in einem Heim für Auszubildende gewohnt, ich war damals noch Handelsschülerin, na und da habe ich auch ein Mädchen kennengelernt, die sich ziemlich für mich interessierte und dann irgendwann sagte sie: Laß uns doch mal in die IKA-Stuben gehn. Ich bin da mit ganz gemischten Gefühlen hingegangen und dann, um das mal kurz zu machen, haben wir irgendwann zusammen geschlafen. Ich wollte das ja nun wissen, was daran so besonderes ist. Ich fand das Erlebnis überhaupt nicht witzig, von daher kann ich nicht sagen, daß ich von dem Moment an schwul war, das meinte ich mit dem 'Prozeß' vorhin.

AK: Karin, Du hast eben die Subkultur angesprochen. Welche Bedeutung hat oder hatte die Subkultur für Dich?

Karin: Ja wenn ich so von meinen ersten Erfahrungen als Schwule ausgehe, also als ich für mich feststellte, daß ich schwul bin, da war die Subkultur ganz wichtig für mich: Da konnte ich hingehen, da traf ich Frauen, von denen ich wußte, daß sie auch schwul waren, zumindest vorgaben, schwul zu sein, und da machte man auch so die Erfahrung, daß man entweder abgeschleppt wurde oder selbst abgeschleppt hat, wenn man das so sagen kann, das ist ja so. Ich bin zwei Jahre in der Subkultur gewesen, fast jeden Abend, und ich bin da richtig rumgeflippt. Das geht dann so, daß man ziemlich häufigen Partnerwechsel hat und zu einer wirklichen Beziehung nicht kommt. Wenn man da mal länger mit einer Frau zusammen war, wurde man schon in der Subkultur ziemlich komisch angeguckt, daß man das mit e i n e r Frau überhaupt so lange aushalten konnte. Dann kommt man natürlich in Zugzwang; man muß sich selbst unheimlich produzieren, produziert sich auch, und fängt genauso an zu agieren, wie alle anderen in der Subkultur auch, daß man da so diese Schnacks macht: Na, kannst Du überhaupt noch mit dieser Frau, und meinst Du nicht, daß es mal wieder Zeit wird, einen kleinen Wechsel einzubauen. Das macht man dann so rund mit, und irgendwann nach zwei Jahren hatte ich so die Nase voll, weil ich für mich merkte, so wichtig ist das gar nicht. Heute muß ich sagen, daß die Subkultur mir nicht mehr das vermittelt, was ich einmal erhofft hab'. Denn was ich in der Subkultur kennengelernt habe, das sind meist Frauen ..., ja gut, mit denen kann man ins Bett gehen, aber mehr auch nicht, beziehungsfähig sind die wenigsten. Insofern ist das Thema Subkultur für mich jetzt abgeschlossen.

AK: Zu den Beziehungen wollte ich gerne noch etwas erfahren. Welche Erwartungen stellst Du an eine Beziehung? Sind Beziehungen zu Frauen qualitativ anders als zu Männern?

Karin: Ich bin der Meinung, daß eine Beziehung beinhaltet, daß meine Freundin nicht nur auf mich fixiert ist, oder umgekehrt; außerdem würde ich das für ziemlich langweilig halten. Das ist nichts für mich.

Ich finde eine gute Beziehung drückt sich darin aus, daß man über alles Mögliche sprechen kann. In jeder Beziehung erwarte ich Toleranz, ganz besonders von meiner Freundin. Insofern meine ich, daß es überhaupt keinen Unterschied zu anderen Beziehungen gibt. Die Außenwirkung einer schwulen Beziehung ist jedoch eine andere als bei sogenannten 'normalen' Beziehungen. Die letzteren brauchen sich nicht zu verstecken, sie können Arm in Arm hingehen, wo sie wollen, können sich auch im Büro mal näher begegnen. Das ist für schwule Partner nur begrenzt möglich. Natürlich an der Alster oder einem anderen Ort würde ich wohl mit meiner Freundin Arm in Arm gehen, ihr auch einen Kuß geben. Das würde mir nichts im geringsten ausmachen. Inwieweit ich meine Umwelt in meine Partnerschaft mit einbeziehe, hängt von mehreren Faktoren ab. Da ist zum einen meine Freundin und zum anderen die 'Normalverbraucher', die z. T. mit ihren Vorurteilen sehr stark belastet sind, daß mein Verhalten sie u. U. nur in ihrem Vorurteil bestärken könnte. Ein auffallendes Verhalten meinerseits würde ich insofern ablehnen.

AK: Wie ist das mit dem Rollenverhalten, das man von traditionellen lesbischen Beziehungen her kennt. Ist das Deiner Meinung nach stark verbreitet, wird das abgebaut, wie stehst Du selber dazu?

Karin: Ich persöhnlich lehne jede Rollenverteilung ab, weil ich für Gleichberechtigung bin, ob das nun eine Beziehung zwischen Männern oder Frauen ist. Ich sehe einfach nicht ein, warum der eine d a s machen soll und der andere j e n e s. In einer guten Partnerschaft sollten sich beide ergänzen, aber nicht ein bestimmtes Rollenverhalten draufhaben. Meine Erfahrungen sind aber letztlich wirklich so, daß meine letzte Freundin mehr der Typ war, wo ich ruhig und 'lieb' sein mußte, mich also nur auf sie zu konzentrieren hatte. Emanzipation war also nicht großgeschrieben. Sie hat sogar im Lokal für mich bezahlt! Der Altersunterschied spielt dabei eine wesentliche Rolle, kann es zumindest.



AK: Wie siehst Du Deine Beziehung zu Männern? Handelt es sich dabei um einmalige sexuelle Kontakte oder sind es längerfristige Freundschaften?

Karin: Ja, generell muß ich sagen, daß ich überhaupt nicht das Bedürfnis habe, mit einem Typ zu schlafen, das zuerst. Aber wenn das dann doch mal vorkommt, habe ich für mich festgestellt, daß es daran liegt, daß ich im Moment keine Beziehung zu einer Frau habe und daß es natürlich wesentlich einfacher ist, einen Typ zu finden, um seine sexuellen Bedürfnisse einigermaßen zu befriedigen. Letztlich beschränkt sich dann eine Beziehung mit einem Typ, zumindest in derartigen Begegnungen, nur auf das Sexuelle. Gerade in solchen Beziehungen kann ich also nicht sagen, daß ich mich unterdrückt fühle. Im Gegenteil: Es kommt wohl eher vor, daß sich der Mann unterdrückt fühlt, weil ich ihm irgendwann sage „Adieu", ich hab Dich für heute nacht gebraucht – ich bin eben so ehrlich dann – und das schockiert Männer, das schockiert Männer unweigerlich. Aber wie gesagt, ich meine, daß es einfach schwieriger ist, einen Partner zu finden so als schwule Frau, als eben mal so'n Typ abzuschleppen.

Das größte Problem jeder schwulen Frau und auch schwulen Mannes ist: Wo lerne ich einen Partner kennen? In der Subkultur jedenfalls nicht oder selten! Ich habe in der letzen Zeit die Erfahrung gemacht, daß gerade bei 'normalen' Frauen ein Prozeß in Gang gesetzt werden kann, wenn ich mich in sie verliebte. Aber so, meine Beziehung an sich zu Männern, ist meines Erachtens sehr normal, ich komme mit Männern sehr gut aus, ich kann mit ihnen gut diskutieren, es macht mir überhaupt nichts aus, auch mit ganz normalen Männern über Schwulsein zu diskutieren. Ich habe durchaus auch freundschaftliche Beziehungen zu Männern.

AK: Wie gehst Du in Deinem Beruf mit Deinem Schwulsein um?

Karin: Früher, als ich anfing schwul zu sein, hatte ich Schwierigkeiten, damit umzugehen – damals arbeitete ich im Büro. Ich bin übernächtigt zur Arbeit gekommen, alle waren der Meinung, daß es mit einem Typ zusammenhängt, nur ich persöhnlich wußte ja, daß es diesmal eine Frau war. Da habe ich zum ersten Mal gemerkt, daß ich nicht mehr frei über meine Beziehung sprechen konnte, wenn ich jetzt sage, ich bin in eine Frau verliebt, dann verstoße ich gegen die herrschende Norm. Das war für mich in der Anfangszeit ziemlich schwer, aber irgendwann habe ich dann der einen oder anderen Kollegin erzählt, daß ich in eine Frau verliebt bin. Die Reaktionen waren sehr unterschiedlich: Einige haben mehr oder weniger die Beziehung abgebrochen, auch die kollegiale, andere haben sie dann auch aus Neugierde weiter ausgebaut. Heute bin ich Studentin und jobbe manchmal im Büro, in dem ich schon vor dem Studium gearbeitet habe. Nun hat mich eine Kollegin schon nach einer Woche angesprochen und gefragt, ob ich schwul sei. Als ich sie fragte warum, sagte sie: Weil ich nie von einem Typ erzähle, weil ich immer in Hosen ankomme und weil ich meine Zigarette ganz anders halten würde. Da habe ich überhaupt nicht reagiert.

Später allerdings – wenn aufgrund von irgendwelchen Zeitungsartikeln das Thema 'Schwul' angeschnitten wurde – habe ich bewußt versucht, meinen Standpunkt in Bezug auf das Schwulsein zu vertreten. Irgendwann – nach ein oder zwei Jahren – habe ich dann angefangen, von meiner Freundin zu erzählen, und irgendjemand hat mich ganz konkret gefragt: Sind Sie schwul? Und da hab' ich 'JA' gesagt. Das machte mir dann überhaupt nichts mehr aus, weil ich die Kollegen schon länger kannte und die Kollegen mich unterdessen beurteilen konnten. Von daher meine ich, bevor man im Betrieb oder Büro sagen sollte, daß man schwul ist, muß man wissen, wie ist das Verhältnis zu den Kollegen und wie ist meine Arbeit, denn nach meiner Arbeit werde ich in erster Linie beurteilt und in zweiter Linie erst nach meinen sonstigen kommunikativen Beziehungen.

AK: Hast Du eigentlich mal Kontakt zu Lesbengruppen gehabt?

Karin: Nein, nie! Ich glaube es liegt einmal daran, daß ich bisher immer Beziehungen hatte, und von daher kein Bedürfnis hatte, mich mit Lesbengruppen auseinanderzusetzen, weil für mich das Problem des Schwulseins eigentlich kein Probelm war. Ich habe mich ja damit auseinandergesetzt, ich habe Bücher gelesen über diese Probelmatik und meine einfach, damit umgehen zu können. Wahrscheinlich habe ich deswegen nie den Wunsch verspürt, mich in Lesbengruppen auseinanderzusetzen. Zum Teil liegt es auch daran, wenn ich z. B. in die Frauenkneipe gehe und die Lesbengruppen, die da sind, beobachte, da stelle ich eine Intoleranz fest, die bei diesen Gruppen teilweise vorherrscht – mit der könnte ich mich nicht identifizieren. Vielleicht wäre es aber gerade deswegen notwendig, daß man in diesen Gruppen mitarbeiten würde, um da auch diesen Standpunkt hineinzutragen. Mit Intoleranz meine ich die totale Ablehnung heterosexuellen Frauen und Männern gegenüber. Ich kann mich mit diesen „Schwanz-ab-Parolen" nicht identifizieren, für mich ist das eine Ausgeburt von Intoleranz.

AK: Ich sehe da eine bestimmte Diskrepanz zwischen der männlichen Schwulenbewegung, die meiner Meinung nach eine recht gute Arbeit nach außen macht, und der Lesbenbewegung, die sich relativ abkapselt.

Karin: Ich glaube ein Grund für die Abkapselung der Lesben, ich hasse diesen Ausdruck, der schwulen Frauen, liegt darin, daß sie einfach zu lange unterdrückt wurden, daß sie es schwerer als die Männer haben, sich mit ihrem Schwulsein auseinanderzusetzen. Bei Frauen ist das so eine doppelte Angelegenheit, sie stellen einmal fest, daß sie schwul sind, haben einen schrecklichen Haß gegen die Männer, wissen auch nicht, wie sie mit dieser Unterdrückung umgehen sollen, und dann gibt es das Problem der Abkapselung: Das ist nochmal über die Frauenbewegung hinaus ein ganz anderes Problem. Dazu kommt, daß es lesbische Frauen vom Gesetzgeber her nie gegeben hat, das gesetzliche Verbot bezieht sich nur auf Männer.

AK: Wenn Du Kinder hättest, wie würdest Du sie erziehen?

Karin: Ich habe keine! Natürlich würde ich, wenn ich Kinder hätte, mich freuen, wenn sie auch schwul würden. Ich glaube nämlich, daß Kinder durch positive Erfahrungen, die ich gemacht habe, lernen können, und sei es, daß sie Toleranz entwickeln. In einer heterosexuellen Beziehung würde ich mein Kind aber nicht behindern wollen!

AK: In der Schwulenbroschüre der HAH steht in der Einleitung: „Solange Heterosexuelle ihre Sexualität nicht radikal hinterfragen und nicht mit Schwulen zusammen die Moral der Herrschenden bekämpfen, wird es keine Emanzipation der Schwulen geben." Wie stehst Du dazu?

Karin: Ich finde das so erstmal ziemlich abstrakt. Denn welche normale Frau hat schon die Möglichkeit, ihre Sexualität zu hinterfragen? Ich meine, dieser Prozeß müßte erst einmal in Gang gesetzt werden, was durch das Medium Fernsehen, Rundfunk, Zeitung m. E. bewußt nicht angegangen wird. Je mehr aber die Frauen durchaus auch durch die Frauenbewegung über ihre eigene erfahrene Sexualität nachdenken, könnte dieser Prozeß sich entwickeln. In gut funktionierenden Beziehungen gehe ich allerdings grundsätzlich davon aus, daß Sexualität hinterfragt wird. Generell aber meine ich, daß das Problem 'Schwulsein' ein Herrschaftsproblem ist, und von daher kann ich das Zitat voll unterstreichen. Wie die Öffentlichkeit zum 'Schwulsein' steht, hängt im Wesentlichen davon ab, wie der Schwule sein Schwulsein an die Öffentlichkeit heranträgt, und zwar immer dann, wenn es notwendig ist, dann auch kollektiv, z. B. Schwulenblock am 1.Mai. In diesem Zusammenhang muß ich die Bunte Liste erwähnen, die als einzige Organisation diese Minderheit in ihrem Programm berücksichtigt hat.

AK: Wie stehst Du zur Frauenbewegung?

Karin: Positiv, aber gegen eine radikale Frauenbewegung, die nur Parolen gegen Männer zum Ausdruck bringt, habe ich sehr viel. Ich glaube nicht, daß wir das Patriarchat durch ein Matriarchat ablösen sollten, und auch können. Ich bin der Meinung, Emanzipation kann ohne Männer nicht sein, sie muß mit Männern für Frauen sein.

Radikalen-Erlaß gegen das ›Kinderhaus Heinrichstraße‹?



Am 23.6. wurde vorm Verwaltungsgericht Hamburg in 1. Instanz über die Klage des »Kinderhauses Heinrichstraße« gegen die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung auf Anerkennung des Pflegesatzes (Der AK berichtete mehrfach über diesen Streit) verhandelt. Das Gericht hat noch kein Urteil verkündet. Wenn es aber dabei bleibt, was das Gericht in der Verhandlung als seine »vorläufige Rechtsauffassung« vertreten hat, dann verordnet dieses Gericht allen Kinder-Initiativen mehr Bespitzelung und Repression durch die Jugendbehörden.

Zentrale Frage der Verhandlung war, ob das Kinderhaus »öffentlich anerkannt« im Sinne des § 9 des Jugendwohlfahrtsgesetzes (JWG) sei. In diesem Paragraphen heißt es: »*Träger der freien Jugendhilfe dürfen nur unterstützt werden, wenn sie die Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit und für eine sachgerechte, zweckentsprechende und wirtschaftliche Verwendung der Mittel bieten sowie öffentlich anerkannt sind*«. Mit Hilfe dieses Paragraphen ist z.B. dem SDS und dem BDJ (Bund demokratischer Jugend) finanzielle staatliche Unterstützung gestrichen worden.

Im Rechtsstreit zwischen dem Kinderhaus und der Jugendbehörde allerdings hatte dieser Paragraph bislang keine Rolle gespielt. Die Behörde hatte ihre Weigerung, anspruchsberechtigte Eltern bei der Unterbringung ihrer Kinder im Kinderhaus finanziell zu unterstützen, lediglich damit begründet, es bestehe »kein Bedarf« an Kindertagesplätzen im Einzugsgebiet des Kinderhauses. Das Kinderhaus hatte diese Behauptung mit sehr konkretem Zahlenmaterial widerlegt.

Auf dem Verhandlungstermin brachte das Gericht in diesen Streit nun das neue Element ein: Nach seiner Ansicht muß v o r der Klärung von Bedarfsfragen von der Behörde erst einmal entschieden werden, ob das Kinderhaus (bzw. eine andere Einrichtung) überhaupt »förderungswürdig« im Sinne der oben zitierten Gesetzesbestimmung sei, d.h. vor allem, ob unbedingte Straatstreue garantiert ist.

Diese Rechtsauffassung stellt schon eine sehr willkürliche Interpretation des JWG dar. Denn das Kinderhaus verlangt gar keine Förderung (Förderung wäre z.B. ein Baukosten - Zuschuss), sondern nur seine Gleichstellung mit städtischen u.a. Heimen, in denen die Eltern der untergebrachten Kinder ebenfalls bezuschußt werden müssen.

Insofern ist der Rechtsstreit mit dem gerichtlichen Verweis auf die p o l i t i s c h e Förderungsfähigkeit jedenfalls bei seinem eigentlichen Kern gelandet. Der Hamburger Senat hatte schon 1976 den »Verfassungsschutz« auf das Kinderhaus angesetzt. Dieser »ermittelte«, daß die Einrichtung - die jeden Radikalenerlaß ablehnt und in der entsprechend Menschen verschiedenster politischer Auffassungen mitarbeiten - »im wesentlichen vom KB« getragen sei (Bürgermeister Klose vor dem Untersuchungsausschuß »Hallo Hamburg«, zit. n. »Kinderhaus- Nachrichten Nr. 10). Diese »Information« war über Kloses ehemaligen Pressechef an Zeitungen weitergegeben und in der Springer-Presse breitgetreten worden. Offiziell hatte der Senat demgegenüber immer wieder beteuert: »Es gibt keine politischen Einwände gegen das Kinderhaus«. Erst Anfang 1978, als Bürgermeister Klose vor dem Untersuchungsausschuß »Hallo Hamburg« die oben zitierte Verfassungsschutzkatze aus dem Sack ließ, habe man - so der Behördenvertreter vor Gericht - in der Jugendbehörde überlegt, ob man jetzt eventuell irgendwelche politischen Einwände erheben solle.

Immerhin hat der Staat auf diese Weise erreicht, daß das Kinderhaus Heinrichstraße nunmehr bald zwei Jahre lang mit Erfolg hingehalten und die Eltern um die ihnen gesetzlich zustehenden Gelder geprellt wurden. Daß das Kinderhaus dem Senat schlicht und einfach p o l i t i s c h unangenehm ist, hat man offenbar zunächst nicht öffentlich eingestehen wollen - in der Hoffnung, das Problem werde sich schon von ganz allein lösen, wenn man die Sache nur lange genug in die Länge zieht. Klar ist ja auch wirklich, daß o h n e den enormen Einsatz der Kinderhaus-Leute und ohne breiteste (auch finanzielle) Solidarität der Senat bereits sein Ziel erreicht hätte, das Kinderhaus Heinrichstraße einfach verhungern zu lassen.

Erst jetzt, wo die Behörde sich darüber klar war, daß sie mit ihrer These »Kein Bedarf« vor Gericht keine gute Figur abgeben würde, hat man die Notbremse gezogen und doch noch das p o l i t i s c h e Argument ins Spiel gebracht. Für das Kinderhaus Heinrichstraße bedeutet das auf jeden Fall: lange weitere Prozesse, plus gesteigerte staatliche Bespitzelung.

Diese Rechtsauffassung des Gerichtes läßt schwere Zeiten auf das Kinderhaus - aber auch auf andere Träger der Freien Jugendhilfe - zukommen!

Das Gericht hat die garantierte Gleichstellung der Freien Träger der Jugendhilfe und ihrer Spitzenverbände mit dem Staat aufgehoben. Bei allein über 100 Einrichtungen des DPWV (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband), die bislang durch ihre Mitgliedschaft in diesem Verband sich als »öffentlich anerkannt« und damit förderungswürdig betrachteten und von der Behörde auch so betrachtet wurden, ist das jetzt unklar, weil die Behörde formal dazu nie einen schriftlichen Bescheid erteilt hat.

Ab jetzt kann die Behörde jede neue Initiative selbst prüfen. Angesichts der Berufsverbotepraxis kann man sich vorstellen, wie das laufen wird: Anhörungsverfahren, Verfassungsschutzdossiers etc.

Diese Machterweiterung des Staates stellt einen Vorgriff auf das beabsichtigte neue Jugendhilfegesetz dar, mit dem die auf dem Papier existierende Gleichberechtigung freier und staatlicher Jugendhilfe zu Gunsten der Staatsaufsicht abgeschafft werden soll.

Möglichkeiten des Widerstandes der Freien Träger gegen diese Entwicklung gehören unbedingt auch auf den Jugendhilfetag, der im November in Köln stattfindet. Und Möglichkeiten der Solidarität mit dem Kinderhaus wird man sich jetzt wohl weiter und verstärkt überlegen müssen. Bisher ist da dem Kinderhaus und seinen Freunden immer etwas eingefallen.

Kinderkommission
KB/ Gruppe Hamburg

Schußwaffe und Chemical Mace gegen Kinder und Jugendliche fast „alltäglich"

In zunehmendem Maße setzt die Polizei selbst bei banalsten Anlässen die Schußwaffe, den Gummiknüppel oder Chemical Mace gegen Kinder und Jugendliche ein.

Selbst in Todesfällen werden die Polizisten in der Regel freigesprochen oder zu lächerlichen „Strafen" verurteilt.

Im folgenden einige Beispiele dieses Polizei-Terrors:

5.5.75: Die Polizei räumt mit Einsatz von Chemical Mace eine „symbolisch" gesperrte Straße in Frankfurt Bockenheim von 80 Kindern und 20 Erwachsenen. Anlaß dieser Demonstration waren drei durch Verkehrsunfälle getötete Kinder innerhalb von drei Monaten an der stark befahrenen Margaretenstraße. Vier Kinder wurden durch den Polizeieinsatz erheblich verletzt. Von einer Strafverfolgung der verantwortlichen Beamten ist nichts bekannt. („Frankfurter Rundschau", 5.7.75). **Das war der Anfang!**

Am **28.12.76** „observieren" und verfolgen Polizisten in Neumünster mit gezogenen Pistolen fünf Kinder auf einem Gelände beim „Räuberspielen". Glücklicherweise „löste" sich kein Schuß. („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 30.12.76).

Am **30.3.76** schlug der Polizeioberwachtmeister Josef E. den 17-jährigen Jörg Dillmann in einem menschenleeren Parkgelände zusammen und stieß ihm die Pistole in den Mund.

Noch vor Gericht meinte der Polizist, richtig gehandelt zu haben. Er hatte lediglich eine Geldstrafe von DM 2.500 zu bezahlen („WAZ", 13.5.77).

Am **11.2.77** wurde der Schüler Peter Rodenbach in Hanau vom Polizeimeister Jürgen Lörcher erschossen. Ursache war das angeblich laute Spielen der Kinder in einem Hochhaus. Die Polizisten argumentierten mit *„Angriff durch einen Unbekannten"* („FR", 11.2.77).

Am **26.2.77** schlug ein Hamburger Polizist einem 16jährigen Lehrling, den er wegen Sachbeschädigung festgenommen hatte, mit der Faust dreimal ins Gesicht. Urteil: DM 2.700 Geldstrafe. („Bild", 26.2.77).

Am **3.3.77** fährt ein Streifenwagen in Bietigheim-Bissingen, Nähe von Stuttgart, auf einen Jugendlichentreff, den „Robinsonspielplatz". Ein mit angeblich hoher Geschwindigkeit wegfahrender PKW wird verfolgt und gestellt. Bei der folgenden Ausweiskontrolle packt ein Beamter einen Jugendlichen wegen einer Nichtigkeit am Hemd, zerreißt es, schlägt mit der Faust zu, wirft den Jugendlichen, der sich wehrt, zu Boden und nimmt ihn schließlich fest.

Die Freunde des Jugendlichen protestieren auf der Wache gegen dieses Vorgehen und werden mit Chemical Mace, Schlagstöcken und Pistolen hinausgeprügelt. Platzwunden, Prellungen usw. sind das Ergebnis. Von einem Verfahren gegen die Beamten ist nichts bekannt. („tat", 8.7.77).

Im **August 77** wurde ein 17jähriger Junge in Bochum wegen „Randalierens" erschossen. Er soll vier Polizeibeamte angeblich in betrunkenem Zustande mit einem Brotmesser derart bedroht haben, daß er nicht unter Kontrolle zu bringen gewesen sei. Der Todesschütze wurde vom Dienst suspendiert. Von einem Verfahren ist nichts bekannt. („ED", 5.8.77).

Mit Prügel und Tritten zwangen zwei Polizeibeamte mehrfach Jugendliche wegen Bagatellfällen zu Geständnissen. In einem Falle wurde ein Jugendlicher unter einem Vorwand in den Streifenwagen gelockt, in die Wälder um Rüdesheim gefahren, dort auf nacktem Hintern mit einem Gürtel verdroschen. Ein Beamter fotografierte diese Brutalitäten. („Tagesspiegel", 18.2.78)

Am **18.11.77** beendete ein mit Maschinenpistolen bewaffnetes Polizeiaufgebot mit Chemical-Mace-Einsatz ein Fest von 150 Jugendlichen. Das Privathaus wurde gewaltsam geräumt. Zwölf Jugendliche wurden festgenommen.

Von Ermittlungen ist nichts bekannt. („FR", 21.11.77).

Am **8.3.78** knüppelte die Polizei anläßlich einer Dregger-Wahlkampfveranstaltung in der Frankfurter Ziehenschule brutal auf Kinder und Jugendliche ein. Ebenfalls wurde Chemical Mace eingesetzt.

Mehrere Kinder mußten in ärztliche Behandlung – ein elfjähriges Kind lag mehrere Tage in der Frankfurter Augenklinik. Die Verantwortlichen wurden bisher nicht zur Rechenschaft gezogen. („FR", 10.3.78)

Am **11.3.78** knüppelte die Hamburger Polizei auf Jugendliche ein, die einen lustigen bunten Aktionstag zu Gunsten der „Bunten Liste/ Wehrt Euch" veranstalteten. Ergebnis: Zwei Jugendliche mußten ambulant im Krankenhaus behandelt werden, zwei wurden festgenommen. Von einer Ermittlung gegen die Bullen ist bisher nichts bekannt.

Am **14.5.78** wurde in Bochum ein 17jähriger Junge von einem Zivilbeamten niedergeschossen. Angeblich soll sich der Schuß „unbeabsichtigt" gelöst haben, als der Junge von dem Beamten beim Aufbrechen eines Autos überrascht wurde. Die kriminaltechnische Untersuchung ergab, daß es sich bei der Verletzung „um **einen Nahschuß von hinten** mit **aufgesetzter Pistolenmündung gehandelt hat**".

Der Polizeimeister leugnet dies. Ein Verfahren wird nicht eingeleitet. („Päd.Extra", 15.6.78, und „FR", 16.5.78).

Ich dachte, sie greift mich an ehrlich!
Eijeijei - unter 50 DM Bußgeld kommen sie mir diesmal aber nicht davon!

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Kurzmeldungen

Die Jungkapitalisten treten in eine ideologische Offensive. Sie wollen *„weg vom Buhmann-Image des Dikken mit der Zigarre"* („FR", 5.6.78). *„Aufklärungsarbeit und Arbeitskreise in Schulen"*, so betonte Frank Steffen, Bundessprecher der Organisation auf einer Landeskonferenz der hessischen Jungkapitalisten in Fulda, *„sollen Schüler und Lehrer besser über den Wirtschaftsalltag informieren"* („FR", ebenda).

Mit *„besser informieren"* ist wohl gemeint, Schülern vom Risiko, Wagemut und schöpferischer Tätigkeit des Unternehmers zu berichten, ohne die der Arbeitnehmer noch heute in der Steinzeit leben müßte. Sicher werben die Jungdynamiker um Verständnis dafür, daß Rationalisierung (auf gut deutsch: Arbeitsplatzvernichtung) dabei in Kauf genommen werden müsse.

Der bundesweite Indoktrinationsmarsch in die Schule hat bereits begonnen: In 37 der 109 Juniorenkreise im Bundesgebiet laufen diese Aktionen bereits „erfolgreich" („FR", ebenda). D.h., die jeweiligen Landesregierungen und Schulbehörden haben denjenigen, die verantwortlich sind für das Heer der Arbeitslosen, für Lohnraub und menschenunwürdige Arbeitsplatzbedingungen, die Tore der Schulen weit geöffnet.

Erste Erfahrungen mit derartiger Indoktrination haben 25 Kapitalisten für den „Deutschen Industrie- und Handelstag" gesammelt. Erfreulicherweise fielen einige dabei auf den Bauch, so z.B. Albrecht Pickert, der einer 12. Klasse weismachen wollte, Rationalisierungen führten nicht zu Entlassungen: *„Hartnäckige Fragen signalisierten Ungläubigkeit"* („Welt", 9.6.78).

• • •

Wie brutal die CDU daran geht, Jugendlichen die freie Meinungsäußerung zu verbieten, zeigen drei Meldungen vom Juni:

Frankfurt, 7. Juni: Die CDU-Vertreter im Jugend- und Sozialausschuß in Frankfurt lehnen es ab, sich für den gegen das Jugendzentrum Bockenheim *„öffentlich geäußerten falschen Verdacht der Verbindung zu terroristischen Kreisen zu entschuldigen"*. Dieser Verdacht war – verbunden mit der Forderung nach Streichung der Finanzmittel für das Jugendzentrum – unmittelbar nach dem Ableben von Generalbundeswalt Buback 1977 geäußert worden. Die Generalbundesanwaltschaft hat inzwischen erklärt, daß keine Hinweise auf solche Verbindungen bestehen (ist ja eigentlich überraschend). Die CDU verweigerte die Entschuldigung u.a. mit der Begründung, im Jugendzentrum hätten Plakate gehangen, die Freiheit für die politischen Gefangenen in der BRD forderten. („FR", 8.6.).

Hamburg, 8.6.: *„Solltet ihr morgen in eurer Zeitung lesen, daß eure Freiheit und eure Demokratie bedroht sind, und daß man euch an die Waffen beflehlt, fragt ernsthaft, ob ihr Freiheit und Demokratie je besessen habt"*. Diesen vernünftigen Ratschlag enthielt eine Textsammlung, die als Unterrichtsmaterial an einem Hamburger Gymnasium verwandt wurde. Grund genug für eine Anfrage eines CDU-Abgeordneten, welche Maßnahmen der Senat gegen derlei Aufrufe *„zum Klassenkampf und zur Ablehnung unserer staatlichen Ordnung"* unternehmen werde („Welt", 8.6.).

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg



Italien

Referendum:

Todesschuß und Parteienfinanzierung bleiben — trotzdem großer Erfolg der Linken

Am 12. Juni wurde in Italien der Volksentscheid über die Abschaffung des „Legge Reale" (das Todesschußgesetz) und des Gesetzes zur Finanzierung der Parteien aus Steuergeldern durchgeführt. Bei einer relativ hohen Wahlbeteiligung von 81,4% wurden für die Abschaffung des »Legge Reale« 23,1% der Stimmen abgegeben, dagegen 76,9%; bei der Parteienfinanzierung 43,6% für die Abschaffung und 56,4% dagegen. Es ist somit also nicht gelungen, die erforderlichen 50% für die Abschaffung der beiden Gesetze zu erreichen. Trotzdem zeigt das Ergebnis, daß ein unerwartet großer Teil der Bevölkerung in teilweiser Opposition zum Bündnis der sechs großen Parteien im Parlament steht.

3 Jahre Referendumskampagne

Seit 1975 hat die Radikale Partei (PR), unterstützt von der revolutionären Linken, Unterschriften für verschiedene Referenden gesammelt. Mehr als 800.000 Unterschriften kamen bei dem Referendum für die Abschaffung des Abtreibungsverbotes 1975 zusammen. Im Frühjahr 1977 initiierte die PR die „Kampagne der acht Referenden", in der die Abschaffung folgender Gesetze gefordert wurde:

— *Codice Rocco* — das der Regierung das Recht einräumt, Streik-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit einzuschränken.

— *Konkordat* — Dieser Staatsvertrag zwischen Kirche und Regierung wurde unter Mussolini mit dem Vatikan abgeschlossen. Er ist bis heute gültig.

— *Parteienfinanzierung* — Steuergelder für die Parteien in Proportion zu ihren Stimmenanteilen.

— *Militärrecht* — Das Gesetz verbietet die freie Meinungsäußerung in den Kasernen und besteht seit 1941.

— *Parlamentarische Untersuchungs-*

— *Parlamentarische Untersuchungskommission* — Diese Kommission setzt sich anteilig aus den Fraktionen zusammen und „regelt" als einziges Organ „Verstöße" der Parlamentarier.

— *Entmündigungsgesetz* — Dies Gesetz besteht seit 1904, wonach jeder, der sic „öffentlich skandalös verhält", von jedem beliebigen Arzt für verrückt erklärt werden und entmündigt werden kann.

— *Legge Reale* — Das 1975 verabschiedete Todesschußgesetz, wonach jeder Bulle straffrei schießen kann, wenn „Gefahr droht".

— *Verteidiger- und Prozeßordnung* — Dies Gesetz ist noch nicht vollständig durch, soll aber in Zukunft die Verteidigerüberwachung und die Frage von Militärs als Beisitzer für „Terroristenprozesse" regeln.

Mit allen Tricks versuchten Regierung, bürgerliche Parteien und Justiz, die Referenden zu verhindern. So wurden im Januar 1978 vom obersten Gerichtshof vier Referenden als juristisch „nicht referendumsfähig" erklärt und zwar Codice Rocco, das Konkordat, das Militärgesetz und die Verteidigerordnung. Drei weitere Referenden wurden durch vorzeitige neue Gesetzesänderungen die Grundlagen genommen, und zwar die Referenden über die Abtreibung, das Entmündigungsgesetz und den parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Auch für das Legge Reale ist bereits ein neuer Gesetzentwurf in wesentlich verschärfter Fassung in den Parlamentsausschüssen in der Debatte. Dennoch kam man nicht umhin, zumindest dieses und auch das letzte der insgesamt neun Referenden, nämlich die Parteienfinanzierung, nun doch zur Abstimmung zu stellen.

Seit drei Jahren ist das Legge Reale in Kraft und hat eine blutige Bilanz aufzuweisen. Mehr als 200 Menschen wurden bei Demonstrationen und Bullenüberfällen „aus Zufall" oder „in Notwehr" erschossen, mehrere Hundert schwer verletzt. Bei mehreren Mitgliedern der Brigate Rosse und der militanten Genossen der Studentenbewegung wurde so das Todesurteil auf der Straße vollstreckt. Das Legge Reale garantiert den uniformierten Todesschützen absolute Straffreiheit und erlaubt darüber hinaus auch die völlige Willkür bei Festnahmen, Verhaftungen und Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Befehl. Beschlossen wurde das Gesetz noch gegen die Stimmen der PCI, die das Gesetz als *„unvereinbar mit den Grundsätzen der Demokratie"* ablehnte.



Das Parteienfinanzierungsgesetz wurde stets als die „Garantie für die Parteienmoral" ausgegeben, als Grundlage für die „Unabhängigkeit der Parteien von äußeren Interessenzwängen". Mehr als 120 Mio. DM insgesamt fließen so jährlich den Parteien aus Steuergeldern in die Taschen, wobei es kaum eine Kontrolle für den Steuerzahler gibt. Nirgendwo sonst jedoch blüht bekanntlich die Korruption und die Skandalwirtschaft so zahlreich wie in italienischen Regierungs- und Parteienkreisen.

Parteienbündnis geschlossen gegen das Referendum

Alle sechs Parteien des Regierungsbündnisses hatten sich durch Absprachen auf einen klaren Kurs gegen die Referenden geeinigt. In einem offiziellen Kommuniqué des Regeriungsbündnisses hieß es zum Legge Reale: *„Mit ‚Ja' zu stimmen bedeutet, eine gefährliche Gesetzeslücke in Kauf zu nehmen in Bezug auf die Aktivitäten der terroristischen Elemente der Neofaschisten und anderer Extremisten...".* Die Frage der Parteienfinanzierung wurde von den bürgerlichen Parteien weniger offensiv angegangen, da die Skandale zu offensichtlich sind. Haupttreiber war wie schon bei den Repressionsgesetzen gegen die Studentenbewegung die PCI: Die Mitglieder der PCI wurden auf das „No" verpflichtet, und einzelne kritische Stimmen, wie die des alten ZK-Mitgliedes Terracini wurden in nie gekannter demagogischer Weise angegriffen.

Entsprechend eindeutig waren die Kommentare zum Wahlergebnis. PCI-Chef Berlinguer: *„Ein klarer Sieg des ‚No' in der Frage der Verteidigung der demokratischen Ordnung... Der PCI ist es gelungen, in existentieller Weise einen gefährlichen Angriff auf unser System zurückzuschlagen."*

Biasini von den Republikanern: *„... es ist die totale Niederlage der Betreiber der Abschaffung und all derer, die diese Kampagne mit zwielichtigen Argumenten geführt haben".*

Romita von den Sozialdemokraten: *„Das erste Ergebnis bezüglich des Legge Reale zeigt die Notwendigkeit, die Stärkung des demokratischen Staates weiter voranzutreiben".*

Signorile von der PSI: *„Der Versuch der Abschaffung konnte zurückgeschlagen werden in Befürwortung der Empfehlung der Mehrheitsparteien der nationalen Einheit"* (alle Zitate nach „La Stampa", 13.6.78).

Einig sind sich die bürgerlichen Parteien jedoch darin, daß solche Referenden eine erhebliche Gefahr in sich bergen, und es werden Überlegungen angestellt, wie man dies in Zukunft vermeiden kann. Der „Corriere della Sera" berichtete am 8.6. von Erwägungen, das Referendumsgesetz zu ändern und statt der bisher notwendigen 500.000 Unterschriften die Zahl auf 1,5 Millionen heraufzusetzen.

Ein Erfolg der Linken!

Auch wenn es nicht gelungen ist, die Gesetze zu kippen, so gibt es doch ganz erstaunliche Ergebnisse der „Si"-Stimmen in wichtigen Regionen. Einige Beispiele:

	Parteienf.	Legge Reale
Triest	56,6	28,6
Neapel	55,8	29,3
Salerno	54,3	32,6
Rom	53,3	26,6
Turin	51,2	26,2
Mailand	44,1	22,3

(Zahlen nach „Manifesto", 13.6.).

Insgesamt zeichnet sich ein starkes Nord-Süd-Gefälle ab. Im Süden liegt die Ablehnung der Parteienfinanzierung bei durchschnittlich 50% und des Legge Reale bei 30%, im Norden dagegen um ca. jeweils zehn Prozent niedriger. Dies liegt nicht zuletzt an den traditionellen Hochburgen der PCI in der Toscana und Emilia Romagna. Neu und bemerkenswert ist jedoch, daß gerade in den Großstädten — meist PCI-regiert — die Ablehnung der Regierungsgesetzgebung ungewöhnlich hoch ist.

Die Initiatoren selbst sehen die Kampagne als einen „vollen Erfolg" an („Manifesto"). P nella von der PR bezeichnet das Ergebnis folgendermaßen: *„Es gibt nur einen großen Verlierer bei dieser Abstimmung: Es ist derjenige, der in der Hoffnung, Sieger zu bleiben, alle seine Fahnen, seine Traditionen und Ideale in den Dreck gezogen hat und dafür eine Kampagne der Lügen und Falschmeldungen aus Angst vor den eigenen Wählern hochgezogen hat. Dieser Verlierer ist Berlinguers PCI!"* („La Stampa", 13.6.).

Enrico Deaglio, Direktor von „Lotta Continua" äußert sich in einem „Panorama"-Interview (20.6.): *„Die Wähler wollen die Freiheit der Entscheidung... Die Regierung von 94,3% hat es nicht geschafft, die Masse der Wähler auf sich zu vereinigen, vor allem nicht bei der Parteienfinanzierung...".*

Die Linke ist sich einig, daß der Erfolg darin besteht, daß die Front des Regierungsbündnisses, die 94,3% der Stimmen auf sich vereinigt, durchbrochen werden konnte. Das Abstimmungsergebnis ist ein empfindlicher Schlag für die Politik der DC-PCI, die sich nicht umsonst im Moment laut den Kopf über eine 5%-Klausel und die Verdreifachung der Unterschriften für neue Referenden zerbrechen.

Italienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Staatspräsident Leone zurückgetreten

Am 15. Juni erfolgte der längst überfällige Rücktritt des „Staatsoberhauptes" von Italien. Giovanni Leone blickt auf eine hervorragende politische Karriere zurück: 15 Jahre Präsident des Parlaments, er bildete mehrere Regierungen, war über 20 Jahre Abgeordneter und schließlich seit 1971 Staatspräsident. Mindestens so erfolgreich war auch seine Karriere als korrupter Betrüger, dessen Geschäft in Bestechung, Steuerhinterziehung, Spekulation etc. blühte. Bereits Anfang der 70er Jahre geriet Leone unter Beschuß, als ihm vorgeworfen wurde, in den Lockheed-Skandal verwickelt zu sein.

Inzwischen steht fest, daß Leone in mindestens drei verschiedene Skandale mit der Lockheed verwickelt ist: Zum einen die Affäre Orion P 3, die sich 1968 abspielte. Das Verteidigungsministerium hatte sich zum Kauf neuer Flugzeuge von dem europäischen Konsortium Secbat entschlossen. Lockheed nahm über seinen Unterhändler Lefebvre Kontakt mit Leone auf, der mit allen Tricks versuchte, die Entscheidung des Verteidigungsministeriums rückgängig zu machen. Das mißlang jedoch.

Anders beim zweiten Skandal, dem Kauf von 14 Herkules C 130 Transportern ebenfalls von Lockheed. Für diesen Coup ließen sich mehr als 20 höchste Minister und Parlamentarier fürstlich mit Schmiergeldern von Lockheed belohnen. Als im April 1977 diese Affäre vor den parlamentarischen Unterausschuß kam, blieb Leone jedoch unangetastet. Den Kopf mußten die beiden ehemaligen Verteidigungsminister Gui und Tanassi hinhalten.

Im Frühjahr 1975 machte sich die Lockheed nochmals an Leone heran, wegen eines Projektes von Flugzeugverkäufen zwischen Saudi-Arabien, der Aeritalia und Lockheed. Leone reiste mehrmals nach Saudi-Arabien, dennoch ging in diesem Fall die Rechnung für Lockheed nicht auf.

Die Skandale Leones in den letzten Jahren veranlaßten einige Journalisten dazu, etwas genauer zu recherchieren. Kürzlich veröffentlichte die bekannte Journalistin Camilla Cederna ein Buch über Leone, das innerhalb von 3 Monaten mit über 300 000 Exemplaren ein Bestseller wurde.

Den entscheidenenden Anstoß für Leones Rücktritt gab jedoch der „Espresso", der in seiner Ausgabe vom 14.6. Leone neue Betrügereien stichhaltig nachweisen konnte.

„Wohnungsspekulation, Briefkastenfirmen, Gelder, die zwischen Italien und der Schweiz verschoben werden, Steuerhinterziehung, Geschäftsbeziehungen zu Personen, die in den Lockheed-Fall verwickelt sind: und mittendrin der Präsident der Republik und seine Söhne!". Unter dieser Hauptüberschrift veröffentlicht der „Espresso" Enthüllungen über den betrügerischen Kauf eines großen Geländes, den Leone zusammen mit seinen Söhnen 1969 vornahm. Das Gelände bekamen sie zum Spottpreis von DM 2,60 pro qm, da sie angeblich Sozialwohnungen bauen wollten. Heute steht dort eine Luxusvilla mit 36 Zimmern, in der die Familie Leone mit einigen anderen Freunden aus der Lockheed-Zeit wohnt.

Nach diesen neuen Enthüllungen blieb Leone nichts anderes übrig, als seinen Hut zu nehmen. Indessen: Korrumpiert und gekauft wird bei Italiens bürgerlichen Politikern natürlich auch weiterhin!

Italienkommission





Portugal

Erneute faschistische Offensive

Am 10. Juni wurde in Lissabon während einer antifaschistischen Demonstration der 18jährige Student Jose Jorge Morais von Polizeikräften erschossen. Die antifaschistische Demo hatte als Gegendemonstration zu einer faschistischen Veranstaltung stattgefunden. Anläßlich eines nationalen Feiertages, der erst kürzlich von offizieller Seite zum „Tag von Portugal" erklärt worden war, hatten sich auf dem Largo do Camoes ca. 150 Faschisten versammelt. Unter massivem Schutz der Bürgerkriegs-Polizei PSP wurden faschistische Lieder gesungen. Etliche der meist jugendlichen Faschisten waren mit Schlagwerkzeugen bewaffnet. Als die antifaschistische Gegendemonstration von mehreren tausend Menschen unter Parolen wie „Nie wieder Faschismus!" dort eintraf, setzte die PSP sofort Schlagstöcke und G-3-Gewehre ein. Prügelnd und um sich schießend trieben sie die Antifaschisten einige Straßenzüge weit vor sich her, wobei auch so mancher Passant zusammengeschlagen wurde. Einige hundert Meter weiter, in der Rua da Rosa, wurden mehrere Antifaschisten von Kugeln getroffen. Jose Jorge Morais starb und der 24jährige Lehrer Jorge Falcato Simoes wurde von zwei Kugeln so schwer verletzt, daß er wahrscheinlich querschnittgelähmt bleiben wird. Währenddessen wurde die faschistische Provokation am Praca dos Restauradores von PSP-Kräften mit G-3-Maschinengewehren im Anschlag geschützt.

Die besonders von diesen Vorfällen betroffene UDP (der erschossene Antifaschist war UDP-Mitglied) klebte sofort in ganz Lissabon Plakate, auf denen sie die Polizeiaktion bekanntmachte und die Polizei der Ermordung ihres Genossen anklagte. Die PSP schickte Greifkommandos aus, die zwölf UDP-Genossen beim Plakatieren festnahmen, denen jetzt Schnellverfahren wegen „Verleumdung und Beleidigung der Polizeikräfte" drohen. In einer polizeilichen Großaktion wurden in ganz Lissabon die Plakate wieder entfernt.

Die UDP, JS (Jugendorganisation der PS), UEDS, LCI, der MES und die PCP(R) verurteilten die PSP aufs Schärfste „für den Schutz für die Faschisten und die Gewalt, mit der sie die Antifaschisten angriff".

Erschütternd ist jedoch die Stel-
schisten und die Gewalt, mit der sie die Antifaschisten angriff".

Erschütternd ist jedoch die Stellungnahme von Alvaro Cunhal (PC-Vorsitzender) und der PC-Presse: Solchen Demonstrationen (den faschistischen) würde erst Gewicht verliehen durch Gegendemonstrationen „linksradikaler Abenteurer".

Zur Beerdigung des erschossenen Genossen am 13. Juni kamen Tausende von Menschen. Aufgerufen hatten die erwähnten Organisationen der Linken. Erwähnenswert ist noch, daß sogar zwei Abgeordnete der PS und der PSD (rechte Sozialdemokraten) anwesend waren (Bericht nach „O Journal" 16.6.78).

An diesem Punkt ist es angebracht, einmal das Auftreten offen faschistischer Kreise innerhalb der letzten drei Jahre zusammenfassend darzustellen. Zunächst muß festgestellt werden, daß die PSP getrost zu den profaschistischen Kräften zu rechnen ist. Die linken Kräfte haben es nach der Niederschlagung des Faschismus am 25. April 1974 versäumt, den PSP-Apparat strukturell oder personell auf irgendeine Weise zu verändern. So ist es schon 1975 ständig zu Spannungen zwischen dem COPCON (Sicherheitstruppe unter dem Kommando von Otelo) und der PS gekommen. Und so ist es auch zu erklären, daß dieselben Kräfte, die schon zu Zeiten des Faschismus auf brutalste Weise gegen Antifaschisten vorgegangen sind (insbesondere 1969 an den Universitäten), heute auch wieder auf Antifaschisten schießen.

Zu den ersten größeren Aktionen der Faschisten kam es im Sommer 1975 aus einer Position der Schwäche heraus: zwei rechte Putschversuche (28. September 1974 und 11. März 1975) waren gescheitert und die Linke befand sich weiter auf dem Vormarsch. Landbesetzungen im Alentejo zwangen die Regierung, ein Agrarreform-Gesetz zu verkünden. Immer mehr Betriebe gingen in Selbstverwaltung über oder wurden auf den Druck der Arbeiter hin verstaatlicht. Leerstehende Häuser wurden unter dem Schutz des COPCON von Bewohnern der Elendsviertel besetzt. Einwohner- und Arbeiterkommissionen sowie auf dem Land Dorfräte schossen wie Pilze aus dem Boden. In dieser Situation begannen die Faschisten eine Serie von Bombenattentaten und Brandanschlägen auf Parteibüros der Linken, auf Privathäuser und Autos von bekannten Linken oder auch nur Personen, die man für Linke hielt. Im Norden Portugals gab es im Sommer 1975 kaum noch ein PC-Büro, das nicht Opfer von Anschlägen geworden war. Zahlreiche Todesopfer waren zu beklagen. In Lissabon stehen derzeit 16 Männer vor Gericht, die angeklagt sind, im Sommer 1975 310 Bomben-

gen. In Lissabon stehen derzeit 16 Männer vor Gericht, die angeklagt sind, im Sommer 1975 310 Bomben-

attentate, 136 Überfälle und 58 Brandanschläge verübt zu haben („Pagina Um", 23.11.77).

Der Rechtsputsch vom 25. November 1975, von dem die Linken völlig überrumpelt wurden, kam selbst für die Faschisten, trotz der für sie günstigen Entwicklung, dermaßen überraschend, daß die Welle von Attentaten schlagartig verebbte. In der Folgezeit übernahmen die staatlichen Organe die Aufgabe, gewalttätig gegen die Linken vorzugehen. Hervorstechendstes Beispiel hierfür sind die vier von Polizeikräften erschossenen Antifaschisten im Januar 1976, als vor dem Gefängnis von Custoias bei Porto in eine Demo für die Freilassung fortschrittlicher MFA-Offiziere geschossen wurde. Unter den Toten war Genosse Günter Bruns aus Hamburg. In dieser Position potentieller Stärke verzichteten die Faschisten vorläufig auf weitere Attentate und verlegten sich darauf, den später von Günter Wallraff aufgedeckten Putschversuch unter Anleitung von Spinola zu planen. Nach Aussagen des Spinola-Adjutanten war im Frühjahr '76 vorherrschende Meinung unter den Faschisten, daß der Norden fest in ihrer Hand sei und daß es nun darum ginge, im Süden Waffendepots für den Putsch anzulegen. Da die damalige Azevedo-Regierung die bekanntgewordenen Putsch-Pläne als Unsinn und Wallraffs Veröffentlichung als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Portugals abtat, befanden sich die Faschisten trotz eines mißlungenen Putschversuchs weiterhin in einer Position relativer Stärke; immerhin wurde gegen niemanden von ihnen vorgegangen. Dies führte zu neuerlichen Attentaten, wie z.B. gegen den fortschrittlichen Priester Maximino, der mitsamt seiner Begleiterin in die Luft gesprengt wurde. Beide waren Sympathisanten der UDP.

Im Sommer 1976, als die Linke sich aufgrund der Wahlkampagne für Otelos Präsidentschaftskandidatur wieder auf dem Vormarsch befand (überall in ganz Portugal gründeten sich „Dynamisierungsgruppen für die Volkseinheit", GDUP), setzte aus einer neuen Defensivhaltung eine weitere Welle von Attentaten der Faschisten ein. Unter anderem wurden Bombenattentate gegen die politischen Vertretungen Kubas und Angolas in Lissabon verübt.

Die weiteren politischen Ereignisse gestalteten sich ganz zur Zufriedenheit der Faschisten: Im August 1976 durfte Spinola wieder nach Portugal zurückkommen, der sich seit März '75 im Ausland befunden hatte, ohne daß ihm mit einem ernsthaften Prozeß wegen seiner Putschversuche gedroht worden wäre. Die Prozesse

ohne daß ihm mit einem ernsthaften Prozeß wegen seiner Putschversuche gedroht worden wäre. Die Prozesse

gegen die Mitglieder der ehemaligen faschistischen Geheimpolizei PIDE/DGS fielen so lasch aus, daß die Strafen häufig schon durch die Untersuchungshaft abgesessen waren; andere PIDE-Mitglieder waren gar nicht erst in U-Haft genommen worden, so daß sie sich bequem ins Ausland absetzen konnten, vor allem die ehemaligen Chefs der PIDE. Die Politik der inzwischen im Amt befindlichen PS-Regierung konnte im Endeffekt den Faschisten nur Mut machen: Den Arbeiterkommissionen wurden in erheblichem Maße ihre Rechte eingeschränkt; Familien, die im Sommer 1975 leerstehende Häuser besetzt hatten wurden wieder auf die Straße gesetzt; viele Betriebe wurden wieder an die Kapitalisten zurückgegeben; ein neues Agrar„reform"gesetz forderte die Rückgabe vieler Ländereien an die Großgrundbesitzer. Zur Durchsetzung dieser Maßnahmen war der Einsatz von Polizeikräften erforderlich. Die im Polizeiapparat befindlichen Faschisten sahen nun die Möglichkeit, offiziell abgesicherte Terrorakte gegen die Bevölkerung durchführen zu können. Die Einsätze wurden offiziell angeordnet, die „Ge-

akte gegen die Bevölkerung durchführen zu können. Die Einsätze wurden offiziell angeordnet, die „Ge-

staltung" dieser Einsätze blieb jedoch den dort sitzenden Faschisten überlassen. Diese lagen ganz richtig mit ihrer Einschätzung, daß ihre Terrorakte im Nachhinein von Regierungsstellen als „unschön", aber notwendig legalisiert werden würden, da sie im Endeffekt der Durchsetzung der Regierungspolitik dienlich waren.

So kam es, daß es für die Betroffenen häufig keinen Unterschied machte, ob sie von einer faschistischen Bande überfallen wurden oder einer Polizeiaktion zum Opfer fielen. Im Rahmen solcher Polizeiaktionen wurde im Alentejo bei einer Landräumung eine 16jährige Landarbeiterin querschnittsgelähmt geprügelt und weitere 40 Landarbeiter schwer verletzt („Pagina Um", 2.6.77). Auf einer Demonstration in Lissabon für die Freilassung von Rui Gomes wurde ein 17jähriger Arbeiter mit Polizeiknüppeln totgeschlagen („Pagina Um", 21.7.77). Und genau im Rahmen einer solchen Polizeiaktion kam es jetzt auch zu den jüngsten Lissaboner Polizei-Überfällen.

Eine solche Repressionspolitik, wie sie von der PS-Regierung konsequent durchgeführt wurde und auch von der PS-CDS-Regierung weiterhin praktiziert wird, hat die Faschisten dazu ermuntert, ihrem Auftreten eine neue Form zu verleihen: Seit Dezember 77 ist zu beobachten, daß sich die Faschisten zu offenen Demonstrationen auf die Straße trauen. Am 19.11.77 gelang den Faschisten in Porto eine Demo mit 70.000 Teilnehmern! Im Verlauf dieser Demo gingen die Büros der MDP und der LCI in Flammen auf, es explodierten zwei Sprengkörper, und mit Fahrradketten und Stuhlbeinen bewaffnete Faschisten überfielen Passanten und raubten sie aus. Es schritten keine Polizeikräfte ein („O Jornal", 25.11.77). Am 1. Dezember demonstrierten in Lissabon 1.500 Faschisten und versuchten, das PC-Büro am Praca dos Restauradores zu überfallen. In der antifaschistischen Menge, die sich zum Schutz des Büros angesammelt hatte, explodierte eine von den Faschisten gelegte Bombe und verletzte einen 68jährigen Arbeiter schwer. Es muß noch erwähnt werden, daß die Polizei diesmal eingriff. Sie prügelte die Antifaschisten vor dem PC-Büro auseinander, wobei es 20 Verletzte gab! („O Jornal", 2.12.77).

Die Position der Stärke, in der sich die Faschisten momentan befinden, ist durch die letzten Ereignisse noch untermauert worden. Es ist auch fragwürdig, ob die jüngste Initiative des Parlaments, ein Gesetz, das faschistische Organisationen verbietet („O Jornal", 16.6.78), zu machen, daran etwas ändern wird.

tive des Parlaments, ein Gesetz, das faschistische Organisationen verbietet („O Jornal", 16.6.78), zu machen, daran etwas ändern wird.

Sollte es der antifaschistischen Bewegung nicht gelingen, sich in der PC und bis weit in die PS hinein fest zu verankern, sondern sollte sich im Gegenteil die bereits erwähnte Tendenz der PC-Führung durchsetzen, daß die Provokationen nicht etwa von den Faschisten und der PSP ausgingen, sondern von den Antifaschisten, dann allerdings ist der Boden bereitet für ein Gesetz, das nach dem Motto „links = rechts" in erster Linie gegen die revolutionäre Linke angewendet werden wird. In einer solchen Situation wären die konsequenten Antifaschisten im wahrsten Sinne des Wortes zum Abschuß freigegeben.

Portugal-Kommission

Eine riesige Menschenmenge begleitet den Sarg des von der Polizei erschossenen UDP-Genossen Jose Jorge Morais (18).



Auch in Porto knüppelte die Polizei antifaschistische Demonstranten zusammen

Führung der PRP verhaftet

Zwei Leitungsgenossen der portugiesischen PRP (Revolutionäre Partei des Proletariats), Isabel do Carmo und Carlos Antunes, sind in Lissabon verhaftet worden. Auch 16 weitere Mitglieder der PRP wurden verhaftet. Ihnen allen wird die Verwicklung in Sprengstoffanschläge vorgeworfen.

Die PRP hatte während der faschistischen Diktatur den ‚bewaffneten Kampf' propagiert und terroristische Aktionen durchgeführt. Sie war vor dem konterrevolutionären Putsch vom 25. November 1975 Mitglied der linken Einheitsfront FUR und arbeitete insbesondere mit dem MES eng zusammen.

England

Internationales Putschkonsortium geplant

London. Nach Informationen der britischen Tageszeitung „Guardian" fand am 3./4. Juni im südenglischen Seebad Brighton eine internationale Konferenz statt, die sich mit der Errichtung eines internationalen Putschkonsortiums befaßte.

Eingeladen hatte die britische Organisation „Aims for Freedom and Enterprise", eine Propagandatruppe der Kapitalisten. Direktor ist Michael Ivens, Gründungsmitglied der reaktionären „Freiheitsgesellschaft" NAFF. Die Finanzierung lief über das „Institut für Konfliktstudien" unter der Leitung von Brian Crozier, einem alten CIA-Gewährsmann und Mitglied des NAFF-Beirats, über das „Foreign Affairs Research Bureau" (Büro für außenpolitische Forschung) unter Geoffrey Steward-Smith und das „National Strategy Information Center", New York, das wiederum von der „Mellon Foundation" finanziert wird.

Anwesend waren 10 Großkonzerne, von denen lediglich die britische Großbank „National Westminster", der Zuckerkonzern „Tate & Lyle" und der Tabakkonzern BAT namentlich genannt wurden, sowie „Standard Telephone & Cables", eine ITT-Tochter. Weiter zählten zu den Teilnehmern „Geschäftsleute und Akademiker" aus Italien, den USA, Südkorea, den Philippinen, Japan, Thailand, Frankreich und der BRD (!!!), sowie pensionierte Militärs aus Großbritannien und Südafrika, darunter Admiral James Johnson, ehemaliger Armeechef der RSA, Louis Le Bailly, früher Chef der britischen Marineabwehr, jetzt Institut für Konfliktstudien, Vize-Luftmarschall Steward Menaul und Generalmajor Henry Roper, der vor seiner Pensionierung im britischen Kriegsministerium arbeitete und heute militärischer Verkaufsdirektor bei Standard Telephone & Cables ist.

Nach Ende der Konferenz wurde die Absicht verkündet, ein „Internationales Freiheits Blau-Kreuz" zu gründen, um Geld für „Freiheitsaktivitäten" zu beschaffen, da *„Firmen nur einen jämmerlichen Teil ihrer Profite zur Unterstützung der Freiheit und des Freien Unternehmertums zahlten"*, zumal *„die Zerstörung des CIA und andere Angriffe auf westliche Geheimdienste zwingend verlangen, daß die USA und ihre Verbündeten die Initiative bei Geheimdienst und Abwehr ergreifen"* („Guardian", 6.6.78).

Die Veröffentlichung über die Konferenz schien den Kapitalisten etwas ungelegen, so daß Veranstalter Michael Ivens schnellstens betonte, daß man sich auf die reine Geldbeschaffung beschränken wollte. *„Die Firmen wurden gebeten, weil es unseres Erachtens gut ist, wenn die Wirtschaft sich für Weltpolitik interessiert."* Auf der Konferenz arbeitete man zusammen mit den anwesenden Botschaftern (!) und Generalen, wobei ein Ergebnis das Wissen über die verfügbaren Gelder für die UdSSR, Libyen, China und Nordkorea war. *„Wir meinten, wir sollten ein Internationales Blaues Kreuz gründen. Das Blaue Kreuz in den USA beschafft Geld von Unternehmen und verteilt es für ehrenwerte Aufgaben."* Genauer? *„Wissenschaftliche Arbeiten über Verteidigungsfragen und Anzeigen bis hin zu Unruhestiftung bei den Olympischen Spielen in Moskau"* („Guardian", 7.6.78).

Zuerst distanzierte sich die „National Westminster Bank" und erklärte, sie hätte nur als Beobachter teilgenommen, da man an den Auswirkungen der militärischen Lage in Afrika und Asien auf die eigenen Geschäftsaussichten interessiert sei, sonst halte man sich aber aus der Politik heraus. Ebenso bestätigte BAT zwar, daß sie ihren Direktor T.E. Davies hingeschickt hätten, aber keinerlei politische Bindungen hätten – und dies angesichts der Tatsache, daß sie die Veranstalter „Aims" jährlich mit etwa 25.000 DM finanzieren. Tate & Lyle bestätigten ebenfalls ihre Teilnahme, wollten aber über die Finanzierung für das Konsortium erst noch beschließen. Standard Telephones dementierte am 7.6. jedes finanzielle Engagement in Sachen Politik.

Interessant wäre, wer in der BRD solche Dementis nötig hat. Für zweckdienliche Hinweise wären wir dankbar.

England-Kommission

Belgien

Auf den Spuren der SPD

Nur 5 Tage dauerte die jüngste „Regierungskrise" in Belgien, die durch das Rücktrittsangebot des Ministerpräsidenten Leo Tindemans ausgelöst wurde. Bei der seit längerem vorbereiteten Beratung des „Anti-Krisen-Gesetzes" hatte sich die große Koalition (Christdemokraten, Sozialdemokraten und 2 „Sprachenparteien") nicht einigen können. Eine Streitfrage waren u.a. die „Sondervollmachten" für die Regierung im Budgetbereich unter Umgehung des Parlaments.

Vorausgegangen war am 6. Juni eine Art „Konzertierte Aktion", eine Konferenz von Regierung, Gewerkschaften und Unternehmern. Kurz darauf enthüllte der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Debunne die ersten Einzelheiten über die geplanten Maßnahmen – weniger Auftakt zur Mobilisierung der Arbeiterschaft gegen die „Sparpolitik" der Regierung denn Alibi, wie sich zeigen sollte. Für die Hausblätter der Großindustrie waren diese Enthüllungen trotzdem *„ein ernster Anschlag auf die parlamentarische Demokratie"* („Rood", 9.6.78).

Die inzwischen beigelegte „Krise" wurde in allen Kreisen sehr schnell als „politische Komödie" („SZ", 19.6.) bzw. als Scheingefecht zur Stärkung Tindemans und zur Profilierung der Sozialdemokraten eingeschätzt; denn alle Parteien hatten sich vorher für die Notwendigkeit von Einsparungen ausgesprochen und lediglich die Art des Budgetausgleichs und Art und Umfang der Sondervollmachten waren „umstritten". Zu einer solchen Inszenierung, die den Sozialdemokraten ermöglichen soll, sich als Kraft herauszustreichen, die „immerhin noch das Beste herausholt" bzw. „das Schlimmste verhütet", gehören auch die starken Worte der Rechtsparteien: Die CVP (Christdemokraten) erklärten den Plan als *„zu sehr auf die sozialistischen Forderungen ausgerichtet"* und die PVV („Liberale") ließ verlauten, daß sie das Antikrisengesetz *„seit langem für einen Schlag ins Wasser"* hielte („Le Soir", 16.6.).

„Sparpolitik" und Unternehmersubventionen

Das Anti-Krisen-Gesetz soll ein 75-Milliarden Defizit im Jahr 1978 und ein für 1979 vorhersehbares Defizit von 100 Milliarden sanieren – natürlich auf Kosten der werktätigen Bevölkerung. Es enthält über 300 Bestimmungen, von denen bislang nur einige bekannt sind, u.a.:

- Erhöhung des Eigenbeitrages in Krankenversicherungen;
- Einführung eines Krankenversicherungsbeitrags für Rentner;
- schwere Sanktionen bei Verstößen in der Arbeitslosenversicherung, z.B. gegen Frauen, die aus familiären Gründen „dem Arbeitsmarkt nicht zur Vefügung stehen";
- Kürzungen beim Kindergeld;
- Kürzung einer Reihe normaler Renten;
- die Zuschüsse an die Sozialversicherung fallen weg;
- Erhöhung der Gebühren für öffentliche Verkehrsmittel, Telefon, Post, Kindergärten, Stipendien usw.

Daß bereits jetzt nur die Hälfte der Bevölkerung eine gesicherte soziale Existenz hat und die andere Hälfte mit Hilfe von Renten und Beihilfen teilweise unter dem Existenz-Minimum lebt, daß außerdem die Arbeitslosenzahl seit dem Antritt der „großen Koalition" um 50.000 gestiegen ist, irritiert die BSP (Sozialdemokraten) bei ihren „Sparplänen" kaum. Ihre Wahlversprechen (36-Stunden-Woche, 100.000 neue Arbeitsplätze usw.) liegen ja auch schon ein Jahr zurück.

Für die Kapitalisten winken gleichzeitig fette Subventionen:

- Der „Plan Humblet" beinhaltet zahlreiche Vergünstigungen für kleine und mittlere Unternehmen;
- die Stahlindustrie soll sich mit staatlicher Hilfe (59 Milliarden bis 1985) „gesundschrumpfen": 8.000 von 45.000 Beschäftigten sollen in den nächsten 2 Jahren „eingespart" werden;
- 830 Milliarden stehen zur „Sanierung" der Textil-Industrie bereit.

Gleichzeitig sollen ein paar Bonbons der BSP die schwierige Aufgabe erleichtern, den Werktätigen diese Sparpolitik zu verkaufen: beispielsweise beim Kindergeld oder durch die Festlegung einer Höchstrente, die für einige Spitzenbeamte Einbußen bringt. Hauptbonbon ist die angekündigte „Strukturreform", die den Staatseinfluß durch Bildung einer nationalen Investitionsgesellschaft vergrößern soll – an der Lage der Werktätigen allerdings nichts ändert.



Lange Tradition

Das neue Budget-Gesetz bringt im Grunde nichts Neues: schon der „Egmont-Plan" vor einem Jahr hatte Angriffe auf die soziale Stellung der Bevölkerung enthalten (Erhöhung der Krankenversicherung, strengere Vorschriften der Arbeitsämter und einen „Solidaritätsbeitrag" von 0,4 % auf alle Gehälter). Diese Projekte, die ein erster Vorläufer des aktuellen „Anti-Krisen-Gesetzes" waren, führten über eine Massenstreikbewegung zum Sturz der damaligen ersten Regierung Tindemans – und zur Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten. Die Früchte davon wollen Regierung und Unternehmer jetzt ernten – und es scheint ihnen zu gelingen. Die sozialdemokratische Politik des „Arztes am Krankenbett des Kapitalismus" hat auch in Belgien eine lange Tradition: Ganz ähnlich der heutigen Situation hatte 1960 der damalige Regierungschef Eyskens ein *„Programm der Gesundung und Wiederherstellung auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet"* („eenheidswet") vorgeschlagen, mit dem die Probleme der Kapitalisten beseitigt werden sollten, die im Gefolge der Unabhängigkeit der ehemaligen belgischen Kolonie Kongo entstanden waren. Die sozialdemokratische Opposition startete damals gegen die Krisenabwälzung die „Operation Wahrheit" und mobilisierte im ganzen Land. Eine von der Wallonie ausgehende Streikwelle führte schließlich zum 5-wöchigen Generalstreik, der auch auf den flämischen Teil übergriff und erst durch den Sturz der Regierung und die Bildung einer „Großen Koalition" wieder eingedämmt werden konnte.

Inzwischen beeilt sich die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung, den Widerstand gegen die aktuellen Krisenmaßnahmen gar nicht erst zur Entfaltung kommen zu lassen und die Erinnerung an 60/61 zu verdrängen. *„Das Anti-Krisengesetz ist kein neues „eenheidswet"* (George Debunne nach „rood", 14.6.78).

Ein 24-stündiger Warnstreik gegen das Gesetz von 2 kampfstarken Betrieben in Charleroi (Glaverbel und ACEC) blieb bisher ohne Nachahmung. Und auf einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß drängt bisher nur die Einzelgewerkschaft Setca.

Die Aussichten für die Arbeiterklasse, sich die Folgen sozialdemokratischer Partnerschaftspolitik vom Hals zu halten, sind also im Augenblick nicht sehr rosig. Dabei dürften die jetzigen „Sparmaßnahmen" nur Vorboten für schwerere Angriffe in kommenden Jahren sein.

Belgien-Kommission

Atomkraftdebatte in Big Flame

In AK 131 hatten wir irrtümlich behauptet, BF sei bisher noch nicht in die Diskussion der AKW-Problematik eingestiegen. Das ist insofern nicht richtig, als die Genossen in der April-Nummer ihrer gleichnamigen Zeitung zur Demonstration nach Torness bei Edinburgh (vgl. AK 130) aufgerufen hatten und dort ebenfallszwei längere, recht konträre Diskussionsbeiträge abdruckten. BF schreibt zur Einleitung der Debatte:

„Viele Sozialisten haben immer gedacht – und einige tun das noch heute –, daß Sozialismus etwas mit der Verteilung des Reichtums zu tun hätte, daß aber die Art, auf die der Reichtum produziert wird, keine politische Entscheidung sei, sondern daß die dabei von der Gesellschaft angewandte Technologie neutral sei. Diese Ansicht kann aber nicht länger aufrechterhalten werden, wenn wir uns die Auswirkungen der Technologie wie z.B. das Fließband, den Computer und nun die Atomkraft auf die Entwicklung von Ländern ansehen, die wir einst für sozialistisch hielten.



Großbritannien :AKW-Schwerpunkte

Technologie betrifft die Beziehungen zwischen Menschen, und der Kampf für den Sozialismus beinhaltet die Veränderung der zwischenmenschlichen Beziehungen – bei der Arbeit wie bei allen anderen Verrichtungen des täglichen Lebens.

... Wie die übrige revolutionäre Linke in unserem Land hat sich BF schwer damit getan, die Atomfrage anzupacken. Das liegt zum Teil an der defensiven Orientierung, die wir mit anderen linken Organisationen teilen. Viel zu lange haben wir geleugnet, daß wir als revolutionäre Sozialisten etwas dazu sagen müssen, was für eine Gesellschaft wir errichten wollen – und es ist eine wichtige Frage, ob Atomkraft und Sozialismus miteinander vereinbar sind.

In ‚Schöne neue Welt' schrieb Huxley (amerikanischer Schriftsteller, Anm. AK)*: Es kann sein, daß alle Regierungen der Welt mehr oder weniger völlig totalitär werden noch vor der Nutzung der Atomkraft; daß sie aber während und nach der Anwendung der Atomkraft totalitär sein werden, scheint fast gewiß."*

England-Kommission

Anti Nazi League

Plakettenverbot gegen Anti-Nazi-League-Plaketten!

Mehrere Beschäftigte der Ipswich-Gemeindeverwaltung trugen auch während ihrer Arbeitszeit ihre Anti-Nazi-League -Plaketten.

Das paßte ihrem Chef Mr. Brian Pinner nicht in den Kram und er versuchte, ein Plakettenverbot durchzusetzen.

Unterstützung fand er dabei durch die National Front, die in einem Schreiben an die Gemeindeverwaltung ein Verbot wegen der „besonderen Provokation" forderte.

Als einer der Beschäftigten sich nun weigerte, seine Plakette abzunehmen, wurde er kurzerhand entlassen!

Er geht nun gegen diese Entscheidung an und hofft auch auf die Unterstützung seiner Gewerkschaft („Guardian", 24.5. und 1.6.78).

England-Kommission

Nazi-Terror in London

Etwa 200 faschistische Jugendliche zogen am Sonntag, den 11. Juni, plündernd durch das Londoner Ostend. In diesem Viertel wohnen ca. 20.000 Einwanderer aus Bangladesh. Die Jugendlichen, von denen viele National-Front-Plaketten trugen und durch den für die NF typischen kurzen Haarschnitt (Skinheads) identifiziert wurden, warfen mit Flaschen auf Schaufenster, zerstörten mehrere Geschäfte, sprangen auf Autos und riefen NF-Parolen.

Einer der betroffenen Geschäftsinhaber meinte dazu, es wäre das erste Mal gewesen, daß sich die Bengalis so einem Schrecken gegenüber gesehen hätten.

Ein anderer Ladenbesitzer alarmierte die Polizei mit den Worten: die Hölle ist losgebrochen.

Etwa 20 Randalierer wurden festgenommen, ein Ladenbesitzer mußte mit gebrochener Nase und eingeschlagenen Zähnen ins Krankenhaus („Guardian", 12.6.78).

David Albury – Organisator der Anti-Nazi-League für diesen Bezirk – meinte, in den letzten vier Wochen seien diese Umtriebe verstärkt vorgekommen und die Nazi-Gruppen, die sich an solchen Auseinandersetzungen beteiligten, würden ständig wachsen. Nach den Wahlniederlagen der NF bei den Kommunalwahlen Anfang Mai hatten ebenfalls Nazi-Gruppen zwei Morde an Farbigen begangen:

- Altab Ali, 25 Jahre alt, bengalesischer Maschinist, erstochen.
- Kennith Pershard Singh, 10 Jahre alt (!!), gefunden mit 14 Stichwunden, den Kopf brutal eingeschlagen.

Außerdem wurden am 7. Mai auf eine Gruppe von farbigen Jugendlichen Schüsse abgegeben, Levi Harvey (20) und Peter Jamieson (19) wurden schwer verletzt mit Schüssen in Kopf und Rücken in ein Krankenhaus eingeliefert (‚Socialist Worker', 13.5.78). Die National Front macht keinen Hehl aus ihren Anschauungen. So kann John Tyndall, „Führer" der NF, folgende Ausführungen machen:

„Wenn wir an die Macht kommen, werden alle Schwarzen aus diesem Land geschickt, dahin wo sie herkommen. Egal wie lange oder seit wie vielen Generationen sie schon in diesem Land sind, sie werden abgeschoben." oder: *„Nennt mich einen Rassisten, weil das genau das ist, was ich bin. Und als ein Rassist möchte ich den letzten farbigen Emigranten aus diesem Land verschwinden sehen!"* (Dokumentation über die Politik der NF, herausgegeben von der Anti-Nazi-League im März 78, erhältlich über
Anti-Nazi-League
12 Little Newport Street
London W.C. 2.
England)

England-Kommission



afrika

Castro zum Volksaufstand in Zaire »Wir wollten es verhindern«

Eine überraschende Wende nahm zu Beginn der dritten Juni-Woche die Diskussion um die cubanische Afrika-Politik in der US-Öffentlichkeit. Präsident Carter hatte mit aggressiven Vorwürfen an die Adresse Moskaus und Havannas, denen er eine direkte Beteiligung am Volksaufstand in der zairischen Provinz Shaba „anhängte", versucht, die größte militärische Aktion der USA nach Beendigung des Vietnam-Kriegs propagandistisch durchzusetzen. Das Konzept ging auf: Die US-Presse fiel prompt ein in die schrillen Anklagen gegen die „sowjetisch-cubanische Invasion", so daß die NATO-Konferenz in Washington mit ihren weitreichenden Interventionsplänen gegenüber den afrikanischen Völkern zur „legitimen Notwendigkeit" gegen die „rote Gefahr im schwarzen Erdteil" geriet. Dieser klassische Akt der psychologischen Kriegsführung, der sich ja durchaus nicht nur auf die USA beschränkte, sondern der in der gesamten „freien Welt" durchgezogen wurde, konnte allerdings nicht voll durchgehalten werden. Fidel Castro holte zum propagandistischen Konterschlag aus: Die US-Senatoren Solarz (New York) und Beilenson (Kalifornien) verbrachten die zweite Juniwoche auf Einladung bei Castro und übermittelten, nach Gesprächen mit ihm, Hintergrundinformationen über den Ablauf der „cubanischen Einmischung", der Carter der gezielten Lüge überführte, allerdings auch Antiimperialisten Magenschmerzen verursacht haben dürfte. Gegenüber den US-Senatoren wies Fidel Castro Carters Behauptungen als „vollständige Lügen" zurück, denn **„er habe versucht, den katangesischen Einmarsch zu verhindern, seitdem er erstmalig 'Gerüchte' darüber im Februar gehört habe. Er habe die angolanische Regierung gebeten, dabei behilflich zu sein."** („Newsweek", 26.6.) Weiter: *„Er hätte vor zwei Jahren eine weitgehende Entscheidung getroffen, die Ziele der Rebellen in der Provinz Shaba nicht zu unterstützen. Er fürchte, daß der Shaba-Konflikt Angola destabilisieren und den Westen zur Intervention veranlassen könnte. ... ‚Er sagte, 'er hätte alles unternommen, die Invasion zu verhindern', berichtete Beilenson, 'und dachte, es würde gestoppt werden'"* (ebenda). Inzwischen wurde zusätzlich in den USA bekannt, daß Fidel Castro am 17. Mai (drei Tage nach Ausbruch des Volksaufstandes) dem US-Diplomaten Lane erklärt habe, *„er hätte vergeblich versucht, die Invasion der Katanga-Rebellen in die zairische Provinz Shaba zu verhindern. Gut einen Monat vor dem Überfall habe er, Castro, von dem Plan gewußt, daraufhin habe er sich bemüht, die angolanische Regierung davon zu überzeugen, den Angriff der Katanga-Gendarmen aufzuhalten"* („SZ", 12.6.). Der Bericht Lanes der in Havanna stationiert ist, wurde dem Auswärtigen Ausschuß des Senats zugeleitet. Von dort fand er seinen Weg in die Öffentlichkeit. Die Tatsache, daß Castro mit Lane am 17. Mai eine Unterredung hatte, wurde in Washington am nächsten Tag bekanntgegeben, ohne anzugeben, daß Castro aktive Schritte gegen eine „Invasion" unternommen hat. Heutige offizielle „Begründung" des State department für das Verschweigen: *„Man habe Castro im Außenministerium nicht geglaubt, aber andererseits habe man ihn nicht einen Lügner nennen wollen"* („SZ", 12.6.). In Wirklichkeit hat man diese Information nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, weil man Cuba als Pappkameraden für die sofort einsetzende Kampagne („sowjetisch-cubanische Invasion") benutzte. Um die militärische Aggression gegen den Volksaufstand zu rechtfertigen, hat das US-Außenministerium und der Präsident der USA die USA-Öffentlichkeit gezielt und in ständigen Wiederholungen belogen und breite Kriegsstimmung entfacht („die Sowjetunion kann wählen zwischen Konfrontation und Kooperation" etc). Was Carter und die CIA inzwischen an „Beweisen" für eine cubanische Beteiligung lieferten, ist so dürftig, daß selbst der regierungsfreundliche Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Sprakman (Alabama!) sowie die Senatoren McGovern, Church und Clark (alle Mitglieder der Demokratischen Partei, die den Präsidenten stellt) erhebliche Zweifel an einer cubanischen Beteiligung anmeldeten. McGovern verglich die Manöver der Carter-Regierung mit dem berüchtigten Tongking-Zwischenfall, der – von den USA provoziert – seinerzeit für die Eskalation des Vietnam-Kriegs herhalten mußte, wobei die Öffentlichkeit jahrelang belogen wurde: McGovern sprach von *„einer klaren Parallele mit dem, was während des Vietnam-Kriegs geschah"*, er zweifle an der Nachprüfbarkeit der CIA-Quellen und fügte hinzu, auf Grund der von der CIA vorgelegten Unterlagen könne man Cuba „nicht verurteilen".

Fidel Castro hat die Meldungen der US-Presse bisher nicht dementiert und wenn diese Affäre auch reichlich undurchsichtig ist, so deutet doch alles darauf hin, daß tatsächlich entsprechende Kontakte zwischen Cuba und dem US-Imperialismus stattgefunden haben. Die Sowjetunion und Cuba haben offensichtlich versucht, dem Imperialismus durch die Nichtunterstützung und Distanzierung vom zairischen Befreiungskampf entgegenzukommen, (Castro: „Wir mischen uns nicht in die inneren Angelegenheiten (!) afrikanischer Staaten ein" – „Guardian", 19.6.) um eine imperialistische Invasion mit diesem „Angebot" zu unterlaufen. Abgesehen davon, daß zweifelhaft ist, ob die sowjetisch-cubanische Seite überhaupt so entscheidenden Einfluß auf die FNLC ausrüben kann, gab es in dieser Frage anscheinend Meinungsverschiedenheiten zwischen ihr und der angolanischen Regierung. Dafür spricht jedenfalls die fadenscheinige „Begründung" Castros, allein wegen eines Auslandsaufenthalts von Neto habe die angolanische Regierung nichts gegen den Volksaufstand unternommen, wie von Castro gefordert. Die revisionistische Machtpolitik, tendenziell den zairischen Befreiungskampf „zu opfern" gegen ein vermeintlich „stabiles" Angola ist insofern für die VR Angola gefährlich, weil natürlich ein stabilisiertes Mobuto-Regime Einfallstor für die imperialistische Konterrevolution ist. Andererseits ist gerade der zairische Volkswiderstand entscheidende Voraussetzung, den Ausbau des größten NATO-Stützpunktes auf afrikanischem Boden (OTRAG) zu verhindern.

Eine andere Motivation liegt der Entscheidung Netos zugrunde, die bewaffneten zairischen Flüchtlinge zu entwaffnen, sobald sie angolanisches Territorium betreten, w e n n gleichfalls die Banden der von Zaire aus operierenden FNLA und UNITA entwaffnet werden. Mit dem Hinweis auf die Überfälle der FNLA hat die VR Angola den imperialistischen Vorwurf der angeblichen angolanischen Infiltration Zaires gekontert und sich den Rücken freigemacht für eine Duldung der bewaffneten Befreiungskämpfer. Denn es ist kaum damit zu rechnen, daß Mobutu und der Imperialismus ihre faschistischen Hilfstruppen auflösen. Bereits in vergangenen Jahren hatte es Abkommen zwischen Zaire und Angola wegen der Einstellung der Übergriffe auf die VR Angola gegeben, die bis heute sämtlichst von Zaire gebrochen aufstand im Mai 78 keinen Anlaß gesehen, gegen Angehörige des Lunda-Stammes im Norden Zaires vorzugehen, aus denen sich u.a. die Befreiungskämpfer rekrutierten. Aber selbst wenn es eine Entwaffnung der Flüchtlinge gäbe, würde dies die FNLC (im Gegensatz zur FNLA) kaum treffen, weil ihre Kader i n Zaire operieren und dort Waffenverstecke angelegt haben.

In der Haltung der VR Angola zum zairischen Widerstand muß berücksichtigt werden, daß mit der Unterstützung der SWAPO im Süden Angolas der offene militärische Konflikt mit den RSA-Faschisten praktisch aufgenommen wurde (erst kürzlich fielen die Faschisten weit in den Süden Angolas ein). Gleichzeitig muß der Kampf gegen die nach wie vor vom Imperialismus finanzierten Banden von FNLA und UNITA geführt werden, die mit ihren Sabotage- und Terrorakten den sozialistischen Aufbau Angolas belasten. Unter diesen Umständen würde eine offensive Unterstützung der FNLC praktisch die Errichtung einer dritten Front im Norden bedeuten, wobei man mit Mobutu einen Gegner hat, der von großen Teilen der afrikanischen Reaktion voll gedeckt wird. Dies geht derzeitig über die Kräfte der VR Angola. Nichtsdestoweniger läßt die angolanische Presse keine Zweifel daran, daß sie die Vorgänge in Süd-Zaire als antiimperialistische Volkserhebung einschätzt und daß dieser Kampf vollständig gerecht und Resultat des Terrors der Mobuto-Diktatur ist!

Afrika-Kommission

Putsch der weißen Söldner

Mai 1978:
In der Bucht von Itsandra auf der „Großen Komore", der Hauptinsel des Archipels, landet ein kleiner Fischdampfer bretonischer Herkunft. Heraus stürmen 50 Söldner; 30 nehmen im Handstreich den nahen Regierungspalast, töten 5 Wachen und nehmen den Staatspräsident Alih Soilih gefangen. Die anderen besetzen Flughafen, Kaserne und Rundfunkstation.

Der Coup läuft ab wie am Schnürchen — kein Wunder, die 50 sind „Experten" auf dem Gebiet des Umsturzes — gegen Bares für jedes Gemetzel zu haben — sei es nun in Indochina, im Kongo-Krieg oder in Angola. Die jüngste Ausgabe der französischen Zeitschrift „Afrique-Asie" (Nr. 163, 12.—25. Juni 78) und der „Stern" vom 15.6. 1978 enthüllen einige interessante Details über die Hintergründe des reaktionären Putsches auf den Komoren sowie über die Identität der vom französischen Imperialismus angeheuerten Söldner-Gang.

Danach gab es in Kreisen des französischen Innenministeriums und des Geheimdienstes S.D.E.C.E. bereits seit November 77 präzise Pläne, die sich mit dem Sturz des relativ fortschrittlichen Soilih-Regimes befaßten.

Der Interventionsplan stieß vor allem in Kreisen der französischen Ultra-Rechten um den ehemaligen Premier Minister und fanatischen Kolonialisten Michel Debre auf große Sympathie, die in dieser Region eine Art französischen Commonwealth errichten wollen.

Unterstützt wurden sie offiziell durch Verlautbarungen des französischen Regimentstabs der sog. Süd-Zone (der Stützpunkt Saint-Denis auf Reuninon) und der Nord-Zone (Djibouti) des Indischen Ozeans, die das demokratische System auf den Groß-Komoren als „Anomalie" bezeichneten, die vor allem in Hinblick auf die französischen Öltransporte in der Kanalzone nach Mosambik eine Gefahr darstelle. Offensichtlich war aber von Seiten des französischen Imperialismus nicht von Anfang an an eine militärische Intervention gedacht.

Nach Angaben von „Afrique-Asie" konkretisierten sich diese Pläne erst, als sich im Oktober 77 die große Mehrheit der Bevölkerung auf den Komoren im Rahmen einer Volksabstimmung für die Politik Soilihs aussprach.

Daraufhin wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Komprador und Feudalherren Ahmed Abdallah, auch der „Mann Frankreichs" genannt, mit der Zusammenstellung einer geschulten und zuverlässigen Söldner-Crew begonnen.

Jeder der 50-Mann starken Killertruppe erhielt 10 000 Francs für den Einsatz.

Anführer der Gruppe ist der Franzose Bob Denard, der sich selbst Colonel Said Mustapha Mohadjou nennt. Er wurde von den Imperialisten aus gutem Grund angeheuert.

Immerhin verfügt Denard über beträchtliche Erfahrung im Söldnergeschäft. Er metzelte in Algerien und in Indochina, verdingte sich dann als Soldat in Marokko und war auch im Kongo-Krieg mit dabei.

Allerdings haßt Denard nach eigenen Angaben den Ausdruck „Söldner".

Er versteht sich vielmehr als ideologischer Vorkämpfer gegen den Kommunismus und im „Kampf für ein europäisches Bewußtsein in Afrika" möchte Colonel Mohadjou" seinem Vaterland dienen".

Im März 78 machten sich Denard und seine Truppe dann von den Kanarischen Inseln aus auf zum francophonen Mayotte, einer Nachbarinsel der Komoren. Die Einheit wurde „Geheime Befreiungsarmee" getauft und hatte nach dem Willen der Imperialisten vor allem 3 Aufgaben zu erfüllen:

1. Die Verteidiger des Präsidenten unfähig zu machen.
2. Die Bevölkerung durch schnelles Zuschlagen zu beeindrucken.
3. Im Fall eines Scheiterns des Putsches zuerst die Familienmitglieder des Kompradoren Abdallah zu retten.

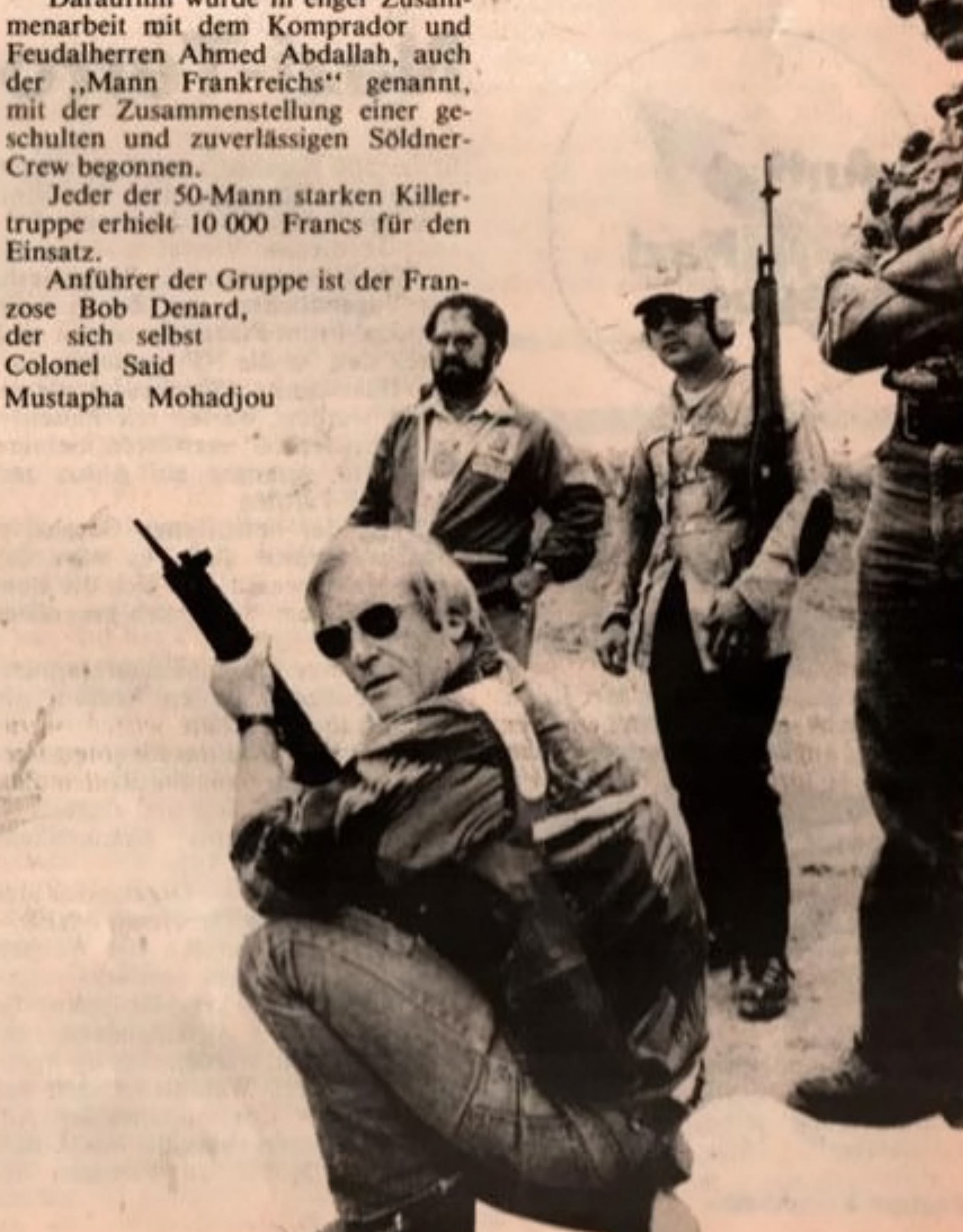
Der Putsch selbst wurde auch von Politikern der Soilih-Regierung getragen, so z.B. vom Außenminister, dem Innenminister und dem Chef der Armee.

Unter anderem dadurch wird das reibungslose Gelingen der Invasion und der fehlende Widerstand erklärbar.

Letzten Meldungen zufolge ist Söldner-Chef Denard mittlerweile zum Oberkommandierenden der komorischen Streitkräfte und zum Polizeichef avanciert, Posten, in denen er seine einschlägigen Erfahrungen „nutzbringend" verwenden kann.

Denard: *„Ich glaube, auf diesen Inseln lasse ich mich nieder. Ich mag den Duft der Blumen. Das war mein letzter Job."* Angesichts seiner sprichwörtlichen „Beliebtheit", die er bei der Bevölkerung der Komoren genießt, könnte seine letzte Aussage allerdings schneller Wirklichkeit werden, als ihm lieb ist!

Afrika-Kommission



Protestresolution führender französischer Linksintellektueller zur Intervention in Zaire

Wir klagen die französische Regierung an, daß sie ihre Fallschirmspringer nach Zaire entsendet, um dort koliniale Interessen zu unterstützen und sich in interne Angelegenheiten des Landes einzumischen, indem sie – unter humanitärem Vorwand – eine entscheidende Unterstützung der korrupten und unpopulären Diktatur von General Mobutu gibt. Schon letztes Jahr transportierten die französischen Flugzeuge die marokkanischen Truppen, die beauftragt waren, mit Gewalt Mobutus Herrschaft der Provinz Shaba aufzuzwingen. Die Intervention der letzten Tage kennzeichnet eine Verschärfung der französischen Politik, eine Rückkehr zum Kolonialismus, zur alten Kolonialpolitik.

Wir klagen die französische Regierung an, zynisch mit dem Leben der Europäer gespielt zu haben. Sie hat sie absichtlich in eine gefährliche Situation versetzt, indem sie seit mehreren Monaten an der internen Repression in Zaire teilnahm, durch die Ausbildung der zairischen Streitkräfte und die Benutzung von besonderer Anti-Guerilla-Ausrüstung. Sie hat diese Lage durch die Auslösung einer militärischen Operation verschärft, wobei das Beispiel von Stanleyville 1964 zeigte, daß sie nicht zu einer wirksamen Rettung beitragen konnte, sondern die Europäer den dadurch anwachsenden Gefahren aussetzte. Seit Beginn der Ereignisse hatte die FNLC eine Evakuierung aus Kolwezi durch die Europäer unter dem Schutz des Roten Kreuzes vorgeschlagen. Dadurch, daß die französische Regierung eine bewaffnete französische Intervention unter abenteuerlichen Bedingungen durchführte und der Organisierung einer internationalen humanitären Hilfe vorzog, trägt sie eine schwere Verantwortung für die Massaker, denen die Europäer zum Opfer fielen. Ihre Haltung bestätigt das Bekenntnis des Regierungssprechers: Das Ziel dieses kolonialen Überfalls war nicht, zuerst die Evakuierung der Europäer zu gewährleisten, sondern um jeden Preis die wacklige Herrschaft Mobutus zu restaurieren.

Unterschrieben u.a. von:
Simone de Beauvoir, Hugues Bertrand, Charles Bettelheim, Paris de Bollardiere, Claude Bourdet, Anne-Marie Goguel, Daniel Guerin, Pierre Halbwachs, Guy Hennebelle, Marcel Henrie, Andre Jacques, Alain Joxe, George Labica, Albert-Paul Lentin, Jean-Marie Levy-Leblond, Jean-Pierre Vigier, Guy Worms.

(„Le Monde, 29.5.78)

Zaire — Protektorat des EG- Imperialismus

Nach der Besetzung Südzaires durch belgische und französische Truppen, von denen sich noch immer insgesamt 450 Mann in Shaba befinden, und die durch Truppen der NATO-gesteuerten Streitmacht reaktionärer afrikanischer Staaten ergänzt werden, diskutiert der Imperialismus Mittel und Wege, den „kranken Riesen" Zaire wirtschaftlich vollends in eigene Regie zu übernehmen. Zu diesem Zweck fand am 12./13. Juni in Brüssel eine Konferenz der Hauptgläubiger-Länder statt. Neben der Weltbank, dem Internationalen Weltwährungsfond und der Europäischen Kommission nahmen Belgien, die BRD, Kanada, USA, Frankreich, Italien, Japan, die Niederlande, England, der Iran und Saudi-Arabien an der Konferenz teil. Mit todernster Miene pries der „sozialistische" belgische Außenminister Simonet diese Konferenz als „ein pazifistisches Werk", mit dem „Frieden und Stabilität" in Zaire wieder herbeigeführt werden sollten („NZZ", 15.6.78). Die Auslandsverschuldung Zaires wird gegenwärtig auf acht Milliarden DM geschätzt, allein die Zinslast für das laufende Jahr beträgt knapp 600 Millionen D-Mark. Bei der Brüssler Konferenz ging es jedoch nicht um die Konsolidierung dieser Schulden, sondern um die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen des Imperialismus, die dieser im Interesse einer „Stabilisierung" stellen will. Bereits vor der Konferenz hatten europäische „Experten" die Zoll- und Steuerverwaltung, die Elektrizitätsversorgung und das Transportwesen übernommen („NZZ", 13.6.)! Nunmehr wurden weitere „glasharte Bedingungen" gestellt („FAZ", 13.6.), um die Ausbeutung des Landes effizienter zu machen. U. a. geht es um eine Reform des total korrupten Verwaltungsapparats, zu dem die Imperialisten sichtlich kein Vertrauen haben. Um die Staatsfinanzen zu kontrollieren wird als erste Maßnahme ein Beauftragter des Internationalen Weltwährungsfonds die zairische Notenbank übernehmen und auch im Finanzministerium soll ein internatonaler Beauftragter leitend tätig sein. („FAZ", 15.6.). Damit hat der Imperialismus die Kommandohöhen der Wirtschaft Zaires übernommen. Diskutiert wurde auf der Konferenz ein von Mobutu vorgelegter Plan, in dem 2 Milliarden DM als Soforthilfe gefordert wurden. Einen Betrag in dieser Höhe wollten die Imperialisten allerdings nicht ohne weitere Garantien dem vermutlich reichsten Mann Afrikas in den Rachen werfen und Mobutu mußte sich mit einer ersten Finanzhilfe von „nur" 240 Millionen DM zufrieden geben, die vom europäischen Entwicklungsfond zur Verfügung gestellt werden. Die BRD erklärte sich zusätzlich zu einer Soforthilfe in Höhe von 83 Millionen DM bereit, darunter vor allem militärisch wichtige Ersatzteil- und Transportmateriallieferungen, Kanada versprach weitere 14 Millionen DM. Es dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß die Gelder vor allem zur Wiederherstellung einer halbwegs kampffähigen Armee benutzt werden, sofern sie nicht in den dunklen Kanälen der Korruption verschwinden. Die von den Imperialisten geforderte „Demokratisierung" Zaires, die es ihnen erleichtern soll, daß feudalfaschistische Regime ohne allzu großen Gesichtsverlust zu stützen, wurde von Mobutu zurückgewiesen. Seine Partei, die PMR „*wäre erfolgreich gewesen in der Herstellung der Disziplin im Staat und der Gewährung von Freiheit für den Bürger*" („Guardian", 22.6.).

Und was den Korruptionsvorwurf beträfe, so seien seine Kritiker an die Skandale von ITT, Lockheed und Boeing erinnert!...(ebenda).

Afrikanische Interventionstruppen in Zaire eingetroffen

2684 Soldaten aus sieben afrikanischen Ländern bilden die afrikanische Interventionstruppe, die die Provinz Shaba längerfristig besetzt halten soll. Sie setzt sich wie folgt zusammen: 1511 Marokkaner, 500 Senegalesen, 300 Zentralafrikaner, 159 Togolesen, 110 Sanitäter aus der Elfenbeinküste, 44 Mann aus Gabun, und 60 Ägypter. Die zairische Werbe-Nachrichtenagentur Azap behauptete außerdem, daß auch Somalia sich mit einem Kontingent beteiligen wolle (Artillerie und Pionier-Kompanie). Die überwiegende Zahl der Truppen sind inzwischen in Shaba eingetroffen, wobei die „Welt" die militärischen Qualitäten dieser Armee bemängelt, denn „*ihre bisherige Aufgabe war es, die innere Sicherheit* (!) *zu garantieren. Offensive Einsätze wie jetzt in Shaba überfordern sie*" („Welt", 21.6.). Eine Ausnahme würden allein die Marokkaner machen...

Der schon mehrfach angekündigte Abzug der restlichen französischen und belgischen Fallschirmjägertruppen ist bisher stets verschoben worden und es hat den Anschein, als würden sie als „Korsett" der afrikanischen Interventionstruppe noch längere Zeit in Shaba stationiert bleiben.

2.000 Söldner für Mobutu

Inzwischen spricht man auch wieder von der Anwerbung weißer Söldner, wie sie von 1960 bis 1964 im Kongo eine konterrevolutionäre Rolle gespielt haben. Über 1000 Belgier sollen aufgefordert sein, sich wieder zu melden. Als Adresse wurde ihnen eine Telefonnummer in Paris angegeben. Ein Redakteur des belgischen Fernsehens rief dort an und es wurde ihm versichert, wenn er interessiert sei, müsse er sich schnell entscheiden, denn der Bedarf sei schon fast erfüllt! Als Sold wurden monatlich rund 2300 D-Mark versprochen, zuzüglich Sonderleistungen im Fall der Gefahr (nach „FAZ", 13.6.). Der englische „Observer" spricht von insgesamt 2000 weißen Söldnern, die Mobutu rekrutieren will (nach „SZ", 12.6.). Die Suche nach zu mietenden Killern hat in den USA und in den westeuropäischen Ländern wieder einmal Hochkonjunktur!

Parallel zum Söldnereinsatz wollen Frankreich und Belgien eine Elitetruppe zairischer Soldaten von 15 000 Mann ausbilden. Diese sollen langfristig dann die afrikanische Interventionstruppe ablösen, die gegenwärtig auf zairischem Boden stationiert ist. Frankreich hat bereits mit der Ausbildung von Luftlandeeinheiten begonnen („NZZ", 13.6.).

Inzwischen hat auch die BRD-Regierung ihre Bereitschaft bekundet, logistische Unterstützung für eine „afrikanische Friedenstruppe" zu leisten. Im Gespräch ist vor allem eine Verstärkung der sogenannten „Ausrüstungshilfe" der zairischen Polizeitruppen im Zuge „ordnungswahrender Maßnahmen". Zaire scheint wirklich zu einem Meilenstein in der Rechtsentwicklung der Bonner Außenpolitik zu werden. Auch die USA bleiben nicht untätig: Der US-Verteidigungsminister Brown hat zu den ursprünglich auf 30 begrenztenFlügen amerikanischer Langstreckentransporter von und nach Zaire weitere 25 bewilligt, damit Waffen, Munition, Fahrzeuge etc, ins besetzte Gebiet geflogen werden können („SZ", 12.6. 78).

Rachefeldzug in Shaba

In Shaba selbst hat inzwischen der Rachefeldzug Mobutus begonnen. Mehrere hundert Angehörige des Lunda-Stammes wurden festgenommen, weil sie im Verdacht stehen, die FNLC unterstützt zu haben. Mit dieser „Begründung" ist der staatliche Terror gegen die schwarze Bevölkerung nicht mehr eingrenzbar, die ja in ihrer Gesamtheit die Aufständischen begeistert empfangen hat. 200 Verhaftete wurden in die Garnisionsstadt Kamina gebracht, wo ihr weiteres Schicksal im Ungewissen steht. Nach der Zerschlagung der Vorjahrsrebellion hatten zairische Soldaten so grausam unter der Bevölkerung gewütet, daß weit über 100 000 nach Angola flüchteten. Bislang meldet Sambia das Eintreffen von mehr als 1000 Flüchtlingen aus Zaire (nach „FAZ", 20.6. und „SZ", 22.6.78).

Afrika-Kommission

Dichtung und Wahrheit - Zwei Berichte aus Kolwezi

Selten sind so verlogene Greuelstories von der imperialistischen Propaganda über eine Befreiungsbewegung veröffentlicht worden, wie über die zairische FNLC und ihre Befreiung der Stadt Kolwezi. Wir haben uns aus diesem Grund entschlossen, im folgenden den Bericht eines belgischen Ingenieurs aus Kolwezi abzudrucken, den wir der belgischen Zeitung „Pour" (1.6.78) entnommen haben. Da der Verfasser noch bei der „Gecamines", dem großen belgisch-zairischen Bergbaukonzern beschäftigt ist, hat er um Anonymität gebeten. Es handelt sich um ein sehr anschauliches Dokument über das tatsächliche Verhalten von schwarzer Bevölkerung, FNLC, Europäern und zairischen Truppen bei der Einnahme der Stadt Kolwezi durch die Befreiungsstreitkräfte.

Im Anschluß daran veröffentlichen wir als „Kontrastprogramm" Auszüge aus einem Bericht der „Peking Rundschau", der genausogut in der „Quick" hätte erscheinen können und den Grad an Verlogenheit kennzeichnet, den die chinesische Propaganda um der „anti-sozialimperialistischen" Stoßrichtung willen inzwischen erreicht hat. Wer sich an die großen Solidaritätsdemonstrationen Mitte der sechziger Jahre in Peking zugunsten der kongolesischen Revolution erinnert, die bis zu 700.000 Menschen auf die Beine brachten, kann ermessen, welchen Rückschritt die gegenwärtige chinesische Position für den Befreiungskampf der Völker Afrikas darstellt.

Afrika-Kommission

Bericht eines Ingenieurs aus Kolwezi

„Am Samstag, 13. Mai, gegen 6 Uhr morgens, ging ich wie immer zu meiner Arbeit. Plötzlich, gegen 6.10 Uhr, wurde mein Wagen von etwa 30 Militärs umringt. Ich glaubte zuerst, daß es die zairischen Soldaten seien, die uns bei jeder Gelegenheit Ärger machen. Dann habe ich verstanden, daß es die Rebellen der FNLC waren, denn sie trugen ein blaues Abzeichen mit einem springenden Tiger. Als sie sahen, daß ich kein Söldner war, ließen sie mich weiterfahren. Etwas weiter entfernt, mußte ich mich in ein Guesthouse (kleines Hotel für Besucher der Mine) flüchten, denn jetzt wurde von allen Seiten geschossen. Die Rebellen begannen ab 6 Uhr, die Stadt einzunehmen. Um 9 Uhr war die Stadt vollständig in ihrer Hand. Die zairischen Militärs hatten keinerlei ernsthaften Widerstand geleistet.

Es scheint, daß die afrikanische Bevölkerung von Kolwezi seit dem Vorabend wußte, daß die Rebellen vor der Stadt waren. Einige waren möglicherweise schon in den Häusern versteckt. Mir fiel vor allem auf, daß ihre Kleidung und ihre Schuhe vollständig sauber waren, so daß ich glaube, daß dieses für sie in Kolwezi selbst vorbereitet worden war. Sie müssen wissen, daß alle Zairer gegen Mobutu sind. Alle, ohne Ausnahme. Aber wenn Mobutu eine Demonstration zur Unterstützung seiner Regierung organisiert, dann müssen sie hingehen.

Am Abend vor der Ankunft der Rebellen hatten die zairischen Offiziere in Kolwezi ihre Bankkonten aufgelöst; sie schienen vollständig über den bevorstehenden Angriff der FNLC informiert zu sein. Im letzten Jahr nach dem ersten Shabakrieg hat Mobutu eine große Zahl von Offizieren liquidieren lassen, die ihn verraten hatten, und hatte sie durch Jugendliche seiner Partei ersetzt (MPR), die zur Armee gezwungen worden waren.

Die zairische Armee wird von der Bevölkerung beschimpft, denn die Soldaten verbringen ihre Zeit damit, die Zivilisten zu plündern und zu belästigen. Manchmal verüben sie auch richtige Massaker. Im letzten Jahr haben sie ein ganzes Dorf angezündet, das verdächtig war, mit den Rebellen zu sympathisieren. Sie haben dort alle Bewohner, Männer, Frauen und Kinder umgebracht. Diese Armee hat keinerlei Ideal und es gibt zahlreiche Deserteure. Viele Soldaten gehen zur Armee der Rebellen über. Am letzten Sonntag sah ich Rebellen, die in ihren LKWs Leute mitnahmen: das waren neue Rekruten, zukünftige Kämpfer der FNLC.

Gegen Mittag haben die Rebellen die Wagen der Zivilisten beschlagnahmt, auch meinen. Da die meisten von ihnen nicht fahren konnten, mußte ich sie chauffieren innerhalb der Stadt, und dadurch habe ich sie viel besser kennengelernt. Und ich möchte betonen, daß mein Eindruck ein sehr guter war. Sie waren „sympathisch", und wir lachten viel miteinander. Zwischen uns gab es keinerlei Spannung. Das sind Leute, die ein Ideal haben, die wissen, warum sie kämpfen, und die für eine gerechte Sache eintreten. Sie wollen Zaire befreien und das korrupte Mobuturegime stürzen.

Viele von den Rebellen sind noch Kinder zwischen 12 und 18 Jahren. Im allgemeinen waren sie in 5er Trupps zusammen mit einem älteren Chef. Sie erklärten mir, daß sie in LKWs nachts gekommen waren,und zwar aus Sambia, ungefähr 50km und daß sie zu 800 Kolwezi eingenommen haben. Ich bemerkte, daß sie wesentlich besser als letztes Jahr bewaffnet waren, sie konnten 80 Lastwagen erbeuten, die von den marokkanischen Soldaten der zairischen Armee überlassen worden waren. Die Rebellen wurden geleitet von „politischen Kommissaren", deren Aufgabe es war, den Kontakt mit der Bevölkerung leichter zu machen. Unter den Afrikanern von Kolwezi war es ein Fest, eine richtige Freudenexplosion.

Von Sonntagabend an wohnte ich bei einem französischen Kollegen, dessen „Boy" seinen Bruder seit 14 Jahren nicht mehr gesehen hatte. Und nun kam er als Sieger wieder, mitten unter den Kämpfern... Für sie mischte sich die Freude des Wiedersehens mit der des Sieges. Nur einige Familien, die anderen Stämmen angehören, haben vorläufig lieber die Stadt verlassen.

Während der ersten beiden Tage waren die Rebellen sehr korrekt mit den Europäern. Natürlich verlangten einige Fleisch oder Bier, eine Uhr oder ein Radio. Aber man muß verstehen, daß diese Leute jahrelang im Exil gelebt haben, im Busch oder in einem Flüchtlingslager, und daß sie sich auf einmal Leuten gegenüber sehen, die in einem ungeheuerlichen Reichtum leben. Dennoch genügte es, ruhig mit ihnen zu reden, um alle Probleme vernünftig zu regeln.

Aber selbstverständlich muß man auch den Afrikanern gegenüber eine korrekte Haltung haben, um Mißverständnisse zu vermeiden...Ich glaube, daß, wenn Leute von den Rebellen getötet worden sind, so deswegen, weil sie eine Kolonialmentalität der Verachtung gegenüber den „Negern" beibehalten haben, und weil sie sie weiter wie Dreck behandelt haben. Man muß auch sagen,daß die meisten Europäer wie gelähmt von Furcht zu Hause geblieben sind; sie waren voller Furcht, weil sie die Rebellen nicht kannten. Was mich betrifft, so hatte ich die Chance, mit ihnen diskutieren zu können und in ihrer Begleitung in der Stadt herumzufahren. Zu keinem Augenblick sah ich eine Ausschreitung irgendeines Rebellen und niemand wurde unter meinen Augen getötet. Im Laufe dieser ganzen Fahrten sah ich nur eine Leiche eines Europäers. Erst ab Montag begann die Situation sich zu verschlimmern.

Ab Sonntagmittag begann die zairische Luftwaffe mit der Bombardierung von Kowezi. Die Mirages flogen zuerst in ziemlicher Höhe,aber später radierten sie mit ihren Bombardierungen alles aus. Vielleicht wurden sie von Franzosen gelenkt. Erst jetzt begannen die Rebellen mit der Jagd auf die Söldner. Als wir die unmittelbar bevorstehende Ankunft der Paras der Fremdenlegion erfuhren, zogen sich die Rebellen zurück und ab Mittwoch habe ich fast keinen von ihnen mehr gesehen.

Am Freitagnachmittag und Samstagmorgen sprangen die französischen Paras über Kolwezi ab. Am Samstag gegen 8.30 Uhr sah ich Legionäre, die die Straße hinaufgingen. Sie sagten uns, daß sie von Calvi (Korsika) kämen und daß der Militärattache von Frankreich in Kinshasa sie begleiten würde. Später sahen wir die belgischen Paras ankommen, die sehr viel zahlreicher waren. Am Samstagmittag erhielten wir Order, ins Hotel Impala zu kommen. Hier war ein richtiges Schlachtfeld. Alles war kaputt, Leichen lagen übereinander, Körperteile etc. lagen herum, ein Alptraum. Dann wurden wir zum College Jean 13 gebracht.. Einige Europäer waren am Rande ihrer Nerven und bauschten alles, was sie gesehen hatten, oder von dem sie einfach nur gehört hatten, unverhältnismäßig auf.

Gegen 3 und 4 Uhr nachmittags wurden wir zum Flughafen von Kolwezi gebracht, wo die Leute von Offizieren der zairischen Armee durchsucht und schikaniert wurden. Schließlich wurden wir in Flugzeuge der belgischen Luftwaffe gebracht und bis zur Basis Kamina geflogen und von dort aus über Kinshasa nach Belgien gebracht.

„Peking Rundschau": „Die gerechte Sache (?) wird siegen"

Rettungsaktionen

Wir fuhren in die Stadt zum Hotel Impala. Hier befand sich das Hauptquartier des 2. Fallschirmregiments der französischen Fremdenlegion. Wir wurden von Frontpresseattache Hauptmann Chatillon empfangen, er hatte an der Evakuierung am 19.Mai teilgenommen, so konnte er uns diese Aktion detailliert schildern: An diesem Tag landeten mehr als 600 französische Fallschirmjäger in Kolwezi, um den zairischen Truppen zu helfen, das Leben von mehr als 2500 ausländischen Einwohnern zu retten. Mit Unterstützung der französischen Fallschirmjäger eroberten die zairischen Truppen noch am gleichen Tag die Stadt zurück. Im Hotel sahen wir mehr als 500 Geschütze, Maschinengewehre und andere Feuerwaffen sowie Funkgeräte – alles Söldnergut – ausgestellt.

In Begleitung dieses Presseattaches besuchten wir das Stadtzentrum und Geschäftsviertel von Kolwezi. Die Söldnertruppen (gemeint sind die Befreiungsstreitkräfte der FNLC – AK) *hatten diese Bergwerkstadt schwer beschädigt, so gab es keine Elektrizität, kein Wasser, und Lebensmittel waren knapp; auf den Straßen und an Häuserwänden konnte man noch Blutspritzer sehen; kein Geschäft war heil. Uns wurde gesagt: Die Aggressoren raubten, vergewaltigten, brandschatzten und fügten der Bevölkerung ungeheure Leiden zu. Ein Rote-Kreuz-Vertreter sagte uns, daß allein am 23. und 24. Mai die Rote-Kreuz-Gruppen über 200 Leichen eingesammelt hätten.*

Die himmelschreienden Verbrechen der sowjetisch-kubanischen Söldner haben größte Empörung unter dem zairischen Volk ausgelöst. „Hier wird ein Plan ausgeführt, der darauf abzielt, Zaire in Armut und Katastrophe zu treiben und ein Regime unter Russen zu errichten", so eine zairische Zeitung. „Moskaus Globalstrategie ist nicht allein gegen Zaire gerichtet", fügte die Zeitung hinzu, sie „zielt darauf ab, das erwachte Afrika durcheinanderzubringen, um den ganzen Kontinent beherrschen zu können".

Das heroische zairische Volk hat die Söldnerinvasion im Vorjahr niedergerungen. Es wird jede neue Invasion zurückringen. Präsident Mobutu traf den Nagel auf den Kopf, als er sagte: In der Konfrontation mit der sowjetisch-kubanischen Söldnertruppen in Shaba,weil seine Sache gerecht ist.

(Aus „PR", 13.6.78)

Belgien bildet Mobutus »Elite-Truppe« aus

Keine Behauptung ist während der Shaba-Intervention von der belgischen Regierung so strapaziert worden wie die, es ginge bei der Aktion keineswegs um eine Stützung des Mobutu-Regimes.

Inzwischen wurde bekannt, daß Belgien zusammen mit Frankreich eine neue, 15.000 Mann starke „Elitetruppe" zur Aufstandsbekämpfung in Zaire organisiert. Belgien bildet dabei 12.000 Infanteristen aus, Frankreich übernimmt die Aufstellung einer 3.000-köpfigen Fallschirmjägertruppe. Bis diese Truppe steht, sollen 2.000 Söldner Mobutus Regime stabilisieren. Der berüchtigte Söldnerführer Mike Hoare (seit '65 im Dienst Mobutus, mit Hauptquartier in Südafrika) hat einen entsprechenden Auftrag inzwischen bestätigt. Als ein Redakteur des belgischen Fernsehens bei der „Vermittlungs"-Agentur in Paris anrief, wurde ihm die Anwerbung von Söldnern für Zaire zu einem Monatssold von 80 bis 100.000 bFr (ca. 6.000 DM) bestätigt (nach „Rood", 16.6.78).

Belgien-Kommission

Namibia

RSA bereitet »Interne Lösung« vor

Sie wurden stundenlang mit Handschellen an Pfählen aufgehängt, Drähte – aufgeladen mit elektrischem Strom – wurden an Händen und Fußgelenken befestigt, an den Ohren, den Schläfen oder den Weichteilen des Bauches angelegt. Dabei sind Wunden entstanden, die Haut hat sich gelöst und die Gefolterten sind hinterher taub geworden.

So beschreibt die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" („FAZ", 20.6.), von der man ansonsten ganz andere Töne gewohnt ist, die Folterpraktiken südafrikanischer Polizisten an aus Angola verschleppten Namibia-Flüchtlingen.

Wie sich jetzt herausstellt, haben die Rassisten bei ihrem Überfall auf ein namibianisches Flüchtlingslager in Angola am 4. Mai dieses Jahres offensichtlich an die 200 Überlebende des Massakers auf Lastwagen verfrachtet und über die Grenze ins südwestafrikanische Oshakati verschleppt. Dort hausen sie in Zelten in einem umzäunten KZ-artigen Militärlager und sind Tag und Nacht den Verhören und Folterungen der RSA-Bullen ausgesetzt.

Ein 20jähriges Mädchen beschreibt die Methode als „Okufika ko omalusheno" (Brennen mit Elektrizität). Sie gehört zu denen, die Ende Mai als erste entlassen wurden, weil sie, wie eine Windhuker Zeitung in Berufung auf einen Oberst Liebenberg berichtete, *„für das südafrikanische Militär keinen weiteren Informationswert mehr haben"*.

Dieser an Menschenverachtung kaum zu überbietende Ausspruch ist sicherlich richtig; jeder „Informationswert" dürfte bei derlei Praktiken aus den Opfern herausgebrannt worden sein. Nach faschistischer Lesart sollten aus den Flüchtlingen Informationen über Operationsweise, Aufenthaltsort und Personen der SWAPO herausgepreßt werden.

Ein drastischer Beweis dafür, wie wenig die RSA-Faschisten sich an papierne Verträge, sprich die offiziell erfolgte Anerkennung des Westmächteplans für Namibia, gebunden fühlen, ist wohl kaum möglich.

Tatsächlich hatte das Vorster-Regime bereits durch den brutalen Überfall auf das Flüchtlingslager in Angola unmißverständlich klargemacht, daß es ihm im Fall Namibia um die militärische Vernichtung der Befreiungsbewegung SWAPO einerseits und um die Überführung des Landes in einen neokolonialen Status nach rhodesischem Vorbild andererseits geht.

Erhärtet wird dies durch die kürzlich bekannt gewordene Aufstellung von Wählerlisten durch den südafrikanischen Administrator Steyn. Das bedeutet einen klaren Bruch selbst des mit den Westmächten ausgehandelten und von der RSA anerkannten Übergangsplans für Namibia, demzufolge die Wahlen frühestens Anfang nächsten Jahres und unter Einbeziehung der SWAPO stattfinden sollen.

Die Aufstellung von Wählerlisten und die Registrierung der Wahlberechtigten zielen auf die Verwirklichung des ursprünglichen Plans der RSA-Faschisten hin, die „Wahlen" noch im Oktober dieses Jahres durchzuführen und Namibia zum 31. Dezember in die Scheinunabhängigkeit zu überführen.

Vor dem Hintergrund dieser neuesten Entwicklung hat die SWAPO alle Gespräche mit den fünf Westmächten, die ursprünglich diese Woche in Luanda wieder aufgenommen werden sollten, vorerst abgebrochen.

Gleichzeitig wurden elf SWAPO-Mitglieder ausgeschlossen („SZ", 12.6. und „FAZ", 21.6.), die ein Arrangement mit den Imperialisten angestrebt hatten.

Unterdessen scheinen die südafrikanischen Faschisten fest entschlossen, ihre aggressive Außenpolitik und die militärische Bedrohung fortschrittlicher Nachbarstaaten (v.a. Angola) fortzusetzen.

Der Außenminister Sambias gab auf einer Gipfelkonferenz der fünf Frontstaaten bekannt, daß die RSA massive Truppenkonzentrierungen in der Caprivi-Provinz an der Grenze zu Sambia vornehme, in der Absicht, das Land wie vordem Angola zu überfallen („Guardian", 15.6.).

Afrika-Kommission

»KPD« befürwortet neokolonialistische »Friedenstruppe« für Afrika

Die imperialistische Intervention gegen die Volkskämpfe in Zaire hat nicht bloß bei der westdeutschen Bourgeoisie, sondern auch bei der „KPD" neokolonialistische Blütenträume reifen lassen.

Erster Schritt: Die „KPD" gibt zwar zu, daß die imperialistische Intervention nicht ganz uneigennützig erfolgt sei. Andererseits sei diese Intervention in der konkreten Situation jedoch notwendig gewesen, um die Befreiungskämpfer („KPD"-Originalton: „sozialimperialistische Söldner") aus Kolwezi und anderen Gebieten zu vertreiben. In diesem Sinn begrüßt die „KPD" nicht bloß die französische Intervention als *„positiv"*, sondern kritisiert auch *„ein bestimmtes Zögern"* der belgischen Imperialisten bei der Intervention („Rote Fahne", 14.6.78).

Zweiter Schritt: Die „KPD" meint, daß auf die Dauer eine „Nato-Feuerwehr" für Afrika keine geeignete Lösung sei. Stattdessen müßten die afrikanischen Länder s e l b s t eine internationale „Friedenstruppe" bilden. Die „KPD" behauptet, dieser Vorschlag diene der Unabhängigkeit der afrikanischen Völker.

Tatsache ist jedoch, daß es eine alte imperialistische Politik ist, „Asiaten gegen Asiaten kämpfen zu lassen" usw. Schon Kennedy betrieb in Indochina eine Politik, die darauf abzielte, vor allem asiatische Soldaten als Kanonenfutter einzusetzen. Das scheiterte nur daran, daß die US-Marionetten sich dieser Aufgabe nicht gewachsen zeigten. Später wurde dann noch einmal der Versuch unternommen, den Vietnamkrieg durch den Einsatz von Einheiten aus Australien, Neuseeland, Südkorea, Thailand u.a. zu internationalisieren und zu „asiatisieren".

Die Idee, die jetzt mit der sogenannten „afrikanischen Friedenstruppe" von den Imperialisten wieder einmal betrieben wird, ist also durchaus nicht neu. Selbst die „KPD", notorisch auf dem rechten Auge blind, muß zugeben, daß es sich bei den afrikanischen Staaten, die sich jetzt für eine solche „afrikanische Friedenstruppe" einsetzen, durchweg um imperialistische Marionettenregimes handelt. Die „afrikanische Friedenstruppe" ist im Prinzip gerade d a s, was heute beispielsweise schon in der Westsahara betrieben wird – eine konterrevolutionäre, neokolonialistische Reservetruppe des Imperialismus zur Unterdrückung von Befreiungsbewegungen und Volkskämpfen.

Dritter Schritt: Da nicht einmal die „KPD" dies völlig leugnen kann, fordert sie, daß sich auch andere, nicht unbedingt pro-imperialistische Länder Afrikas an dieser „Friedenstruppe" beteiligen sollten. Als Vorbild nennt sie die sogenannte „arabische Friedenstruppe" im Libanon. Dies Vorbild ist allerdings wahrhaft entlarvend: Besteht doch das Verdienst dieser „Friedenstruppe", die weitgehend mit der syrischen Besatzungsarmee identisch ist, vor allem darin, daß sie blutige Massaker unter den Palästinensern anrichtete bzw. solche Massaker der faschistischen Milizen abschirmte, daß sie für eine weitgehende Entwaffnung der Palästinenser sorgte und daß sie insgesamt als stabilisierender Faktor im Sinne der imperialistischen „politischen Lösung" des Palästina-Problems wirkt.

Daß sich die Imperialisten nicht mehr selbst die Hände blutig machen müssen gegen die Kämpfe der Völker der Dritten Welt, sondern daß arabische, asiatische, afrikanische oder auch lateinamerikanische „Friedenstruppen" das blutige Geschäft übernehmen – davon träumen Imperialisten und „KPD". Die Völker der dritten Welt werden diese Rechnung durchkreuzen.

Belgischer Imperialismus Biedermann oder Brandstifter

Der belgische Imperialismus hat von Anfang an versucht, seinen Einsatz in Shaba herunterzuspielen und als allein

sich auch Belgiens Regierung an der Shaba-Aktion militärisch beteiligte, so war diese Beteiligung in der Tat rein

geworden. Mit dem von belgischen Führungskräften geleiteten Bergbaukonzern „Gecamines" (früher Union

netten sich dieser Aufgabe nicht gewachsen zeigten. Später wurde dann noch einmal der Versuch unternommen, den Vietnamkrieg durch den Einsatz von Einheiten aus Australien, Neuseeland, Südkorea, Thailand u.a. zu internationalisieren und zu „asiatisieren".

Die Idee, die jetzt mit der sogenannten „afrikanischen Friedenstruppe" von den Imperialisten wieder

Daß sich die Imperialisten nicht mehr selbst die Hände blutig machen müssen gegen die Kämpfe der Völker der Dritten Welt, sondern daß arabische, asiatische, afrikanische oder auch lateinamerikanische „Friedenstruppen" das blutige Geschäft übernehmen – davon träumen Imperialisten und „KPD". Die Völker der dritten Welt werden diese Rechnung durchkreuzen.

Belgischer Imperialismus Biedermann oder Brandstifter

Der belgische Imperialismus hat von Anfang an versucht, seinen Einsatz in Shaba herunterzuspielen und als allein „humanitär" heruntergespielt. Tatsächlich hat eine Verteilung der Rollen zwischen belgischem und französischem Imperialismus stattgefunden, wobei der französische Imperialismus mit seinen berüchtigten Fremdenlegionären die „Dreckarbeit", die Massaker an hunderten von „Verdächtigen" übernahm, während die belgischen Truppen (1.700 Mann) ihnen den Rücken freihielten. Beide haben noch heute, wo die „humanitären" Aufgaben nach ihrer eigenen Logik eigentlich als „gelöst" zu betrachten wären, insgesamt über 450 Fallschirmjäger in Shaba stationiert! Und nicht zufällig beriet das belgische Kabinett in einer Sondersitzung über eine „neue Invasion von Katanga-Rebellen" („SZ", 21.6.), um „eventuelle Schutzmaßnahmen" zu ergreifen. Belgiens Regierungschef Tindemans charakterisiert die wahren Absichten seiner Regierung so: *„Unsere kollektive (!) Präsenz auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet würde bedeuten, daß wir Afrika nicht den imperialistischen Plänen anderer überlassen"* („SZ", 13.6.). Aus diesem Grund habe Belgien auch seine Partner in der EG und NATO vollständig über seine Aktion in Shaba auf dem Laufenden gehalten (ebenda). Der astreine Neokolonialismus, der aus den Worten und Taten der belgischen Imperialisten spricht, ist eigentlich völlig eindeutig. Sollte man meinen.

Doch ganz anderer Meinung ist da der Berliner „Extra-Dienst" (30.5.78), dem nichts besseres einfällt, als folgendes Lob (dem „sozialistischen" belgischen Außenminister Simonet?!) zu spenden: *„Die belgische Regierung reagierte hingegen nicht nur umsichtig (!!!), sondern auch korrekt. Wenn sich auch Belgiens Regierung an der Shaba-Aktion militärisch beteiligte, so war diese Beteiligung in der Tat rein humanitär."*

Besonders die belgischen Fallschirmspringer haben es Heimo Claasen, dem Afrika-Spezialisten des „ED", angetan: *„Belgiens Fallschirmjäger (Paras), obwohl konservativ-martialisch wie anderswo auch, töteten nicht einen einzigen Afrikaner, kamen in Uniform, aber handelten zivil, nahmen sich der Not eigener Landsleute und der anderer an und verhielten sich wie Rotkreuz-Leute"*. Da wird einem doch ganz warm ums Herz.

Was hier vom „ED" als „Hintergrund des Zaire-Bürger(?)kriegs" verkauft werden soll, ist eine kaum noch zu überbietende Schönfärbung des belgischen Imperialismus, dessen „Rotkreuz-Einsatz" in Shaba vollständig gerechtfertigt wird. In welche Nachbarschaft solche proimperialistischen Ausflüge führen, macht folgendes Zitat der belgischen vaterländischen „Amada" deutlich, die sich — wenn auch aus anderen Motiven — ebenfalls voll hinter den belgischen Imperialismus stellte:

„Im Interesse des Kampfes des zairischen Volkes muß der Einfall der Katanga-Gendarmen zurückgeschlagen werden" (Flugblatt). *„Unter den heutigen Bedingungen ist die französisch-belgische Intervention ein geringeres Übel als die Machtübernahme durch ein pro-russisches Regime"* („Amanda", 1.5.78). Klare Worte.

Zaire – Tummelplatz des belgischen Großkapitals

Zaire ist spätestens seit 1906 bevorzugtes Ausbeutungsobjekt des belgischen Kolonialismus/Imperialismus geworden. Mit dem von belgischen Führungskräften geleiteten Bergbaukonzern „Gecamines" (früher Union Miniere) kontrolliert Belgien 15 % der Kupfer- und 65 % der Kobalt-Weltproduktion und hat maßgeblichen Einfluß auf den zairischen Staatshaushalt, der zu 70 % aus den Abgaben der „Gecamines" resultiert. Allein im letzten Jahr importierte Belgien für über 1,3 Mrd. DM Rohstoffe, überwiegend aus Shaba („Spiegel", 5.6.78). Auch zairische Schlüsselsektoren wie das Transportwesen werden durch Firmen mit belgischer Beteiligung beherrscht. 50 % des Bankwesens sind direkt in belgischer Hand. Der belgische Imperialismus hält mit 800 Millionen Dollar immer noch die Spitze bei Auslandsinvestitionen in Zaire (im Vergleich dazu die BRD 80 Millionen, England 60 Millionen Dollar). Zaires Verschuldung gegenüber Belgien beläuft sich auf 12 Milliarden belgische Franken. Auch im Bereich der „Entwicklungshilfe" steht Belgien an der Spitze vor den USA, Japan, Frankreich, der BRD und Kanada.

Die blutige Kolonialgeschichte des Kongo wurde wesentlich von Brüssel aus geschrieben und auch nach der Unabhängigkeit des Kongo hat Belgien alles daran gesetzt, dem Kongo gewaltsam neokolonialistische Strukturen aufzuzwingen (Katanga-Sezession, Ermordung Lumumbas, Bombardierung befreiter Gebiete, Söldnereinsätze, Massaker der Fallschirmjäger 1964 in Stanleyville etc. etc.). Die jüngste Intervention ist nur das letzte Glied einer langen Kette von Verbrechen gegen das zairische Volk, die sich der belgische „Biedermann" hat zuschulden kommen lassen.

Afrika-Kommission
in Zusammenarbeit mit der
Belgien-Kommission







„Humanitäre Aktion" 1964

CSU und »KPD«: Gemeinsame Propaganda und Unterstützung für die FNLA

Die faschistische Agentur Mobutus, die FNLA, hat ihre Freunde nicht nur beim CIA, dem KBW und der „KPD", sie sitzen auch in der CSU-eigenen Hans-Seidel-Stiftung, die dieser Tage Chibenda – Generalsekretär der FNLA – zu Gast hatte. Die Hans-Seidel-Stiftung ist Instrument der rechtsradikalen Politik der CSU-Führung in der Dritten Welt und verfügt z.B. über erheblichen Einfluß in Togo, das dieser Tage ein Truppenkontingent zur Aufstandsbekämpfung in die zairische Südprovinz Shaba entsandte. Was Chipenda vor prominenten CSUlern über die angeblichen Greueltaten der „cubanisch-sowjetischen Besatzer" zu berichten wußte, das stellt selbst die blutrünstigen Phantasiegemälde der „KPD" in den Schatten („die Cubaner schossen auf alles, was sich bewegte", etc.). Die „KPD" hatte übrigens unlängst auf der berüchtigten Lissaboner „Konferenz gegen die Bedrohung durch den russischen Sozialimperialismus" gemeinsam mit bekannten westdeutschen Rechtsaußen (Cornelia Gerstenmaier, Holzamer u.a.) eine Resolution verabschiedet, die die „Solidarität" mit UNITA und FNLA ausdrücklich forderte, deren verbrecherische Aktionen *„ auch die Regierungen von Europa ... unterstützen müssen"* (S. AK 130, S.60).

Nun, wenn man den „Bayernkurier" (29.4.) heranzieht, so muß man fairerweise feststellen, daß die CSU die Nase im Wettstreit um die ungeheuerlichsten Schauergeschichten gegenüber der „KPD" vorne hat. Orignalton Chibenda:

„Es war eine Mordorgie ohnegleichen ... Mindestens 70.000 Landsleute kamen ums Leben. Das Schema war immer gleich. Im ersten Morgengrauen umstellten kubanische Panzer ein Dorf. Einige Hütten wurden in Brand geschossen. Dann begann ein Scheibenschießen auf die verstörten Männer, Frauen und Kinder. Mit Kolbenhieben wurden die Überlebenden zusammengetrieben. Den Schlußakt befehligten die Offiziere des KGB. Sie entschieden, wer sich vor einem Massengrab aufzustellen hatte, um mit Maschinenpistolen hineingefegt zu werden. Oder wer zur Deportation vorgesehen wurde. Anfang April verließen sechs sowjetische Truppentransporter den Hafen von Luanda. Sie hatten 17 000 Jungen und Mädchen an Bord. Diese sollen in Kuba erzogen werden. Tatsächlich kommen sie auf Zuckerrohrplantagen und müssen Zwangsarbeit verrichten... Die Flüsse, die durch von uns kontrolliertes Gebiet führen, wurden vergiftet. Die Kreml-Generalstäbler in Luanda wandten eine rigorose Ausrottungsstrategie an" („Bayernkurier", 29.4.).

Die „KPD" wird sich schon etwas einfallen lassen müssen, um mit diesen faschistischen Phantasien Schritt halten zu können. Wohlan, der edle Wettstreit kann beginnen!

Eine KB-Genossin vom Pferdemarkt (Hamburg)



asien



Machtpolitik a la Sowjetunion: China kürzt Hilfe für die SR Vietnam

„Einerseits behandelte die Führung der KPdSU den USA-Imperialismus als ihren Freund, befürwortete die ‚Zusammenarbeit zwischen den USA und der Sowjetunion' und erklärte sich bereit, gemeinsam mit Kennedy ‚dauerhafte Brücken des Vertrauens, des gegenseitigen Verständnisses und der Freundschaft zu bauen'. (Glückwunschtelegramm von Chruschtschow und Breshnew an Kennedy zum Unabhängigkeitstag der USA, 4. Juli 1961). *Andererseits behandelte sie einige Bruderparteien und Bruderstaaten wie Feinde...*" und verschlechterte die Beziehungen namentlich zur VR China und zu Albanien drastisch (zitiert aus der chinesischen „Polemik über die Generallinie der Internationalen Kommunistischen Bewegung", S. 102).

Im Jahre 1960 stoppten die KPdSU-Führer jede Wirtschaftshilfe für die VR China und zogen sämtliche Techniker ab. An die Stelle politischer Überzeugung und solidarischer Beziehungen setzten sie wirtschaftlichen Druck, Machtpolitik. Heute, 18 Jahre später, kürzen die Führer der KP Chinas die Wirtschaftshilfe für die SR Vietnam. Von einer bemerkenswerten Dummdreistigkeit ist vor allem die von den chinesischen Machthabern vorgebrachte „Begründung" für ihren Schritt, die Wirtschaftshilfe für das sozialistische Vietnam drastisch zu kürzen: *„Die Einstellung eines Teils von Chinas Hilfsprojekten für Vietnam ist eine erzwungene (!) und unfreiwillige (!) Notmaßnahme und allein (!) eine Konsequenz der vietnamesischen Politik der Diskriminierung Chinesischer Staatsbürger"* (so eine Erklärung des chinesischen Außenministeriums, lt. „Rote Fahne" der „KPD" vom 21.6.78).

Und weiter im Text: *„Der sprunghafte Anstieg der Zahl vertriebener Chinesen hat für China plötzlich große finanzielle und materielle Schwierigkeiten und Lasten hervorgerufen. Gemäß ihrer Linie des ‚Schutzes der Interessen der Auslandschinesen und der Hilfe für Heimkehrer' mußte die chinesische Regierung prompte und angemessene Maßnahmen für die Ansiedlung der zahlreichen aus Vietnam vertriebenen Chinesen treffen. Daher konnte sie nicht anders handeln, als sich zur Einstellung eines Teils des Hilfsprogramms von Fertigfabrik-Projekten für Vietnam zu entschließen, um diese Fonds und Materialien für das Leben und die Produktionstätigkeit der heimgekehrten Chinesen zu nutzen."* (ebenda).



Ganz abgesehen davon, daß nach allen verfügbaren Presseberichten ein nicht unbeträchtlicher Teil der aus Vietnam geflohenen Personen in die ihnen mehr zusagenden „Länder" Taiwan und Hongkong weiterziehen (weil das dort existierende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ihnen mehr zusagt), muß diese Argumentation vor allem deshalb als völlig unernst zurückgewiesen werden, weil die VR China natürlich über einen ganz bestimmten Etat für Wirtschaftshilfe an Entwicklungsländer verfügt – die Frage ist nur, w o h i n dieses Geld, Material etc. geht!

Auch das in der gleichen Erklärung des chinesischen Außenministeriums angeführte Argument, China habe seine Hilfe für Vietnam schon deshalb zeitweilig reduzieren müssen, weil das eigene Land durch Naturkatastrophen (und nicht zu vergessen die „Sabotage der Viererbande"!) Schwierigkeiten und Verluste habe hinnehmen müssen, wird nicht erklären können, warum andernorts reaktionären und faschistischen Regimes Millionenbeiträge aus dem chinesischen Staatshaushalt in den Rachen geworfen werden (wie unlängst im Falle Chile und vor wenigen Tagen im Falle Zaire geschehen).

Es ist völlig klar und liegt in der Logik der gegenwärtigen chinesischen Außenpolitik: Die weitgehende Verweigerung chinesischer Wirtschaftshilfe für Vietnam ist ein bewußter und gezielter Schlag gegen ein vom Imperialismus befreites Land, das nicht bereit ist, sich zusammen mit Imperialisten und Reaktionären in die von den chinesischen Führern konzipierte „antihegemonistische Front" gegen die Sowjetunion einspannen zu lassen.

Es liegt auf der Hand, daß das sozialistische Vietnam dadurch in eine Situation kommt, in der es der Sowjetunion erleichtert wird, ihrerseits Versuche zu starten, Vietnams Innen- und Außenpolitik zu beeinflussen – was ihr bisher nicht gelungen ist.

Asien-Australien-Kommission

Massenmord an der Grenze Burma/Bangla Desh

Die Massenvertreibung von mehreren Hunderttausenden Moslems aus Burma droht zu einer gigantischen Hungerkatastrophe – und damit zum Massenmord zu werden.

Mindestens 200.000 burmesische Moslems sind bislang nach Bangla Desh geflüchtet, weitere zigtausend sind gezwungen worden, ihre Wohnorte zu verlassen. Nach Angaben aus Bangla Desh steigt die Zahl der Flüchtlinge täglich *„um zwischen 5.000 und 6.000 Menschen"* („FR", 9.6.). Ein Offizieller des „Roten Kreuzes" schätzt, daß infolge der Vertreibung ca. *„100.000 Kinder unter 12 Jahren"* im Dschungelgebiet an der Grenze herumirren („Guardian", 20.Mai 78). Für die Flüchtlinge gibt es in den Lagern in Bangla-Desh kaum die notwendigsten Nahrungsmittel, selbst Trinkwasser ist kaum vorhanden („Guardian", 20.5.78). Da Bangla-Desh selber keine Möglichkeiten hat, die vertriebenen Flüchtlinge zu versorgen (Bangla-Desh zählt zu den ärmsten Ländern der Welt) rechnen Beamte der UN mit einer der schlimmsten Hungerkatastrophen:

„Das hier wird schlimmer als die Situation nach dem indisch-pakistanischen Krieg 1971, wo sieben Millionen Menschen zu verhungern drohten, schlimmer noch als Ende der sechziger Jahre die Tragödie in Biafra" („Stern", 24/78).

Die Ursachen für diese Massenflucht der Moslems aus Burma und das damit verbundene Elend liegen in einer militärischen Großaktion der burmesischen Armee zur Vertreibung der Moslems. Die Kampagne wird offiziell „Nagamin" genannt und soll – wiederum offiziell – zur Überprüfung der Staatsbürgerschaft der Bevölkerung dienen. Unter der Hand wird die Kampagne jedoch schon *„Entmoslemisierungskampagne"* genannt („Japan Times", 3.5.78). Nach Aussagen der Flüchtlinge hat diese Kampagne nichts mit irgendeiner Überprüfung gemein. *„Ein Flüchtling, Mr. Sikim Ali, ... sagte, burmesische Soldaten kamen in das Dorf, in dem er seit 20 Jahren lebt und befahlen allen Menschen, die Häuser zu verlassen. Einige wurden geschlagen und die Häuser in Brand gesetzt"* („Guardian", 29.4.78)

Und der Stern berichtet: *„Sie sagen übereinstimmend, sie seien vertrieben worden, Birmanisches Militär und Polizei habe sie mit Waffengewalt zur Flucht gezwungen, ihre Häuser niedergebrannt, ihr Hab und Gut beschlagnahmt, ihre Frauen vergewaltigt"* („Stern", 24/78). Diese Aussagen werden dadurch belegt, daß Burma mindestens ein Flüchtlingslager beschossen hat („SWB", 2.5.78). Auch die „Patriotische Front von Arakanin" (Arakanin ist das betreffende Bundesland Burmas, in dem die Moslems lebten, d.Red.), die Widerstandsbewegung der Moslems, belegte dies und gab schon am 9.Mai die Zahl der zerstörten Häuser mit 600 an („Japan Times", 9.5.78). Außerdem berichtete die „Front" von Verfolgungen und Inhaftierungen der moslemischen Führer. Neben der militärischen Vertreibung wurden nach Aussagen von Flüchtlingen besonders junge Männer zwischen 14 und 25 von der Armee festgenommen und zwangsweise beim Bau einer Autobahn von Rangoon nach Aykab eingesetzt („Japan Times", 17.5.78).



Endlösung des burmesischen Minderheiten-„Problems"?

Die Ursachen für die brutale Vertreibung der Moslems sind nicht hauptsächlich in einer anti-moslemischen Haltung der burmesischen Zentralregierung zu suchen. Genauso wie andere Minderheiten und Völker in Burma unterdrückte die burmesische Junta auch die moslemische Bevölkerung. *„Die Rohinguya Flüchtlinge erklären, daß sie in den letzten zwei Jahrzehnten inhumaner Unterdrückung ausgesetzt waren. Sie wurden als feindliche Ausländer ohne ihr Zutun angesehen und mußten starke soziale Ungerechtigkeiten und rassische Diskriminierung ertragen. Ihr Leben und ihr Besitz war der Gier und dem Verlangen der Ganoven ... ausgesetzt. Sie sind nicht in den lokalen oder zentralen Administrationen vertreten, auch dort nicht, wo sie in der Mehrheit sind"* („Viewpoint", linke pakistanische Zeitung, 14.5.78). Ebenso wie andere unterdrückte Minderheiten setzten sich die Moslems zumindestens teilweise zur Wehr und versuch-

Fortsetzung auf Seite 46

Fortsetzung von Seite 45

ten größere Rechte bzw. überhaupt eine Gleichberechtigung durchzusetzen. Der Zentralregierung gelang es offensichtlich anders als bei den ,anerkannten' burmesischen Völkern wie die Shan und Kachin (die beide militärisch gegen die burmesische Zentralregierung kämpfen) die moslemische Bevölkerung zum Objekt von Rassenhass und Unterdrückung zu machen. Schon einmal setzte die burmesische Regierung die moslemische Minderheit terroristischer Unterdrükkung und breit angelegter Rassenhetze aus – als Vergeltung für pakistanische Übergriffe („Viewpoint", 14.5.78). Die jüngste Militäraktion deutet daraufhin, daß die burmesische Zentralregierung sich heute des Moslem-Minderheiten-„Problems" durch Vertreibung und damit verbundenen Massenmord entledigen will.

Allerdings bleiben die burmesischen Militäraktionen, so wie es aussieht, nicht bei den Moslems stehen. Ebenfalls wurden mindestens 400 Menschen der Hindu-Minderheit aus Burma vertrieben („Japan-Times", 9.5.). Und angesichts der Tatsache, daß die Militäraktion auch in anderen Regionen (und zwar in den Regionen, in denen die Minderheiten bzw. unterdrückten Völker leben: Shan-State, Mon-State, Karen-State und Arakan-State) muß wohl davon ausgegangen werden, daß die burmesische Zentralregierung insgesamt versucht, durch militärische Großaktionen mit den Minderheiten fertig zu werden. Nicht zu Unrecht warnte eine arabische Delegation Burma vor der Schaffung eines *„anderen Palästina-Problems"* („Japan Times", 17.5.78).

Asien-Australien Kommission

nahost

Oppositionsbewegung soll mundtot gemacht werden

In Ägypten nimmt die Kritik an den unerträglichen Lebensverhältnissen und an der Kompradorenwirtschaft des Regimes zu. Nun ist jede Enthüllung und jede Kritik verboten worden. Die Clique der „fetten Katzen" will dadurch der Protestbewegung jeden Freiraum nehmen.

Obwohl sich die ägyptische Bevölkerung rund alle 3o Jahre verdoppelt (heute 4o Mio.), nimmt die landwirtschaftliche Produktion Ägyptens ab („International Herald Tribune" - „IHT", 25.4.). Das hat politische Gründe: Die Rückkehr der Großgrundbesitzer und der großen reichen Familien („fette Katzen") in ihre alten Machtstellungen sowie die „Öffnung" Ägyptens für ausländisches Kapital haben eine Beschleunigung der Zerstörung der einheimischen Landwirtschaft zur Folge. Selbst die geringen Ansätze einer Landreform unter Nasser wurden rückgängig gemacht, verstaatlichte Betriebe wurden reprivatisiert. Auf großen Gebieten wird nur für den Export und für ausländische Konzerne produziert, andere Bodenflächen werden vernachlässigt, verkarsten

ne produziert, andere Bodenflächen werden vernachlässigt, verkarsten

Haikal: „Das ist eine Schicht von Parasiten"

oder verwüsten, und die Gebiete in der Nähe der Großstädte werden zu Spekulationsobjekten. Millionen von Menschen, denen so die Existenzbasis entzogen wird, strömen in die großen Städte und leben auf Müllhalden, Friedhöfen oder einfach auf der Straße. Auch der Aufbau von Industrie kommt nur den Imperialisten und den Politikern und Bankiers aus den reichen Familien zugute. Die Arbeiter erhalten Hungerlöhne. 1/5 der ägyptischen Bevölkerung „lebt" heute in und um Kairo, die große Mehrheit unter dem Existenzminimum. Diese Menschen werden nur dadurch bisher vor dem Hungertod bewahrt, daß das Regime die Preise bestimmter Grundnahrungsmittel subventioniert. Diese Subventionen sollen jedoch in Zukunft abgebaut werden. Die Preiserhöhungsrate von ca. 25 % im Jahr und der Verfall der Landwirtschaft bewirken, daß hochwertige und vitaminhaltige Nahrungsmittel für die Massen nicht mehr erschwinglich sind. Die Menschen sind ohne Arbeit oder verdienen Pfennige mit Gelegenheitsarbeit. Gleichzeitig muß das Volk zusehen, wie sich wenige reiche Familien immer mehr bereichern und mit Luxus protzen.

Das ägyptische Regime hatte die Schuld an diesen Zuständen auf die angebliche Mißwirtschaft Nassers, auf „die Kommunisten" und auf den Konflikt mit Israel zurückgeführt. Nach dem Rausschmiß der sowjetischen Berater, nach der Abrechnung mit Nasser und nach dem „Frieden" mit Israel werde alles besser werden. In Wirklichkeit aber ist es gesetzmäßig, daß sich durch die Öffnung des Landes für die Imperialisten die Lage der Massen verschlechtert. Aufstandsbewegungen der Bevölkerung wurden, wie im Frühjahr 1977, blutig niedergeschlagen.

Das „demokratische Experiment"

1976 wurden je eine rechte und eine linke Partei neben der Staatspartei ASU zugelassen. Die Funktion der „Linken" sollte es offensichtlich sein, die Unruhe der Massen zu neutralisieren. Es zeigte sich jedoch bald, daß jede leise Kritik an den herrschenden Verhältnissen große Resonanz fand. Die Zeitung „Al Ahali" („Das Volk") der „Nationalen Fortschrittspartei" (NFP) erreichte innerhalb weniger Monate eine Auflage von 5oo.ooo Exemplaren („Extradienst"-„ED", 19.5.), weil sie die gröbsten Machenschaften des Regimes enthüllte:

– Ungeheure Bestechungsgelder wurden an Mitglieder des Regimes gezahlt, wenn ausländische Konzerne Sonderrechte erhalten oder Land kaufen wollten.

– Der Informationsminister Al Sawi gründete mit saudiarabischem Geld eine Filmgesellschaft, in der sein Sohn Hauptaktionär wurde („Süddeutsche Zeitung" - „SZ", 2o./21. 5.).

– Der Patriarch einer der reichsten Familien Ägyptens, Großgrundbesitzer und Großkapitalist mit einem Monopol in der ägyptischen Bauindustrie, Osman Ahmed Osman, hat seine Finger in sämtlichen Regie-

dustrie, Osman Ahmed Osman, hat seine Finger in sämtlichen Regie-

rungsgeschäften. Er profitierte vom Bau des Assuandammes, vom Bau von Kriegsanlagen am Suezkanal usw. usf. Zeitweise war er Minister für „Wiederaufbau" in der ägyptischen Regierung. Einer seiner Söhne wurde in langfristiger Familienpolitik mit einer Tochter Sadats verheiratet („The Middle East", Februar 78).

– Sadat ist auch verschwägert mit Sayad Marei, einem der größten Grundbesitzer Ägyptens. Marei war, wie der Zufall so spielt, mehrfach ägyptischer Landwirtschaftsminister. Marei spielt eine Hauptrolle bei der Verhinderung der Landreform. Er ist Vorsitzender des „Welternährungsrates" in Rom (gleiche Quelle).

- Sadat selbst führt einen Lebensstil wie der Schah von Persien und bekommt seinen Anteil von allen grossen Bestechungssummen.

Diese Dinge waren schon immer unter den informierten Ägyptern klar und bekannt. „Al Ahali" sagte nichts Neues. Doch die Reaktion der Massen auf die Mißwirtschaft des Regimes machte Sadat Angst.

Die Unruhe des Regimes kam vor allem daher, daß ein politisches Klima zu entstehen drohte, in dem es möglich wurde, diese Dinge öffentlich anzugreifen:

- In einem Interview mit „Al Ahali" sagte Mohammed Hassanein Haikal, früherer Berater Nassers und unter Sadat kaltgestellt: *„Die Schicht, die bei uns jetzt das Sagen hat, ist eine Schicht von Parasiten, die reich wurde nicht durch eigene Arbeit, und die ihren Reichtum sofort ins Ausland schafft."* („Extra-Dienst", 25.4.). Haikal verurteilte dann die laufende Kampagne gegen den früheren Staatspräsidenten Nasser. Nassers Politik sei auf das Interesse der Mehrheit des Volkes ausgerichtet gewesen („Süddeutsche Zeitung", 15./16.4.). *„Die Angriffe dieser Leute auf Nasser, die nun schon acht Jahre dauern, zeigen, daß sie immer noch Angst haben vor den Ideen, den Prinzipien und den Errungenschaften der nasseristischen Ära. Jeder der vierzig Millionen Ägypter weiß schließlich, wie es ihm heute geht und wie es ihm unter Nasser ging"* („Extra-Dienst").

- In einer öffentlichen Erklärung forderte die NFP die Freilassung aller politischen Gefangenen. Es gehe um das *„Vaterland, dessen beste Söhne mundtot gemacht werden, damit die parasitären Elemente das ägyptische Volk dem amerikanischen Imperialismus übergeben können"* („Monitordienst", 19.4.).

- Parlamentsabgeordnete aller Parteien forderten öffentlich ein Ende der „Friedens"gespräche mit Israel („International Herald Tribune", 14.4.).

Das Regime schlägt zu

In seiner Rede zum 1. Mai vor 20000 extra ausgesuchten Arbeitern erklärte Sadat, die Demokratie dürfe nicht mißbraucht werden: *„Er rügte die Parteien, die gewährte Freiheit zu mißbrauchen, eine Freiheit, wie es sie in Ägypten noch nie gegeben habe. Namentlich nannte Sadat die linke Parteizeitung „Ahali", die ständig den sozialen Frieden störe, statt dafür dankbar zu sein, überhaupt erscheinen zu dürfen. Er verstehe die wirtschaftlichen Probleme der Ägypter. Doch die Linken suchten diese Probleme dazu auszunutzen, Unfrieden zu stiften und den sozialen Frieden zu stören. Dies werde er nicht dulden"* („Neue Zürcher Zeitung" -„NZZ", 4./5.5.). *„Der Präsident rief dazu auf, die Produktion zu steigern und den Sozialismus mit Privateigentum zu fördern"* („Monitordienst", 3.5.).

In einer sogenannten Volksabstimmung (nur 1/4 der Ägypter war überhaupt stimmberechtigt) bereitete das Regime dann ein weiteres Gesetz zur Verfolgung von Opposition vor. Das Gesetz schließt alle „Kommunisten" aus dem öffentlichen Dienst und aus der Presse aus, und es verbietet der Presse jede Kritik und jede Benennung der Zustände im Lande. „Al Ahali" rief dazu auf, mit Nein zu stimmen und wurde sofort verboten. „Kommunisten" der NFP, die Flugblätter mit der Aufforderung verteilten, gegen das Gesetz zu stimmen, wurden verhaftet. Die „Volksabstimmung" ergab anschließend angeblich 98,29% Ja-Stimmen („Frankfurter Rundschau" - „FR", 23.5.).

Das Regime ernannte einen ‚gesellschaftlichen Ankläger", d.h. einen politischen Sonderstaatsanwalt, der nach einer vorbereiteten Liste ca. 60 Journalisten und 90 Politiker unter Anklage stellte. 30 der Journalisten leben im Ausland und wurden „zur Rückkehr aufgefordert", d.h. sie werden nie mehr zurückkehren können.

Unter den angeklagten Journalisten sind:

– Hassanein Haikal, Vertrauter Nassers, bis 1974 Chefredakteur der Regierungszeitung „Al Ahram". Haikal ist der führende ägyptische Vertreter der nichtmarxistischen Nasseristen.

– Mohammed Sid-Ahmed, politischer Buchautor und bis 1976 Journalist für „Al Ahram".

– Ahmed Hamrusch, früheres Mitglied der ägyptischen KP und des Bundes der „Freien Offiziere" unter Nasser. War Redakteur der relativ fortschrittlichen Kairoer Zeitung „Rose al Yussef".

– Salah Issa, früher Redakteur der marxistischen Zeitung „Al Katib", jetzt bei der offiziellen ASU-Zeitung „Al Gumhuriah" (alles nach „Le Monde" – „LM" – 30.5.).

Der Sonderankläger drohte den Angeklagten, die sich im Ausland aufhalten, man werde sie über Interpol verfolgen. Ausländische Korrespondenten in Ägypten, die „nicht wahrheitsgemäß" berichten, sollen dagegen ausgewiesen werden („NZZ", 10.6.).

Besonderer Druck wurde auf die Linkspartei NFP ausgeübt. Ihr Führer Khaled Mohieddin wurde wegen „verleumderischer" Artikel in der Parteizeitung „Al Ahali" angeklagt. Seine parlamentarische Immunität wurde aufgehoben („LM", 3.6.). Die NFP, nun ohne Führer und Organ, gab bekannt, daß sie ihre politische Betätigung aus Protest einstellen wird („NZZ", 7.6.).

Gleichzeitig und im Stillen wurde eine Säuberungsaktion in der Armee durchgeführt. 12 Generäle wurden in den Ruhestand versetzt, traditionell unruhige Truppenteile wurden aufgelöst („ED", 19.5.).

Die zugelassene und die geheime Opposition

Man muß sich klar machen, daß es sich bei den jetzt unter Verfolgung gestellten um Angehörige der zugelassenen Linkspartei NFP oder der zugelassenen Zeitungen – teilweise der Regierungszeitungen – handelt. Jede darüber hinausgehende politische Tätigkeit war schon bisher mit härtesten Strafen verboten. Die mehr revisionistische „Kommunistische Partei" und die linke „Kommunistische Arbeiterpartei" konnten, wie alle weiteren Gruppen des linken Spektrums, nur im Untergrund arbeiten. Die Tatsache, daß das Regime nun sogar die bisher zugelassene Opposition ausschaltet, weist daraufhin, daß die Gegner der Politik des Regimes heute bereits alle nationalen Kräfte Ägyptens umfassen.

Der Zeitpunkt erscheint günstig für einen Generalangriff auf das Sadat-Regime. Und die „fetten Katzen", die einzigen, die von diesem Regime profitieren, haben Angst um ihre Geldsäcke bekommen. Die jetzigen Verfolgungen sollen die Opposition vorbeugend einschüchtern. Das Regime fürchtet einen neuen Volksaufstand wie der im Januar 1977.

Die bürgerliche Presse in Westeuropa folgt wie üblich der Parole „Links = Rechts" und behauptet, auch die neugegründete reaktionäre „Wafd"-Partei sei von der Verfolgung betroffen. Das Gegenteil ist wahr. Zwar hat sich die „Wafd" wieder aufgelöst, aber nur um in die Regierungspartei überzutreten („LM", 4./5.6.). Die Erzreaktionäre von der „Wafd" werden jetzt gebraucht und machen schnelle Karriere.

Nahost-Kommission



Kairo: 10 Millionen Menschen in Armut

Ein weiteres Todesopfer des Flughafenkampfes

Am 13.6.1978 erlag der Flughafengegner Yukio Niiyama seinen schweren Brandverletzungen, die er in den Kämpfen am 26.3. auf dem Flughafengelände erlitten hatte. Genosse Yukio war Mitglied der trotzkistischen Organisation 4. Internationale in Japan. Er hatte am 26.3. dieses Jahres zusammen mit anderen Genossen das Flughafengelände mit Lieferwagen gestürmt, als wahrscheinlich aus Versehen eine Brandbombe explodierte und das Fahrzeug in Flammen aufging. Nach Polizeiberichten heißt es, daß die Polizei zwar mit Feuerlöschern gleich auf der Stelle gewesen sei, aber doch nicht rechtzeitig genug, um die Brandwunden zu verhindern, an denen er jetzt starb („Japan Times", 14.6.78).

Durch die Oppositionsliga gegen den Flughafen ist allerdings zusätzlich bekannt geworden, daß Yukio in schwerverletztem Zustand von den Bullen verhaftet worden sei, nach einiger Zeit jedoch ohne ärztliche Behandlung auf freien Fuß gesetzt worden sei; die Bullen befürchteten, Yukio könnte in ihren Händen seinen Verletzungen erliegen. So vergingen entscheidende Minuten und Stunden, bis Yukio behandelt werden konnte.

Dies ist nicht das erste Mal, wo die japanischen Bullen nicht nur ohne jede Rücksicht auf Menschenleben gegen Demonstranten vorgehen, sondern auch noch die Verantwortung für ihr Verbrechen in die Schuhe der Ermordeten, Geknechteten und Geknebelten zu schieben versuchen. Schon im vergangenen Jahr, am 8.5. 77, wurde Genosse Kaoru Higashiyama am Hinterkopf (!) von einer aus kürzester Entfernung abgefeuerten Tränengaspatrone getroffen. Er starb zwei Tage später. Die Bullen behaupteten, er sei von seinen eigenen Genossen mit einem harten Gegenstand getroffen worden. In den äußerst militanten Kämpfen an den folgenden Tagen starb auch ein Bulle an Brandverletzungen. Es ist erwiesen, daß dieser trotz Lebensgefahr und Bedenken der Ärzte vom behandelnden Krankenhaus in der Nähe des Flughafens nach Tokio transportiert wurde. Die Bullen scheuen nicht einmal Opfer in ihren eigenen Reihen, um ihre brutale Kriegsführung gegebenenfal... zu rechtfertigen – nach Kaoru's Tod wurde nämlich das Vorgehen der Bullen und der Regierung auch aus den bürgerlichen Reihen scharf kritisiert.

Mit Yukio's Tod hat die Sanrizuka-Schlacht bereits 7 Todesopfer gefordert, 3 Flughafengegner (darunter ein Selbstmord am 30.9.71) und 4 Bullen. Doch das hält die Regierung von weiteren mörderischen Taten nicht ab, im Gegenteil, sie rühmt sich sogar der Toten mit einer Gedenktafel auf dem Flughafengelände, allerdings nur der toten Bullen!

Asien-Australien-Kommission



lateinamerika

Kolumbien/Peru: Wahlen, Repression, Widerstand

Im Juni fanden in Kolumbien und Peru Wahlen statt, die in diesem Jahr bereits in 5 lateinamerikanischen Ländern durchgeführt wurden (Chile/ "Volksabstimmung", Costa Rica, Paraguay, Guatemala, Dominikanische Republik) und in 4 weiteren Ländern noch geplant sind (Ecuador, Bolivien, Brasilien, Venezuela).

In Peru scheint es gelungen zu sein, die Wahlen zur Herstellung eines relativ breiten Bündnisses der Linken und zur Stärkung der Massenkämpfe zu nutzen. Nachdem das peruanische Militärregime Anfang Mai unter Führung des Weltwährungsfonds die staatlichen Subventionen für Grundnahrungsmittel einstellte und damit deren Preise um über 50% erhöhte, dehnten sich die seit Wochen anhaltenden regionalen Protestaktionen auf das ganze Land aus. Die Preiserhöhungen waren eine Maßnahme im Rahmen eines neuen, vom Internationalen Währungsfonds verordneten Notstandsplans der Regierung, der die maßlose Auslandsverschuldung des Landes bewältigen soll (Peru gehört mit 8,8 Mrd. Dollar zu den am meisten verschuldeten Ländern der Welt – "SZ", 23.5.78). Nach den breiten Hungerstreiks vom Januar, nach zahlreichen massenhaften Streik- und Protestaktionen und unbefristeten Generalstreiks in verschiedenen Industriegebieten, nach Protesten gegen das neue "Kündigungsschutzgesetz" (vergl. AK 130) fand am 22./23. Mai erneut ein nationaler Generalstreik statt. Die Regierung hatte versucht, der immer stärker werdenden Massenbewegung mit schärfster Repression zu begegnen: Am 20.5. wurde erneut der Ausnahmezustand verhängt. Polizei und Militär ging überall schwerbewaffnet gegen Streikende und Demonstranten vor; die bisher bekannte Bilanz der Kämpfe beträgt 60 Tote und über 2000 Verhaftungen ("Lateinamerika-Nachrichten", "LAN" Nr. 60). An die 20 Zeitungen wurden geschlossen, ihre Redakteure verfolgt. Die für Anfang Juni geplanten Wahlen wurden um zwei Wochen verschoben und mindestens elf oppositionelle Politiker, meist enge Mitarbeiter des ehemaligen Präsidenten Velasco Alvara-

ker, meist enge Mitarbeiter des ehemaligen Präsidenten Velasco Alvara-

do und teilweise Kandidaten für die Wahlen, wurden des Landes verwiesen und ausgerechnet nach Argentinien abgeschoben („NZZ", 28./29. Mai 78). Die oppositionellen Parteien wurden im Wahlkampf behindert. Die Kämpfe der Massen um ihr Existenzminimum wurden in der Sprache eines Pinochet oder Videla als „subversiv" gekennzeichnet, womit dann jegliche Unterdrückungsmaßnahme „gerechtfertigt" wird. Schließlich wurde der Bauern- und Landarbeiterverband (3 Mio. Mitglieder) aufgelöst („Süddeutsche Zeitung" – „SZ" – 23.5. und 2.6.78).

Auf die Wahlen durfte aber nicht verzichtet werden, um den Eindruck von einer um Demokratie ringenden Junta international nicht zu gefährden. Deswegen wurden die Wahlen verschoben – so konnte wenige Tage vorher der Ausnahmezustand und das Erscheinungsverbot für einige Zeitungen wieder aufgehoben werden („Welt", 10.6.78).

Nach Auszählung von etwa 97% der Stimmen hat die APRA etwa 36 der insgesamt 100 Sitze in der Verfassungsgebenden Versammlung erhalten und wird damit stärkste Partei (Die APRA war in den 20er Jahren als sozialreformerische Volksbewegung gegründet worden, hat sich aber bis heute immer mehr nach rechts entwickelt). Zweitstärkste Partei mit 26 Sitzen wurde die konservative Christliche Volkspartei. Die Linksparteien erhielten nach der bisherigen Auszählung insgesamt mindestens 21 Sitze („SZ", 21.6.78). Ein Wahlbetrug besteht, wenn nicht in Verfälschungen der Stimmen, so zumindest in der Tatsache, daß die Analphabeten, ungefähr 20% des Volkes und ein wichtiger Einflußbereich der Linken, kein Wahlrecht hatten („LAN", Nr.58). Außerdem wurde eine Beteiligung der in Peru besonders zersplitterten Linken durch eine Reihe von Auflagen erschwert (40.000 Unterschriften, Einrichtung von 12 regionalen Komitees).

Die Wahlen und die Linke

Diese Ausgangsituation machte schon auf rein technischer Ebene ein Bündnis der linken Kräfte notwendig, ein Bündnis, das politisch begünstigt wurde durch die Rolle der revisionistischen KP, die einigen Einfluß in der Arbeiterbewegung besitzt. Z.B. beherrschte die KP Perus, die nicht ganz so versumpft ist, wie die KP Argentiniens, aber mit der gleichen Grundlinie die „fortschrittlichen Militärs" in der Regierung gegen die noch „reaktionärere Fraktion" unterstützt, lange Zeit relativ unangefochten den Dachverband der Gewerkschaften, CGTP. Dieser Einfluß der KP geriet ins Wanken als die CGTP-Führung eigenmächtig einen von der Basis beschlossenen Generalstreik im Januar absetzte, um die wirtschaftliche Sanierungspolitik nicht zu gefährden. Dieses Vorgehen führte zu harten Auseinandersetzungen innerhalb der CGTP und bewirkte, daß nennenswerte Teile der CGTP einen eigenständigen Kongreß gegen die undemokratischen Machenschaften der CGTP-Führung durchführten. Unterstützt wurde dieser Kongreß von einem Teil der KP, der sich bereits im Dezember von der Partei abgespalten hatte.

Die Wahlen wurden von der Linken zunächst durch sehr lange Diskussionen über die Frage der Wahlbeteiligung, bzw. des Wahlboykotts und der Zielsetzung für die Wahlen vorbereitet. Es bildeten sich schließlich zwei wesentliche Gruppierungen heraus:

Die „Arbeiter, -Bauern, -Studenten- und Volksfront" (FOCEP), die von drei trotzkistischen Organisationen, ML-Parteien und einigen bekannten Anwälten getragen wurde. Zum andern die „Demokratische Volkseinheit" (UDP), die im wesentlichen aus der Zusammenarbeit verschiedener revolutionärer Organisationen zum 1. Mai 77 hervorgegangen ist und sich schließlich mit der „Volkseinheit der Linken" (UPdI), bestehend aus Vertretern der bekannten linken Zeitung „Marka", einigen Gewerkschafts- und Bauernführern und dem Bergarbeiterverband (FNTMMP) zusammenschloß. Die UDP, die schließlich 14 Organisatio-

(FNTMMP) zusammenschloß. Die UDP, die schließlich 14 Organisatio-

nen umfaßte, darunter allerdings auch kleine, regional begrenzte Organisationen, vertrat den Anspruch, weitere Gruppierungen der Linken für das Bündnis zu gewinnen oder zumindest eine möglichst enge Zusammenarbeit zu entfalten. Dies ist weitgehend gelungen in Bezug auf einzelne Bereiche der KP (z.B. kommunistische Jugend) oder der „Revolutionären Sozialistischen Partei Perus" (PSR), die von General Rodriguez (einem Anhänger der peruanischen Revolution unter Velasco Alvarado) nach dem Sturz Velascos gegründet worden war (Rodriguez wurde am Wahltag verhaftet, weil er an den Demonstrationen der letzten Zeit beteiligt gewesen sei und wurde nach Argentinien abgeschoben). Ein wesentlicher Widerspruch zwischen FOCEP und UDP bestand in dieser Frage der Bündnispolitik. Die FOCEP lehnte jegliches Bündnis mit bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräften, wozu sie unter anderem auch die PSR zählt, ab. Ziel der FOCEP soll gewesen sein, die Mehrheit in der Verfassungsgebenden Versammlung zu erreichen, sie dann aufzulösen und eine unabhängige Volksversammlung einzurichten. Die UDP wollte die Wahlen im wesentlichen dazu nutzen, die *„Ziele der revolutionären Linken zu propagieren und die Wahlen als Ablenkungsmanöver der Bourgeoisie von der schweren ökonomischen Krise zu entlarven"* („LAN", Nr.58).

Das Wahlergebnis – mindestens 21 Sitze – stellt für die Linke Perus einen großen Erfolg dar. Wenn es gelingt, die Widersprüche innerhalb der KP und des Gewerkschaftsverbandes CGTP weiter zuzuspitzen und die Zusammenarbeit der an der UDP beteiligten Organisationen weiter zu verbreitern und zu intensivieren, bedeutet dies in jedem Fall eine erhebliche Stärkung der weiteren Massenkämpfe, könnte aber auch richtungsweisend für die revolutionären Organisationen in anderen lateinamerikanischen Ländern werden.



Kolumbianische Polizei im Einsatz gegen Studenten auf dem Gelände der Universität Bogota. Studenten hatten gegen die Verurteilung von 2 Kommilitoninnen wegen „Terrorismus" protestiert.

Kolumbien

In Kolumbien hat das Wahlergebnis vom 4.6. zunächst keine Überraschungen gebracht. Neuer Präsident wurde mit knappem Vorsprung der Vertreter der liberalen Partei, Julio Cesar Turbay, gegen den Konservativen Belisario Betancour. Auch bei diesen Wahlen war – wie in Kolumbien üblich – die Wahlbeteiligung mit 38% äußerst gering. Insgesamt hat Turbay nicht mehr als 17% der Bevölkerung hinter sich. Grundlage für die traditionell geringe Wahlbeteiligung in Kolumbien sind die seit 20 Jahren durchgeführten vertraglichen Absprachen zwischen konservativer und liberaler Partei, die festlegten, daß alle vier Jahre – unabhängig vom konkreten Stimmenergebnis – die jeweils andere Partei den Präsidenten stellt. Außerdem werden seit Jahren

jeweils andere Partei den Präsidenten stellt. Außerdem werden seit Jahren

die Versprechungen über eine Demokratisierung und Verbesserung der Lebensverhältnisse in keiner Weise verwirklicht. Auch der letzte Präsident Lopez Michelsen hat den Großteil seiner Amtszeit mit dem Ausnahmezustand regiert.

Im Mai hatte es in Kolumbien heftige Kämpfe gegen die Auswirkungen der Inflation, gegen Arbeitslosigkeit und gegen die Erhöhung der Fahrpreise gegeben. In verschiedenen Städten kam es zu Massendemonstrationen und an einigen Universitäten zu militanten Kämpfen zwischen Studenten und Polizeikräften. In Bogota wurde dabei ein Student getötet und mehrere Personen (darunter angeblich zehn Polizisten) verletzt. Tausende von Studenten machten aus der Beerdigung des ermordeten Studenten eine große Demonstration. Um sich gegen Verhaftungen und Polizeiübergriffe zu schützen wurde zuvor

sich gegen Verhaftungen und Polizeiübergriffe zu schützen wurde zuvor

der Präsident der Universität als Geisel genommen, aber unmittelbar nach der Beerdigung freigelassen. Die Polizei ging daraufhin mit Tränengas gegen die Demonstration vor und führte zahlreiche Verhaftungen durch.

Die kolumbianischen Streitkräfte haben bereits ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, das Land gegen *„Linkskräfte"*, die das *„Volk aufhetzen"* zu verteidigen („FR", 2.6.78). Der Verteidigungsminister wies daraufhin, *„daß das Heer bereit sei, jeder Entwicklung Einhalt zu gebieten, durch die der Frieden und die öffentliche Ordnung gefährdet würden"* („Monitor-Dienst", 18.5.78).

Die Massenbewegung wird in den weiteren Kämpfen mit massiver Repression zu rechnen haben.

Lateinamerika-Kommission

Lateinamerika-Kommission

Nicaragua: Der Kampf ist noch nicht entschieden

In der bundesrepublikanischen Einheitspresse ist es in der letzten Zeit wieder ruhig um Nicaragua geworden, in Nicaragua selbst allerdings finden nach wie vor breite Widerstandsaktionen statt. Hierzu zunächst ein paar Beispiele:

+ Acht Kilometer hinter Managua, auf der Landstraße nach Leon, kam es am 20. April zu Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Arbeitern und Studenten und der Guardia Nacional (Nationalgarde). Die Demonstration galt als Solidaritätsdemonstration mit den in Managua und Leon streikenden Studenten. Bei diesem Zusammenstoß wurden der Student Pablo Flores und der Arbeiter Hernan Bojorge erschossen („Nicaragua Nachrichten", Mai 78).
+ Nach der gewaltsamen Zerschlagung eines Streiks von Oberschülern und Studenten durch die Guardia Nacional kam es erneut zu gewaltsamen Auseinandersetzungen in Masaya, die Stadt, die noch deutlich durch die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen im Februar und März dieses Jahres gezeichnet ist. Die Miliz der Guardia Nacional ging mit Tränengasbomben und Pistolen am 5. April gegen die Schüler und Studenten vor und verhaftete 30 Personen. Als sich eine Gruppe von Bauarbeitern demonstrativ auf die Seite der Demonstrierenden stellte, fielen die ersten Schüsse und töteten drei Arbeiter. Nach diesen Morden setzten Tausende von Arbeitern einen zunächst auf 48 Stunden begrenzten Proteststreik fort. Im Vorort Monimbo sollen aus Protest über 50 selbstgefertigte Bomben explodiert sein. In dem hauptsächlich von Indios bewohnten Stadtteil wurden als Geste des Protestes die Kirchenglocken geläutet („El Dia", Mexico, 21.4.78; „Latin America Political Report", 28.4.78; „Nicaragua Nachrichten" – „NN" – Mai 78).
+ Am 29. März begann in allen Städten und Dörfern des Landes der größte Schulstreik in der Geschichte Nicaraguas, der 15 Tage dauerte. Die Proteste richteten sich gegen die Isolierung und Folterung der politischen Gefangenen („NN", Mai78). An den Streiks nahmen rund 50.000 Schüler vor allem der höheren Schulen teil („Monitor Dienst", 18.4.78).
+ Inzwischen hat sich die Genossin Nora Astorga Jenkins zu der Hinrichtung des Generals Reynaldo Perez Vega bekannt. Perez ist offensichtlich seiner Schwäche für hübsche Frauen erlegen. Als er die Genossin besuchen wollte, empfing ihn ein Kommando der FSLN und nahm ihn gefangen. Eigentlich hatte er entführt werden sollen, um gegen politische Gefangene ausgetauscht zu werden. Da aber sein Chauffeur fliehen konnte, sahen sich die Genossen veranlaßt, den General zu erschießen (nach „Lucha Sandinista" – Organ der Auslandskommission der FSLN, April 78).
+ Berichten vom 7. April zu Folge haben mit einer Ausnahme alle Persönlichkeiten, die von Somoza zur Bildung einer unabhängigen Untersuchungskommission über den Mord an Pedro Joaquin Chamorro vorgeschlagen wurden, mit der Begründung abgelehnt, daß Somoza sie nur benutzen würde, um die Hintergründe des Mordes weiter zu vertuschen („NN", Mai 78).

Die Liste der Widerstandsaktionen ließe sich noch weiter verlängern, wenn man die internationale Presse zu Hilfe nimmt. Die BRD-Presse wahrt ihr Stillschweigen auch über die teilweise recht beachtliche internationale Solidarität. Deshalb auch hier ein paar Beispiele:

„Für uns ist es schwer zu verstehen, wie Deutschland – das selbst die Diktatur unter Hitler erlebt hat – einer Regierung helfen kann, die genau dasselbe tut und ihr Volk unterdrückt."
Ernesto Cardenal

+ In einer gemeinsamen Resolution geißelt die spanische Linke die Diktatur Somozas, in deren Verlauf über 25.000 Personen umgebracht wurden. Die Resolution wurde unterzeichnet vom 1. Sekretär der PSOE, Felipe Gonzalez, und mehreren weiteren Mitgliedern vom Zentralkomitee der PCE, den Generalsekretären von PTE, ORT, SU, CSUT, MC, USO, MC Catalunya, ferner der Confederation Sindical de Comisiones Obreras und einer Reihe weiterer Organisationen („Lucha Sandinista", Mai 78).
+ In der Hauptstadt von Honduras, Tegucigalpa, begannen fünf Studenten mit einem Hungerstreik. Sie fordern mit dieser Aktion eine bessere Behandlung der politischen Gefangenen in Nicaragua, diese Protestaktion wird unterstützt von den Jesuiten, dem Solidaritätskomitee mit Nicaragua in Honduras, der Studentenorganisation und den nicaraguanischen Studenten, die sich in Honduras aufhalten („El Dia", Mexico, 22.4.78).

Das Somozaregime reagiert auf die Widerstandsaktionen im und außerhalb des Landes nervös und mit unglaublicher Brutalität. So wurden zehn Kindern zwischen 11 und 13 Jahren in Monimbo, der Indianervorstadt von Managua, die Hände abgehackt, als sie riefen: „Hoch lebe die FSLN". Anderen Bewohnern wurde die Zunge abgeschnitten (Nach Informationen des „Deutschen Solidaritätskomitees mit Nicaragua", Göttingen). Allerdings scheint die Guardia Nacional mit ihrem Terror weniger Einschüchterung als vielmehr nur konsequenteren Widerstand zu provozieren. Somoza ist deshalb bemüht, die eigenen Streitkräfte möglichst schnell auszubauen, aufzurüsten und mit den Nachbarländern in der Guerillabekämpfung möglichst eng zusammenzuarbeiten.

Natürlich kann die Somozadiktatur nach wie vor mit der Unterstützung der USA rechnen, daran ändern auch groß aufgemachte Pressemeldungen über das angebliche Streichen der Militär- und Wirtschaftshilfe durch „Menschenrechtsfreund" Carter nichts. Denn Tatsache ist die Gewährung eines 12 Millionen Dollarkredits aus *„humanitären Gründen"* für den Bau einer Straße ausgerechnet in der Region, wo die Guardia Nacional den bisher größten Völkermord in der Geschichte Nicaraguas begangen hatten. Im Zelaya Department wurden ganze Dörfer von aufständischen Bauern dem Erdboden gleichgemacht („Noticias Sandinistas", Mai 78, „SZ", 17.5.78). Es stimmt aber auch nicht, daß die USA keine Waffen mehr nach Nicaragua liefern. Die Sandinisten veröffentlichten z.B. die Zollbestätigung über die Einfuhr von Handfeuerwaffen aus den USA („Lucha Sandinista", April). Außerdem ist es General Somoza offensichtlich gelungen, bereits vertraglich festgelegte Restlieferungen auszudehnen, so daß die Nationalgarde ihre Waffen und Munitionslager noch auffüllen konnte („FAZ", 9. Mai 78).

Darüberhinaus erhält Nicaragua massive Unterstützung von anderen lateinamerikanischen Ländern und vor allem aus Israel. Israel hat im Gegensatz zu den USA, die lediglich leichtere Waffen an Nicaragua geliefert hatten, alle mittelamerikanischen Länder mit schwerem Rüstungsgut ausgerüstet; insbesondere wurden Kampfflugzeuge nach El Salvador und Guatemala geliefert. So verfügt El Salvador heute über zwanzig Düsenjäger der israelischen Lizenzversion der französischen Mystere, über Kampfhubschrauber und Transportmaschinen für Luftlandetruppen und hat so die stärkste Luftstreitkraft in Mittelamerika. Ein größerer Lieferauftrag über gepanzerte Mannschaftswagen an Guatemala – den Großbritannien wegen der Kriegsgefahr um die britische Kolonie Belize nicht übernehmen wollte – soll jetzt von einer deutsch-israelischen Interessengemeinschaft übernommen worden sein (alles nach „FAZ", 9.5.78).

General Somoza, der kürzlich zu einem Geheimbesuch in San Salvador gewesen ist, soll sich dort die Unterstützung der Luftstreitkraft El Salvadors gegen die Befreiungsbewegungen gesichert haben („FAZ", 9.5.78). Auch mit Honduras findet wieder eine engere Zusammenarbeit statt, nachdem Somoza durch die Unterstützung eines Putschversuchs in Tegucigalpa die Regierung von Honduras zwingen wollte, schärfer gegen die antisomozistische Studentenbewegung in Honduras vorzugehen (Bulletin 1 der FSLN). Selbst Costa Rica, das immer noch demokratischste Land Mittelamerikas sicherte zu, es werde künftig die Aktionen der Guerillas im eigenen Grenzgebiet unterbinden und nahm einen der führenden Sandinisten, Plutarco Hernandez Sanchez, gefangen. Bei diesem Unterfangen wird Costa Rica aber wohl die größten Schwierigkeiten haben, es verfügt lediglich über eine kleine Polizeistreitmacht, aber nicht über eine Armee („FAZ", 9.5.78).

Somoza selber erhöhte im Jahre 1977/78 die Stärke seiner Armee von 3.544 auf 9.178 Mann; in dieser Zahl sind die Polizisten und Sicherheitskräfte nicht enthalten („Nicaragua Nachrichten", Mai 78) und bereitet sich offensichtlich auf die Entscheidungsschlacht um die Zukunft Nicaraguas vor.

Lateinamerika-Kommission

Argentinien: Fußball ja — Folter nein!



„Erholungsheim" der argentinischen Luftwaffe und westdeutsches WM-Quartier — Ascochinga.

BRD-Regierung feilscht um Aufnahme von 500 politischen Gefangenen

Nachdem die Bundesregierung bereits zugesagt hatte, die Forderung von amnesty und zahlreichen Solidaritätsgruppen nach Aufnahme von 500 politischen Gefangenen aus Argentinien zu erfüllen, beginnt jetzt das Gefeilsche um die Zahl der Aufzunehmenden.

Aus einem Brief der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder geht hervor, daß die Innenminister auf Bitte der Bundesregierung 400 Argentinier aufnehmen wollen anstelle von 400 „noch nicht in Anspruch genommenen" Plätzen für Chilenen.

Das Ganze ist eine dreifache Sauerei:

- Es wird nur noch von 400 (statt 500) Menschen gesprochen.
- Es ist die Rede von 400 Personen, nicht politischen Gefangenen. Das heißt in der Praxis, daß sich die Zahl der politischen Gefangenen noch reduziert, weil diese gewöhnlich ihre Angehörigen mitbringen, die dann in die Gesamtzahl eingerechnet werden. Die Forderung war aber 500 politische Gefangene.
- Und schließlich werden Argentinier gegen Chilenen ausgespielt. Nach dem Motto: Im Moment richtet sich die Solidaritätsbewegung und das öffentliche Interesse vor allem auf Argentinien, also überläßt man die Chilenen den KZs und Folterern und schaltet kurzfristig auf Argentinien um (nach Informationen der ila, Bonn). Die Haltung der Bundesregierung zeigt, daß die Argentiniensolidarität nicht mit dem letzten Spieltag der WM zu Ende sein kann.

Alle Solidaritätsgruppen sind aufgerufen, diese Schweinerei bekannt zu machen und den Druck zur Erfüllung der Forderungen zu verstärken.

Rudelbesuch wird Nachspiel haben

Der Besuch von Oberst Rudel, Starredner auf NPD- und Neonaziveranstaltungen, im westdeutschen WM-Quartier hat doch einige Proteste ausgelöst.

- Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Westberlin nannte den Besuch einen Skandal und forderte dazu auf, den Pressesprecher des DFB schnellstens *„zur Verantwortung zu ziehen"*.
- Der Bundesvorstand der Jungen Europäischen Föderalisten forderte den Rücktritt des DFB-Vorstandes.
- Gerhard Schröder, Vorsitzender der Jusos, nannte den Besuch eine *„Provokation aller Demokraten"*. *„Eine DFB-Führung, die unmenschliche politische Verhältnisse in Argentinien nicht zur Kenntnis nehmen wolle, gestatte nun einem unverbesserlichen Gegner der Demokratie, die Nationalmannschaft des demokratischen Deutschland zu besuchen"* („FR", 12.6.78). Sogar die SPD sah sich zu Protesten veranlaßt, wenn auch z.T. nur aus der „Besorgnis", daß die Kumpanei zwischen Funktionären des DFB und einem erklärten Nazianhänger wie Rudel, auf der internationalen Bühne der WM zur Schau gestellt, dem demokratischen Ansehen der BRD schaden könne. *„Das Verhalten des DFB bei der Fußball-WM ... sei geeignet, das internationale Ansehen der BRD und die demokratische Glaubwürdigkeit ihrer Organisationen zu beeinträchtigen"* („SZ", 13.6.78).

Jedenfalls haben einige SPD-Abgeordnete aus Südhessen bereits eine parlamentarische Anfrage zum Rudelbesuch gestellt, die im Bundestag behandelt werden wird. Der SPD-Abgeordnete Wolfgang Schmidt forderte immerhin öffentlich die sofortige Entlassung von Neuberger und seinem Pressesprecher („SZ", 14.6.78).

Die DFB-Spitze ließ sich von all dem nicht anfechten und ging in die Offensive. Originalton Neuberger: *„Ich wundere mich über die harten Äußerungen vor allem gegen meinen Pressechef, vor den ich mich absolut stelle. Im übrigen: Herr Rudel ist meines Wissens Bundesbürger mit vollen Rechten wie die Protestierenden und ich. Ich hoffe doch nicht, daß man ihm seine Kampffliegertätigkeit aus dem Zweiten Weltkrieg vorwerfen will"* („FR", 12.6.).

DFB-Pressesprecher Gerhard wand sich da etwas mehr. Nachdem er zunächst behauptet hatte, daß der DFB nichts von dem Besuch gewußt und das fürs WM-Quartier verantwortliche argentinische Militär Rudel eingelassen habe, kam schließlich heraus: *„Rudel ist mit Helmut Schön seit langem bekannt, der ihm für die deutschen Spiele Eintrittskarten besorgte. Kann Schön nicht verkehren, mit wem er will?"* („Mopo", 14.6.78). Vertuscht werden konnte jedenfalls nicht mehr, daß Rudel tatsächlich als besonderer Ehrengast behandelt wurde. Der Besuch fand an einem Trainingstag unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, selbst Günther Netzer hatte an diesem Tag keinen Eintritt erhalten („FR", 12.6.78). Rudel selber benutzte die Affäre noch ganz frech zu einer Werbung für Argentinien. Im ZDF forderte er dazu auf, nicht über Menschenrechte zu sprechen, wenn man die Zustände in diesen Staaten nicht genau kenne („SZ", 19.6.78)

Neuberger muß weg

Nicht einmal die immerhin recht zahlreichen Proteste gegen den Rudelbesuch und die damit verbundenen Kritiken an der DFB-Mafia konnten einen Typ wie Neuberger in seinem maßlosen Zynismus beeinträchtigen. Am 17.6. gab er in Ascochinga eine „Interview-Audienz", in der er noch einmal in aller Offenheit sein Lob für die argentinische Junta und ihre Organisation der WM zum besten gab: *„Ich selbst war Anfang 76* (Regierungszeit von Isabel Peron — AK) *depressiver Stimmung. Aus Argentinien gab man mir nicht viel mehr als schöne Worte und Pläne. Ich war schon soweit, die Fifa um eine Sondersitzung zu bitten. Da kam der Regierungswechsel. Zwei Tage später (!) war ich in Argentinien und wollte wissen, wie es mit der WM weitergeht, wie sich die neue Regierung das vorstellt"*. Die Junta hat Neuberger dann mitgeteilt, daß sie alle Verpflichtungen übernehmen werde, heute bleibt ihm nur festzustellen: *„Ich muß den Hut davor ziehen, was hier in zwei Jahren geschafft wurde. Sie haben es geschafft mit einem Teil preußischer Gründlichkeit und argentinischer Improvisationskunst. Wenn der Regierungswechsel später gekommen wäre, wäre das nicht mehr der Fall gewesen."*

„Der Zusatz, daß mit der preußischen Gründlichkeit wohl die vielen deutschen Berater und Firmen gemeint waren, fand keinen Widerspruch" („FR", 19.6.78).

Lateinamerika-Kommission



In einem Spiegel-Interview in Buenos Aires („Spiegel", 19.6.) erklärten Vertreter der Montoneros, daß sie trotz der Sicherungsmaßnahmen der Junta, eine Menge Eintrittskarten für die Spiele beschaffen konnten, weil untergeordnete Militärstellen durch Schwarzhandel mit Eintrittskarten auch von der WM profitieren wollen. Von Aktionen oder Sprechchören in den Stadien ist allerdings noch nichts bekannt geworden.
Mehrere Bomben gingen jedoch in den letzten Tagen in Buenos Aires hoch. Eine in der Nähe des Hauses des Finanzministers Aleman, sie richteten nur Sachschaden an.

Asconchinga

Wer besorgte das Quartier?

Asconchinga, das Quartier der DFB-Auswahl in Argentinien, gehört zu den bestbewachten Einrichtungen in Argentinien. Außen eine Postenkette argentinischer Militärs, innen ein zweiter Ring westdeutscher GSG 9 - Leute, die - wegen des besseren Images - mal kurz als Beamte ins Bundeskriminalamt übernommen worden sind.

Außerhalb der WM dient die Anlage als Erholungsheim für Angehörige der argentinischen Luftwaffe. Und da wirds interessant: Rudel - so heißt es - habe in Asconchinga „alte Kameraden" besuchen wollen. Der Kommandant von Asconchinga, Gastgeber der DFB-Auswahl, Stagnaro, erklärte, es sei für ihn *„eine hervorragende Ehre, Rudel begrüßen zu dürfen"*.

Da drängt sich doch der Verdacht auf, daß derartige „alte Kameradschaften" es dem DFB ermöglicht haben könnten, dieses Quartier zu beziehen. Die meisten anderen Teams leben in ganz normalen Hotels...

So abwegig ist diese Version gar nicht, hat Rudel doch Anfang der 50er Jahre als Berater Perons beim Aufbau der argentinischen Luftfahrtindustrie — sprich Luftwaffe — mitgewirkt, bevor er sich nach dem Sturz Perons ins benachbarte Brasilien absetzte.

Berti mauert!

Eine konsequent nationalistische Haltung muß belohnt werden, dachte sich die faschistische argentinische Kommission "Dienst und Frieden" und marschierte mit einer "Ordensplakette" zu Berti Vogts, Kapitän der BRD-Nationalmannschaft. Berti hat sich, so wörtlich in einem Schreiben dieser Kommission, *"nicht dazu hergegeben ..., sich auf die Erpressung des marxistischen Unternehmens 'amnesty international' gegen Argentinien einzulassen"* (Frankfurter Rundschau, 10.6.). Wie Recht sie doch haben! Berti Vogts im Originalton: *„'amnesty international' sollte lieber mal im Stern nachlesen, was da über russische Lager drinsteht"* (Stern, März '78).

Doch Berti lehnte die wohlverdiente "Ordensplakette" ab. *"Wenn ich meine Meinung äußere, dann nur aus meinem Gewissen heraus, um zu bestimmten Themen Stellung zu nehmen. Ich lehne es jetzt jedoch ab, mich hier vor den Karren spannen zu lassen ..."* (FR, 10.6.).

Weil doch klar ist, auf welcher Seite sein Gewissen schlägt, ist die Befürchtung um sein Image der Grund für die Ablehnung gewesen. Wo doch selbst die Argentinien-freundliche "Frankfurter Allgemeine Zeitung" schon besorgt gefragt hat, ob so ein Mann als künftiger Jugendnationaltrainer überhaupt tragbar ist....

Lateinamerika-Kommission

ARD mit argentinischen Staatsfernsehen gleichgeschaltet?

Nachdem sich Berichterstatter des Ersten Deutschen Fernsehens (ARD) anläßlich der Eröffnungsfeier der Fußball-WM kritisch über die Lage in Argentinien geäußert hatten, ist der daraus entstandene "Konflikt" jetzt "beigelegt". In einem ausführlichen Gespräch zwischen dem argentinischen Regierungssprecher, Konteradmiral Franco, und dem Pressechef des Präsidialamtes, Kapitän zur See, Hector de Pirro, und dem ARD-Korrespondenten Reimer erklärten die beiden Faschisten, daß natürlich *„die von Reimer beanstandeten Mißstände* (das Verschwinden von 2500 Personen, Anm. AK) *niemals verheimlicht oder abgestritten worden seien"* und *„daß gegen eine derartige Darstellung auch von seiten der argentinischen Regierung nichts einzuwenden sei. Sie bemängelten lediglich, daß Reimer die Eröffungsfeier einer Sportveranstaltung (!...) zu einem derartigen Kommentar genutzt habe"* (Frankfurter Rundschau, 10.6.). Tatsache ist, daß unmittelbar nach der Machtergreifung der faschistischen Junta (24.3.76) eine Anordnung erging, wonach *„jeder, der durch welches Medium auch immer, Ankündigungen oder Ansichten bekanntmacht oder verbreitet, die von verbotenen Organisationen oder von Personen oder Gruppen, die sich notorisch subversiven Aktivitäten oder dem Terrorismus herrühren oder ihnen zugeschrieben werden (!), einer unbefristeten Strafe unterworfen wird"*, (aus: "druck & papier", II/78). Mit Haft bis zu 10 Jahren (!!) wird bestraft, *„der durch welches Medium auch immer Nachrichten, Kommuniques oder Ansichten verteidigt, bekanntmacht oder verbreitet mit dem Ziel, das Prestige der Streitkräfte herabzusetzen"* (ebenda).

Seitdem sind *„19 Journalisten umgebracht worden, 40 verschwunden und 70 eingekerkert worden. In derselben Zeitspanne wurden 67 Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehanstalten geschlossen. 400 Journalisten mußten ins Ausland fliehen"* (aus einem "Appell der Deutschen Journalisten-Union (DJU) an bundesdeutsche Sportjournalisten").

Tatsache ist weiter, daß die argentinischen Faschisten den beiden Kommentatoren der Eröffnungsfeier mit Ausweisung gedroht hatten, nachdem sie im Rahmen der fast einstündigen Übertragung in einem Nebensatz von Menschenrechtsverletzungen in Argentinien sprachen.

Wie weit der Arm der Junta reicht, zeigt die Reaktion der ARD-Verantwortlichen: die beiden Journalisten sollten für die ganze Zeit der WM keine Sendungen mehr bekommen!

Unter diesem Druck (oder aus Naivität?) hat der angeschossene ARD-Korrespondent Reimer nach dem Gespräch mit den beiden Faschisten sich *„von der Tatsache beeindruckt (gezeigt), daß man hier die Regierung durchaus kritisieren kann und daß sie das auch verträgt"* (FR, 10.6.).

Lateinamerika-Kommission

Noch ein Nazi als Sportsfreund

Ein *„langjähriger Vorsitzender eines Frankfurter Sportvereins und Pressewart des Fußballkreises Frankfurt am Main"* hat sich jetzt in die laufende Diskussion um die WM in Argentinien eingeschaltet: „Sportkamerad" Schönborn, sattsam bekannter Nazi, u.a. Organisator zweier verbotener „Auschwitz-Kongresse".

Er habe schon immer zwischen Sport und Politik zu trennen gewußt, und daß jetzt *„eine einseitig orientierte Organisation versucht, ... Unfrieden in die deutsche Mannschaft zu bringen, ... wozu auch die unqualifizierte Stellungnahme von Paul Breitner beigetragen hat, die Berti Vogts gottlob in die richtige ausgewogene Dimension gebracht hat"*.

Die Wühlarbeit der internationalen Verschwörung geht aber - so Schönborn - noch weiter: Da gibt es doch einen Herrn Netzer, Manager beim HSV, der sich vor den *„kommunistischen Propagandakarren"* spannen läßt *„und als Schirmherr bei einem Festival am 13. und 14. Mai 1978 in Dortmund der kommunistischen SDAJ und des MSB Spartakus fungieren soll"*.

Geschickt hat Schönborn diesen Brief übrigens an den HSV, den er damit vor größerem Schaden bewahren will. Kopien gingen an den DFB, Helmut Schön, den Hamburger Fußballverband sowie die Hamburger Presse.

Brisant an der Geschichte: Günter Netzer, der am selben Tag wie Nazi-Rudel die DFB-Auswahl in Asconchinga besuchen wollte, erhielt keinen Zutritt. Er sollte stolz sein, daß ihm die DFB-Führung offensichtlich nicht für einen der ihren hält.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Rudel in Asconchinga

Die DFB-Führung muß zurücktreten!

Unter dem lauten Beifall der Nazi-Presse hat sich die Führung des DFB voll hinter den Besuch des Nazi-„Kriegshelden" Hans Ulrich Rudel im Trainingsquartier der DFB-Auswahl in Asconchinga gestellt.

Er wäre sich menschlich schäbig vorgekommen, Rudel nicht einzulassen, so ließ der DFB-Pressesprecher Gerhardt verlauten und Neuberger, DFB-Präsident, verstieg sich gar zu der Bemerkung: *„Ich wundere mich über die harten Äußerungen, vor allem gegen meinen Pressechef, vor den ich mich absolut stelle. Im Übrigen: Herr Rudel ist meines Wissens Bundesbürger mit vollen Rechten und Pflichten wie die Protestierenden und ich. Ich hoffe doch nicht, daß man ihm seine Kampffliegertätigkeit aus dem zweiten Weltkrieg vorwerfen will"* ("FR", 12.6.78).

Nun, „amnesty international" hatte keine Gelegenheit erhalten, das Trainingsquartier der DFB-Auswahl in Malente zu besuchen, um mit Fußballern über Menschenrechtsverletzungen in Argentinien zu diskutieren - von wegen „gleiche Rechte und Pflichten".

Ein Nazi wie Hans Ulrich Rudel allerdings hat seit Jahrzehnten beste Beziehungen zum DFB: Schon 1958 konnte er in Schweden das Trainingslager der DFB-Auswahl besuchen, heute darf er nicht nur das hermetisch abgeriegelte Trainingslager Asconchinga unter Ausschluß der Öffentlichkeit besuchen, sondern bekommt auch noch Ehrenkarten des DFB für das Spiel Tunesien - BRD überreicht.

Kein Wunder also, wenn die faschistische „Deutsche Wochenzeitung" jubelte: *„Schmähung Oberst Rudels vom DFB zurückgewiesen. Mannhafte Haltung des Deutschen Fußballbundes"* (16.6.78). Freys „Deutsche Nationalzeitung" gar sprach von einer *„Ehrung der deutschen Nationalmannschaft durch Oberst Rudel"* (ebenfalls 16.6.78).

Die „Sportkameraden " des Oberst Rudel

Rudels Sportkameradschaften - auch das kam anläßlich des Besuches in Asconchinga heraus - reichen zurück bis in die Nazi-Zeit: Seit damals war er dick befreundet mit Sepp Herberger, der als Nachfolger des im KZ umgekommenen Fußballtrainers Dr. Nerz schon unter den Nazis sein Amt als Trainer der DFB-Auswahl übernommen hatte und es dann an Helmut Schön übergab, der selbst vor 1945 mehrfacher Nationalspieler gewesen ist. Schön – so behauptet er –
1945 mehrfacher Nationalspieler gewesen ist. Schön – so behauptet er –
habe sich „Gott sei Dank mit Hilfe des Sports besonders in der NS-Zeit heraushalten können". Bis zur Einstellung des internationalen Spielbetriebs Anfang 1943 war Schön immerhin derjenige Spieler, der „zum Ruhme des Führers" die meisten Tore „für Deutschland" erzielt hatte (siehe Bild).

Ob Schön schon zu seiner Zeit als Spieler oder erst als Herberger-Assistent die Bekanntschaft Rudels gemacht hat, ist unklar. Beide jedenfalls stehen in engem Briefwechsel und hatten sich in Asconchinga offensichtlich einiges zu erzählen.

Rotzfrech kommentierte DFB-Pressesprecher Gerhardt diese Bekanntschaft: *„Herr Rudel ist als persönlicher Bekannter von Helmut Schön ins deutsche Quartier gekommen ... Kann Herr Schön sich nicht schreiben, kann er nicht verkehren, mit wem er will?"* ("WAZ", 12.6.78).

Nazis im westdeutschen Sport

Das Tandem Herberger/Schön mitsamt Freund Rudel ist beileibe nicht das einzige Indiz für eine ungebrochene Tradition der westdeutschen Sportverbände zurück in die Nazi-Zeit. So spricht der DFB selbst davon, daß sich zwischen 1933 und 1949 lediglich der Briefkopf geändert habe und einer der Amtsvorgänger des DFB-Pressesprechers Gerhardt, Mengden (DFB-Pressesprecher 1933), avancierte sogar in den 50er Jahren zum höchstbezahlten Sportfunktionär in der BRD: Mengden, der wegen seiner Nazi-Vergangenheit erst längere Zeit untertauchte und dann unter dem Pseudonym Till van Ryn lebte, war zunächst Geschäftsführer der „Deutschen Olympischen Gesellschaft" und seit 1954 Geschäftsführer des „Deutschen Sportbundes".

Auch Carl Diem, Organisator der Olympischen Spiele 1936 in Berlin wird heute im westdeutschen Sport hochgeehrt. Nach 45 gründete er 1947 die Kölner Sporthochschule und war 1950 - 52 Schriftführer des Nationalen Olympischen Komitees.

Und einer der Vorgänger von DFB Präsident Neuberger, Dr. Peco Bauwens, Regelexperte des Weltfußballverbands, war einer der ersten, der sich für das NS-Winterhilfswerk das Fußballtrikot überzog.

Diese Herren waren es, die in ungebrochener Tradition des NS-Sports die Sportorganisationen der BRD aufbauten. Sie waren es auch, die - wie z.B. der schon erwähnte Mengden - seit 1933 die bis dahin neben dem Deutschen Sportbund existierende proletarische Sportbewegung zerschlugen (dort war z.B. der legendäre Erwin Seeler, der Vater von Uwe Seeler organisiert) und 1938 durch die Eingliederung aller Sportverbände und -Vereine in den „Nationalsozia-
Eingliederung aller Sportverbände und -Vereine in den „Nationalsozia-
listischen Reichsbund für Leibesübungen" die gesamte Sportbewegung dem faschistischen Machtapparat unterstellten.

Schon 1933 hatten die Nazis als Ziel ihrer Sportpolitik erklärt, die Sportorganisationen sollten „Pflanzstätten soldatischen Tugenden und Schulen staatlichen Geistes" sein.

Von Mengden stammt noch vom März 45 der Satz: *„Jetzt, wo die Erhaltung der Existenz unseres Volkes des riesigen Kampfes letztes Ziel und tiefster Sinn ist, werden die körperliche Ertüchtigung und die lebensbejahende Leibeserziehung zu einer vom Schicksal selbst diktierten Notwendigkeit".*

Für DFB-Pressesprecher Gerhardt soll das alles nicht gewesen sein: *„Gerade die Sportverbände in unserem Land (waren es), die nicht zuletzt in der Zeit des Nationalsozialismus, dann später nach dem Kriege, so deutlich ihre Abgrenzung zur Politik und ihre Unabhängigkeit von Staat und Politik ausdrückten"* („Konkret" 6/78).

Diese DFB-offizielle Geschichtsklitterung hat Tradition: So heißt es in einer 1954 veröffentlichten DFB-Werbeschrift, die Gleichschaltung der Vereine 1938/39 sei *„nach dem üblichen nazistisch-kommunistischen Muster der Gleichschaltung"* erfolgt. Autor dieser Schrift ist Carl Koppehel, 1937 vom Reichssportführer Tschammer von Osten extra zum Zwecke dieser „Gleichschaltung" ernannter Pressewart!

Die DFB-Führung muß zurücktreten

Der Rudel-Besuch in Asconchinga hat von verschiedenen Seiten scharfen Protest hervorgerufen.

Schon wenige Tage nach Bekanntwerden des Skandals ist der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Sport, der CDU-MdB Hans Evers nach Argentinien geflogen, um die von „amnesty international" erstellte Liste von in Argentinien verschwundenen Bundesbürgern zu übergeben. Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Westberlin, Galinski, sprach von einem „Skandal" und forderte, der Pressesprecher des DFB, Gerhardt, *„sollte im Interesse des deutschen Sports schnellstens zur Verantwortung gezogen werden"* („FR", 12.6.78). Der Juso-Vorsitzende Schröder sprach von einer „Provokation aller Demokraten", von einigen SPD-Bundestagsabgeordneten wurde eine parlamentarische Anfrage gestartet und der SPD-MdB Wolfgang Schmidt forderte die Entlassung des DFB-Präsidenten Hermann Neuberger sowie des Pressesprechers Gerhardt. Es sei „beschämend", daß es der französischen WM-Delegation gelungen sei, die Schicksale von 11 seit Jahren verschollenen Bürgern in Argentinien aufzuklären, während die westdeutsche Delegation aufgrund des Besuchs des „Nazis Rudel" dazu beitrage, die unmenschliche argentinische Militärdiktatur zu verherrlichen und „Nazi-Größen wieder salonfähig" zu machen („FR", 14.6.78).

Ebenfalls den Rücktritt von Neuberger und Gerhardt gefordert hat der sozialdemokratische „Vorwärts" (15.6.78), der gleichzeitig daran erinnerte, daß vor zwei Jahren zwei Bundeswehrgenerale ihren Hut nehmen mußten, als sie an einem „Traditionstreffen" des „Immelmann-Geschwaders" zusammen mit Rudel teilnahmen.

Man darf gespannt sein, wie lange sich Neuberger und Co. noch halten. Breitner for President!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg





Mit „deutschem Gruß" Helmut Schön, 3. von rechts

Schweden: Solidarität mit dem argentinischen Widerstand

Die Jugendorganisation der eurorevisionistischen VPK nahm in einer Extra-Ausgabe ihrer Zeitschrift „KU-Debatt" zur Frage „Fußball ja - Folter nein" Stellung. Ihrer Meinung nach ist die Fußballweltmeisterschaft ein hervorragendes Hilfsmittel, *„um Hunderte Millionen Menschen über die politische Situation in Argentinien zu informieren".*

Die Teilnahme Schwedens an der WM müsse die Voraussetzung für die schwedische Solidaritätsarbeit sein.

Entgegen einer breiten demokratischen Strömung, die den Boykott der schwedischen Mannschaft gegenüber der Fußball-WM fordert, erklären die Eurorevisionisten unter Berufung auf die argentinische „KP" und die Monteneros, daß keine demokratische Partei Argentiniens bzw. die Gewerkschaften die Forderung nach einem Boykott erhoben hätten. Als Forderungen zur Solidarität mit dem Widerstand in Argentinien werden u.a. genannt:

- Der schwedische Fußballverband wird aufgefordert, die Junta zu verurteilen!
- Der Fußballverband soll die Fußballvereine über die politische Situation in Argentinien informieren!
- Die Gelder der schwedischen Fußballmannschaft sollen dem argentinischen Widerstand zur Verfügung gestellt werden!
- Die Massenmedien werden aufgefordert, die verschiedenen schwedischen Solidaritätsinitiativen zu unterstützen und die Berichterstattung über die politische Situation Argentiniens zu verstärken!
- Die Gewerkschaften der LO werden aufgerufen, in Resolutionen und Spenden ihre Verbundenheit mit dem Widerstand zu dokumentieren und Aktionen gegen schwedische Unternehmen mit Tochterfirmen in Argentinien durchzuführen!
- Die schwedische Regierung soll die Menschenrechtsverletzungen in Argentinien erneut in der UNO vorbringen und sich in einer Erklärung von der Politik der Junta distanzieren!

Der Jugendverband der VPK erklärte sich trotz Differenzen bereit, auch mit den Kräften zusammenzuarbeiten, die für einen Boykott der Fußball-WM eintreten.

Am 15. Mai fand von schwedischen Argentinien- bzw. Chile-Komitees in Stockholm ein Fußballturnier zur Unterstützung des Widerstandes statt. An diesem Turnier beteiligten sich verschiedene Fußball-Vereine Stockholms. Die Einnahmen dieser Veranstaltung wurden an das argentinische Komitee für Menschenrechte überwiesen.

Skandinavienkommission

Proteste, Solidaritätsturniere

Mit der Weltmeisterschaft hat sich die Argentinien-Solidarität noch verstärkt. In vielen Stadt- und Alternativ-Zeitungen werden Berichte über den täglichen Faschismus in Argentinien, Kredite der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft, die finanziellen Hintergründe des Fußballs und den reaktionären Deutschen Fußballbund veröffentlicht. In der Stadtzeitung Kassel (Juni '78) wird eine kontroverse Diskussion *„für Boykott", „Brot und Spiele fürs Volk, sagte schon Caesar"* und demgegenüber *„Fernsehboykott? Das ist doch eine hilflose Geste"* unter der Überschrift: *„Folter Nein – Fußball Naja..."* wiedergegeben.

Und neben der Information werden auch weiter Veranstaltungen und Solidaritätsturniere durchgeführt. Im folgenden ein kurzer (nicht vollständiger) Überblick:

– Am 26.5. fand in **Bielefeld** und am 27.5. in **Herford** eine Veranstaltung zur Fußballweltmeisterschaft statt. Getragen wurden diese Veranstaltungen im wesentlichen durch die chilenische Folkloregruppe „Ranquil", die neben Folkloremusik auch einige antifaschistische Lieder, z.B. von Victor Jara brachten. Trotz des mäßigen Besuchs der Veranstaltung im Bielefelder AJZ (ca. 40 bis 50 Leute) fand vor allem die Gruppe „Ranquil" starke Beachtung.

Einen Tag später – als die Gruppe in Herford auftrat – war die Begeisterung riesengroß. Über 100 Jugendliche waren in das „Fla" (selbstverwaltetes Jugendzentrum) gekommen, um den Auftritt der Gruppe mitzuerleben. In der Pause wurden Dias über die Situation in Argentinien gezeigt und ein kurzes Referat gab Aufschluß über die dortige Lage. Eine kleine Bildausstellung diente zur Ergänzung.

Beachtenswert ist diese Veranstaltung in Herford vor allem auch deshalb, weil dies die erste politische Kulturveranstaltung war, die in den Kneipenräumen des Jugendzentrums stattfand und gleich auf sehr großes Interesse stieß. In der nächsten Zeit soll eine ähnliche Veranstaltung zu einem anderen politischen Thema gemacht werden.

– In **Bremen** beteiligten sich am 28.6. an einem Fußballturnier zur Solidarität mit den politischen Gefangenen Argentiniens 33 Mannschaften mit rund 350 Spielern. Es spielten KB, DKP, KPD/ML, viele Spontis, Mannschaften aus Jugendzentren und Freizeitzentren, 2 Betriebsmannschaften, Jusos, eine BI, eine Mannschaft des Jugendamtes und drei Internationalismus-Mannschaften.

Selbst aus Oldenburg kam eine Amateur-Stadtteilmannschaft. Aufgerufen hatten u.a. ein fortschrittlicher Buchladen, die Christen für den Sozialismus, die Gesellschaft für bedrohte Völker, die Christliche Arbeiterjugend, Schüler- und Lehrergruppen, der KB, der MIR. Teilweise waren bis zu 500 Leute auf den Plätzen, davon 200 Zuschauer. 200 Mark Reingewinn werden an amnesty überwiesen.

– In **Bonn** fand am 27.5. eine Argentinienveranstaltung statt, zu der 23 Organisationen aufriefen (zahlreiche Dritte Welt-Gruppen, KG Bonn, GRZ, KB, SB, Falken bis hin zur VVN!). Außer Film und Musik sprach Oswaldo Bayer, im Exil lebender ehemaliger Vorsitzender der Journalistengewerkschaft Argentiniens. Die Veranstaltung war mit 200 Menschen überdurchschnittlich gut besucht.

– Am 17.6. veranstalteten mehrere nordfriesische Jugendzentren, die JUSOs und Amnesty International einen Aktionstag in **Bredstedt**, unter dem Motto, „Fußball ja – Folter nein".

Den über 300 Besuchern wurde ein recht buntes Programm geboten. Zu Beginn spielte der Bredstedter Spielmannszug auf, Informationen über Argentinien wurden geboten, ein Flohmarkt durchgeführt, in einem Fußballturnier stritten sieben Mannschaften um den ersten Platz. Das Rock-Konzert mit drei nordfriesischen Gruppen wurde zum abschließenden Höhepunkt dieses gelungenen Aktionstages.

– Das Plenum des Europäischen Parlaments hat inzwischen eine Resolution verabschiedet, die die Regierungen und Organisationen der Europäischen Gemeinschaft auffordert, alles Erforderliche für die Verbesserung der Menschenrechtssituation in Argentinien zu tun. Vorausgegangen war eine Anhörung, auf der u.a. Opfer der Junta und Professor Käsemann Anklagen gegen die Junta vorgetragen hatten.

Eine Delegation des Sportausschusses des Bundestages, die zur Zeit eine Lateinamerikareise durchführt, wird in Argentinien eine Liste von amnesty mit Namen von inhaftierten oder verschwundenen Westdeutschen übergeben. Sowohl der DFB als auch einzelne Nationalspieler hatten es abgelehnt, diese Liste zu übergeben. (Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Initiativen der französischen Mannschaft, die immerhin das Schicksal von 11 verschwundenen Franzosen klären konnte. Die schwedische Nationalelf nahm geschlossen an einer Kundgebung der Frauen von der Plaza de Mayo teil, die dort jede Woche für Informationen über den Verbleib ihrer verschwundenen Angehörigen demonstrieren – vergl. AK 129.) („FR" 16.6., „SZ", 15.6.78).

Nach Berichten aus
Herford, Niebüll und
Lateinamerika-Kommission

Fortsetzung von Seite 23

teilten zu amnestieren - entweder den „Aufrührer" Barrabas oder den galiläischen Wanderprediger Jesus - ist die Entscheidung des Volkes eindeutig: das Volk fordert Leben und Freiheit für den Rebellen! Das ist kein Wunder, denn kaum ein anderes unterworfenes Volk hat dem Römischen Reich so heftig und beharrlich zugesetzt wie gerade das jüdische.

Es zeigt sich nach dem Tode von Jesus, daß die Predigt seiner Anhänger (Jesus sei „der Messias" gewesen und werde sehr bald „wiederauferstehen") unter den Juden so gut wie gar kein Gehör fand. Falls noch irgendwelche Zweifel bestanden hatten, so mußte zumindest der Gedanke, „der Messias" habe sich hinrichten lassen, um irgendwann „aufzuerstehen", den Juden ganz einfach lächerlich erscheinen.

Obwohl aus der Bibel klar hervorgeht, daß Jesus die traditionelle Überheblichkeit der Juden gegenüber allen Ausländern (gojim) teilte und sich ausdrücklich nur als Prophet für das jüdische Volk verstand (eine phönizische Frau, die zu ihm kommt, will er schroff abfertigen mit den Worten: „**Laß zuvor die Kinder satt werden; es ist nicht fein, daß man der Kinder Brot nehme und werfe es vor die Hunde**" (lt. Markus, 7.27), gehen seine Anhänger nach seinem Tod unter dem Eindruck ihrer glücklosen Missionierungsversuche bei den Juden dazu über, „den gojim das Heil zu predigen".

Das Christentum verbreitete sich im Römischen Reich als Religion der am meisten Ausgebeuteten und Unterdrückten, vor allem der Sklaven. In einer Epoche, wo das römische Expansionsstreben immer mehr an seine Grenzen stieß und ständige innere Krisen das Reich erschütterten, **leistete die Ideologie des Christentums den Herrschenden vorzügliche Dienste, indem sie die Unterdrückten auf ein besseres „J e n s e i t s" vertröstete und die gewaltsame Auflehnung gegen die Unterdrückung entschieden verurteilte.** Als dann das Christentum Staatsreligion des Römischen Imperiums wurde, wurde es sehr schnell zur aggressiven Waffe gegen alle anderen Religionen: Es begann das blutige Wüten des christlichen Religions-Terrors. Kaum ein Völkermord, der nicht „im Zeichen des Kreuzes" begangen wurde - Ausrottung oder Versklavung der Indianervölker Südameriaks, Vertreibung und Verfolgung der Juden, Verschleppung von Millionen von Afrikanern als Sklaven nach Amerika, bis hin zur Absegnung der imperialistischen Weltkriege durch die christlichen Kirchen.

D a s war es zweifellos n i c h t, was Jesus propagiert hatte. Ebenso bedeutet es aber eine Vergewaltigung der historischen Figur des Jesus, wie sie die Bibel vermittelt, wenn man ihn zum Revolutionär und Kommunisten zu stilisieren versucht.

Ein Genosse der AK-Redaktion

Ein Genosse der AK-Redaktion

Veranstaltung

Die Opposition in Osteuropa und die westliche Linke



1968: Prager Bürger werfen sich den Invasionstruppen entgegen

Am 14. Juni fand in Hamburg eine Veranstaltung zur Solidarität mit der osteuropäischen Opposition statt. Daran nahmen erfreulicherweise 1200 Menschen teil (trotz WM). Um das Zustandekommen dieser Veranstaltung hatte es ein halbes Jahr lang Kontakte und Gespräche zwischen dem Sozialistischen Osteuropakomitee, der GIM, dem SB und dem KB gegeben. Schwierigkeiten gab es insbesondere durch das zögernde bis ablehnende Verhalten des SB - das schließlich auch erst in letzter Minute auf den längst fahrenden Zug aufsprang - und durch die uneingestandene Ablehnung der GIM, gemeinsam mit dem KB als Veranstalter einer derartigen Diskussion aufzutreten. Unterschiedliche Vorstellungen über die Konzeption der Veranstaltung selbst spielten demgegenüber eine zweitrangige Rolle.

Wir betrachten es daher als Fortschritt, daß die Veranstaltung schließlich doch zustande kam und schon vom Thema her deutlich machte, daß die Auseinandersetzung mit den Positionen der osteuropäischen Opposition als wesentliche politische Aufgabe der westdeutschen Linken begriffen wurde.

Auf dem Podium vertreten waren nach einer kurzfristigen Absage von amnesty international: Sozialistisches Osteuropakomitee, Jungdemokraten, SB, GIM, »KPD« und KB. Als westdeutsche Genossen, die zu dieser Problematik seit längerem arbeiten, beteiligten sich ferner Renate Damus und Ursula Schmiederer. Als Vertreter der osteuropäischen Opposition waren die jetzt unfreiwillig in der BRD lebenden Jürgen Fuchs und Wolf Biermann sowie der sich zur Zeit in Westberlin aufhaltende ungarische Schriftsteller Miklos Haraszti gekommen.

Im ersten Beitrag gab Renate Damus eine kurze Darstellung der Analyse des »realen Sozialismus« von Rudolf Bahro - der eben dieser Analyse wegen seit einem dreiviertel Jahr in der DDR in Haft ist und seinem Prozeß wegen »nachrichtendienstlicher Tätigkeit« entgegensieht. Bahro kennzeichnet den »realen Sozialismus« als Gesellschaftsform, in der alle Lebensbereiche durch die Staatshierarchie gelenkt werden, und in der die Produzenten weder über die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung noch über die Art ihrer Bedürfnisse oder die Form von deren Befriedigung bestimmen können. Bahro fordert daher gleichermaßen eine ökonomische Alternative wie eine kommunistische Opposition für die Länder des RGW.

Ursula Schmiederer vertrat in ihrem Beitrag den Standpunkt, daß die Linke in der BRD zu leicht mit bestimmten Etiketten an die Opposition im »realen Sozialismus« herangehe (»bürgerlich«, »nationalistisch«, »revisionistisch«), und forderte dazu auf, die Widersprüche innerhalb der Opposition ernst zu nehmen. Es müsse auch berücksichtigt werden, wie gering die Entfaltungsmöglichkeiten der Opposition im »realen Sozialismus« sind. Sie hob den politischen Zusammenhang hervor, der zwischen den Bedingungen der Opposition im »realen Sozialismus« und den Bedingungen unseres eigenen politischen Kampfes besteht; die osteuropäische Opposition braucht Öffentlichkeit im Westen, aber sie entscheidet zugleich auch mit über unsere Bedingungen.

Der Vertreter der Jungdemokraten wandte sich dagegen, *»demokratische Rechte im Osten nur einigen zuzugestehen«*; die Äußerung auch reaktionärer Positionen müsse möglich sein, und unsere Solidarität müsse dementsprechend allen gelten. Politisch sollten allerdings nur diejenigen unterstützt werden, die in ihren Ländern das vertreten, was wir auch hier vertreten.

Er verwies auf die Bedeutung der offiziellen Beziehungen, die die Jungdemokraten zu Jugendorganisationen der RGW-Länder unterhalten und die es ihnen ermöglichten, Informationen weiterzugeben und Gespräche zu führen.

Vor allem mit der Analyse Rudolf Bahros setzte sich der Vertreter der GIM auseinander, der dessen Thesen im großen und ganzen zustimmte. Er kritisierte dann aber das Fehlen einer wirklichen Alternative, da weder der Träger der revolutionären Umwäl-

im großen und ganzen zustimmte. Er kritisierte dann aber das Fehlen einer wirklichen Alternative, da weder der Träger der revolutionären Umwäl-zung noch die Rolle der neuen Partei noch die »Verfaßtheit« einer veränderten Form des Sozialismus geklärt seien.

Zum Kernpunkt der GIM-Position kam er zum Schluß: Solidarität müsse grundsätzlich a l l e n politischen Gefangenen und Oppositionellen gelten. Ist dieser Standpunkt, auf den wir weiter unten noch eingehen, schon politisch bedenklich genug, so wurde es um so konfuser, als der Genosse ergänzte: die Grenze sei da, wo sich Personen mit Waffen gegen den Staat verschwören. Warum denn gerade da?

Den unseres Erachtens schwächsten Beitrag hielt das SB, dessen Vertreter gleich zu Beginn selbstkritisch bekannte, man habe sich mit derartigen Fragen noch nicht ausreichend beschäftigen können. Auch er sah in Bahros Buch den Ausgangspunkt für eine Diskussion, die innerhalb der Linken in Gang zu bringen sei. Eine Aussage des Genossen verdient es, festgehalten zu werden: Die Oktoberrevolution war keine sozialistische, sondern eine antikapitalistische Revolution ...

Bemerkenswerte Zurückhaltung auf Seiten der »KPD«, deren Vertreter erst gegen Ende seiner Ausführungen mit der »besonderen Bedrohung durch die UdSSR« herausrückte. Am Bahro, dessen Thesen er Sprengkraft »für Ost und West« bescheinigte, kritisierte er insbesondere, daß dieser »auf halbem Wege stehen« bleibe, u.a. was die nationale Frage sowie den Charakter der UdSSR betreffe. Für die oppositionellen Strömungen in der DDR sei es am wichtigsten, sich mit allen Kräften zusammenzuschließen, die gegen die politische Unterdrückung »in beiden Teilen Deutschlands« kämpfen - also mit der »KPD«...

Fortsetzung auf Seite 51

Resolution

Die Teilnehmer der Veranstaltung verurteilen den Versuch der tschechoslowakischen Behörden, demokratische Oppositionelle in einer sich selbst sozialistisch nennenden Gesellschaft mit den gleichen Methoden einzuschüchtern und zu isolieren, die auch von der herrschenden Klasse in kapitalistischen Staaten gegen Demokraten und Kommunisten angewendet werden.

Mit Empörung vernehmen wir, daß allein die Unterstützung der berechtigten Forderungen der Charta 77 über hundert Unterzeichner des Dokuments den Arbeitsplatz gekostet hat. Begründet wurde die Entlassung u.a. mit „mangelnder politisch-moralischer Eignung" für die weitere Arbeit im Betrieb. Wir fordern die Rücknahme der Berufsverbote in der CSSR.

Darüberhinaus fordern wir die Freilassung der im Brief von Petr Uhl erwähnten politischen Gefangenen Jiri Lederer, Ota Ornest, Ivan Jirous, Ales Brezina, Vladimir Lastuvka, Ales Machacek, Frantisek Pitor, Alena Klimova, Miloslav Lojek und Miloslav Cerny ebenso wie die Klärung der im letzten Dokument der Charta (Times, 30.5.78) erwähnten Fälle von Rudolf Battek, Vaclav Havel, Gertruda Sekaninova-Carterova, Petr Cibulka, Libor Chloupek, Pavel Novak, Josep Brychta und Gustav Vlasaty.

Wir protestieren außerdem gegen die Verhaftung von insgesamt 41 Bürgerrechtlern anläßlich des Besuchs von L. Breshnew, darunter alle drei Sprecher der Charta (J. Sabata verschwand auf dem Weg von Brno nach Prag, ohne daß zunächst über seinen Verbleib etwas bekannt wurde). Wir teilen die Befürchtung der ungarischen oppositionellen Intellektuellen, daß nach Abschluß der Belgrader Konferenz eine „Offensive polizeilicher Maßnahmen sich auch auf Länder Osteuropas ausdehnen wird".

In dieser Situation messen wir Erklärungen tschechoslowakischer Opposition, die nicht nur die Repression der CSSR schildern, sondern diese Ereignisse in einen internationalen Zusammenhang stellen, besondere Bedeutung bei. Als wichtigen Schritt für den gemeinsamen Kampf der osteuropäischen und westeuropäischen Linken betrachten wir die Berufsverboteerklärung der Genossen Medek, Sabata, Pallas, Lopatka, Nemec, Sabatova und Uhl vom Oktober 77 und die Solidaritäts-Erklärung ungarischer Intellektueller vom Mai 78. Wir hoffen, daß sich in naher Zukunft weitere Berührungspunkte im gemeinsamen Kampf ergeben werden und versichern der demokratischen und sozialistischen Opposition der CSSR unsere volle Solidarität.

(Diese Resolution konnte aus Zeitgründen nicht mehr zur Abstimmung gestellt werden.)

Kurzmeldungen

Radikalenerlaß in der Kirche bestätigt

Aus Anlaß einer Diskussion um das Thema „Wie links ist die Kirche" wiederholte die Nordelbische Kirche ihren „Radikalenerlaß": „*Die Kirchenleitung hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie eine linksradikale Betätigung von Pastoren für mit dem geistlichen Amt unvereinbar erachtet. Die Kirchenleitung hat auch wiederholt bewiesen, daß sie linksradikalen Kräften mit allen ihr gegebenen Möglichkeiten entgegengetreten ist.*" (Flensburger Tageblatt, 30.5.78). Das hat sie zweifelsohne!

Kirche lädt Prof. Brückner aus

Die evangelische Akademie Tutzingen hat Peter Brückner, der zu einem Vortrag eingeladen worden war, wieder ausgeladen, weil er wegen des Buback Nachrufes vom Dienst suspendiert wurde. 16 Professoren (u.a. die Theologen Gollwitzer, Sölle, Stoodt) haben gegen diese Ausladung entschieden protestiert. „*Der Akademie gehe es offenbar ,um das gute Einvernehmen mit einer uniformierten, einseitig verhetzten Öffentlichkeit, die andere Positionen als die offiziellen und konventionellen nicht zu dulden vermag*". Sie fordern die Akademieleitung auf, diese Entscheidung zu korrigieren. „*Andernfalls würden sie selbst nicht nur jede zukünftige Zusammenarbeit schon jetzt absagen, sondern auch alle Kollegen, denen es mit Freiheit der Wissenschaft ernst sei, auffordern, sich ebenso zu verhalten*" (zit. nach „FR", 14.6.78).

Kirchenkommissic

Im Wortlaut:
Beitrag des Kommunistischen Bundes

Ein breit gefächertes Spektrum von politischer Opposition macht verstärkt in den letzten Jahren in den Ländern des „realen Sozialismus" von sich reden.

Die herrschenden Partei- und Staatsbürokraten bekämpfen sie mit schärfster Repression, 12 und mehrjährigen Gefängnisstrafen für Delikte wie „staatsfeindliche Hetze" o.ä., Folter, Schlagstockprügeleien, sogar Einsatz von Tränengas schon während der Untersuchungshaft (wie das jüngste Dokument der „Charta 77" enthüllte). Die Sowjetunion gar entledigt sich eines Teils ihrer Oppositionellen einfach durch die Einweisung in psychiatrischen Kliniken, wo die physische Konstitution und die geistige und politische Identität systematisch zerstört werden sollen. Ist auch die Behandlung von Oppositionellen in den Ländern des „realen Sozialismus unterschiedlich, so haben sie doch alle eines gemeinsam: Für jedwede Form von politischer Opposition ist in ihrer gesellschaftlichen Ordnung kein Platz; ihr wird jedes Recht auf politische Äußerung streitig gemacht, jede Stellungnahme von den Medien unterdrückt, jeder Flugblatt- und Zeitungsvertrieb untersagt. Jeder Schritt wird ausspioniert; ihr Alltag ist von ständigen Übergriffen der polizeilichen Organe begleitet.

Unter solchen Bedingungen ist die Osteuropäische Opposition stark auf die Benutzung westlicher Medien, von westlichen Informationen angewiesen, wofür etwa das Unternehmen „Charta 77" ein Beispiel ist. Dies bringt zwangsläufig die Gefahr der Ausnutzung und Irreführung durch die imperialistische Propaganda mit sich, wie sie z.B. Anfang 1977 vom damals neuen US-Präsidenten Carter in seiner sog. „Menschenrechtskampagne" betrieben wurde. Solche Manöver erschweren den fortschrittlichen Menschen und linken Organisationen im Westen wiederum, den politischen Gehalt und die wirkliche Qualität einer oppositionellen Bewegung zu erfassen. Allein die Tatsache aber, daß eine oppositionelle Politik sich im wesentlichen auf Medien des Auslandes stützen muß, um überhaupt gehört zu werden, beweist schon, daß der „reale Sozialismus" real kein Sozialismus ist.

Für eine revolutionäre Bewegung ist die Existenz von Opposition und die ständige offene und gründliche Auseinandersetzung mit den jeweiligen kontroversen Positionen, bei jedem ihrer Schritte nicht nur selbstverständlich, sondern eine Lebensnotwendigkeit. Gewöhnt sie sich diesen – mit Mao Tse Tung gesagt – „Kampf zweier Linien" – ab, so versackt sie sehr schnell in der abstoßenden politisch ideologischen und kulturellen Fäulnis, die für den „realen Sozialismus" inzwischen typisch ist.

zwischen typisch ist.

Daß es für eine kritische Auseinandersetzung mit der herrschenden Politik im „realen Sozialismus" an den primitivsten Voraussetzungen fehlt, ruft natürlich viele spontane, zunächst diffuse, und für uns im Westen nicht immer gleich verständliche Formen von politischer Opposition hervor. Die undemokratischen Strukturen und die scharfe Repression erleichtern ersteinmal berufsmäßigen rechtsradikalen Demagogen, wie etwa Kardinal Wyschinski in Polen, das Geschäft. Sie können für ihre finsteren Absichten auf jede Menge berechtigter Kritikpunkte am Regime demagogisch zurückgreifen. Bezeichnend für die revisionistischen Parteimachthaber ist es, daß sie es verstehen sich mit solchen Kräften nicht selten – so auch z. B. mit Wyschinski – zu arrangieren.

Schon von der historischen Entwicklung der Länder des „realen Sozialismus" her, liegt es auf der Hand, daß dort, im Einzelnen unterschiedlich stark ausgeprägt, zunächsteinmal Opposition von antikommunstischen Positionen aus besteht. Solche „Oppositionelle" werden mit Vorliebe in der reaktionären Presse im Westen als „die Opposition" vermarktet und mit anderen Oppositionellen in einen Topf geworfen, deren Kritik von demokratisch-humanistischen oder gar sozialistischen Positionen her ansetzt. Gerade konnten wir in den zurückliegenden Wochen wohl den perversesten solcher Versuche erleben, als kroatische Faschisten, von einem Teil der Presse zu „Freiheitskämpfern" hochstilisiert wurden, weil deren Austausch gegen westdeutsche Terroristen von offiziellen Stellen in Erwägung gezogen wird.

Dieser Fall, wie auch das Spektakel, das rechtsradikale Emigrantenkreise mit Unterstützung von Organisationen wie der „Gesellschaft für Menschenrechte" (GFM), der Zeitschrift „kontinent", des „Brüsewitz-Zentrums" etc. immer wieder inszenieren, weisen auf die Notwendigkeit einer klaren Analyse und politischen Differenzierung seitens der westlichen Linken hin, als Grundvoraussetzung jeder Form von Solidarität.

Das Treiben von reaktionären und chauvinistischen Kräften in Ost und West ist u.E. auch ein wesentlicher Grund für die gesunde und manchmal auch ungesunde Skepsis der westlichen Linken gegenüber osteuropäischen Oppositionellen. Die Instrumentalisierung der osteuropäischen Opposition durch die imperialistische Propaganda, hat es zudem erschwert, insbesondere in Kritikern von bürgerlich-demokratischen Positionen aus, potentielle Bündnispartner und Ansprechpartner zu sehen. Dazu hat auch die Tatsache beigetragen, daß so manch ein als „Demokrat" ausgemachter Oppositioneller, nach seiner Emigration – zumeist aus der SU oder der DDR – sich als willfähriges Instrument antikommunistischer Greuelpropaganda von Gerstenmaier, CDU und Co. erwiesen hat.

Emigration – zumeist aus der SU oder der

Nichtsdestotrotz gibt es – vor allem in der CSSR und Polen – ein breites politisches Spektrum von Opposition, das seine Kritik ersteinmal von bürgerlich-demokratischen, humanistischen Positionen aus formuliert. In Regimen, die sich trotz gegenteiliger Praxis verbal auf den Sozialismus berufen, die ihre Völker tagtäglich mit einer unlesbaren scheinsozialistischen Phraseologie vollpumpen, nimmt das kein Wunder.

Gegen Ende des „Prager Frühlings" haben sich z.B. tschechische Genossen die Frage gestellt: Sollen wir eine neue kommunistische Partei gründen? Der Gedanke wurde verworfen, weil sich das Argument durchsetzte, daß durch die herrschende Politik der Kommunismus schon so diskreditiert ist, daß die Bezeichnung „kommunistisch" im Bewußtsein der Bevölkerung nur Verwirrung stiften und böse Assoziationen hervorrufen würde, und so die Ausgangsbedingungen einer solchen Partei von vorneherein verschlechtern würde. Wir wollen das an dieser Stelle nicht politisch werten – klar wird jedoch, daß bürgerlich-demokratische Positionen spontan sozusagen der „natürliche" Inhalt von dieser Opposition sind, und daß die Identifikation mit dem Sozialismus nach der Erfahrung des sog. „realen Sozialismus" für den Kritiker nicht gerade automatisch auf der Hand liegt . . .

Dies gilt nicht für linke Kritiker, die zumeist aus der Parteiarbeit kommen, und sich ihre sozialistische Weltanschauung trotz vergeblichen Kampfes gegen die Parteiführungen bewahrt haben. In größerem Umfange gibt es sie nur in der CSSR, wo nach der sowjetischen Invasion Hunderttausende von unbequemen Genossen aus der Partei herausgesäubert wurden. Als der wohl fähigste derartige Oppositionelle ist hier Rudolf Bahro zu nennen, der nach der Veröffentlichung seiner Kritik am SED-Staat im August des letzten Jahres verhaftet wurde und seither im Knast sitzt. Ihm gilt heute unsere besondere Solidarität.

Insgesamt gesehen haben es die linken Kritiker in der Entwicklung einer schlagkräftigen politischen Praxis am schwersten. Die theoretische Diskussion, die Verarbeitung des Phänomens „realer Sozialismus" im RGW selbst, hat gerade erst begonnen. Es gibt keine direkt linke oder sozialistische Organisation von nennenswertem Einfluß in Osteuropa, keine sichtbare innerparteiliche Opposition. Oppositionelle Organisationen haben meist Bündnischarakter, sind Zirkel oder Komitees mit einer konkreten Aufgabenstellung und politisch breit gestreuter Zusammensetzung.

In der „Charta 77" beispielsweise existieren Koketterien mit dem Imperialismus neben dem Aufruf an die westliche Linke, in Sachen Berufsverbote konkret zusammenzuarbeiten.

In der Bestimmung unserer Stellung zur Opposition in Osteuropa muß zunächsteinmal gesagt werden, daß in einem Land, wo kein Streik- und Demonstrationsrecht existiert, keine Rede- und keine Versammlungsfreiheit, in dessen Justiz und Strafvollzug die Herrschenden ihre Willkür weitgehend durchsetzen, daß in einem solchen Land nicht nur eine revolutionäre und sozialistische Opposition notwendig ist, sondern auch eine Opposition von bürgerlich-demokratischen Positionen her ihre volle Existenzberechtigung hat. Daran ändert auch nichts, wenn ein solches Land zu alledem noch die Unverfrorenheit besitzt, sein Regime für sozialistisch auszugeben. Jedem politisch Verfolgten gebührt unsere Solidarität und Zusammenarbeit, es sei denn, e r s e l b s t stellt sich außerhalb von Demokratie und Fortschritt.

Wir können selbstverständlich niemanden unterstützen den wir aufgrund von undemokratischen Positionen nicht auch im e i g e n e n Land im Rahmen demokratischer Bündnispolitik unterstützen würden.

Dennoch müssen wir uns die Aufgabe stellen, speziell an der Herausbildung einer linken Politik mitzuwirken, und Mittel und Wege finden, mit den osteuropäischen Linken darum einen Dialog zu entwickeln. Rudolf Bahro z.B. versteht sein Buch „Die Alternative" als Arbeit an der theoretischen Basis für den „ . . . *organisierten, langfristigen Kampf um eine andere Gesamtpolitik . . .*", und schreibt über die gegenwärtige Politik der osteuropäischen Opposition: „ . . . *Es kennzeichnet den rapiden ideologischen Zerfallsprozeß in den osteuropäischen Ländern seit der militärischen Polizeiaktion vom August 1968, daß sich das Gros der oppositionellen Elemente erst einmal auf rein liberaldemokratische Forderungen, auf eine Menschenrechtskampagne, zurückgeworfen sieht, auf eine Position also, die zugleich die breiteste und die platteste, konstruktiv-gehaltloseste ist*" (BII, 13).

Wenn wir dafür plädieren, über die Zustände im „realen Sozialismus" nicht vornehme Zurückhaltung zu wahren, sondern eindeutig Partei zu ergreifen für die fortschrittliche Opposition, ihre Angelegenheiten öffentlich zu machen, sie mit konkreten Aktionen gegen Repressalien zu schützen, uns mit ihren Positionen auseinanderzusetzen usw., so tun wir das nicht allein aus moralischer Verpflichtung und nicht allein aus internationalistischer Solidarität.

Wir tun dies auch, weil hierzulande der Antikommunismus speziell aus dem Beispiel DDR seine Munition bezieht, weil Sozialismus schlechthin mit den Zuständen im „realen Sozialismus" identifiziert wird, weil wir niemenden mehr von revolutionären Idealen begeistern können, ohne das verlogene, scheinheilige und zuweilen brutale Antlitz des „realen Sozialismus" einer Kritik zu unterziehen und zu beweisen: u n s e r S o z i a l i s m u s hat ein anderes Gesicht!

Vorschläge zur praktischen Solidarität

Bei einem Gespräch, das Teilnehmer der Podiumsdiskussion vor der Veranstaltung führten, wurden mehrere Vorschläge gemacht, in welcher Weise praktische Solidarität mit der Opposition in Osteuropa – wie auch mit den zwangsemigrierten und ausgebürgerten Oppositionellen hier im Westen – geübt werden könnte:

– von uns vorgeschlagen wurde die Schaffung einer Emigrantenzeitschrift als Gegengewicht zum reaktionär ausgerichteten „Kontinent".

– Jürgen Fuchs wies auf die Notwendigkeit insbesondere für im Westen lebende DDR-Oppositionelle hin, ein Forum für Kontakte und Auseinandersetzung über politische und kulturelle Fragen zu haben.

– Ursula Schmiederer schlug die Schaffung eines Fonds vor, aus dem ausgebürgerte oder emigrierte linke Oppositionelle, die es gerade am Anfang äußerst schwer haben, unterstützt werden können.

Wir fordern alle Betroffenen und Interessierten auf, die Vorschläge und Beiträge, die auf der Veranstaltung nicht mehr gebracht werden konnten, den anderen Beteiligten schriftlich zuzusenden, so daß eine Fortführung der Diskussion zumindest in kleinerem Kreis gesichert ist und eventuell ein weiteres Arbeitstreffen zu diesen Fragen durchgeführt werden kann.

»Die Opposition in Osteuropa...

Der Beitrag Miklos Harasztis läßt sich in mehreren Thesen zusammenfassen:

- *»Für eine wirkliche Solidarität gibt es keinen anderen Ausgangspunkt als die Frage der Menschenrechte.«*
- Die westliche Linke dürfe nicht entscheiden wollen, wer (von der osteurop. Opp.) Sozialist sei und wer nicht; wenn sie in ihrer Solidarität differenziere, spiele sie sich ebenso zum Richter auf, wie das die jetzigen Machthaber im »realen Sozialismus« tun.
- Die Linke müsse allen Menschen, allen gesellschaftlichen Gruppen, allen Bestrebungen helfen, die sich von der Staatskultur lösen wollen.

Von besonderer Bedeutung waren die Ausführungen von Jürgen Fuchs, dem es gelang, in seinem Beitrag deutlich zu machen, daß die Frage der Solidarität nicht nur eine Frage allgemeiner Prinzipien ist, sondern für die Betroffenen von großer persönlicher Bedeutung sein könne. Er stellte dar, in welcher üblen und haßerfüllten Manier die westdeutschen reaktionären Medien - Springers »Welt« voran - die sonst so hochgeschätzten »Dissidenten« mit Dreck bewerfen, sobald sich diese ihren antikommunistischen Kampagnen verweigern.

Wolf Biermann machte in seinem Beitrag klar, welche Bedeutung Rudolf Bahro für ihn selbst und für die anderen Oppositionellen in der DDR hat, indem sein Buch ausführlich und systematisch das darlege, wovon die verschiedenen Oppositionellen bewußt oder unbewußt ausgingen. Bahro werde in der DDR, wo er nicht gedruckt werde, erheblich mehr gelesen als in der BRD, wo er wohl öfter gedruckt als gelesen worden sei.

Im weiteren, eingehend auch auf Zurufe aus dem Publikum, forderte Biermann zu einer gründlichen Auseinandersetzung mit Stalin auf und ging dann auf eine Frage nach seinem Verständnis von Solidarität ein. Am Beispiel Reiner Kunzes stellte er klar, daß zur Solidarität auch Auseinandersetzung mit Positionen gehöre, die man für falsch, schädlich oder reaktionär hält.

Wegen der fortgeschrittenen Zeit konnte sich die Diskussion leider nur noch mit einem der angeschnittenen Probleme befassen. Zum wiederholten Male wurde hierbei deutlich, daß die insbesondere von der GIM aufgestellte Forderung »Solidarität mit a l l e n von politischer Repression Betroffenen«, die inhaltliche Auseinandersetzung gerade verwischt und verhindert. Es kann nicht unsere Sache sein, uns mit Positionen, die wir hier in der BRD und sonst überall auf der Welt entschieden bekämpfen, plötzlich deshalb zu solidarisieren, weil sie in einem Land des RGW vertreten werden und die betreffenden »Oppositionellen« sich deswegen Repressionen ausgesetzt sehen. Eine a n d e r e Frage ist allerdings, inwieweit wir die Art und Weise, in der man sich in der UdSSR und andernorts mit linken w i e rechten Kritikern auseinandersetzt, kritisieren und sie als eines wirklich sozialistischen Landes in jedem Falle unwürdig verurteilen.

Wesentliche andere Fragen, die auf dem Podium aufgeworfen worden waren, konnten demgegenüber nicht mehr diskutiert werden. Wir zählen dazu einmal die insbesondere von dem Genossen Haraszti gestellte Frage, inwieweit die Bürgerrechtsbewegung »hier wie dort«, d.h. im Westen wie im Osten, dem eigentlichen Ziel der Linken näherführe als die verschiedenen sozialistischen Theorien.

Diskutiert werden müßte außerdem, wie die Solidaritätsarbeit - Unterstützung wie auch kritische Auseinandersetzung - konkret in Angriff genommen werden kann.

Wir meinen, daß eine wesentliche Voraussetzung für Solidarität überhaupt gründliche und umfassende Information ist, und werden, wie bisher schon, weiterhin im ARBEITERKAMPF über die Oppositionsbewegungen im »realen Sozialismus« berichten und uns auch mit den Positionen der Oppositionellen auseinandersetzen.

Wir betrachten die Veranstaltung vom 14.6. als gelungenen ersten Schritt für eine Verbreiterung der Arbeit und gehen davon aus, daß die diesmal zu kurz gekommene Diskussion nachgeholt und weitergeführt werden wird.

Der böse »maoistische ARBEITERKAMPF«

Wieder einmal – vielleicht zum letzten Mal? – hat der westberliner „Extra-Dienst" versucht, die sowjetische Außenpolitik gegen linke Kritiker in Schutz zu nehmen. In der Ausgabe vom 14.4.78 kritisierte er den ARBEITERKAMPF (124). Wir hatten in dem Artikel das umfangreiche Phosphatabkommen zwischen Marokko und der UdSSR sowie den von der Sowjetunion geleisteten 2 Mrd. Kredit enthüllt und aufgezeigt, daß solche Wirtschaftsabkommen nicht nur das feudal-faschistische Hassan-Regime stützen, sondern den Krieg gegen das sahaurische Volk verlängern. Der „ED" schreibt, daß die UdSSR nicht nur – wie wir behaupten – *„ihre Unterstützung der POLISARIO-Befreiungsbewegung rethorisch ... verdeutlicht, sondern vor allem dadurch, daß sie sich am 10.3.78 weigerte, das unterschriftenreife marokkanisch-sowjetische Fischereiabkommen zu unterzeichnen."* Grund dafür seien Klauseln, die sich auf die *„neuen marokkanischen Seegrenzen"* beziehen. Durch die Nichtunterzeichnung des Vertrages würde die UdSSR die marokkanische Souveränität über die Westsahara nicht anerkennen.

Tatsache ist jedoch, daß die UdSSR diesen Vertrag zwar nicht am 10.3. (wie ursprünglich vorgesehen), sondern am 27.4. dieses Jahres unterzeichnet hat. Nach diesem Abkommen *„dürfen sowjetische Schiffe auf offener See an der marokkanischen(?) Atlantikküste Fischfang betreiben"* (Monitor-Dienst, 2.5.78).

Nicht nur der böse *„maoistische Arbeiterkampf"* (Originalton „ED") hat im übrigen dieses Abkommen kritisiert, sondern ebenfalls die vom „ED" sehr geschätzte Regierung Algeriens, weil die marokkanische Interpretation des Abkommens verstehen läßt, daß die UdSSR die *„neuen Grenzen"* des Königreichs – einschließlich der Westsahara – anerkennt. Im übrigen solle es die Sowjetunion nicht nur bei der v e r b a l e n Unterstützung des sahaurischen Volkes belassen („Le Monde", 4.5.78).

Nahost-Kommission

Aus der Welt des „realen Sozialismus"

Sowjetunion. Wegen "Rowdietum" wurden am 21.6. zwei jüdische Sowjetbürger verurteilt. "Rowdietum" ist eines jener dehnbaren Gesetze, die in der Sowjetunion gern zur Kriminalisierung politischen Protests eingesetzt werden:

– Wladimir Slepak und seine Frau Maria waren am 1. Juni festgenommen worden, weil sie von ihrem Balkon ein Transparent mit der Aufschrift "Laßt uns zu unserem Sohn nach Israel reisen" gehängt hatten. Wladimir Slepak wurde deswegen zu fünf Jahren 'Verbannung' verurteilt. Der Prozeß gegen Maria Slepak wurde wegen Erkrankung der Angeklagten verschoben.

– Ina Nudel wurde in einem zu gleicher Zeit stattfindenden Prozeß zu vier Jahren 'Verbannung' verurteilt. Sie hatte an ihrer Wohnung ein Transparent angebracht, auf dem es hieß: "KGB, gebt mir ein Visum für Israel". ("Welt", 22.6.).

CSSR. Drei von den rund 60 Menschen, die von den CSSR-Behörden vor dem Besuch Breschnews in "Vorbeuge-Haft" genommen worden waren, sind nach dem Besuch noch nicht wieder freigelassen worden. Wie Sprecher der "Charta 77" bekanntgaben, handelt es sich um Jiri Grusa (Schriftsteller), Pavel Roubal (Ingenieur) und Jan Simsa. Ihnen wird „subversive Aktivität" (Artikel 100 des Strafgesetzes) vorgeworfen („Le Monde", 14.6.).

Polen. Wieder einmal wurden mehrere Sprecher des polnischen "Komitees für öffentliche Selbstverteidigung" festgenommen: Jacek Kuron und Jan Lipinski, letzterer ist Chefredakteur der oppositionellen Zeitung "Robotnik" ("Der Arbeiter"). Ein amtlicher Grund für die Festnahmen wurde nicht genannt. ("FAZ", 19.6.) Ständige unbegründete Festnahmen (für jeweils ein-zwei Tage) sind eine Taktik der polnischen Polizei gegen bekannte Vertreter der Opposition.

Spendenliste

Für Eritrea/EPLF

H. St., Würzburg	200,00
M. Sch., Langwedel	20,00
J. B., Göttingen	500,00
KB/Gruppe Stade	50,00
Wohngemeinschaft Stettiner Straße, Göttingen	165,00
R. W., Oldenburg	100,00
KB/Gruppe Freiburg	10,00
B. B., Westberlin	100,00
R. C., Osnabrück	30,00
N. N.	10,00
Chemiegenosse, KB/Gruppe HH	50,00
Summe	1.235,00
Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für Eritrea/EPLF auf	DM 9.898,00

Die eingegangenen Spendengelder werden für das im ARBEITERKAMPF Nr. 131 erwähnte Schulprojekt in Eritrea verwandt.

Für PFLP, Libanon

KB/Gruppe Bremen	50,00
P. L., Hamburg	50,00
AG zur Lage der Behinderten, HH	300,00
Sammlung N. N., Hamburg	1.000,00
Genossen aus Hamburg-Altona	50,00
W. M., Hannover	20,00
KB-Sympathisanten aus Hamburg-Eimsbüttel	20,00
P. P., Hamburg	100,00
S. B., Hamburg	20,00
KB Genossen, Herne	100,00
L. L., Heidelberg	44,80
M. Sch., Westberlin	100,00
SSB/Gruppe Westberlin	160,00
J. B., Bremerhaven	20,00
R. G., Hamburg	25,00
M. Sch., Westberlin	100,00
KB/Gruppe Göttingen	300,00
J. T., Rotenburg	5,00
KB/Gruppe Pforzheim	20,00
R. G. Heidelberg	100,00
U. N., Göttingen	50,00
W. Z., Marburg	35,20
KB/Gruppe Göttingen	70,00
BC Bergedorf, KB/Gruppe HH	70,00
Summe	2.810,00
Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für die PFLP Libanon auf	DM 129.701,94.

Für Frente Polisario/Westsahara

U. N., Göttingen	100,00
Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für die Frente Polisario auf	DM 30.426,58

Für MIR, Chile

Arbeiterhilfe e.V., Hamburg	340,00
Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für MIR auf	DM 293.354,37.

Leninismus und Revisionismus in der Gewerkschaftsfrage

Sind die Gewerkschaften *„ein Kraftzentrum für die Verteidigung und Erweiterung sozialer und demokratischer Rechte"* (Originalton DKP)? In welchem Verhältnis stehen sie zur Bourgeoisie und zum bürgerlichen Staat? Wie sind die Gewerkschaftsausschlüsse zu bewerten? – Das sind Fragen, die zuletzt im Zusammenhang mit dem Russell-Tribunal über die Repression in der BRD wieder in die öffentliche Diskussion der Linken kamen.

Die Haltung zur Spaltung der Arbeiterbewegung, zur Sozialdemokratie und zu den Gewerkschaften sind z e n t r a l e Punkte im ideologisch-politischen System des modernen Revisionismus.

In diesem Artikel wollen wir die leninistische Position zur Gewerkschaftsfrage mit ihrer revisionistischen Parodie im „neuen" Programmentwurf der DKP vergleichen. (Von „neu" mit Anführungszeichen sprechen wir, weil an diesem Programmentwurf in Wirklichkeit kaum etwas neu ist gegenüber früheren programmatischen Texten der DKP).

Lenin über die „Arbeiteraristokratie"

In „Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" schreibt Lenin, daß sich in den Ländern des 'Westens' viel stärker noch als in Rußland in den Gewerkschaften eine **„Schicht einer beruflich beschränkten, bornierten, selbstsüchtigen, verknöcherten, eigennützigen, spießbürgerlichen, imperialistisch gesinnten und vom Imperialismus bestochenen, vom Imperialismus demoralisierten 'Arbeiteraristokratie' herausgebildet"** habe (Berlin/DDR 1966, S.40).

Insbesondere nach dem Beginn des 1.imperialistischen Weltkriegs und dem Übergang von großen Teilen der alten Sozialdemokratie zur Politik des „Sozial"chauvinismus (Sozialisten in Worten, Chauvinisten in Taten, wie Lenin es nannte) und der „Vaterlandsverteidigung" analysierte Lenin immer gründlicher den Zusammenbruch der II. (sozialdemokratischen) Internationalen und die Spaltung der alten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung durch den „Opportunismus":

– *„Formulieren wir die Sache wis-*

tung der alten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung durch den „Opportunismus":
– „Formulieren wir die Sache wis-

senschaftlich, d.h. unter dem Gesichtspunkt der Beziehungen zwischen den Klassen der modernen Gesellschaft, so müssen wir sagen, daß sich die meisten sozialdemokratischen Parteien ... auf die Seite ihres Generalstabs, ihrer Regierung und ihrer Bourgeoisie gegen das Proletariat gestellt haben"
(Der Zusammenbruch der II.Internationale, Mai/Juni 1915, zit. nach Lenin gegen den Revisionismus, Berlin/DDR 1959, S. 212/213).

– **„Alle stimmen darin überein, daß der Opportunismus kein Zufall ist, daß er keine Sünde, kein Fehltritt, kein Verrat einzelner Personen ist, sondern das soziale Produkt einer ganzen historischen Epoche"**(ebenda, S252).

– *„Die Klassengrundlage des Sozialchauvinismus und Opportunismus ist dieselbe: das Bündnis einer kleinen bevorrechteten Arbeiterschicht mit 'ihrer' nationalen Bourgeoisie g e g e n die Masse der Arbeiterklasse, das Bündnis der Lakaien der Bourgeoisie mit ihr g e g e n die von ihr ausgebeutete Klasse"* (Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale, Jaunar 1916, Lenin gegen den Revisionismus, S.272).

– *„Die Bourgeoisie hat schon in a l l e n Ländern ‚bürgerliche Arbeiterparteien' der Sozialchauvinisten hervorgebracht, aufgezogen und sich dienstbar gemacht."* (Lenin geht dann auf die Situation in einzelnen Ländern ein). *„....Wichtig ist, daß die Abspaltung der Schicht der Arbeiteraristokratie und ihr Übergang zur Bourgeoisie ökonomisch herangereift ist und sich vollzogen hat ... Auf der geschilderten ökonomischen Grundlage haben die politischen Institutionen des neuesten Kapitalismus – Presse, Parlament, Verbände, Kongresse usw. – die den ökonomischen Privilegien und Almosen entsprechenden p o l i t i s c h e n Privilegien und Almosen für die respektvollen, braven , reformistischen und patriotischen Angestellten und Arbeiter geschaffen. Einträgliche und ruhige Pöstchen im Ministerium oder im Kriegsindustriekomitee, im Parlament und in verschiedenen Kommissionen, in den Redaktionen der ‚soliden' legalen Zeitungen oder in den Vorständen der nicht weniger soliden und 'bürgerlich folgsamen' Arbeiterverbände – damit lockt und belohnt die imperialistische Bourgeoisie die Vertreter und Anhänger der ‚bürgerlichen Arbeiterparteien' .... Tatsache ist, daß 'bürgerliche Arbeiterparteien' als politische Erscheinung schon in a l l e n fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern entstanden sind, daß ohne entschiedenen, schonungslosen Kampf auf der ganzen Linie gegen diese Parteien – oder auch Gruppen, Richtungen usw. – weder von einem Kampf gegen den Imperialismus noch von Marxismus, noch von einer sozialistischen Arbeiterbewegung die Rede sein kann"*(Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, Oktober 1916, Lenin gegen den Revisionismus S 327 – 329).

– *„Die Sozialchauvinisten sind unsere K l a s s e n g e g n e r, sie sind die B o u r g e o i s innerhalb der Arbeiterbewegung".* (Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, September 1917, Lenin gegen den Revisionismus, S340).

Zusammenfassend ist festzustellen, daß Lenin davon ausging, daß auf Grund o b j e k t i v e r ,ökonomischer Gesetze, es im Imperialismus zu einer Spaltung der Arbeiterbewegung kommt, die gegenüber den früher schon aufgetretenen Spaltungen eine qualitativ neue Stufe darstellt – **nämlich der buchstäbliche Übergang von Teilen der Arbeiterbewegung, der Übergang einer ganzen sozialen Schicht zur imperialistischen Bourgeoisie.**

Hieraus zog Lenin für die Politik der Kommunisten in den Gewerkschaften folgende Schlußfolgerungen: Der Kampf gegen die „opportunistischen" Gewerkschaftsführungen *„muß rücksichtslos und, so wie wir es getan haben, unbedingt bis zu Ende geführt werden, bis zur völligen Diskreditierung aller unverbesserlichen Führer des Opportunismus und Sozialchauvinismus und ihrer Vertreibung aus den Gewerkschaften. Man kann die politische Macht nicht erobern (und soll nicht versuchen, die politische Macht zu ergreifen), solange dieser Kampf nicht eine g e w i s s e Stufe erreicht hat... ". „Kein Zweifel, die Herren ‚Führer' des Opportunismus werden zu allen möglichen Kniffen der bürgerlichen Diplomatie greifen, werden die Hilfe*

Zweifel, die Herren ‚Führer' des Opportunismus werden zu allen möglichen Kniffen der bürgerlichen Diplomatie greifen, werden die Hilfe

der bürgerlichen Regierungen, der Pfaffen, der Polizei, der Gerichte in Anspruch nehmen, um die Kommunisten nicht in die Gewerkschaften hineinzulassen, um sie auf jede Art und Weise aus den Gewerkschaften zu verdrängen, um ihnen die Arbeit in den Gewerkschaften möglichst zu verleiden, um sie zu beleidigen, gegen sie zu hetzen und sie zu verfolgen. Man muß all dem wiederstehen können, muß zu jedwedem Opfer entschlossen sein und sogar – wenn es sein muß – alle möglichen Schliche, Listen und illegalen Methoden anwenden, die Wahrheit verschweigen und verheimlichen, nur um in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten ". (Der ‚linke Radikalismus', Juni 1920, Berlin/DDR 1966, S.40-45).

Es zeigt sich auf den ersten Blick, daß diese von Lenin vorgezeichnete Politik absolut n i c h t s zu tun hat mit d e r Art von Politik, die die Revisionisten in den Gewerkschaften betreiben.

Zu fragen wäre also noch : Kann man sagen, daß Lenins Analyse und Schlußfolgerungen der Jahre 1914-20 heute nicht mehr zutreffend, daß sie „überholt" sind? Muß man sie heute „schöpferisch weiterentwickeln" zur praktischen Gleichsetzung von Gewerkschaften und Gewerkschaftsführern und zur Liebedienerei gegenüber letzteren? Kann man heute nicht mehr von einer Schicht der „Arbeiteraristokratie", nicht einmal mehr von individuellem „Verrat" reden, sondern nur noch von Widersprüchen und Inkonsequenz" in der Politik der Gewerkschaftsführer, wie es die Revisionisten tun?

Die Tatsachen zeigen, daß Lenins Analyse heute nicht „überholt" ist, sondern daß sich ganz im Gegenteil die von ihm registrierten Tendenzen, die damals noch in ihren Anfängen waren, inzwischen viel weiter entwickelt und voll entfaltet haben. **Noch viel stärker als zu Lenins Zeiten** hat die imperialistische Bourgeoisie Teile der alten Arbeiterbewegung (sozialdemokratische Politiker, Gewerkschaftsführer) in ihren Staatsapparat eingebunden, überträgt ihnen Regierungsgeschäfte, setzt durch sie ihre „Tarifpolitik" durch usw. usf. Wer will ernsthaft bestreiten, daß insbesondere seit Beginn der Regierungsbeteiligung der SPD (Mitte der 60er Jahre) sich der imperialistische Staatsapparat aufs engste mit dem SPD-Parteiapparat verfilzt hat? Gewerkschaftsführer werden Minister, Polizei-Präsidenten, Aufsichtsräte in der Atomindustrie usw. usf. Und wer will zudem ernsthaft bestreiten, daß all dies nicht etwa zu einer Art „Unterwanderung" des imperialistischen Staatsapparats durch die Arbeiterbewegung geführt hat, sondern daß es umgekehrt die derzeitige fast vollständige Unterwerfung der Arbeiterbewegung unter die imperialistischen Interessen begünstigt hat?



W.I. Lenin (2.v.l.) am 1.Mai 1920 auf dem Theaterplatz (heute Swerdlowplatz) in Moskau

DKP: Keinerlei Analyse des „Opportunismus"

DKP: Keinerlei Analyse des „Opportunismus"

Für die Behandlung der Gewerkschaftsfrage im „neuen" Programmentwurf der DKP sind im Wesentlichen zwei Abschnitte interessant, nämlich der Abschnitt II *(„Der deutsche Imperialismus – Die Bundesrepublik Deutschland und die Krise des kapitalistischen Gesellschaftsystems")* und der Abschnitt V *(„Für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ein breites Bündnis der demokratischen Kräfte").*

Wir befassen uns zunächst mit dem Abschnitt II. Er erhebt den Anspruch, eine knappe Analyse des „staatsmonopolistischen Kapitalismus" zu geben. Er enthält indessen keinerlei Hinweis auf den Zusammenhang des Imperialismus mit der Spaltung der Arbeiterbewegung und dem Auftreten des „Opportunismus" und „Sozial"chauvinismus.

Dieser Punkt fehlt v ö l l i g und kommt auch im sonstigen Text des „neuen" DKP-Programmentwurfs nirgends vor.

Nur in Spurenelementen läßt der „neue" Programm-Entwurf noch erahnen, daß die Verfasser möglicherweise Lenins diesbetreffende Analysen überhaupt einmal gelesen haben. So beispielsweise wenn es im Programm-Entwurf heißt :*„Das Großkapital kauft und korrumpiert Politiker"*(S.13). Allerdings fehlt jede Konkretisierung dieser Aussage, sie ist so allgemein wie richtig, sagt aber noch nichts über die ökonomischen Grundlagen des Entstehens einer ganzen sozialen S c h i c h t , der „Arbeiteraristokratie" im Sinne Lenins, aus.

Der Abschnitt II enthält daneben seltsame Formulierungen wie *„Der Prozeß der Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates ist zu einem entscheidenen Wesensmerkmal des gesamten Herrschaftssystems geworden" (S.13).* Der Sinn bleibt unklar, da die Macht des Staates gar nichts anderes i s t als eben die Macht der Monopole. Der Begriff der „Vereingung" vernebelt die Sache eher. Lenin sprach richtig davon, **daß sich die Bourgeoisie den Staat immer v o l l s t ä n d i g e r unterwirft.** Das ist im Gegensatz zur Formulierung der DKP eine sinnvolle und verständliche Aussage.

Immerhin legt aber doch die Formulierung des „neuen" Programmentwurfs der DKP – die *„Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates"* – die Frage nahe ,was das für den SPD- und DGB-Apparat und deren Führungsspitzen bedeutet, die ja weitgehend die Staatsmacht im Interesse der Bourgeoisie ausüben. Oder was sonst ist die Staatsmacht? Die DKP muß an diesem Punkt passen, weil sie an die leninistische Analyse des Zusammenhangs zwischen Imperialismus und „Opportunismus" nicht heran will. (Lenin benutzte damals den Begriff „Opportunismus" noch vielfach zur Bezeichnung der vom Imperialismus gekauften ‚Arbeiterführer'. Heute wird dieser Begriff meist für Fehlströmungen i n n e r h a l b der linken Bewegung verwendet. Wir setzen ihn deshalb in Anführungsstriche, wenn wir ihn im Sinne Lenins ver-

ken Bewegung verwendet. Wir setzen ihn deshalb in Anführungsstriche, wenn wir ihn im Sinne Lenins ver-

wenden).

Ebenfalls im Abschnitt II heißt es: **„Die Einflußnahmee der großen Monopole auf die staatliche Politik wird immer stärker und direkter".** Nehmen wir einmal an, der Satz sei so gemeint, wie er da steht. Dann heißt er doch: Die Einflußnahme der grossen Monopole auf die staatliche Politik ist heute– bei einer SPD/FDP-Regierung und mit Gewerkschaftsführern an allen Ebenen des Staatsapparats – s t ä r k e r und d i r e k t e r als beispielsweise in den 50er Jahren zu Zeiten Adenauers. Wohlgemerkt, soweit würden w i r mit unseren Aussagen gar nicht gehen. Es kann auch sein, daß die Verfasser des „neuen" DKP-Programmentwurfs nicht richtig nachgedacht haben, was sie da eigentlich aufschreiben.

Immerhin lenkt auch d i e s e Formulierung des „neuen" Programmentwurfs eindeutig auf einen Punkt, wo eigentlich die leninistische Analyse folgen müßte. M ü ß t e – wenn man ihr nicht um jeden Preis aus dem Weg gehen will.

Unter dem Stichwort *„Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates"* erwähnt der „neue" Programmentwurf auch: *„direkte (!) Eingriffe* (des Staates – Anm. AK) *in die lohn- und tarifpolitischen Auseinandersetzungen zugunsten des Großkapitals".* Auch hier drängt sich wieder die Frage auf : W i e geschieht denn das, wie ist das überhaupt möglich? Entscheiden denn „die Gewerkschaften" nicht mehr autonom über ihre Tarifpolitik?

Auf all dies gibt der „neue" Programmentwurf der DKP keine Antworten. Die einzig mögliche Antwort, die in der leninistischen Analyse der Spaltung der Arbeiterbewegung und des „Opportunismus" liegt, w i l l die DKP nicht geben, denn diese Analyse würde einen zentralen Pfeiler der gesamten Politik des modernen Revisionismus ins Wanken bringen: Sein eigenes opportunistisches Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie und „den Gewerkschaften".

Die Position des modernen Revisionismus

Die eigene Position der DKP gegenüber der Sozialdemokratie und „den Gewerkschaften" läßt sich nur mühsam und bruchstückhaft aus dem „neuen" Programmentwurf herauslesen. Der vollständige Verzicht auf eine s y s t e m a t i s c h e Darlegung der Position der DKP im Programm-Entwurf soll offenbar der Vernebelung dienen. Gehen wir also den Bruchstücken nach und rekonstruieren wir das System:

– Daß es eine historische Spaltung der Arbeiterbewegung gibt, deutet die DKP an, indem sie behauptet, *„Kommunisten und Sozialdemokraten "* würden *„die beiden Hauptströmungen der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik repräsentieren"* (S. 49; Daß mit „Kommunisten" ausschließlich DKP-Mitglieder gemeint sind, versteht sich von selbst).

Die Formulierung verrät den Grössenwahn der maßgeblichen DKP - Führer. Der moderne Revisionismus in der DKP-Variante ist alles andere als eine H a u p tströmung in der westdeutschen Arbeiterbewegung. Er ist dies ebensowenig wie beispielsweise die „ML"-Sekten, die es in punkto Größenwahn der DKP gleichtun. Es gibt heute viele Strömungen in der Arbeiterbewegung, aber die H a u p tlinie verläuft zweifellos keineswegs zwischen „Sozialdemokraten" und „Kommunisten" (wer immer sich darunter verstehen mag), sondern läuft immer noch in erster Linie i n n e r h a l b der „sozialdemokratischen" Masse der Arbeiterschaft, zwischen reformistischen Kräften einerseits und „staatstreuen" Kräften andererseits. Anders kann man die Frage heute nicht ernsthaft beantworten.

Die gebräuchliche Formulierung der DKP von den Kommunisten und Sozialdemokraten als Hauptströmungen der Arbeiterbewegung verfolgt einen doppelten Zweck: Zum einen will sich damit die DKP unter gerissenem Überspielen ihrer tatsächlichen Bedeutungslosigkeit der SPD als gleichberechtigter Partner anbiedern. (Maus und Elefant stehen auf der Waage, sagt die Maus : Toll, wie schwer wir zusammen sind!...). Zum anderen dient diese Formulierung aber auch dazu, von den objektiven

schwer wir zusammen sind!...). Zum anderen dient diese Formulierung aber auch dazu, von den objektiven

ökonomischen Faktoren der Spaltung der Arbeiterbewegung und vom objektiven Wesen der SPD- und Gewerkschaftsführungen abzulenken.

– Die DKP behauptet in ihrem „neuen Programm-Entwurf (S.49/50), das *„Haupthindernis"* für ein *„Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten"* liege *„in der Politik und Ideologie der rechtssozialdemokratischen Führer, die das kapitalistische System verteidigen, die Interessen der Arbeiter denen des Großkapitals unterordnen ... Diese Politik trägt die Widersprüche der kapitalistischen Klassengesellschaft in die Sozialdemokratie hinein".*

Hier macht sich erneut bemerkbar, daß die DKP jede wissenschaftliche Analyse des "Opportunismus" in Zusammenhang mit der imperialistischen Ökonomie vermeidet: Die Widersprüche der kapitalistischen Klassengesellschaft werden nicht bloß durch die Politik einiger "rechtssozialdemokratischer" Führer in die Sozialdemokratie hineingetragen, sondern in erster Linie durch das objektive Wirken dieser Gesellschaft s e l b s t. – Zum zweiten tut die DKP bewußt stets so, als gebe es nur das Problem der "r e c h t ssozialdemokratischen Führer", nicht aber auch das Problem der Sozialdemokratie i n s g e s a m t. Natürlich gibt es in der Sozialdemokratie rechte und linke Strömungen, selbst in den Führungen und mehr noch im Apparat gibt es Differenzierungen. Wir verkennen nicht positive Beiträge auch aus den Reihen der SPD heraus, beispielsweise im Zusammenhang mit der Debatte um die "Anti-Terror"-Gesetze. **N u r: Es führt doch kein Weg daran vorbei, daß nicht bloß eine Handvoll gekaufter "rechtssozialdemokratischer Führer" , sondern die Sozialdemokratie i n s g e s a m t in der von Lenin analysierten Weise als "staatstragende" und systemerhaltende Kraft im Sinne des Imperialismus (und auf dessen objektiven ökono-**

Fortsetzung auf Seite 53

Leninismus und Revisionismus in der Gewerkschaftsfrage

Fortsetzung von Seite 52

mischen Grundlagen) wirkt. Es liegt doch auf der Hand, daß allein mit ein paar "rechtssozialdemokratischen Führern" unmöglich der ganze imperialistische Staatsapparat in Gang gehalten werden könnte. Daß Helmut Schmidt ein böser "rechtssozialdemokratischer Führer" sei, Oskar Vetter hingegen ein guter "Arbeitervertreter" (der allenfalls einmal etwas "inkonsequent " ist), gehört in die Märchenwelt, nicht aber in den wissenschaftlichen Sozialismus.

Eine zentrale Aussage Lenins ist, daß der "Opportunismus" nicht der *"Verrat einzelner Personen"* sei, sondern **"das soziale Produkt einer ganzen historischen Epoche"** (s.o.). Die revisionistische Theorie von den "Rechtssozialdemokratischen Führern" hingegen geht eindeutig in die Richtung des "Verrats einzelner Personen". So wurde schon zu Zeiten Lenins die Verbrüderung mit dem "Opportunismus" insgesamt bemäntelt.

– Die DKP *„wendet sich ... gegen die Verletzung der parteipolitischen Unabhängigkeit der Gewerkschaften durch christdemokratische und rechtssozialdemokratische Politiker"*. Hier wird so getan, als handele es sich bei dem Einfluß sozialdemokratischer und reaktionärer Strömungen in den Gewerkschaften sozusagen um einen formalen Verstoß gegen irgendwelche gewerkschaftlichen Prinzipien. Das ist eine in höchstem Maße lächerliche, unmaterialistische Konstruktion.Es ist doch eine ganz natürliche Sache, daß in einer Gesellschaft,die von Klassenwidersprüchen gekennzeichnet ist,die Gewerkschaften nicht ausgerechnet eine Oase parteipolitischer Windstille sind,sondern daß auch und gerade dort Parteipolitik ausgetragen wird. Und nicht bloß von r e c h t ssozialdemokratischen Politikern, sondern auch von mittleren und ‚linken' SPDlern. Und ... natürlich auch von der DKP, wo immer ihre Kräfte dazu reichen. Oder wie sonst soll man es nennen, wenn die DKP auf irgendwelchen Kongressen der Gewerkschaftsjugend mit undemokratisch zustandegekommenen Delegierten-Mehrheiten z.B. Resolutionen zur Solidarität mit Bahro vom Tisch fegt? Will die DKP etwa ernsthaft behaupten, daß ihr Vorgehen dem Willen der Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen entspricht?! ..

Zur Abwechslung mal wieder Lenin:

– *„Die DKP unterstützt die Lohn- und Tarifforderungen der Belegschaften und ihrer Gewerkschaften"* (S. 27).

Hier ist also die opportunistische Anpassung der DKP an die Lohnpolitik der Gewerkschaftsführer direkt „programmatisch" festgeschrieben. Es verwundert daher nicht, daß die DKP selbst sehr schlechte Tarifabschlüsse oft noch zum hart erkämpften Erfolg hochjubelt, und daß sie zaghafte Kritik an den Abschlüssen grundsätzlich erst dann äußerst, wenn die Unzufriedenheit unter den Arbeitern schon sehr massiv ist und die DKP einfach im Interesse ihrer Glaubwürdigkeit ein paar kritische Worte dazu fallen lassen muß.

Es ist vor diesem Hintergrund leere Phrasendrescherei, wenn die DKP behauptet, sie kämpfe gegen „Lohnleitlinien und Orientierungsdaten". Denn im Prinzip bewegt sich die gewerkschaftliche Lohnpolitik durchaus im Rahmen der staatlichen „Orientierungswerte". Das ist angesichts der engen Verfilzung von Staat und Gewerkschaftsführung ja wohl auch logisch. Natürlich müssen die Gewerkschaftsführer dabei der Kampfbereitschaft der Arbeiter Konzessionen machen, aber das ändert ja am Wesen der Sache nichts.

– **Die DKP weist es weit von sich, im Sinne der Lehren Lenins den Kampf gegen die von der Bourgeoisie gekauften Gewerkschaftsführer aufzunehmen.** Wer eine solche Politik der Kommunisten befürwortet, wie Lenin sie aufzeigte, wird von der DKP gleich demagogisch verdächtigt, er stehe auf Seiten der Kapitalisten – denn die seien ja schließlich auch gegen „die Gewerkschaften". Ha-haha...

– Die DKP kritisiert lediglich *„Widersprüche und Inkonsequenzen in der gewerkschaftlichen Politik"* (S.51) – und selbst das nur höchst selten und schwächlich. Diese Formulierungen unterstellen, daß „die Gewerkschaften an sich" Politik im Interesse der Arbeiterklasse machen und nur gelegentlich mal etwas „inkonsequent" sind. Damit soll die einfache Tatsache vernebelt werden, daß die Gewerkschaftsführer den Interessen des Großkapitals verpflichtet sind – und zwar durchaus „konsequent" und systematisch.

Was ist die materielle Basis der DKP-Politik?

Kurz gesagt: Die DKP lehnt die leninistische Analyse der Rolle der Gewerkschaftsführer als Agenten des Großkapitals in der Arbeiterbewegung vollständig ab. Sie entlarvt diese Rolle nicht bloß, sondern betreibt massive Schönfärberei über die Politik dieser Leute.

Was ist die materielle Basis dieser Politik der DKP? Zwar liegt es auf der Hand, daß die DKP-Mitglieder meist nicht gerade der „Arbeiteraristokratie" angehören. DKP-Mitglied zu sein und das aktiv zu vertreten, öffnet keine Wege zu bürgerlichem Aufstieg, ganz im Gegenteil. Und d o c h hat letzten Endes auch der Opportunismus der DKP etwas mit denjenigen Erscheinungen zu tun, die Lenin als materielle Basis des ‚Opportunismus' analysierte.

Konkret: Auch die DKP wird bestochen, bestochen mit ‚Pöstchen' und ‚Legalität'.

1. Alle diesbezüglichen Statistiken der DKP weisen aus, daß nicht bloß fast alle DKP-Mitglieder „gewerkschaftlich organisiert" sind, sondern daß ein außerordentlich großer Prozentsatz der DKP-Mitglieder gewerkschaftliche Funktionen ausübt. Das liegt ganz bestimmt nicht an der Verankerung der DKP-Politik in der Arbeiterklasse, es liegt nicht einmal in erster Linie am persönlichen Einfluß der DKP-Mitglieder unter ihren Kollegen. Weitaus entscheidender ist die Tatsache, daß ein Großteil der gewerkschaftlichen Gremien äußerst undemokratisch zustandegekommen ist und daß die DKP bei diesem undemokratischen System der Posten-Vergabe kräftig mitschmarotzt. Damit wird sie für ihre nahezu totale Anpassung an die gewerkschaftsoffizielle Politik belohnt. So erkauft sich die DKP auf diesem Feld einen scheinbaren Einfluß, den sie beispielsweise bei den bürgerlichen Wahlen nicht zu gewinnen vermag.

2. Dasselbe gilt für die Gewerkschaftskongresse, wo die Zusammensetzung der Delegierten mit demokratischen Prinzipien kaum noch etwas zu tun hat. Hier kann sich die DKP beispielsweise im Jugendbereich Positionen erkaufen, die sie dann dazu benutzt, um Beschlüsse abzublocken, die ihr nicht genehm sind (siehe Bahro).

3. Die DKP ist bisher ausdrücklich von den gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüssen vollständig ausgespart worden. Das ist umso bemerkenswerter, weil ansonsten namhafte Gewerkschaftsführer sich nicht scheuen, die DKP öffentlich als eine „verfassungsfeindliche" Partei zu bezeichnen. Die Ausklammerung der DKP von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen gehört gleichfalls zu den Mitteln, mit denen die Bourgeoisie bzw. deren Agenten in der Arbeiterbewegung die opportunistische Anpassung der DKP und ihre willige Rolle bei der „Chaoten-Hetze" belohnen.

Indessen k a n n die DKP wegen ihrer engen Bindung an die DDR und Sowjetunion nicht vollständig ins bürgerliche Herrschaftssystem integriert werden. Hinzu kommt, daß sie auch viel zu unbedeutend ist, um mit echten ‚Pöstchen' im Staatsapparat und in der kapitalistischen Wirtschaft belohnt zu werden. Das heißt, daß die DKP anders als beispielsweise die italienischen Revisionisten, keine Aussicht hat, zum Bestandteil der vom Großkapital bestochenen ‚Arbeiteraristokratie' zu werden. Im Gegenteil: Die Bourgeoisie und ihre Agenten in der Arbeiterbewegung neigen dazu, sich dieses Helfers bei passender Gelegenheit zu entledigen. Ausdruck dafür sind zunehmend schärfere Angriffe aus den Reihen der Gewerkschaftsführer gegen die DKP, vereinzelt auch schon Forderungen nach Ausdehnung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf die DKP.

Diese Entwicklung wird zwangsläufig die Krise der DKP weiter verschärfen, denn mit dem Verlust ihrer Positionen im Gewerkschaftsapparat würde die DKP eines der tragenden Elemente ihrer Politik einbüßen. Sie stünde dann etwa so da wie ein einbeiniger Mann, dem man die Krücke wegzieht.

Wurde Till Meyer vom Verfassungsschutz befreit?

Im AK 131 berichteten wir von der amüsanten These der „KPD", die Befreiung des in Westberlin inhaftierten »Terroristen« Till Meyer sei vom sowjetischen Geheimdienst KGB entführt worden. Wir wollen nun auch über die nicht weniger idiotische These der DKP zu dieser Geschichte berichten.

• In einem ersten Kommentar am 29.5. (Die Befreiung von Till Meyer war am 27.5.) schrieb die „UZ": *»wer glaubt an Zufall?«*. Die Befreiungsaktion sei *»so pünktlich und den Herrschenden so gelegen gekommen, daß man an Zufälle nicht mehr glauben mag«*. Man könne nicht an Zufall glauben, *»wenn Terroristen in ein Gefängnis spazieren und einen ihrer Komplizen herausholen«*. Vielmehr sei alles von *»Staatsschützern und Geheimdiensten«* inszeniert worden, um vom DGB-Kongreß und von den Skandalen um Filbinger abzulenken.

• In einem Artikel am 30.5. (*»Merkwürdige Zufälle bei der Terroristenbefreiung«*) wies die „UZ" auf die *»exakte zeitliche Abstimmung«* der Befreiungsaktion *»mit der Westberliner Katastrophenschutzübung ‚Omega'«* hin. Außerdem sei es auch noch ein Ziel der Befreiungsaktion gewesen, zu den Wahlen in Hamburg und Niedersachsen am 4.Juni *»Wasser auf die Mühlen der CDU zu leiten«*.

Daß die DKP immer selbstverständlicher die Gleichsetzung »Terroristen = Faschisten und Geheimdienste« macht, zeigt auch der „UZ"-Kommentar zum sogenannten zweiten Bundeswehr-Skandal, bei dem zwei Offiziere im Suff sich zustimmend zum Tod Schleyers geäußert haben sollen. „UZ"-Originalton: *»Diese menschenverachtende Haltung weist ohne jeden Zweifel* (!!) *auch in Richtung Neofaschismus«*. Und gleich wurde die Parallele zu den früheren antisemitischen Umtrieben in der Bundeswehr gezogen („UZ", 27.5.). Konsequenz ist natürlich klar: Auch der »Mescalero«, Verfasser des bekannten »Buback-Nachrufs« ist, na was wohl.. ein Faschist!



Er hat gerade „Das Allerletzte" gelesen.
Zeichnung: Stefan Siegert

Indem die DKP die »Terroristen« und die »Sympathisanten« kurzerhand zu Faschisten und Geheimdienstlern erklärt, drängt sich als nächster Schritt natürlich auf, daß sie nun auch, dem Vorbild der italienischen »Euro«-Revisionisten folgend, ein schärferes Durchgreifen des Staates gegen die »Terroristen« fordert — und das auch noch als antifaschistischen Kampf verkaufen möchte. Und das läuft so:

• In ihrem ersten Kommentar zur Till Meyer-Befreiungsaktion forderte die „UZ" die *»Einheit der Demokraten ... in der Forderung nach schonungsloser Aufklärung«* der *»Hintergründe«* der Befreiungsaktion (29.5.).

• Am 30.5. wurde die „UZ" bereits konkreter und stellte bohrende Fragen an den bürgerlichen Staat: *»Wie konnten zwei mit Schußwaffen ausgerüstete Frauen, ohne besonders kontrolliert zu werden, unter Vorlage gefälschter Anwaltsausweise bis zu den Zellen ... vordringen? — »Warum haben die vor dem Untersuchungsgefängnis postierten Sicherheitsbeamten nicht eingegriffen?« — »Wieso konnten die Frauen mit dem Terroristen spurlos verschwinden?« —»Es fragt sich, warum bisher keine greifbaren Ergebnisse der Fahndung vorliegen . . .«*. Das paßt schon glänzend in das »Fahndungspannen«-Geschrei der CDU/CSU und der Springerpresse.

Indessen, es kam noch toller: Am 31.5. hatte sich die „UZ" anscheinend Peter Boehnisch von der „Bild am Sonntag" als Gastkommentator ausgeliehen. Jedenfalls hieß es da in der „UZ" wörtlich: *»Terroristen werden in Holland gefaßt, in Frankreich, in der Schweiz, jetzt in Jugoslawien. Bei uns ... aber im CDU-Land Baden-Württemberg konnte eine Strafanstalt zum W a f f e n a r s e n a l umfunktioniert werden, als Terroristen verdächtige Personen* (wie viele sind es denn inzwischen? — Anm. AK) *können planmäßig und zeitlich gezielt aus Haftanstalten entweichen«*. Bei diesem bizarren Horror-Gemälde („Da schmunzelt der Höcherl") übersieht die „UZ" auch großzügig, daß die von ihr als Vorbild gefeierten spektakulären »Terroristen«-Festnahme im Ausland allsamt (einschließlich der im realsozialistischen Jugoslawien) unter enger Mitwirkung des BKA und anderer BRD-»Staatsschützer« zustande gekommen sind.

Die vaterländische „KPD" hat auf der pro-imperialistischen »Lissaboner Konferenz« Ende Mai einer Resolution zugestimmt, die die europäischen Länder aufruft, im »Kampf gegen den Terrorismus« enger zusammenzuarbeiten. Nun, der DKP wäre das wohl inzwischen ebenso zuzutrauen!

»Die Bettszene sollten Sie ganz wegfallen lassen«

Im ZDF gab es am 20. Juni den 1975 gedrehten sowjetischen Spielfilm »Ich bitte ums Wort«. Positive Heldin des Films ist die Parteisekretärin und Bürgermeisterin einer Stadt in der Sowjetunion.

Gerade w e i l der Film diese Frau durchaus positiv wertet, bietet ihr dargestelltes Verhalten interessante Einblicke in den Alltag des »realen Sozialismus«.

Höhepunkt in diesem Sinn ist im Film die Auseinandersetzung zwischen der Bürgermeisterin und einem Theater-Schriftsteller. Der zuständige Funktionär hat es abgelehnt, das Stück spielen zu lassen, wenn nicht verschiedene von ihm »empfohlene« Änderungen vorgenommen werden. Der Schriftsteller sucht daraufhin die Bürgermeisterin auf; ihre erste Frage: *»Und warum ä n d e r n Sie es dann nicht?«* Der Schriftsteller erklärt, daß diese Szenen zu den wesentlichen Inhalten des Stücks gehören und daß der zuständige Funktionär von dem Stück gar nichts verstünde. Die Bürgermeisterin erklärt sich schließlich bereit, sich das Manuskript einmal anzusehen . . .

Eine spätere Szene zeigt ein Telefongespräch zwischen ihr und dem Schriftsteller. Sie: *»Ihr Stück ist wirklich gut, Sie sollten es nur noch mal überarbeiten!«* — Er: *»Und w a s gefällt Ihnen daran nicht?«*. — *»Ihre Einstellung zu den Unzulänglichkeiten«*. — *»Ja, aber die g i b t es doch«*. — *»Leider viel zu viele, aber Sie zeigen nicht auf, wie man damit fertig wird!«* . . . Und etwas später wieder sie: *»Die Bettszene sollten Sie ganz wegfallen lassen!«* — Er: *»Zu sexy?*. — Sie: *»Ja, sehr«*.

Der kameradschaftliche Dialog zwischen der Partei und den Kulturschaffenden nimmt allerdings eine unvorhergesehene Wendung, als der Schriftsteller beiläufig einfügt, daß sein Stück inzwischen schon auf zwei Bühnen in M o s k a u geprobt werde. Die Funktionärin schluckt, fängt sich jedoch schnell wieder: *»Sie sollten Ihr Stück t r o t z d e m umarbeiten!«*. — Er: *»Wieso denn?«*. — Sie: *»Damit es auch bei u n s gespielt werden kann«*.

Man denke sich jetzt das ganze noch mal mit Herbert Mies oder Peter Schütt als Kultur-Funktionär! . . . Ein Albtraum! Brrrr . . .

Revisionisten versprechen »glänzende Geschäfte«

Wir dokumentieren hier einen Originalausschnitt aus der „Unità", der Tageszeitung der italienischen PCI, vom 27.5.78. Der Text bedarf keines weiteren Kommentars. Er lautet vollständig übersetzt:

» ‚Glänzende Geschäfte in Italien'. — Rom — Es bedeutet kein Risiko, wenn man in Italien investiert, schrieb gestern die ‚Times'. Diese Londoner Tageszeitung widmete einen langen Artikel den Risiken und Vorteilen (letztere überwiegen) für denjenigen, der den ‚Mut' hat, in Italien zu investieren. Die Zeitung erwähnte die 348 britischen Firmen, die in Italien aktiv sind (darunter die Cucirini Cantoni, deren Arbeiter auf dem Foto zu sehen sind) und schrieb, daß die PCI ‚keine Angst macht'. ‚Ausländische Investoren in Italien' — heißt es weiter in der ‚Times' — ‚versichern in Privatgesprächen, daß der Vormarsch der PCI ganz unten auf der Liste ihrer Befürchtungen steht'«.

Ein hohes Lob ... für eine Partei des Klassenverrats!



«Ottimi affari in Italia»

ROMA — Non è rischioso investire in Italia ha scritto ieri «The Thimes», il quotidiano londinese che ha dedicato un lungo articolo ai rischi ed ai vantaggi (questi secondi maggiori dei primi) per chi ha il «coraggio» di investire in Italia. Il quotidiano ha ricordato le 348 società britanniche che operano in Italia (tra cui la Cucirini Cantoni della foto) e ha scritto che il PCI non «fa paura». «Investitori stranieri in Italia — ha infatti aggiunto — assicurano in privato che l'avanzata del partito comunista è agli ultimi posti nella lista delle loro preoccupazioni».

„KPD" im geistigen Notstand

Im AK 129 (16.5.) behandelten wir die Entwicklung der pro-imperialistischen „KPD" **„von der ‚Vaterlandsverteidigung' zur ‚Vorwärtsverteidigung' "**. Die „KPD" hat sich etwas Zeit gelassen, bevor sie in ihrer „Roten Fahne" vom 14.6. eine **„Antwort an den KB"** veröffentlichte. Eine Antwort freilich, die wieder einmal den geistigen Notstand der Vaterlandsverteidiger offenlegt.

1.)Trotz ihres Geschwätzes von „Analyse" scheut die „KPD" ein wissenschaftliches Herangehen an die Fragen der Militärpolitik, des militärischen Kräfteverhältnisses u.ä. wie der Teufel das Weihwasser. So lehnt sie es grundsätzlich ab, ihre Angaben zum Kräfteverhältnis, zum Verhältnis zwischen bestimmten Waffen der Nato und des Warschauer Pakts (WP) usw. usf. zumindest mit Quellenangaben zu belegen, was überhaupt die simpelste Grundlage jeder sachlichen Untersuchung und Auseinandersetzung wäre.

Wir haben in AK 129 sehr genau und für einen längeren Zeitraum die z.T. recht unterschiedlichen Zahlen **bürgerlicher Quellen zu einigen Aspekten des militärischen Kräfteverhältnisses in Europa** zusammengestellt (Vergleich der Panzerzahlen und der Bodentruppen). Die „KPD" hat eine solche Zusammenstellung noch niemals veröffentlicht. **Denn sie operiert stets wie selbstverständlich mit den höchsten greifbaren Zahlen aus bürgerlichen Quellen über die angebliche Stärke des WP, als ob es sich dabei um absolut gesicherte Fakten handeln würde.** Indessen weiß man, daß diese Zahlen keine absoluten Wahrheiten enthalten, sondern allenfalls geschätzte Werte sind, und die bürgerlichen Schätzungen weichen sehr voneinander ab. **Bestimmte Zahlen, die offensichtlich frei erfunden sind, haben überdies eindeutig die politische Funktion, Argumente für die verstärkte Aufrüstung der Nato zu konstruieren.**

2.)Die „KPD" behauptet gewöhnlich, es gebe eine **„erdrückende Überlegenheit"** des WP in Mitteleuropa. **Diesen Unfug haben wir in AK 129 mit den Zahlen widerlegt, die von der Bourgeoisie selbst hierzu** veröffentlicht werden. Die „Rote Fahne" geht darauf gar nicht weiter ein, sondern schreibt nur, auch nach diesen Zahlen gebe es ja zumindest ein Verhältnis von 2,5 : 1 bei den **Panzern und von 1 : 0,8 bei den Bodentruppen zugunsten des WP. Nun wäre das, wenn es stimmen würde, ja** nicht gerade eine „erdrückende Überlegenheit"! Es stimmt aber auch nicht, was die „Rote Fahne" ihren Lesern über die von uns veröffentlichten Zahlen erzählt. Denn in Wirklichkeit gehen diese Zahlen (die wir übereinstimmend aus der „Welt", der „Frankfurter Rundschau" und dem CDU-nahen „Deutschland-Magazin" zitierten) bei den Panzern nur von einem Verhältnis 1,5 : 1 zugunsten des WP in Mitteleuropa aus.

Ein solches Verhältnis würde nicht für einen sowjetischen Angriffskrieg, schon gar nicht für einen „Blitzkrieg" ausreichen.

3.)Die „KPD", die schon mit den Zahlen aus bürgerlichen Quellen völlig unwissenschaftlich umgeht, gibt sich natürlich erst recht nicht mit Untersuchungen über den **qualitativen** Aspekt des Kräfteverhältnisses ab. Daß alle westlichen Militärs übereinstimmend von einem erheblichen technologischen Vorsprung der Nato ausgehen, wischt die „Rote Fahne" mit einer Handbewegung beiseite – sie weiß natürlich alles besser. So behauptet die „Rote Fahne" beispielsweise, daß die „neue Generation" des sowjetischen „T-Panzers" dem westdeutschen „Leopard" insgesamt überlegen sei. Eine Quelle für diese Behauptung gibt sie natürlich nicht an. Wahrscheinlich hat der „Rote Fahne"-Schreiber ein Testfahren mit den beiden Panzern veranstaltet. Alle uns bekannten Quellen bürgerlicher Militärs bzw. Militärjournalisten gehen nämlich übereinstimmend von der qualitativen Überlegenheit des „Leopard" aus.

4.)Der „KPD" geht es nicht um wissenschaftliche Untersuchung des Kräfteverhältnisses (was tatsächlich eine kompolizierte und schwierige Angelegenheit ist), sondern um die schlichte Bestätigung ihrer vorgefaßten These von der angeblichen „erdrückenden Überlegenheit" des WP und vom drohenden Blitzkrieg aus dem Osten.

Selbst unser Hinweis in AK 129, daß sogar die bürgerlichen Militärs zum größten Teil die These vom angeblich drohenden sowjetischen Blitzkriegs-Überfall als unrealistisch zurückweisen, kann die „Rote Fahne" nicht aus der Ruhe bringen:

„*Tatsächlich sind verschiedene Generale der Bundeswehr eifrig bemüht, die Blitzkriegsstrategie der Sowjetunion wegzuleugnen. Die Frage ist nur, ob sie Realisten sind. Denn ihnen geht es einzig und allein darum, das (wohlgemerkt) imperialistische ‚Entspannungs'konzept der BRD auf keinen Fall in Frage zu stellen*".

Das heißt: Die „KPD" nimmt nicht bloß die verrücktesten Angaben einzelner bürgerlicher Militärs über die Zahl der sowjetischen Panzer usw. usf. ohne Frage als Tatsache an, sondern mehr noch – sie möchte die bürgerlichen Militärs sogar übertrumpfen! Demnächst könnte die „KPD" gerade so gut z.B. behaupten, das Zahlenverhältnis bei den Panzern sei 4 : 1, 6 : 1, 10 : 1 etc. Anderslautende Zahlen aus bürgerlichen Quellen wären dann eben Ausdruck der Beschwichtigungspolitik. Also ‚Grünes Licht' für jede Art von vaterländischer Narretei!

5.)Die „KPD" begnügt sich nicht mehr damit, nur die Bundesregierung wegen „Beschwichtigungspolitik" anzuklagen. Nein, jetzt sind auch schon die Bundeswehrgeneräle und Franz Josef Strauß dran, dem die „Rote Fahne" gar **„Liebedienerei gegenüber Breschnew"** vorwirft (14.6.). Dieser Vorwurf ist ungefähr ebenso sinnvoll, als würde man Dregger vorwerfen, er sei ein Ultraliberaler, der die Kommunisten in den Schuldienst holen will. In beiden Fällen dient die offensichtliche 'maßlose Verzerrung der Realität dazu, den reaktionärsten und aggressivsten Scharfmachern der Bourgeoisie Flankenschutz zu geben.



Es muß besonders hervorgehoben werden, daß die „KPD" mit ihrer Polemik gegen den „Beschwichtigungspolitiker" Strauß sogar die chinesische Führung (und ebenso die westdeutsche Gruppe „MLD") eindeutig überflügelt: Die haben nämlich bisher keinen Zweifel gelassen, daß sie Strauß für einen „wachsamen" und „weitblickenden" Vertreter des deutschen Imperialismus halten.

Warum diese Polemik der „KPD" gegen Strauß ? Der Grund ist sehr einfach: Die „MLD" ruft ganz offen zur Unterstützung von Strauß als „einzigem Politiker von Format" auf und propagiert die bundesweite Ausdehnung der CSU. Das traut sich die „KPD"-Führung heute noch nicht, weil ihr sonst die verbliebenen Anhänger scharenweise davonlaufen würden. Also muß das außenpolitische Konzept von Strauß kritisiert werden. Da andererseits die „KPD" aber längst nicht mehr die einfache Wahrheit sagen mag – daß Strauß ein aggressives, antikommunistisches Konzept auch gegenüber der DDR und Sowjetunion verfolgt – muß man Strauß zum „Beschwichtigungspolitiker" stempeln, um sich so von ihm distanzieren zu können.

Was für ein geistiger und moralischer Sumpf!

Rollt jetzt der Kopf von Ernst Aust?

Nun scheint es also doch soweit zu sein: Der Thron des »KPD/ML«-Vorsitzenden Ernst Aust (»Größter Sohn der deutschen Arbeiterklasse«) wankt! In der bekannten verspielten Manier läuft das allerdings nicht frei heraus, sondern durch verschlüsselte Anspielungen und ähnlichen Kinderkram. Konkret: Im »Roten Morgen« vom 16. Juni wird unter der Überschrift *»Eine opportunistische Sekte von Provokateuren«* gegen die französische »PCMLF« (»KPF/ML«) geholzt, zu der die »KPD/ML« in früheren Jahren sehr enge Beziehungen hatte.

Schon 1973, so heißt es jetzt plötzlich im „Roten Morgen", sei das ZK der »PCMLF« *»von den Revisionisten erobert worden«*. Gemeint ist: Von der Strömung der »Vaterlandsverteidigung«. Noch schlimmer sei es auf dem 2. Parteitag der »PCMLF« (März 1975) gekommen, *»bei dessen Einberufung die Normen des demokratischen Zentralismus in schwerwiegender Weise verletzt wurden«*. Dieser Parteitag habe *»ein Programm des Klassenverrats, ein Programm des Verrats am Marxismus-Leninismus und der proletarischen Revolution in Frankreich«* verabschiedet. Nämlich: *»Im Mittelpunkt der Politik der Partei sollte ... der Kampf für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit gegen den sowjetischen Sozialimperialismus — den angeblichen ‚neuen' Hauptfeine — stehen, dabei sich mit der französischen Monopolbourgeoisie zu vereinigen und die EWG, diesen konterrevolutionären Block der westeuropäischen Imperialisten, zu unterstützen«*. („RM", 16.6.78).

Interessant ist der Hintergrund dieser Polemik: Am 29. März 1975 hatte der »Rote Morgen« auf S.2 gemeldet: *»2. Parteitag der kpf/ml erfolgreich abgeschlossen. ... Der 2. Parteitag verwirklichte grundlegend die Prinzipien des Demokratischen Zentralismus ... Der 2. Parteitag der KPF/ML war deshalb von besonderer Bedeutung, weil auf ihm das Programm und Statut der KPF/ML verabschiedet wurde«*. In einem Grußtelegramm an den 2. Parteitag der »PCMLF« äußerte die »KPD/ML« ihre *»Freude darüber, daß Eure Partei nun auf der Grundlage des vom 2. Parteitag beschlossenen Programms und Statuts ihre Rolle als Vorhut der französischen Arbeiterklasse noch besser erfüllen wird«*.

Ja, so also war es damals. Und noch mehr: Ernst Aust höchstpersönlich war Gast und Redner auf der Abschlußkundgebung des 2. Parteitags der »PCMLF« am 16.3.75 in Paris. Der »Rote Morgen« veröffentlichte damals („RM", 29.3.75, S.9) ein Foto, das Aust direkt neben Jacques Jurquet zeigt. Jurquet ist der Vorsitzende der »PCMLF«. Über ihn heißt es jetzt im „Roten Morgen« (16.6.78), er sei ein *»Spalter und Provokateur«*, ein *»Scharlatan«* sowie *»der treueste Paladin der chinesischen Revisionisten um Hua Guofeng und Deng Hsiao-ping«*.

Aber waren sich Ernst Aust und sein ZK damals vielleicht nicht bewußt, welche Politik schon 1975 von der »PCMLF« betrieben wurde? Ganz im Gegenteil: Aust war kaum aus Paris zurück, da hielt er seine berüchtigte »Kieler Rede« („RM", 5.4.75) mit der er die »KPD/ML« auf den Kurs der »Vaterlandsverteidigung« festlegte. Der AK schrieb schon damals (29.4.75, S.28): *»Aust hat diesen Schwenk offensichtlich unter dem Eindruck der Gespräche vollzogen, die er Mitte März in Paris mit Vertretern der PCML Frankreichs geführt hat ... Die PCMLF ist seit längerem der Vorreiter des ‚Sozialchauvinismus à la ‚ML' in Westeuropa«*.

Es dürfte also eindeutig als Polemik gegen Ernst Aust höchstpersönlich zu verstehen sein, wenn der »Rote Morgen« jetzt nicht bloß allgemein die »PCMLF« angreift, sondern ausdrücklich den 2. Parteitag der »PCMLF« in diesem Zusammenhang hervorhebt.

Und wer denkt nicht sofort an Ernst Aust, wenn es im »Roten Morgen« jetzt anzüglich heißt: *»J. Jurquet gefällt sich öfter darin, ‚Selbstkritik' zu üben. Und zwar immer dann, wenn ihm der Boden unter den Füßen zu heiß wird, wenn es darum geht, die Opposition in den eigenen Reihen zu beruhigen«*. Wobei Ernst Aust noch das besondere Geschick hat, seine »Selbstkritiken« stets im Namen der »Partei« bzw. des ZK zu formulieren und niemals persönliche Verantwortung für den von ihm angerichteten Mist zu übernehmen. So gibt es z.B. bis heute keine Selbstkritik wegen seiner »Kieler Rede«! . . .

In der Führung der »KPD/ML« besteht traditionell mehrheitlich ein zynisches Verhältnis zur Person von Ernst Aust: Als Gallionsfigur (»alter Kommunist«, eigenhändiger Gründer der »KPD/ML«) wird er für nützlich gehalten; ansonsten wird sein Auftreten eher als peinlich empfunden. Es könnte jetzt der Zeitpunkt gekommen sein, wo in der Bilanz der Schaden den Nutzen eindeutig überwiegt und wo man sich dafür entschließt, sich von dieser Figur zu trennen. Eigentlich schade!

Grussadresse

An das
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs/Marxisten-Leninisten

Genossen,
zum erfolgreichen Abschluß Eures 2. Parteitages sendet Euch das Zentralkomitee der KPD/ML die herzlichsten Kampfesgrüße. Insbesondere drücken wir unsere Freude darüber aus, daß Eure Partei nun auf der Grundlage des vom 2. Parteitag beschlossenen Programms und Statuts ihre Rolle als Vorhut der französischen Arbeiterklasse noch besser erfüllen wird.

Es lebe der 2. Parteitag der KPF/ML!
Es lebe die KPF/ML
Es lebe der Marxismus-Leninismus!

Lissaboner Konferenz: „KPD" schweigt weiter

Ende Mai fand in Lissabon die seit langem vorbereitete **„Konferenz gegen die Bedrohung durch den russischen Sozialimperialismus"** statt. Die „KPD" gehört zu den Initiatoren dieser Konferenz und war in Lissabon mit einer starken Delegation ihrer sämtlichen Filialen vertreten.

Umso erstaunlicher schien es, daß die „KPD" in ihrer Zeitung „Rote Fahne" über das große Ereignis schließlich nur in sehr dürren Formen „informierte". Hinweise auf die anderen Teilnehmer der Konferenz, auf den Konferenzverlauf und auf die Konferenzergebnisse fehlten total.

Inzwischen hat die rechtsradikale Provokateurstruppe „MLD" („Marxisten-Leninisten Deutschland"), die selbst offiziell auf der Lissabonner Konferenz vertreten war, in ihrer **Zeitung „Die Neue Welt" (27.5.) den Schleier des Geheimnisses gelüftet:** **An der Lissabonner Konferenz** beteiligten sich, neben einem sonderbaren Spektrum von „Marxisten-Leninisten", zahlreiche prominente rechtsbürgerliche Politiker (Wir sparen uns die nochmalige Aufzählung und verweisen auf AK 131, S. 60).

Die „Neue Welt" meldete überdies, **daß die Vertreter der „KPD" u.a. einer Resolution zugestimmt hätten, in der die Länder Europas** aufgefordert wurden, „im Kampf gegen den Terrorismus enger zusammenzuarbeiten".

Die „KPD" indessen hüllt sich nach wie vor in Schweigen. Inzwischen ist eine weitere Ausgabe der „Neuen Welt" (14.6.) erschienen, wo der „KPD" deswegen bittere Vorwürfe gemacht werden: „*Die Berichterstattung der ‚Roten Fahne' (RF) unterschlägt und verdreht wesentliche Tatsachen, und man versucht sich aus der Einheit, die man in Lissabon freiwillig eingegangen ist, wieder herauszuwinden ...*

Die Redaktion der Roten Fahne unterstellt sich aus Angst vor dem Geheule der Papagaien Moskaus einer Selbstzensur ... Wir möchten zu diesen bedauerlichen Vorfällen die Genossen von der Roten Fahne fragen: Glaubt Ihr etwa, die prosowjetischen Reaktionäre würden Euch deshalb schonender behandeln? Dann lest doch einmal die Hetze des ‚Arbeiterkampfs', der die Bildzeitung weit in den Schatten stellt (nanu: seit wann wirft denn die „MLD" der Bildzeitung überhaupt Hetze vor? – Anm. AK) ...

Wir fordern die Redaktion der Roten Fahne auf, endlich objektiv über die Konferenz von Lissabon zu berichten. Wir fordern das ZK der KPD und den Genossen Semler auf, entsprechendes zu veranlassen.

Wir fordern die KPD auf, den Schritt vorwärts, den sie mit der Teilnahme an der Konferenz von Lissabon unternommen hat, nicht rückgängig zu machen und sich nicht den Verpflichtungen der auch von Euch gebilligten Schlußresolution in ihrer Anwendung in Deutschland zu entziehen".

Die „KPD" wird wohl gar nicht umhin können, sich zu diesen Fragen endlich zu äußern. Schon jetzt ist **offensichtlich, daß ihr einerseits der ganze Konferenzverlauf ziemlich peinlich ist, daß sie aber andererseits** auch Hemmungen hat, sich von diesem Festival des Antikommunismus und des Pro-Imperialismus zu distanzieren. Sie wird sich wohl irgendwie herauszuschwindeln versuchen. So etwa auf der Linie: Naja, da habe man halt mit diesen bürgerlichen Leuten zusammengesessen, warum auch nicht, aber anderer Meinung als sie sei man doch. –

Es scheint, als würde vor einer solchen Stellungnahme erst noch die Rückkehr von Semler und Horlemann aus der VR China abgewartet, die sich dort seit Anfang Juni aufhalten. Die werden dann ja sicher auch die allerneueste „korrekte Linie" im Gepäck haben. Da brauchen wir gar nicht lange zu spekulieren: **Mit Sicherheit sind Semler und Horlemann von ihren chinesischen Gesprächspartnern aufgefordert worden, sich stärker für den BRD-Imperialismus ins Zeug zu legen und endlich ihre Zurückhaltung gegenüber einer engeren Zusammenarbeit mit rechtsbürgerlichen Kräften aufzugeben.**

Das verspricht für die nächste Zeit wieder volle action in der „ML"-scene.

»Wir hören, du willst nicht mehr mit uns kämpfen . . .« (B.Brecht)

Die Stellungsnahme eines aus dem KB ausgetretenen Genossen, die wir hier abdrucken, wurde uns von dem Genossen mit der ausdrücklichen Bitte um Veröffentlichung übergeben. Wir kommen dieser Aufforderung gern nach, weil diese Stellungnahme gute Ansätze bietet, um systematischer eine Diskussion aufzunehmen, die bisher im KB nur vereinzelt und punktuell geführt worden ist.

Die Stellungnahme hat die Form eines Briefes an den Genossen R., der schon vor einiger Zeit den KB verlassen hat.

Das Problem des „Ausflippens"

Es hat im KB (wie wohl in jeder linken Organisation) von Anfang an das Problem des Aus- bzw. Wegflippens einzelner Genossinnen und Genossen gegeben. Besonders stark trat dieses Problem in den nicht direkt im KB organisierten Bereichen der Schüler und Studenten (SSB's) auf, wo es regelrechte organisatorische Zusammenbrüche gegeben hat. Das hat bei den SSB's seine besondere Ursache in der sektiererischen und bornierten Politik nach innen und außen, die sich dort immer wieder durchsetzte. Wir wollen daher zunächst diese besonderen Bereiche aussparen und uns auf die Probleme im KB selbst beschränken.

Obwohl die Zahl der im Laufe der Jahre »weggeflippten« Genossinnen und Genossen recht groß ist, gibt es fast gar keine politischen Erklärungen dieser Genossinnen und Genossen zu ihrem Schritt. Tatsächlich kann man in der Mehrzahl der Fälle nicht einmal von einem förmlichen Austritt sprechen, sondern von einem allmählichen, widerspruchsvollen Rückzug aus der Organisation, ihren Arbeitszusammenhängen und Verbindlichkeiten.

Es gibt eine sehr kleine Zahl von ehemaligen Genossinnen und Genossen des KB, die sich jetzt — vorzugsweise bei den »Spontis« — als demagogische Hetzer und Denunzianten gegen den KB betätigen. Für die Mehrzahl der »Weggeflippten« jedoch gilt, daß sie kaum politische Kritik an der allgemeinen Richtung der Politik des KB haben und selbst gar keine bessere Alternative zum KB sehen.

Ohne die Rolle politischer Widersprüche bei einzelnen Genossinnen und Genossen völlig zu bestreiten, läßt sich das Problem des Aus- und Wegflippens insgesamt auf einen sehr einfachen Kern zurückführen: *Die Unvereinbarkeit zwischen den Ansprüchen einer politischen Arbeit im KB einerseits und den individuellen*
Unvereinbarkeit zwischen den Ansprüchen einer politischen Arbeit im KB einerseits und den individuellen
Bedürfnissen andererseits. Individuelle Bedürfnisse kommen zu kurz, Schwierigkeiten in persönlichen Beziehungen verschärfen sich durch den auf beiden Beteiligten lastenden Arbeitsdruck, Kinder kommen nicht auf ihre Kosten und werden vernachlässigt . . . Man könnte noch viele andere Punkte in diesem Zusammenhang nennen.

Die bisherige Erfahrung des KB mit dem Problem des Aus- und Wegflippens zeigt, daß fast immer d i e s e Dinge die Ursache sind; »politische Widersprüche« werden dann vielleicht noch nachträglich dazukonstruiert bzw. subjektiv als solche erfunden. Bei den Genossinnen und Genossen, die mit solchen »politischen Widersprüchen« aus dem KB ausscheiden, ist meistens zu beobachten, daß ihrer Kritik an irgendwelchen Erscheinungen unserer Politik jede Logik und Konsequenz fehlt, mal kommen ihre »politischen Widersprüche« von rechts und mal von links . . . *Dabei ist gar nicht zu leugnen, daß diese Genossinnen und Genossen teilweise an tatsächlichen Mängeln und Fehlern in unserer Politik ansetzen.*

Die revolutionäre Organisation ...

Der KB versteht sich seit seiner Gründung 1971 als eine revolutionäre, kommunistische Organisation.

Wir haben es in den sieben Jahren seither geschafft, unsere politische Linie innerhalb der Linken zu behaupten und einen gewissen Einfluß zu erlangen. Das ist kein Lotto-Treffer gewesen, sondern ist das Ergebnis harter und konsequenter Arbeit. Der KB konnte dabei nicht, wie die DKP, auf einen riesigen Etat (mit dem man selbst ein so unsinniges Pleite-Unternehmen wie die „UZ" finanzieren kann) und auf einen großen Stamm von Kadern mit langjähriger politischer »Berufserfahrung« zurückgreifen. Er konnte sich nicht einmal, wie KBW und »KPD«, auf eine nennenswerte Zahl von Kadern aus der Studentenbewegung stützen. Daß also in diesen sieben Jahren große Anforderungen an alle Genossinnen und Genossen gestellt wurden, liegt auf der Hand.

Wir kämpfen mit relativ schwachen Mitteln gegen einen übermächtigen, hoch organisierten Feind, der über praktisch unbegrenzte Mittel verfügt. Allein der Verkauf von 15 - 20.000 Exemplaren des AK alle vierzehn Tage, was doch gemessen an der Macht der bürgerlichen Medien nicht mehr ist als ein Tropfen auf den heißen Stein, bedeutet insgesamt einen enormen Zeitaufwand und einen entsprechenden Verzicht auf befriedigendere Tätigkeit. Dasselbe gilt für andere politische Arbeiten. Es ist natürlich die leichteste Sache von der Welt, sich diesem Zeitaufwand zu entziehen und diejenigen, die sich verzweifelt um die Einhaltung gewisser Verbindlichkeiten bemühen, auch noch als menschenfeindliche Scheusale zu brandmarken.

Die revolutionäre, kommunistische Organisation k a n n nur überleben, und Fortschritte machen, wenn strikte Verbindlichkeit in der Arbeit eingehalten wird und wenn jede/jeder entsprechend seinen Fähigkeiten politische L e i s t u n g einbringt. Zu meinen, daß es auch anders ging, womöglich nach dem »Bock-Prinzip« (Lust-Prinzip), ist reine Illusion.Es gibt dafür in der gesamten Geschichte der Arbeiterbewegung und der gesellschaftlichen Revolutionen nicht den geringsten Anhaltspunkt.

... und die „Spontis"

Die „Spontis" sind in diesem Punkt das genaue Gegenteil einer revolutionären, kommunisitschen Organisation: Ein Maximum an individueller Entfaltung (sofern es der kapitalistische Alltag zuläßt) verbindet sich mit einem Minimum an politischer Arbeit. Mit der Verbindlichkeit ist es schon gar nicht weit her. Dafür findet man/frau aber bei den „Spontis" womöglich eine stärkere menschliche Zuwendung und Fürsorge als etwa im KB (obwohl das bei den »Spontis« auch nicht das reine Zuckerschlecken ist).

Daß Genossin X, die jahrelang im KB aktiv war und jetzt „wegflippt", auf einmal viel mehr Zeit für ihre persönlichen Bedürfnisse und Probleme hat und daß sie sich geradezu befreit vorkommt, ist eigentlich keine besonders sensationelle Entdeckung. Daß Genosse Y, der im KB jahrelang
befreit vorkommt, ist eigentlich keine besonders sensationelle Entdeckung. Daß Genosse Y, der im KB jahrelang
seine Homosexualität vor den meisten Genossinnen und Genossen versteckt hielt, sich als ganz neuer Mensch fühlt, seit er nicht mehr im KB, sondern „nur" noch in einer Schwulen-Gruppe arbeitet, ist auch kein Wunder.

In der Mehrzahl der Fälle ist es ganz einfach so, daß diese Genossinnen und Genossen sich jahrelang in der politischen Arbeit abgerackert haben, daß sie jahrelang weitgehend auf ein „Privatleben" verzichtet haben, daß sie mit ihrer Gesundheit Raubbau getrieben haben usw. usf. Dahinter stand als treibende Motivation vor allem der ernorme Elan, der von der „antiautoritären" Revolte 1967/68 ausgelöst worden war. Mit der Dauer der Jahre und dem Ausbleiben spektakulärer Erfolge, mit der Stagnation bzw. teilweise dem Rückgang linker Politik in der BRD, hat sich diese Motivation abgenutzt. Hinzu kommen ganz normale Ermüdungserscheinungen.

All das, wie gesagt, ist nichts Sensationelles, ist kein Anlaß zur resignation oder zu antikommunistischen Rachefeldzügen gegen den KB. *Es ist eine Krise, die derzeit die g e s a m t e „Neue Linke" Westeuropas durchmacht.* Die bisher krasseste Folge dieser Krise ist die faktische Auflösung der früheren kommunistischen Organisation Lotta Continua (Italien), die heute kaum mehr als ein loser Verband von Zeitungslesern ist, und die zudem mit kommunistischer Politik kaum noch etwas zu tun hat.

Die „Spontis" im weitesten Sinne (als Sammelbegriff für die unorganisierten Teile der „Neuen Linken") haben viele Probleme zu Recht benannt, die sich in linken Organisationen ergeben; sie haben, wie man so sagt, den Finger auf manche offene Wunde gelegt. Was sich in den linken Organisationen, auch im KB, tut, kann man nicht einfach alles mit der bitteren Notwendigkeit und zwingender Arbeitsbelastung rechtfertigen. Deshalb ist es sinnvoll und notwendig, die von den „Spontis" in die Diskussion gebrachten Elemente kritisch aufzunehmen und alles, was daran für uns als organisierte Kommunisten nützlich und nutzbar ist, zu übernehmen.

N u r : Eine politische Alternative zur revolutionären, kommunistischen Organisation können die „Spontis" gleich welcher Couleur, keinesfalls bieten. Die Freiräume, die sie den Einzelnen schaffen, sind mit dem nahezu vollständigen Verzicht auf ein politisches Eingreifen in die gesellschaftliche Entwicklung der BRD bezahlt worden. Das Kunststück, mit einem Minimum an Arbeit und Verbindlichkeit beispielsweise die politische Stärke und Kontinuität des KB zu erreichen, schaffen auch die „Spontis" nicht.

Die Politik der radikalen Phrase

Die Politik der radikalen Phrase

Für uns als Kommunisten (und wahrscheinlich für jeden politisch denkenden Menschen) steht fest, daß es enormer, mühsamer und kontinuierlicher Arbeit bedarf, um in einem Land wie der BRD die gesellschaftlichen Verhältnisse zugunsten der Beherrschten zu verändern und in Richung auf eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung voranzukommen. Da es heute nur relativ wenige Menschen sind, die diese Arbeit systematisch und kontinuierlich angepackt haben, ist die Belastung für jede(n) einzelne(n) von ihnen umso grösser. Wenn einzelne dann wegflippen, ist die Belastung für die Übrigen noch ein Stückchen grösser. Die „Spontis" lösen diesen Widerspruch nicht. Da der Verzicht auf eine systematische und kontinuierliche revolutionäre „Kleinarbeit" überhaupt die V o r a u s s e t z u n g für die attraktiven individuellen Freiräume ist, die die „Spontis" anzubieten haben, ist es nur logisch, daß die „Spontis" sich für diesen Verzicht auf die „Kleinarbeit" auch ein ideologisches Gerüst gebastelt haben.

Dabei geht es im Wesentlichen 1. um die Abwertung der revolutionären „Kleinarbeit" und 2. um die Aufwertung der eigenen verkümmerten politischen Praxis.

Zu 1.: Vorzugsweise wird bereits die bloße Organisiertheit und Verbindlichkeit als „kleinbürgerlich" abgewertet. Ebenso werden die Arbeit in den Gewerkschaften, die Beteiligung an Wahlen usw. als „opportunistische Scheiße" abgetan. Agitation und Propaganda in der Bevölkerung werden als nahezu bedeutungslos abgewertet, gemessen an den gelegentlich „praktischen Aktionen", die fast die e i n z i g e Praxis der „Spontis" sind, und die von ihnen daher als d i e revolutionäre Praxis überhaupt hingestellt werden. Eine andere Variante ist, daß man/frau die eigene sehr eingeschränkte Praxis in e i n e m bestimmten Bereich (Bürgerinitiative, Frauengruppe, Betrieb etc.) v e r a b s o l u t i e r t, um dann zur Behauptung zu kommen, d a s („Arbeit an der Basis") sei heute die einzig wahre revolutionäre Arbeit, und nicht die systematische und kontinuierliche kommunistische Agitation und Propaganda.

Zu 2.: Dabei geht es vor allem um das, was man die Revolution im privaten Bereich nennen könnte: Veränderung der eigenen Beziehungen zu anderen Menschen, Abschaffung der ZweierBeziehung, „alternative Lebensformen" aller Art usw. usf. Sinngemäß wird dabei oft behauptet, die Revolution müsse bei uns selbst beginnen und wir müßten erst uns selbst revolutionieren, bevor wir die Gesellschaft revolutionieren können. Auch diese Theorien kommen meist sehr „radikal" aufgeputzt daher: Man/frau wollen „Befreiung schon jetzt", „keine Macht für niemand" etc.

Daran ist soviel richtig, daß die
Man/frau wollen „Befreiung schon jetzt", „keine Macht für niemand" etc.

Daran ist soviel richtig, daß die Veränderung unserer zwischenmenschlichen Beziehungen nicht erst bis auf den Tag nach der Erstürmung des Kanzler-Bungalows aufgeschoben werden muß, sondern daß sie schon heute beginnen sollte. Das lenkt, richtig angepackt, nicht vom sozialistischen Ziel ab, sondern dient ihm.

Trotzdem muß einschränkend festgestellt worden, daß h e u t e zwei Genossen/Genossinnen, die in einer Zweier-Beziehung total aufeinander fixiert sind, aber revolutionäre politische Arbeit leisten, immer noch viel wertvoller für unseren Kampf sind als zwei „sexuell befreite" Individuen, die allenfalls noch einmal im Vierteljahr zur Demo gehen und sonst nicht mehr politisch aktiv sind.

Ganz falsch wird die Theorie der privaten Revolution, wenn sie vom revolutionären Kampf losgelöst und geradezu als E r s a t z und Alternative für diesen angeboten wird, wie es heute vielfach der Fall ist.

Das Aufkommen dieser Rechtfertigungstheorien hat objektive Ursachen, es hängt mit der relativen Stagnation der revolutionären Bewegung einerseits und dem zunehmenden staatlichen Druck andererseits zusammen. Umso verkehrter wäre es, diese meist sehr radikal aufgemachten Theorien ernst zu nehmen. Sie sollten als das behandelt werden, was sie sind: Ausreden, herbeigesuchte Rechtfertigungen (teilweise gegenüber dem eigenen schlechten Gewissen).

Es muß allerdings zugegeben werden, daß diese Theorien zumindest teilweise auch ein Refelx auf den psychischen Druck sind, dem „wegflippende" Genossinnen und Genossen oft ausgesetzt sind: Da wird nicht akzeptiert, daß jemand müde geworden ist, daß er/sie mehr Zeit für sich selbst, für seinen/ihren Partner, für die Kinder braucht, daß er/sie sich stärker um seine/ihre Berufsausbildung o.ä. kümmern will, und was dergleichen achtbare Gründe mehr sind. Sondern da wird immer noch allzu oft der Genossin oder dem Genossen moralisch eingeheizt, er/sie müsse seinen/ihrenSchritt doch bitte schön erst mal politisch begründen. Daß sich dann tatsächlich „politische Widersprüche" einstellen, ist nicht verwunderlich.

Die Frage der zwischenmenschlichen Beziehungen

Der Genosse, dessen Stellungnahme wir in diesem AK abdrucken, geht offensichtlich sehr stark von seiner eigenen Erfahrung im SSB (Schüler) aus. Daß diese Erfahrungen sehr negativer, Resigantion produzierender Art sind, wird niemand verwundern, der die Entwicklung des SSB's bzw. mehr oder weniger b e i d e r SSB's (Schüler und Studenten) kennt.

Besonders im Schüler-SSB hat sich immer wieder ein miserables zwischenmenschliches Klima durchgesetzt, das vor allem von einem unmenschlichen Anpassungsdruck gekennzeichnet war. Ehemalige Mitglieder des SSB(schüler) berichten davon nur mit Schaudern und einem Kopfschütteln, „warum ich das damals überhaupt mitgemacht habe".

Schülerinnen und Schüler wurden scharenweise aus dem SSB hinausgeekelt!

„warum ich das damals überhaupt mitgemacht habe".
Schülerinnen und Schüler wurden scharenweise aus dem SSB hinausgeekelt!

Neben dem politischen Leistungsdruck (gemessen vorzugsweise an Daten wie AK-Verkauf, „Kontakt-Gesprächen", Mitbringen von „Kontakten" zu Veranstaltungen und Demos etc.) gab es eine höchst abstruse Reglementierung des privaten Bereichs: Wie man/frau sich als Revolutionär gefälligst anzuziehen hat, daß frau sich als Kommunistin nicht schminken darf (oder nur „dezent"), welche Musik man/frau zu mögen hat und welche nicht, welche Filme, welche Fernsehsendungen usw. usf. All dies wurde natürlich nicht durchgesetzt über irgendwelche Anweisungen des geheimnisvollen LG des KB, sondern durch gegenseitige Anpassung und Kontrolle. Tatsächlich gab und gibt es objektiv n i c h t s in der Politik des KB, was solche Erscheinungen von mißverstandenem „revolutionären Lebensstil" gerechtfertigt oder gar verbindich gefordert hätte.

Solche Tendenzen hatten sich naturgemäß dort am stärksten durchgesetzt, wo die jüngsten Genossinnen und Genossen organisiert sind und wo auf der anderen Seite die politische Anleitung durch den KB am schwächsten ist. Ähnliche Tendenzen, wenn auch mit anderen Erscheinungsformen, gab (gibt ?) es auch im Studenten-SSB, und ebenso treten sie oft in neuen, schwachen Ortsgruppen des KB auf, die aus ihrer Schwächeposition heraus eine sektiererische Politik nach innen und außen entwickeln und damit in einen politisch tödlichen Kreislauf geraten.

Es gibt all diese Probleme aber auch in einer so alten und starken Ortsgruppe des KB wie der Hamburger. Da dies nicht mehr sein soll, als ein E i n s t i e g in die Diskussion, wollen wir nicht auf die Erscheinungsformen dieser Probleme eingehen, sondern es erst einmal mit diesem Anriß bewenden lassen.

Wir wollen in den nächsten Monaten eine umfassende Diskussion um diese und andere Fragen unserer weiteren Arbeit führen, an der sich nicht nur die gesamte Organisation beteiligen soll, sondern zu der auch ausgetretene, ausgeschiedene Genossen und Genossinnen ihre Standpunkte und Erfahrungen einbringen sollten!

Leserbrief

Lieber R.

Die Sachen mit dem KB beschäftigen mich natürlich immer noch sehr stark. Ich bin jedenfalls nicht mit dem jetzigen Zustand einverstanden, daß die Zahl der Ausgetretenen steigt (wie ich glaube – den genauen Überblick hab ich natürlich auch nicht) und daraus keine Konsequenzen gezogen werden. Weder von „Ehemaligen" noch von KB'lern selbst. Mein Interesse ist dabei wahrscheinlich noch ein bißchen anders als deins. Weil mein Verhältnis zum KB ist, daß ich ihn für eine derzeit (von Ausnahmen abgesehen) unterstützenswerte Organisation halte und vor allem für diskussionsfreudig und veränderbar.

Es geht mir nicht darum, mit diesem Brief meine Haltung zum KB zu diskutieren. Mein Interesse ist vielmehr, an bestimmten allgemeineren Fragen (wie Struktur und Aufbau und was damit zusammenhängt) eine Diskussion zu eröffnen, die über den Kreis der „direkt Betroffenen" hinausgeht. Die Diskussion um „Interna" sollte sich nämlich nicht als Diskussion um „Interna" verstehen, sondern sollte viele Menschen z.B. in BIs oder anderen Basisinitiativen einbeziehen, die ebenso vom KB betroffen sind. Nicht zuletzt sind die Strukturen ein Ergebnis bürgerlichen Denkens, von dem wir alle nicht ganz frei sind. Sie sind eben nur Ausdruck eines Bewußtseinsgrades. Und weil das Bewußtsein vieler BI-Mitglieder das der KB'ler nicht „übertrifft", sind die Strukturen in BIs zum Teil die gleichen wie im KB, zum Teil auch, weil die KB'ler diese Strukturen reproduzieren. Das Ziel sollte m.E. sein, KB'lern und anderen diese Strukturen bewußt werden zu lassen und sie offen, direkt und öffentlich anzugreifen. Zum anderen wird der Zustand sein, daß man noch mindestens einige Jahre mit dem KB konfrontiert ist. Man sollte deshalb die BI-Mitglieder und andere zur Unabhängigkeit und Kritik und zum Selbstbewußtsein gegenüber dem KB ermutigen.

Eine Art „OFFENER BRIEF" scheint mir dazu das beste Mittel zu sein! (Dazu noch am Schluß mehr!) „Taktische Rücksichtnahmen" (z.B. mit dem Argument der „KB-internen Angelegenheit" oder „Zusammenarbeit und Zuarbeit" für Spontis, Anarchos und andere „KB-Feinde", ...) wird man von mir nicht erwarten können. Diese Sachen müssen aufs Trapez und die Leitung kann das (hoffenlich!) nicht ignorieren und der Diskussion aus dem Weg gehen. Dafür können wir selbst sorgen, indem wir die Diskussion möglichst überall im Umfeld des KB (BIs, usw.) führen und uns konstruktiv verhalten.

Konstruktiv heißt für mich, daß wir nicht den Eindruck erwecken, wir brauchen die BI-Mitglieder als „Manövriermasse" gegen den KB. Unser Ziel der politischen und persönlichen Selbständigkeit hat absoluten Vorrang. An allen Sachen, die tatsächlich nur wegen taktischer Vorteile gemacht werden (ich denke dabei besonders an die „KPD"), werde ich mich nicht beteiligen. Ich hoffe, daß du die Sache auch so siehst. Die „KPD" kann in diesem Anliegen unmöglich zu unseren Verbündeten gehören. Eine derart sektiererische und nach innen repressive Organisation ist das absolute Gegenteil von unserem Ziel und kein Verbündeter, sondern klar ein Gegner, schlimmer als der KB, nur viel unbedeutender. Gut, so weit zur „Form". Nun zum Inhalt des „Offenen Briefes":

viel unbedeutender. Gut, so weit zur „Form". Nun zum Inhalt des „Offenen Briefes":

Ich hab da einfach noch Schwierigkeiten, meine Gedanken zu sammeln und zu ordnen. Daher folgende Sachen, die mir einfach so einfallen:

1. Der KB will den „demokratischen Zentralismus" (leninistisches Modell des Parteiaufbaus). Wie sieht die Praxis dabei aus?

– Die Mitglieder sind mehr oder weniger Objekte, die die Kampagnen der Leitung durchführen sollen (siehe SSB!). Eigeninitiative und Selbständigkeit gehen – gewollt oder ungewollt – zu Bruch. Als Rechtfertigung dient der Leitung die angebliche „Notwendigkeit" ihrer jeweiligen Kampagne. Diese Aussagen können wir anhand der SSB-Politik beweisen.

– Das ist nicht die Sache des KB, weil durch diese in extremer Form durchgeführte Politik viele gute Ansätze selbst-zerstört werden.

Außerdem setzt sich die entsprechende Ideologie in den Köpfen der KB'ler/SSB'ler fort, die die Leute in den BIs, usw. als „Opfer" betrachten, als Leute, denen man ihre Politik unterjubeln will. Die weitverbreitete Haltung der KB'ler ist, sehr vorsichtig (um nicht zu sagen ängstlich) an ihre Mitarbeiter heranzugehen, weil von ihnen ständig Widerspruch oder Verweigerung zu erwarten ist. Man fürchtet also, sie könnten ganz einfach ihre ehrliche Meinung äußern! Um das zu verhindern, werden die Ziele schmackhaft gemacht/vertuscht!

– Warum verhalten sich KB'ler so? Allgemein: die Sachen sind ihnen nicht so bewußt. Sie haben nicht die Energie, sich das anders vorzustellen oder es sogar zu ändern. Man findet sich eben damit ab.

Außerdem entspricht dieses Verhalten den Ansprüchen der Leitung, die natürlich verlangt, daß ihre Vorstellungen von der Basis umgesetzt und durchgesetzt werden. Die Erfolgreichen werden belohnt, die anderen u.U. belächelt, in jedem Fall sind sie weniger wert (dazu ausführlicher weiter unten!). Für beide Aussagen bin ich als Zeuge fähig, Beispiele zu bringen.

2. Und damit bin ich bei einem für mich wesentlichsten Punkte: das Leistungsdenken!

Leistungsdenken, Erfolgsprinzip usw. existiert sehr wohl weit verbreitet im KB. Es existiert nicht in der Form, wie in bürgerlichen Organisationen, z.B. in der DKP, die ihre Funktionäre (oder auch Funktionierer!) vehement gegen jede Kritik abschirmt. Das ist nicht der Zustand des KB. Es ist meiner Ansicht nach so, daß die Genossen – in welcher Position in der Hierarchie sie auch sind – Erfolge, greifbare Ergebnisse vorweisen sollen. Selten (oder gar nicht) winkt den Glücklichen eine Karriere. Trotzdem ist es doch so, daß viele Genossen des KB sich funktionalisieren lassen. Das liegt daran, daß sie (wie ich das am Beispiel SSB zeigen wollte) dieses Denken noch voll in der Birne haben. Das kann ich auch an anderen Punkten festmachen.

Im KB zählt die vorweisbare Arbeit: soundsoviel AKs verkauft, Leute zu sonstwas mobilisiert usw. Was dagegen nicht zählt: Wie gut haben wir auf dem letzten Termin, statt über eine Veranstaltung zu diskutieren ihm/ihr bei den „persönlichen" Problemen weitergeholfen? Jetzt können natürlich einige sagen, man muß eben beides machen. Richtig. Aber: bedenken diese Leute das auch, wenn die „persönlichen" Probleme ‚mal' unter den Tisch fallen?? Dahinter steckt letztlich eine G e r i n g s c h ä t z u n g dieser Problematik. Nach dem Motto (sehr übertrieben, aber wahr): Wir sind hier nicht , um xy dauernd zu diskutieren, sondern um die Menschheit zu befreien. Also: irgendeine Scheiß-Veranstaltung ist wichtiger, weil ‚politisch'. Das andere ist ‚privat'. Wer derart privat und politisch trennt, ist kein Revolutionär, sondern ein gewöhnlicher breitarschiger Spießer. Weil er nämlich glaubt, daß die ‚Revolution' (oder besser: was er darunter versteht!) darin besteht, die Kapitalisten zu enteignen und die Partei in die für andere Breitärsche bereitstehenden Sessel zu hieven. Unsere humanistischen Ziele, wirkliche Freiheit, nämlich unabhängigkeit, Glück. Liebe, Zufriedenheit, Kraft und Zu-

versicht (..Aufbruch + Glück, Freiheit +

versicht („Aufbruch + Glück, Freiheit + Zorn", P.P. Zahl) bleiben dabei auf der Strecke. Das ist kein Thema, sondern muß von uns praktiziert werden. Jetzt und sofort. Uns wurde die Freiheit gestohlen. Wir holen sie uns zurück. Jederzeit. Vor und nach der Revolution. Stück für Stück. Auch gegen den Widerstand der Spießer.

Die Haltung der Spießer im KB drückt sich so aus, daß bestimmte Fragen (s.o.) gar nicht oder zu wenig Gegenstand von Diskussionen sind.

Das hat aber weitere Folgen:

Die fällige Kulturrevolution ist bisher ausgeblieben. Viele Zweierbeziehungen laufen ab wie eine bürgerliche Ehe. Total aufeinander fixiert, meist ziemlich der einzige intensivere menschliche Kontakt.

Kein Wunder, wenn da Verlustängste und Eifersucht, Unzufriedenheit und kleinliche Nervereien an der Tagesordnung sind. Kein Wunder auch, wenn dann Genossen ihre Freundinnen schlagen. In einem Kollektiv von fortschrittlichen Menschen wäre das ganz anders. Aber das ist ja ‚Privatsache'. Auch für die AG Frauen, die erst dann eingreift, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist und nicht im mindesten an den Ursachen arbeitet!

Ein weiterer Punkt: Das ‚Privatleben' der meisten Genoss(inn)en ist entschieden unterentwickelt. Ein Resultat des Leistungsdrucks. Die notwendigen Erfahrungen und auch die Zeit für einen befriedegenden menschlichen Kontakt fehlen ganz einfach. Wie ist das denn auf Terminen? Da wird gefragt, wer hat dann und dann noch keinen Termin, der soll das machen – Nur wenige trauen sich dann zu sagen: Ich hab aber keinen Bock!

Auch die Beziehungen innerhalb der Einheiten des KB sind in der Regel unterentwickelt. Das hat meiner Ansicht nach den o.g. allgemeinen Grund. Zusätzlich sind die Zellen bunt durcheinandergewürfelt. Oftmals kommt man mit den jeweiligen Genossen nicht so gut klar wie mit anderen. Kriterium für die Organisierung ist hier auch: die ‚politische' Beurteilung einer Person. Erschwert wird die Situation durch das Konkurrenzdenken (Leistungsprinzip), das leider viele Genossen davon abhält, ihre Situation, Wünsche und Ansprüche klar zu sagen. Stattdessen hält man einen bestimmten Anschein aufrecht und grenzt sich voneinander ab.

Ähnlich läuft dieser Prozeß z.T in Basisinitiativen ab, besonders kraß zwischen KB'lern und Nicht-organisierten. Ich merke jetzt, wie ich immer detaillierter schreibe. Das wesentliche ist glaub ich schon gesagt. Nur eins noch: wie die Termine oft aussehen!

Dies ist eins der dunkelsten Kapitel. Oftmals sind die Termine voll mit allerlei „technischem Kram" und dienen in erster Linie der Kontrolle (AK-Verkauf, usw.) und der Verteilung weiterer Aufgaben. Die ‚politische' Diskussion fällt unter den Tisch.

Ich komme mir dabei vor wie ein Angestellter, der Aufträge ausführt oder auch nicht und dann massiv unter Druck gesetzt wird! Das ist das übelste!

Der Verkauf, der eine Zeitlang seinen absoluten Tiefpunkt erreicht hatte, sollte angekurbelt werden, indem diejenigen, die immer noch nicht verkaufen, ‚beurlaubt' werden! Dümmer geht's wirklich nicht. Wo alles nur noch Angestellte sind, wird eben die beschissenste Arbeit nicht gemacht, der Rest halbherzig oder man arbeitet für sich selbst und selbständig, nämlich aus Überzeugung und Spaß.

Im SSB (Schüler) war dieser Zustand extrem, so daß etwa die Hälfte ausgetreten ist! Darüber hat es KB-intern keine Auseinandersetzung gegeben. Vielleicht, weil die Leitung diese Politik jahrelang gefördert hat??!

Kritiker sind echt fertiggemacht worden. Hat die Leitung Angst vor der Wahrheit? Will sie diesen Stil weiterführen? Es scheint so zu sein. Dann „Gute Nacht", KB! Zum Schluß nochmal zur „Form":

Ich halte es für am sinnvollsten, diesen Brief an alle linken Zeitungen zu schicken, mit der Bitte um Veröffentlichung und Diskussionsbeiträge.

Ich bin sehr dagegen, mit diesem Brief eine Kampagne gegen den KB einzuleiten.



Das hat folgenden Grund: Der KB ist in

Das hat folgenden Grund: Der KB ist in Hamburg die weitaus stärkste Organisation und in letzter Zeit mit verstärkter Zahl von Austritten belastet. Das führte dazu, daß bestimmte Fragen, die hier angesprochen werden, sich direkt auf den KB beziehen. Ich glaube, daß in diesem Brief deutlich wird, daß wir uns alle – ob im KB oder sonstwo – revolutionieren müssen.

Die junge revolutionäre Bewegung in Westdeutschland muß halt noch viele Erfahrungen sammeln. Ich bin zuversichtlich, daß wir auch für diese Probleme Lösungen finden. Wie und wo wird sich noch zeigen. Wir sollten daher alle guten Ansätze fördern und bürgerliche Relikte bekämpfen, wo sie auch auftreten. Da meine eigenen Erfahrungen sehr stark auf den KB bezogen sind, muß ich mich daran halten. Für mich heißt das aber nicht, den KB vielleicht sogar als Musterbeispiel für eine verspießerte Organisation zu brandmarken. Dieser Titel gebührt sicher anderen. Mein Ziel ist rein sachlich: eine gute Diskussion und Veränderungen. Überall und bei jedem von uns!

Ich habe meinen Austritt als individuellen Schritt begriffen. Erst langsam wird mir vieles klarer. Auch jetzt kann ich noch nicht sagen, ob ich wieder in den KB gehen werde. Genossen und Sympathisanten des KB habe ich nie geraten, ein- oder auszutreten. Viele kennen meine Kritik. Wenn sie im KB für Veränderungen kämpfen wollen, sollen sie sich nicht unterkriegen lassen. Wenn sie das nicht packen oder wollen, bin ich nicht enttäuscht. Ich hab da die gleichen Probleme.

Ich hoffe, daß die Unzufriedenen im KB sich nicht individuell zurückziehen und mit einem schlechten Gewissen belastet sind. Zum Teil brauchen wir Frustrierten Monate, bevor wir wieder engagiert irgendwo arbeiten können. Und wir sind nicht in der Lage, uns wirksam gegen Leute zu wehren, die Gerüchte über uns lancieren und Verdächtigungen und Mißtrauen zu schüren. Das kann sehr weh tun und ist umso schlimmer, je fester man irgendwo gebunden war. Ich hab beispielsweise mein bisheriges bewußtes Leben (ab 16 Jahre!) nur im KB geführt. Nach einigen Jahren politischer Arbeit fällt mir die Trennung nicht gerade leicht.

Bis dann, M.